Abend
13./XI 1917

3

# Lloyd-George über die italienischen Niederlagen.

## Bemerkenswerte Eingeständnisse.

Paris, 12. November.

Die Agence Havas meldet: Premierminister Lloyd-George hielt bei einem Essen, das zu seinen Ehren vom Präsidenten der Kammer gegeben wurde, in Paris eine Rede, in der er die Schaffung eines Rates der Alliierten, deren Armeen an der Westfront kämpfen, begrüßte. Lloyd-George bedauerte, daß aus Zeitmangel Amerika und Rußland nicht um ihren Rat hätten befragt werden können, und sprach seine Ueberzeugung aus, daß ein Zusammenarbeiten dieser beiden großen Länder erreicht werden würde.

Weiter führte der Premierminister aus: Ich stelle fest, daß die gemeinsame Ueberlegenheit der Alliierten schon längst den Sieg hätte sichern sollen oder den Alliierten wenigstens gestattet haben sollte, viel weiter auf dem Wege des Sieges fortzuschreiten. Wenn das nicht geschehen ist, so liegt die Schuld nicht bei unseren Flotten und unseren Heeren, sondern schuld ist nur der Mangel einer wirklichen Eintracht in der Leitung des Krieges. Bei den Alliierten wurde trotz der gemachten Versuche jedes Land seiner eigenen Initiative überlassen.

Redner ließ sodann die Ereignisse der letzten vier Feldzüge vorbeiziehen und erinnerte an die großen Siege, die von den Alliierten zu Lande und zu Wasser errungen wurden, aber er führte auch die Mißerfolge an, die sie erlitten haben. Die serbische Tragödie, die rumänische Katastrophe und der Zusammenbruch der Militärmacht Rußlands beweisen, daß Frankreich, England, Rußland und Italien vier Kriege anstatt eines einzigen geführt haben. Weiter sagt Lloyd-George: Im Jahre 1917 ereignete sich dasselbe Unglück und aus demselben Grunde, während doch die italienische Front genau so wichtig für Frankreich und England ist wie für Deutschland. Es würde zu nichts führen, die ganze Tragweite des Unglücks nicht zu erkennen. Wenn wir einen Kilometer in die feindlichen Linien vordringen, wenn wir ein Dorf nehmen und einige hundert Gefangene machen, ergehen wir uns in Bewunderungsrufen, und das mit Recht, denn dies sind die Wahrzeichen unserer Ueberlegenheit und die Gewähr für den Sieg, den wir am Ende erringen müssen. Aber was würden wir sagen, wenn wir 50 Kilometer über die feindlichen Linien vorgedrungen wären, wenn wir 200.000 Gefangene gemacht und dem Feinde 2500 seiner besten Geschütze mit riesenhaften Mengen von Schießbedarf und Proviant weggenommen hätten? Das Maß, in dem wir verhindern können, daß aus diesem Unglück eine Katastrophe wird, hängt von der mehr oder weniger schnellen und vollkommenen Weise ab, mit der wir durch Handeln die notwendige Einheit aller Fronten der Alliierten zur Tatsache machen. Der höhere Rat, den wir soeben geschaffen haben, wird die wirkliche Macht besitzen, die Anstrengungen zusammenzufassen, und dann wird der Sieg eine wertvolle Belohnung sein.

Ich wollte, ich könnte sagen, welche günstigen Gelegenheiten die Alliierten aus Mangel an gemeinsamem Denken und Handeln verpaßt haben. Wenn es ein wirkliches Zusammenarbeiten gewesen wäre, so wären wir jetzt in Italien an der Arbeit, nicht um von unseren Verbündeten das Unheil abzuwenden, sondern das Unheil unseren Feinden zuzufügen. Der Krieg wurde durch den Partikularismus verlängert und wird durch die Einheit abgekürzt werden. Wenn diese Anstrengungen, unser gemeinsames Handeln zustandezubringen, Tatsache werden, dann zweifle ich nicht an dem Ausgang des Krieges, was auch immer mit Rußland oder in Rußland geschehen wird. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die an Rußland verzweifeln, aber selbst wenn ich an Rußland verzweifeln wollte, bliebe mein Glaube an den endgültigen Triumph der Sache der Alliierten unerschütterlich. Ich versichere, daß wir siegen werden, aber ich möchte, daß wir so schnell wie möglich und mit möglichst wenig Opfern siegen.

Bei demselben Mahl drückte der italienische Unterrichtsminister Berenini den Dank Italiens für die Einigkeit der Alliierten aus, die in so offenkundiger Art zutage getreten sei, und legte den einmütigen Willen des italienischen Volkes zum Widerstande dar. Er begrüßte die Ankunft der alliierten Truppen in Italien und gab seinem Vertrauen zum interalliierten Ausschuß und zur unerschütterlichen Gewißheit des Sieges Ausdruck.

Abendpost 6

13./XI. 1917

# Machenschaften der Geheimdiplomatie.

**Das Rätsel der Bolschewiki-Begeisterung. — Friedrich Adlers „Volkstümlichkeit" bei unseren Feinden. — Der Geheimzweck einer „Friedenskundgebung". — Ein Meuchelmörder und russischer Vertrauensmann als Vertreter Oesterreich-Ungarns bei den Friedensverhandlungen?**

In der sonntägigen sozialdemokratischen Versammlung im Konzerthaussaale — bezeichnenderweise schwanken die Blätter und Korrespondenzen in ihren Angaben über die Teilnehmerzahl gleich zwischen 10 und 50.000, man kann daher ruhig die erste Zahl halbieren! — wurde von den Rednern in großer Begeisterung für die neuesten Machthaber in Petersburg (anscheinend gibt es aber dort bereits wieder noch neuerere!) gemacht, für die Bolschewiki und Maximalisten. Auch die von der Geheimdiplomatie des sozialdemokratischen Parteivorstandes ausgearbeitete und der Versammlung unterbreitete Entschließung zeugt von dieser Begeisterung. Stammt sie, die vielleicht inzwischen bereits wieder an ihr Objekt gekommen ist, wirklich vom Friedensangebot der Sowjets her, was verständlich wäre? Vorne in der „A. Z." (Nr. 310) steht es so, aber rückwärts (Seite 7) ist das Adler-Blatt die wahren Gründe seiner Begeisterung für die neuen oder vielleicht bereits wieder gewesenen Herren von Petersburg auf.

Unter der Ueberschrift „Die russische Revolution für Friedrich Adler" wird erzählt, daß „das ausländische Komitee der russischen Bolschewiki" und die „Internationale Kommission der Zimmerwalder Konferenzen" in einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder gefordert hätten, sie sollten die Freigabe der gefangenen Genossen, darunter auch des Meuchelmörders Friedrich Adler verlangen. Den tiefsten Eindruck habe Adlers Meuchelmord an dem Grafen Stürgkh in Rußland gemacht und zwar:

„Gerade die Partei, die jetzt die Herrschaft in Petersburg an sich gerissen hat, gerade die Männer, die jetzt in Petersburg über Krieg und Frieden entscheiden (?), haben sich am entschiedensten zu Friedrich Adler bekannt, am leidenschaftlichsten für ihn demonstriert. Mancherlei Umstände wirken zusammen, Friedrich Adlers Namen in Rußland und vor allem unter den russischen Bolschewiki besondere Volkstümlichkeit zu verleihen .... Seine Tat fand dort desto lauteren Widerhall, da ja in der Geschichte der russischen Revolution politische Attentate eine große Rolle gespielt haben .... Die Erinnerung an die Attentate russischer Revolutionäre lebt im russischen Volke unvergänglich fort und sie macht die russischen Volksmassen sehr geneigt, Friedrich Adlers Tat als heldenmütige Selbstaufopferung (!) zu betrachten und zu feiern. ... Ihr (der Gerichtsverhandlung) folgte eine ganze Reihe eindrucksvoller Sympathiekundgebungen. In Petersburg fand eine Riesenversammlung statt, in der Lenin und Sinowjew über Friedrich Adlers ... Attentat sprachen. Die beiden Reden wurden in einer Broschüre veröffentlicht, die in einer Riesenauflage verbreitet wurde. Gleichzeitig erscheint auch eine Broschüre Martows, des Führers der Menschewiki-Internationalisten über Friedrich Adler; auch von ihr wurden in wenigen Tagen Hunderttausende Exemplare abgesetzt. Auch Ansichtskarten mit dem Bilde Friedrich Adlers erschienen im Handel; sie waren in allen Buch- und Papierhandlungen nicht nur Petersburgs, sondern auch der Provinzstädte bis zum Ural und dem Schwarzen Meere zu sehen. (Seh' dir an da! Woher die „A.-Z." das alles nur weiß! D. Red.) In vielen Provinzstädten bekundeten die russischen Arbeiter ihre Sympathie für Friedrich Adler in großen Straßenumzügen ... nicht nur im europäischen Rußland, sondern auch in den großen Städten Sibiriens. Am gewaltigsten war die Kundgebung in Moskau, wo die Arbeiter einen eintägigen Sympathiestreik für Friedrich Adler veranstalteten; zum Zeichen des Protestes gegen die Vollziehung der Todesstrafe standen alle Betriebe Moskaus einen Tag still. Der Ausstand war allgemein: Die Straßenbahn verkehrte nicht, selbst die Gasthäuser waren geschlossen, weil die Kellner an dem Streik teilnahmen.

Kein Zweifel, Friedrich Adler ist durch seinen Meuchelmord an dem österreichischen Ministerpräsidenten — wie ja schon vorher die Attentäter von Agram und Sarajevo auch — im feindlichen Ausland, das sich davon große Dinge erhofft haben mag, sehr „volkstümlich" geworden, am volkstümlichsten „gerade bei" Lenins Bolschewiki. Und gerade diese Bolschewiki jetzt am Ruder in Petersburg und Lenin gar vielleicht Diktator und gewillt, die Befreiung seines alten Bekannten und Stammesgenossen Adler aus der Mörderzelle unter die Friedensbedingungen aufzunehmen — die Möglichkeiten sind nicht zum Ausdenken. Also geschwind die erforderliche Parallelarbeit, geschwind eine Sympathiekundgebung für Lenin und seine Partei, geschwind eine Aufforderung an die Mittelmächte, vor den Vorschlägen der Leninpartei zu kapitulieren, um die Lenin und Genossen desto sicherer am Ruder zu erhalten! Denn höre Oesterreich:

„Keines Oesterreichers Namen ist heute in Rußland so volkstümlich wie der Friedrich Adlers. Brauchten die Völker Oesterreichs zu Friedensverhandlungen mit der russischen Demokratie einen Mann, der das vollste uneingeschränkte Vertrauen des russischen Volkes genießt (Nein, den brauchen Oesterreichs Völker nicht, den brauchen die Russen! D. Red.), so könnten sie keinen anderen wählen als Friedrich Adler ... In der Stunde, in der die russische Demokratie die Macht ergriffen hat, ist eines ihrer ersten Worte die Forderung nach der Freigabe Friedrich Adlers."

Nun wissen wir es, was zu geschehen hat. Weil der Meuchelmörder Friedrich Adler der Vertrauensmann der Russen oder wenigstens einer Gruppe unter den russischen Umstürzlern ist, sollen ihn Oesterreich-Ungarns Völker zu ihrem Vertrauensmann und Vertreter bei den Friedensverhandlungen wählen! Lenin und Adler würden einander allerdings sehr rasch verstehen. Leider, seufzt die „A.-Z.", hat die österreichische Regierung für Adler „eine andere Verwendung", nämlich die gleiche Verwendung, wie für alle verurteilten Meuchelmörder. Die Pathologie, mit der man zunächst erfolglos den Fall Adler zu verquicken suchte, fängt nun wirklich an; die „A.-Z.", die nach Adlers Versicherung durch ihr Verhalten den Mordeinfall verschuldet hat, treibt es wie einst die ganze Judenpresse beim Fall Hilsner. Bis zur Anregung, die im feindlichen Ausland gleichfalls sehr „volkstümlichen" Cabrinovic, Luccheni, Oberdank usw. zu rehabilitieren, ist nun nur mehr ein kleiner Schritt.

Nun ist aber auch der wahre Zweck, zu dem am Sonntag der Wiener Konzerthaussaal herhalten und die Arbeiter ihre freie Zeit opfern mußten, bloßgelegt. Was die Geheimdiplomatie der Partei als „Friedenskundgebung" ausgab, verfolgte in Wirklichkeit mit ihrem Gruß an Lenin und Genossen einen Familienzweck. Nun scheint aber Genosse Kerenski mit seinem neuen Streich durch die feine Rechnung einen Strich gemacht zu haben .....

14./XI. 1917

# Ministerkrise in Frankreich.

Das Kabinett Painlevé ist gestern zurückgetreten. Es hatte in der Kammer zwar ein Vertrauensvotum bekommen, die Mehrheit, die sich für das Ministerium aussprach, war aber allerdings keineswegs eine Stützung oder Kräftigung der Stellung Painlevés; 250 gegen 192 Stimmen — das gleicht dem Wunsche, wir möchten lieber eine andre Führung der Politik. Ob jedoch die Zartfühligkeit, gekränkt durch die Haltung der Kammer, der ausschlaggebende Grund für den Entschluß des französischen Ministerpräsidenten war, kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Man muß die weiteren Nachrichten abwarten. Wohl aber kann man jetzt schon sagen, daß der Rücktritt des Kabinetts nicht überraschend kommt. Die Geburt des Kabinetts Painlevé vollzog sich unter schweren Wehen. Als dann Ribot das Portefeuille des Aeußern niederlegte, klaffte ein Riß in der mühselig zusammengestückelten Konzentration der Parteien, und Barthou war nicht die Kraft, in Fragen der Weltkriegslage und in der Entente eine hervorragende Rolle zu spielen. Dazu kamen die Erschütterungen im öffentlichen Leben, die die Spionagefurcht, das stete Spähen nach Verrätern hervorriefen. Man erinnert sich der Affäre Bolo-Pascha, des Senators Humbert. In bedrängte Lage geriet Painlevé, als er bei der Anklage Daudets gegen den Minister Malvy weder besondere Energie noch ausnehmende taktische Geschicklichkeit bewies. Der alte Ministerstürzer Clémenceau ließ sich natürlich diese Fehler und Fehlgriffe nicht entgehen und griff Painlevé mit seinem ganzen Sarkasmus grimmig an. Die Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Action Française" fand in den Pariser Blättern keineswegs Zustimmung.

Für uns ist natürlich bei allen politischen Erscheinungen und Ereignissen in der Entente die entscheidende Frage: Wie wird der Kriegswille der Entente dadurch beeinflußt? In diesem Falle tritt vor allem der Kontrast zwischen der übermütigen, siegerhoffenden Rede Painlevés bei dem Bankett zu Ehren Lloyd Georges und dem knapp achtundvierzig Stunden später folgenden Rücktritt zutage. Selbstverständlich wünschen die Franzosen militärischen und politischen Erfolg; in der Kammer aber wächst die Unzufriedenheit mit der Art, wie die Regierungen nur mit Tiraden den Sieg vorbereiten. Der Eindruck der furchtbaren Niederlagen Italiens hat das Band, das die Ententestaaten verbindet, gewiß nicht fester gespannt. Kennzeichnend ist, daß eine Privatmeldung aus Paris verzeichnet, daß Brizon in der Kammer Aufklärungen über die neuen Abmachungen mit Italien verlangte. Wer immer das Erbe Painlevés antritt, wird übrigens damit rechnen müssen, daß zwei starke Anwärter seine Tätigkeit strenge kontrollieren werden — Clémenceau und Caillaux.

* * *

**Paris**, 13. November. (Meldung der Agence Havas.) Nach Besprechung von Interpellationen über die diplomatische und militärische Lage hat die Kammer mit 250 gegen 192 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Nach Schluß der Kammersitzung ist das Ministerium zurückgetreten.

Der Abend
14./XI 1917

8

# 70.175.

Es sind zwar seit vorgestern, wo wir dem Minister des Äußeren 70.175 Zustimmungserklärungen zu dem raschen Frieden ohne Landerwerb und Kriegsentschädigungen übersandten, schon wieder einige tausend dazu gekommen und die Bewegung ist noch lange nicht zu Ende; aber trotzdem scheinen uns heute schon einige Bemerkungen am Platze zu sein. 70.175 Zustimmungen sind ohne Zweifel eine ganz überraschende Zahl, wenn man bedenkt, daß ja schließlich nicht alle Wiener, nicht einmal alle, die uns die „Reichspost" gütigst als Leser zumutet, auch wirkliche Leser des „Abend sind, und ferner, wieviel Hindernisse leider bei dem Durchschnitts-Wiener zwischen der Absicht, einen Zettel zu unterschreiben und auf die Post zu geben und der wirklichen Tat liegen; endlich darf auch nicht übersehen werden, daß allen im Militärverhältnis Stehenden ausdrücklich untersagt wurde, sich an der Kundgebung zu beteiligen, was man begreiflich finden, aber sicherlich auch als Schmälerung des ziffernmäßigen Ergebnisses zugeben muß. Trotzdem scheint es uns keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Kundgebung vollständig gelungen ist und daß sie auch den Zweck, zu dem sie unternommen wurde, erfüllen wird. Über mehr als siebzigtausend Stimmen für den Frieden kann man nicht einfach hinweggehen. Allerdings, noch ganz anders und von geradezu unwiderstehlicher Bedeutung wäre die Kundgebung geworden, wenn auch die anderen Wiener Blätter ihre Pflicht getan hätten. Wieder einmal hat sich die beklagenswerte Charaktereigenschaft unserer Presse gezeigt, daß auch die beste, dem Volke nützlichste und den Lesern erwünchteste Sache einzig und allein vom Standpunkte der Konkurrenz betrachtet wird. Weil der eine einen Einfall gehabt hat, lassen ihn — möge er auch noch so gut sein — die anderen vollkommen unbeachtet und wie man die Meinungen gegenseitig totschweigt, so auch die Taten. Kein Zweifel, daß die Leser aller Wiener Zeitungen — wir nehmen ausdrücklich nicht einmal die der „Reichspost" aus, die wir sittlich für ungleich höherstehend als ihr Blatt halten — denselben Frieden, wie die Kundgebung des „Abend" verlangen. Daß ihre Blätter ihnen keine Gelegenheit geboten haben, dies kund zu tun, wird ihnen für lange Zeit als Merkzeichen der Schande anhaften.

*

Unter dem üblichen „Hepp-Hepp"-Geschrei erwähnt die „Reichspost" die „Pleite des 8 Heller-Friedens". 70.175 Zustimmungen sind dem Blatte des Festschrift-Inseratenagenten Dr. Finkelstein-Funder zu wenig. Er hat zwar für den Frieden im Sinne des Grafen Czernin, des Papstes und aller anständigen Menschen nicht das geringste getan, aber er verhöhnt die, die ihre Pflicht erfüllten. Er könnte auch ein anderes Mittel wählen, um den „Abend" in seiner ganzen Nichtigkeit bloßzustellen: Er möge doch selbst eine solche Friedenskundgebung veranstalten. In einer günstigeren Lage als wir wird er sich darauf berufen können, daß er als streng katholischer Zeitungsschreiber dabei im Sinne des hl. Vaters handle. Vielleicht bringt er mehr als 70.175 Zustimmungserklärungen zustande. Es soll uns aufrichtig freuen. Wir versprechen ihm schon heute, daß wir uns anständiger als er benehmen werden, was allerdings noch nicht viel sagen will;

wir werden einen solchen Erfolg neidlos anerkennen, denn wenn es sich um Förderung der Friedensbewegung handelt, ist uns sogar der Festschrift-Inseratenagent Dr. Finkelstein-Funder als Bundesgenosse recht.

Frankfurter Zeitung

14./XI. 1917

M
9

# Antrittsrede des neuen bayerischen Ministerpräsidenten.

W München, 13. Novbr. (Priv.-Tel.)

Präsident v. Fuchs eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses mit der Bekanntgabe der Ernennung des Frh. v. Dandl zum Ministerpräsidenten und begrüßt den im Hause Erschienenen mit dem Wunsche, daß es ihm in seinem neuen Amte beschieden sein möge, in steter Fühlung mit der Volksvertretung die Hoffnungen, die ihm entgegengebracht würden, in reichem Maße zu erfüllen.

Außerhalb der Tagesordnung nimmt dann Ministerpräsident v. Dandl das Wort. Er verbindet mit einer Betrachtung der eigenartigen Umstände, unter denen er berufen wurde, eine Würdigung der Verdienste des Grafen Hertling, von dessen hoher staatsmännischer Befähigung zu erhoffen sei, daß er das Reichsschiff mit sicherer Hand führen werde. Unter wehenden Siegesfahnen habe Graf Hertling sein neues Amt angetreten. Möge das trotz der Stürme, die ihn umbrausen, eine gute Vorbedeutung sein! Herr v. Dandl will mit seiner Rede keine programmatische Besprechung geben. Er möchte sich das Vertrauen des Landes durch zielbewußte ernste Arbeit verdienen. Das erste und wichtigste Ziel, das die Staatsregierung in der jetzigen Zeit anzustreben habe, sei, dem Lande die innere Einigkeit und Geschlossenheit zu erhalten. Der Ministerpräsident gedenkt dankbar der Taten der tapferen bayerischen Regimenter, aber auch der hingebenden Arbeit, in der alle Stände daheim mit einander wetteifern. Wir müssen — so fährt er fort — alles tun, um die Versorgung des Volkes auf ein ausreichendes Maß zu stellen. Wir müssen das Volk schützen vor Ausbeutung und vor Kriegswucher jeder Art, dieser schlimmsten Giftpflanze unserer Zeit. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß unser politisches Leben die Einigkeit und die Arbeitskraft des Volkes stärkt und erhöht. Ich bin der letzte, dem das Verständnis für den politischen Kampf und für die Betätigung der Parteien fehlt. Ohne politischen Kampf keine den Zeit-, den Wirtschafts- und den sozialen Verhältnissen entsprechende fortschreitende Entwicklung des öffentlichen Lebens. Aber solange wir alle Kräfte des Volkes brauchen zur Abwehr und zur Niederwerfung des Feindes, zur Arbeit für das Heer und für die Heimat, solange darf nicht der Streit um politische Ziele an der Geschlossenheit des Volkes rütteln. Dennoch soll das politische Leben nicht stille stehen. Stillstand wäre Rückschritt. Den Kampf will vor allem auch die Staatsregierung nicht. Die Mitarbeit der Staatsregierung kann sich aber nur vollziehen in jenem der ganzen Entwicklung des bayerischen Verfassungslebens eigenen wahrhaft staatserhaltenden Sinne, der Erprobtes festhält, der sprunghafte Neuerungen und unsicher tastende Aenderungen ablehnt, dabei aber reichlich Raum gibt für einen den Bedürfnissen der Zeit und der fortschrittlichen Entwicklung des öffentlichen Lebens entsprechenden wohl überlegten

## Ausbau der Staatsverfassung.

Die Erhaltung der Geschlossenheit und des Friedens im Volke hat zur ersten Voraussetzung eine einheitlich geschlossene Führung. Diese innerhalb der Staatsregierung zu sichern, wird mein eifrigstes Bestreben sein. Nicht minder wichtig ist die Aufrechterhaltung einer ständigen engen Fühlung der Staatsregierung mit der Volksvertretung. Die Arbeit der Regierung kann nur dann ersprießlich wirken, wenn sie von dem Vertrauen des Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung getragen ist. Dann widmet der Ministerpräsident der Bedeutung der Presse besondere Anerkennung. Er erklärt: Ich habe mich stets bemüht, dem Wirken und den Aufgaben der Presse volles Verständnis entgegenzubringen, ihr mit jenem vorurteilslosen Entgegenkommen zu begegnen, auf das sie berechtigten Anspruch machen kann und dessen sie auch bedarf, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden soll. Die richtige Erfüllung der Aufgaben der Presse ist im allgemeinen Staatsinteresse gelegen. Daraus ergibt sich für den Staat und für die staatlichen Behörden, die Pflicht der Mitwirkung, die Pflicht, der Presse, ohne in ihre Unabhängigkeit einzugreifen, alle die Erleichterungen und Aufschlüsse zu verschaffen, deren sie bedarf, wenn sie wirklich dem Staatsinteresse, dem Wohl des Volkes und des Vaterlandes dienen und so ihrer vornehmsten Aufgabe gerecht werden soll.

Die Frage der Neuorganisation, der Verbilligung und der Vereinfachung der Staatsverwaltung bedarf einer sorgfältigen Prüfung. Ebenso die Vorschläge der Umgestaltung der Ministerien, für die im Augenblick ein dringendes Bedürfnis übrigens nicht gegeben ist. Was die Sorge für große und wichtige Zweige unserer Wirtschaft, für Industrie, Gewerbe und Handel anlangt, will der Ministerpräsident nicht mit festumrissenen Richtlinien vor die Kammer treten, umso weniger als über diese Fragen eine erfreuliche Einmütigkeit zwischen dem Landtag und der Regierung besteht. Diese Einmütigkeit erstreckt sich auf die Schaffung eines großen Schiffahrtsweges mitten durch Bayern, die Erschließung unserer Wasserkräfte für die Versorgung des ganzen Landes mit Elektrizität, für die Ansiedelung neuer Großindustrien, sowie die innigere Gestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu der befreundeten nachbarlichen Doppelmonarchie.

Bayern als der zweitgrößte Bundesstaat hat das Recht und die Pflicht, auch an der Gestaltung der großen Richtlinien für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands mitzuarbeiten. Die Zentralisation der Kriegswirtschaft in Berlin, manche vermeintliche und wirkliche Benachteiligungen, die angeblich in den ersten Kriegsjahren für das bayerische Gewerbe daraus erwachsen waren, haben Verstimmungen ausgelöst, die sich besonders gegen die Kriegsgesellschaften in Berlin richteten. An der Beseitigung dieser Verstimmungen muß uns allen gelegen sein. Ich hoffe am besten dabei mitwirken zu können, indem ich für die volle Berücksichtigung aller berechtigten bayerischen Wünsche auf dem Gebiet der Rohstoffbeschaffung und der Heeresaufträge mit aller Entschiedenheit eintrete, andererseits aber durch Aufklärung und Vermittlung Uebertreibungen und Verallgemeinerungen, wie sie in der Kritik der Kriegsgesellschaften da und dort zutage getreten sind, nach Möglichkeit vorzubeugen versuche. Als besondere Aufgabe seiner Amtsführung hebt der Ministerpräsident noch hervor die Sorge für die Erhaltung eines kräftigen und leistungsfähigen Mittelstandes und die sozialpolitischen Aufgaben, vor allem für die Arbeiterschaft, die Pflege der Kunst und Wissenschaft und des bayerischen Kunstgewerbes. Als den wichtigsten Teil seiner künftigen Arbeit aber bezeichnet er die Sorge für die

## Stellung Bayerns im Reiche,

die Pflege der Beziehungen zu der Reichsleitung und zu den übrigen deutschen Regierungen. Bayerns Zukunft und Entwicklung kann nur in und mit dem Deutschen Reiche gefunden werden. Das Bekenntnis zur Reichsfreudigkeit und zur Reichsgesinnung, erklärt Herr v. Dandl, ist für einen bayerischen Minister etwas Selbstverständliches, und ich würde es nicht so nachdrücklich hier erneuern, wenn nicht aus den Stimmen und Verhandlungen unserer Feinde immer wieder die tiefeingewurzelten Hoffnungen auf Zwiespältigkeiten im Reichsinnern, auf Verstimmung zwischen Süd und Nord zutage träten. Diese Hoffnungen unserer Feinde sind und bleiben eitel. (Lebh. Zustimmung.) Begreiflich und berechtigt ist unser Wunsch und Wille, auch mitzuarbeiten und unseren Einfluß geltend zu machen bei der Gestaltung der Verhältnisse im Reich und bei seiner Wirkung nach außen. Wo wir von den Folgen der Politik des Reiches so unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen werden, haben wir auch das Recht und die Pflicht, nach bestem Gewissen mit zu raten. Als eines der wesentlichsten Mittel und Wege hierzu erblicke ich den Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten, der schon von meinem Vorgänger wieder zu aktiver Betätigung gebracht worden ist. Sie werden mich immer, wenn es gilt, die auf die bundesstaatliche Verfassung begründeten Rechte zu wahren, auf dem Platze finden.

Dann gibt der Ministerpräsident ein Bild von der militärischen Lage, wie es sich durch die großen kriegerischen Erfolge der letzten Zeit gestaltet hat. Der treulose ehemalige Bundesgenosse erntet in diesen Wochen den verdienten Lohn seines Verrates. (Starker Beifall.) Bei der Bewunderung dieser siegreich vordringenden Armeen dürfen wir aber nie aus dem Auge verlieren, was deutsche Heldentruppen an der Westfront leisten. Ihr Heldentum kann mit keinem Worte des Dankes genügend gekennzeichnet werden. Deutschland hat wiederholt seine

## Friedensbereitschaft

bekundet. Aber es hat dabei nicht im Gefühl der Verzagtheit gehandelt, sondern im vollen Bewußtsein seiner Stärke. Eines jedoch müssen sich unsere Gegner gesagt sein lassen, es ist ein alter Satz, daß jedes Angebot baldige Erwiderung erheischt. Darum wäre es höchste Zeit zur Antwort. Das Angebot ist kein Freibrief, auf Grund dessen die Gegner den Krieg nach Belieben ohne Risiko, ohne die Gefahr, ihre eigene Lage zu verschlechtern, fortsetzen können. (Stürmische Zustimmung.) Mit einer wiederholten Mahnung zur Einigkeit, die den Sieg und den Frieden verbürge, schloß der Ministerpräsident seine Rede, die von Anfang an mit häufigem Beifall begleitet war.

Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein und behandelte in längerer Diskussion einen bauernbündlerischen Antrag, der die Festsetzung von Höchstpreisen für Wein verlangt. Nächste Sitzung morgen Vormittag.

Obersteiner hat anläßlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres dem Verein Volksheim zu Handen seines Obmannes Prof. Becke in Anerkennung der „schönen Leistungen dieser nicht genug hoch einzuschätzenden Einrichtung" K 1000 gespendet.

## Verständigungsfrieden.

Man hätte schon längst aus dem blutenden Europa eine Aktiengesellschaft mit internationalem Verwaltungsrat machen müssen. Gestaunt hätte man, wie rasch dann der Verständigungsfrieden fertig gewesen wäre, hätte man nur dafür gesorgt, daß er ihnen soviel trage, wie jetzt der Krieg. Denn wie unlängst harmlosen Ministern von gut gelaunten Generaldirektoren erzählt wurde — sicherlich wahrheitsgemäß erzählt wurde —, zieht die Großindustrie keineswegs den Krieg dem Frieden vor. Das Gegenteil sogar ist der Fall, gleich hohen Reingewinn vorausgesetzt, denn bei so ernsten Männern kommt zuerst das Geschäft und dann das Vergnügen, und wäre der Frieden vielleicht kein Vergnügen?

Wie geeignet sie dazu wären, beweist die Tatsache, daß ihre internationalen Beziehungen, die einzigen von allen, dem Hasse des Weltkrieges nicht unterlegen sind. Die Völker mögen es tun. Das Finanzkapital hat es nicht nötig. Es sitzt friedlich in einem unbeteiligten Lande beisammen, berät, rechnet, verständigt sich und teilt den Profit. Von wenigen beachtet — wer hätte Zeit und Lust, wen lockte nicht eine Tarokpartie viel zu sehr, als daß er langweilig lesen wollte, wie das Großkapital den Strick immer enger um unsere Hände schnürt und uns um den Hals legt? — achtlos überflogen stand vor einiger Zeit in ausländischen Blättern, wie gut sich mitten im Kriege die Mitglieder des Londoner Internationalen Nobel-Dynamit-Trust vertragen haben. Dieser Trust dürfte so ziemlich die verwickeltste Maschinerie sein, die jemals zur Ausbeutung eines Patentes und sämtlicher Staaten Europas geschaffen worden ist. Ihm gehören so ziemlich alle Sprengstoffwerke in England und dessen Kolonien, Tochtergesellschaften in anderen Ländern, sowie die bedeutendsten Dynamit- und Pulverfabriken in Deutschland, hauptsächlich durch die Dynamit A. G. vorm. A. Nobel in Hamburg vertreten. Der Internationale Dynamittrust selbst war durch Aktienbesitz unter anderem beteiligt an dem genannten Hamburger Unternehmen, an den Deutschen Sprengstoffwerken Hamburg, der Dresdner Dynamitfabrik, nahm weiter durch innige Verbindungen Einfluß auf andere Unternehmungen, die wieder unter sich in den Gruppen des Deutschen Sprengstoff- und des Pulverkartells vereinigt waren. Umgekehrt befanden sich Anteile der britischen Gruppe des Internationalen Dynamittrusts in Händen der größten deutschen Sprengstoff- und Pulverfabriken. Mit Stolz kann ich berichten, daß auch wir Österreicher einen — selbstverständlich bescheidenen — Platz in dieser stolzen zwischen- und überstaatlichen Gemeinschaft einnehmen durften.

Nennt man die besten Namen,
So wird auch der deine genannt:
Österreichische Dynamit-Nobelgesellschaft.

Wir wollen nicht bezweifeln, daß die deutschen Aufsichtsräte und Direktoren — Gott strafe England! — ebenso patriotisch erbittert gegen das perfide Albion, wie die britischen von demokratischem Zorn gegen die Schergen des Potsdamer Militarismus erfüllt waren. Beide durften es um so mehr sein, als ja jeder Schuß — jeder Schuß ein Ruß', jeder Tritt ein Britt' — nicht nur die feindliche Macht kleiner, sondern auch die Dividende größer machte, oder, um das schöne Bild Sr. Exz. des Herrn Ministerpräsidenten zu wiederholen, von dem edlen Stamme der Industrie reiche Früchte abzuschütteln gestattete. Erfreulicherweise war der gegenseitige Haß nicht so stark, als daß er sie gehindert hätte, gemeinschaftlich Geld zu verdienen. Erst nach etwas mehr als einem Jahre Krieg, nachdem sehr viel deutsches Dynamit und rauchloses Pulver englische Söldlinge, aber leider auch sehr viel englisches Dynamit und rauchloses Pulver deutsche Vaterlandsverteidiger verstümmelt und getötet hatte, kamen die Feinde irgendwo, man weiß nicht genau ob in der Schweiz, in Holland oder im kalten Norden zusammen, berechneten was dem einen Feind und was dem anderen nach Recht und Billigkeit gebühre; und nachdem sie, klüger als die Schlachten schlagenden und Dividenden tragenden Völker, das Haager Schiedsgericht der doppelten Buchhaltung hatten entscheiden lassen, wobei den deutschen Teilnehmern ein Betrag von drei und ein viertel Million Mark zuerkannt wurde, ging man auseinander und der Krieg weiter fort. Von nun an konnte ein jeder Sprengmittel und Pulver liefern, ohne das peinlich unpatriotische Bewußtsein, dem Erbfeinde Anteil am Reingewinn auszahlen zu müssen. Frei von niedrigen Geldgedanken kann die Vaterlandsliebe der Dynamitindustrie jetzt den Feind hassen und das eigene Volk lieben.

Wie man sieht, waren diese Bemühungen der Trustteilnehmer, sich international zu verständigen, unvergleichlich erfolgreicher als die der Sozialisten. Kein Balfour weigerte freien Engländern die Reisepässe und kein Blatt der deutschen Vaterlandspartei der Schwerindustrie bezichtigte die deutschen Teilnehmer an dieser internationalen Konferenz, englisches Geld empfangen zu haben. Der Vorwurf wäre ungerecht gewesen, denn die Millionen werden in gut deutschem Gelde bezahlt; aber auch fehl am Orte wäre er gewesen, denn die beteiligten Hauptpersonen waren — und sind — dieselben, deren Sorge um ein stärkeres und größere Dividenden tragendes Deutschland den Blättern alldeutscher Gesinnung die angemessen bezahlte Feder führt; wir finden die stolzen Namen, die der Eingeweihte aus der alldeutsch-annexionistischen Werbearbeit so gut, vielleicht nur zu gut kennt.

Zweifelt man noch, daß diese Männer den Frieden rasch zustande brächten? Sie sprechen das Esperanto der Dividende und das Bankschecks und nicht schwer könnte ihnen der Verständigungsfriede ohne Landerwerb und Entschädigung fallen. Wer sich im Kriege zu verständigen weiß, sollte es nicht im Frieden vermögen? Landerwerb? Wozu sich ihn erst ausbedingen, da ihnen ohnehin alle

14./XI. 1917

## Ein Protest Chinas gegen den amerikanisch-japanischen Vertrag.

Amsterdam, 13. November.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington vom 12. d.: Der chinesische Gesandte überreichte dem Staatsdepartement einen formellen Protest gegen den Vertrag, der zwischen den Vereinigten Staaten und Japan über China geschlossen worden ist. Nichtamtlich verlautet, daß der japanischen Regierung in Tokio ein ähnlicher Protest überreicht worden sei.

Neue Freie Presse

14./XI. 1917

12

# Ententeversprechungen an Italien.

## Eine Rede Painlevés.

Paris, 12. November.

Die Agence Havas meldet: Ministerpräsident Painlevé gab zu Ehren Lloyd-Georges und des italienischen Unterrichtsministers Berenini ein Frühstück.

In seiner Bewillkommnungsrede begrüßte Painlevé Lloyd-George, der durch seine beredte Tatkraft und seine Vorstellungsgabe restlos die gewaltigen Anstrengungen Englands und der Dominions aufrechterhalten habe und aufrechterhalte und aufstachle. Der frühere Friedensfreund sei zu einem der entschlossensten Organisatoren des Krieges bis zum Aeußersten geworden, weil der Krieg, welchen wir gegen den Krieg führen, unversöhnlich sein muß und weil diejenigen, welche die Schrecken in der Welt entfesselt haben, außerstandgesetzt werden müssen, von neuem anzufangen.

Painlevé begrüßte sodann den General Smuts und den italienischen Minister Berenini als den Vertreter jener edlen Nation, die gegenwärtig das Opfer von Prüfungen ist, welche in nächster Zukunft ihre Vergeltung finden werden. Italien wird uns mehr und mehr teuer. In der Stunde, wo deutsche Grausamkeit die edlen Städte Venetiens bedroht, die so lange unterjocht waren, dürfen und können wir nicht vergessen, daß es im August 1914 die wohlwollende Neutralität Italiens war, die uns erlaubte, dem Eindringling unsere gesamten Kräfte entgegenzuwerfen, und daß im Mai 1915 in dem Augenblick, wo die russischen Armeen ohne Munition sich zurückzogen, Italien aus eigener Entschließung in den großen Krieg eingetreten ist. Daher hat, als die schwere deutsche Drohung sich mit Wucht auf Italien niederwälzte, das Brudergefühl des französischen Volkes sich mit seiner Regierung und seinen Feldherren in Uebereinstimmung befunden und, während der Feind noch in unseren nördlichen Ebenen lagert, haben die französischen Divisionen die Front verlassen, um in einer Schnelligkeit, die den Geist unserer Führer und die Art unserer Organisation ehrt, sich nach Italien zu begeben.

In diesem Augenblick strömen auf allen Eisenbahnen und allen Wegen französische und englische Soldaten, Kanonen und Schießbedarf auf die andere Seite der Alpen. Die Hilfe wird der Größe der Gefahr entsprechen. Die Alliierten kämpfen nicht jeder für sich, sondern jeder für alle. Sie kämpfen nicht allein für ihren Herd, sie kämpfen für den Schutz alles dessen, was schön, gut und wahr ist in der Welt und was den Lohn eines edlen Lebens bildet; sie kämpfen, um der Barbarei und der organisierten Grausamkeit ein Ende zu machen. Sie kämpfen dafür, daß endlich die Völker den Frieden, die Gerechtigkeit, die Achtung vor dem Recht kennen lernen, ohne unter äußere Gesetze gebeugt zu sein.

Die Alliierten müssen alle Hilfsquellen, alle Kraft und den ganzen Siegeswillen dem gemeinsamen Wohle nutzbar machen. Eine einzige Front, ein einziges Heer, eine einzige Nation: Das ist das Programm, welches der künftige Sieg fordert. Wenn nach vierzig Kriegsmonaten, nach allen Prüfungen, die die Ereignisse uns auferlegt haben, die alliierten Völker zu dieser heiligen und internationalen Einigkeit nicht imstande wären, dann wären sie trotz der gemeinsam erlittenen Opfer des Sieges noch nicht wert, dann hätte ihre Sache es noch nicht verstanden, sich zur Höhe ihrer Aufgabe zu erheben. Aber diese Einigkeit des Handelns, dieses Verschmelzen der Anstrengungen, nach welchen seit so langer Zeit die alliierten Völker hinstreben, wie sollten sie sie aus dem Reiche der Träume und des tatenlosen Willens in das Gebiet der Tat hinüberführen? Unsere Feinde haben sich entschlossen, die Aufgabe durch Anwendung brutaler Mannszucht zu lösen. Bei ihnen gibt es ein Herrenvolk, dessen Sklaven die anderen sind. Wir sind freie Völker, welche es nicht ertragen, einem anderen Volke unterworfen zu sein. In Kriegszeiten ist eine solche Unabhängigkeit Kraft und Schwäche zugleich: Kraft, weil sie begleitet ist von einer Widerstandsfähigkeit, welche die unterdrückten Nationen nicht kennen, Schwäche, weil sie die Gleichordnung der militärischen Unternehmungen erschwert. Die Unabhängigkeit und die Leitung miteinander in Einklang zu bringen, das erfordert eine wirksame Kriegspolitik, das wird die Aufgabe des interalliierten Kriegsausschusses oder des obersten Kriegsrates sein, welchen die großen alliierten Völker soeben geschaffen haben.

Ministerpräsident Painlevé setzt sodann auseinander, daß ein Organismus, so nützlich er auch sein möge, nur an Wert gewinne durch den Willen, der ihn beseele, und daß dieser Wille bei den Regierenden und allen denjenigen vorhanden sein müsse, die kämpfen und sich mühen für den Kampf. Je schwerer die Stunden sind, sagte der Ministerpräsident, um so unbeugsamer muß unsere Geschlossenheit sein, um so höher muß sich die Moral der Nationen erheben. Es wird sich darum handeln müssen, wer zuerst fallen wird. Das sind nicht die Alliierten, wenn sie nicht selbst sich zur Ohnmacht verurteilen. Die Alliierten haben für sich vier Fünftel der zivilisierten Welt und ungeheure materielle Hilfsquellen sowie unerschöpfliche Quellen der Freiheit. Zu den Heeren des Rechtes gesellen sich die Legionen Amerikas mit ihren gewaltigen Mitteln.

Es handelt sich nicht darum, unsere Feinde zu zählen, sondern es handelt sich darum, zu einer Kraftanstrengung entschlossen zu sein, die unerläßlich ist, um sie zu besiegen, und sicher zu sein, daß wir es können. Diejenigen, die unter den gegenwärtigen Umständen an Frieden denken, verraten die heiligsten Interessen des Vaterlandes und der Menschheit. Ein derartiger, von der Welt unter der triumphierenden Drohung des preußischen Militarismus angenommener Friede wäre ein Friede der Demütigung und des Elends. Nein, die Parole ist Kampf und nur Kampf bis zu jenem Tage, wo sich auf dem Schlachtfelde das Recht triumphierend erheben wird.

Painlevé forderte die allzu ängstlichen Herzen auf, sich zu den Tagen des August 1914 zu erheben und, indem sie jenen Tagen die augenblickliche Lage gegenüberstellen, jede Furcht zu verbannen. Frankreich, schloß der Ministerpräsident, zeigte damals, was ein großes Volk kann. Wenn ein Volk solche Stunden durchmacht wie diese, ohne schwach zu werden, so kann man sagen, daß es die Feuerprobe bestanden hat.

Die Zeit
15./XI. 1917


# Mitteleuropa †.

Am Ende des ersten Kriegsjahres, als die Kriegspsychose noch in voller Entwicklung war, tauchte eine alte groß-, später all-deutsche Idee unter dem Namen Mitteleuropa in neuem Gewand und neuem Glanz auf. Sie knüpfte mit Geschick und Erfolg an die durch den Krieg damals erregten Empfindungen an. Die Waffengemeinschaft, die im Kriege Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei vereinigt hatte, sollte nach dem Kriege in Form einer wirtschaftlichen Gemeinschaft ihre Fortsetzung finden. Jede Erinnerung an die Waffengemeinschaft erweckte damals widerspruchslose Begeisterung, sozusagen die gebotene Begeisterung, und jede Kritik eines die Waffengemeinschaft verherrlichenden, ja verewigenden Gedankens wäre damals als eine böswillige Störung der Kriegsstimmung betrachtet und abgelehnt worden. So flog alles dem neuen Lichte zu. Die politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen wetteiferten in Zustimmungskundgebungen, hohe und höchste Herrschaften gaben ihr leutseliges Interesse dafür zu erkennen, das große Publikum drängte sich zu den Vorträgen über Mitteleuropa, kein Konventikel war mehr möglich ohne eine Resolution für die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte, die kleinen Fachmänner, die immer etwas zu tun bekommen, „wenn die Könige bauen", setzten sich sofort an die Detailarbeit, und die Staatsmänner wagten keine Einwendung, weil sie sich nicht unpopulär machen wollten.

Der Krieg ging aber weiter, weiter und immer weiter, man begann an den Frieden zu denken, und schließlich wurde es sogar erlaubt, über den Frieden zu sprechen, ja die Minister taten es selbst, weil das Reden über den Frieden der einzige Ersatz für den Frieden selbst war, den die Staatsmänner der geplagten Menschheit zu bringen nicht vermochten. Hatte man früher selbst den Frieden nur durch die Kriegsbrille, sozusagen als eine „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" gesehen, so begnügte man sich jetzt gar nicht mehr mit einem gewöhnlichen Frieden, wie er sonst jeden Krieg beendet hatte, sondern verlangte diesmal einen besonders ausgiebigen Frieden, einen Frieden, der nicht nur das Ende dieses, sondern das Ende aller Kriege sein sollte, einen ewigen Frieden, und gewöhnte sich, selbst den Krieg und jedes kriegerische Ereignis nur mehr von dem Standpunkt zu betrachten, ob und wie weit es uns dem Frieden näher bringe. Der Kriegspsychose war eine Friedenspsychose gefolgt, und unsere Minister setzten sich ein neues Gehirn ein, das allerdings nicht gleich tadellos funktionierte, und sprachen wie die geborenen Pazifisten. Wem mochte da noch der Gedanke verlockend erscheinen, die Poesie der Schützengrabengemeinschaft in Form eines wirtschaftspolitischen Vierbundes in die — ach, noch so ferne — Zeit nach dem Kriege „hinüberzuretten"?

Bulgarien und die Türkei hatten sich übrigens niemals für „Mitteleuropa" erwärmt, obzwar sie ehrenvolle Einladungen zum Beitritt erhalten hatten. Noch mehr verstimmte die durchaus nicht unfreundliche Aufnahme, die der Plan bei unseren Gegnern fand. Die beschlossen nun ihrerseits, sich nach dem Kriege wirtschaftspolitisch zusammenzutun und uns von dem Bezug ihrer Rohstoffe und von der Einfuhr in ihre Länder auszuschließen, und sie befanden sich zweifellos den vier oder gar zwei Zentralmächten gegenüber in einer immer noch wachsenden Uebermacht. Die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 waren im Grunde nichts anderes, als „Mitteleuropa" im Spiegel gesehen. Man erschrak. Das Schicksal sollten wir uns selbst bereiten helfen, das uns unsere Feinde zugedacht haben? Ihren Boykott, den wir jetzt im Kriege heldenmütig ertragen, aber verfluchen, sollten wir für die Zeit nach dem Kriege segnen? Das ging nicht an, und das Verbot des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege, die Forderung nach Wiederherstellung des freien Wirtschaftsverkehrs wurde der unbestrittenste Punkt im Friedensprogramm unserer Staatsmänner. Nicht einmal der zwanzigjährige Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn, dem so viele Minister- und Fachmännerreisen gegolten haben und der die Voraussetzung von „Mitteleuropa" bilden sollte, kommt zustande, man begnügt sich vielmehr mit einem zweijährigen Ausgleichsprovisorium, weil man sich für die Zeit nach dem Kriege allseits die Hände freihalten will. So ist die Idee von Mitteleuropa dahingeschwunden — wie eine jugendliche Verirrung, die selbst in der Erinnerung noch befremdend wirkt.

Ostdeutsche – Rundschau

15./XI. 1917

17

# Wandlungen und Wendungen.

**Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unter den Tisch gefallen.** In der Entschließung der großen sonntägigen Versammlung ist nur von der Unversehrtheit der feindlichen Staaten die Rede, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das einen so stolzen Punkt des Stockholmer Programms bildete, wird nicht mehr gesprochen. Das haben die Polen mit ihrem Königreich getan! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war ja nicht für die praktische Anwendung bestimmt, am wenigsten durfte es sich gegen die Feinde der Mittelmächte richten, das durfte nur Verwirrung in Deutschland und Oesterreich schaffen. Ein Aushängschild, den Feinden zu helfen, und ein Sprengpulver, Oesterreich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Das und nichts anderes durfte das Selbstbestimmungsrecht der Völker darstellen. Darin waren Slaven und Sozialdemokraten schon im Reichsrate einig und auch unsere armseligen Wiener Liberalen unter Kurandas Führung schlossen sich ihnen an. Kaum war eine Form gefunden, das selbständige Polen in einer für die Mittelmächte möglichst wenig drohenden Form, mit vollstem Einverständnis der Polen selbst, herzustellen, indem es nicht Oesterreich angegliedert, sondern nur in Personalunion zu ihm gestellt werden sollte, da brach die Meute los. Da war der Friede bedroht; denn die Feinde könnten durch diese Lösung gekränkt werden, und auf die Schonung ihrer Gefühle mußte vor allem von unseren deutschen Sozialdemokraten schon wegen der Internationale Rücksicht genommen werden. Das drückte sich auch noch in einer anderen Wendung der Entschließung aus; alle wieder gutzumachenden böswilligen Eroberungen der Mittelmächte sind einzeln aufgezählt, weder Belgien noch Kurland ist vergessen, aber von einer Rückgabe der deutschen Kolonien ist keine Rede mehr. Wer wird denn auch so rücksichtslos sein, die lieben Engländer zu kränken? Das könnte ja üble Folgen haben. Lloyd George hat lange geschwiegen, weil er in Italien dringend beschäftigt war. Wenn aber dieser gewaltige Mann, durch die Forderung der Rückgabe der Kolonien gereizt, wieder sein Maul sperrangelweit aufreißt — und er hat jetzt bereits in Paris wieder siegesgewiß geredet — dann kann das ganze schöne Friedenswerk, das am Sonntag im Konzerthaus zu Wien so mächtig gefördert wurde, wieder gestört werden. Die Kolonien kann sich Deutschland ja am Friedenstische durch eine weitere Nachgiebigkeit gegen England zurückbetteln. Das hat mit der Internationale nichts zu tun. Die Neger Deutsch-Ost- und Südwestafrikas und Kameruns sind noch nicht zur Sozialdemokratie eingeschwenkt. Die meisten demokratischen Amerikaner wollen auch von einer Gleichberechtigung der Schwarzen einstweilen nichts wissen. Alles Gründe, sich für die Kolonienfrage nicht zu erhitzen.

Es genügt, wenn, wie es ausdrücklich in der Entschließung verlangt wird, Belgien, Serbien und Rumänien als ganz selbständige Staaten wiederhergestellt werden, Rußland Kurland, Livland und Polen, Frankreich und selbstverständlich auch Italien alles Verlorene, einschließlich der deutschen Gemeinden, die sich innerhalb der italischen Grenzen behauptet haben, zurückerhalten. Dann sind Deutschland und Oesterreich-Ungarn von ihren Verbündeten getrennt und durch ihre Feinde abermals aufs engste eingekreist. Dann ist England, Frankreich, Italien und Rußland die Möglichkeit geboten, mit Hilfe Nordamerikas das Deutsche Reich wirtschaftlich einzuschnüren und bei günstiger Gelegenheit es mit mehr Aussicht auf Erfolg zu überfallen, denn bis dahin wird auch Amerika Zeit haben, seine Hilfe besser vorzubereiten, als dies jetzt in der Eile geschehen konnte. Für den Zündstoff eines neuen Weltkrieges werden die uns so günstig gesinnten wiedererstehenden Staaten Serbien und Belgien, vielleicht auch das bis dahin genügend bearbeitete selbständige Polen sorgen, das ja seine Sehnsucht nach Galizien und Posen nie aufgeben wird. Aber eines wird erreicht sein: Auch die verbohrtesten französischen und englischen Sozialdemokraten und die russischen Bolschewike und Menschewike und wie sie alle heißen, die einigen Sozialisten des Ostens, die heute oben, morgen unten liegen, werden einsehen, daß es die österreichischen und reichsdeutschen Sozialdemokraten gut mit ihnen meinen, und sie werden sich gnädigst herbeilassen, die zertrümmerte Internationale wieder zusammenzuflicken. Und damit ist das glorreiche Ziel der Sozialdemokraten erreicht. **Nicht der Friede Europas, nicht das Wohl Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, nicht die wirtschaftliche Wiedergeburt unserer treuen Verbündeten Bulgarien und Türkei sind es, die unseren deutschen Sozialdemokraten am Herzen liegen, einzig die Versöhnung der heute feindlichen Genossen, die Rettung der Internationale ist das große Ziel, dem sie alles opfern, Ehre, Gewissen und Vaterland!** Die ehrenwerten Führer unserer deutschen Sozialdemokraten auf ihrer zur Zertrümmerung Mitteleuropas führenden Bahn sind Adler der Aeltere und Adler die Jüngeren, Arsterlitz Elbogen und der — deutsche Pernerstorfer. Daß Gott erbarm'! Unsere Staatsmänner aber sind mit Blindheit geschlagen und sehen über die heuchlerische Friedensmiene der Sozialdemokraten ihr wahres Gesicht nicht und über das rosenrot gefärbte Morgen nicht das schwarzdräuende Uebermorgen. Wie lautet doch der alte lateinische Spruch in sinngemäßer Uebersetzung: **Mögen unsere Staatsmänner dazu sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden leide.**

H. Gerbers.

15./XI. 1917

18

# Lloyd Georges Stellung erschüttert.

## Wegen seiner Pariser Rede.

K. **Amsterdam**, 14. November. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London vom 13. d. M.: Die Pariser Rede Lloyd Georges verursachte im Parlament und im Publikum außerordentlich große Aufregung. Die Parlamentsberichterstatter der Blätter erklären, daß die Rede den ausschließlichen Gesprächsstoff in den Wandelgängen des Parlaments bildete. Die Ansichten darüber gehen auseinander. Einige sind der Meinung, daß, wenn eine solche Rede überhaupt notwendig war, sie in einer geheimen Sitzung des Unterhauses hätte gehalten werden müssen. Andere erklärten, daß Lloyd George für die Verbündeten gesprochen habe. Der Premierminister, der jetzt wieder in London weilt, wird morgen im Unterhause erscheinen und wahrscheinlich eine Erklärung abgeben. Die Blätter schwanken noch und wissen nicht, wie sie sich stellen sollen. Im allgemeinen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Stellung des Premierministers erschüttert sei.

K. **Rotterdam**, 14. November. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Nicolson schreibt in den „Daily News" vom 13. d. M.: Die Rede Lloyd Georges hat einen sehr ernsten politischen Zustand geschaffen. Die konservativen Mitglieder des Kabinetts sind fast ohne Ausnahme vor allem darüber ungehalten, daß nicht jedes von ihnen über den Inhalt der Rede um Rat gefragt worden ist. Selbst wenn sie die Rede gebilligt hätten, und das tun sie nicht, hätten sie es für grundsätzlich richtig gehalten, daß sie in London und nicht in Paris gehalten worden wäre. Die konservative Partei im Unterhause steht der Rede, die mehrere ihrer Mitglieder als deutsche Propaganda bezeichneten, feindlich gegenüber. Man fürchtet, daß sie in den Vereinigten Staaten und den neutralen Ländern eine schlechte Wirkung haben werde.

Nach dem parlamentarischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" wird in unionistischen Kreisen und unter den äußersten Radikalen von einer bevorstehenden Krise gesprochen.

K. **Rotterdam**, 14. November. Nach dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" schreibt das liberale Abendblatt „Star" in einem Leitartikel über die Rede Lloyd Georges: Die britische Armee hat unbeschränktes Vertrauen in Haig und Robertson. Es ist nicht verständig, an diesem Glauben an ihre Anführer zu rütteln. Infolgedessen halten wir die Rede Lloyd Georges für einen bedauerlichen Fehler. Sie ist hysterisch, rhetorisch ungenau und voll von Widersprüchen. Seine Erklärungen stimmen nicht, seine Behauptungen können die Probe einer kritischen Analyse nicht vertragen. Lloyd George sagte: „Ich bin ungefähr der einzige Minister, der von Anfang an dabei gewesen ist." Warum ist er nicht zurückgetreten, wenn solche Dinge geschehen sind, wie er sie jetzt schildert? Sollen wir für seine Fehler alle anderen verantwortlich machen und ihn allein freisprechen? Lloyd George versucht zu beweisen, daß die italienische Katastrophe auf Mangel an Einheitlichkeit zurückzuführen sei. Es liegt aber auf der Hand, daß die Italiener genug Geschütze und Mannschaften besaßen. Die Katastrophe wurde nicht dadurch verursacht, daß sich die Franzosen und Briten weigerten, Geschütze und Mannschaften zu schicken. Die Italiener ersuchten gar nicht darum. Die Wahrheit über Serbien ist, daß wir weder Mannschaften, noch Geschütze abgeben konnten, sie wurden alle auf Gallipoli verschwendet. Die Wahrheit über Rumänien ist, daß Stürmer uns verraten hat. Die Wahrheit über [illegible]

Reichspost

15./XI. 1917

20

# Wilson über Oesterreich-Ungarn.

## Vergebliche Lockungen.

Wie sehr die Gegner, da ihre militärischen Mittel versagen, noch Hilfe von der Spaltung der Mittelmächte erhoffen, verraten die Winke, die Wilson zu Buffalo mit knüppeldickem Zaunpfahl an Oesterreich-Ungarn gab, sich vor der „vollständigen Vogtei Deutschlands" über die Donaumonarchie an das liebevolle Herz unserer heutigen Gegner zu flüchten. Wir danken für seine Angst, daß wir Deutschlands „Vasallen" werden müßten — ob es aber nicht klüger wäre, wenn Wilson in seinen vielen Sorgen, die ihm der Verband bereitet, sich nicht auch noch mit dem Kummer um uns in Oesterreich-Ungarn belasten würde? Man ist bei uns über die Menschenfreundlichkeit der Wilsonschen Politik schon zur Genüge unterrichtet, um noch nach weiteren Kostproben, gar für uns Oesterreicher besonders zugerichtet, zu verlangen. Unsere Freiheit und unsere Selbständigkeit werden wir uns selbst schützen. Wenn wir es nicht schon früher gewußt hätten, so hätten unsere Gegner im Weltkrieg gründlich für die Erkenntnis gesorgt, daß Deutschland uns und wir Deutschland brauchen, nicht einen abhängigen, kraftlosen Nachbar, sondern einen starken und seines Weges bewußten Freund. Deshalb kommen alle Sykophanten mit ihren Ratschlägen und Sorgen um uns zu spät.

Immerhin mag manchen Leuten in Deutschland, die gern den Mund etwas schnodderig voll nehmen, die Rede Wilsons zeigen, wie rasch und feinhörig der Gegner jeden Mangel an Takt, den er irgendwo in Mitteleuropa bemerkt, sofort für seine Zwecke zu nützen sucht.

Der Schluß der Ausführungen Wilsons enthält eine Bemerkung, die ein hübscher Stammbuchvers für diejenigen bei uns ist, welche alle Wilsonschen ehemaligen pazifistischen Schlagworte von der „Demokratie" und dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgenommen haben und für einen Weltfrieden nach amerikanisch-englischer Fasson Stimmung machen; Wilson sagte: „Ich habe nichts gegen die Bestrebungen der Pazifisten einzuwenden, nur gegen ihre Einfalt!"

*

**Amsterdam, 13. November.**

**Das Reutersche Bureau meldet aus Buffalo unter dem 12. November: Auf der Jahresversammlung der amerikanischen Federation of Labour hielt Wilson eine Rede, in der er sagte:**

**Dies ist der letzte entscheidende Kampf zwischen dem alten Machtprinzip und dem „neuen Freiheitsprinzip". Der Krieg wurde von Deutschland begonnen. Deutschland hatte Platz in der Sonne. Warum war es nicht zufrieden? Was will es mehr? Ich glaube wohl, daß der Geist der Freiheit in deutsche Herzen einziehen kann, wie in jedes Herz. Aber er verträgt sich nicht mit den Plänen der Alldeutschen.**

Viele Vorschläge erreichen uns von der einen der Mittelmächte, die mehr nach Frieden verlangt, als führende Macht der Mittelmächte, und wie Ihr wißt, bedeutet das, daß die Völker des erstgenannten Landes wohl wissen, daß für sie die Gefahr besteht, Deutschlands Vasallen zu werden, obwohl sie nicht wünschen, daß das eigene Nationalbewußtsein und der Nationalstolz unterdrückt werden. Die Eisenbahn Bagdad—Berlin stellt eine Bedrohung für die Industrieunternehmungen eines halben Dutzend anderer Länder dar. Die deutsche Konkurrenz würde, wenn sie dorthin käme, unwiderstehlich sein, weil es immer möglich wäre, die deutschen Armeen rascher nach diesen Gegenden zu befördern als irgendeine andere Armee.

Was Deutschlands Aeußerungen über Belgien, Nordfrankreich und Elsaß-Lothringen betrifft, so sind das zwar sehr wichtige Gegenstände, aber sie treffen nicht den Kern der Sache. Deutschland übt eine vollständige Vogtei über Oesterreich-Ungarn (!), faktisch auch über den Balkan, die Türkei und Kleinasien aus. Wenn die europäische Karte bleibt wie jetzt, bleibt Deutschland in der Lage, den Weltfrieden zu stören. Deutschland hat sich vorgenommen, die ganze Welt politisch zu beherrschen. Nie zuvor wurde ein derartiger Ehrgeiz auf einem so genau ausgearbeiteten wissenschaftlichen Plan zur Erreichung der Vorherrschaft aufgebaut. Ich bin überzeugt, daß es eine Gruppe von Menschen gibt, wie momentan gewisse Kreise Rußlands, die glauben können, daß sie ohne Gefahr von Seiten Deutschlands würden leben können. Ich habe nichts gegen die Bestrebungen der Pazifisten einzuwenden, nur gegen ihre Einfalt. Wilson schloß, er habe einen der größten Friedensfreunde, den Obersten House, nach Europa geschickt, aber nicht, um über den Frieden zu unterhandeln, sondern um zu sehen, wie der Kriegsgewonnen werden kann.

Neues Wiener Tagblatt

16./XI. 1917



# Der Bürgerkrieg in Rußland.

## Die widersprechenden Meldungen.

**Stockholm**, 14. November. (Meldung des Vertreters des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Seit gestern ist die telegraphische Verbindung zwischen Finnland und Petersburg unterbrochen. Es ist unbekannt, wer das Kabel zerstört hat. Authentische Nachrichten fehlen daher vollständig. Sicher ist, daß das ganze Reich vom Bürgerkrieg erfaßt ist und jetzt fünf Regierungen in Rußland vorhanden sind. Die heutigen Blättermeldungen lauten widersprechend. Einige melden den Sieg, die andern eine vollständige Niederlage Kerenskijs.

In „Stockholms Tidningen" klärt der Haparandaer Spezialkorrespondent die Lage folgendermaßen auf: Kerenskij hatte Sonntag nacht Gatschina, Zarskoje Selo und Krasnoje Selo eingenommen. Samstag abend hatte er Parlamentäre nach Petersburg geschickt und die Bolschewiken aufgefordert, sich zu ergeben. Die Unterhandlungen dauerten bis Sonntag, blieben aber erfolglos. Durch diese Unterhandlungen verlor Kerenskij alle Autorität. Die Menschewiken und die Bürgerlichen werfen ihm vor, er habe den richtigen Moment zum Einmarsch in Petersburg und zur Niederwerfung der Bolschewiken am Sonntag verpaßt. Die Bolschewiken nützten diese Verzögerung aus, bemächtigten sich dreier Kasernen mit regierungstreuen Truppen und organisieren die Verteidigung der Stadt. Der Ausgang der weiteren Kämpfe ist unbekannt.

Der Eisenbahnerverband sandte Sonntag den Bolschewiken und den Sozialrevolutionären ein Ultimatum, worin er sie auffordert, sich zu verständigen und eine neue sozialistische Regierung zu bilden, und im Falle der Weigerung mit dem allgemeinen Streik der Eisenbahner droht.

Die Bürgerlichen haben das Vertrauen zu Kerenskij verloren und neigen jetzt zu Kaledin, Kornilow, Rodzianko und Miljukow. Die drei letzteren sollen sich in Moskau befinden. Kerenskij hat seine politische Rolle ausgespielt.

Die Bolschewiken üben in Petersburg eine Schreckensherrschaft aus. Das Winterpalais ist ausgeraubt. Die Soldaten verkaufen die Gobelins und kostbare Bilder. Sie sollen auch an den Mitgliedern der Frauenbataillone unbeschreibliche Grausamkeiten begangen haben. Man spricht von 1000 Toten und Verwundeten.

In Moskau sollen noch die Regierungstruppen die Stadt beherrschen.

„Sadownaja Schisn" verzeichnet das Gerücht von der Bildung einer Kosakenregierung im Donbecken. Nach einem andern Gerücht ist Kaledin zum Diktator Rußlands proklamiert worden.

Neues Wiener Tagblatt



16./XI. 1917

# Die Mißstimmung gegen Lloyd George.

Um Lloyd George ballen sich dräuende Wetterwolken zusammen, aus denen der vernichtende Strahl bald herniederzucken könnte. Der kleine Tischlerssohn, der sich zum gebietenden Herrn über Englands Herzoge und Lords emporgeschwungen hat, war schließlich derart übermütig geworden, daß er glaubte, sogar die Wahrheit sagen zu dürfen. Er tat dies in einer Rede, die er vor seinem Wirt, dem französischen Kammerpräsidenten, hielt.

Sie verriet nichts von jener fröhlich-satten Gehobenheit, die sonst Tischreden auszeichnet und in der die Alliiertenführer bis in die jüngsten Tage Meister blieben! Nein, Lloyd George wurde beim echten Sekt ganz gegen alle herkömmliche Wirkung schwermütig und erschreckte die aufhorchende Tafelrunde durch eine Gespensterrede, die alle Schuld der Entente erbarmungslos aufdeckte.

Als die Rede über den Kanal drang, erweckte sie in der Presse und in den Gängen des Parlaments einen Sturm der Empörung. Von rechts und links, von den Tories und den Liberalen schallen ihm Beschimpfungen entgegen, und die Kritiken, die sich der englische Diktator gefallen lassen muß, bewegen sich zwischen zwei Polen: die einen erklären, die Rede des englischen ersten Ministers sei eine Dummheit gewesen, die andern heißen sie ein Verbrechen. Wo die Dummheit, welches das Verbrechen? Die entrüsteten Gegner Lloyd Georges sind nicht wie ihr Herr von einem plötzlichen Wahrheitsanfall heimgesucht, und darum geben sie ihren Angriffen einen falschen Vorwand.

Da es überall auf den Schlachtfeldern der Entente schief geht, hat Lloyd George seinen Aufenthalt in Italien dazu benützt, die einheitliche Führung der militärischen Geschäfte einem politischen Rate zu sichern, in dem die Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und Italiens das erste Wort haben. Und unter ihnen, wie wohl niemand bezweifelt, wieder Lloyd George. Da die Entente keinen militärischen Hindenburg hat, dem sie die Oberleitung des Krieges mit Beruhigung anvertrauen könnte, soll sie nun einen politischen Hindenburg in der Person des englischen Ministerpräsidenten bekommen. Die Oberhoheit Großbritanniens über seine Verbündeten soll nun ihre Krönung durch den „interalliierten Rat" unter dem Vorsitze Lloyd Georges erfahren. Das also kann es doch nicht sein, was die daheimgebliebenen Engländer gegen ihren aus Italien zurückgekehrten Premier aufbringt. Wenn er nichts Schlimmeres verbrochen haben sollte, als den Einfluß Englands innerhalb der Entente zu mehren, so ist das höchstens ein Verdienst, sicherlich aber keine Dummheit und noch weniger ein Verbrechen.

Dummheit und Verbrechen Lloyd Georges vom Engländerstandpunkt sind auf einem andern Gebiet zu suchen. Der Premierminister hat sich durch seine Pariser Rede gegen ein bisher strenge geheiligtes, unermüdlich befolgtes Gebot der Entente versündigt, gegen den Geist der Lüge, dem die Alliierten von allem Anbeginn dienten, der sie zu ihren politischen Erfolgen führte und der sie allein noch zusammenhält. Diesen Geist der Lüge hat Lloyd George zum erstenmal verleugnet, als er, noch voll von den italienischen Schreckensbildern, die er geschaut, verkündete, daß alles schlecht und zwecklos gewesen, was die Entente bisher getan, daß sie unzählige Gelegenheiten versäumt und daß in ihrem Bunde eine Hand die andre immer gehemmt hat. Und all das gestand Lloyd George in Paris, dem Mittelpunkt jenes Landes, das der Krieg am härtesten heimgesucht hat, dem er die Blüte der Jugend, die reife Mannheit genommen und dessen müdes Alter er noch mit eisernem Griff im Dienste festhält.

Die Gefahr ist heraufbeschworen, daß die Ehrlichkeit Lloyd Georges die letzten Balken, die noch in Frankreich und Italien den Kriegswillen stützen, zusammenbrechen läßt. Englands Kriegsgeschäft ist bedroht und durch keinen Geringeren als den englischen Ministerpräsidenten selbst. Vielleicht gelingt es ihm, die parlamentarischen Aufrührer noch einmal zu bändigen; die Engländer haben keinen zweiten Lloyd George zu versenden, so ungeduldig auch Asquith sein mag, der den Premierminister im Unterhause über die Ergebnisse der italienischen Reise schon zur Rede gestellt hat. Und was die „Dummheit" oder das „Verbrechen" angeht, das er begangen haben soll — absichtslos ist es kaum geschehen; Lloyd George hat wohl gewußt und überdacht, was er sagte, und auch, daß er gerade in Paris sagte, was er auf dem Herzen hatte. Sucht er am Ende, überdrüssig der Lords, wieder den Weg zurück zum kriegsmüden Volk? Die Saat, die der englische Minister in Frankreich ausstreute, kann wachsen und bald zur Reife gedeihen.

16./XI. 1917



# Der Bürgerkrieg in Rußland.

## Die Bolschewiki Herren von Petersburg. — Ein Teil der Stadt in Flammen.

Gr. Berlin, 16. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Kopenhagen: Die letzte Nachricht aus Haparanda von Mittwoch abends lautet: Augenblicklich haben die Bolschewiki ihre unbestrittene Herrschaft in Petersburg und in mehreren anderen Städten.

Weitere Meldungen aus Haparanda verstärken den Eindruck, daß vor Petersburg noch gekämpft wird. Von mehreren Seiten wird berichtet, daß ganze Teile von Petersburg in Flammen stehen. Alle Geschäfte sind geschlossen. Die Fernsprecher sind unterbrochen, der Eisenbahnverkehr wird nur in Finnland aufrechterhalten. Kerenski beherrscht die Bahnstrecken Gatschina—Petersburg mit Panzerzügen, die seine stärksten Kampfmittel sind. Die Zahl seiner Truppen soll so gering sein, daß er für den Nachschub bei Zarskoje Selo keine Deckungsmannschaften mehr hinterlassen konnte. In Moskau herrschen pogromartige Zustände, doch soll sich die Nachricht, eine Koalitionsregierung mit Einschluß der Bolschewiki sei dort in Bildung begriffen, bestätigen.

K. Stockholm, 15. November. Die Blätter enthalten nur Meldungen aus Haparanda, die sich auf Erzählungen von Reisenden stützen und bis Dienstag reichen. Danach soll Petersburg in Flammen stehen. Der Kadettenbund sei aufgelöst worden. Volksmassen dringen in die Privathäuser ein und es spielen sich unbeschreibliche Szenen ab.

### Schreckensherrschaft in Petersburg.

K. Stockholm, 15. November. (Meldung des Vertreters des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Hier eingetroffene Reisende behaupten, daß Kerenski Gatschina und Petersburg mit seinem ausgezeichneten Panzerzug beherrsche. Die Arbeiter seien mit Gewalt zum Kampf gegen Kerenski getrieben worden, aber vergebens. Die Bolschewiki hätten die Fabriken gezwungen, Stacheldraht herzustellen, der dann in den Straßen Petersburgs zur Blockierung verwendet wurde. Es wurden Barrikaden errichtet und Schützengräben aufgeworfen und die Eisenbahnschienen in der Nähe Petersburgs aufgerissen. Am Samstag habe Kerenski noch über drei Armeekorps verfügt.

Nach derselben Quelle beschlossen viele Truppenabteilungen Kundgebungen gegen die Bolschewiki.

Gerüchtweise verlautet, daß sich Trotzky und Lenin an Bord des Kreuzers „Aurora" begeben hätten. Die Hauptflotte soll wieder nach Kronstadt geführt werden.

Das Schicksal der im Winterpalast verhafteten Kadetten wird als furchtbar geschildert. Mehrere seien erschossen, viele von den rohen Soldaten mißhandelt worden.

### Der Sieg Lenins.

K. Stockholm, 15. November. Die letzten Nachrichten aus Rußland sprechen wieder mehr für den Sieg der Bolschewiki in Petersburg.

Nach einem Telegramm aus Haparanda erließ Oberstleutnant Murawiew, der Chef des Verteidigungsgebietes von Petersburg, eine Kundgebung, worin er das Gerücht von dem Uebergang der Petersburger Truppen zu Kerenski als eine Lüge des letzteren bezeichnet und erklärt, die Truppen des freien russischen Volkes hätten Gatschina nur geräumt, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden und eine geeignete Stellung außerhalb von Petersburg zu beziehen. Diese Stellung sei so stark, daß Kerenski sie selbst mit zehnfacher Uebermacht nicht einnehmen könnte. Die Kundgebung stellt schließlich fest, daß in Petersburg Ruhe herrsche.

### Kerenski vollkommen verlassen.

K. Stockholm, 15. November. Anscheinend haben sowohl die Bürgerlichen als auch die Sozialrevolutionären Kerenski verlassen. Die Garnison und die Ostseeflotte sollen ganz auf Seite der neuen Regierung stehen.

### Keine Verhandlungen zwischen Kerenski und Lenin.

Gr. Berlin, 16. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Zürich: Die „Neue Korrespondenz" veröffentlicht Meldungen aus Petersburg, wonach von Verhandlungen zwischen Kerenski und den Bolschewiken keine Rede sein könne, sondern nur von einem Nachrichtenaustausch. Das nationale Komitee ist ständig in der Rechtsschule von Fontana versammelt, wo größte Aufregung herrscht. Das revolutionäre Komitee hat mit der Verhaftung der Mitglieder des nationalen Komitees gedroht, wagte sich aber nicht, sie vorzunehmen. Die Stellung des nationalen Komitees ist infolge seiner inneren Zwiespältigkeiten schwierig.

### Meldungen über einen Rückzug Kerenskis.

Gr. Berlin, 16. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Kopenhagen: Die Militärkommission in Helsingfors will telephonisch erfahren haben, Kerenski habe sich mit 3000 bis 5000 Mann nach dem Süden zurückgezogen. Teile der Nordarmee seien aber abgegangen, um seinen Rückzug abzuschneiden.

### Kaledin in Charkow. — Zweitausend Tote in Moskau.

Nach einem Telegramm an das „Svenska Dagbladet" und die „Aarhus Haparanda" ist der Kosakengeneral Kaledin schon in der Höhe von Charkow angelangt und habe über das Grubengebiet im Don-Becken den Kriegszustand verhängt.

Aus verschiedensten Teilen des Landes werden heftige Kämpfe gemeldet. In Moskau sollen am Dienstag allein 2000 Tote gezählt worden sein. Schließlich soll man sich dort geeinigt haben, ein Koalitionsministerium aus allen sozialistischen Parteien zu bilden.

### Wiederherstellung der telegraphischen Verbindung mit Petersburg.

K. Stockholm, 15. November. (Meldung des Svenska Telegrammbyran.) Die telegraphische Verbindung mit Petersburg ist seit heute vier Uhr nachmittags wiederhergestellt.

24

16./XI. 1917

# Die Unzufriedenheit mit Lloyd-George.

## Angriffe wegen seiner Rede in Paris.

Wien, 15. November.

Die Rede des Premierministers Lloyd-George in Paris wird am nächsten Montag im Unterhause besprochen werden. Die Anhänger der Kriegsverlängerung in Frankreich und in England waren bestürzt und Asquith, der nicht vergessen hat, daß er heimtückisch von Lloyd-George gestürzt worden ist, beginnt nach langem Zögern den Gegenstoß in der Form einer an die Regierung gerichteten Frage. Lloyd-George hat die Begabung, seine Meinung auf andere zu übertragen und große Volksbewegungen hervorzurufen. Er hat die Kunst, ein Land zu führen, aber auch zu verführen. Als demagogisches Talent ist kein Mensch, der jetzt lebt, mit ihm zu vergleichen; es wäre denn Präsident Wilson, der jedoch nicht so ursprünglich, weit mehr gemeinplätzig ist und auch keine Spur des fortreißenden Humors hat, durch den Lloyd-George ein Liebling der Massen geworden ist. Die konservative Partei bringt aus sich selbst keine solchen Fähigkeiten hervor und bezieht sie aus den entgegengesetzten politischen Lagern. Sie bietet ihnen Ansehen und Macht; so wurden Disraeli, Josef Chamberlain und Lloyd-George gewonnen und aus radikalen Anfängen in den Dienst der Konservativen gebracht. Aber die demagogische Natur des Lloyd-George ist stärker als er selbst und er kann nicht leben, ohne zu fühlen, daß er von der Volksgunst getragen werde. Er mußte fürchten, daß die Niederlagen der Italiener und der Ausbruch des Bürgerkrieges in Rußland im Publikum einen Groll verbreiten werden, der sich gegen ihn, den Diktator, wenden könnte. Er wollte die öffentliche Meinung abtasten, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob es nicht bereits gut wäre, die Verantwortung für die Ereignisse abzulehnen und sie einem Anderen zuzuschieben. Er fühlte, daß die Entwicklung der Verhältnisse im vierzigsten Kriegsmonate der Entente so ungünstig wäre, daß er persönlich in die Verteidigung gedrängt werden könnte. Er glaubte jedoch, es wäre besser, der Angreifer zu sein. Der Generalissimus Haig sollte in die Wüste hinausgestoßen werden.

Als die Anhänger der Kriegsverlängerung merkten, daß Lloyd-George die Stellung der Segel verändert habe, um einen neuen Wind aufzufangen, erschraken sie vor der Gefahr, die aus solcher Untreue drohte. Lloyd-George hat Wahrheiten ausgesprochen, die in solcher Zusammenfassung und Deutlichkeit dem englischen und französischen Publikum vorenthalten geblieben sind. Auffallende Titelköpfe über Artikel und Depeschen berichten fast täglich über Siege der Ententetruppen in Flandern und in der Champagne. Der nahe Zusammenbruch des Deutschen Reiches und der Monarchie konnte durch solche Mittel zur allgemeinen Ueberzeugung werden. Lord Curzon hat erst vor wenigen Tagen die Vernichtung als erreichbares und notwendiges Kriegsziel hingestellt. Da kommt Lloyd-George und sagt an der Tafel des Kammerpräsidenten Deschanel, daß die Entente jährlich eine große militärische Kraft durch die Niederlage eines Verbündeten verloren habe. Erst Serbien, dann Rumänien, dann Rußland und jetzt Italien. Eine so grausame Offenherzigkeit können die Kriegsverlängerer nicht ertragen. Wer nicht in dem Rausche lebt, von dem die Franzosen und die Engländer vor einigen Wochen noch befangen waren, kann schwer begreifen, warum das Aussprechen solcher Tatsachen, die nicht verborgen geblieben sind, einem Minister bloß wegen der Aneinanderreihung so übel genommen werden kann, daß Gerüchte über eine Krise sich verbreiteten. Aber die Geistesverfassung, der Zustand, der Mentalität genannt wird, ist bei den Franzosen und bei den Engländern von unseren Stimmungen sehr verschieden. Sie wollen keine Erkenntnisse, die gegen ihre vorgefaßten Meinungen sind. Ein Mitglied des Unterhauses erklärte neulich in einer Rede, es bleibe England nur die Wahl zwischen Sieg und Revolution. In diesen Worten zeigt sich die Ueberspannung der ganzen Oeffentlichkeit. England hat nicht bloß die übrige Welt getäuscht, sondern auch sich selbst und sich in den Sieg hineingeredet. Erfahrene Beurteiler können sich gar nicht mehr vorstellen, daß ohne Sieg die regelmäßige staatliche Ordnung, die seit dem König Wilhelm und der Königin Marie keine gewaltsame Unterbrechung hatte, bleiben werde.

Lloyd-George hat sich mit dem Rückblicke auf die militärischen Veränderungen in der Entente nicht begnügt. Eine Stelle in seiner Rede zielt unmittelbar auf die Führer der Armee und besonders auf den englischen Generalissimus Haig. Wenn die Ententetruppen einen Kilometer in die feindlichen Linien vorrücken, ein Dorf nehmen und einige hundert Gefangene machen, heißt es in seiner Rede, schwelgen wir in Bewunderungsrufen; aber was würden wir erst sagen, wenn wir fünfzig Kilometer über die feindlichen Linien hinausgedrungen wären, zweihunderttausend Gefangene gemacht, zweitausendfünfhundert der besten Geschütze mit riesenhaften Mengen von Schießbedarf und Proviant weggenommen hätten. Diese Worte haben gewirkt, als wäre eine Wunde mit Höllenstein berührt worden. Die aufgebauschten Siege in Flandern und an der Maas sowie an der Aisne sind nichts, die vielgefeierten Helden, die stets in Ueberlebensgröße geschildert werden, schrumpfen zusammen. Die Leistungen des Generalissimus Haig werden verglichen mit Ergebnissen der Feldherren der Mittelmächte. Diese Freiheit des Urteils, diese Selbsteinkehr und diese Wahrheit wollen die Franzosen und die Engländer nicht. Vielleicht glauben sie, was Lloyd-George gesagt hat, aber sie möchten es nicht hören. Die Anhänger der Kriegsverlängerung schon gar nicht, weil sie fürchten, daß jede Ernüchterung der Hoffnungsseligkeit dem Frieden nütze.

Das Unterhaus wird sich am nächsten Montag mit der Rede des Premierministers näher befassen. Eine Depesche meldet, Asquith wetze das Messer und wolle diesmal Blut sehen. Es könnte sein, daß sich die Unzufriedenheit früher oder später in einem Ministerwechsel entladen würde und daß der Niedergang von Lloyd-George begonnen hätte, auch wenn er durch eine Verneigung vor den Kriegsverlängerern sich retten sollte. Aber die Krise, die in ihm selbst ist, in seinen Erwartungen und Ueberzeugungen, wird nicht aufhören und dieser innere Zwiespalt kann nicht verschwinden. Lloyd-George ist zu gescheit, um nicht zu sehen, daß ein vom Bürgerkriege zerrissenes Rußland militärisch unbrauchbar geworden sei. Wer immer in diesen wüsten Kämpfen sich durchsetzen wird, muß Frieden schließen, und Kerenski ist bereits von seiner eigenen Partei aufgegeben. Die italienische Armee hat so ernste Verluste und ist so weit zurückgeworfen, daß die Brauchbarkeit für die Entente sehr gelitten haben dürfte. Auch das englische Volk ist im vierzigsten Kriegsmonat; auch dort wird der Verteilungszwang für Brot und Mehl eingeführt und auch dort wirkt die Verschuldung unheimlich. Amerika ist kein Ersatz für so viele Schäden. Die Krisengerüchte, die in diesen Tagen über Lloyd-George verbreitet waren, sind Merkmale der Verdrossenheit über den Gang des Krieges und über die Unvermeidlichkeit des Friedens.

16./XI. 1917

# Die Wünsche nach einem Systemwechsel und neuen Männern in Frankreich.

## Der frühere Präsidentschaftskandidat Pams als Ministerkandidat.

**Telegramm unseres Korrespondenten.**

Bern, 14. November.

Die französische Grenze ist noch immer gesperrt, weshalb nur Havas-Meldungen über die Ministerkrise hieher gelangen. Der Eindruck, daß Painlevé selbst seinen Sturz gewollt hat, ist in hiesigen politischen Kreisen allgemein und nachhaltig und stützt sich auf die eigenartige Rede Lloyd-Georges, der selbst mit dem Rücktritt gedroht hat, falls nicht alle Verbündeten, darunter sind die Vereinigten Staaten zu verstehen, die gleichen Opfer bringen. Gleichzeitig ruft die gesamte italienische Presse Amerika zu Hilfe und verlangt stürmisch, daß die Vereinigten Staaten Oesterreich-Ungarn den Krieg erklären und so notgedrungen Truppen an die italienische Front senden. Die Stellung der Staatsmänner Frankreichs und Englands ist durch das Fernbleiben amerikanischer Hilfe überaus schwierig, ja unhaltbar, da sie unmöglich die eigene Front entblößen können, anderseits Italien helfen müssen.

Zu diesen Erwägungen der auswärtigen Politik gesellen sich in Frankreich noch innere Schwierigkeiten, wo die Parteien einander die Herrschaft streitig machen. Die Sozialistischradikalen, deren Führer noch immer Caillaux ist, wollen endlich den ihnen als der größten Kammergruppe zustehenden Einfluß ausüben und sich die Regelung der Dinge nach dem Kriege sichern und gleichzeitig der wahren Tyrannei der Royalisten ein Ende machen. Wenn sie auch nicht direkt auf den Frieden hinarbeiten, so sind sie sich der schweren Verantwortung vor dem Lande bewußt und nicht durch die Abmachungen der früheren Regierungen gebunden.

Deshalb besteht die Absicht, die Regierung völlig neuen Leuten anzuvertrauen, die über größere Bewegungsfreiheit verfügen als Briand, Barthou oder Viviani. Symptomatisch ist die Kandidatur des Senators Pams, des einstigen Gegenkandidaten Poincarés, von der viel die Rede ist, und die Poincaré nur mit sehr gemischten Gefühlen aufnehmen kann. Die Gesamtlage ist dahin zu resümieren, daß diesmal ein einfacher Personenwechsel ausgeschlossen und ein gründlicher Systemwechsel erforderlich ist.

Fremdenblatt

16./XI. 1917



# Der Bürgerkrieg in Rußland.

## Allgemeiner Friedenswunsch in der Bevölkerung.

K. **Kopenhagen**, 15. November. Der Korrespondent der „Berlingske Tidende" in Haparanda meldet, daß gestern nur einige Engländer und Russen aus Petersburg in Haparanda eingetroffen seien.

Einer der letzteren berichtete, daß Kerenski auch im Laufe des Montags nicht in Petersburg eingerückt sei. Die allgemeine Auffassung gehe dahin, daß er nie wieder dorthin kommen werde. Er sei nicht mehr volkstümlich in Petersburg, wo alle nur noch den Gedanken hätten: Frieden!

Man wolle sich in die Herrschaft Lenins und seiner Anhänger finden, wenn es ihnen nur gelinge, wirkliche Friedensaussichten zu schaffen. Denn wenn man ein sozialistisches Koalitionsministerium zustandebrächte, hätte dieses Aussicht, bis auf weiteres von der Bevölkerung unterstützt zu werden. Eine solche Regierung sei wohl unmöglich, da alle Parteien das Uebergewicht verlangen. Daher müßte man damit rechnen, daß die große Verwirrung weiter um sich greifen und schließlich zum allgemeinen Bürgerkrieg führen werde.

## Fünf Regierungen.

K. **Stockholm**, 14. November. (Meldung des Vertreters des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Seit gestern ist die telegraphische Verbindung zwischen Finnland und Petersburg unterbrochen. Es ist unbekannt, wer das Kabel zerstört hat. Sicher ist, daß das ganze Reich vom Bürgerkrieg erfaßt ist und jetzt fünf Regierungen in Rußland vorhanden sind.

## Widersprechende Meldungen.

K. **Stockholm**, 14. November. (Meldung des Vertreters des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Die heutigen Blättermeldungen lauten widersprechend. Einige melden den Sieg, die anderen eine vollständige Niederlage Kerenskis.

Der Abend
17/XI. 1917

30

# Noch immer kein Friede?

Bis zum Kriege war es das Vorrecht Londons, daß inmitten aller Pracht und allen Reichtums, zwischen Speichern, die sich unter der Last der Lebensmittel bogen, und den vornehmen Speisehäusern Menschen verhungerten. Jede Woche ein oder zweimal stellte der Totenbeschauer bei irgend einem namenlosen Opfer des Krieges um das Stück Brot „Erschöpfung" als Todesursache fest. Dieses Vorrecht des Themsebabels besteht nicht mehr.

Nicht der Leichenbeschauer, sondern der Bürgermeister ist gezwungen, den Tod durch Erschöpfung festzustellen, und nicht Arbeitsscheue, Arbeitslose oder Trunkenbolde sind es, sondern altgewordene Bürger, würdig, nach einem Leben voll rechtschaffener Plage in die städtische Versorgung aufgenommen zu werden, aber zu spät. Der folgende schaudererregende Bericht ist im Amtsblatt der Stadt Wien vom 16. November, Bericht über die 81. Sitzung der Obmännerkonferenz, zu lesen:

Bürgermeister Dr. Weiskirchner:

Weiters müsse er auf eine Zeitungsmitteilung zurückkommen, in welcher die Meinung ausgedrückt ist, als ob im Versorgungsheim die Erkrankungen an Ruhr deshalb zunehmen, weil die Leute zu wenig zu essen bekommen. Das sei nicht richtig. Richtig sei, daß unter den Neuaufgenommenen eine riesige Sterblichkeit herrscht, daß oft schon nach drei, vier oder fünf Tagen nach der Aufnahme der Tod erfolgt. Die Leute kommen in so erschöpftem Zustande in das Versorgungsheim, daß die drei- oder viertägige Verpflegung nicht mehr imstande ist, die Katastrophe aufzuhalten. Über die Versorgung haben die Leute nicht zu klagen. Natürlich erhalten sie die eingeteilten Waren nur in dem vorgeschriebenen Ausmaße, aber die alten Pfleglinge halten gut durch, während bei Neuaufgenommenen bis zu 50 v. H. Sterbefälle wenige Tage nach der Aufnahme erfolgen.

Abendblatt

17./XI. 1917

31

# Die Ereignisse in Rußland.

Nach heute hier eingelangten vertrauenswürdigen Mitteilungen befestigt sich die Annahme, daß in Rußland eine Verständigung zwischen den sozialistischen Parteien bevorsteht, die vor allem darauf abzielt, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Das bemerkenswerteste hiebei ist der Umstand, daß sich die neue Gestaltung ohne und gegen Kerenskij vollzieht. Kerenskij befindet sich auf der Flucht; es wird nach ihm gefahndet. In einem Aufruf wird er als „Alexander der Blutige" bezeichnet.

Reichspost

17./XI. 1917



## Allgemeiner Ausstand für Finnlands Unabhängigkeit.

Havaranda, 15. November.

Die finnländische Sozialistenpartei hat den Bürgerlichen ein Ultimatum gestellt, worin mit dem Generalstreik gedroht wird, wenn sie die Unabhängigkeitserklärung vom 18. Juli nicht anerkennen. Die Sozialisten erkennen das eingesetzte Direktorium nicht an. Da die Bürgerlichen die Forderung abgelehnt haben, erklärten die Sozialisten gestern im ganzen Lande den allgemeinen Ausstand. Dieser begann bereits gestern abends in Helsingfors und wird sich heute über das ganze Land ausdehnen. Auch die Eisenbahner nehmen daran teil, so daß jetzt nur noch Militärzüge verkehren.

Nach einer anderen Meldung hat der Arbeiter- und Matrosenrat von Helsingfors in einem Schreiben an den Senat den Generalgouverneur Nekrassow für abgesetzt erklärt.

## Selbständigkeitserklärung Bessarabiens.

### Durch moldauisches Militär.

Bern, 16. November.

Der russische Mitarbeiter des „Bund" teilt mit: Der in Kischinew abgehaltene Kongreß der moldauischen Soldaten erklärte am 6. d. die territoriale und politische Selbständigkeit Bessarabiens im Rahmen der russischen Bundespolitik.

Reichspost

18/XI. 1917



# Vollständige Loslösung der Ukraine.

Wie wir erfahren, ist heute abends an die Wiener ukrainische parlamentarische Vertretung über Stockholm die Nachricht aus Kiew eingelangt, daß der Ukrainische Zentralrat in Kiew die Erklärung der vollständigen Unabhängigkeit von Rußland beschlossen habe.

Der Ukrainische Zentralrat erklärt, zu diesem Entschlusse genötigt zu sein, da er die Ukraine nicht mit in die Wirrnisse reißen lassen wolle, in welche die Partei Lenins und Trotzkis das übrige Rußland, in dem sie die Macht an sich rissen, gebracht haben.

•

Zu diesem Beschlusse liefert nähere Erklärung folgende Mitteilung, die wir in dem Lemberger Blatt „Ukrajinske Slowo" vom 16. d. finden: Während des ersten Versuches der Bolschewiki, die provisorische Regierung zu stürzen, hat der Ukrainische Zentralrat und dessen Vollzugsorgan, die ukrainische Regierung, Kerenski unterstützt. Den neuesten Nachrichten zufolge findet am 20. d. der dritte allukrainische Heereskongreß in Kiew statt, an dem die Frage der Schaffung einer nationalen ukrainischen Armee endgültig gelöst werdrn soll. (Bisher wurden bereits einige ukrainische Divisionen und die ukrainische Miliz organisiert. Für den 29. November ist die neue Session der Rada anberaumt. Die Rada wird sich mit der Frage der Stellungnahme zu der neuen Regierungsform befassen sowie die Einberufung der ukrainischen Konstituante in die Wege leiten. Von der Gestaltung der Parteiverhältnisse im ukrainischen Landtag und von den Beschlüssen des dritten Heereskongresses wird es abhängen, ob die Ukrainer — wie früher — sich für Kerenski erklären oder vielmehr versuchen werden, aus dem russischen Chaos möglichst viel herauszuschlagen, d. h. zu retten, was sich noch retten läßt. Im letzten Falle ist die Loslösung der Ukraine (von Rußland) keineswegs ausgeschlossen. Die russischen Mitglieder der Rado haben sich gegen die Einberufung der allukrainischen Konstituante ausgesprochen.

•

Angesichts dieser Feststellung des genannten Blattes, das als ein offizielles Sprachrohr der ukrainischen parlamentarischen Vertretung gilt, wirkt die in unserem Samstag-Nachmittagsblatt veröffentlichte Erklärung des Präsidiums der ukrainischen parlamentarischen Vertretung noch befremdender. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Bestrebungen zur völligen Loslösung der Ukraine und zur Errichtung eines selbständigen ukrainischen Staates vor allem im Interesse der Ukrainer liegen müssen.

18/XI. 1917

36

## Gerüchte über die ukrainische Bewegung in Rußland.

Das Präsidium der Ukrainischen parlamentarischen Vertretung ersucht uns um die Aufnahme folgender Mitteilung:

„Seit einiger Zeit kommen aus dem Auslande Nachrichten über die Treibereien verschiedener Agenten, die sich gern als Vertreter des ukrainischen Volkes ausgeben und bemüht sind, die ukrainische Selbständigkeitsbewegung in der Russisch-Ukraina in den Dienst fremder Interessen zu stellen und dadurch in diese Bewegung eine Verwirrung hineinbringen.

Da nun diese unverantwortlichen, aus dunkler Quelle gespeisten Machenschaften geeignet sind, der ukrainischen Sache Schaden zu bringen, indem sie den allrussischen Chauvinisten den willkommenen Vorwand geben, die ehrlichen Bestrebungen der Ukrainer in Rußland, die staatliche Autonomie im Rahmen der föderativen russischen Republik aufrechtzuerhalten und auszubauen, vor den maßgebenden Kreisen des neuen Rußland zu diskreditieren und diese Kreise zur gewalttätigen Unterdrückung der ukrainischen Selbständigkeit zu bewegen, stellt die Ukrainische parlamentarische Vertretung fest, daß sie dieser Aktion, deren Hauptsitz sich in Stockholm und Malmö befindet, fernsteht und dieselbe als den Interessen des ukrainischen Volkes schädlich auf das schärfste verurteilt."

18./XI. 1917

38

# Die Pflicht der Stunde.

Der Krieg dauert fort. Tag für Tag fallen Tausende auf den Schlachtfeldern. Tag für Tag werden in Feld- und Reservespitälern Arme und Beine zu Hunderten amputiert. Tag für Tag wandern Tausende in das bittere Elend der Kriegsgefangenschaft. Immer neue Jahrgänge werden ausgehoben. Immer drückender werden in allen Ländern Lebensmittelnot und Teuerung. Die Völker ertragen Unerhörtes, Beispielloses.

Die Regierungen, alle Regierungen, wissen sehr genau, daß in dem furchtbaren Ringen kein vollständiger Sieg, keine völlige Vernichtung der feindlichen Heeresmacht zu erreichen ist. Sie wissen sehr genau, daß dieser furchtbarste Krieg nicht anders enden kann als mit einem Verständigungsfrieden, der keinem Staate wesentlichen Machtzuwachs, keinem Volke eine Erweiterung seines Nahrungsspielraumes bringen wird. Aber eben deshalb fürchten die Regierungen den Frieden. Denn wie sollen sie, wenn das Volk nach dem Kriege ärmer, viel ärmer sein wird als vor ihm, die ungeheuren Opfer rechtfertigen, die das Volk gebracht hat? Wie die furchtbare Frage beantworten, wozu denn eigentlich dieser Krieg unternommen, zu welchem Zwecke er geführt worden ist? Die Regierungen, alle Regierungen diesseits wie jenseits der Schützengräben, zittern vor dem Tage nach dem Friedensschluß, an dem sie werden Rechnung legen müssen, was die Politik, die den Krieg verschuldet, den Völkern gebracht und was sie den Völkern gekostet hat. So warten sie denn noch immer auf das Wunder, das die vollständige Zerschmetterung des Feindes und damit einen Siegesfrieden ermöglichen soll, der die Nation durch reiche Siegesbeute für alle Kriegsopfer zu entschädigen vermöchte. Aber das Wunder will nicht kommen.

Der Unmut der Völker wächst. Bald da, bald dort fällt eine Regierung ihm als Opfer. Aber die neue Regierung, die an die Stelle der gestürzten tritt, ist zum Frieden nicht mehr bereit als ihre Vorgängerin. In Italien ist vor kurzem erst die Regierung gestürzt worden und eine neue an ihre Stelle getreten. In Frankreich tritt Clemenceau an die Stelle Painlevés. Selbst in England ist Lloyd-George, gestern noch der allmächtige Diktator, nicht mehr unangefochten. Aber all das ändert im Wesen nichts. Eine imperialistische Regierung fällt; aber der Imperialismus bleibt. Es wäre töricht, auf bloßen Personenwechsel in London, Paris und Rom irgend welche Hoffnungen zu setzen. Nur als Symptom sind diese einander schnell folgenden Ministerkrisen wichtig; nur als Anzeichen der wachsenden Unzufriedenheit in allen Ländern.

Ganz anderer Natur als die politischen Geplänkel im Westen sind die großen Schlachten, die im russischen Bürgerkrieg geschlagen werden. Da geht es nicht um bloßen Personenwechsel. Da wird in erbittertem Kampf zwischen Klasse und Klasse, zwischen Prinzip und Prinzip entschieden. Noch ist der Bürgerkrieg nicht beendet, die Krise nicht gelöst. Aber eines scheint schon heute klar zu sein: Kerenski, Kornilow und Kaledin haben nicht gesiegt. Eine Militärdiktatur, die das Proletariat der Bourgeoisie, die Rußland dem britisch-französischen Imperialismus ausliefern würde, wird in Rußland nicht aufgerichtet werden. Aus der Krise wird eine Regierung der sozialistischen Parteien hervorgehen, an der jedenfalls die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki teilnehmen werden; ob auch die Bolschewiki in der Regierung vertreten sein werden, ist noch ungewiß. Die imperialistische Bourgeoisie wird an dieser Regierung keinen Teil haben. Und die Macht dieser Regierung ist gesichert, da die Armee an der Front, die Eisenbahner im Hinterland, die Gemeindevertretungen der großen Städte diese Lösung fordern und auch die Bauern, deren Vertrauen vornehmlich die Sozialisten-Revolutionäre genießen, mit dieser Lösung sicherlich zufrieden sein werden. Damit aber wird ein großer Schritt vorwärts getan sein. Denn eine sozialistische Regierung, eine Regierung, die sich auf Arbeiter und Angestellte, Bauern und Soldaten stützt, eine Regierung, die nicht mehr unter dem Einfluß der nationalistischen Bourgeoisie steht, wird die Beendigung des Krieges tatkräftig betreiben müssen.

Der Aufstand der Bolschewiki hat Frieden und Waffenstillstand auf die Tagesordnung gestellt. Nur die Niederwerfung des russischen Proletariats, nur die Militärdiktatur eines Kornilow oder Kaledin hätte das russische Volk in die Gefolgschaft des britischen Imperialismus zurückführen können. Aber die russischen Soldaten sind Kornilow und Kaledin nicht gefolgt, das russische Volk hat gegen sie entschieden. Die Demokratie kommt in Rußland zur Macht. Und die Bereitschaft zum Frieden ist das erste Gesetz der russischen Demokratie.

Damit ist den Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihre Aufgabe gestellt. Der Augenblick, in dem sie mit denkbar größter Aussicht auf Erfolg ein Friedensangebot stellen können, ist gekommen. Wenn jetzt die Mittelmächte ihre Feinde zu Friedensverhandlungen, zu Verhandlungen über einen Frieden ohne wirkliche oder verhüllte Annexionen einladen, so wird die sozialistische Regierung Rußlands nicht „Nein!“ sagen. Sie wird von England, Frankreich und Italien verlangen müssen, daß sie sich zu Verhandlungen auf solcher Grundlage bereit zeigen, und wird sich auch ohne die Verbündeten an den Verhandlungstisch setzen müssen, wenn diese dreist genug sein sollten, die Verhandlungen zu verweigern, das große Rußland zur Fortführung des Krieges zwingen zu wollen. Damit aber wird auch im Westen und Süden die Friedensfrage auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Friedensbewegung wird auch in England, Frankreich und Italien unwiderstehlich werden, wenn die Mittelmächte unzweideutig bekunden, daß sie kein Recht und kein Lebensinteresse ihrer Nachbarn verletzen wollen, und wenn Rußland unzweideutig erklärt, daß es nicht mehr das Blut seiner Söhne vergießen will, um dem britischen Kapital zu dienen. Der Weg zum Frieden ist also gangbar, sobald die sozialistische Regierung in Rußland eingesetzt ist. Die Regierungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands könnten es vor ihren Völkern nie und nimmer verantworten, wenn sie den günstigen Augenblick ungenützt vorübergehen ließen. Die Stunde ist da. Sie zu nützen ist Pflicht.

20/XI. 1917

44

— **(Unser Verhältnis zu Ungarn.)** Ueber die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der beiden Staaten unserer Monarchie sprach Präsident Schiel des Niederösterreichischen Gewerbevereins in dessen letzter Vollversammlung. Nach einer Erörterung der scharfen Auseinandersetzungen der letzten Zeit hüben und drüben meinte der Redner, daß man auf einen Vorschlag zurückgreifen könnte, der von dem Niederösterreichischen Gewerbeverein schon wiederholt gemacht, aber bisher nicht berücksichtigt wurde, und zwar auf die periodischen Zusammenkünfte von Vertretern der großen wirtschaftlichen Körperschaften Oesterreichs und Ungarns (einmal in Wien, einmal in Budape) zum Austausch der Gedanken, aber auch der Beschwerden und Klagen, insbesondere zur Ueberprüfung der vorgebrachten konkreten Beschwerdefälle. Solche Aussprachen würden zweifellos zur Klärung der Ansichten beitragen und würden auch verhindern, daß ungerechtfertigte Vorwürfe und unbegründete Anklagen erhoben werden, die aber bei der nun einmal bestehenden Verbitterung leicht geeignet sind, zu ernsten Zerwürfnissen zu führen. Allerdings werden wir, führte der Präsident aus, nie und nimmer vergessen dürfen, daß wir vor allem die Interessen der österreichischen Volkswirtschaft wahrzunehmen haben, daß wir durchaus nicht um jeden Preis nach einem wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zu streben haben und daß wir, ähnlich wie dies kürzlich Vertreter der ungarischen Volkswirtschaft getan, auch unsererseits ungescheut konkrete Vorschläge für die künftige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn erstatten sollten. So wird man unsererseits, wenn von ungarischer Seite zum Beispiel die Kontingentierung der österreichischen Einfuhr oder Zwischenzölle für einzelne hilfsbedürftige ungarische Industrien vorgeschlagen werden, Vorschläge betreffend die Behandlung des Mehlverkehrs, namentlich des Veredlungs- oder Einfuhrscheinsystems, ferner über die Verkehrs- und Tariffragen, vor allem aber auch betreffs der völligen Freiheit Oesterreichs in bezug auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dritten Staaten zu erstatten haben. Es werden dann die gegenseitigen Forderungslisten wie üblich auf ihre inner- und außenpolitische Durchführbarkeit zu prüfen und von den beiden Regierungen und Parlamenten dementsprechend zu entscheiden sein. Eines aber sollten Politiker und Volkswirte sowohl in Ungarn wie in Oesterreich niemals aus dem Auge verlieren: daß die beiden Staaten der Monarchie schon zufolge der Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion nun einmal miteinander leben müssen und aufeinander angewiesen sind, daß man bei aller Wahrung der Interessen des eigenen Staates dieses Miteinanderleben denn doch nicht über Gebühr erschweren, ja behindern sollte. Die allzu weitgehende Schädigung des anderen Teiles würde auch schließlich eine solche des eigenen Gebietes bewirken und zu ernsten politischen Nachteilen führen.

Ostdeutsche Rundschau
20./XI. 1917

# Versöhnungsträume.

Die Engländerei ist noch immer nicht ganz ausgestorben. Es gibt Leute, die sich und anderen außerordentlich weise und überlegen dünken, wenn sie sagen, Bündnisse hätten auf die Dauer nur Wert mit Starken und Reichen, und deshalb müßten wir nach dem Kriege kein anderes Bündnis suchen, als das mit England und Amerika.

Der Gedanke des germanisch-angelsächsischen Bundes ist an sich nicht neu. Zu seinen Verfechtern hat ursprünglich auch Joe Chamberlain gehört. Er konnte nicht zur Verwirklichung kommen, weil Deutschland in dem Bund nur geduldet, nicht gleichberechtigt sein sollte. Voraussetzung für das Bündnis war auf englischer Seite: daß Deutschland auf Seemacht verzichtete und seine überseeische Ausdehnung in jeder Hinsicht von Englands ausschlaggebenden Bestimmungen abhängig machte.

Von englischer Seite aus gesehen, stehen am Ende des Krieges zwei Möglichkeiten: Entweder der deutsche Wettbewerber ist völlig unschädlich gemacht und verfällt geistig und materiell britischer Sklaverei; oder aber, ein wesentlich geschwächtes Deutschland findet sich bereit, als geduldeter Junior-Partner seine begehrenswerten Kräfte und Fähigkeiten in die anglo-amerikanische Weltausbeutungsgesellschaft einzubringen. Ein gewisser Kreis deutscher Politiker sieht in der Tat in dieser zweiten Lösung auch seinerseits das Ziel, unbekümmert darum, daß ein solcher Bund mit England auch in Zukunft nur möglich ist unter den oben erwähnten Bedingungen, die auf mehr oder weniger verschleierte Vasallenschaft hinauslaufen.

Wer den Versöhnungsträumen nachhängt, vergißt zwei deutliche Lehren der Geschichte: In der Tat ist es Englands System, ihm unbequeme Mächte durch Demütigung oder militärische Schwächung für England bündnisreif zu machen. Wir brauchen nur an die oft genannten Beispiele der „Behandlung" Frankreichs durch Faschoda und Rußlands durch Tsuschima zu erinnern. Ganz analog jenen Fällen sollte die Behandlung Deutschlands durch die russische „Dampfwalze" Deutschland für England bündnisreif machen. Aber gerade die Beispiele Frankreichs und Rußlands belehren uns ja zur Genüge, was ein Bündnis mit England für eine europäische Macht bedeutet. Und diese Erfahrung führt auf die zweite, ganz allgemeine Lehre der Geschichte.

**England ist der Feind Europas schlechthin.** Es hat sich mit Japan, hat sich mit Amerika verbündet — gegen Europa. Es nützt seine „Verbündeten" auf dem Festland skrupellos **gegen Europa**, gegen ihre eigenen Interessen. Es nimmt keinen Anstoß daran, durch die Kriegsführung in Afrika das Ansehen Europas zu untergraben — denn Europa und England sind zweierlei! Das Ansehen des Engländers soll durch verächtliche Behandlung der Europäer in den Augen der Schwarzen gehoben werden!

Deutschland steht für Europa auf dem Posten gegen England. In einem germanisch-angelsächsischen Bunde würde es verschluckt werden, würde es die Anliegen Europas verraten und die eigenen nicht zu wahren vermögen. Um eine erträgliche Rolle in dem Bunde spielen zu können, müßte es vorweg verlangen, daß ein Hauptbestandteil des Gesellschaftsvermögens abgestoßen würde: Die internationale Lüge, an deren Stelle es selbst die Wahrheit einzubringen hätte. Eine solche Transaktion aber können die beiden anderen Partner unmöglich dulden.

Deutschland wäre in dem Bunde rettungslos der Betrogene. Es hätte alle Waffen im Bundesarsenal abzuliefern, von wo aus sie schließlich gegen Deutschland benützt würden. Zunächst hätte es auf selbständige Seegeltung zu verzichten. Ausmaß und Verteidigungsfähigkeit seines Kolonialbesitzes würden von England bestimmt. England und Amerika erschlössen sich durch das Bündnis die Schätze deutscher Intelligenz, deutscher Technik, deutschen Organisationsgeistes. Alle intellektuellen Kräfte Deutschlands würden Amerika und England an sich saugen. Deutschland bliebe die Aufgabe, Englands Festlandsdegen zu sein, d. h. gegen seine eigenen Interessen Englands Kriege zu führen! **Notleidend würde vor allem der deutsche Arbeiter.** Denn England-Amerika nähmen die Ausbeute der technischen Intelligenz Deutschlands in die Hand; die amerikanischen Trusts würden das Maß industrieller Arbeit in Deutschland bestimmen, der englische Kaufmann würde den deutschen Außenhandel nach seinem Gutdünken dirigieren. Die ganze deutsche Volkswirtschaft geriete in Abhängigkeit von England und Amerika, von Pfund und Dollar — Lebenshaltung und soziale Lage des deutschen Arbeiters unterstünden englisch-amerikanischen Gesetzen, unterstünden den schlimmsten Auswüchsen des **internationalen Großkapitalismus.**

Nicht ohne tiefsten Grund ward des Kaisers Flandernwort geprägt: „... Ein jeder weiß das, was ihr noch viel besser wißt: **Daß England derjenige Gegner ist, welcher hauptsächlich niedergeworfen werden muß, und wenn es auch noch so schwer ist.**"

Fort mit den Versöhnungsträumen — es sind **Vasallenträume!**

A. Dix.

20./XII. 1917

46

## Die polnische Sozialdemokratie und die austro-polnische Lösung der Polenfrage.

Das Krakauer Organ der polnischen Sozialdemokraten „Naprzod" erklärt sich mit der austro-polnischen Lösung der polnischen Frage voll und ganz einverstanden. Das Blatt führt aus:

Unter den jetzigen Verhältnissen ist diese Lösung vom Standpunkte der polnischen Interessen die günstigste. Wir werden daher, bei Wahrung unseres prinzipiellen Standpunktes, Kaiser Karl gerne als polnischen König begrüßen. Bei der jetzigen, durch den Krieg geschaffenen Sachlage ist diese Lösung die möglichst beste, alle anderen würden für Polen schlechter ausfallen. Es ist die Pflicht der Polen, die Bestrebungen des Grafen Czernin zu unterstützen. Das gedankenlose Festhalten an dem maximalistischen Programm sei schädlich. Auch die Hoffnungen auf die Hilfe der Entente haben sich als trügerisch erwiesen. Die von Paderewski in Amerika organisierte polnische Armee sei ein nicht ernst zu nehmender Humbug.

Mit anderen Worten: die polnischen Sozialdemokraten sind mit dem, was die Adler-Partei im Abgeordnetenhause und in ihrem Parteiorgan so leidenschaftlich bekämpft hat, ganz ausnehmend einverstanden. Und da die polnischen Genossen für die polnische Frage zweifellos, auch nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Autonomie, zuständiger sind als die „deutschösterreichischen" Genossen, so bleibt von der ganzen Adlerschen Polenaktion nichts zurück als ein großer — Heiterkeitserfolg.

Fremdenblatt

Abendblatt

20./XI. 1917

47

# Der Bürgerkrieg in Rußland.

## Waffenstillstand zwischen Kosaken und Bolschewiki.

Gr. Berlin, 20. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Rotterdam: „Daily Telegraph" meldet aus Petersburg: Die Bolschewiki haben in Petersburg die Oberhand. Kerenskis Kosakenarmee schlossen mit ihnen zu Gatschina und Zarskoje Selo einen Waffenstillstand. Der Führer der Kosaken, General Krasnow, erbot sich, Kerenski durch seine Kosaken nach Petersburg zu bringen. Während der Vorbereitungen hiezu entkam Kerenski. General Duchonin übernahm das Kommando über die Bolschewiki, die mit klingendem Spiel in Petersburg einzogen. Die Bevölkerung verhält sich still. Seit Montag verkehrt in Petersburg wieder die Straßenbahn. Der Zwiespalt im Lager der Bolschewiki vergrößert sich. Der Unterrichtsminister ist zurückgetreten.

## Balfour verkündet den Sieg Lenins.

K. London, 19. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause erklärte Minister des Aeußern Balfour über eine Anfrage, die Lage in Rußland sei noch ungeklärt, obwohl es scheine, daß die Extremisten in Petersburg und Moskau die Lage vollständig beherrschen. Die Verhandlungen über Bildung einer Koalitionsregierung hätten bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die anfangs der vorigen Woche unterbrochene telegraphische Verbindung mit dem britischen Botschafter in Petersburg sei wiederhergestellt. Der britische Botschafter bleibe auf seinem Posten.

## Das Kabinett Lenin.

Gr. Berlin, 20. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Kopenhagen: „Extrabladet" veröffentlicht nach Stockholmer Depeschen folgende Liste des Bolschewiki-Kabinetts: Ministerpräsident — Lenin, Aeußeres — Trotzky, Verkehr — Teofanow, Justiz — Krestjanski, Post und Telegraph — Gljebow, Volksaufklärung — Luhatscharski, Unterstaatssekretär des sozialistischen Ministeriums — Frau Kollontay. Diese war im Sommer auf Kerenskis Befehl als Spionin verhaftet worden. Marineministerium — Matrose Howrin, Arbeitsministerium — Alexander Schlaymilow.

Reichspost

20./XI.1917



# Botschafter Prinz Hohenlohe über den Treubund.

## Die Pflichten der Presse.

Berlin, 19. November.

Auf einem vom Botschafter Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst zu Ehren der Gäste aus Oesterreich-Ungarn veranstalteten Empfang, an dem auch Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann, Unterstaatssekretär von dem Bussche, mehrere Herren des auswärtigen Amtes teilnahmen, hielt der Botschafter eine Ansprache, in der er nach Begrüßung der Gäste „auf österreich-ungarischem Boden" u. a. sagte:

Beinahe dreieinhalb Jahre wütet nun schon dieser furchtbare Weltkrieg und so unklar die künftige Gestaltung der Dinge dermalen in so mancher Beziehung naturgemäß auch noch sein mag, eines tritt inmitten all der Trümmer, die der Krieg verursacht, inmitten all des Jammers und Elends, die er mit sich gebracht hat, immer schärfer und immer deutlicher hervor, die kraftvolle Bedeutung und die mächtige Leistungsfähigkeit jener Ländergruppe, der Deutschland und Oesterreich-Ungarn angehören. So manche politische Konstellation von vordem hat die Feuerprobe dieses Weltkrieges nicht bestanden. Auch wir haben Freunde oder solche, die dies zu sein wenigstens vorgaben, verloren, besser gesagt, sie zogen es vor, ihrem heiligen Egoismus folgend, eigene Wege einzuschlagen, Wege, die ihnen heute wohl kaum mehr in so verführerischem Lichte erscheinen mögen, als in den Tagen, in welchen sie sie betreten haben. Dafür schlossen sich uns wieder andere, mächtige Reiche in treuer Waffen- und Bundesbrüderschaft an und so liegt denn heute ein festgefügter, mächtiger Komplex enganeinandergeschlossener Gebiete da, ein Block von Ländern, den der klare, zielbewußte Wille ihrer Herrscher, die unübertreffliche, siegessichere Tätigkeit ihrer Armeen und nicht zumindest die über alles Lob erhabene, unvergleichliche Opferfreudigkeit und standhafte Ausdauer ihrer Bevölkerung mitten im Weltkriege aus dem alten Europa herausgemeißelt haben. Wenn der bildende Künstler aus dem rohen Steinmaterial die Figur, die er zu schöpfen gedenkt, im Großen herausgehauen hat, so ist damit wohl der erste, physisch vielleicht mühevollste, aber eben nur der erste, bei weitem nicht der feinste und schwerste Teil seines Werkes beendet. Unentwegt und restlos muß der Meister vielmehr weiter arbeiten, bis aus dem toten Stein allen verständlich das Werk entsteht, an dem nicht nur die lebende, sondern auch die kommende Generation sich erfreuen und begeistern soll. Auch der Länderblock, von dem ich früher sagte, daß wir ihn mit vereinten Kräften aus der alten Welt neu herausgehauen haben, auch dieser Länderblock bedarf noch so mancher weiterer feinerer Arbeit, bis er schließlich zu jenem großen Werke ausgestaltet ist, das uns und unseren Nachkommen vor allem Schutz und Sicherheit verbürgen und gewähren soll für eine segensreiche, friedliche Entwicklung. Um dieses Werk zu schaffen, ist aber die Hand eines einzigen Meisters zu schwach. Diese Arbeit erfordert unser aller Kräfte und so müßen wir denn alle Hand anlegen und uns gemeinsam in den Dienst dieser großen Sache stellen. Jedem von uns, die wir im öffentlichen Leben stehen, wird ein Teil dieser Arbeit zufallen, ganz speziell aber Ihnen, meine Herren von der Presse, die ich heute hier zu sehen die Freude habe, Ihnen, die die öffentliche Meinung unserer engverbündeten Länder in so hervorragender Weise vertreten, eröffnet sich hiebei ein weites Gebiet reichster, erfolgversprechender Tätigkeit. Gerade Sie können so unendlich viel tun, um aufklärend, belehrend und, wo es not tut, ausgleichend, vermittelnd, und versöhnend zu wirken, auf daß der Bund zwischen unseren beiden Heimatländern sich immer enger und inniger gestalte, und auf daß die Notwendigkeit hiefür klar werde, allen, auch jenen, die dies heute vielleicht noch nicht so ganz zu erkennen vermögen. (Lebhafter Beifall.) Daß Ihnen aber die Möglichkeit geboten ist, sich in so hervorragender Weise an diesem Werke zu betätigen, dazu beglückwünsche ich Sie, in der festen Ueberzeugung, daß Sie, Ihren alten Traditionen folgend, unbekümmert und unbeeinflußt von kurzlebigen Rücksichten des Alltages der breiten Oeffentlichkeit auch diesmal den richtigen Weg zu weisen wissen werden. Nehmen Sie meine Worte auf, wie sie gemeint waren, nicht als hochnotpeinliche diplomatische Enunziation, bei der jedes Wort vorher peinlichst abgewogen wurde, vielmehr als die Worte eines Hausherrn, der zu lieben Gästen spricht, als Worte, die vom Herzen kommen und auch zum Herzen gehen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Ostdeutsche Rundschau

20./XI. 1917

51

**Paul Zifferer und der Kosmopolitismus.** Art läßt nicht von Art. In derselben Stunde, da der wilde Tiger Clemenceau den Deutschen den Kampf bis aufs Messer ankündigt und jeden Gedanken an einen Verständigungsfrieden im eigenen Lande mit eiserner Faust unterdrückt, übt in der Fichtegasse der Mut in der Brust seine Spannkraft, alle Gleichgesinnten auf dem Planeten liebend zu umarmen. Paul Zifferer, eine Leuchte „unter dem Strich" der Fichtegasse, gibt unter der Gönnerschaft des kleinen Moritz eine französische Zeitschrift heraus: „Revue d'Autriche". Das von Bismarck schon so verspottete Kellnerfranzösisch soll wieder einmal zu Ehren kommen. An das „ganze feindliche Ausland" will sich Paul Zifferer, der Stammes- und Gesinnungsgenosse des kleinen Moritz, in edler Pose wenden. Paul Zifferer will in französischer Sprache „um Verständnis und Würdigung österreichischer Art bitten". Es wäre wohl zweckmäßiger gewesen, Paul Zifferer hätte dies in hebräischer Sprache getan. Wie aber die Leute aus der Fichtegasse sich anmaßen können, im Namen Oesterreichs zu sprechen, das deutet wieder auf die Notwendigkeit der Gründung einer eigenen jüdischen Partei in Oesterreich hin. Wenn eine jüdische Partei in Oesterreich ein Blatt in französischer Sprache herausgibt, um die Liebe des feindlichen Auslandes wirbt und um Verständigung und Würdigung für jüdische Art in Oesterreich bettelt, so haben wir nichts dagegen einzuwenden. Jedes Land hat schließlich die Juden, die es verdient. Daß aber der „Prinz Eugen von Savoy" gewissermaßen als Schirmherr dieser Kellnerfranzosen herhalten muß, das ist bitter für den armen Eugen. Von „Liebenswürdigkeit und Bescheidenheit" spricht ausgerechnet einer aus der Fichtegasse! „Der Oesterreicher seinerseits" — er meint den in Oesterreich zufällig lebenden Juden — „ist also liebenswürdig und bescheiden" — für diese Offenbarung sind wir Paul Zifferer sehr dankbar. Auch für die Mitteilung, daß er das Wagnis unternimmt, „einer Welt von Feinden seinen inneren Wert näher zu bringen". Stolz will ich den Schmock. Daß natürlich Lammasch nicht fehlt, der über Oesterreich und den Frieden schwefelt, daß auch der illustre Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse", der Botschafter a. D. Graf Lützow, in dieser koscheren Gesellschaft zu finden ist, daß Hugo v. Hofmannstal und Artur Schnitzler dort glänzen, das nimmt keinen Arier wunder. Aber die Anmaßung muß zurückgewiesen werden, daß diese Leute im Namen des „deutschen Oesterreich" zu sprechen wagen. Es ist eine jüdische Gründung, die im Namen der Fichtegasse für die jüdischen kosmopolitischen Wünsche der goldenen Internationale wirbt. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Alle deutscharischen Blätter in Oesterreich sollten sich gegen diese jüdische Gründung energisch verwahren, damit wir Deutschen in Oesterreich nicht beim feindlichen Ausland in ein falsches Licht kommen. Wir wollen von unseren gehässigen Todfeinden heute gar nicht für „lieb und bescheiden" gehalten werden. Wir wollen nicht um Verständnis und Würdigung betteln, wir wollen keinen „Abbau" des Völkerhasses, wie das gräßliche Judenwort lautet, das bis zum Ueberdruß täglich wiederkehrt. Wir wollen ehrliche Feindschaft bis zum endgültigen Tage des Sieges. Paul Zifferer und alle anderen Schmöcke sollen Deutschösterreich mit ihrem Kellnerfranzösisch verschonen. Wenn sie durchaus französisch reden wollen, dann sollen sie vorläufig an den Strand der Seine ziehen, da ja der Zionstaat leider noch nicht gegründet ist. Glückliche Reise!

Arbeiterzeitung

20./XI. 1917



# Die Friedensbewegung des österreichischen Proletariats.

Die Friedensbewegung, die von der riesigen Versammlung der Wiener Arbeiter einen neuen Antrieb empfangen hat, zieht immer weitere Kreise. In den nächsten Wochen werden in ganz Deutschösterreich überall große Arbeiterversammlungen für den Frieden abgehalten. Wir finden bisher derartige Versammlungen angekündigt in Linz, Salzburg, Graz, Reichenberg, Teplitz, Aussig, dann in Troppau, Jägerndorf und zahlreichen anderen Städten Schlesiens. Ueber Versammlungen, die am letzten Sonntag stattgefunden haben, liegen uns bisher folgende Berichte vor:

**Neunkirchen.** Dieser Vorort des Schwarzatales ist durch viele denkwürdige Massenversammlungen berühmt. Während der Wahlreformkämpfe, bei der Siegesfeier 1907, bei den Kundgebungen gegen den Krieg 1912 und 1913 sah Neunkirchen auf dem Markt- und auf dem Holzplatz oder in dem Peterwald ganz gewaltige Menschenmassen vereinigt. Die Friedenskundgebung vom letzten Sonntag stellte die stolzesten Parteierinnerungen dieses Wahlkreises in Schatten. Wegen der rauhen Jahreszeit war die Versammlung in dem geräumigen Saale des Vereinsheims einberufen, im Notfall sollte der weite Hof einbezogen werden. Beide erwiesen sich zu klein; man mußte auf den Platz hinaus, ein herbeigezogener Streiwagen diente als Tribüne und so weit von dort das Auge reichte, drängten sich die Arbeiter und Arbeiterfrauen. Die Vereine von Neunkirchen, Ternitz und Wimpassing, die Bergarbeiter von Grünbach waren mit ihren Fahnen, die Bergarbeiter in ihrer Knappentracht, aufmarschiert, die Ortsgruppen der Frauenorganisationen und die Radfahrer kamen in geschlossenen Zügen. Alles war herbeigeeilt, obwohl zur Versammlung erst Mittwoch durch Rundschreiben des Bezirksverbandes eingeladen worden war. Dabei hatten die weiter gelegenen Orte Abordnungen vorgesehen, diese konnten wegen zweistündiger Zugsverspätung nicht rechtzeitig eintreffen. Unter dem Vorsitz Schlemmers sprach Dr. Renner über Krieg und Frieden und forderte die Versammlung auf, in geschlossenem Zuge zum Hauptplatz zu ziehen, um am Sitze der Behörden die vorgeschlagene Friedenskundgebung feierlich zu beschließen. So schloß sich eine zweite, noch eindrucksvollere Versammlung an die erste. Der Beschlußantrag wurde mit einhelliger stürmischer Begeisterung angenommen, worauf Dr. Renner in einer packenden Schlußrede dem Willen der Massen Ausdruck lieh: Die Feinde, die wir schon im Frieden bekämpft haben, betreiben und verlängern den Krieg, ihnen gilt auch heute und in Zukunft unser Kampf: Es ist der völkerausbeutende Kapitalismus, der völkerverhetzende Nationalismus, der völkermordende Militarismus. Wider sie habe das arbeitende Volk nur eine zuverlässige Hilfe, sich selbst, den Klassenkampf, den Sozialismus. Die erste sichere Friedensbürgschaft kommt uns von der russischen Arbeiterklasse: darum Hoch die russische Erhebung! (Endlose stürmische Hochrufe.) Die letzte und äußerste Bürgschaft des Friedens ist die wiederhergestellte Einigkeit des Proletariats der Welt: darum: Hoch die proletarische sozialistische Internationale! Unter begeisterten Hochrufen und mit dem Lied der Arbeit schloß die größte und ernsteste Kundgebung, die Neunkirchen gesehen hat.

**Linz.** Die Friedenskundgebung der Linzer Arbeiterschaft, die im prächtigen Festsaal des Kaufmännischen Vereines stattfand, nahm einen imposanten Verlauf. Um ½10 Uhr vormittags eröffnete Genosse Dametz die Versammlung mit einer Ansprache, in der er der heißen Sehnsucht nach dem Frieden Ausdruck gab. Zweitausend Personen, viele Hunderte von Frauen, mit roten Nelken geschmückt, hatten den Saal und die Galerien besetzt. Etwa tausend Personen hatten in dem breiten Raume vor dem Saale Aufstellung genommen und es war rasch eine zweite Versammlung improvisiert, in der Gruber (Linz) sprach. Im Saale sprach Abgeordneter Neumann (Wien) und Genossin Beutelmeier (Linz), deren Reden tosenden Beifall fanden. Der Erfolg der Bolschewiki in Rußland wurde stürmisch begrüßt und die Resolution unter begeisterten Zurufen einstimmig angenommen. Die eindrucksvolle Kundgebung löste eine mächtige Wirkung auf alle Teilnehmer aus. Sie war ein Zeugnis, wie mächtig der Friedenswille im Proletariat auch von Linz lebt.

**Teplitz.** Die Versammlung, die Sonntag abend in den Saal des Hotels Neptun einberufen worden war, war eine imposante Friedenskundgebung. Von der Arbeit eilten etwa sechstausend Arbeiter und Arbeiterinnen des Teplitzer Bezirkes zu der Versammlung, wo in dem dichtbesetzten Saale Abgeordneter Seliger in einer markanten Rede, die oft von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochen wurde, die Forderung nach sofortigem Waffenstillstand und Frieden erhob. Die Resolution wurde stürmisch begrüßt und einstimmig angenommen. Auf dem weiten Platze vor dem Versammlungslokal drängten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht mehr in den Saal gelangen konnten. Hier wurde eine zweite Versammlung abgehalten, in der die Genossen Cermak und Hofbauer unter lebhaften Kundgebungen der Massen sprachen. Auch diese Versammlung nahm die Resolution begeistert an.

20./XI. 1917

20
54

# Zur Lösung des Ost-Problems.

Von General der Infanterie z. D. v. Liebert.

Während der letzten Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin gingen durch die hiesigen Zeitungen ziemlich bestimmt lautende Gerüchte über die Aufteilung der russischen Westgebiete. Es hieß da, Kongreßpolen einschließlich Suwalki und zuzüglich des Gouvernements Grodno solle, mit Galizien vereinigt das neue Königreich Polen bilden, dessen Krone dem Kaiser Karl zugedacht sei. Litauen als Großfürstentum, Kurland als Herzogtum sollten dem Deutschen Kaiser zufallen und in Personalunion zum Deutschen Reiche treten.

Wer sich mit der Zukunftsentwicklung des deutschen Volkes beschäftigt, kann an dieser überaus wichtigen Angelegenheit nicht vorübergehen, sondern muß ihr besonderes Interesse widmen. Die Mehrzahl der Deutschen ist über die östlichen Verhältnisse wenig unterrichtet und kennt die Gebiete, um die es sich hier handelt, weder nach ihrer Größe, noch nach ihrer Bevölkerungszahl. Es ist daher angemessen, diese Ziffern unseren Lesern vor Augen zu führen. Die Bevölkerung ist dabei nach den letzten Ziffern von 1914 angegeben (in runden Zahlen).

1) Generalgouvernement Warschau 127 300 Geviertkm., 12 467 000 Einwohner, 98 auf 1 Geviertkm.

2) Galizien 78 500 Geviertkm., 8 000 000 Einwohner, 102 auf 1 Geviertkm.

3) Litauen: Gouvernement Kowno 40 600 Geviertkm., 1 967 000 Einwohner, 44 auf 1 Geviertkm. Gouvernement Wilna 42 500 Geviertkm., 1 957 000 Einwohner, 45 auf 1 Geviertkm. Gouvernement Grodno 38 600 Geviertkm., 1 974 000 Einwohner, 51 auf 1 Geviertkm.

4) Kurland 27 300 Geviertkm., 749 000 Einwohner, 27 auf 1 Geviertkm.

Ziehen wir die oben Oesterreich-Ungarn zugesprochenen Gebiete (Gen.-Gouv. Warschau, Gouv. Grodno und Galizien) zusammen, so umfaßt das neue Königreich Polen 144 400 Geviertkilometer mit rund 22½ Millionen Einwohnern. Diese Ziffer dürfte dem deutschen Politiker wohl die Frage nahelegen, ob es angezeigt erscheint, ein Reich von solcher Stärke und Macht an der Ostgrenze der offenen deutschen Lande erstehen zu lassen. Noch bedenklicher wirkt der Umstand, daß dies neue Reich die deutsche Ostgrenze vom Ostpunkt Oberschlesiens bis zum Njemen oberhalb Tilsit umklammert. Ganz unverständlich und unerwartet ist die Einbegreifung des kleinen Gouvernements Suwalki in das neue Königreich Polen. Suwalki hat zwar dem Namen nach bisher zum Gen.-Gouvernement Warschau gehört, es ist aber geographisch durch die Bobr- und Narewsümpfe von Polen getrennt, und ethnographisch ist es ein Teil von Litauen, da es von diesem Volksstamm bewohnt wird. Der erste Blick auf die Karte zeigt, daß es die Vormauer und den Schutz Ostpreußens gegen Osten bildet. Der militärische Stolz jedes Preußen muß gebietend verlangen, daß wir unser Territorium selbst verteidigen, und nicht durch eine fremde Nation geschützt sein wollen. Die Ausdehnung Oesterreich-Ungarns bis zum Memelstrom bei Jurburg und die preußischen Ostprovinzen von ihm völlig umklammert, das ist ein zu kühner Gedanke!

Sehr bescheiden nehmen sich neben den gewaltigen Zahlen Neupolens diejenigen Gebiete aus, die der Sphäre und dem Schutze des Deutschen Reiches zufallen. Zwar der Umfang von Kowno, Wilna und Kurland zusammen würde sich auf 110 400 Geviertkm., demnach auf Zweidrittel des polnischen Königreichs belaufen. Die Einwohnerzahl der drei Gouvernements aber erreicht nur wenig mehr als 4½ Millionen Seelen, also ein Fünftel der Polenzahl. Bei aller guten Freundschaft und treuen Bundesgenossenschaft erscheint eine derartige „Abfindung" doch etwas gar zu leoninisch von österreichischer Seite.

Es soll hier nicht ein Vorschlag zu den unendlich vielen bereits vorhandenen über die Lösung der östlichen Fragen gemacht werden. Dazu sind die Dinge leider schon viel zu weit gediehen. Wohl aber darf hervorgehoben werden, daß das deutsche Volksheer Polen mit seinem Blute befreit hat und daß die Interessen des deutschen Volkes bei der Ordnung der dortigen Verhältnisse nicht gekürzt werden dürfen. Diese Interessen verlangen aber unbedingt Festhalten des polnischen Gebiets durch deutsche Truppen, so lange es für notwendig gehalten wird, da Polen sich noch nicht einmal dazu anschickt, ein eigenes Heer aufzustellen. Selbstverständlich würden die polnischen Festungen in deutscher Hand bleiben. Eisenbahn-, Handels- und Finanzpolitik sind mit Deutschland zu vereinbaren. Das Gouvernement Suwalki müßte aus dem Königreich Polen ausscheiden und in die deutsch-litauische Interessensphäre übertreten. Bezüglich des Gouvernements Grodno bedarf es noch weiterer Verhandlungen, da seine Ueberweisung an Polen ganz ungewöhnlich erscheint.

Angesichts der gewaltigen, die beiden Kaisermächte verbindenden Interessen und der bisher in jeder einzelnen Frage erreichten glatten Lösung wird sicherlich auch das östliche Problem endgültig zu allgemeiner Befriedigung geregelt werden.

Der Abend
20./XI. 1917

55

# Die Arbeit für den Frieden.

## Die gestrige Frauenversammlung.

Die Wiener Zeitungen offenbarten heute früh in der nacktesten Form ihre ganze aus Eigennutz und Beschränktheit zusammengesetzte Niedertracht. Sie, die seit Kriegsbeginn den Raubzug der vereinigten Händler und Erzeuger gegen die verbrauchenden Schichten unterstützen, sie versagen jetzt vollständig, da es um die große Sache des Friedens geht und keine einzige von ihnen bringt heute einen Bericht über die gestrige Friedensversammlung der Frauen, von der man ohne Übertreibung sagen darf, daß sie eine der eindruckvollsten und ernstesten Kundgebungen für den Frieden war, die Wien bisher gesehen hat und von der man hoffentlich sagen darf — es kommt nur auf die Wiener an, damit diese Meinung recht behalte — daß sie der Anfang einer großen mächtigen Bewegung werde, welche die Regierenden zwingen wird, auf das zu hören, was das Volk schon seit langem denkt und jetzt laut und öffentlich zu sagen beginnt.

Die Versammlung war von etwa tausend Personen besucht, viel zu viel für den nicht großen Josefssaal des Lehrerhausvereines. Mehr als neun Zehntel der Anwesenden waren Frauen, und zwar Frauen aller Klassen. Der Verlauf der Versammlung war der würdevollste, den man sich denken kann. Es sprachen drei Redner: die Frauen Olga Misar und Dr. Laura Stricker und Direktor Edgar Herbst. Von den Reden ist zu sagen, daß sie ausgezeichnet waren und zwar deshalb, weil alle drei Redner den „staatsmännischen" Schwachsinn aus dem Wege gingen, der sich bei Behandlung der Friedensfrage auch in den Reden und Schriften sonst ganz vernünftiger Menschen breit macht und zur Folge hat, daß ihre Friedensreden zu einer Aufzählung aller möglichen Friedensbedenken wird. Diesen Bedenken unserer Regierer und ihrer freiwilligen und unfreiwilligen Trabanten rückte man gestern in prachtvoller Weise an den Leib. Frau Misar und Frau Dr. Stricker vom Standpunkte der Frauen, Herr Herbst vom Standpunkte des Politikers und Volkswirts.

21. / XI. 1917.

21
57

# Der polnische Regentschaftsrat an die beiden Kaiser.

Der polnische Regentschaftsrat hat aus Anlaß der Uebernahme seines Amtes an Kaiser Wilhelm das folgende Schreiben gerichtet:

Warschau, den 27. Oktober 1917.

Kaiserliche und Königliche Majestät!

Durch das Handschreiben Euerer Majestät vom 14. Oktober 1917 als Mitglieder des mit Patent vom 12. September 1917 geschaffenen Regentschaftsrates des polnischen Staates anerkannt, bringen wir Euerer Majestät zur Kenntnis, daß wir in die Ausübung der obersten Staatsgewalt eintreten.

Wir haben in der Königs-Kathedrale zum heiligen Johannes den feierlichen Eid geleistet, daß wir unsere Regierungsgewalt ausüben werden zum Wohle der Allgemeinheit, zur festen Begründung der Unabhängigkeit, der Macht, des Ruhmes, der Freiheit und des Glückes unseres polnischen Vaterlandes, zur Wahrung des Friedens und der Eintracht unter allen Bürgern des Landes, indem wir das allgemeine Wohl höher stellen, als das eigene Leben und das persönliche Interesse. Wir haben gelobt, unser Amt in die Hände eines Königs oder Regenten des polnischen Staates niederzulegen.

Wir wollen das polnische Volk seiner staatlichen Unabhängigkeit entgegenführen auf der Grundlage der von Euerer Majestät an den denkwürdigen Tagen vom 5. November 1916 und 12. September 1917 erlassenen Akte. Auf diesen Boden stellen wir uns mit derjenigen Loyalität, die des Ernstes und der Größe des historischen Augenblicks, der Ehre des polnischen Volkes würdig ist.

In unserer Eigenschaft als Mitglieder des Regentschaftsrates erklären wir, daß die sich aus jenen Akten logisch ergebenden Konsequenzen für unsere politische Stellungnahme maßgebend sind.

Als Regentschaftsrat des werdenden unabhängigen polnischen Staates und berufene Vertreter des polnischen Volkes entbieten wir Euerer Majestät den Ausdruck der Ehrfurcht und tiefer Dankbarkeit für den Akt vom 5. November 1916 und das Patent vom 12. September 1917.

Wir begrüßen insbesondere die wohlwollenden Gedanken und Absichten, denen Euere Majestät in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 12. September 1917 Ausdruck verliehen haben.

Wir erwarten, daß das polnische Volk in der weiteren Entwicklung der historischen Ereignisse, gestützt auf seine eigene Wehrmacht und in Verfolgung seiner eigenen Interessen auf Grund des Bandes der gemeinsamen westlichen Kultur, mit den beiden Zentralmächten gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Zielen zustreben wird.

Wir benutzen auch diesen Anlaß, um Euere Majestät mit uns in Gottes Obhut zu empfehlen.

Alexander Kakowski, Erzbischof.

Fürst Ladislaus Lubomirski. Josef von Ostrowski.

Der Kaiser hat darauf in folgendem Allerhöchsten Handschreiben geantwortet:

Großes Hauptquartier, den 17. November 1917.

An den Hohen Regentschaftsrat des Königreichs Polen!

Mit aufrichtiger Befriedigung habe ich das Handschreiben zur Kenntnis genommen, mit dem der polnische Regentschaftsrat mir seinen Amtsantritt angezeigt hat.

Die Stimme der polnischen Nation hat Sie, meine hohen Herren, als die berufensten Träger der obersten Würde im neuen polnischen Staate bezeichnet, und gerne haben mein Erlauchter Verbündeter und ich auf Vorschlag des Uebergangsausschusses des provisorischen Staatsrates Ihre Ernennung zu Regenten des Königreiches Polen vorgenommen.

Die Erklärungen, die Sie in Ihrem Schreiben an mich abgegeben haben, legen Beweis dafür ab, daß Sie sich der großen Pflichten und Aufgaben, welche Polen von den ersten Trägern seiner Staatsgewalt verlangt, vollauf bewußt sind. Nicht minder haben Sie die Notwendigkeit, daß Polen auf dem Fundamente weiter aufgebaut werden muß, auf dem es neugegründet wurde, klar erkannt und unzweideutig ausgedrückt, indem Sie die Akte vom 5. November 1916 und 12. September 1917 als die Grundlage Ihrer weiteren Tätigkeit bezeichnen. Ihrem feierlichen Bekenntnisse zu diesen bedeutsamen Staatsakten bringe ich vollstes Vertrauen entgegen und weiß, daß der Hohe Regentschaftsrat den Richtlinien, die er sich selbst in seinem Schreiben an mich vorgezeichnet hat, immerdar treu bleiben wird. Ich teile Ihre Ueberzeugung, daß auf dem Boden des Anschlusses an die Zentralmächte die Lebensbedingungen gegeben sind, welche dem polnischen Staate reiche Blüte und seinen Bürgern die Segnungen des Friedens, der Kultur und des Wohlstandes verbürgen und hege die Zuversicht, daß Polen dazu berufen ist, in freier selbstgewählter Verbindung mit den mächtigen Nachbarreichen in eine neue Periode staatlicher Größe einzutreten und hierdurch ein bedeutsamer Faktor für Europas Entwicklung im Sinne der abendländischen Kulturideale zu sein.

So heiße ich Sie denn in Ihrer neuen Würde von Herzen willkommen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tätigkeit zum Heile der wiedererstandenen polnischen Nation. Möge der Segen des Allmächtigen auf Ihrem Wirken ruhen.

Wilhelm I. R.

Ein gleicher Schriftwechsel hat zwischen dem polnischen Regentschaftsrat und Kaiser Karl stattgefunden.

21./XI. 1912.

21
58

# Die Gäste von der Donau beim Reichskanzler.

Berlin, 20. November. Aus Anlaß der Anwesenheit der österreichischen und ungarischen Tagesschriftsteller veranstaltete heute abend Reichskanzler Graf v. Hertling im Reichskanzlerpalais einen Empfang. Nachdem sich der Reichskanzler, welcher von einem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Gesandten v. Radowitz, unterstützt wurde, die Erschienenen hatte vorstellen lassen, hielt er folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich begrüße heute zum ersten Male in diesen Räumen einen weiteren Kreis von Gästen, und es ist mir eine hohe Freude, daß dieser Kreis unsere Freunde aus Oesterreich und Ungarn umschließt. Seien Sie mir, Meine Herren Vertreter der österreichischen und ungarischen Presse, von Herzen willkommen! Niemand betritt ohne Bewegung dieses erinnerungsreiche Haus. Und auch Ihnen, Meine Herren, wird das Gefühl nicht fern gewesen sein, als umrausche Sie hier der Flügelschlag der Geschichte besonders ernst und bedeutungsvoll. Ist doch dieses die Stätte, wo Fürst Bismarck wirkte, sann und arbeitete. Dort ist der Saal des großen Berliner Kongresses, in diesen Räumen haben zahllose die Geschichte bestimmende Besprechungen, Verabredungen und Abmachungen stattgefunden. Hier wurde auch der Grund gelegt zu unserem Bündnis, das jetzt in weltgeschichtlichen Kämpfen seine herrlichste Bewährung gefunden hat.

Und wo stehen wir heute, meine Herren? Unsere Volks- und Heereskraft hat ihre unerschütterliche Stärke erwiesen. Große Männer sind uns beschieden gewesen, die diese Kraft zum bewußten Zweck geleitet und zu glänzenden Erfolgen geführt haben. Wüßten wir es nicht selber, so würden es uns die Stimmen aus dem Feindeslager bestätigen, daß uns niemand mehr den Sieg der Waffen entreißen kann. Die schwersten Schlachten sind geschlagen, der Soldat hat über alle Maßen seine Schuldigkeit getan, aber Sie wissen, meine Herren, daß der Krieg nicht auf den Schlachtfeldern allein gewonnen wird. Noch stehen uns die schwersten politischen Kämpfe bevor, erst dann, wenn wir sie zu gutem Ende gebracht haben, dürfen wir ohne Ueberhebung sagen, daß wir die Prüfung völlig bestanden haben. Und da, meine Herren von der Presse, zählen wir ganz besonders auf Sie ... Ich hoffe, meine Herren, daß Sie auch aus diesem Hause den Eindruck mit sich nehmen werden, wie sehr wir uns der bundesbrüderlichen Freundschaft bewußt sind, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbindet. (Allgemeines Händeklatschen, Bravo, Eljen.)

Nachdem der Reichskanzler geendet hatte, blieben die Gäste noch lange in angeregter Unterhaltung beisammen, wobei sich der Reichskanzler besonders mit den Herren aus Oesterreich und Ungarn unterhielt.

*

Vormittags waren die österreichisch-ungarischen Journalisten Gäste der Stadt Berlin. Zunächst wurden ihnen die Anlagen der Untergrundbahn Nord-Süd gezeigt, worauf sie unter Führung des Architekten Ludwig Hoffmann das Märkische Museum und unter Führung des Stadtverordneten-Stellvertreters Geheimrat Cassel eine Volksspeisehalle besichtigten. Mittags bewirtete Oberbürgermeister Exzellenz Wermuth die Gäste im Rathause. Exzellenz Wermuth begrüßte die Gäste mit einer Rede. Namens der Gäste dankten Chefredakteur Seelan (Wiener Journalisten-Klub), und Hofrat Marcus (Ofen-Pester Journalisten-Vereinigung). Im weiteren Verlaufe des Mahles wurden noch eine Reihe von Ansprachen gewechselt.

21./XI. 1917

# Die Friedensbewegung des österreichischen Proletariats.

**Landstraße.** Montag fand im großen Dreiersaal eine Versammlung statt, die sich zu einer großen Friedensdemonstration gestaltete. Schon um 7 Uhr abends standen Kopf an Kopf gepreßt Männer und Frauen, unter ihnen auch Bürgerliche, so daß vor Anfang der Versammlung alle Eingänge buchstäblich verkeilt waren und die Späterkommenden keinen Einlaß mehr fanden. Mehr als 2800 Personen horchten gespannt den Ausführungen des Abgeordneten Müller. Als der Redner mit den Kriegshetzern abrechnete und die russische Revolution grüßte, war der Begeisterung kein Ende. Dagegen erhob sich ein Sturm des Unwillens, als er zum Schluß noch die Anmaßung der Herrenhäusler besprach.

**Ottakring.** Sonntag vormittag fand im großen Gartensaal der Restauration Bachlechner in der Ottakringerstraße eine außerordentlich gutbesuchte Versammlung der Bezirksorganisation Ottakring statt, in der die Abgeordneten David und Sever sowie die Genossin Marie Kunda über die Friedensforderungen der Sozialdemokratie sprachen. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal gedrängt voll und konnte leider nicht alle fassen, die gekommen waren. Wiederholt von zustimmenden Rufen unterbrochen, schilderten die Redner die Leiden und Entbehrungen, denen das arbeitende Volk in den vierzig Monaten Krieg ausgesetzt war. Sie hielten Abrechnung mit der herrschenden Gesellschaft, die es duldet, daß Tausende Mütter und Kinder im Hinterland infolge der Unterernährung an der Tuberkulose dahinsiechen, während der Gatte und Vater an der Front sein Leben opfert. Der Feind ist weit über die Grenzen zurückgeworfen und noch nie war die Gelegenheit zum Friedensschluß so günstig wie jetzt. Das gesamte Proletariat hat genug des Mordens und des Darbens und ist nicht mehr gewillt, länger ruhig zuzusehen, wie um ein Nichts Tausende Arbeitsbrüder auf den Schlachtfeldern verbluten. Stürmischen Beifall löste es aus, als die Redner den Vorkämpfern der russischen Revolution die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft aussprachen. Wohl sind die Verhältnisse in Rußland derzeit nicht geklärt, man weiß nicht, was der nächste Tag bringt. Die vom Genossen Schnöpf verlesene Friedensresolution wurde einstimmig und unter großer Begeisterung angenommen.

Zum Schluß verwies Abgeordneter Volkert auf die Schäden, die dieser Krieg nicht nur an Kulturgütern, sondern auch an den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen angerichtet hat. Viele unserer treuen Mitarbeiter und Parteigenossen werden in unsere Reihen nicht mehr zurückkehren und es muß daher unsere heiligste Pflicht sein, die Lücken auszufüllen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Linz.** Außer in Linz fanden Sonntag auch in zahlreichen anderen Orten Oberösterreichs massenhaft besuchte Friedensversammlungen statt. In **Steyr** war der Versammlungssaal so überfüllt, daß auch im Hofe, wo sich eine dichtgedrängte Menge angesammelt hatte, eine zweite Versammlung abgehalten werden mußte. Im Saale sprach Wokral, im Hofe Klement, allerdings erst, nachdem sich der Regierungsvertreter, der die Rede verbieten wollte, von diesem Einspruch hatte abreden lassen. Nach der Versammlung zogen die Massen auf den Stadtplatz, wo Genosse Wokral vor dem Rathause eine kurze Ansprache hielt. Auch aus **Kleinmünchen, Wels, Ebensee, Windischgarsten, Neuzeug, Kirchdorf, Wolfsegg** und **Attnang** wird berichtet, daß die Versammlungen überall ausgezeichnet besucht waren.

**Graz.** Die steirische Arbeiterschaft hat Sonntag in dreizehn Massenversammlungen ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck gegeben. Die Stimmung war überall erregt. Viele Frauen und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sah man, besonders durch ihr schlechtes Aussehen auffallend, ein furchtbarer Beitrag zu den Wirkungen des vierten Kriegswinters. Mit großer Begeisterung wurde überall die Resolution angenommen.

Die Versammlung in Graz, die in den Juliensälen stattfand, war massenhaft besucht. Das Referat erstattete unter stürmischer Zustimmung Abgeordneter Resel.

Von den anderen Versammlungen liegen über die in **Leoben, Knittelfeld, Eisenerz, Vordernberg, Rottenmann, Mürzzuschlag und Köflach** Berichte vor. Die Versammlungen waren überall glänzend besucht. Die Versammlungssäle waren überall überfüllt, so daß die Erschienenen kaum alle Platz finden konnten.

**Freiwaldau.** Sonntag fand unter dem Vorsitz des Genossen Thienel eine Friedensversammlung statt, in der Genosse Zorn über den Friedenswillen des Volkes und die Kriegshetzerparteien sprach. Viele Hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen aus der weiten Umgebung kamen in geschlossenen Zügen nach Freiwaldau, um dieser Versammlung beizuwohnen, und für den baldigen Frieden zu demonstrieren. Genosse Zorn sprach zu einer mehrtausendköpfigen Menge über die Friedensmöglichkeiten und den Willen der arbeitenden Bevölkerung zum Frieden. Er verurteilte unter Entrüstung der Versammelten das kriegshetzerische Treiben der Kriegshetzer, denen der Krieg noch immer nicht zu lange dauert, da sie, entfernt vom Schußbereich, im Hinterland ihre Hetze betreiben. Die Resolution wurde unter großem Beifall angenommen. Nach der Versammlung formierte sich ein Demonstrationszug, an dem etwa 2500 Personen teilnahmen. Von drei Genossen wurde eine mächtige Tafel mit der Inschrift: „Wir wollen den Frieden!" vorangetragen. Unter den Rufen: „Wir wollen den Frieden!", „Wir wollen Brot!", „Nieder mit den Kriegshetzern!" bewegte sich der Zug von dem Versammlungslokal in Buchelsdorf auf den Ring vor das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft. Dort hielt Genosse Zorn eine Ansprache und überreichte die in der Versammlung einstimmig beschlossene Resolution dem Vertreter des Leiters der Bezirkshauptmannschaft. Dann zog die Demonstration um den Ring durch die Rudolfs- und Prießnitzgasse vor das Gebäude der Bezirkskrankenkasse; dort wurde nochmals eine Ansprache gehalten, worauf sich unter nochmaligen Rufen nach dem Frieden die imposante Demonstration auflöste.

* * *

**Hietzing.** Samstag den 24. d. um 1/2 8 Uhr abends in Schillers Gasthaus, Hauptstraße Nr. 103. Tagesordnung: Die Arbeiter und der Friede. Referent: Abgeordneter Wilhelm Schiegl und Anna Kaff.

**Liesing.** Montag den 26. d. um 7 Uhr abends im großen Liesinger Brauhaussaal Friedensversammlung für Liesing, Atzgersdorf und Umgebung. Die Genossen und Genossinnen des Bezirkes werden ersucht, diese Versammlung massenhaft zu besuchen. Sprechen werden: die Abgeordneten Dr. Ellenbogen und Tomschik und eine Genossin aus Wien.

**Berndorf.** Sonntag den 25. d. um 1/2 3 Uhr nachmittags in Demuths Kinosaal, Hernsteinerstraße. Tagesordnung: Demokratie und Friede. Referenten: Abgeordneter Franz Domes und Felix Stika.

Abend
21./XI. 1917

60

# Kriegs- und Friedensarbeit in der Schweiz.

## Bericht des Bundesrates.

**Bern**, 20. November. (Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur.) Der neunte Neutralitätsbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung ist soeben erschienen.

In der ersten Abteilung des die auswärtigen Angelegenheiten betreffenden Abschnittes wird der herzliche Empfang hervorgehoben, der dem neuen schweizerischen Gesandten in den Vereinigten Staaten Sulzer und dem Delegierten der Sondermission bereitet wurde. Aus den einlaufenden Berichten gehe hervor, daß sich in den Vereinigten Staaten und in den dortigen Regierungskreisen in ausgesprochener Weise der Wunsch geltend mache, alles mögliche zu tun, um den berechtigten Wünschen der Schweiz Rechnung zu tragen. Es sei zu hoffen, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten betreffs der Verladung der Waren, die in den Häfen zurückgehalten werden, demnächst behoben werden können. Gegenüber dem von der Botschaft der Vereinigten Staaten in Rom an die dortige Schweizer Gesandtschaft gerichteten Ansuchen wurde die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Interessen der Vereinigten Staaten in Venedig, falls sich die Evakuierung Venedigs als notwendig herausstellen sollte, durch das dortige schweizerische Konsulat wahrnehmen zu lassen.

Die Zahl der Militär- und Zivilinternierten in der Schweiz betrug am 31. Oktober 24,136 Personen, darunter 12,376 Franzosen, 8594 Deutsche, 1822 Belgier und 964 Briten. Im Zeitraum vom 16. August bis 31. Oktober wurden 4746 Internierte heimgeschafft, darunter 2399 Franzosen und 1271 Deutsche. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz einerseits und Deutschland und Frankreich anderseits betreffend einen größeren direkten Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den beiden Ländern haben bis jetzt kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Von französischer Seite wurde immerhin dem Wunsche Ausdruck verliehen, die die Internierung betreffenden Fragen in der nächsten Zeit einer endgültigen Lösung entgegenzuführen, zu welchem Zweck die französische Regierung mit besonderen Vollmachten versehene Delegierte nach Bern entsenden wird. Vom 21. August bis 31. Oktober wurden 87 Züge mit 40,303 Evakuierten aus Nordfrankreich durch die Schweiz nach Frankreich transportiert; es sollen noch rund 150,000 Personen zur Heimbeförderung bestimmt sein.

Vom schweizerischen Roten Kreuz wurden vom 25. August bis 2. November 2027 Invalide der verschiedenen kriegführenden Länder durch die Schweiz befördert.

Betreffs der Brotversorgung stellt der Bericht fest, daß die Verschiffung von Brotgetreide aus Amerika nicht besser geworden sei. Weizen habe seit August bis heute weder verladen noch überhaupt gekauft werden können. In bezug auf die Brotrayonierung sagt der Bericht, daß heute die Quoten der Mühlen noch ungefähr 50 Prozent der Produktion vor dem Kriege betragen.

Dem Bericht des Finanzdepartements ist zu entnehmen, daß der Gesamtbetrag der festen und der schwebenden Mobilisierungsschuld sich Ende Oktober auf 960,500,000 Franken belief.

Aus dem Bericht der Abteilung für Handel und industrielle Kriegswirtschaft des Volkswirtschaftsdepartements geht hervor, daß die Kohlenzufuhr aus Deutschland im August 189,103, im September 179,045 und im Oktober 156,244 Tonnen betrug gegenüber der vorgesehenen Menge von monatlich 200,000 Tonnen.

Die Ausfuhr von Zuchtvieh bewegte sich in sehr bescheidenen Grenzen. Die Nachfrage aus Frankreich und Italien war fast Null. Auch Oesterreich und Deutschland hielten mit dem Bezug zurück. Ein größerer Einkauf für Deutschland hat erst Anfang November eingesetzt.

Bezüglich der Fettversorgung betont der Bericht die Notwendigkeit der Einführung der Fettkarte sowie der Festsetzung amtlicher Höchstpreise.

Reichspost

22./XI. 1917



# Das Schicksal Polens.

## Zustimmung der Polen in Rußland zu einer austro-polnischen Lösung.

Der Polnischen Preßagentur wird aus Stockholm telegraphiert:

Die soeben in Stockholm eingetroffenen polnischen Blätter aus Petersburg äußern sich über die neue Wendung in der polnischen Frage im austro-polnischen Sinne mit großer Befriedigung. Das Organ der Ententepolen „Dziennik Polski" schreibt: Es ist kaum denkbar, daß die Meldung von der geplanten Vereinigung Königreich Polens mit Galizien, welche als unerläßliche Bedingung der günstigen Lösung der polnischen Frage allgemein betrachtet wird, von den Polen schlecht aufgenommen werden könnte. Von allen Lösungen der polnischen Frage durch die Mittelmächte ist die austro-polnische die möglichst beste. In auffallender Weise drückt sich dabei „Dziennik Polski" über die Haltung der Entente in der polnischen Frage sehr pessimistisch aus.

Auch der demokratische „Dziennik Narodowy" drückt seine Befriedigung über das Wiederaufleben des Programmes des Krakauer obersten Nationalkomitees aus.

## Danktelegramm des Polenklubs an Dr. Wekerle.

Wie die Poln. Nachr. melden, wurde in der heutigen Sitzung des Polenklubs die Absendung der nachstehenden Depesche an den ungarischen Ministerpräsidenten Doktor Wekerle beschlossen: „Für die gestern im Parlament abgegebene, von so viel Herzlichkeit und Freundschaft für unser Volk erfüllte Erklärung, sprechen wir Eurer Exzellenz den wärmsten Dank aus und entbieten dem ungarischen Brudervolk unseren Gruß. In seinen Bestrebungen zur Wiedererlangung des unabhängigen Staates zählt das polnische Volk auf die seit Jahrhunderten erprobten Sympathien des ungarischen Volkes." Das Telegramm trägt die Unterschriften der Klubvorstehung: Kendzior, Diamand, Glombinski, Goetz und Steslowicz.

Arbeiterzeitung



22./XI. 1917

# Die Friedensbewegung des österreichischen Proletariats.

**Alsergrund.** Die Friedenskundgebung des Alsergrund, die nur auf das Gebiet einer Sektion des politischen Vereines beschränkt war, gestaltete sich durch Massenbesuch sehr eindrucksvoll. Insbesondere viele Frauen waren anwesend und stimmten den beiden Rednern, den Abgeordneten Simon Abram und Max Winter, wiederholt durch laute Zurufe zu. [illegible] Eine große Anzahl von Frauen und Männern, die bisher den Weg zur Organisation nicht gefunden haben, ließen sich sofort einschreiben und gelobten, fürderhin für den Gedanken des Zusammenschlusses aller Arbeiter zu wirken.

**St. Pölten.** In einer großangelegten Demonstration hat die hiesige Arbeiterschaft Sonntag den 18. d. ihren Willen für den Frieden zum Ausdruck gebracht. Nachmittags um 2 Uhr sammelten sich die Arbeiter im Vereinsheim, Wienerstraße. Die Arbeiterschaft der Torpedofabrik, Voith-Fabrik, die Eisenbahner, die Arbeiter der Glanzstoffabrik sowie die Genossen von Viehofen, Wagram und Spratzern kamen in großen Zügen. Standarten mit Aufschriften, wie zum Beispiel: „Wir wollen den Frieden!", „Gebt den Kindern ihre Väter zurück!", sah man in großer Zahl. Um ½3 Uhr war der Zug, mindestens 6000 Personen, formiert und nun ging es durch die Wienerstraße, Kremserstraße, Klostergasse über den Josefsplatz, vorbei bei der Bezirkshauptmannschaft, ins Versammlungslokal. Aber der große Saal erwies sich als zu klein. Es mußte eine zweite Versammlung im Saale des Vereinsheims veranstaltet werden. Da aber auch der zweite Saal nicht alle fassen konnte, mußte eine dritte Versammlung veranstaltet werden. Die Ausführungen der Abgeordneten Polke und Domes, der Genossin Gabriele Proft und des Genossen Lindner aus Wien fanden begeisterte Aufnahme sowie auch die Resolution einstimmige Annahme.

**Wiener-Neustadt.** Die Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt hielt Donnerstag eine mächtige Friedenskundgebung ab. An Stelle des erkrankten Abgeordneten Pernerstorfer war Abgeordneter Glöckel erschienen. Als Genosse Ofenböck die Versammlung eröffnete, war der Saal buchstäblich derart überfüllt, daß niemand mehr Einlaß finden konnte. Dennoch strömten von allen Seiten Arbeiter herbei. Es mußte daher die Versammlung in zwei Teilen abgehalten werden. Ofenböck begab sich ins Arbeiterheim, wo schon eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt waren, und erstattete das Referat. Als die Versammlung in der Turnhalle beendet wurde, erschien Genosse Glöckel auch im Arbeiterheim, um auch hier gleichwie in der Turnhalle in zündenden Worten dem Wunsche der Arbeiter nach baldigem Frieden Ausdruck zu geben. Mit einstimmiger Annahme der Resolution schlossen beide Versammlungen, die dem heißen Wunsche der Wiener-Neustädter Arbeiterschaft nach Beendigung des Krieges Ausdruck gaben.

**Karlsbad.** Die Friedensversammlung in Karlsbad, die am Montag stattfand, gestaltete sich zu einer Kundgebung riesenhafter Größe. Schon um 6 Uhr abends war der Theatersaal des Hotel Weber derart überfüllt, daß weitere Besucher nicht mehr zugelassen werden konnten. Aus dem Saale waren alle Tische entfernt worden. Kopf an Kopf standen die Tausende im Saale, im Nebensaal, auf der Bühne, in den Logen und auf den Galerien. Kurz nach 6 Uhr mußte noch der Konzertsaal des Hotel Wachtmeister für eine zweite Versammlung geöffnet werden. Er wurde ebenfalls ausgeräumt und war im Nu überfüllt. Eingekeilt, so daß sich niemand rühren konnte, standen auch hier die Massen und neue Tausende strömten zu, die nirgends mehr Einlaß finden konnten. Von der Behörde wird die Zahl der Teilnehmer in beiden Versammlungen auf fünftausend geschätzt und die Zahl ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Wer diese Säle gesehen, wird das Bild nie vergessen. In der Versammlung bei Weber sprachen die Abgeordneten Hillebrand und Glöckel sowie ein polnischer Genosse, der drei Jahre als Geisel in Rußland gewesen und erst kürzlich von dort zurückgekehrt ist. In der zweiten Versammlung sprachen die Genossen de Witte, Abgeordneter Löw und Abgeordneter Palme. In leidenschaftlichen Worten brandmarkten die Redner die friedensfeindliche Stellungnahme des Karlsbader Stadtrates sowie einen vom Deutschen Volksverein in Karlsbad hinausgegebenen Aufruf gegen die sozialdemokratische Partei, der mit einer perfiden Lüge beginnt und dessen geradezu aufreizende Albernheit ein Beweis dafür ist, daß die Deutschradikalen die Intelligenz der Bevölkerung außerordentlich niedrig einschätzen. In ungeheurer Erregung folgten die Versammelten den Ausführungen der Redner; stürmische Zwischenrufe und der brausende Beifall, mit dem sie die Reden begleiteten, waren ein Beweis dafür, daß jedes Wort für den Frieden und gegen dessen Feinde zündete. Eine Resolution, die vorerst der Empörung über die Friedensfeindschaft des Karlsbader Stadtrates Ausdruck gibt und dann von der Regierung ein klares, unzweideutiges Bekenntnis ihrer Bereitschaft zu einem Frieden der Versöhnung, zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen fordert, fand einstimmige Annahme. Es war die gewaltigste Kundgebung, die Karlsbad seit den Wahlrechtskämpfen gesehen hat, und zugleich die würdigste Antwort auf die Provokation des Karlsbader Stadtrates.

Auch die Friedensversammlungen am Tage vorher in **Neudek**, wo Abgeordneter Glöckel vor tausend Teilnehmern sprach, und in **St.-Joachimstal**, wo de Witte vor ebenfalls mehr als tausend Menschen das Referat hielt, verliefen in der glänzendsten Weise.

**Salzburg.** Unter starker Beteiligung der Arbeiterschaft fand am Samstag im Mödlhammer-Saal in Salzburg eine Friedensversammlung statt. Vor Eröffnung der Versammlung trug der Eisenbahnergesangverein „Flugrad" einen Freiheitschor vor. Den Vorsitz führte Gemeinderat Preußler. Die Referate erstatteten Matthias Eldersch und Abgeordneter Abram. Die Ausführungen der beiden Redner wurden oft von lebhaftem Beifall begleitet. Die Friedensresolution wurde einstimmig angenommen.

22./XI. 1917

66

[Friedensversammlungen der Frauen Wiens.] Der Allgemeine österreichische Frauenverein veranstaltet, wie bereits gemeldet, eine Reihe von Versammlungen als Kundgebung für den Frieden. Die erste dieser Versammlungen wurde im Saale des Lehrerhausvereines (Josefstadt) abgehalten. Es sprachen in derselben die Damen Olga Misar, Dr. Laura Stricker und Herr Edgar Herba. In der gestern im Bezirke Wieden stattgefundenen Versammlung referierten Reichsratsabgeordneter Jankes und Frau Jella Hertzka. In beiden sehr stark besuchten Versammlungen gelangte eine Resolution einhellig zur Annahme, in der es heißt: „Wir Frauen Wiens erklären unseren starken und unverhohlenen Friedenswillen. Wir sind überzeugt, daß er das Echo der Stimmung nicht nur der ungeheuren Mehrheit unseres eigenen Volkes, sondern aller — auch der feindlichen — Völker ist. Wir richten unseren Appell an die Völker der befreundeten und feindlichen Staaten, in denen die Friedenssehnsucht genau so wie in uns lebt, und fordern sie auf, allen Hemmnissen zum Trotz durch immer mächtigere Kundgebungen des Friedenswillens den Kriegswillen der Regierungen oder chauvinistischer Minoritäten zu brechen. Wir richten unseren Appell an die Frauen aller Länder, die ihre Tage unter gleicher Last, ihre Nächte unter gleicher Qual hinschleppen. Nicht ihre Schwäche, ihre Kraft beweisen sie, wenn sie, für den Frieden kämpfend, die durch den Krieg geschändete Menschheit erretten wollen. Wir richten unseren Appell an das Bürgertum aller Länder, alle seine geistigen und materiellen Kräfte aufzuwenden, um Wege zur Verständigung zu finden. Wir richten unseren Appell an die Volksvertretungen aller Länder, sich der größten Aufgabe bewußt zu werden, die je an die Vertreter der Völker gestellt wurde: Die Herbeiführung des Friedens. Wir richten aber unseren Appell auch an die Regierung unseres Landes, nicht in Zweifel und Bedenken zu zögern, die vom russischen Volke zum Frieden gebotene Hand zu ergreifen und durch Eingehen auf das Anerbieten zu Friedensverhandlungen und Waffenstillstand die ausgezeichneten Friedensworte des Grafen Czernin durch die Tat zu bekräftigen und unzweideutig erkennen zu lassen, daß Oesterreich und seine Bundesgenossen nach wie vor bereit sind, in Verhandlungen über einen wahrhaft ehrlichen, von Kriegserfolgen absehenden, nur auf das künftige friedliche Zusammenleben und Gedeihen der Völker abzielenden Verständigungsfrieden einzutreten." — Die nächste Frauenversammlung für den Frieden findet morgen, 7 Uhr abends, im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines, Eschenbachgasse 11, statt. Es werden sprechen: Frau Berta Pauli und Reichsratsabgeordneter Dr. Julius Ofner.

Österr. Volkszeitung

22./XI. 1917



# Die Friedensbewegung.

**Pazifistische Besprechungen in der Schweiz.**

**Bern**, 20. November. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Zu den zwanglosen pazifistischen Besprechungen sind bisher außer einer größeren Zahl Schweizer Herren einige Vertreter aus Oesterreich und Ungarn eingetroffen, darunter Julius Meinl und Senatspräsident Elsner (Wien), die Professoren Buday und Jaszi (Budapest), aus Deutschland die Abgeordneten Gothein und Heine und Professor Niemayer, ferner zwei Delegierte aus Holland. Vertreter aus den nordischen Staaten sind bisher nicht eingelangt.

In den bisherigen Besprechungen würden einzelne friedenstechnische Fragen sowie eine Reihe pazifistischer Probleme erörtert und auch die Rollen für die Donnerstag stattfindende Vollversammlung aller bis dahin eingetroffenen Delegierten verteilt. In dieser Sitzung, zu der auch Pressevertreter Zutritt haben werden, sollen seitens der Staatenvertreter Erklärungen abgegeben werden, die sich mit den drei Hauptthemen, nämlich zwischenstaatliche Organisation, Verminderung der Rüstungen und Sanktionsfragen, beschäftigen und sich auf das Verhältnis der Staaten nach Wiederherstellung des Friedenszustandes beziehen werden.

23./XI. 1917

68

## Wien, 23. November.

Die revolutionäre Regierung in Petersburg soll, wie das Reuter-Bureau einem russischen Funkspruch entnimmt, den Oberbefehlshaber der russischen Feldheere angewiesen haben, sich den feindlichen Befehlshabern mit dem Angebot eines Waffenstillstandes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern. Bis jetzt ist ein solches Angebot an uns nicht ergangen, allein nach der ganzen Sachlage, nach allem, was man in der letzten Zeit aus Petersburg hörte, klingt jene Meldung nicht unwahrscheinlich. Es drängt sich die Frage auf, wie wir uns zu einem Angebot der erwähnten Art, falls es tatsächlich uns gemacht werden sollte, verhalten würden. Die Antwort ist klar und deutlich durch unsere bisherige Haltung und unsere wiederholten Erklärungen gegeben. Wir haben die Welt darüber nicht im Zweifel gelassen, daß wir jede Möglichkeit, den Weg zum Frieden freizumachen und dem ungeheuren Blutvergießen auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges ein Ziel zu setzen, bereitwillig benützen wollen, wir haben durch unser tatsächliches Verhalten bewiesen, daß wir jede derartige Möglichkeit fördern. Diesen unseren prinzipiellen Standpunkt werden wir auch einem eventuellen russischen Waffenstillstandsangebot gegenüber zur Geltung bringen und ein derartiger Vorschlag kann grundsätzlich unserer sympathischen Aufnahme sicher sein. Gewiß müssen wir, bevor endgiltig über Annahme und Durchführung eines solchen Angebotes entschieden wird, auch in Betracht ziehen, ob und welche Bedingungen daran geknüpft sind, und prüfen, ob sie annehmbar sind, ob sie mit den von uns proklamierten Grundsätzen übereinstimmen. Sind keine Bedingungen gestellt oder nur solche, die wir annehmen können, so wird bei uns kein Hindernis vorhanden sein, die russischen Vorschläge zu verwirklichen.

Reichspost

23./XI. 1917



# Die Friedenskundgebung der Lenin-Regierung.

**Paris, 21. November.**

Die Agence Havas meldet: Die maximalistische Regierung hat von Zarskoje Selo aus nachstehende Botschaft erlassen: „Die Versammlung der Arbeiter- und Soldatendelegierten ganz Rußlands, die die Macht in der Hand haben, empfinden die Verpflichtung, allen kriegführenden Völkern und deren Regierungen einen Waffenstillstand auf allen Fronten und die sofortige Einleitung von Verhandlungen, die auf den Abschluß eines Friedens auf demokratischer Grundlage hinzielen, vorzuschlagen. Der Sowjet der Volkskommissäre ist der Ansicht, daß, wenn die Gewalt des Sowjet sämtliche wesentlichen Punkte bestätigt, mit unbedingter Notwendigkeit formelle Vorschläge für einen Waffenstillstand gemacht werden müssen, und zwar allen Kriegführenden, den Verbündeten sowohl als auch den Feinden. Der Volkskommissär des Auswärtigen hat an alle bevollmächtigten Vertreter in Petersburg bereits eine entsprechende Mitteilung gerichtet. In dem Schreiben heißt es: Sie werden vom Sowjet der Volkskommissäre mit der Vertretung des vom Rate der Arbeiter- und Soldatendelegierten ganz Rußlands ausgesprochenen Wunsches beauftragt, und es wird ihnen die Aufgabe übertragen, sich an die feindlichen Militärbehörden zu wenden, um die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und Eröffnung von Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Indem der Sowjet der Volkskommissäre ihnen die Durchführung dieser Besprechungen überträgt, richtet er an sie gleichzeitig folgende Weisungen: 1. den Sowjet über den Stand ihrer Besprechungen ständig auf dem Laufenden zu halten; 2. ohne vorherige Zustimmung der Kommissäre keinen Waffenstillstand zu unterzeichnen. Der Präsident des Sowjet der Volkskommissär (gez.): Wladimir Ulhanow; der Kommissär des Auswärtigen: Lenin; der Kriegskommissär: Trotzki; der Sekretär: Brussilow."

Die Agence Havas bemerkt zu dieser Meldung: Im Anschlusse an diese Verlautbarung muß gesagt werden, daß die französische Regierung Beweise dafür hat, daß deutsche Spionageaufträge direkt an Lenin gerichtet wurden.

Reichspost Abend
23./XI. 1917



## In Petersburg „alles ruhig".

Stockholm 22. November.

Der Vertreter des Svenska Telegrammbyran telegraphiert:

Die Preßvertretung der Auslandsdelegation der Bolschewiki an der Grenze teilt mit, daß alles ruhig sei und in Petersburg ausgezeichnete Ordnung herrsche. Die Truppen Kerenskis hätten sich nach langem Widerstand dem Volke angeschlossen und sich dem Erlaß der Nationalkommissariate gefügt.

Die zur Unterstützung der revolutionären Garnison nach Moskau entsandten Truppen kehren nach Petersburg zurück. In Moskau hat die Revolution unbedingt gesiegt. Gegen Kaledin sind etwa 150.000 ukrainische Soldaten unterwegs. Auch im Rücken Kaledins befinden sich starke Abteilungen, so daß die Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit Kaledin gegeben ist.

Der Kommissär der Bolschewiki in Tornea teilt mit, daß bis zur Wiederherstellung der regelmäßigen Verbindung mit Petersburg die als offiziell zu betrachtenden Petersburger Telegramme durch die Auslandsvertretung den Bolschewiki über Haparanda werden übermittelt werden.

Arbeiterzeitung

23./XI. 1917

76

# Waffenstillstand!

Aus London wird gemeldet, daß die russische Regierung das Oberkommando des russischen Heeres beauftragt habe, mit den Oberkommanden der feindlichen Armeen Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Ist diese Nachricht wahr, so ist es nicht undenkbar, daß in wenigen Tagen schon an der großen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere die Waffen ruhen werden und die Truppen, die bisher in den Schützengräben einander gegenübergelegen sind, friedliche Kantonierungen beziehen werden, um das Ergebnis der Friedensverhandlungen abzuwarten. Geschähe dies, dann wäre zum Frieden der erste, der entscheidende Schritt getan.

Wir wollen nicht vorzeitig Hoffnungen erwecken, die sich nur allzubald als eitel erweisen könnten. Vorläufig liegt nur eine Nachricht aus London vor. Diese Nachricht ist gewiß durchaus glaubwürdig; denn die Regierung, die die Erhebung der Petersburger Arbeiter eingesetzt hat, hat ja sofort nach ihrem Amtsantritt angekündigt, daß die Abschließung eines Waffenstillstandes ihr nächstes Ziel sein werde. Aber schließlich sind wir sehr ungenau darüber unterrichtet, was in Rußland vorgeht. Wir müssen daher abwarten, ob die Londoner Meldung von Petersburg aus bestätigt wird. Die dürftigen Nachrichten, die aus Rußland zu uns dringen, lassen uns auch nicht beurteilen, ob die neue Regierung schon gefestigt genug, ihre Macht schon groß genug ist, den Waffenstillstand abzuschließen. Daß Petersburg und Moskau in der Hand der Bolschewiki sind und daß auch große Teile der Armee an der Front sowohl als auch im Hinterland ihnen folgen, unterliegt gewiß keinem Zweifel. Aber auch die übrigen Truppen an der Front wünschen unzweifelhaft nichts sehnlicher als einen Waffenstillstand, der zur Beendigung des Krieges der erste Schritt wäre. Ein Armeeoberkommando, das sich weigerte, dem Befehl der Regierung zu gehorchen, das die ihm befohlenen Verhandlungen über den Waffenstillstand nicht einleiten wollte, würde vom Zorn der russischen Soldaten wahrscheinlich sehr schnell hinweggefegt werden. Es ist also gewiß nicht unwahrscheinlich, daß das russische Armeeoberkommando wirklich demnächst Parlamentäre zu den Oberkommanden der deutschen, der österreichisch-ungarischen und der türkischen Armee schicken wird, um die Verhandlungen einzuleiten. Nicht unwahrscheinlich, aber noch nicht gewiß; denn die wirklichen Machtverhältnisse zwischen der Regierung in Petersburg und dem Armeeoberkommando an der Front sind uns noch nicht bekannt.

Indessen werden uns diese Machtverhältnisse sehr bald bekannt werden. Ein Vertrag über einen Waffenstillstand ist ja keine ganz einfache Sache. Da muß für die ganze lange Front, von der Mündung der Düna bis zur Mündung der Donau, vereinbart werden, in welcher Stunde die Feindseligkeiten aufhören, welche Linien von den Vorposten der beiden Heere bezogen werden sollen, welcher Raum von den Patrouillen der beiden Armeen nicht betreten werden darf. Ein solcher Plan bedarf sorgfältiger Arbeit, die nur von den Generalstäben der Armeen geleistet werden kann. Wird den Armeeoberkommanden der Mittelmächte ein solcher Plan vorgelegt, dann ist es klar, daß die russische Armee wirklich der Regierung in Petersburg gehorcht; daß die neue Regierung die Armee in der Hand hat und ihr damit auch die tatsächliche Macht im Lande gesichert ist; daß wir also einer tatsächlich verhandlungsfähigen und vertragsfähigen Regierung gegenüberstehen. Wenn also unseren Armeekommanden in der nächsten Zeit ein solches Angebot zugehen sollte, dann ist der Waffenstillstand und sind die Friedensverhandlungen möglich.

Man lasse sich nicht etwa durch das Argument beirren, man könne nicht mit einer Regierung Verhandlungen führen, die im eigenen Lande noch nicht ihrer Gegner Herr geworden sei; die, heute gewaltsam eingesetzt, morgen durch einen Handstreich gestürzt werden könne! Die Vorstellung des Friedens hat eine gewaltige Werbekraft. Ist der Waffenstillstand geschlossen und wird einmal über den Frieden ernsthaft verhandelt, dann wird keine Macht der Welt imstande sein, die kriegsmüden russischen Soldaten dazu zu bewegen, den Krieg noch einmal von neuem anzufangen! Selbst wenn die Regierung, die die Friedensverhandlungen begonnen hat, gestürzt würde, müßte ihre Nachfolgerin Frieden schließen.

Die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung haben stets feierlich erklärt, daß sie zu Friedensverhandlungen jederzeit bereit seien. Vor Monaten schon hat der Graf Czernin gesagt, er halte es für höchst wahrscheinlich, daß sich die Staaten über die Friedensbedingungen verständigen werden, wenn sie sich nur erst entschließen, sich zu Verhandlungen zusammenzusetzen. Jüngst erst hat uns der Minister des Aeußern versichert, daß er, nach wie vor zu einem billigen, für beide Teile ehrenvollen Frieden jederzeit bereit sei.

Die Regierungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands haben sich also ihren eigenen Völkern gegenüber verpflichtet, Friedensverhandlungen einzuleiten, sobald sie ihnen angeboten werden. Der Waffenstillstand ist aber nichts anderes als die Vorbedingung zu Friedensverhandlungen. Denn die Feindseligkeiten fortzusetzen, während über den Frieden verhandelt wird, wäre gewiß nicht zweckmäßig; da könnte ja jeder Zwischenfall an der Front, jede Laune des Kriegsglücks die Verhandlungen stören. Wir halten es daher für eine selbstverständliche, unabweisbare Pflicht der Regierungen der Mittelmächte, den Waffenstillstand, falls er ihnen angeboten werden sollte, anzunehmen und die Verhandlungen über die Bedingungen des Waffenstillstandes im versöhnlichsten Geiste, im Geiste der Friedensbereitschaft, zu führen.

Wir würden es für sehr nützlich halten, wenn die Regierungen der Mittelmächte heute schon erklärten, daß sie jederzeit bereit sind, einen ihnen angebotenen Waffenstillstand anzunehmen. Eine solche Erklärung würde auf Rußland unzweifelhaft den stärksten Einfluß üben: sie würde die Partei, die in Rußland heute den Friedenswillen der Massen verkörpert, stärken, die Forderung nach der Abschließung eines Waffenstillstandes unwiderstehlich machen, die Kraft der Friedensgegner in Rußland überaus schwächen. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten werden morgen im Parlament die Regierung fragen, ob Oesterreich-Ungarn den Waffenstillstand, falls er ihm angeboten wird, anzunehmen bereit ist. Wenn die Regierung diese Frage sofort bejahend beantwortet, so wird sie der Sache des Friedens einen überaus wertvollen Dienst leisten.

So gewinnt die große Hoffnung, die die Erhebung der russischen Arbeiter geweckt hat, immer bestimmtere Gestalt. Noch wäre es vorzeitig, zu jubeln. Aber immer stärker wird unsere Hoffnung, daß der große Tag doch naht, an dem an den Fronten „abgeblasen" wird, die Patronen versorgt werden und die Truppen nach mehr als drei Jahren blutigen Krieges mit klingendem Spiele die Schützengräben verlassen! Und wenn dieser so lang ersehnte Tag endlich kommen sollte, dann kommt er aus der Kraft der Arbeiterklasse, kommt er aus dem Geiste der Sozialdemokratie. Denn die sozialdemokratische Arbeiterschaft Rußlands ist es, deren Kühnheit und deren Gesinnungstreue uns heute wieder die Hoffnung gibt, daß die Menschheit endlich befreit werden wird von der furchtbarsten Qual, die ihr je beschieden ward.

Die Zeit

23./XI. 1917



# Die Berner Friedenskonferenz.

## Der Verlauf der Diskussion.

KB. Bern, 22. November.

Die Schweizer Depeschenagentur meldet über die Zusammenkunft zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens:

Mittwoch vormittags wurde die Diskussion über das Nationalitätenproblem durch ein zusammenfassendes Schlußwort des Prof. Laun (Wien) im Sinne der Ausführungen am Dienstag geschlossen, nachdem noch folgende Redner das Wort ergriffen hatten: Bernstein, Mitglied des Reichstages (Berlin), Senatspräsident Elsner (Wien), Erzberger, Mitglied des Reichstages (Berlin), Amtsgerichtsrat Herz (Marburg), Prof. Moriaud (Genf) und Prof. Quidde (München).

Darauf hielt Reichstagsabgeordneter Gothein (Breslau) ein glänzend aufgenommenes Referat über die Notwendigkeit einer starken vertragsmäßigen Beschränkung der Rüstungen, die auf einer wechselseitigen allgemeinen Beschränkung des bezüglichen Etats auf mäßige Ausgaben aufgebaut und notwendig schon ein Bestandteil des Friedensvertrages selber werden müsse. Das Thema wurde einer Kommission überwiesen zur Aufstellung bestimmter Leitsätze, die Donnerstag vorgelegt werden sollen.

Nachmittags sprach Prof. Schücking (Marburg) über den Ausbau des Haager Werkes. Er entwickelte an der Hand der vom holländischen Bureau der Zentralorganisation aufgestellten Thesen die Notwendigkeit die organisatorische Einrichtung der Haager Friedenskonferenzen fortzuentwickeln, als auch für die Behandlung völkerrechtlicher Konflikte neue internationale Organe zu begründen.

Die Versammlung erklärte sich mit den Grundideen des Redners und den holländischen Thesen, die schon vorher auch die Zustimmung der englischen League of Nations Society gefunden hatten, völlig einverstanden.

Unmittelbar an diesen Vortrag schloß sich das Referat von Dr. O. Makai (Budapest) über die Notwendigkeit der Sanktion durch eine internationale Exekutive und das Referat von Dr. A. Fried (Wien) über die Notwendigkeit einer allgemeinen internationalen Kooperation.

Es sprachen zu diesen drei Referaten Dr. Blunck, Mitglied des Reichstages (Hamburg), Prof. Broda (Zürich), Prof. Forel (Yvorne), Dr. Herz (Harburg), De Jong van Beek en Donk (Haag), Prof. Piloty (Würzburg), Prof. Quidde (München) und Prof. Ude (Graz).

Alle Redner betonten die Aufgabe, die Geltung des Rechtes vor der Macht zu sichern, und der allgemeine Eindruck war, daß die Vorträge und die Diskussion auf hoher Stufe standen und viel zur Klärung dieser wichtigen Frage beitrugen.

Die Zeit
23./XI. 1917


**Eine Frauendemonstration auf der Ringstraße.**
Gestern fand eine Frauenversammlung für den Frieden im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereins statt. Nach Schluß der Versammlung zog eine Gruppe von etwa zweihundert dem Mittelstand angehörenden Frauen, die der Veranstaltung beigewohnt hatten, über den Ring. Es kam dabei zu wiederholten Kundgebungen für einen baldigen Friedensschluß. In der Annahme, daß die Frauen vor dem Kriegsministerium eine Demonstration zu veranstalten beabsichtigen, stellte sich dem Zuge an der Kreuzung Ring—Landstraße Hauptstraße—Wollzeile ein größeres Wacheaufgebot entgegen und drängte die Demonstrantinnen nach der Landstraße ab. Die Frauen zeigten sich sehr aufgeregt, doch hatte die Wache keinen Anlaß, energisch einzuschreiten. Unter erneuten Rufen nach Frieden schwenkte der Zug nach dem 3. Bezirk ab, wo er sich alsbald auflöste.

Der Abend
23./XI. 1917

79

## Die dritte Frauenversammlung für den Frieden.

Die dritte Frauenversammlung, die gestern im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines stattfand, bot das gleiche überwältigende Bild wie die bisherigen Friedensversammlungen: ein dicht gefüllter Saal und vor dem Tore hunderte, die keinen Einlaß mehr fanden. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Anwesenden bestand aus Frauen, und zwar waren es wieder Frauen aller Stände, die erschienen waren, um ihrem Verlangen nach Frieden Ausdruck zu geben. Der große Andrang, den die Versammlungen des Allgemeinen österreichischen Frauenvereines finden, zeigt, daß die bisher gewählten Säle für den Zweck nicht ausreichen und daß es angebracht wäre, in einem der großen Wiener Säle eine Friedensversammlung zu veranstalten. Hoffentlich wird dies bald der Fall sein.

In der gestrigen Versammlung sprachen Frau Berta Pauli und Reichsratsabgeordneter Dr. Julius Ofner. Frau Berta Pauli wies darauf hin, daß der internationale Frauenkongreß im Haag lange vor der russischen Revolution die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verkündet habe; aber man habe damals gesagt, daß diese Ideen nur dem weiblichen oder mütterlichen Instinkt entsprungen seien; nun zeigt es sich, daß diese Ideen nicht bloß einem weiblichen Instinkt, sondern der menschlichen Vernunft entsprechen. Die Rednerin wies dann auf die fürchterlichen Verluste, die die Menschheit auf allen Gebieten erlitten habe, und erklärte es als Pflicht aller Frauen, sich zusammenzutun und dem Morden Einhalt zu gebieten. Frau Pauli fand für ihre warm empfundenen Worte stürmischen Beifall.

Sodann ergriff, von der Versammlung herzlich begrüßt, Reichsratsabgeordneter Dr. Ofner das Wort. Er erinnerte daran, daß auch unsere Staatsmänner ihren Anteil an der Schuld am Kriege haben: die Agrarpolitik, die Österreich-Ungarn den Balkanstaaten gegenüber getrieben, hat diese, die auf uns angewiesen waren, zu unseren Gegnern gemacht. Der Krieg hat eine fürchterliche Auslese gehalten und jetzt sind es neben den Arbeitern die Frauen, die unsere Hoffnung auf die Zukunft bilden. Ihre Pflicht ist es, schloß Dr. Ofner unter brausendem Beifall, für eine körperlich, geistig und sittlich gesunde Generation zu sorgen.

Die Versammlung nahm die gleiche Friedensentschließung wie die bisherigen einstimmig an.

## Straßenkundgebung.

Als nach Schluß die Teilnehmer die Versammlung verließen, wurden sie an dem Tore von vielen, die keinen Einlaß gefunden hatten, mit dem Zuruf begrüßt: Friede! Wir wollen Frieden! Bald scholl aus Hunderten von Frauenherzen ein Schrei in die Lüfte: „Friede!“ Die Teilnehmer ordneten sich zu einem Zuge von vielen Hunderten von Frauen, die unter lebhaften Kundgebungen für den Frieden durch die Ringstraße zogen. Bei der Wollzeile stellte sich dem Zuge ein Wacheaufgebot entgegen und hinderte die Frauen, zum Kriegsministerium weiterzuziehen. Während sich die Wachleute anfangs ganz anständig benahmen, zeichnete sich der kommandierende Polizeioffizier durch eine ganz überflüssige „Schneid“ aus.

Wir richten unseren Appell an das Bürgertum aller Länder, daß es alle seine geistigen und materiellen Kräfte aufwende, um Wege zur Verständigung zu finden.

Wir richten unseren Appell an die Volksvertretungen aller Länder, sich der größten Aufgabe bewußt zu werden, die je an die Vertreter der Völker gestellt wurde: die Herbeiführung des Friedens.

Wir richten aber unseren Appell auch an die Regierung unseres Landes, nicht in Zweifel und Bedenken zu zögern, die vom russischen Volk zum Frieden gebotene Hand zu ergreifen und durch Eingehen auf das Anbieten zu Friedensverhandlungen und Waffenstillstand die ausgezeichneten Friedensworte des Grafen Czernin durch die Tat zu bekräftigen.

24./XI. 1917

# Rußland.

Rußland kann den Krieg nicht weiter führen, weil es wirtschaftlich unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht. Die natürlichen Verbindungswege zu den westlichen verbündeten und neutralen Staaten versagen fast völlig, sowohl der Weg durch das Schwarze Meer und die Dardanellenstraße, der in Friedenszeiten den Verkehr Südrußlands mit Süd-, West- und Nordwesteuropa erleichtert hat, als auch die im Winter und weit über die Jahreszeit hinaus ohnehin unbenützbare Straße über das Weiße Meer und über die Ostsee. Rußland, der größte europäische Agrarstaat, ist auf den Absatz seiner landwirtschaftlichen Erzeugung im Austausch gegen Industrieerzeugnisse angewiesen. Aber ungeachtet der gehinderten Ausfuhr dieser eigenen Produkte machen sich in Rußland gegenwärtig schwere Lebensmittelkrisen fühlbar, ein ausgesprochener Brotmangel hat wiederholt zu großen Unruhen Anlaß gegeben. Die Hauptursache liegt in der vollständigen Unzulänglichkeit des russischen Eisenbahnnetzes, das schon im Frieden einer der hauptsächlichsten Gründe dafür war, daß die ökonomische Entwicklung des an Naturschätzen reichsten europäischen Staates nur geringe Fortschritte machen konnte.

Während hinsichtlich der Dichte des Eisenbahnnetzes in Europa Belgien vor dem Kriege mit 29 Kilometer Betriebslänge pro 100 Quadratkilometer Bodenfläche an erster Stelle stand, besaß Rußlands Eisenbahnnetz nur eine Dichte von 1·1 Betriebskilometer gegen durchschnittlich 10 bis 12 Kilometer in den andern großen Staaten. Hiezu kommt, daß die russischen Bahnen nicht gleichmäßig über das Riesenreich verteilt sind; nur die Industriegebiete besitzen ein dichteres Bahnnetz, während die ausgedehnten Stätten der Landwirtschaft fast ohne Bahnen geblieben sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß, so lange Rußland seine militärischen Operationen im polnischen Industriegebiet bewerkstelligte, wo für den Nachschub ein ziemlich dichtes Bahnnetz zur Verfügung stand, die russischen Heeresmassen entsprechend den militärischen Erfordernissen verschoben und mit den nötigen Bedarfsartikeln versorgt werden konnten. Der erzwungene Rückzug aus den polnischen Distrikten mußte deshalb für die weitere Kriegführung Rußlands katastrophal werden.

Nebst dem unzureichenden Eisenbahnnetz mußte die Rohstoffnot im russischen Reich schwere Wirtschaftskrisen verursachen. Rußlands Erde birgt mehr als 250 Milliarden Tonnen bester Kohle, wovon jährlich nur 30 Millionen Tonnen gefördert wurden, also nicht einmal der geringe Eigenbrauch von 41 Millionen Tonnen. Vergleichsweise sei erwähnt, daß das kleine Belgien mit seinem Kohlenvorrat von 11 Milliarden Tonnen eine jährliche Förderung von mehr als 22 Millionen Tonnen aufzuweisen hatte. Die durch den Unterseebootkrieg gesperrte englische Kohleneinfuhr, ferner das Ausbleiben der deutschen Kohlenlieferungen, sowie der Verlust der polnischen Kohlenschächte beengten die Kohlenversorgung und bewirkten unvermeidlich eine drückende Kohlennot im Lande. Diese kann in absehbarer Zeit nicht mehr behoben werden, weil für die Erschließung der reichen Kohlenfelder derzeit nicht die Voraussetzungen gegeben sind. In Rußlands Bergwerken sollen 865 Milliarden Tonnen Eisenerze gelagert sein, welche einen besonders hohen Eisengehalt besitzen, und auch sonst von guter Qualität sind. Rußland ist reich an Erdölen, an Kupfer, desgleichen an Gold. Die gesamte jährliche europäische Goldgewinnung beträgt zirka 38 Millionen Dollar, davon werden mehr als 34 Millionen Dollar in Rußland gewonnen.

Rußland besitzt also wie kein zweites Land — die Vereinigten Staaten ausgenommen — Rohstoffe aller Art und in unermeßlicher Menge. Dessen ungeachtet die ökonomische Krise und der militärische Zusammenbruch! Die Erklärung liegt in letzter Linie auf volkswirtschaftlichem Gebiete: Der beste wirtschaftliche Kunde, den Rußland überhaupt hatte, war nämlich Deutschland, das den dritten Teil der ganzen russischen Ausfuhr abnahm. Anderseits haben sich Deutschlands Handel und Industrie russischen Gewohnheiten angepaßt und in der Kreditgewährung Geduld und Nachsicht betätigt, wie dies landesüblich geboten erschien, während die englischen, amerikanischen und sonstigen Warenlieferanten die ihnen genehmen Bedingungen dem russischen Handel diktieren wollten. Auch noch andre Liebenswürdigkeiten seiner militärischen Freunde mußte Rußland in den Kauf nehmen. Es sei nur an die amerikanische Profitgier und Ausbeutungssucht während des Krieges erinnert. Die größte Anziehungskraft für das amerikanische Kapital übt derzeit Sibirien. In der „Nowoje Wremja" vom 17. Februar 1917 ist unter anderm angeführt, daß die Amerikaner auf die reichen Bodenschätze Sibiriens eine regelrechte Jagd eröffnet haben: „Es wäre unverzeihlich," so führt dieses Blatt an, „wenn die russischen Kapitalisten die heimischen Reichtümer widerstandslos den Ausländern überlassen würden." Tatsächlich haben die Amerikaner eine Unzahl von Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen in Rußland bereits erworben. Daneben die laufenden Lieferungen. So hat Amerika unter vielem andern eine Bestellung auf 2500 Lokomotiven und 40,000 Waggons für Rußland übernommen. Gegen diese während des Krieges fortschreitende Abhängigkeit Rußlands von seinen geschäftshungrigen Bundesgenossen machte sich ein steigender Widerstand im Lande geltend. Er hat zuletzt nicht wenig dazu beigetragen, die Bevölkerung aufzurütteln und den Widerstand gegen den Krieg immer mehr zu verschärfen. Die Bedrängnis durch seine Bundesgenossen hat die Russen zu ungestümen Anhängern des Friedens gemacht.

Abendbl
24./XI. 1917

82

* **Lippowitz über Lenin.** Das „N. W. Journal", das vor Freude darüber, daß in Petersburg der Stammesgenosse Lenin als Zar regiert, seit Tagen Purzelbäume schlägt, rührt in seinem heutigen Leitartikel ganz gewaltig die Reklametrommel:

Der Lenin-Friede, wie wir den in Aussicht stehenden Frieden mit Rußland bezeichnen dürfen, ist ein Triumph des radikalsten Sozialismus. Lenin ist der Internationalist in Reinkultur. (Wie zart umschrieben! D. Red.) Daß gerade der große Sozialistenführer (!) Lenin berufen ist, der Friedenbringer, der Erretter der Menschheit aus unsagbarem Leid zu werden, das erhöht die Bedeutung dieses Ereignisses zu dauernder weltgeschichtlicher Größe. Der Sieg Lenins bedeutet den unbedingten Sieg der Freiheit und des Fortschritts. Die demokratische Sturzwelle, welche mit der Tat des russischen Revolutionärs ihren Höhepunkt erreicht hat, wird sich unaufhaltsam über alle europäischen Staaten ergießen und der erlösten Menschheit den Sieg von Völkerfrieden, Volksfreiheit und Kultur bringen.

Na, na, gemach, Israel! Es ist für uns ja recht angenehm, daß die Lenin und Genossen Rußland so heillos zugrunde richten, aber zur Nachahmung reizt das russische Beispiel nirgends. Selbst der Berliner „Vorwärts" — und der soll vom Sozialismus auch etwas verstehen — schüttelt bedenklich zu den Leistungen des „großen Sozialistenführers" und „Internationalisten in Reinkultur" den Kopf! Wir fürchten sehr, es kommt aus den Judenexperimenten an Rußland zum Schluß etwas ganz anderes heraus, als die Judenheit des „N. W. J." wünscht. Abwarten!

Abendbl.
24./XI. 1917



## Der offenkundige Bruch Rußlands mit den Alliierten.

**Genf**, 24. November. (Privattelegramm.) In hiesigen russischen Kreisen versichert man, daß das Waffenstillstandsanbot der russischen Regierung im Einvernehmen mit allen Sowjets, den Frontkomitees und den Delegierten Finnlands beschlossen worden sei. Die Abreise der Ententediplomaten erfolgte, als dieser Beschluß bekannt wurde. Buchanan habe zu Personen seiner Umgebung geäußert, daß dies den offenkundigen Bruch zwischen Rußland und den Alliierten bedeute. Besondere Wichtigkeit messe man einer im Standort des russischen Generalstabes stattfindenden Konferenz der kommandierenden Generale bei, die zum Waffenstillstandsanbot Stellung nehmen werde. Aufsehen erregt die Version, auch Rußkij und Alexejew hätten erklärt, ehe man versuche, mit einer Armee in der Verfassung der russischen, den Krieg fortzusetzen, es in der Tat besser sei, Frieden zu schließen.

Reichspost

24./XI. 1917



## Veröffentlichung der russischen Geheimkorrespondenz.

**Amsterdam**, 23. November. (Reuter.)

Trotzki teilt mit, daß die in seinem Besitz befindliche geheime diplomatische Korrespondenz sofort veröffentlicht werden wird.

Abendbl
24./XI. 1917

85

## Der Auftrag zum Waffenstillstandsanbot an Duchonin.

Petersburg, 22. November.

Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht in der Abendausgabe folgende Meldung:

„Amtliche Instruktionen an den General Duchonin, Oberkommandanten der Armeen.

Der Rat der Volkskommissäre, dem durch den Willen des Kongresses der Generalräte die Macht übertragen ist, sieht sich verpflichtet, allen kriegführenden Ländern und ihren Regierungen vorzuschlagen, daß sie an allen Fronten den Waffenstillstand erklären und zu Friedensverhandlungen schreiten, indem sie sich auf die demokratischen Prinzipien stützen. Heute, da die Macht der Räte sich in den wichtigsten Gegenden des Landes festigt, sieht es der Rat der Volkskommissäre als dringend an, den Brüdern in den verbündeten und in den feindlichen Ländern diesen Vorschlag zu unterbreiten. Gleichlautende Erklärungen werden durch den Kommissär für auswärtige Angelegenheiten an alle Vertreter der verbündeten Länder in Petersburg abgesendet.

Sie, Bürger Oberkommandant der Armee, beauftragt der Rat der Volkskommissäre, nach Inhalt der beigeschlossenen Erklärungen sich an die Träger der militärischen Gewalt der feindlichen Armeen mit dem Vorschlag zu wenden, unverzüglich die militärischen Operationen einzustellen, zu dem Zweck, um zu Friedenskonferenzen zu schreiten. Indem der Rat der Volkskommissäre Sie mit den Präliminarverhandlungen betraut, beauftragt er Sie, den Rat unmittelbar und fortlaufend, erstens über alle Phasen der Verhandlungen mit den Vertretern der feindlichen Armeen auf dem Laufenden zu erhalten, zweitens ein Waffenstillstandsübereinkommen erst dann zu schließen, nachdem die Zustimmung des Rates der Volkskommissäre eingelangt sein wird.

Der Präsident des Rates der Volkskommissäre:
Ulianow-Lenin.

Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten:
Trotzki.

Der Kriegskommissär: Krylenko.
(Gez.:) Der Sekretär: Guhuhow."

## Die Note Trotzkis an die Ententevertreter.

Petersburg, 23. November.

Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht weiter folgende Meldung in ihrer Abendausgabe:

Erklärung an die Botschaften.

Mit diesem Schreiben habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Botschafter, mitzuteilen, daß der Kongreß der Generalräte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten ganz Rußlands am 8. November eine neue Regierung der Russischen Republik eingesetzt hat, die aus dem Rat der Volkskommissäre gebildet ist. Zum Präsidenten der Regierung ist Wladimir Iljitsch Lenin ernannt, die Leitung der auswärtigen Politik meinen Händen anvertraut worden, indem ich zum Kommissär für auswärtige Angelegenheiten ernannt wurde.

Indem ich im nachstehenden Ihrer Aufmerksamkeit, Herr Botschafter, den Wortlaut der vom Kongreß der Generalräte der Abgeordneten gebilligten Vorschläge eines Waffenstillstandes und eines demokratischen Friedens, ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, beruhend auf dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Völker und ihres Selbstbestimmungsrechtes, unterbreite, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, in diesem Schriftstück den offiziellen Vorschlag zum Abschlusse eines sofortigen Waffenstillstandes an allen Fronten und zur sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen erblicken zu wollen. Die Regierung der russischen Republik unterbreitet den gleichen Vorschlag allen Völkern und deren Regierungen. Wollen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung vollkommenster Hochachtung der Regierung der Generalräte dem Volke Frankreichs übermitteln, das nicht wird umhin können, den Frieden anzustreben, wie übrigens alle anderen kriegführenden, durch das Weltgemetzel ausgebluteten und erschöpften Völker.

Der Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten:
Trotzki.

Reichspost

24./XI. 1917



# Für sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

## Vorschlag der russischen Regierung an alle Kriegführenden.

**Amsterdam, 23. November. (Reuter.)**

Trotzki hat an die Vertreter des Verbandes ein Schreiben gerichtet, in dem er sie von der Bildung der neuen Regierung der russischen Republik in Kenntnis setzt. Er ersucht die Botschafter und Gesandten, die Vorschläge für einen Waffenstillstand und einen dmokratischen Frieden, wie sie durch den allrussischen Kongreß der Sovjets gebilligt wurden, als förmlichen Vorschlag des sofortigen Waffenstillstandes auf allen Fronten und der unmittebaren Eröffnung der Friedensverhandlungen zur Kenntnis zu nehmen. Er erklärt, daß dieser Vorschlag gleichzeitig an alle kriegführenden Völker und Regierungenen gerichtet worden sei.

24./XI. 1917

89

— **Die Litauer an den Papst.** Die Berner litauische Konferenz hat an Papst Benedikt XV. nachstehendes Telegramm gerichtet: „Die litauischen Delegierten Litauens, Rußlands und Amerikas, die sich in Bern zu einer Konferenz versammelt haben, um Entscheidungen zu treffen im Interesse der Wiederherstellung eines unabhängigen Mutterlandes sowie zur Geltendmachung seiner moralischen und materiellen Ansprüche benutzen in respektvollem Eifer diese Gelegenheit, um Euer Heiligkeit ihre tiefste Dankbarkeit auszusprechen, für Seinen warmen Aufruf bezüglich einer Kollekte in allen katholischen Kirchen zugunsten ihres unglücklichen Volkes sowie gleichzeitig die Hoffnung auszudrücken, Eure Heiligkeit an dem künftigen Friedenskongreß teilnehmen zu sehen, zum größten Wohle ihres Volkes und aller unterdrückten Nationalitäten."

Der Abend
24/XII. 1917

# Die Arbeit für den Frieden.

## Die heutige Frauenversammlung.

Die heutige Frauenversammlung findet um 7 Uhr abends im Hotel „Bayrischer Hof", 2. Bezirk, Taborstraße 39, statt. Vorsitz: Frau Anita Müller; Redner: Olga Misar, Bezirksvorsteher Dr. Blasel und Carl Colbert.

## Die gestrige Versammlung.

Auch die gestrige Versammlung im Hotel Holzwarth, 15. Bez., Mariahilferstraße, stand unter dem Zeichen eines Massenbesuches, so daß der Saal schon lange vor Beginn der Vorträge geschlossen und ein Mehrfaches der Zuhörerschaft abgewiesen werden mußte. Die erste Rednerin, Frau Elsa Beer-Angerer, schilderte in ergreifenden Worten die Not der Mütter und legte dar, daß auch die Frauen schuld an der Herbeiführung der beklagenswerten Zustände seien, indem sie sich viel zu ausschließlich mit den Pflichten der Gattin und Mütter befaßten und übersehen hätten, daß die politische Erziehung der Jugend mindestens ebenso notwendig sei. Sie schloß mit dem begeistert aufgenommenen Ruf nach baldigem Frieden und mit der Aufforderung, die Frauen mögen dafür sorgen, daß künftighin die Kriege der Männer unmöglich werden.

Der zweite Redner, Herr Carl Colbert, bezeichnet es zunächst als notwendig, die Tagesordnung zu ändern. Nicht baldiger Frieden, sondern baldiger Waffenstillstand müsse verlangt werden. Er verwies diesbezüglich auf die Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten und des Staatssekretärs v. Kühlmann. Er untersuchte sodann, wie es denn komme, daß man für den Frieden überhaupt werben müsse, da es doch niemand gebe, der in Wirklichkeit den Krieg vorziehe, es sei denn, fügt er mit verständnisvoll aufgenommener Ironie hinzu, daß der Frieden wenig trage. An zahlreichen Reingewinnen und Dividenden zeigte er, zu wessen Vorteil dieser Krieg geführt werde, der ursprünglich ein Krieg der Reichen des einen Landes gegen die Reichen des anderen war und jetzt ein Krieg der Reichen gegen die Armen geworden ist. Der Redner beantragte eine Entschließung, die die Annahme des Waffenstillstandanbotes als ersten Schritt zum Verständigungsfrieden fordert.

## Die Friedensanfrage Kemetter, Pantz und Genossen.

Die Friedensanfrage der Abg. Kemetter, Pantz und Genossen, die der Ministerpräsident gestern zusammen mit der sozialdemokratischen Anfrage beantwortete, hat folgenden Wortlaut:

Wie verlautet, haben die derzeitigen Machthaber Rußlands im Sinne des russischen Volkes beschlossen, sich den Befehlshabern unserer Truppen mit dem Angebote eines Waffenstillstandes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern. Soll der nach Frieden lechzenden Welt in absehbarer Zeit geholfen werden, so darf der gegenwärtige Augenblick nicht ungenützt bleiben. Weder Bedenklichkeiten wegen der Legitimation der jetzigen russischen Machthaber noch diplomatische Überklugheit, noch die Einflüsse der verschiedenen Kriegsinteressenten dürfen jetzt ihre hemmende Wirkung ausüben. Vielmehr muß jenen Faktoren, welche Rußland und damit der Welt den Frieden bringen wollen, jede sittlich erlaubte moralische Hilfe geboten werden. Schwerste Verantwortung würden unsere Staatsmänner auf sich laden, wenn sie diese Möglichkeit, einen für alle Beteiligten ehrenhaften Frieden so rasch als möglich herbeizuführen und dem schrecklichen Massenschlachten ein Ende zu machen, nicht nützen würden.

Die Unterzeichneten stellen daher an Se. Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten folgende Anfrage:

Sind Eure Exzellenz bereit, den heißen Wünschen des Volkes entsprechend sowohl auf das k. u. k. Ministerium des Äußern als auch durch dasselbe auf die Regierungen der uns treu verbündeten Staaten in dem Sinne Einfluß zu nehmen, daß das Waffenstillstandsangebot des russischen Volkes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen in vollster Erkenntnis und Wertung der ungeheuren Bedeutung dieses Ereignisses für den Gesamtfrieden der Völker behandelt werde?

*

Wir drucken diese Anfrage ab, weil sie die „hemmenden Wirkungen" klar nennt, vor denen wir uns jetzt zu fürchten haben. Es sind dies insbesondere diplomatische Überklugheit und der Einfluß der Kriegsinteressenten.

25./XI. 1917

## Die Erbitterung in England über Rußland.

### Aeußerungen von Lord Robert Cecil.

Amsterdam, 24. November.

Das Reutersche Bureau meldet: In einem Interview erklärte Lord Robert Cecil einem Vertreter des Reuterschen Bureaus über die Lage in Rußland: Ich glaube nicht, daß das jetzige Vorgehen der Extremisten in Petersburg die Ansicht des russischen Volkes wiedergibt. Wäre dies der Fall, so würde das natürlich der Bruch des Vertrages vom 5. September 1914 sein und bedeuten, daß nicht nur ein Verbündeter von den übrigen inmitten des Krieges abfiel, sondern dies auch angesichts eines Vertrages tat, der das Gegenteil vorsieht. Würde ein solches Vorgehen vom russischen Volke gebilligt, so würde die Nation sich dadurch außerhalb der Gemeinschaft Europas stellen. Aber ich glaube nicht, daß das russische Volk die Proklamation derjenigen bestätigen oder billigen wird, die vorgeben, die Regierung zu sein, und die Soldaten aufhetzen, ihre Generale zu verhaften und über die Schützengräben hinweg Friedensverhandlungen mit dem Feinde zu eröffnen. Wenn die Vernichtung der russischen Armee das Hauptziel der Extremisten ist, so ist es schwierig zu erkennen, auf welch andere und geeignetere Weise diejenigen, die in Petersburg verantwortlich sind, dies tun könnten. Während es ganz unmöglich ist, gewisse geschäftliche Verbindungen, wie beispielsweise in Angelegenheit der Verhaftung britischer Untertanen, zu vermeiden, so kann keine Rede von der diplomatischen Anerkennung oder von einer Verbindung mit den Extremisten sein. Die Absicht, eine derartige Regierung anzuerkennen, liegt nicht vor.

---

## Das russische Anerbieten und die Stimmungen in der Entente.

### Telegramm unseres Korrespondenten.

Bern, 24. November.

Bis in die letzten Tage ist der breiten Masse in England und Frankreich noch immer von den „drei rettenden K" vorgefaselt worden, von Kerenski, Kaledin und Kornilow. Erst die letzten zwei Tage haben die bestimmte Nachricht gebracht, daß Kerenski völlig ausgeschaltet ist und Kornilow die ganze Zeit über sich im Gefängnis befunden hat. All die zahllosen Meldungen über ein gemeinschaftliches Vorgehen der drei K gegen Lenin waren eben in London und Paris erfunden worden. Jetzt setzt man die letzten Hoffnungen auf Kaledin, der durch die Beherrschung des Donbeckens die Kohlenversorgung Petersburgs beherrschen soll. Sehr viel verspricht man sich aber auch von den Folgen einer eventuellen Aushungerung der Hauptstadt nicht und darum schlagen die radikalen Zeitungsstrategen unentwegt den Einmarsch der Japaner in Rußland vor. Da die sibirische Eisenbahn kaum genügen dürfte, kalkulieren diese Engländer kaltblütig die Aussichten von Wintermärschen durch Sibirien und finden, daß die so tüchtigen Japaner dieser Aufgabe gewiß gewachsen sind. Daß diese politischen Extravaganzen keinen Widerhall finden, erweisen die populären Zeitungen und Zeitschriften. In all diesen Organen wird Rußland abgestrichen und die Ueberschriften und der Inhalt der betreffenden Artikel erschöpfen sich in den Worten: „Good bye Russia!"

---

25./XI. 1917

95

— **Friaul als Kirchenstaat.** Dieser neueste Versuch einer Lösung der römischen Frage kommt von nicht-katholischer Seite. Der Kieler Professor Reinke, Mitglied des preußischen Herrenhauses, der den Vorschlag im „Leipziger Tageblatt" (v. 15. d. M.) macht, tut das mit den schönen Worten: „Von protestantischer Seite muß anerkannt werden, daß das geistige Oberhaupt unserer katholischen Mitbürger sich während des Krieges in durchaus unwürdiger Lage befindet. Man kann es verstehen, daß die katholische Welt dem Gedanken niemals entsagt hat, den Papst noch einmal wieder als wirklichen Souverän einer weltlichen Herrschaft begrüßen zu dürfen, weil sie diese Stellung seinem Range für angemessen hält. Wir Protestanten sind daran nicht interessiert, haben aber auch keinen Grund, uns solchen Bestrebungen des Katholizismus unfreundlich entgegenzustellen." Dann erklärt Reinke, er halte einen Kirchenstaat mit Rom als Zentrum für aussichtslos. Aber „Friaul könnte einen neuen Kirchenstaat abgeben. Von zwei Seiten umfassen ihn die österreichischen Landesgrenzen. Oesterreich aber ist gegenwärtig die treueste Tochter der Kirche, nachdem die französische Republik in ihrer freimaurerischen Kirchenfeindschaft sich dieser Stellung begeben hat. Wohl ist es eine harte Zumutung für die Päpste und das Kardinalskollegium, auf die Gräber der Apostel und auf die durch ein bald zweitausendjährige Tradition geheiligte Stätte ihres Wirkens zu verzichten; aber ..."

25./XI. 1917

96

**Eine Friedenskundgebung der österreichischen Gewerkschaften.** Die Gewerkschaften Oesterreichs hielten vorgestern eine Reichskonferenz ab. Zum Schluß der Sitzung beantragte Gewerkschaftssekretär Hueber folgende Friedenskundgebung: Der Stand unserer Produktion erfordert, daß der Friede so rasch als möglich abgeschlossen wird, wenn nicht unsere gesamte Volkswirtschaft unheilbar zerrüttet und die Arbeiterschaft, auf deren Schultern sie ruht, durch Ueberarbeit und Entbehrung dauernd verelendet werden soll. Die Reichskonferenz der Gewerkschaften bekräftigt die von der politischen Vertretung des österreichischen Proletariats geführte Friedensaktion mit ihrer wärmsten Zustimmung und begrüßt die entschlossene Erhebung der arbeitenden Klassen Rußlands gegen die Versuche ihrer imperialistischen Bourgeoisie, das russische Volk um das Ziel und die Frucht der Revolution, den allgemeinen Frieden, zu betrügen. Sie fordert die Regierung auf, jede sich bietende Möglichkeit eines Waffenstillstandes unverzüglich zu ergreifen und im gleichen Sinne auf die verbündeten Regierungen einzuwirken. — Die Resolution wurde einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

26./XI. 1917

# Die Schlußsitzung der Berner Konferenz.

**Bern**, 24. November. Den breitesten Raum in der Erledigung der Tagesordnung der vorgestrigen öffentlichen Sitzung der internationalen Zusammenkunft zum Studium der Grundlagen eines dauernden Friedens beanspruchte der letzte Punkt, nämlich der Bericht über das Problem der parlamentarischen Kontrolle.

Nationalrat Scherrer (St. Gallen) präsidierte. Für die Berichterstattung über die Vorbesprechung dieser Frage war je ein Referent aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn bestellt worden.

Abg. Bernstein plädierte für die Abschaffung der geheimen diplomatischen Verträge und Abkommen, für die Ausdehnung des bereits von den parlamentarischen Ausschüssen geübten Kontrollrechtes, für die Erweiterung der Vollmachten dieser Ausschüsse in den verschiedensten Hinsichten und für die Rückkehr zum freien Handel zwischen den Nationen und ungehemmten Güteraustausch zwischen allen Staaten. Die Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf die Frage der Kriegserklärung und des Friedensschlusses gehöre an die Spitze der Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle der Diplomatie.

Professor Jaszi (Budapest) legte dar, man könne äußere und innere Politik nicht voneinander trennen. Man könne nicht einerseits Kontrolle in auswärtigen Angelegenheiten üben, während anderseits die innere Politik imperialistisch vergiftet sei und selbst die parlamentarische Kontrolle der inneren Politik fehle. Zwischen Volksseele und Parlamentarismus bestehe eine so tiefe Kluft, daß es nach dem Kriege zu weitgehenden konstitutionellen Umwälzungen kommen müsse. Er sei fest überzeugt, daß nach dem Kriege der Parlamentarismus auf der Anklagebank der Völker sitzen werde. Die Völker werden neue Mittel suchen müssen, um den verrotteten Parlamentarismus auf neue Bahnen zu führen. Man braucht nicht nur eine Kontrolle gegenüber der Diplomatie und der Regierung, sondern auch eine demokratische Kontrolle der außerparlamentarischen Oeffentlichkeit gegenüber dem Parlament selbst. Der Parlamentarismus an und für sich ohne erleuchtete öffentliche Meinung sei machtlos. Mit der Organisierung des Willens der Demokratie allein sei nichts getan, man müsse auch erleuchtete Vernunft in die Demokratie hineintragen. Schuld an der Rückständigkeit der öffentlichen Meinung trage der Umstand, daß sich bisher nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mit den Problemen der äußeren Politik wissenschaftlich beschäftigte, aber auch die Nichterfüllung ihrer Aufklärungsaufgaben seitens der Presse und deren Mitarbeiter, die größtenteils mit der Materie ungenügend vertraut seien.

Der Referent schloß mit dem Wunsche, daß zunächst eine pazifistische innerstaatliche Politik gemacht werde, welche die Erfüllung zweier Grundforderungen erheische, nämlich den Schutz der nationalen Minderheiten und die Rückkehr zum Freihandel, da die imperialistische Politik die logische Fortsetzung der Schutzzollpolitik sei.

Als letzter Redner zur Tagesordnung gelangte Referent Graf Pininski zum Wort, der sich mit der Frage der Ausbildung des internationalen Rechtes befaßte und ausführte, die mangelnde Ausbildung desselben sei eine Ursache des Weltkrieges gewesen. Was die parlamentarische Kontrolle über die äußere Politik anlange, sei Redner ein überzeugter Anhänger dieser Forderung. Nicht nur die kleineren unbedeutenden Staatsverträge, sondern sämtliche internationalen Verträge sollten den Parlamenten unterbreitet werden. Es würde aber zu weit gehen, zu sagen, daß die parlamentarische Kontrolle in allen Staaten nach der gleichen Schablone geübt werden solle. Man dürfe die Durchführung des Programms nicht durch zu weit gehende Forderungen erschweren. Man dürfe nicht gewisse Volkskreise oder bestimmte Parteien vom Pazifismus abstoßen. Es müsse allen Kreisen der Bevölkerung und allen Parteien ermöglicht werden, an der Verwirklichung der pazifistischen Bestrebungen mitzuarbeiten. Nicht nur die sogenannten radikalen Parteien, sämtliche Parteien, die das Unglück des Weltkrieges miterlebten und die Einsicht gewonnen haben, daß eine völlige Umkehr in der Politik vonnöten sei, müssen sich vereinigen, um dem pazifistischen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Redner verwies schließlich auf die hohe, wachsende Bedeutung, welche den kleinen, hochkultivierten neutral gebliebenen Staaten in der Zukunft zukommen werde, und schloß hieran unter lebhaftem Beifall warme Worte des Dankes an die Schweiz als Trägerin des Friedensgedankens, auf deren gastlichem Boden gegenwärtig die Tagung stattfinden konnte. Hiemit war die Tagesordnung erschöpft.

Kommerzialrat Julius Meinl setzte die große Bedeutung der beendigten Beratungen auseinander, welche eine überaus wertvolle, ausgezeichnete Arbeit geleistet haben, brachte unter lebhafter Zustimmung aller fremden Delegierten deren innigsten Dank für die Gastfreundschaft der Schweiz und deren liebenswürdige sympathische Bevölkerung zum Ausdruck und richtete herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes an den um die Förderung der pazifistischen Bestrebungen und um das Zustandekommen der gegenwärtigen Tagung hochverdienten Vorsitzenden Scherrer-Füllemann.

Unter anhaltenden Sympathiekundgebungen erhob sich der Vorsitzende, um für die an ihn gerichteten Worte den Dank auszusprechen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte an die Presse aller Länder, den pazifistischen Bestrebungen jene Aufmerksamkeit zu widmen, die sie angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre verdienen.

* * *

Aus Bern wird der „Pol. Korr." berichtet: Die internationale Pazifistenkonferenz, die zwecks Beratung der Grundlage eines dauernden Friedens in Bern hätte stattfinden sollen, ist bekanntlich infolge der von den Ententeregierungen ausgehenden Schwierigkeiten vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben worden. An ihrer Statt finden hier zwanglose Besprechungen der bereits eingetroffenen Delegierten statt. Bisher hatte sich die gesamte welsche Presse gegenüber diesen Besprechungen vollständig ablehnend verhalten und die Verhandlungen ignoriert. Um so bemerkenswerter ist ein Artikel des „Journal de Geneve" vom 22. d., der folgenden Bericht über die Konferenz gibt: Eine interessante internationale Konferenz hat gestern ihre Arbeiten in Bern begonnen. Es handelt sich um Parlamentarier und Gelehrte, die die Frage studieren, welche die Grundlage einer zukünftigen Gesellschaft der Nationen sein könnte. Die Männer, die die Initiative zu dieser Konferenz ergriffen haben, sind eine Garantie für das unparteiische und ehrenhafte Ziel, das die Konferenz anstrebt. Die Gesellschaft der Nationen ist nicht Sache des Herrn Clemenceau. Dieser hat in seiner Eröffnungsrede erklärt, daß, wenn man Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz einladen würde, Frankreich derselben fernbleiben wolle. Die wirkliche Frage liegt aber nicht da. Es handelt sich darum, zu wissen, ob die zivilisierte Menschheit eine Organisation schaffen kann, die so weit als möglich das Risiko weiterer Kriege ausschließt. Diese Organisation kann nur dann wirksam sein, wenn alle Nationen zugelassen werden, sonst fällt man wieder in den früheren Stand der Dinge zurück, das heißt, man bleibt beim System der Allianzen und Rivalitäten. Gegenüber dem Plan für die Zukunft, der dieser Tage von ehrlichen Leuten aufs Tapet gebracht wird, sollten vernünftige Leute, selbst wenn sie die größten Patrioten sind, durch nichts verblendet sein.

26./XI. 1917

98

# Drohungen der Entente gegen Rußland.

## Schwere Folgen für den Fall eines Waffenstillstandes.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

General Duchonin hat an die russischen Armeen eine Nachricht hinausgegeben, wonach die Vertreter der Ententestaaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Ententestaaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein separater Waffenstillstand, schwere Folgen nach sich ziehen werde.

In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den unterstehenden russischen Kommanden, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht bleiben und ihr Programm, mit Deutschland Frieden zu schließen, ausführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees und Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Trotzki auf diese Mitteilungen des abgesetzten Höchstkommandierenden Duchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diphomatischen Noten an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Knute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für den sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: „Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!“

---

## Mitteilung des Waffenstillstandangebotes an die Neutralen.

Petersburg, 24. November.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Trotzki hat die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten von den für den Abschluß eines Waffenstillstandes ergriffenen Maßnahmen benachrichtigt. Die Mitteilung besagt, das Verlangen nach einem sofortigen Frieden sei eine Forderung aller kriegführenden Länder. Die russische Regierung zähle auf die entschlossene Unterstützung der Arbeiter aller Länder im Kampfe für den Frieden.

26./XI. 1917

# Die schweizerische Friedensorganisation.

**Bern**, 24. November. (Meldung des Vertreters des k. k. Telegraphenkorrespondenzbureaus.) Gelegentlich des Abschlusses der Besprechungen über die zukünftige Gestaltung der Völkerbeziehungen veranstaltete die schweizerische Friedensorganisation gestern abend im Kasinosaal eine öffentliche, jedermann zugängliche Versammlung, in welcher vier Teilnehmer an der oberwähnten Besprechung über das Thema: „Wie soll ein Friede werden?“ Vorträge hielten.

Professor Ude aus Graz beleuchtete in pastoralem Ton das Thema nach seiner religiös-sittlichen Seite vom Standpunkt des christlichen Sozialismus. Redner erklärte, es gebe nur einen Weg zu einem raschen Frieden, nämlich den, daß sämtliche Kriegführenden eine befristete Waffenruhe abschließen und diesen Waffenstillstand zu gegenseitiger gemeinsamer Aussprache benützen. Die verantwortlichen Männer aller kriegführenden Staaten sollten beweisen, daß ihnen der Machiavellismus nunmehr fern liege und daß sie ehrlich und aufrichtig denken und wahrhaft handeln wollen. Sie sollten nur einmal eine Probe des Waffenstillstandes machen. Wenn es da nicht zum Frieden komme, sei Europa nicht mehr wert, als Hort der Kulturvölker gewertet zu werden.

Der bekannte Wiener Pazifist Dr. Fried erörterte das Problem eines Dauerfriedens. Er führte aus, weder die mechanische Abrüstung, noch ein Schiedsgerichtsvertrag würden imstande sein, Kriege zu verhindern, wenn es nicht zur Bildung einer Gesellschaft der Nationen komme und wenn nicht die moralische Abrüstung, die Abrüstung der Geister, sich vollziehe. Bereits vor dem Kriege zeigte sich ein noch unfertiges, ein noch viel versprechendes Mosaikbild der sich bildenden internationalen Assoziationen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens. Darin lagen wunderbare Ansätze zu der erhofften Staatengesellschaft. Der Krieg habe all dies zerstört, doch der Friedensvertrag müsse das Institut der Gesellschaft der Nationen bringen, wenn auch nur als ein Rahmengebilde. Von Jahr zu Jahr werde sich jedoch die Sicherheit eines solchen Verbandes erhöhen, an Bedeutung gewinnen, die Nationen einander immer näher bringen und schließlich die Kriegsmöglichkeit unter Kulturvölkern verhindern. Am Tage der Unterfertigung des Friedensprotokolls müsse der Begriff „Feind“ aufgehört haben zu existieren.

Professor Jaszy (Budapest) bezeichnete das Massenelend als die Voraussetzung aller Kriege, denn der Imperialismus könne nur bei einer Gesellschaftsordnung wirksam werden, in der die Bedingungen zu einem Krieg vorhanden seien und in der eine furchtbare Reservearmee des Elends bestehe, welche, wann immer, durch den Imperialismus mobilisiert werden könne. Solange nicht das Recht auf den vollen Arbeitsertrag anerkannt, solange nicht das Hauptübel des wirtschaftlichen Protektionismus, der Schutzzoll, beseitigt, solange nicht das Recht der nationalen Minderheiten unbedingt gesichert sei, werden die schönsten pazifistischen Konstruktionen wirkungslos bleiben. Wer diese Probleme löse, habe auch das Friedensproblem gelöst.

Abg. Quidde (München) beantwortete die Frage, wie Friede werden soll, dahin, daß nur die Befolgung der Wegweisung des Papstes und seines Appells zur Völkergemeinschaft, in der das Recht an die Stelle der Gewalt trete, und der Wegweisung des russischen Volkes, seiner Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen, zu einem dauernden Frieden führen könne. Ein Friedensschluß mit Annexionen und Kriegsentschädigungen müßte bald zu einem neuen Kriege führen. Die Entente solle es Deutschland und dem Willen des deutschen Volkes überlassen, seine Entwicklung nach eigenen Bedürfnissen einzurichten. Die Staatsmänner der Ententeländer hätten im eigenen Lande auf dem Gebiete der Demokratisierung selbst noch einige Betätigungsmöglichkeit.

---

Ausschußsitzung abzuhalten.

Durch die neuesten Ereignisse in Rußland wurde indessen die Frage von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen außerordentlich brennend, und ein Sonderfriede rückte in den Bereich der Möglichkeit. Um die Arbeit für den allgemeinen Frieden zu fördern, hat die dänische Sozialdemokratie vor einer Woche an Troelstra drahtlich das Ersuchen gerichtet, daß die holländischen Mitglieder des Internationalen sozialistischen Bureaus, die unter Zustimmung aller sozialistischen Parteien im Namen des Bureaus handeln, die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz sobald als möglich veranlassen möchten. Ein entsprechendes Telegramm richtete unsre Partei an das Bureau in Stockholm und an den Sekretär Camille Huysmans, der die sozialdemokratischen Parteien in England und Frankreich sofort telegraphisch von unserm Schritt unterrichtete.

Die dänische Sozialdemokratie hofft, daß ihre neue Anregung in England und Frankreich die Bewegung für die Ausstellung von Pässen nach Stockholm fördern werde. In dem Telegramm an Troelstra heißt es schließlich, daß die internationale Sozialdemokratie sich nicht ruhig verhalten kann unter Verhältnissen, wo nicht nur Arbeiter der verschiedenen Länder einander andauernd morden, sondern es sogar, wie in Rußland, des Krieges wegen zum Bürger-, ja zum Bruderkriege komme. Sie ersucht daher darum, die internationale sozialistische Friedenskonferenz unter allen Umständen einzuberufen. Wenn die Parteigenossen einzelner Länder nicht persönlich erscheinen können, sollen sie schriftlich daran teilnehmen.

Das Blatt fügt hinzu, daß der Vorstand der dänischen Sozialdemokratie den Beschluß auf Anregung einer neuen Friedensaktion einstimmig gefaßt habe.

Der Abend
26./XI. 1917

100

# Ein halber Schritt.

Preußen bekommt also doch endlich sein unmittelbares und geheimes Wahlrecht; man könnte mit diesem Schritt zum Besseren einverstanden sein, hätte es nicht eine weithin klaffende Lücke: gleich und allgemein ist es nämlich nicht, denn die Hälfte aller Staatsbürger bleibt ausgeschlossen. In der amtlichen Begründung, die sich allerdings fast mehr wie eine Entschuldigung gegenüber denen, deren bisheriges Vorrecht aufhören soll, heißt es recht zutreffend und einigermaßen volkstümlich:

„Der Krieg fordert von dem preußischen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Selbstbewußtseins geworden. Das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkte gesteigerten Vertrauens nachgeprüft werden. Nicht um die Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatstreue Haltung kann es sich dabei handeln; es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Einräumung des gleichen Wahlrechtes zum Hause der Abgeordneten erfolgt."

Wie schmerzlich muß es angesichts dieser Feststellung jeden gerecht Denkenden berühren, daß die Frauen von diesem Akt des Vertrauens ausgeschlossen bleiben, als hätten nicht auch sie, ganz genau so wie die Männer, in den schweren Schicksalen dieses Krieges ihre staatsbürgerliche Reife erwiesen und dadurch Anspruch, vollen Anspruch wie die Männer, auf das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus erworben. Es ist schmerzlich, zu sehen, wie wieder einmal das Zugeständnis an den Fortschritt zögernd, fast widerwillig und mit ungleicher Verteilung erfolgt. Welche Gefühle mögen die deutschen Frauen erfüllen, wenn sie das sehen, und wie unklug ist es, sie so schwer zu verstimmen, denen doch auch in aller Zukunft die ernstesten staatsbürgerlichen Aufgaben gestellt sein werden, darunter die, die vielleicht unter allen die opfervollste sein wird: Kinder zur Welt zu bringen und aufzuziehen.

*

Wer wie ich das Glück hatte, an den Friedensversammlungen des Allgemeinen österreichischen Frauenvereines als Redner teilzunehmen, der hat mit freudiger Genugtuung erkennen müssen, daß wir Anhänger des gleichen Rechtes der Frauen keine unpraktischen Schwärmer sind. Nicht nur der Andrang zu diesen Versammlungen hat es gezeigt, sondern noch mehr das Verständnis, womit die Frauen, oft ganz bescheidenen Frauen aus dem geringen Volke, den Ausführungen folgten, die mitunter recht hohe Anforderungen an die politische und volkswirtschaftliche Schulung stellten.

Es waren sicherlich keine besonders politisch vorgebildeten Frauen, die diese Versammlungen besuchten, aber das merkwürdig klare Gefühl der Frauen ersetzte. Ja, was ersetzte es denn? Kann man ehrlich behaupten, daß der Durchschnitt der Männer in ähnlichen Versammlungen politisch gebildeter sei? Ich wünsche aufrichtig jedem, der zu Männern redet, Verständnis und liebevolles Eingehen auf seine Absichten, auf die feinsten Wendungen der Ironie und Satire, denselben heiligen Zorn der Entrüstung wie in den Frauenversammlungen, wo die Zuhörerinnen lachten und weinten, wie es der Redner haben wollte; daß sie meistens weinen mußten, wen wollte es Wunder nehmen?

Und diese Frauen sind ausgeschlossen von jedem politischen Recht und wird irgendwo in deutschen Landen ein solches Recht halbwegs demokratisch erweitert, so bleiben die Frauen rechtlos wie sie waren, mögen sie sich auch in den Arbeiten des Krieges wie des Friedens noch so sehr den Männern gleich tüchtig gezeigt haben. Hoffentlich dauert es nicht bis zum nächsten Kriege, bis sie mitsprechen dürfen, wenn es um Leben und Tod ihrer Gatten und Söhne geht. Vielleicht erfüllen sich die Hoffnungen, die wir auf das neue Rußland setzen, und dann wird man auch anderwärts erkennen, daß die Frauen politisch mündig erklären, eine gesellschaftserhaltende, keine revolutionäre Tat ist. Colbert.

REICHSPOST

103

26./XI. 1917

# Verbandsdrohungen. — Gegenerklärung Trotzkis.

KB. Wien, 26. November.

General Duchonin hat an die russischen Armeen eine Nachricht hinausgegeben, wonach die Vertreter der Ententestaaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, welcher zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Ententestaaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein separater Waffenstillstand schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den unterstehenden russischen Kommanden, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht bleiben und ihr Programm, mit Deutschland Frieden zu schließen, ausführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees und Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Trotzki, auf diese Mitteilungen des abgesetzten Höchstkommandierenden Duchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Noten an einen General wenden, welcher wegen Ungehorsams gegen Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russisse Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Knute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für den sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: „Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!“

Petersburg, 24. November. (Pet Tel.-Ag.)

Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Trotzki hat die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten von den für den Abschluß eines Waffenstillstandes ergriffenen Maßnahmen benachrichtigt.

Die Mitteilung besagt, das Verlangen nach einem sofortigen Frieden sei eine Forderung aller kriegführenden Länder. Die russische Regierung zählt auf die entschlossene Unterstützung der Arbeiter aller Länder im Kampfe für den Frieden.

Neue Freie Presse

Abend

27./XI. 1917



# Die Veröffentlichung der geheimen Aktenstücke in Petersburg.

**Telegramm unseres Korrespondenten.**

Bern, 26. November.

Die Agence Havas fährt mit der Wiedergabe der von der Bolschewikiregierung veröffentlichten Geheimakten fort. Eine Note Tereschtschenkos vom 7. Oktober 1917 an Lansing enthält Klagen über den schlechten Eindruck, den der Schritt der Botschafter in Petersburg (die Maßnahmen zur Reorganisierung der Armee gefordert hatten), gemacht habe; Tereschtschenko dankt Lansing dafür, daß der Botschafter Amerikas an diesem Schritt nicht teilgenommen hat. Tereschtschenko kommt in einer Zirkularnote vom 11. Oktober auf den Schritt der Botschafter zurück, der durch seine Form peinlich und der russischen Regierung unverständlich sei, da die Alliierten ihre Anstrengungen doch kennen müßten.

Eine Zirkularnote vom 22. Oktober meldet die Eröffnung des Vorparlaments und fügt hinzu, die Regierung erachte die Unterstützung der gemäßigten und revolutionären Sozialisten für ausreichend, um eine Mehrheit zu bilden.

Der russische Geschäftsträger in Bern berichtet unter dem 17. September über Gerüchte von Friedensunterhandlungen zum Nachteil Rußlands und Konferenzen von Finanzleuten zu diesem Zweck.

Eine Note Poliwanows vom 20. November 1916 behandelte die Umstände des Eintretens Rumäniens in den Krieg. Die Verhandlungen wurden nach dem Rückzug der Russen aus Galizien abgebrochen und beim Vormarsch Brussilows wieder aufgenommen. Alexejew trat vorerst für die Neutralität Rumäniens ein und schloß sich später dem Standpunkt der Verbündeten an, die damit einen entscheidenden Schlag gegen Oesterreich-Ungarn zu führen hofften. Im Abkommen vom August 1916 wurde Rumänien ein bedeutender Gebietszuwachs in Siebenbürgen, der Bukowina und im Banat versprochen. Poliwanow führt aus, Rumänien würde eventuell nach dem Krieg Ansprüche auf Beßarabien geltend machen und schließt, da der Einfluß Rumäniens auf dem Balkan demjenigen Rußlands entgegenstehe, sei ein Mißlingen der großrumänischen Pläne den politischen Interessen Rußlands nicht nachteilig; er vertritt die Ansicht, daß die Rumänien zugesagten territorialen Konzessionen revidiert werden sollten.

Der Abend
27./XI. 1917

106

## Abgeordneter Kemetter über Demokratie und Verständigungsfrieden.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in Petronell sprach kürzlich Abg. Kemetter nach eingehender Erörterung wirtschaftlicher Angelegenheiten über die großen Fragen des Tages. Er erklärte, daß er und seine engeren politischen Freunde (in der Partei „Deutsches Zentrum") für eine demokratische Politik eintreten. Wenn auch manche Gruppen unter deutschen Politikern einer politisch reaktionären Richtung das Wort reden, so ist Redner doch überzeugt, daß das Heil des deutschen Volkes für die nächste und die fernere Zukunft nur in einer ehrlichen Demokratie zu suchen sei. Nur auf diesem Wege könne es seine nationalen und wirtschaftlichen Interessen wirklich dauernd sichern. Auch der Ehre des deutschen Volkes könne es nicht dienen, wenn es durch seine Vertreter mit dem Odium der Rückständigkeit und der Hinneigung zu Gewaltmethoden belastet würde. Als Richtlinien müssen gelten, daß das Volk der Herr seines Bodens, seines Vermögens und seines Schicksals werde. In dieser Überzeugung sei Redner schon im Mai vorigen Jahres in einem veröffentlichten Programm für die Beseitigung der geheimen Diplomatie und dafür eingetreten, daß in Hinkunft nur solche zwischenstaatliche Übereinkommen Geltung haben sollen, welche unter Zustimmung der Volksvertretungen zustande gekommen und in allen ihren Teilen öffentlich bekannt gemacht worden seien.

Nur ein Verständigungsfriede könne auf fernere Zukunft hin neue Kriegsgefahr bannen. Ein Gewaltfriede mache für unabsehbare Zeiten ungeheure militärische Rüstungen notwendig, die mehr an Volksvermögen verschlingen, als jemals Kriegsentschädigungen einbringen können. Die Friedensbereitschaft des russischen Volkes und die Befreiung unserer Länder von der italienischen Besetzung schaffen den psychologischen Augenblick für die Mittelmächte, der Welt durch eine klare Stellungnahme den heißersehnten Frieden zu geben. Wesentlich beschleunigt und erleichtert würde der Abschluß des Friedens, wenn sich die Völker Österreichs grundsätzlich zu einer Verständigung untereinander bekennen würden, denn damit würde den Kriegshetzern in den feindlichen Ländern die Möglichkeit genommen werden, ihr eigenes Volk unter Hinweis auf den inneren Zwist in Österreich mit trügerischen Hoffnungen zu täuschen und zur Kriegsverlängerung zu bewegen.

Die wichtigste Aufgabe nach dem Friedensschluß sei, das Volk aus der Hörigkeit des Finanzkapitals zu befreien. Parteizugehörigkeit dürfe einen Volksvertreter niemals hindern, zum Zweck der Lösung wichtiger Aufgaben mit Männern anderer Parteien zusammenzuarbeiten, sonst werde der Parteigötzendienst immer die Erreichung großer Ziele vereiteln. So werde auch der Kampf gegen die Korruption vergeblich sein, solange sich ihre Gegner deshalb, weil sie sonst verschiedenen Richtungen angehören, untereinander befehden.

*

Endlich einmal eine vernünftige Rede eines Deutsch-Bürgerlichen.

27./XI. 1917

108

# Die Auffassung der russischen Vorgänge in hiesigen diplomatischen Kreisen.

Wie wir von unterrichteter Wiener Seite erfahren, ist die Nachricht des „Az Est", daß in Stockholm Friedensverhandlungen begonnen haben und daß die Vorbesprechungen für einen Waffenstillstand in vollem Gange sind, vollkommen unwahr. Sowohl in Wien als Berlin wird amtlich erklärt, daß derartige Tatsachen nicht bestehen. Das ganze vorhandene Material ist bereits von den offiziellen Stellen der Oeffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden. Die Lage in Rußland muß im gegenwärtigen Augenblick dahin gekennzeichnet werden, daß auf der einen Seite Lenin und ein großer Teil der Armee und Bevölkerung stehen, auf der anderen Seite verschiedene Generale und die Vertreter des Vierverbandes. Als unrichtig stellt sich die Nachricht heraus, daß Duchonin verhaftet ist und daß die Hauptfaktoren der Friedensgegnerschaft ausgeschaltet sind. Von unserem Armee-Oberkommando erfahren wir, daß keine beglaubigte Nachricht bezüglich einer erfolgten Verhaftung Duchonins vorliegt. Die Vertreter der Entente behaupten noch ihren Platz im russischen Armee-Oberkommando und lassen durch Duchonin erklären, daß sie Rußland durch wirtschaftliche Mittel zur Fortführung des Krieges zwingen werden. Dieser Streit muß vorerst ausgekämpft werden.

Wir haben ein Recht, die Vorgänge in Rußland mit Zuversicht zu verfolgen, da die Friedenspolitik, die von Lenin verfolgt wird, nicht die einer einzelnen Partei, sondern der weitesten Massen des russischen Volkes ist.

Ostdeutsche Rundschau
28./XI. 1917

109

# Zur Polenfrage.

Von Professor **Raimund Friedrich Kaindl.**

Die „Ostdeutsche Rundschau" hat am 9. November festgestellt, daß wir als Deutschnationale der Angliederung Galiziens an Polen, wenn die polnische Königskrone mit der österreichischen Kaiserkrone verbunden würde, rückhaltlos bestimmen. Es muß dabei erinnert werden, daß diese Lösung unseren 1915—16 beratenen Programmen und den Wünschen der gemäßigten Polen (Oberstes polnisches Nationalkomitee, Krakauer Konservative) entspricht.

Selbstverständlich gibt es noch viele Schwierigkeiten zu lösen.

Vor allem ist die Stimmung im Deutschen Reiche, und zwar gerade bei den Nationalen dieser Lösung der Polenfrage nicht freundlich. Trotzdem ich und andere seit Jahr und Tag das Verständnis für sie zu wecken suchten (vergl. mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage", meine Aufsätze in den „Grenzboten" 1917, Nr. 29 und Nr. 42, ferner die Ausführungen in der „Deutschen Zeitung" vom 2. Oktober 1917 und „Mitteleuropa" Nr. 13), ist jetzt ein sehr starker Widerspruch bemerkbar. Die „Tägliche Rundschau" spricht sich sogar in sehr erregter Form gegen diese Lösung aus. Und dabei steht doch die Tatsache fest, daß man im Deutschen Reiche auf polnischen Länderzuwachs verzichtet, denn dafür ist im deutschen Bundesstaat kein Platz. Ebenso ist eine Entsendung eines deutschen Fürsten nach Polen untunlich; er müßte doch nur polnischer Herrscher sein. Die Neutralisierung Polens würde zu nichts führen; als selbständiger Staat ist es Umtrieben am meisten ausgesetzt. Was bleibt nun anderes übrig als der einzig gangbare Weg. Auch er weist freilich noch genug Schwierigkeiten auf. Aber einen anderen besseren hat noch niemand gewiesen.

Gewiß, das Deutsche Reich muß für seine Opfer entschädigt und sichergestellt werden. Der neue Staat liegt wenige Stunden von Berlin, daher fordert man politische, militärische und wirtschaftliche Bürgschaften. Ist Polen mit Oesterreich verbunden, so werden diese Bürgschaften wohl größere Sicherheit bieten als in jedem anderen Falle. Außerdem wird das Deutsche Reich einen Gebietszuwachs erhalten müssen. Solange keine entsprechenden Gebiete dafür zur Verfügung standen, konnte das nicht geschehen. Man spricht jetzt von Kurland und Litauen. Dies würde in vielen Beziehungen eine vorteilhafte Lösung der Frage bilden. Die Litauer wollen von Polen nichts wissen, selbst werden sie nicht bestehen können. Ihre Verbindung mit Deutschland ist dann der einzige Ausweg. Kurland und Litauen in deutschen Händen würden aber auch die ruhige Entwicklung des neuen Polen sichern helfen. Den Polen werden dadurch freilich gewisse Beschränkungen auferlegt; aber ohne diese ist eben ihre Frage nicht zu lösen.

Unter den Gesichtspunkt fällt auch die Ruthenenfrage. Wir Deutschösterreicher haben in allen unseren Vorschlägen erklärt, daß wir die Schaffung einer ostgalizischen ruthenischen Provinz fordern und daran halten wir auch fest. Das muß auch gegenüber den Vorwürfen, wie sie Abgeordneter Singalewitsch in seiner Schrift „Zur Sonderstellung Galiziens" erhebt, klargestellt werden. Das Verbleiben der Ruthenen in Polen würde diesen Staat nie zur Ruhe kommen lassen. Daher kann auch der Vorschlag nicht gebilligt werden, Ostgalizien zu Polen in das Verhältnis Kroatiens zu Ungarn zu setzen. Ein beruhigtes Ostgalizien in unseren Händen wird den Grenzschutz gegen Osten vervollständigen. Dadurch allein wird auch die Erhaltung der Bukowina möglich. Diese muß selbständig bleiben, schon wegen der Rumänen, aber auch aus anderen staatlichen Gründen. Die Ruthenen werden sich ebenfalls bescheiden müssen, wenn sie nicht die Verwirklichung des Möglichen gefährden wollen. Eine Verquickung der Bildung der ruthenischen Provinz Ostgalizien mit der Freien Ukraine ist vor allem sehr deutlich zu vermeiden. Wie die Deutschen müssen auch Polen und Ruthenen sich bescheiden, nicht in einem Staate zusammen zu wohnen.

Eine allgemeine Forderung ist es, daß im polnisch-ruthenischen Gebiet das Schicksal der deutschen Ansiedler gesichert bleibt. Dafür sind die Karpathendeutschen immer eingetreten. Daß ihre Forderung erfüllt werde, so wie sie in die deutschen Programme auf ihren Wunsch aufgenommen wurde, liegt im Vorteil aller Deutschen und der verbündeten Staaten. Alle Völker, die von uns Deutschen gefördert werden, müssen auch den Grundsatz anerkennen, daß sie uns Rücksicht schuldig sind. Nur so kann ein erfolgreiches Zusammenarbeiten ermöglicht werden.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß wir wegen der militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung Galiziens und im Hinblick auf die von uns für das Land gebrachten Opfer uns bei der Abtretung eine Reihe von Vorbehalten und Rechten ausbedingen müssen. Wie wir unsere Legionen als Kader des einstigen polnischen Heeres nur unter gewissen Voraussetzungen hergaben, so können wir auch Galizien nur unter Wahrung unserer Rechte abtreten. Auch die Verbindung Ostgaliziens mit der Bukowina erfordert dies. Leichter und sicherer hätten sich alle diese Bestimmungen durchführen lassen, wenn das Endergebnis des Krieges einmal feststünde. Auch im Deutschen Reiche ist man dieser Ansicht. Immer wieder kommt man so darauf zurück, daß eine endgültige Lösung erst nach einem siegreichen Frieden der Mittelmächte möglich ist. Deshalb haben wir auch eine Uebergangszeit mit Militärverwaltung gefordert. (Vergl. meine früher angeführten Arbeiten, die Ausführungen in „Mitteleuropa" Nr. 16 und „Deutsche Siedlung im Osten", Stutigart 1914).

Ostdeutsche Rundschau
28./IV. 1917

110 D 28

# Die Gefahr des Intellektualismus.

Der Intellektualismus ist die Gefahr unseres Jahrhunderts.

Vor dem Kriege war es, daß eine geistfunkelnde Müdigkeit, eine zweifelsüchtige Ziererei vor alle Werte des Denkens und Fühlens Fragezeichen stellte. Es ist nicht zu leugnen, daß strenge Kritik entwicklungsfördernd sein kann, sofern sie die Verlogenheit manches verführerischen Wortes und Wertungen, welche allzu sehr nur dem Nebel erhitzter Gefühle entsprangen, aufdeckte. Sie ist aber eine völkische Gefahr, wenn sie das Gleichgewicht einer Rasse, eines Volkes zu stören beginnt. Und das hat der undeutsche Kritizismus vor dem Kriege begonnen — und dies scheint er noch gefahrdrohender in unseren Tagen der Entscheidung zu vollenden. Der kritische Pazifismus nützt unseren Feinden.

Die Stärke und Schwäche des „Intellektualismus" ist, daß er fern dem Blute, dem Herzen ist, weil er aus der Müdigkeit der romanischen Rasse, aus der Ueberreizung einer im Schnelltempo jagenden Zeit und aus dem Judentum geboren wurde. Er schliff Waffen gegen die Krankheiten allzu junger Völker — gegen überwuchernde Romantik und wirklichkeitsfremde Naivität. Aber er vergiftete auch jene Ströme von Kraft, welche aus dem Urgrunde gesunder Rassen entspringen, aus dem Urgrunde des Blutes, dessen Ueberlieferungen unbewußtes Ahnen um eherne Entwicklungsgesetze sind. Eine voraussetzungslose „nihilistische" Geistigkeit erhob sich gegen alles, was aus tiefstem Wissen des Blutes, aus dem Bewußtsein der Rasse geboren worden war, gegen die arterhaltenden Gesetze der Sexualmoral, gegen die der schwächlichen Empfindsamkeit entgegengestemmten Gebote der Ritterlichkeit, gegen die aus tiefstem Wissen des Blutes geborenen Wertungen von Heimat, Volk und Vaterland. Das bestechende Geistsprühen dieser Bewegung riß auch Gesündeste mit fort, vielleicht gerade jene Ueberreichen, deren überschüssige Kraft nach Opposition gegen herrschende Wertungen schrie.

Die Dichtung ward im Reiche der Intellektuellen zum funkelnden Journalismus, zum Literatentum, — die darstellende Kunst ward literarisch, die Tonkunst zur Programmusik. Ueberall Grenzverwischung, Ueberklugheit, Nihilismus. Die ringenden, schöpferischen Kräfte, welche immer und ewig aus dem Blute, aus Trieb, Energie und Leidenschaft wachsen, wurden zurückgedrängt von einer kühlen, überklugen, zerlegenden Geistigkeit. Das Schnelle, Geistreiche, Sprunghafte schien höchste Tugend.

Daraus zog das Judentum und seine kosmopolitische Tendenz den Vorteil, dabei gedieh die jüdische Presse.

Dann ward es Krieg. Der jähe Ueberfall gegen Deutschland und Oesterreich aus Neid und Haß schien mit einem Schlage alles Müde, Kranke. Ueberkluge fortzureißen in einer Welle emporlodernden Blutes, aufsprühenden Fühlens. Ein Volk stand jäh in Waffen, um seine Welt der Reinheit und Kraft zu verteidigen gegen die rechnende Klugheit räuberischer Nachbarn. Sieg um Sieg flammte empor. In drei Jahren unerhörten Ringens wurde dem Ueberfalle standgehalten, wurde den Feinden Land entrissen und jede wirkliche Siegeshoffnung. Nur noch wenige Monde und die letzte Kraftanspannung der Feinde bricht zusammen.

Die innerste Gesundheit und Kraft unseres Volkes hat sich in den unerhörten Strapazen und grauenhaftem Erleben dieses Krieges bewiesen. Kein Nerv ließ nach — wie sie auszogen, so stehen sie heute noch draußen, hart, unbeugsam, zum Siege entschlossen. Was sie wollen, ist die Freiheit des Vaterlandes, der Scholle, der sie ihre Kraft verdanken — Wachsen und Werden in Freiheit für sich und ihre Kinder.

Aber daheim blieb vieles, das müde und krank im Kerne ist. Dort war es, wo die Nerven müde wurden, wo das Blut zu matt ist, um mehr zu können, als einmal aufzuschäumen, mehr — nämlich rot und flammend Herz und Denken zu erfüllen bis zur letzten Stunde. Und so wuchs der „Intellektualismus" wieder empor — stieg aus den Lettern volksfremder Zeitungen und Bücher und schob wieder müde und verneinend Fragezeichen vor jene Worte, für welche die Starken, Gesunden drangen, ihr Leben einzusetzen. Alle Müdigkeit und Krankheit fliegt ihnen zu, den Ueberklugen, welche jetzt die Führung an sich reißen wollen, der Journalismus, das blutleere Literatentum ist mit ihnen.

In unseren Tagen ist dieser „Intellektualismus" eine Gefahr wie noch nie. Seine irrlichtfunkelnde Müdigkeit verführt alle Leidenden und Enterbten unserer Zeit, es wirbt die Tränen der Armen, die Not der Hungernden für sein Ziel.

Wir aber wissen, wir, die wir nicht blind sind für die Not unserer Zeit, daß der Intellektualismus Schwäche ist und Krankheit. Daß er nicht nur unseren Feinden helfen könnte, ihr Ziel zu erreichen, daß er nicht nur uns den Sieg in letzter Minute aus den Händen reißen kann, daß er das Sterben unseres Blutes, die Not unserer Hungernden sinnlos macht und vergeblich, weil er ihnen das einzig Versöhnende aller Art, das Wissen um das Wozu, das Wissen um das so teuer Erkaufte nimmt.

Friede — kein Wort hat erschütternden Klang jetzt. Und keiner lebt unter uns, der ihn nicht will. Hundertmal haben wir ihm den Frieden angeboten und ehrenhaft für beide Teile, ohne Rachelust und Vergeltungswunsch. Hohnvoll wurden wir zurückgewiesen; die Kugeln auf unsere Brüder, die Leiden unserer in Feindesland schmachtenden Gefangenen sind die Antwort gewesen.

Draußen stehen unsere Brüder im vierten Kriegsjahr, hart und unbeugsam. Serbien, Montenegro, Rumänien, Belgien sind besiegt, Rußland ist unfähig zu weiterem Widerstande, Frankreich verblutet sich an der ehernen Mauer der Westfront, Italien erlebt jetzt den Siegeslauf der verbündeten Truppen — wir haben immer wieder unsere Bereitwilligkeit zum Frieden erklärt. **England ist unversöhnlich, England will unsere Vernichtung.**

Unsere Soldaten leisten erschütternd Herrliches. Und im Hinterlande schändet eine überkluge, dekadente Müdigkeit ihre strahlende Begeisterung, ihre Not, ihr Sterben. **Werden wir das noch länger dulden?** Erkennen wir endlich die Gefahr, welche in dieser Krankheit liegt und geben wir jenen „Intellektuellen", welche in dieser Stunde, da wir uns gegen den Vernichtungswillen unserer Feinde wehren müssen, da unsere Brüder unter ihren Kugeln fallen — vom Kosmopolitismus, vom Frieden um jeden Preis sprechen und die **Not dreier Jahre aus entnervter Müdigkeit sinnlos machen wollen — die richtige Antwort.**

G. v. U.

Pester Lloyd

28./XI. 1917



# Das Völkerrecht nach dem Kriege.

Von Dr. Alfred v. Verdroß (Wien).

Seit dem Ausbruch des Weltkrieges hat sich eine Schrift an die andere gereiht, die den „Zusammenbruch des Völkerrechts" proklamiert hat. Dieser Auffassung liegt ein doppelter Irrtum zugrunde. Einerseits nämlich wird verkannt, daß das Recht ein ideales Gebilde ist, welches unabhängig davon gilt, ob es befolgt wird oder nicht. Seine Geltung hängt nicht davon ab, ob es tatsächlich wirksam ist, — entscheidend ist nur, ob es befolgt werden soll. Denn auch die wirkungslose Norm bleibt Norm. Von einem Zusammenbruch eines Rechtsgebietes könnte daher nur gesprochen werden, wenn die Rechtssätze ihre Existenz als Normen, als Vorschriften, als Gebote einbüßen. Davon kann aber beim Völkerrecht keine Rede sein. Als Maßstab staatlichen Handelns gilt es nach wie vor. Andererseits aber ist es auch unrichtig, zu meinen, daß das Völkerrecht ganz unwirksam sei. Der Grund dieses Irrtums liegt darin, daß man eine Reihe von Sätzen als Völkerrechtssätze annahm, welche keine solche waren. Aus der Nichtbeachtung dieser schloß man auf die Unwirksamkeit des Völkerrechts. So rächt es sich, daß der Geist des Positivismus die Völkerrechtswissenschaft zu wenig geläutert hatte. Auch für das Völkerrecht muß, ebenso wie für jeden anderen Rechtskreis, der Inhalt in positiven Rechtsquellen gesucht und gefunden werden. Will man nun positives Völkerrecht betreiben, so muß man aus staatlich anerkannten Rechtsquellen schöpfen. Denn die staatliche Souveränität läßt den Staat nur unter solche Normen gebeugt sein, die er selbst anerkannt hat. Zu dieser Anerkennung internationaler Normen haben die staatlichen Verfassungen die Quelle der Staatenverträge berufen. Diese Verträge können schriftlich oder durch konkludente Handlung erfolgen, da keine staatliche Verfassung gerade Schriftlichkeit verlangt; entscheidend ist nur, ob eine gegenseitige Willenseinigung zustande kommt. Die Form der Staatenverträge ist also die staatlich anerkannte Quelle des Völkerrechts. Natürlich sind von den Staatenverträgen die schriftlichen die zuverlässigsten.

Wie kommt es nun, daß gegen die Haager Konventionen so sehr vergangen wurde? Liegen hier nicht klare schriftliche Verträge vor? Hier zeigt es sich wieder, wie wenig positivistisch im Völkerrecht noch gedacht wird. Bei näherem Zusehen ergibt es sich nämlich, daß die Haager Verträge von 1907 die Klausel enthalten, daß die betreffenden Bestimmungen „nur zwischen Vertragsmächten und nur dann Anwendung finden, wenn alle Kriegführenden zu den Vertragsmächten gehören". Da nun keine allgemeine Ratifikation vorliegt, so ist die in den Verträgen angegebene Bedingung nicht erfüllt, und es besteht daher insoweit auch keine Befolgungspflicht. Dasselbe gilt für die Londoner Seerechtsdeklaration, da sie nicht ratifiziert wurde. Auch dieses Argument verfängt nicht, da doch viele Staaten zu Kriegsbeginn erklärt haben, sich an die obigen Normen zu halten. Denn diese Erklärungen waren einseitiger Natur, sie erflossen nicht in gegenseitiger Willenseinigung, es lag also für sie die unerläßliche Vertragsform nicht vor, weshalb sie als völkerrechtliche Quellen nicht in Betracht kommen und somit keine zwischenstaatliche Bindung begründen.

Es darf daher nicht jede Mißachtung der obigen Normen gleich als Völkerrechtsbruch bezeichnet werden; es muß vielmehr in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob tatsächlich ein rechtlich verpflichtender Völkerrechtssatz dieses Inhalts vorliegt. Es muß also untersucht werden, ob schon vorher eine solche Verpflichtung bestand. So hilft die Besinnung auf das Recht als ein Positives zum Abbau des Hasses mit, den die Zentralmächte schon von politischer Seite aus eingeleitet haben. Nun reiht sich eine Gelehrtenstimme diesem Reigen an. Heinrich Lammasch, der vielgefeierte internationale Schiedsrichter, ist es, der in einem neuen Buch die Zukunft des Völkerrechts im Sinne der Befestigung desselben aufrollt. (Das Völkerrecht nach dem Kriege, Publications de l'institut Nobel Norvegien. Tome III, Christiania, 1917, S. 218.)

Wir haben oben gesehen, daß von einem „Zusammenbruch des Völkerrechts" weder im Sinne der Geltung desselben, noch in dem der Wirksamkeit die Rede sein kann. Wenn nun dennoch an einen Ausbau geschritten werden soll, so hat dies in der Mangelhaftigkeit des heutigen Völkerrechts seinen Grund. Dieser will Lammasch vor allem dadurch abhelfen, daß das schriftliche Vertragsrecht erweitert werden soll. Eine Menge von Unklarheiten wird so beseitigt werden können. Dann aber sollen Garantien für die Befolgung des Völkerrechts eingeführt werden. Die Mächte sollen sich verpflichten, jene Streitigkeiten, die sie auf diplomatischem Wege nicht bereinigen können, einem Verständigungsrate zur Begutachtung vorzulegen, sofern sie nicht ein Schiedsgericht anrufen. Vor der Aeußerung des Verständigungsrates soll jede Feindseligkeit ausgeschlossen sein. Während dieser Spanne Zeit soll die öffentliche Meinung Zeit haben, die Frage ruhig zu prüfen. „Der allerwichtigste Vorteil des vorgeschlagenen Systems ist die Gewinnung einer Frist zur Abkühlung der Leidenschaften, zur Rückkehr zur Besonnenheit, zur Sammlung aller pazifikatorischen Kräfte zum Widerstande gegen die in allen großen Staaten wirksamen kriegerischen Tendenzen, während diese Kräfte bisher meist durch das fait accompli der Kriegserklärung überrumpelt wurden und nach dieser durch das Kriegsrecht gehindert waren, ihre abmahnende Stimme zu erheben" (S. 199). „Damit der Bericht des Verständigungsrates den Zweck wahrheitsgetreuer Information erfülle, müßten sich die Streitteile verpflichten, diesen Bericht vollständig zu publizieren und innerhalb einer gewissen Frist (etwa eines Monats) dessen öffentliche Kritik zu untersagen, auf daß er unbehindert durch Verdrehungen und Unterstellungen auf die öffentliche Meinung wirken könne" (S. 200). Nach Ablauf dieser Frist wären die Parteien völlig frei hinsichtlich des weiter von ihnen einzuschlagenden Verhaltens.

Sollte nun ein Staat sich weigern, in einem Streitfalle den Verständigungsrat anzurufen und statt dessen Bericht abzuwarten, zu den Waffen greifen, so hätten die Vertragsmächte zu erklären, „daß sie dem Vertragsbrecher gegenüber:

1. jedes etwa mit ihm geschlossene Bündnis für aufgelöst erklären,
2. ihren Bürgern jede Art seiner Unterstützung untersagen,
3. diesen jede Art der Unterstützung seines Gegners gestatten und
4. ihn für jeden Schaden, der ihnen oder ihren Angehörigen aus dem ungerechtfertigten Kriege erwachsen könnte, verantwortlich machen.

Dem vertragsbrüchigen Staate gegenüber wäre ein solches Verhalten Vertragspflicht. Einem Staate gegenüber, der dem Vertrage nicht beigetreten ist, aber wäre es das Recht der Vertragsmächte, ein solches Verhalten gegen ihn einzeln oder zusammen einzuschlagen." (S. 202).

Das sind die praktischen Vorschläge, in die Lammasch' Darlegungen auslaufen. Ein theoretischer Unterbau geht ihnen voraus. Dieser beschäftigt sich mit dem Wesen des Völkerrechtes, der Vertragstreue in diesem Bereiche, der clausula rebus sic stantibus und der Sonderstellung der Bündnisse. Doch alles zielt auf das letzte Hauptstück: die Friedensbewahrung hin. Denn diese ist und bleibt die große Aufgabe, die dem Völkerrecht gestellt wird.

Fremdenblatt

28./XI. 1917



# Die Frage des Waffenstillstandes.

## Dringliche Aufforderung Trotzkys an die Armeekommissäre.

Gr. Berlin, 27. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" erfährt über Rotterdam: Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Trotzky bittet die Kommissäre seiner Regierung, alle Schritte zu tun, damit die Vorschläge zu einem sofortigen Waffenstillstand erfolgen können.

Die Eröffnung von Friedensverhandlungen müsse den kriegführenden Regierungen amtlich bekanntgegeben werden.

Ferner bittet Trotzky die Neutralen um ihre Vermittlung, damit ihre Landsleute von den russischen Maßnahmen zur Erreichung des Friedens Kenntnis erhalten. Die Kommissäre betonen, die Lage der Arbeiterklassen sei in den neutralen Ländern infolge des Krieges dadurch in Gefahr, daß die wenigen nicht kriegführenden Länder noch mit in den Streit gezogen würden.

Fremdenblatt
28/XI. 1917



# Die Veröffentlichung der Geheimakten.

## Weitere Dokumente.

K. Stockholm, 27. November. Die Petersburger Zeitung „Prawda" fährt mit der Veröffentlichung der geheimen Akten fort.

Danach teilte der russische Botschafter in Paris Iswolski in einem geheimen Telegramm vom 26. Februar 1917 Nr. 168 mit, daß die Regierung der französischen Republik Gewicht und Bedeutung der Vereinbarungen zu betonen wünsche, die 1915 mit der russischen Regierung getroffen wurden, um nach Kriegsschluß die Frage Konstantinopels in Uebereinstimmung mit Rußlands Bestrebungen zu regeln, und daß sie anderseits ihren Verbündeten alle jene Garantien in militärischer und industrieller Hinsicht zuzusichern wünsche, die für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Fortschritt des Kaiserreiches nötig seien, und deshalb Rußland unbegrenzte Rechte in bezug auf die Festsetzung seiner westlichen Grenze zuerkenne.

In einem geheimen Telegramm des russischen Auswärtigen Amtes an den Botschafter in Paris, das unter anderem die französischen Annexionspläne Deutschland gegenüber behandelt, heißt es zuletzt: Außerdem glauben wir uns der Zustimmung seitens Frankreichs versichern zu müssen, daß das Servitut betreffs der Alandsinseln nach Beendigung des Krieges aufgehoben werden muß.

---

K. Stockholm, 25. November. „Stockholms Tidningen" meldet aus Petersburg: In der am 21. d. M. abgehaltenen Sitzung des Arbeiter-Zentralkomitees kündigte der Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten Trotzki die Veröffentlichung der Geheimverträge an, deren Inhalt er als zynisch bezeichnete.

Fremdenblatt



29./XI. 1917

# Trotzky verlangt von England sofortige Freilassung zweier internierter Russen.

## Androhung von Repressalien.

K. Petersburg, 28. November. In einem Briefe an den Botschafter Buchanan verlangt Trotzky die sofortige Freilassung zweier in England internierter Russen, wobei er gleichzeitig Vergeltungsmaßnahmen gegen britische Staatsangehörige in Rußland andeutet.

## Trotzki über die Haltung der Alliierten.

Gr. Berlin, 29. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Im Zentralkomitee des Arbeiterrates hielt Trotzki eine Programmrede, in der es hieß: Die Arbeiterklassen betrachteten anfangs das Friedensmanifest der Bolschewiki als eine reine Parteisache. Rußlands Alliierte stellen sich dazu äußerst feindlich. Ihren Siegen ließen aber die Bolschewiki sofort praktische Maßnahmen folgen. Die in Petersburg beglaubigte Diplomatie ist mit den Bolschewiki in politischen Fragen bereits in Verbindung getreten. Am feindlichsten stellt sich England, das bei der Fortsetzung des Krieges am wenigsten riskiert. Frankreich befindet sich mit dem Ministerium Clemenceau in der letzten imperialistischen Krampfzuckung. Italien begrüßte die Revolution sofort mit Begeisterung.

## Auch die Städtevertreter und Semstwos für Friedensverhandlungen.

K. Amsterdam, 27. November. Ein hiesiges Blatt erfährt aus Petersburg vom 25. November: Der Kongreß der Städtevertreter und Semstwos hat beschlossen, eine neue demokratische Parteiorganisation mit folgendem Programm zu gründen:

1. Protest gegen die Aneignung der Macht durch die Maximalisten.
2. Die konstituierende Versammlung wird als einzige Machtquelle angesehen.
3. Herstellung aller Freiheit.
4. Uebertragung von Grund und Boden an Agrarkomitees.
5. Beschleunigung der Friedensverhandlungen.

Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts soll jede Regierungsgewalt in den Händen der Städtevertreter und Semstwos ruhen.

120

29./XI. 1917

## Aufruf der Bolschewikiregierung an die Soldaten.

Stockholm, 25. November. (Verspätet eingetroffen.)

Das Svenska Telegrambyran meldet aus Haparanda: Der bolschewikische Pressevertreter teilt mit: „Prawda" veröffentlichte am 23. d. folgenden Aufruf:

„Die Ratsregierung hat einen Waffenstillstand angeboten. Die Soldaten verlangen einstimmig Frieden, aber die Generale scheinen den Kampf zu wünschen. Duchonin, der sich geweigert hat, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, ist abgesetzt worden.

Genossen! Soldaten! Wenn ihr die Fortsetzung des Krieges wünschet, verteidiget Duchonin, wenn ihr aber Frieden wünschet, stützet mit der ganzen Kraft eurer Bewaffnung den Rat der Volkskommissäre! Arbeiter, Bauern, alle Mitbürger, die ihr der Revolution ergeben seid! Es ist eure Pflicht, mit Worten und Taten in dem entscheidenden Kampf um einen ehrlichen demokratischen Frieden zu helfen."

Reichspost

K21

29./XI. 1917

* **Die Friedensschalmei des Schwerindustriellen.** Aus Neubauer Wählerkreisen wird uns geschrieben: Die gegenwärtig vom sozialdemokratischen Frauenverein mit Unterstützung der Jakobinerpresse in den einzelnen Bezirken Wiens abgehaltenen „Friedensversammlungen" haben gestern abends bei der „Glocke" am Neubau einen Ableger gefunden. In der hauptsächlich von Rohö-Mitgliedern aller Bezirke zusammengesetzten Versammlung sprach u. a. auch der Juni-Zufallssieger Abg. Ganser von Neubau. Viele der Neubauer Wähler dürften kaum mehr wissen, wer Ganser ist, denn seit dem „europäischen Sieg" von 1911, hat man sowohl von ihm als auch von seinem damaligen Freunde und Mitsieger Denk wenig Bemerkenswertes mehr gehört. Während des Krieges ist aus dem kleinen Mechaniker in der Neustiftgasse ein ansehnlicher Kriegslieferant geworden. Mit einer stattlichen Anzahl enthobener, landsturmpflichtiger Arbeiter gehört heute Ganser zu den Mächtigen der Schwerindustrie und steht als solcher auch in Beziehungen zu den vielgenannten rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen. Es wurde im Neubauer Bezirke mit einigem Schmunzeln aufgenommen, als die beiden Neubauer Junisieger kürzlich in Junisiegerblättern als „Kriegshetzer", politische Analphabeten", „im Dunklen tagende, den Mantel nach dem Winde drehende" Personen geschildert wurden. Und nun erscheint Abg. Ganser, der schwerindustrielle Kriegslieferant in einer von der nämlichen Junisiegerpresse mitveranstalteten Versammlung und bläst die Friedensschalmei, während gleichzeitig in seiner neuen erst vor wenigen Wochen errichteten großen Fabrik Ecke Bernard- und Schottenfeldgasse die gewinnbringenden Kriegsmaschinen klappern! Schon im Oktober 1914 erzählte Abg. Ganser der Versammlung, hätten sich die freiheitlichen Abgeordneten zusammengetan, dem Volke zu ihrem Recht zu verhelfen und diesen Krieg zu beenden. Dieses Zusammentun der Freiheitlichen hätte sich periodisch wiederholt, bis endlich Adlers Attentat kam. Und nun war die Freiheit gerettet. Zwar kam noch nicht der Frieden, aber die Kriegsverdiener verdienten noch mehr und Abg. Ganser obendrein noch ein hübsches Diätensümmchen. Daß er für diesen Betrag auch etwas für die Wählerschaft geleistet hätte, ist nicht bekannt geworden. Aber am Krieg verdienen und auf Kommando der Jakobinerpresse versammelten Frauen vom Frieden erzählen — gerade das hat bisher im Charakterbilde des Junisiegertums noch gefehlt. Nun ist das Gemälde vollkommen. Wir Neubauer Christen wissen, was wir bei der nächsten Wahl zu tun haben.

Reichspost

29./XI. 1917

123

# Günstige Kriegslage in Mesopotamien und Palästina.

## Erklärungen Enver Paschas.

**Konstantinopel**, 26. November. (Ag. Télégr. Milli.)

In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer gab Kriegsminister Enver Pascha folgende Erklärung ab:

Ich komme eben von den Kriegsfronten. An der Irakfront sind wir ein wenig vorgerückt, um die Lage der Engländer zu erkunden. Aber bevor die beiden Armeen miteinander in Kampf gerieten, gingen die Engländer von Josveas längs des Tigris zurück. Der Kampf, der sich vorher am Euphrat in der Umgebung von Remadieh entsponnen hatte, ist in Wirklichkeit ein Ereignis, das auf die allgemeine Lage ohne Einfluß ist. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Armee an dieser Front in materieller und moralischer Beziehung imstande ist, ihre Pflicht zu tun.

In Syrien mußte die ottomanische Armee infolge gewisser militärischer Erfordernisse ein wenig zurückweichen, aber nunmehr wendet sich die Lage vollständig zu unseren Gunsten. Hieranf befaßte sich der Minister mit der Zurückdrängung des Feindes nördlich vom Wadi Audscha. Heute, sagte der Minister, hat unsere Kavallerie den Feind in diesem Frontteile fast 15 Kilometer zurückgedrängt und Beute gemacht. An dieser Front habe ich erst jüngst Soldaten und Offiziere inspiziert. Unsere Lage ist hier sicher und es ist sogar leicht möglich, daß die Erfolge, die wir da zu erzielen begonnen haben, sich weiter entwickeln werden.

Der Minister sprach sodann über die allgemeine Lage, die den Verbündeten völlig günstig sei.

Der Minister schloß: Der Krieg wird uns und unsere Verbündeten dieses Jahr besser vorbereitet finden als die übrigen Kriegführenden. Daher werden bei solcher Vorbereitung unsere und unserer Verbündeten Streitkräfte sicherlich den endgültigen Erfolg erzielen und bewirken, daß dieser Krieg zu unseren Gunsten endet.

Reichspost

29./XI. 1917

124

# Zum Schutze Jerusalems.

## Ein Aufruf zur Schonung der heiligen Stätten Jerusalems.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Zürich, 28. November.

Der Schweizer Palästinaverein veröffentlicht in den „Neuen Zürcher Nachrichten" einen Appell zur Schonung der heiligen Stätten in und um Jerusalem. Der Aufruf richtet sich an alle Kriegführenden und lautet: Die letzten Telegramme lassen leider keinen Zweifel aufkommen, daß nun bereits auch die Umgebung von Jerusalem der Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen den türkischen Truppen und den Truppen der Alliierten geworden sind. Schon ist der liebliche Hain Karin, in dem einst die heilige Jungfrau Maria und die Mutter St. Elisabeth wandelten, und wo der so überaus ehrwürdige „Johannes-der-Täufer"-Tempel steht, die Stätte erbitterter Kämpfe geworden. Vielleicht noch wenige Tage und Straßen und Plätze der Heiligen Stadt, die Burg Davids und der Hügel Sion selber, widerhallen von wildem Schlachtgetöse. Stätten, die der ganzen Christenheit ohne Unterschied der Konfession heilig und zum Teil auch dem Islam und Judentum überaus ehrwürdig sind, stehen in Gefahr, der Kriegsverwüstung zum Opfer zu fallen. Das Herz eines jeden Christen erbebt bei dem Gedanken, daß alle Heiligtümer der Stadt Christi, die Heilige-Grab-Kirche, das „Coenaculum", die „Dormitio", das Gethsemane und der Oelberg, die ehrwürdigen Stätten des Tempelplatzes Beute der Verwüstung und Zerstörung werden sollten, Beute der Verwüstung und Zerstörung auch alle Tempel der verschiedensten christlichen Bekenntnisse, sowie deren Hospizien, deren Klöster und herrliche wohltätige Institute. Was selbst die römischen Legionen unter Vespasian und Titus verschonten, was nach den Verwüstungen von Persern, Sarazenen, Arabern und Osmanen noch übrig blieb und nachher von der Pietät der Christen vieler Jahrhunderte wiederhergestellt und unter unsäglichen Opfern von Blut und Gut geschützt und gehütet wurde, soll im 20. Jahrhundert, im Zeitalter menschlicher Hochkultur, in Ruinen verwandelt werden? Es darf und kann nicht sein. Diese Schmach darf unserer Zeit nicht angetan werden. Wir richten darum die dringende Bitte und einen förmlichen Flehruf an die Kriegführenden beider Parteien in Palästina: Schonet die heiligen Stätten, heilig und teuer in Erinnerung an Christus, unseren Herrn und Erlöser, heilig und teuer als lebendige Zeugnisse des Erlöserdaseins und Erlösungswerkes, heilig und teuer als lebendige Zeugnisse wichtigster Begebenheiten nach der Schrift des Alten und Neuen Testaments bis zurück auf die Patriarchen und Propheten. Haltet die Schrecken des Kampfes ferne von den heiligen Stellen, auf denen christliche Geschlechter aller Jahrhunderte in Ehrfurcht knieten und für welche vor Jahrhunderten das Blut der Edelsten aller großen Nationen Europas floß. Eine flehende Bitte hiefür ergeht an die Kriegführenden beider Lager im Namen des Schweizerischen Palästina-Vereines, der damit dem innersten Empfinden der ganzen Christenheit Ausdruck verleiht. Vor Einem wenigstens soll auch der fürchterliche Weltkrieg Halt machen, vor Einem soll selbst er das blutriefende Schwert senken müssen: Vor Golgatha, vor dem Grabe Christi, vor den Stätten, die durch das Wirken unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi zu Heiligtümern der Menschheit bis ans Ende der Tage geworden sind. Höret diese Bitte, höret dieses Flehen, erhöret die Bitte aus Ehrfurcht vor Christus dem Erlöser, aus Ehrfurcht vor der Geschichte der Christenheit.

29./XI. 1917

125

## Auffassung in Deutschland von der Festigung der Herrschaft der Bolschewiki.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 28. November.

Nach den letzten Nachrichten, die an hiesiger zuständiger Stelle aus Rußland eingetroffen sind, scheint sich die Regierung der Bolschewiki langsam zu befestigen, und der Anhang scheint nicht nur unter den niedrigen Klassen, sondern auch bei den Bürgerlichen immer stärker zu werden. Die Veröffentlichung der Geheimverträge trotz der Vorstellungen der Entente sprechen dafür, daß Lenin und Trotzki ein festes Ziel vor Augen haben und nicht gewillt sind, weiter dem Imperialismus der Entente zu dienen.

---

## Verbleiben der Ententediplomaten in Petersburg.

Amsterdam, 26. November.

Die diplomatischen Vertreter der Alliierten beschlossen, in Petersburg zu bleiben.

---

## Das Friedensangebot im deutschen Bundesratsausschuß.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 28. November.

In der heutigen Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, alle schwebenden Fragen der auswärtigen Politik eingehend erörtert. Dabei konnte volle Einmütigkeit der Anschauung unter den Teilnehmern der Sitzung festgestellt werden.

Ueber ein eventuelles Friedensangebot Rußlands wurde gleichfalls gesprochen.

Abend
29./XI. 1917

126

# Die Waffenstillstandsfrage.

## Die Mitteilung an die Neutralen zur Uebermittlung an die Zentralmächte.

Bern, 28. November.

Der Bundesrat teilt mit: Der Kommissär der auswärtigen Angelegenheiten der maximalistischen Regierung in Petersburg hat den Vertretern der sechs neutralen europäischen Staaten in Petersburg eine Note überreicht, wodurch er Kenntnis von den Vorschlägen gibt, die den Botschaftern der Entente bezüglich des Waffenstillstandes und des Friedens gemacht worden sind. In der Note verlangt Trotzki die offizielle Uebermittlung dieser Vorschläge an die Regierungen der Zentralmächte. Der schweizerische Gesandte in Petersburg hat nach Verständigung mit den übrigen dortigen neutralen Gesandten Trotzki den Empfang der Note bestätigt.

Der Bundesrat hat heute von diesen Mitteilungen Kenntnis genommen und beschlossen, bei seiner Gesandtschaft noch genauere Erkundigungen einzuziehen und die Mitteilung der Vorschläge zu verlangen, die den Botschaftern der Alliierten in Petersburg gemacht worden sind. Demgemäß hat der Bundesrat seine Entscheidung über die Folge, die dem Schritt Trotzkis zu geben ist, vorbehalten.

Die Schweiz vertritt keine fremden Interessen in Rußland und ist von diesem nie um Vertretung seiner Interessen in den kriegführenden Ländern angegangen worden.

Petersburg, 27. November.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten hat den Gesandten der neutralen Staaten die Maßnahmen mitgeteilt, die zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes ergriffen worden sind. Die Note besagt, daß die Herbeiführung eines sofortigen Friedens ein Heilmittel für alle kriegführenden und neutralen Länder sei. Die russische Regierung zähle auf die entschlossene Unterstützung der Arbeiter aller Länder in den Kämpfen für den Frieden.

---

# Die Armee für Lenin.

## 31 große Soldatenversammlungen.

### Telegramm unseres Korrespondenten.

Stockholm, 27. November.

Einunddreißig große Soldatenversammlungen in Petersburg sprachen einstimmig Lenin das Vertrauen aus und beschlossen, ihn zu unterstützen.

---

29./XI. 1917

# Cecil der Kriegswüterich.

Der englische Blockademinister Lord Robert Cecil hat eine Rede gehalten und was er sagte, zeigt ihn als würdigen Mitarbeiter Lloyd Georges. Auch dieser edle Lord erklärte, es gebe keine Sicherheit für England, bevor nicht Deutschland endgültig geschlagen sei. Und er sieht alles aufs günstigste für die Entente sich entwickeln. Ihn ficht nicht der militärische Zusammenbruch Italiens an, nicht die Loslösung Rußlands von den Ententeketten. Die Erfolge der Engländer in Palästina, die doch für den Ausgang des Weltkrieges ganz ohne Belang sind, trösten ihn über alles Ungemach. Nur der U-Boot-Krieg scheint ihm einige Sorgen zu bereiten. Für den Tiefstand der englischen Politik ist sein Hinweis auf den angeblich deutschen Vorschlag, Doppelehen einzuführen, höchst bezeichnend. Dieser Vorschlag, der, wenn er irgendwo in Deutschland gemacht wurde, doch nur von einem Spaßvogel herrühren könnte, wird von Lord Robert Cecil blutig ernst genommen und als Beweis für die sittliche Verkommenheit des deutschen Volkes angeführt. Da erübrigt sich jede weitere Polemik von selbst.

* * *

**Deutschland muß endgültig geschlagen werden.**

**London,** 27. November. Das Reutersche Büreau meldet: Blockademinister Lord Robert Cecil hielt in Norwich eine Rede, in der er ausführte, es gebe keine Sicherheit für England, bis Deutschland endgültig geschlagen sei. Der deutsche Vorschlag, Doppelehen einzuführen, zeige es in seiner wahren Gestalt. Es sei der Ausfluß desselben Geistes, der nicht dulde, daß Gesetz, Moral und Religion den deutschen Staatsinteressen im Wege stehe. Das oberste unserer Kriegsziele, erklärte Lord Robert Cecil, ist und muß sein: der Sieg. Vor einigen Tagen hat ein deutscher Staatsmann erklärt, die Deutschen seien überall siegreich. Aber wenn man die Lage richtig betrachtet, kommt man zu dem genau gegenteiligen Schlusse. In den beiden letzten Jahren oder noch länger hat es keine Schlacht zwischen britischen und deutschen Truppen gegeben, in der die Deutschen siegreich waren. Der Verlust der Kolonien und unsere Siege in Palästina gaben den Deutschen sicher Ursache nachzudenken. Dasselbe gilt für Mesopotamien. Wir können jedenfalls sagen, daß die Deutschen nicht einen Quadratzoll britischen Boden besetzt halten.

Der Gang der Ereignisse in Rußland war zweifellos ein großes Mißgeschick. Wir können nur hoffen, daß das große russische Volk noch einmal zeigen wird, daß das rückhaltlose Vertrauen nicht unangebracht war.

Was sich in Italien ereignet hat, ist viel weniger ernst. Obwohl der uns zugefügte Schaden nicht gering ist, war der Vorteil unserer Feinde nicht groß. Wenn, wie wir alle hoffen, die italienischen Armeen jetzt standzuhalten vermögen, brauchen wir nicht anzunehmen, daß die Ereignisse in Italien den Gesamtausgang des Krieges ernstlich verschlechtert haben.

Die ernsteste aller Fragen ist die Schiffsraumfrage. Ich glaube nicht, daß wir von sofortiger Hungersnot bedroht sind. Ich glaube, daß wir, wenn sich der U-Boot-Krieg so weiter entwickelt, wie er sich zu entwickeln scheint, Vertrauen haben können, daß wir imstande sein werden, jede ernste Gefahr zu überwinden.

Ostdeutsche - Rundschau 135

30./XI. 1917

# Die mißglückte Friedensversammlung am Neubau.

Am Dienstag den 27. d. M. veranstaltete der Allgemeine österreichische Frauenverein im Bezirke Neubau eine jener Kundgebungen, die den „Verständigungsfrieden", **in Wirklichkeit den Frieden um jeden Preis erzwingen wollen.** In Paris, London, New-York und Rom wären diese Versammlungen vielleicht am Platze, was sie in Oesterreich sollen, ist unbegreiflich. Zu diesen Versammlungen, die von volksfremden Leuten geleitet und **vielfach von jenem Teile der Bevölkerung Wiens besucht werden, denen der Krieg zu Kriegsgewinnen verholfen hat,** wurden die Wiener von verschiedenen Zeitungen freundlichst eingeladen. Es hieß ausdrücklich, daß auch Männer willkommen seien. Demzufolge traf eine große Anzahl Deutschnationaler im Versammlungslokale Gasthof „Zur Glocke", Neubaugasse 5, ein, um endlich einmal auch ihre Stimme vernehmen zu lassen. Kaum hatten einige Nationale den Saal betreten, als sie von den Veranstalterinnen in rüder Weise zum Verlassen des Saales aufgefordert wurden. Die Herren beriefen sich jedoch auf die Einladung. Um zu verhindern, daß die Versammlung einen für die jüdischen Volksaufhetzer ungünstigen Verlauf nehmen konnte, wurde den zahlreichen, vor dem Gasthof versammelten Nationalgesinnten der Eintritt verwehrt. Es ist bezeichnend, daß jene Leute, die sich „freisinnig" nennen, den freien Meinungsaustausch auf solche gewalttätige Art unterdrücken. Auch wäre es den draußen Versammelten ein leichtes gewesen, den Eintritt zu erzwingen. Aber in Berücksichtigung der ernsten Zeit unterließen es die Deutschen Neubaus, auf solche Art zu Worte zu kommen. Ein deutschnationaler Wähler vom Neubau, Sekretär Anforge, der sich mit einer Schar Gleichgesinnter im Saale befand, hielt der Versammlung diese Beeinträchtigung der Redefreiheit vor. Unter Absingung nationaler und patriotischer Lieder verließen die Nationalen den Saal, um sich mit den im Hausflur versammelten Gesinnungsgenossen zu vereinigen. Der stattliche Zug setzte sich in Bewegung, von einem Wacheaufgebot begleitet. Zahlreiche Passanten schlossen sich dem Zuge an und von allen Seiten ertönten Heilrufe. In der Mariahilferstraße machte der Zug Halt. Es wurde das alte Kampflied „Die Wacht am Rhein" mit Begeisterung gesungen. Dann zog man vor die Wohnung des Abgeordneten Dent, um ihm eine spontane Kundgebung zu veranstalten. Wieder ergriff ein Neubauer Wähler das Wort und **protestierte in kurzen Worten gegen die jüdische Volksaufhetzung. Die Neubauer Bevölkerung stimmte den Ausführungen lebhaft bei.** Ueberhaupt konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß **ein Großteil der Wiener Bevölkerung und vor allem der kleinen Leute sich durchaus nicht auf den Standpunkt jenes Teiles der Bevölkerung stellen, die ihren Wuchergewinn bereits eingesteckt haben und durch ihr Friedensgewinsel den Krieg um jeden Preis zu Ende bringen wollen, um neue Waren und neue Ausbeutungsmöglichkeiten zu erhalten.** Es zeigte sich, daß es nicht die Minderheit ist, die in voller Würdigung der von ihnen gebrachten Opfer einen Frieden wünscht, der uns und unsere treuen Verbündeten vor Not und Elend und jedem weiteren Ueberfall in der Zukunft schützt. Mit größter Ruhe zerstreuten sich die Massen und traten ohne irgendwelche Ruhestörung zu veranlassen, den Heimweg an. Dieser Tag zeigte zum ersten Male, **daß es genug deutschbewußte Leute gibt, die jederzeit für ihr Volk und Vaterland einzustehen wissen. Vielleicht wird dieses Ereignis dazu beitragen, auch den letzten Teil der anständigen Bevölkerung aus der Gefolgschaft jener rassenfremden Friedenswinsler zu reißen und ihre nationale Gesinnung wachzurufen.**

H. B.

Fremdenblatt

30./XI. 1917



# Das Waffenstillstands-Angebot.

## Trotzkis Note an die Neutralen.

### Aeußerungen des spanischen Geschäftsträgers.

K. Amsterdam, 29. November. Reuter meldet aus Petersburg: Der spanische Geschäftsträger hat Trotzki schriftlich mitgeteilt, daß er die Note Trotzkis seiner Regierung übermittelt habe. Der Geschäftsträger fügte hinzu, er wolle alles tun, um zu einem Friedensschluß, nach dem die ganze Menschheit so sehr verlange, beizutragen.

### Petersburg und Berlin in drahtloser Verbindung

K. London, 27. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Telegramm aus Washington besagt: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg und Berlin in drahtloser Verbindung stehen.

### Absetzung des Kommandanten der Westfront.

K. Amsterdam, 29. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg unter dem 28. d. M.: Das revolutionäre Komitee in Minsk gibt bekannt, daß General Balujew, der die Westarmee kommandierte, wegen der Weigerung, mit den Deutschen über einen Waffenstillstand zu verhandeln, durch einen Maximalisten ersetzt wurde.

### Versammlung politischer Führer im Hauptquartier.

K. London, 28. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Times" erfahren aus Petersburg, daß an der Versammlung der politischen Führer, die im Hauptquartier zu dem Zweck stattfand, eine Regierung zu bilden, in der alle Parteien vertreten wären, auch Tschernow, Aksentjew, Miljukow, Werchowsky, Iwanow sowie andere teilnahmen. Offenbar versuchte man noch nicht, Duchonin zu ersetzen. Dieser erklärte, daß er jeden verhaften würde, der seinen Platz einnehmen wolle.

### Keine Hungersnot in Petersburg.

„Prawda" teilt mit, daß Petersburg für lange Zeit vor einer Hungersnot gesichert sei, da sich bereits eine Anzahl Schiffe mit Getreide auf der Newa befände. Die Ankunft dieser Schiffe würde die Wahlen günstig beeinflussen.

Reichspost

1./XII. 1917



## Lansdowne für die Herabsetzung der englischen Kriegsziele.

Rotterdam, 30. November.

In dem Aufsehen erregenden Brief an den „Daily Telegraph" verlangt Lord Lansdowne, daß die Alliierten in Paris nicht nur über einheitliche Strategie, sondern auch über Vereinheitlichung der Kriegsziele verhandeln sollten, und gibt eine Uebersicht über die bisherigen Erklärungen, betreffend die Kriegsziele. Nach den Erklärungen Asquiths seien die wesentlichsten Kriegsziele Wiederherstellung und Sicherheit. Lansdowne zitiert Aussprüche Bethman-Hollwegs und des Grafen Czernin, um zu zeigen, daß feindliche Staatsmänner die Verhinderung zukünftiger Kriege auch als Hauptnotwendigkeit betrachten. Die Pariser Beschlüsse seien ein Beweis dafür, daß die Alliierten den feindlichen Mächten Erleichterungen für den Handel verweigern wollten, wenn sie wegen ihrer Selbstverteidigung dazu gezwungen würden. Während aber der Handelsboykott als Kriegsmaßregel gerechtfertigt werden könne und eine Drohung mit einem Boykott berechtigt sein würde, wenn Deutschland nicht mit sich sprechen ließe, so würde bestimmt kein vernünftiger Mensch wünschen, den Handel der Mittelmächte zu vernichten, wenn sie versprechen, Frieden zu halten und England nicht durch einen feindlichen Zusammenschluß in einen Krieg zu treiben. Was die Frage der Gebietsansprüche betreffe, so sei eine autoritative Mitteilung darüber in der Note der Alliierten vom 10. Jänner 1917 zu finden. Man könne aber nicht behaupten, daß dieser Entwurf vollständig sei und daß sich nicht die Notwendigkeit ergeben könnte, die Frage von neuem in Erwägung zu ziehen. Einige unserer ursprünglichen Wünsche sind wahrscheinlich unerreichbar geworden, andere wieder würden jetzt einen weniger wichtigen Platz einnehmen als zu der Zeit, wo sie zum ersten Male auftauchten. Wieder andere, vor allem die Wiederherstellung Belgiens, bleiben an erster Stelle und müssen an erster Stelle bleiben. Wenn es aber zu einer umfassenden Neugestaltung der Karte von Südeuropa kommt, so können wir mit Grund verlangen, daß das Urteil aufgeschoben und die Angelegenheit später in einem freimütigen Gedankenaustausch mit unseren Verbündeten bereinigt werde. Alle diese Fragen berühren die Alliierten. Sie müssen diese Dinge deshalb untersuchen und, wenn nötig, ihre territorialen Wünsche ändern.

Lansdowne fährt fort: Die Sicherheit ist unschätzbar für eine Welt, die genug Lebenskraft besitzt, um daraus Nutzen zu ziehen. Aber was nützen die Segnungen des Friedens Völkern, die so erschöpft sind, daß sie kaum mehr die Hand ausstrecken können, um nach ihnen zu greifen. Meiner Meinung nach wird der Krieg, wenn er schließlich beendigt werden muß, um einer Weltkatastrophe vorzubeugen, deshalb beendigt werden, weil die Völker der Länder, die daran beteiligt sind, eingesehen haben, daß er schon zu lange gedauert hat.

London, 29. November.

Das Reutersche Bureau erfährt aus maßgebender Quelle, daß die in den Wandelgängen verbreiteten Gerüchte, daß Lansdownes Brief mit Kenntnis der Regierung geschrieben sei, vollständig unbegründet seien.

Reichspost

139

1./XII. 1917

**Einrenkung der Weltgeschichte für den Agitationsgebrauch.** Aus dem Leitartikel des Wiener sozialdemokratischen Hauptorgans (Nr. 329) vom 30. November:

Die Feldherren haben den Frieden mit Waffengewalt zu erzwingen gesucht. Vergebens!... Die (!) Staatsmänner wollten ganze Völker durch den Hunger zum Frieden zwingen. Vergebens!... Kaiser und Könige, Diplomaten und Minister hofften den Frieden durch Reden und Botschaften erschmeicheln zu können. Vergebens!... Der Papst selbst mahnte im Namen des Christentums zum Frieden. Vergebens! Die christlichen Herrscher(!) blieben ungerührt. Da griffen mit starker Hand die Proletarier Rußlands in das Geschick der Welt ein... und mit einemmal ward möglich, was so lange unmöglich erschienen war. Was der Papst und die Könige, die Feldherren und die Diplomatie nicht vermocht, das hatte proletarische Kraft, proletarischer Mut vollbracht.

Der Mut und die Kraft sollen den derzeitigen Machthabern in Petersburg, die den sozialdemokratischen Diktator und Generalissimus Kerenski mitsamt seinem ganzen Parteiklüngel in wenigen Stunden zu stürzen und so das größte Friedenshindernis aus dem Wege zu räumen vermochten, nicht bestritten werden. Aber ohne die gründliche dreijährige Vorarbeit unserer Armeen und Feldherren, ohne die kluge Taktik und das zähe Wirken für den Frieden durch Kaiser und Papst und unsere Staatsmänner wäre es zu dem Umsturz in Rußland niemals gekommen, weder zu dem ersten vom März, noch zum zweiten vom Juli, noch zum dritten vom 7. November und die Trotzki, Lenin und Genossen wären heute noch die einflußlosesten Leute der Welt. Rußlands Nötigung zum Frieden, die den Umsturz hervorgerufen hat — nicht umgekehrt — ist unser Werk, das Werk unserer Armeen, Feldherren, Kaiser und Staatsmänner. „Vergebens" war nur die Stockholmer Anstrengung der sozialdemokratischen „Diplomatie" und die „proletarische Kraft" der Sozialisten Frankreichs, Italiens, Englands, Amerikas, der „proletarische Mut" der Obergenossen Vandervelde, Thomas, Bissolati e tutti quanti sind bisher ausschließlich der Kriegshetzerei und Kriegsverlängerung zugute gekommen. Gar so einfach, wie sich's die Agitationsschuster der „A.-Z." vorzustellen scheinen, war das Friedenswerk keineswegs. Es ward nicht „mit einemmal" möglich, sondern leider erst nach langwierigster Vorarbeit der Feldherrn und ihrer Soldaten, der Kaiser und Staatsmänner.

Fremdenblatt

1./XII. 1917



# Die Note Trotzkis an die Neutralen.

K. Petersburg, 27. November. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die Note, die der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Trotzki an die Botschafter, beziehungsweise Gesandten der neutralen Mächte gerichtet hat, lautet:

„In Ausführung des Beschlusses des Kongresses der Arbeiter- und Bauerndeputierten bin ich in der Lage, mich im Namen des Rates der Volkskommissäre an die verbündeten Botschaften mit dem Vorschlage zu wenden, Verhandlungen für einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zwecks Abschlusses eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker einzuleiten. Gleichzeitig hat der Rat der Volkskommissäre die Militärbehörden und die Delegierten der Armee der Republik beauftragt, in Vorbesprechungen mit den militärischen Stellen der feindlichen Armeen einzutreten, um zu einem sofortigen Waffenstillstand an unserer und an allen anderen Fronten zu gelangen.

Indem ich meiner Pflicht entspreche, Sie, Herr Botschafter, von den unternommenen Schritten in Kenntnis zu setzen, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, alles zu tun, was in Ihrer Macht liegt, damit unser Vorschlag auf Abschluß eines Waffenstillstandes und auf Einleitung von Besprechungen zur Herbeiführung des Friedens in offizieller Form zur Kenntnis der Regierungen der feindlichen Länder gebracht werde. Endlich habe ich die Ehre, Ihnen gegenüber alle meine Hoffnung auszusprechen, daß Sie alle in Ihrer Macht stehenden Maßnahmen ergreifen werden, um so rasch als möglich diese Mitteilung unter der Bevölkerung Ihres Landes zu verbreiten. Alle Neutralen leiden außerordentlich unter diesem verbrecherischen Krieg, der, wenn man ihm kein Ende setzt, die Völker, die noch nicht daran teilnehmen, in seinen Abgrund zu ziehen droht. Die Forderung nach einem sofortigen Frieden ist der Wunsch der arbeitenden Klassen aller kriegführenden und neutralen Länder.

Aus diesen Gründen gibt sich die Regierung des Rates der Volkskommissäre der Gewißheit hin, von den arbeitenden Klassen der neutralen Länder entschlossen unterstützt zu werden, und bittet Sie, Herr Botschafter, die Versicherung entgegennehmen zu wollen, daß die russische Demokratie von dem Wunsche beseelt ist, brüderliche Beziehungen zu den Demokratien aller Länder zu pflegen."

## Lenin droht der Entente mit dem Staatsbankerott.

Gr. Berlin, 30. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Nach einer Amsterdamer Meldung der „Vossischen Zeitung" berichtet „Daily Chronicle", Lenin habe erklärt, die russische Revolution rechne auf die Unterstützung des gesamten europäischen Proletariats. Falls die Alliierten nicht gewillt seien, sich den Forderungen der Maximalisten zu fügen, so hätten diese ausreichende Mittel in der Hand, sie zu zwingen. Eventuell werde man den Bankerott Rußlands erklären, wodurch das ungeheure Kapital, das die Alliierten im russischen Reiche investiert hätten, endgiltig verloren ginge.

## Die Ententebotschafter dürfen nicht ins Hauptquartier. — Zensurierung ihrer Post.

Gr. Berlin, 30. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Vossische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Nach einer Petersburger Mitteilung der „Morning Post" hat die russische Regierung den Ententebotschaftern die Reise ins Hauptquartier verboten, die Bahnlinien dorthin durch Pioniere besetzen lassen und die gesamte Briefpost der Ententediplomatie unter strengste Militärzensur gestellt. Die Proteste der Alliierten blieben erfolglos.

1./XII.1917

143

# Die Frage des allgemeinen Friedens.

## Asquith für einen Verständigungsfrieden.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 30. November.

Aus Basel wird gemeldet: Die Londoner „Daily Mail" enthält eine Ankündigung über eine von Asquith geförderte englische Bewegung für einen Verständigungsfrieden.

Lloyd-George und Lord Northcliffe bekämpfen die von Asquith geleitete Bewegung, die einen nicht unbeträchtlichen Anhang zu haben scheint.

Abschrift
1./XII. 1917

145

## Nachricht über funkentelegraphischen Verkehr zwischen Wien und Petersburg.

Wien, 1. Dezember.

Amtlich wird heute folgende Mitteilung gemacht:

Die Antwort der k. u. k. Regierung auf das russische Rundtelegramm vom 28. November d. J. wurde am 28. November nachts radiotelegraphisch nach Zarskoje Selo aufgegeben.

Die genannte russische Funkenstation hat den Empfang der Depesche am 30. November nachts radiotelegraphisch bestätigt.

Abends 1/XII. 1917

146

# Die Königszusammenkunft in Christiania.

## Neuerliche Neutralitätskundgebung der nordischen Reiche.

Christiania, 29. November.

Im Königsschloß fand abends ein Festmahl zu Ehren der Könige von Schweden und Dänemark statt. König Hakon brachte einen Trinkspruch auf den König von Schweden aus, in dem er sagte: „Die Zeiten in Europa sind dunkel. Sie werfen ihre Schlagschatten auch über unsere Lande, aber wir haben das Glück gehabt, uns außerhalb der Grenzen des Krieges halten zu können. Für unsere beiden Länder war die düstere Zeit nicht ohne Einfluß auf das gegenseitige Verhältnis. Schon am 8. August 1914 konnten unsere Regierungen mitteilen, daß wir in allen Fällen uns nicht gegen einander gebrauchen ließen." Der König schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieser Besuch das gute Verhältnis zwischen den beiden Ländern noch mehr befestigen möge.

### Trinkspruch des Königs von Schweden.

Der König von Schweden, der heute zum erstenmal seit der Auflösung der Union Christiania besuchte und einen begeisterten Empfang nicht nur bei der Ankunft in Christiania, sondern auch bei seinem Aufenthalt in verschiedenen Stationen auf norwegischem Boden fand, hielt bei der heutigen Galatafel im Königsschlosse nach der Begrüßungsrede des Königs von Norwegen einen Trinkspruch, in dem er unter anderm sagte:

„Eure Majestät und das norwegische Volk müssen die Empfindungen verstehen können, mit welchen ich heute das Land wieder betrete, das sowohl fünf meiner Vorgänger auf dem Thron wie auch ich als Regent während eines Zeitraums von über uennzig Jahren regiert haben. Ich würde weder mir selbst noch der Geschichte gegenüber ehrlich erscheinen, wollte ich aussprechen, daß das, was 1905 erfolgte, schon vergessen sein könnte. Der Bruch der Union, welche von König Karl XIV. Johann, dem großen Manne, von dem sowohl Eure Majestät wie auch ich in direkter Linie abstammen, gestiftet wurde, hat dem Einigungsgedanken auf unserer skandinavischen Halbinsel eine tiefe Wunde zugefügt, zu deren Heilung meinerseits beizutragen, ich den lebhaften Wunsch hege.

Deshalb, Eure Majestät, habe ich mich heute hier eingefunden, um Eurer Majestät und dem einstigen Unionsbruder zuzurufen: Laßt uns eine neue Verbindung schaffen, nicht von der alten Art, aber eine Verbindung des Verständnisses und des Herzens, deren Lebenskraft — ich hoffe es — von festerem Bestand sein wird als die der früheren. Die Grundbedingung hiefür ist die, daß wir ganz besonders unter den jetzigen schweren äußeren politischen Verhältnissen treu zueinander stehen, um die strenge und unparteiische Neutralität zu schützen und zu wahren, welche die drei nordischen Reiche während des jetzigen Weltkrieges einzuhalten beschlossen haben.

In der heutigen Anwesenheit meines lieben Freundes und Verwandten, des Königs Christian von Dänemark, erkenne ich ein sichtbares Zeichen und eine sichere Bürgschaft dafür, daß er meine Auffassung über die Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltens im Norden teilt und gutheißt. Unsere Völker, jedes sich selbst überlassen, stellen nur drei kleine Reiche dar, aber vereint bilden wir doch einen Faktor, mit dem zu rechnen ist, wenn es gilt, unsere Freiheit und unser Selbstbestimmungsrecht zu schützen und zu erhalten."

Abendz
1./XII. 1917

147

# Czechen, Südslawen und Ukrainer über das russische Friedensangebot.

Wien, 1. Dezember.

Die Präsidien des Czechischen Verbandes, des südslawischen Klubs und der ukrainischen parlamentarischen Vertretung haben folgendes Communiqué beschlossen:

„Das Friedensangebot der gegenwärtigen russischen Regierung beruht nicht nur auf dem Prinzip: ohne Annexionen und Kontributionen, sondern auch auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, was von unserer Regierung verschwiegen wird. Wir stellen daher fest, daß die Basis, auf welcher die österreichische Regierung nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist, in diesem wesentlichen Punkt im direkten Widerspruch zu den Bedingungen des Friedensmanifestes der gegenwärtigen russischen Regierung an alle Völker der kriegführenden Staaten steht, denn das Angebot setzt Garantien für die nationale Selbstbestimmung voraus, wogegen die im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern abgegebene Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes durch Verschweigung geradezu auszuschließen scheint. Mit Rücksicht auf diesen Gegensatz, den wichtigsten Punkt des Waffenstillstandsangebotes, finden wir, daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem Friedensabschlusse nicht führen können, wofür wir die Regierung voll verantwortlich machen müßten. Von unserem Standpunkt aus stellen wir noch einmal fest, daß wir im Sinne unserer Deklarationen vom 30. Mai d. J. vollinhaltlich auch auf der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker beharren."

Fremdenblatt

2./XII. 1917



# Italiens Verzicht auf territoriale Aspirationen.

## Aeußerungen Nittis.

K. **Lugano**, 1. Dezember. Der italienische Schatzminister Nitti entwarf für die spanischen Zeitungen ein Programm einer Union der lateinischen Völker, welche nach dem Kriege als Gegengewicht gegen die slawischen, deutschen und angelsächsischen, seines Erachtens nach gleichfalls geeinten Menschenmassen dienen soll. Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Rumänien und das lateinische Amerika sollen Mitglieder der Union sein und gemeinschaftlichen Zielen auf zivilrechtlichem, kommerziellem und politischem Gebiete zustreben.

Schatzminister Nitti äußerte sich ferner zu einem Mitarbeiter des „Corriere della Sera", der Krieg an Seite der Alliierten sei für Italien vor allem eine wirtschaftliche Notwendigkeit, da Italien der Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln aus den Ländern der Alliierten nicht entbehren könne.

**Italien habe heute weder territoriale Aspirationen noch Träume von seiner Größe, welche sich nicht mit der Wirklichkeit vereinbaren ließen.**

**Italiens Haltung werde also niemals ein Hindernis für den Abschluß des Friedens werden.**

Italien müsse und werde sich äußerste Opfer und Entbehrungen auch in der Ernährung auferlegen und werde die landwirtschaftliche Produktion, besonders den Kartoffelbau, behufs Ersatzes von Korn, fördern. Italien werde gegen feindliche Machstellungen politischer Natur im Innern auf der Hut sein. Das Schatzministerium gedenke den Geldwechsel zu monopolisieren und zu disziplinieren. Er rechne aber auch infolge der einzuleitenden großen Finanzoperationen bei den Alliierten mit einem **baldigen empfindlichen weiteren Sinken des italienischen Geldkurses.** Alle Kräfte des Landes müssen einzig der Verteidigung der Existenz gewidmet werden, denn nur auf solche Weise könne sich das Land sieghaft behaupten.

Die Zeit
2./XII. 1917


# Die Sturmglocke.

Noch jede Revolution hat in die Ferne gewirkt. Wie eine ungeheure Explosion hat jede Revolution ihre Umgebung, angrenzende und oft selbst entferntere Staaten erschüttert. Die russische Revolution von 1905 war die Mutter der türkischen Revolution von 1908 und der chinesischen von 1912. In anderen Staaten hat sie, wenn schon nicht eine Revolution, so doch heilsame politische Reformen im Geiste der Demokratie hervorgebracht, so bei uns das allgemeine Wahlrecht von 1907. Zu weit tieferen Fernwirkungen scheint aber die zweite russische Revolution befähigt. Denn die erste war aus den spezifisch politischen Verhältnissen Rußlands hervorgewachsen und teilte sich nur per analogiam anderen Ländern mit. Auch ist sie bekanntlich in ihren Anfängen stecken geblieben und hat wenig Dauerndes zurückgelassen. Die zweite russische Revolution ist schon heute weit über die kühnsten Ideen der ersten hinausgegangen, und ihre Wurzel ist der Krieg und die Kriegsleiden, die die übrige Welt mit Rußland teilt. Deswegen hat die zweite russische Revolution wie eine Sturmglocke die ganze Welt aufgerüttelt. Alle Staaten, die sich eines unzeitgemäßen Mangels an demokratischen Einrichtungen bewußt sind, haben sich, trotz Krieg, schleunigst daran gemacht, ihre innerpolitischen Schäden auszubessern, damit das politische Staatsgebäude den kommenden Erschütterungen besser standhalten kann. England hat sein Wahlrecht reformiert und einen neuen Versuch zur gütlichen Lösung des irischen Problems unternommen. Selbst Preußen macht sich daran, sein fossiles Wahlrecht von Grund aus zu erneuern. Und wir?

Auch bei uns hat es an der richtigen Erkenntnis nicht gemangelt. Dem unbeschränkten Absolutismus, dem selbst die weiten Maschen des § 14 zu eng geworden waren, wurde ein Ende gemacht. Das Parlament wurde wieder einberufen und die Thronrede, mit der es begrüßt wurde, verhieß den Völkern die „wahre Demokratie" und eine in diesem Sinne gedachte Verfassungsreform. Es geschah auch einiges, um das Wort zur Tat zu machen. Der gute Wille war unverkennbar. Zuerst versuchte sich das Abgeordnetenhaus an der Aufgabe, und die Regierung sah zu, dann versuchte sich die Regierung, und das Abgeordnetenhaus sah zu. Doch beide Versuche scheiterten. Warum? Sind die österreichischen Völker denen die Erfahrungen des Absolutismus noch in allen Gliedern stecken einer Demokratisierung ihrer Institutionen abgeneigt? Wer möchte solchen Widersinn behaupten? Der Fehler, den sowohl das Abgeordnetenhaus wie die Regierung beging, war, daß sie die Verfassungsreform am falschen Ende anpacken wollten, an dem Ende, das so brenzlich ist, an dem nationalpolitischen. Bei uns dachte man bei der Verfassungsreform merkwürdigerweise an nichts, als an den nationalen Ausgleich. Für die Regelung unserer nationalen Verhältnisse, wie lebensnotwendig sie für unseren Staat auch ist, ist aber gerade der gegenwärtige Zeitpunkt ungeeignet, weil im Kriege die nationalen Leidenschaften, wie in allen, auch den nationaleinheitlichen Staaten, und bei uns noch mehr wie dort, bis über die Siedehitze angefacht sind. Da es am nationalpolitischen Ende nicht ging, ließ man die Verfassungsreform fallen, als ob uns zur Demokratie sonst nichts, gar nichts fehlen würde.

Es fehlt uns aber wahrlich viel dazu, nicht weniger als die eigentliche Grundlage der Demokratie, die allen demokratischen Staaten gemeinsam ist und von der die nationalpolitische Gerechtigkeit, der nationale Ausgleich nur eine Anwendung auf den besonderen Fall der national gemischten Staaten bildet, und deswegen war der Versuch, die Verfassungsreform bei der nationalen Frage zu beginnen, eine verkehrte Aufzäumung, nicht nur im Kriege unzeitgemäß, sondern auch in der Reihenfolge der demokratischen Reformen unlogisch. Vor allem die Grundlage der allgemeinen Bürgerrechte gesichert und dann erst, auf dieser Grundlage, die speziellen nationalen Bürgerrechte aufgebaut! Das ist ein Gebot der politischen Logik, das man beherzige sollte. Mit dem unbeschränkten Absolutismus der letzten Jahre hat man gebrochen, aber der beschränkte Absolutismus des § 14 ist geblieben. Oder steht der § 14 nicht noch immer in der Verfassung? Kann nicht jede Regierung wieder zu ihm greifen und, falls sie sich innerhalb seiner Schranken hält, mit dieser sonderbaren Verfassung, die keine ist, absolutistisch regieren? Das Parlament nach Hause schicken, das, solange der § 14 existiert, nur ein Parlament von der jeweiligen Regierung Gnaden ist? Ist das nicht die erste und dringendste Reform der Verfassung, daß sie zu einer wirklichen Verfassung wird, daß der § 14 abgeschafft wird? Und gibt es nicht noch zahlreiche andere Defekte in den allgemeinen Bürgerrechten unserer Verfassung? Hier muß die angesagte Verfassungsreform einsetzen, wenn die russische Sturmglocke uns nicht vergeblich gemahnt haben soll.

NOUS FAISONS FOI

3./XII. 1917

156 3

# Die Veröffentlichung von Geheimdokumenten in Petersburg.

## Plan für einen Vertrag Rußlands mit Deutschland im Mai 1909.

Stockholm, 30. November.

In Fortsetzung der Veröffentlichung der Geheimdokumente bringt „Prawda" ein Dokument vom Jahre 1909, welches am 17. Mai 1909 Zar Nikolaus vorgelegen wurde: „Schema zu einem Vertrag mit Deutschland." Hier wird unter anderm vorgeschlagen, daß man in Uebereinstimmung mit dem Wunsche Deutschlands offen das russisch-deutsche Mißverständnis anläßlich des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts abwickeln müsse. Deutschland garantiere in diesem Falle, daß Oesterreich-Ungarn keine neuen Annexionen auf der Balkanhalbinsel vornehmen würde.

In einem besonders geheimen Punkte wird gesagt, für den Fall, daß England Deutschland angreift, nimmt Rußland eine neutrale Haltung ein. (Anmerkung des Wolffschen Bureaus: Dieser Entwurf ist den deutschen amtlichen Stellen gänzlich unbekannt.)

## Der Abschluß des Ententevertrages mit Italien.

Uebereinkommen mit Italien vom Jahre 1915. („In höchstem Grade geheim.")

Schon bei Kriegsausbruch selbst wurden Versuche unternommen, Italien vom Dreibund zu lösen und es zu veranlassen, sich den Koalitionsmächten anzuschließen. Die Versuche scheiterten jedoch. Fürst Bülow brachte es in Rom zuwege, daß der Umschlag in Italienisch . . . (hier ist eine Lücke) um nicht weniger als anderthalb Jahre hinausgeschoben wurde. Aber in der zweiten Hälfte des Februar 1915 schien die Möglichkeit für Italiens Anschluß an die Koalition wieder vorzuliegen. Die Verhandlungen nahmen ihren formellen Anfang in London am Schlusse des Februar alten Stils auf Initiative des italienischen Botschafters. Die Verhandlungen wurden kompliziert einerseits durch Fürst Bülows Anstrengungen, die Wiener Regierung zu Zugeständnissen zugunsten Italiens zu vermögen, anderseits durch die Uebereinstimmung einer Reihe von Interessen, welche die Vertreter der Großmächte in London zu verteidigen hatten. Frankreich und Rußland sahen die Forderung Italiens als übertrieben an, Frankreich in erster Linie, soweit sie den südöstlichen Küsten des Adriatischen Meeres galten, Rußland wieder betreffs der Territorien nordöstlich des Adriatischen Meeres.

Sechs Wochen gingen hin bis zur Festlegung der Details in der Frage der Zukunft der albanesischen und der dalmatinischen Zone. Das russische Ministerium des Aeußern hielt bestimmt an den Interessen der Südslawen fest und forderte für Serbien den gesicherten Besitz eines Zuganges zum Meere. Am 26. November neuen Stils wurde die Konvention in London von den genannten Diplomaten unterzeichnet. In den der letzten Unterzeichnung vorhergegangenen Tagen war es noch gelungen, Italien zu einigen Zugeständnissen zugunsten Serbiens und Montenegros zu vermögen.

## Bitte Italiens um russische Hilfe Ende Oktober 1917.

Am 31. Oktober telegraphierte der russische Botschafter in Rom extra dringend unter anderm: Sonnino bittet mich auf telegraphischem Wege, anzufragen, ob Rußland nicht, wenn auch nicht zu einer wirklichen Offensive schreiten, so doch eine Demonstration an seiner Front unternehmen könnte. Wenn auch eine solche Demonstration nicht zu größeren militärischen Ergebnissen führt, werde sie auf jeden Fall doch eine ernste politische Bedeutung haben, in Sonderheit in Italien. Indem ich diesen Auftrag Sonninos unterbreite, bitte ich eindringlichst, demselben soweit als möglich entgegenzukommen. Ich bin fest überzeugt, daß jedes Auftreten unserseits zur Hilfe Italiens mit hartnäckigen französischen und englischen Anstrengungen zusammentreffen und hier um so größere Befriedigung auslösen wird, als Italien bisher alle seine Hoffnungen fast ausschließlich auf uns gesetzt hat.

## Russische Hoffnungen auf englische Hilfe während der Dagö- und Oeselopperationen.

Am 22. Oktober 1917 telegraphierte der Vertreter Rußlands in London, Nabokow, an seine Regierung, daß ihm vom englischen Marinestab eine Reihe von Tatsachen mitgeteilt worden sei, aus denen hervorgeht, daß es gegenwärtig für die englische Flotte faktisch unmöglich sei, eine Erleichterung der Lage in der Ostsee zuwege zu bringen, indem sie die deutschen Flottenkräfte nach der Nordsee zöge.

Reichspost

3./XII. 1914

157

* **Sie wollen nicht länger zuschauen.** Aus Universitätskreisen wird uns geschrieben: Mehrere jüdische Stndentenvereine laden die „Kommilitonen und Akademiker" zu einer Versammlung ein mit einem Aufruf, dessen charakteristische Stellen lauten:

Die akademische Jugend kann und darf in diesen Tagen nicht länger den Kriegsereignissen untätig zusehen.... Wir rufen die Studentenschaft, aber auch die akademischen Lehrer auf, weil es uns unerträglich erscheint, auch nur eine Sekunde länger ohne Widerspruch zu dulden, daß das kulturschänderische Opfern von Menschenleben und höchsten Gütern aller Art fortdauert ins Grenzenlose. Wir rufen euch auf, das Anbot eines allgemeinen Waffenstillstandes als ersten ernsthaften Schritt zum Frieden zu fordern, in Erkenntnis dessen, daß nicht länger gewartet werden kann, bis irgend jemand den Mut findet, sich im Sinne der sofortigen Verständigung aller Völker, Nationen und Staaten unabweislich zu erklären. Es soll nicht mehr gefragt werden: Wer wird damit den Anfang machen? sondern gelten muß für uns: Die ersten dabei zu sein!

Der Aufruf, eine nicht üble Selbstverspottung derer, die, „den Kriegsereignissen nicht länger untätig zusehen" wollen, aber bei der Friedenskonjunktur „die ersten dabei zu sein" eilen, ist in einem greulichen Galizianerdeutsch abgefaßt und gefertigt vom „Akademischen Friedensverein", „Akademischen Frauenverein", von der „Freien sozialistischen Vereinigung" und vom „Akad. Pädagogenverein".

Neue Freie Presse
3./XII. 1917
158

# Der Waffenstillstand.

## Nach den heutigen Mitteilungen.

Wien, 3. Dezember.

Die Verhandlungen über die Waffenruhe und den Waffenstillstand sind im vollen Zuge. Die beiden Delegationen werden unter dem starken Eindrucke des sich durchringenden Friedens ihre Verhandlungen beginnen. Die leitenden Staatsmänner der Monarchie und des Deutschen Reiches haben in Lenin den Träger des Friedenswillens im russischen Volke erkannt. Die Kühnheit, mit der sie über alle Bedenken hinweg die Hand, die sich ihnen entgegenstreckte, ergriffen haben, wird durch den weiteren Verlauf der Ereignisse gerechtfertigt. Die Politik, die sich nicht lange bei den Zweifeln an der Handlungsfähigkeit des Räteministeriums aufhielt, sondern ohne jedes Vorurteil und mit sicherer Entschlossenheit sich für die Verhandlungen über den Waffenstillstand und über den Frieden entschied, wird durch die Entwicklung in Rußland unterstützt. Der frühere Oberfeldherr General Duchonin ist auf der Flucht, das Hauptquartier in Mohilew in der Gewalt der Bolschewiki und die Offiziere, welche die militärischen Vertreter der Entente sind, mußten sich ebenfalls durch rasche Entfernung den drohenden Unannehmlichkeiten entziehen. Die Generale der russischen Armee haben bisher auf den Verlauf der Revolution nur einen sehr geringen Einfluß gehabt. Feldherren von europäischem Rufe sind abgesetzt worden, ohne daß sich eine Hand für sie gerührt hätte. Die Generale, die sich gegen die Republik auflehnten, hatten bisher keinen Erfolg. General Duchonin, der die Verhandlungen über den Waffenstillstand ablehnte, ist bereits auf der Flucht. Das ist ein wichtiges Ereignis. Die Friedenspolitik hat jetzt einen ernsten und festen Untergrund. Die vollständige Ohnmacht des Generals Duchonin beweist, daß er selbst im Hauptquartier die Armee nicht für sich hat. Auch die Truppen, die er in seiner Nähe vereinigt hat, weil er an ihre Verläßlichkeit glaubte, sind für den Frieden und für das Ministerium der Räte in Petersburg. Aus dem Vorfalle ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu schließen, daß der größte Teil der Armee diese Auffassung teile und daß Lenin den Einfluß besitze, für die Verträge, die er schließt, die Anerkennung beim Heere und beim Volke zu finden. Die völkerrechtliche Voraussetzung für den Waffenstillstand und für den Frieden ist eine tatsächliche Macht. Nach der Flucht des Generals Duchonin ist der Beweis geliefert, daß die gegenwärtige Regierung ihren Willen bei der Armee zur Geltung bringen kann und daß somit eine tatsächliche Macht besteht, mit dem Rechte, sich zwischenstaatlich zu betätigen und das russische Volk durch ihre Unterschrift auf Verträgen zu binden.

Die Besetzung des Hauptquartiers in Mohilew zeigt ferner, daß die Entente politisch und militärisch in Rußland nichts mehr zu sagen hat. Die Offiziere, welche sie zum General Duchonin entsendete und die eine so anmaßende Sprache führten, mußten weglaufen, weil nur die eiligste Entfernung sie davor schützen konnte, eine nicht besonders angenehme Begegnung mit Truppen des Räteministeriums zu haben. Dieser Zwischenfall ist ein Symbol. Die Entente scheint überhaupt nicht zu wissen, was sie tun soll. Merkmale der Verwirrung sind in den Berichten über den Verlauf der Pariser Konferenz zu sehen. Beschlüsse werden angekündigt, welche die Welt erschüttern sollen. Aber soweit sich das schon jetzt beurteilen läßt, dürfte es sich um die Mitteilung handeln, daß der Präsident Wilson noch mehr Soldaten, noch mehr Geld und noch mehr Lieferungen verspricht. Wie arg die Herabstimmung ist, wird schon darin erkennbar, daß Japan wieder um militärische Hilfe angefleht wird. Das stolze England soll von den Vereinigten Staaten und von Japan gerettet werden. Das kann die öffentliche Meinung in London, die von dem Briefe des Lord Lansdowne aufgerüttelt worden ist, nicht hinnehmen. Es wäre erstaunlich, wenn die jetzige Krise nicht der Anstoß zu persönlichen Veränderungen in England werden sollte.

Wie unsicher die Führung ist und wie sehr die Entschlüsse schwanken, läßt sich in dem Verhalten des englischen und des französischen Botschafters in Petersburg erkennen. Im ersten Aufbrausen scheinen sie entschlossen gewesen zu sein, die Beziehungen abzubrechen und die Stadt zu verlassen. Aber Sir George Buchanan ist noch jetzt in Petersburg und begnügt sich mit der Veröffentlichung einer milden Erklärung mit dem sanftesten Vorwurf, der in solchen Fällen gemacht werden kann. Er sagt, daß die Botschaft von dem Waffenstillstande erst neunzehn Stunden, nachdem der Befehl zu Verhandlungen gegeben war, erfahren habe und vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde. Er könne die Note des Ministers des Aeußern nicht beantworten, weil England diese Regierung nicht anerkannt habe. Wer hätte noch vor einigen Wochen erwartet, daß dieser Botschafter, der lange der wirkliche Herrscher über Rußland war, einen Waffenstillstand ohne Rücksicht auf den Londoner Vertrag über den Gemeinschaftsfrieden und Verhandlungen ohne die Entente mit dieser Sanftmut hinnehmen würde?

Lenin hat einen noch weiteren Erfolg. Die Besetzung der Staatsbank gibt ihm die Mittel, die jedes Ministerium zum Regieren braucht. Ob der Metallschatz, der trotz starker Abnahme noch groß ist, vor dem Ausbruche der letzten Revolution in einer anderen Stadt geborgen wurde, ist nicht bekannt. Aber das Räteministerium hat jedenfalls die Möglichkeit, das zu tun, was auch die früheren Regierungen getan haben, Rubel zu drucken, um die augenblicklichen Verlegenheiten zu überwinden. Die Drohung, daß Rußland, wenn die Entente die Feindseligkeit gegen die Friedenspolitik nicht aufgeben sollte, die Zahlungen einstellen werde, muß namentlich in Frankreich allgemeinen Schrecken hervorgerufen haben. Der kleine und der kleinste Mann wurden seit Jahrzehnten verlockt, aus patriotischen Gründen russische Werte zu kaufen. Ein Bankerott in Petersburg könnte die schwersten inneren Verwicklungen in Paris herbeiführen. Die Weltereignisse gehen jetzt nicht mehr von der Entente aus. Schon lange hat sie die militärische Führung verloren, wie die Siege der Verbündeten in Rumänien, Ostgalizien und am Isonzo beweisen. Jetzt ist sie auch bei der politischen Entwicklung wenigstens für den Augenblick nebenher und begleitet die sich vollziehenden Tatsachen mit bloßen Worten, mit dem Hinweise auf Amerika und mit einem Kniefall vor Japan. Aber die Waffenruhe und der Waffenstillstand an den Fronten werden durch solche Beschlüsse nicht gehindert. Es ist viel geschehen in den letzten Tagen, was die Entente nicht mehr umzustoßen vermag.

3./XII. 1917

159

# Annahme des russischen Waffenruhe- und Friedensvorschlages durch Bulgarien.

## Erklärungen Radoslawows in der Sobranje.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Sofia, 2. Dezember.

In der heutigen Kammersitzung gab Radoslawow folgende Erklärung ab:

Die republikanische Regierung Lenins und Trotzkis hat sich an die bulgarische Regierung mit dem Vorschlag gewendet, in Friedensverhandlungen einzutreten. Die bulgarische Regierung nahm, treu zu ihrer Politik, diesen Vorschlag an, um so mehr als Bulgarien, das nur für seine Einigung kämpfte, durch die Eroberung Mazedoniens und der Dobrudscha seine Aufgaben erfüllt sieht. Die bulgarische Regierung, die mit Freude den russischen Vorschlag aufnahm, erwartet die Ernennung russischer Delegierter, um auch ihrerseits Delegierte zu entsenden.

Die ganze Versammlung ohne Unterschied der Parteien nahm diese Erklärung mit lebhaftem Händeklatschen auf.

3./XII. 1917

160

# Flucht Duchonins.

## Das Hauptquartier in der Hand der Bolschewiki.

Wien, 2. Dezember.

**Nach den heute aus dem Auslande eingelaufenen Meldungen ist Mohilew, das Hauptquartier der russischen Armeen, in die Hände der Bolschewiki gefallen.**

**Duchonin, sein Anhang und die Offiziere der Entente-Militärmissionen sind geflüchtet.**

K. Berlin, 1. Dezember. (Meldung des Wolffschen Bureaus.)

**General Duchonin und die militärischen Vertreter der Entente sind aus dem russischen Hauptquartier geflohen.**

**Die Radiostation des russischen großen Hauptquartiers befindet sich in den Händen der Maximalisten.**

## Die Drohnote der Entente. — Ungünstiger Eindruck in Rußland.

K. Stockholm, 30. November. (Verspätet eingetroffen.)

Trotz der Drohnote der Alliierten an General Duchonin, welche in ganz Rußland einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen hat, setzen Lenin und Trotzki energisch die Friedensaktion fort.

„Nowaja Schisn" nennt die Drohnote den ärgsten Backenschleg, welchen Rußland je erhalten habe. Die Entente habe die Millionen Menschenleben, welche Rußland für die sogenannte gemeinsame Sache zum Opfer brachte, vergessen. Das sei der Dank. Das Blatt hebt hervor, daß Amerika die Drohnote nicht unterschrieben habe, und hofft, daß Amerika auch Japan in Schach halten werde, falls es Rußland angreifen sollte.

Das Blatt „Utro", das anstatt der „Nowoje Wremja" erscheint, gibt zu, daß Rußland jetzt nicht Krieg führen könne, fürchtet aber die Folgen der Ententedrohung, während „Izvestia" Alle zur Fortsetzung des Kampfes für den Frieden auffordetr.

## Erklärung Buchanans.

K. Petersburg, 29. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Vorbehaltlich endgiltiger Anweisungen der englischen Regierung, die noch nicht eingetroffen sind, hat Botschafter Buchanan folgende Erklärung veröffentlicht:

Die Note Trotzkis, die einen Waffenstillstand vorschlägt, wurde der Botschaft 19 Stunden, nachdem der Oberstkommandierende im Hauptquartier den Befehl zur sofortigen Eröffnung von Verhandlungen erhalten hatte, zugestellt. Die Alliierten sehen sich also einer vollendeten Tatsache gegenüber, bei der sie nicht um Rat gefragt waren. Es ist für den Botschafter unmöglich, Noten zu beantworten, die eine von seiner eigenen Regierung nicht anerkannte Regierung an ihn gerichtet hat.

Das Reutersche Bureau erfährt, das Gerücht, Botschafter Buchanan habe Petersburg verlassen oder beabsichtige, es wenigstens für jetzt zu verlassen, sei unrichtig.

Reichspost

4./XII. 1917



# Die Eröffnung der Verhandlungen mit Rußland.

Die russischen Unterhändler sind eingetroffen, die Verhandlungen mit ihnen haben begonnen.

Zunächst dem Abschluß eines Waffenstillstandes, also einer formalen Vereinbarung geltend, werden diese Verhandlungen schon im Interesse eines abgekürzten Verfahrens und der Dauerhaftigkeit der Verständigung auch den meritorischen Fragen der Auseinandersetzung zwischen Rußland und den Mittelmächten kaum ausweichen, sodaß der Ausgang der Waffenstillstandsverhandlungen voraussichtlich im Kerne schon das Schicksal eines Friedensvertrages vorausbestimmen wird.

Es sind wenige Beispiele in der Kriegsgeschichte, in der neuesten gar keine, daß einem beschlossenen allgemeinen Waffenstillstande nicht die Friedenspräliminarien gefolgt wären. So wie das Völkerrecht einen allgemeinen Waffenstillstand (trève) kennt, der sich auf die ganze Front erstreckt, und einen lokalen (armistice), so sind auch jetzt an zahlreichen Stellen der Ostfront zuerst örtliche derartige Abmachungen getroffen worden, im Pripjetgebiete mit einer ganzen russischen Armee, denen dann die allgemeine vorläufige Waffenruhe zur definitiven Abschließung eines allgemeinen Waffenstillstandes gefolgt ist. Um diese letztere Vereinbarung, die wegen ihrer Wichtigkeit nach völkerrechtlicher Uebung die Form eines schriftlichen Vertrages zu erhalten pflegt, handelt es sich jetzt zunächst.

Der völkerrechtliche Begriff des Waffenstillstandes beinhaltet die Sistierung aller operativen Handlungen und jeder Ausübung von Waffengewalt, doch dürfen die Kriegsparteien, wenn nichts anderes vereinbart ist, alles unternehmen, was keine unmittelbare Feindseligkeit darstellt und was sie allenfalls auch im Frieden tun durften. Die Kriegsgegner dürfen also ihre Stellungen ausbessern, Truppen aus dem Hinterland heranziehen oder aus der Stellung abziehen, ihre Lebensmittel- und Schießvorräte ergänzen usw. Doch kann es besondere Vereinbarungen geben, die diesem im allgemeinen geltenden Rechte Schranken auferlegen. Zur Vermeidung von Reibungen wurden häufig beim Abschluß eines Waffenstillstandes Demarkationslinien festgelegt, die ein neutrales Gebiet zwischen die beiderseitigen Fronten einschalten.

Da ein allgemeiner Waffenstillstand ein dem Friedensvertrag verwandter Staatsakt ist, wird er definitiv von dem Staatssouverän, den Häuptern der Regierungen, bezw. ihren Bevollmächtigten abgeschlossen.

Für den gegenwärtig geltenden vorläufigen Waffenstillstand ist bereits, wie die amtlichen Mitteilungen besagen, vereinbart, daß jedenfalls 48 Stunden vorher die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten angesagt werden müßte, d. h., daß die gegenwärtige laufende Vereinbarung zeitlich nicht begrenzt ist.

Auf den Waffenstillstandsvertrag folgen in der Regel die Friedenspräliminarien, Abmachungen über Ort und Zeit, wo und in welcher Art die Friedensverhandlungen geführt werden sollen; häufig sind es auch schon Vorverträge, welche die Hauptpunkte des abzuschließenden Friedens vorläufig feststellen.

In London nimmt man an, daß die russische Armee aus den Waffenstillstandsverhandlungen nicht mehr zum Kampfe zurückkehren wird. Die Londoner „Daily Mail" veröffentlicht einen Bericht aus Petersburg, demzufolge nicht mehr damit zu rechnen ist, daß die russische Armee den Kampf wieder aufnehmen werde. Die Stimmung im Verbande gegen Rußland ist der Annahme, daß man Rußland als Kriegsverbündeten verloren habe, entsprechend. Der Krakauer „Czas" bringt von einer Persönlichkeit, die unlängst im Auslande geweilt hat, eine Schilderung, in welcher der Gewährsmann berichtet, es sei jetzt sehr gefährlich, in Paris laut russisch zu sprechen, man laufe Gefahr, insultiert zu werden. Dies sei das Ende der berühmten französisch-russischen Allianz . . .

Es entspricht der Vorsicht, im Urteile den Ereignissen nicht vorzugreifen. Denn es ist nicht zu vergessen, daß vieles in Rußland ungeklärt und unsicher ist und jähe Umstürze nicht außer dem Bereich des Möglichen liegen. Sicher wird von Seite der Mittelmächte alles geschehen, um im Sinne ihres entschlossenen Friedenswillens hemmungslos zu einer festen Vereinbarung zu gelangen. Aber man darf die Möglichkeit von Rückschlägen nicht ausschließen, solange formell und tatsächlich nicht das Gegenteil gesichert ist.

Große Geschehnisse vollziehen sich jetzt an dem Orte, an dem die Unterhändler versammelt sind — vielleicht die endgültige Entscheidung des Weltkrieges. Man kann dem Gange dieses historischen Werdens mit jenem Vertrauen folgen, das in den Erfolgen unserer Armee, der wichtigsten menschlichen Voraussetzung der jetzigen Ereignisse, in dem zielsicheren Willen der leitenden Staatsmänner und vor allem in der Zuversicht auf unsern Herrgott, der unsere gerechte Sache sichtlich schirmt, begründet ist.

* * *

In maßgebenden diplomatischen Wiener Kreisen wird erklärt, daß die Oeffentlichkeit über jede Phase der voranschreitenden Verhandlungen mit Rußland unterrichtet werden wird, soweit sich dies mit militärisch-diplomatischen Interessen vereinbaren lasse. Es solle sich die Oeffentlichkeit den den Tatsachen vorauseilenden Gerüchten gegenüber, wie der Meldung über den bereits erfolgten Waffenstillstand, vorsichtig verhalten. Tatsächlich haben die Verhandlungen über den Waffenstillstand erst begonnen. Die Waffenruhe an einzelnen Teilen der Front ist nicht gleichbedeutend mit dem allgemeinen Waffenstillstand.

Die Nachrichten von den einzelnen Teilen der Front lauten sehr erfreulich.

---

Die Bolschewiki haben im Innern des Reiches überall ihre Stellung befestigt. Durch das Friedensprogramm gelangten sie zu ihrer gegenwärtigen Macht, auf der sie sich erhalten trotz aller Gegenarbeit des Vierverbandes.

In die Verhandlungen mit der russischen Front ist die rumänische Front nicht inbegriffen. In dem vom Präsidenten Wilson nach Jassy gerichteten Telegramm kommt trotz aller Großsprecherei ein bescheidener und weniger kriegerischer Ton zur Geltung.

Neues Wiener Tagblatt
4./XII. 1917



## Die russische Zirkularnote vom 28. November.

Es gelangt sodann eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Korosec, Stanek, Petruszewicz an den Ministerpräsidenten betreffend eine Verstümmelung der russischen Zirkularnote vom 28. November 1917 zur Verlesung. Es werden folgende Anfragen an den Ministerpräsidenten gestellt:

1. Wie kann es die Regierung verantworten, daß weltgeschichtliche Dokumente, wie es die russische Zirkularnote vom 28. November 1917 ist, absichtlich in verstümmelter Form veröffentlicht werden? Warum ließ man gerade den Passus fallen, der von der russischen Friedensbedingung spricht, welcher zufolge man Garantien für die nationale Selbstbestimmung bieten müsse?

2. Ist die am 29. November 1917 veröffentlichte Antwort der Monarchie an Rußland tatsächlich in dieser Form erfolgt? Denn wie könnte der russische Rat der Volkskommissäre überallhin mitteilen, Oesterreich-Ungarn habe das ganze Friedensprogramm der Revolution, das ist auch die Forderung nach Garantien des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, als Verhandlungsgrundlage angenommen? Wurde daraufhin die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten vollinhaltlich nach Petrograd mitgeteilt?

3. Wie kann die Regierung behaupten, in der Erklärung des Ministerpräsidenten sei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen Oesterreich-Ungarns anerkannt? Ohne hierauf einzugehen, ob es in Oesterreich tatsächlich ein demokratisches Wahlrecht gibt, wo eine starke slawische Majorität im Abgeordnetenhause nur eine Minorität bildet, während die slawische Vertretung im Herrenhause nur ganz gering ist, ohne auf die ungarischen Verhältnisse einzugehen, wo 60 Prozent Nichtungarn nur sieben Prozent Abgeordnetenmandate besitzen, sehen wir in der Anschauung, daß ein aus diesen Nationen bestehender Reichsrat über das Schicksal der einzelnen Nationen entscheiden soll, einen der natürlichen Logik widersprechenden Gegensatz zum klaren Programm der „Selbstbestimmung der Nationen". Wenn Graf Hertling am 29. November 1917 im Deutschen Reichstag das Selbstbestimmungsrecht der Polen, Litauer und Kurländer dahin definiert, daß diese Völker sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht, wenn selbst die Erklärung Ritter v. Seidlers den jenseits der russischen Grenze wohnenden Völkern die volle Freiheit der Entschließung über ihre staatliche Zukunft gönnt, so stellen die Mittelmächte hiemit selbst Auffassungen vom Selbstbestimmungsrecht auf, welche jener, wie sie an die österreichisch-ungarischen Nationen appliziert werden soll, diametral widersprechen. Ueber das Schicksal der Nation, über ihre staatliche Gestaltung kann nach dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes nur die Vertretung der Nationen selbst entscheiden. Unser diesbezügliches Verlangen wurde in den Deklarationen vom 30. Mai 1917 und später wiederholt von den berufensten Faktoren klar geäußert und hiemit unser Selbstbestimmungsprogramm präzisiert. Glaubt die Regierung nicht, daß sie durch obangeführte Verstümmelungen sowie durch ganz sinnwidrige Verdrehungen des Begriffes der Selbstbestimmung die Würde eines Staates schädigt?

4. Wir wollen den Frieden, wir verlangen die Entfernung jedweder Hindernisse des baldigsten Abschlusses desselben, glauben jedoch, daß mit gewollten Unklarheiten, Geheimtuerei und Verstümmelungen von Dokumenten über anfängliche Scheinerfolge hinaus nur eine tiefgehende Erbitterung, Mißtrauen und neue Schwierigkeiten hervorgerufen werden und für die friedensbedürftigen Völker eine neue furchtbare Enttäuschung. Wir verlangen eine offene Friedensarbeit, ohne Zweideutigkeiten und Hinterhalt, damit das tatsächliche Friedenshindernis offen zutage tritt und alle Völker an der Beseitigung desselben mitarbeiten können. Glaubt die Regierung daher nicht, daß sie die Völker durch das befremdende Spiel mit der Idee der nationalen Selbstbestimmung vom Frieden entfernt? Ist die Regierung geneigt, diese Frage klar und offen zu behandeln, ohne Bemäntelungen und Verdrehungen, und tatsächlich nach innen und außen Garantien für die volle Ausführung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu bieten?

Neue Freie Presse
4. XII. 1917.
163

## Die Verhandlungen unter Vorsitz des Generals Hoffmann.

Wien, 4. Dezember.

Amtlich wird verlautbart: Die russische Abordnung wurde gestern, nachmittags 4 Uhr, vom Oberbefehlshaber Ost, Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern, mit einer kurzen Ansprache begrüßt, worauf die Verhandlungen über den allgemeinen Waffenstillstand unter Vorsitz des Chefs des Stabes, Generals Hoffmann, und unter Beteiligung der bevollmächtigten Vertreter der obersten Heeresleitungen von Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei ihren Anfang nahmen.

Vossische Zeitung

4./XII. 1917

4

166

# Die staatsrechtliche Stellung Finnlands

## Ein Gutachten der Berliner Universität.

Professor Rafael Erich, Lehrer des Staats- und Völkerrechts an der Universität zu Helsingfors, hat an die Staats- und Völkerrechtslehrer verschiedener Länder folgende Fragen gerichtet:

1. Welchen Einfluß hat Ihrer Ansicht nach der in Rußland zufolge der Revolution erfolgte Wegfall der Monarchie und die somit eingetretene Aenderung der Staatsform auf den Bestand und den Inhalt der russisch-finnischen Staatsverbindung ausgeübt?

2. Kann eine republikanische russische Regierung, sei es diejenige, die nach der Revolution eingesetzt wurde, sei es irgendeine andere, das Recht in Anspruch nehmen, als Nachfolgerin der finnischen Krone und somit als Inhaberin der monarchischen Rechte in Finnland anerkannt zu werden?

3. Ist durch den Wegfall des monarchischen Oberhauptes der finnische Landtag als das nunmehr einzige unmittelbare Staatsorgan Finnlands in den Besitz der gesamten finnischen Staatsgewalt gelangt?

4. Wäre ein Beschluß des finnischen Landtages gerechtfertigt, durch den er die Verbindung mit Rußland für aufgelöst und Finnland für einen selbständigen Staat erklärte? Wäre ein solcher Beschluß lediglich als die Feststellung einer bereits eingetretenen Veränderung oder aber selbst als ein einseitig rechtsveränderndes Staatsakt anzusehen? Hätten im letzteren Falle die in Rußland herrschenden anarchischen Zustände einen Einfluß auf die rechtliche Beurteilung des Vorganges?

5. Ist Finnland infolge des Wegfalls der großfürstlichen Dynastie befugt, sich eine neue Verfassung zu geben und durch diese die bisherige Staatsform zu ändern?

6. Erlangt Finnland mit der Lösung aus dem russischen Reichsverbande auch die völkerrechtliche Selbständigkeit?

Die unterzeichneten Lehrer des Staats- und Völkerrechts an der Berliner Universität erteilen darauf ihrer rechtlichen Ueberzeugung gemäß einstimmig nachfolgende Antwort:

1. Mit der Entthronung der kaiserlichen Dynastie und der auf revolutionärem Wege erfolgten Einführung der republikanischen Staatsform in Rußland ist die staatsrechtliche Verbindung Finnlands mit dem russischen Reiche gelöst. Denn sie beruhte lediglich darauf, daß der jeweilige Zar von Rechts wegen zugleich Großfürst von Finnland und als solcher konstitutioneller Monarch des finnischen Staates war, als dessen oberstes Organ er verfassungsmäßig die höchste Gewalt in Finnland teils in Person, teils durch seine besonderen finnischen Regierungsbehörden ausübte.

2. Die von der Revolution geschaffene russische Regierung oder irgendeine andere an ihrer Stelle zur Macht gelangte oder künftig gelangende neue Regierung ist nicht die Rechtsnachfolgerin der finnischen Krone. Sie ist nicht „Großfürst" geworden und kann daher keine nach der finnischen Verfassung dem Monarchen zustehende Machtbefugnis für sich in Anspruch nehmen.

3) Der finnische Staat hat durch den Wegfall seines obersten Organs seine Eigenschaft, Staat zu sein, nicht eingebüßt, besteht vielmehr in seiner bisherigen Staatlichkeit fort. Er besitzt in dem vom finnischen Volk gewählten Landtage ein verfassungsmäßiges Organ, das als zurzeit alleiniges unmittelbares Staatsorgan berechtigt und verpflichtet ist, bis auf weiteres die gesamte finnische Staatsgewalt auszuüben.

4) Als legitimer Repräsentant des finnischen Gemeinwesens ist der Landtag kompetent, die Auflösung der Verbindung mit dem russischen Reiche auszusprechen und die Selbständigkeit Finnlands zu proklamieren. Er würde damit nur die von Rechts wegen eingetretene Folge der tatsächlichen Ereignisse feststellen. Doch würde er auch, wenn das Verhältnis zwischen Finnland und dem Russischen Reich als eine vertragsmäßige Union aufgefaßt werden müßte, zu deren Auflösung es an sich einer Vereinbarung bedürfte, gegenüber den anarchischen Zuständen Rußlands kraft Staatsnotrechts zu einer einseitigen Lossagungserklärung befugt sein.

5. Mit dem Wegfall des verfassungsmäßigen Großfürstentums hat das finnische Staatsvolk in Ausübung seiner künftigen Staatsform die freie Selbstbestimmung erlangt. Der Landtag hat die Entscheidung darüber zu treffen oder durch Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung herbeizuführen. Rechtlich zulässig ist sowohl die Wahl eines neuen Großfürsten unter Beibehaltung der nur dem veränderten Umständen angepaßten bisherigen monarchischen Verfassung, wie auch Neuschaffung einer republikanischen Verfassung.

6. Durch die Lösung aus dem russischen Reichsverbande hat der finnische Staat als solcher die volle Souveränität erlangt. Eignete ihm bisher nur die selbständige staatsrechtliche, nicht die selbständige völkerrechtliche Persönlichkeit, so steht ihm nunmehr auch die eigene völkerrechtliche Rechts- und Handlungsfähigkeit zu. Denn daß nach außen hin der russische Staat den finnischen Staat deckte und mitvertrat, war lediglich ein Stück der mit der Stellung des Zaren als Großfürsten untrennbar verbundenen Rechtssphäre. Gibt es keinen russischen Kaiser mehr und ist in seine Rechte über Finnland kein anderer russischer Machthaber subrogiert, so ist jede Beschränkung der staatlichen Rechtssubjektivität Finnlands auch im Verhältnis zu anderen Staaten erloschen.

Otto von Gierke. Josef Kohler. Franz von Liszt.
Wilhelm Kahl Konrad Bornhak. Hugo Preuß.

Reichspost

5./XII. 1917



## Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein über die Waffenstillstandsverhandlungen.

In einer christlichsozialen Wählerversammlung in Währing, die Montag im Saale „Zum wilden Mann" unter dem Vorsitze des BVSt. Horak stattfand, hielt Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein vor einer fast tausendköpfigen Menge eine oft von Beifall unterbrochene Rede, in der er u. a. ausführte:

Es ist kein Wunder, wenn die Menschheit in ihrer Not ein heißes Sehnen nach dem Frieden empfindet. Trotz ungeahnter Erfolge und glänzender Siege ist dieser Wunsch auch in Deutschland und Oesterreich allgemein und dringend. Wir wollen ausnahmslos und aufrichtig den Frieden, aber wir wollen ihn ehrenvoll und vorteilhaft, damit er der errungenen günstigen Kriegslage und den gebrachten Opfern entspreche. Ueber diesen unseren festen Entschluß dürfen wir nicht den mindesten Zweifel aufkommen lassen; denn die Nationen der Entente haben mit verblüffender Offenheit die Vernichtung Deutschlands und die Teilung Oesterreichs als ihr Ziel erklärt. Sie sind immer noch verblendet genug, um unsere Friedensliebe als Willensschwäche, als Eingeständnis physischer Erschöpfung auszulegen. Durch eine besoldete Hetzpresse, durch die Ruhmredigkeit gewissenloser Führer werden die Völker der Entente noch immer in Selbsttäuschung gewiegt. Unpatriotisch oder unklug ist daher bei uns das ungestüme und klägliche Geschrei mancher Parteiblätter nach einem bedingslosen Frieden um jeden Preis, weil es die törichte Zuversicht unserer Feinde steigert, ja den Frieden noch weiter hinausschiebt.

Der Redner besprach sodann die gegenwärtige Kriegslage, die gekennzeichnet sei durch die gründliche, selbst in Italiens Kriegsgeschichte unerhörte Niederlage der Italiener und durch die Ereignisse in Rußland. Der Stockholmer Sozialisten-Aeropag sei seinerzeit wahrhaftig nicht geeignet und berufen gewesen, den Frieden zu bringen. Ganz anders, fuhr Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein fort, verhält es sich mit der derzeitigen Regierung der russischen Republik. Sie übt tatsächlich gegenwärtig die Herrschaft im Lande aus. Gestützt und getragen von dem allen Parteien und Klassen gemeinsamen Wunsche nach Friedensschluß, ist sie ein Machtfaktor, mit welchem die Regierungen und Staatsmänner der Mittelmächte rechnen können. Das Angebot Rußlands ist zweifellos ernst gemeint und wird von Deutschland und Oesterreich bereitwillig und ehrlich angenommen. Unsere Heerführer werden jene Kautelen schaffen, die uns gegen Rückfälle oder Ueberfälle sichern. Willkommen ist, wer uns die Hand zum Frieden bietet, wer immer es sei, ist uns gleichgültig, denn es fällt uns nicht ein, in die innere Politik Rußlands uns einzumischen. Das ist eine häusliche Angelegenheit des unglücklichen Reiches.

Neue Freie Presse Abendbl. 6./XII. 1917

179

# Abschluß der Waffenruhe mit Rußland.

## Vom Mittag des 7. Dezember bis inklusive Montag den 17. Dezember.

Wien, 6. Dezember.

Amtlich wird verlautbart: „6. Dezember 1917. Die bevollmächtigten Vertreter der obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von zehn Tagen für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart.

Der Beginn ist auf den 7. Dezember, 12 Uhr mittags, angesetzt.

Die zehntägige Frist soll dazu benützt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zur mündlichen Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der verschiedenen Abordnungen auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissionssitzungen dauern fort."

Fremdenblatt 6./XII. 1917 176

# Die Pariser Ententekonferenz.

K. Paris, 4. Dezember. Im heutigen Ministerrat gab Minister des Aeußern Pichon die Ergebnisse der Alliiertenkonferenz bekannt. Die Konferenz habe unter allen Gesichtspunkten Ergebnisse gezeitigt, zu denen man sich beglückwünschen könne. Sie habe gestattet, die Einheit des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Handelns sicherzustellen. Auf Grundlage vollkommener Einmütigkeit und enger Solidarität seien zwischen den Alliierten Abkommen geschlossen worden zur Lösung von Fragen, die ihre gemeinsame Rolle im Kriege angingen. Die finanziellen Bedürfnisse der Alliierten, die Erfordernisse ihrer Bewaffnung und ihre Transport- und Verpflegungsverhältnisse seien Gegenstand eingehender Prüfung gewesen und hätten zu Beschlüssen geführt, die ihnen vollkommene Genugtuung verbürgten. Die Schaffung eines interalliierten obersten Marine-Ausschusses sei geplant.

Vom militärischen Standpunkte aus sei die Einheit des Handelns auf die Wege gesicherter Verwirklichung durch den Generalstab der Alliierten gebracht, der nach einem Programm, das sich auf alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen beziehe, zu arbeiten haben werde.

In diplomatischer Beziehung hätte sich aus den Unterhaltungen zwischen den Vertretern der Mächte vollkommene Uebereinstimmung über alle Angelegenheiten ergeben, die sie gemeinsam zu regeln hätten, um den allgemeinen Sieg ihrer Länder zu sichern.

K. Paris, 4. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Vor Aufhebung der Sitzung der Konferenz der Alliierten hielt der Vertreter Wilsons Oberst House eine Rede, worin er ausführte: Unsere Beratungen waren gekennzeichnet durch Gleichstellung und Einigkeit der Ansichten, die die besten Ergebnisse für die Zukunft versprechen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir durch vereinigte und zusammengefaßte Anstrengung das Ziel erreichen können, das wir uns gesteckt haben. House schloß mit Worten des Dankes für die Aufnahme in Frankreich und betonte, Amerika sei stolz, an der Seite so tapferer Verbündeter kämpfen zu können.

### Schlußrede Clemenceaus.

Ministerpräsident Clemenceau schloß die Konferenz mit folgender Rede: Da es meine Aufgabe ist, diese Konferenz als geschlossen zu erklären, erlauben Sie mir, den Worten, die Sie eben gehört haben, noch einige hinzuzufügen. Ich hatte die feste Absicht zu schweigen, um Sie unter dem Eindruck der prächtigen Worte zu lassen, die mein Freund, der bedeutende Oberst House, der das große amerikanische Volk so würdig vertritt, gesprochen hat. Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß, wenn die historische Freundschaft, die in glorreicher Vergangenheit die französische und die amerikanische Nation vereinigte, für uns ihre Lehren hat, die gänzliche Beseitigung alter Feindseligkeiten nicht minder lehrreich ist. In früheren Zeiten waren wir Freunde Amerikas, aber Englands Feinde. Tapfer und ehrlich kämpften einst die Franzosen gegen die Engländer auf dem Lande wie zur See. Heute sind sich aber diese beiden Völker ganz ihrer solidarischen freundschaftlichen Arbeit bewußt. Es gibt hier weder große noch kleine Nationen mehr. Alle Völker sind groß, die für das nämliche Ideal, die Gerechtigkeit und die Freiheit, kämpfen, und zum Besten ihrer Zukunft ihre Opfer darbringen. Sie werden hierfür in Bälde herrlich belohnt werden. Wenn ich den Zeitungsmeldungen glauben darf, so erhob sich jenseits der Schützengräben eine gewichtige Stimme, die sich über diese Konferenz lustig macht. Es liegt aber hier kein Grund zum Spotte vor. Unsere Feinde, denen nichts über brutale Gewalt geht, können uns nicht begreifen. Wir alle sind in den Kampf gezogen unter dem Gebote des menschlichen Gewissens. Wir wollen dieselbe Verwirklichung des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Freiheit, auch wenn man auf der anderen Seite des Rheins nicht versteht, daß die Welt unseren Sieg erwartet. Und er wird kommen! Alle Völker, deren Vertreter hier weilen, sind eins in dem Willen, den Triumph der größten Sache zu erkämpfen. Wir arbeiten, um mit Waffengewalt das Recht auf den Frieden zu gewinnen.

### Mitteilungen Orlandos.

K. Genf, 5. Dezember. Der italienische Ministerpräsident Orlando bezeichnete gegenüber einem Mitarbeiter des „Petit Parisien" die Pariser Konferenz als bedeutendes Ereignis, wobei er die Verschärfung der Blockade, den Ausgleich der fortfallenden russischen Militärkraft durch die amerikanische sowie den großen Eindruck hervorhob, den das Eintreffen der alliierten Truppen an der italienischen Front hervorrief.

Fremdenblatt

6./XII. 1917



# Erklärungen des türkischen Ministers des Aeußern.

K. Konstantinopel, 3. Dezember. (Meldung der Agence Telegraphique Milli.) Minister des Aeußern Nessimi Bey gab in der Kammer in Beantwortung einiger von Deputierten an ihn gerichteter Anfragen Erklärungen über die politische und militärische Lage der Türkei ab.

Der Minister legte zunächst dar, daß die von Rußland jüngst veröffentlichten Geheimdokumente bewiesen hätten, wie sehr die Türkei Grund gehabt habe, den Kampf aufzunehmen, in dessen Verlaufe das Land seine Lebensfähigkeit trotz einiger zeitweiliger Rückschläge an der Front bewiesen habe, die durch den Umstand bedingt gewesen seien, daß die Türkei an mehreren Fronten und gegen eine große Zahl von Feinden kämpfe, welche das Land auf sich gezogen habe, um den auf seinen Verbündeten lastenden Druck zu vermindern. Der Minister zitierte die von Lloyd George in Paris bezüglich der militärischen Macht der Türkei gesprochenen Worte und erklärte, die Türkei habe keinerlei Eroberungsabsichten, sondern strebe einzig und allein darnach, ihre volle Unabhängigkeit zu erhalten, um auf dem friedlichen Wege des Fortschrittes rasch vorwärtsschreiten zu können. Der Minister erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Antwort der Türkei auf den Friedensschritt des Papstes, durch die der Vierbund trotz der Ueberlegenheit seiner militärischen Lage gezeigt habe, daß er zum Abschluß eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens bereit sei.

## Die Verhandlungen mit Rußland.

Hierauf ging der Minister zur Besprechung der Ereignisse in Rußland über und sagte: Wir sind Zeugen eines neuen, sehr bedeutsamen Abschnittes der russischen Revolution. Wir befanden uns dem von Lenin und Trotzki unterzeichneten Vorschlage gegenüber, durch den der unverzügliche Beginn der Friedensverhandlungen verlangt wurde. Sowohl wir, wie unsere Verbündeten antworteten, daß wir bereit wären, in Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen unter der Bedingung einzutreten, uns befugten russischen Delegierten gegenüber zu befinden. (Langanhaltender Beifall.) Wir haben unsere Delegierten ernannt. Nichts hindert uns, in Verhandlungen, sei es für einen allgemeinen Waffenstillstand, sei es für einen Frieden mit der gegenwärtigen russischen Regierung einzutreten, welche die Eroberungspolitik verschmäht, die vom Zarismus in unserem Lande verfolgt wurde, um die russischen Freiheitsbestrebungen zu ersticken, welche die vom Zarismus mit seinen Verbündeten abgeschlossenen Geheimverträge verwirft und sie veröffentlicht und welche auf diese Weise den Wunsch zeigt, unsere nationale Ehre, unsere Unabhängigkeit und unsere Souveränität zu achten. (Langanhaltender Beifall.) Es gibt keinen Grund mehr, der uns hindern würde, die besten Beziehungen guter Nachbarschaft mit Rußland herzustellen, mit diesem Rußland, das ebenso wie wir das Bedürfnis hat, lange Jahre in Ruhe auf dem Gebiete der Reformen zu arbeiten. Wir werden Rußland, das uns gegenüber Sympathie und Aufrichtigkeit zeigt, gleiches mit gleichem vergelten. (Bravo-Rufe.) Wir haben alle Hoffnung, in den Beratungen über den Waffenstillstand und den Frieden mit den russischen Delegierten, bei denen wir die gleichen Gefühle für uns voraussetzen, in nächster Zeit unserem Wunsche gemäß zu einem tatsächlichen Ergebnis zu gelangen.

Die Zeit
6./XII. 1917


# Sitzungsbericht.

## Eine Friedenskundgebung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Kundgebung, bei der sich die Gemeinderäte von den Sitzen erheben:

„In wiederholter Kundgebung hat der Wiener Gemeinderat und die Wiener Bevölkerung ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck gegeben und dem Minister des Aeußern für seine unentwegte zielbewußte Haltung in der Friedensfrage den Dank ausgesprochen. Seit gestern kann diese Haltung unserer Regierung ihren ersten Erfolg verzeichnen: die russische Regierung hat auch ihrerseits den Pfad des Friedens betreten, und so dürfen wir mit berechtigter Zuversicht hoffen, daß die Verhandlungen, die zwischen den Verbündeten und Rußland an den Fronten gepflogen werden, zu dem ersehnten Ergebnis führen und uns in nicht zu ferner Zeit einen allgemeinen, dauerhaften und ehrenvollen Frieden bringen. (Beifall.)

Das russische Volk, das dem Eroberungswillen unserer Feinde die größten und blutigsten Opfer gebracht hat, ist zur Einsicht gekommen. Mögen auch die anderen Völker bald den Weg zur Würde des Menschen zurückfinden, und möge dem schwer geprüften Europa dann in ungestörter Friedenszeit die Wiederaufrichtung und kulturelle Entwicklung beschieden sein.

Der vierte Kriegswinter hat mit seiner ganzen Strenge und den unsäglichen Opfern, die er an die Soldaten an der Front und die Bürger in der Heimat stellt, eingesetzt; die Verheißung des nahenden Friedens stärkt unsere Herzen und läßt uns der Hoffnung leben, daß unsere Söhne und Brüder bald zurückkehren und daß die Leiden und Entbehrungen der Männer, Frauen und Kinder in der Heimat ein baldiges Ende nehmen werden.

Unsere Regierung, die am Werke ist, den in der gestrigen Thronrede neuerdings in so erhebender Weise bekundeten Friedenswillen unseres geliebten Kaisers zu erfüllen, wird sich, wenn sie das Friedensziel erreicht, den Dank des Gemeinderates und der gesamten Bevölkerung für alle Zeiten sichern. (Lebhafter Beifall.)

Ostdeutsche Rundschau

6./XII. 1917

180

**Der Niederösterreichische Gewerbeverein zur Friedensfrage.** In der letzten Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins richtete der Vorsitzende Präsident Schiel eine Ansprache an die Erschienenen und sagte unter anderem: Gestützt auf die allgemeine Volksstimmung und daher des Beifalles aller gewiß, haben unser Minister des Auswärtigen und der neue Reichskanzler des Deutschen Reiches sofort ihre Geneigtheit kundgegeben, sich mit Rußland in Verhandlungen über den Frieden einzulassen. Welche Wendung des Schicksals! Statt, wie es die eroberungslüsternen Regierungen der Entente und auch die früheren Regierungen in Rußland beabsichtigten, **Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei zu zerstückeln und zu verstümmeln,** sind die Mittelmächte, dank des beispiellosen Opfermutes ihrer verbündeten Heere und dank der glorreichen Führung, aber auch dank des heroischen Durchhaltens im Hinterlande, **nicht bloß im vollen Besitze ihrer Staatsgebiete, sondern halten weite Gebiete feindlichen Landes besetzt und können, was sie wiederholt und unzweideutig erklärten, Frieden schließen und daher auch die nunmehr dargebotene Hand Rußlands zum Abschlusse eines ehrenvollen und dauernden Friedens ungescheut ergreifen.** Der 30. November des Jahres 1917 wird von welthistorischer Bedeutung sein — von da an wird der allmähliche kulturelle und wirtschaftliche Wiederaufbau Europas datiert werden! **Diejenigen, welche bei uns und in Deutschland am lautesten den Frieden begehren, werden nunmehr ihre Forderungen an die Adresse der Regierungen von England, Frankreich und Italien zu richten haben.** Möge es gelingen, die Stimmung auch in diesen Ländern dem Friedensschlusse geneigt zu machen! **Ebenso wie die Annexionsabsichten schon ursprünglich nur auf seiten unserer Gegner bestanden, so ist es jetzt völlig einwandfrei klargestellt, daß das Hindernis zum allgemeinen Friedensschlusse nur mehr in London, Paris, Rom und Washington zu suchen ist.** Gewiß werden auch wir alle in Oesterreich-Ungarn und Deutschland es tausendmal lieber sehen, wenn die Bereitwilligkeit der Entente zum Friedensschlusse auf unblutigem Wege als durch die eindringliche Sprache der Waffen erreicht werden kann. Mögen unsere und die Regierung des Deutschen Reiches, welchen wir heißen Dank für die Annahme des russischen Friedensanbotes schulden, von jener hohen Weisheit erfüllt sein, die zu einem möglichst raschen, aber auch **für uns ehrenvollen, unsere staatliche und wirtschaftliche Entwicklung sichernden Abschlusse des Krieges führt.**

Abendbl
6./XII. 1917

181

# Der Raubvertrag Italiens.

## Wortlaut der Abmachungen zwischen Italien und den übrigen Verbandsmächten.

Stockholm, 4. Dezember.

„Prawda" vom 28. v. M. setzt die Veröffentlichung der geheimen Dokumente fort und teilt den Vertrag mit, den England, Frankreich und Rußland mit Italien einzugehen, um dem Verband die Hilfe Italiens zu sichern. Hier sei folgender Auszug mitgeteilt:

Der italienische Botschafter in London Marquis Imperiali beehrt sich, im Auftrage seiner Regierung dem Staatssekretär Sir E. Grey, dem französischen Botschafter (London) Cambon und dem russischen Botschafter (London) Grafen Benckendorff nachstehendes Schriftstück mitzuteilen:

Artikel 1. Zwischen den Generalstäben Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und Italiens soll unverzüglich eine Militärkonvention abgeschlossen werden. Diese Konvention wird das Mindestmaß der Streitkräfte bestimmen, welches Rußland gegen Oesterreich-Ungarn zu senden hat für den Fall, daß letztgenannte Macht alle ihre Kräfte gegen Italien richten sollte und Rußland sich dafür entschieden hätte, hauptsächlich Deutschland anzugreifen.

Die genannte Militärkonvention wird gleichfalls Fragen, betreffend Waffenruhe festlegen, soweit solche vom höchsten Armeekommando abhängen können.

Artikel 2. Seinerseits verpflichtet sich Italien, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg im Bunde mit Frankreich, Großbritannien und Rußland gegen alle mit ihnen kriegführenden Mächten zu führen.

Artikel 3. Frankreichs und Englands Seestreitkräfte werden Italien ungeschwächte tätige Mitwirkung leisten, solange Oesterreichs Flotte nicht vernichtet ist, bis zum Friedensschluß. Zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien soll unverzüglich eine Konvention, den Seekrieg betreffend, abgeschlossen werden.

Artikel 4. Bei dem künftigen Friedensschluß soll Italien erhalten: die Gebiete des Trentino, das ganze südliche Tirol bis zu dessen natürlicher Grenze, als welche der Brenner zu betrachten ist, die Stadt Triest mit Umgebung, die Grafschaft Görz und Gradiska, ganz Istrien bis zum Quarnero mit den istrischen Inseln und Lussin, ebenso die kleineren Inseln Plavniod (?), Unie, Cacki-Doli (?), Palazzolo, San Pietro dei Nembi, Asmello und Gruica und der umliegenden Länder. (Ein Zusatz bezeichnet die Grenzen näher!)

Artikel 5. Ferner erhält Italien die Provinz Dalmatien mit ihrem gegenwärtigen Umfang unter Hinzufügung von Lissarica (?) und Trebinia im Norden und im Süden das ganze Gebiet bis zu einer Linie, gezogen vom Strande der Plankalas(?)-Spitze nach Osten bis zur Wasserscheide, wodurch in Italiens Besitz alle Täler der Flüsse kämen, welche bei Sebenico münden, also Cicolo, Kerka und Butisniza, nebst allen ihren Zuflüssen. Ebenso fallen Italien alle Inseln zu, welche nach Norden und Westen von Dalmatiens Küste liegen usw.

Artikel 6. Italien erhält mit vollem Besitzrecht Valona, die Inseln Sasseno und ein Gebiet, das hinreichend groß ist, um diese Besitzung in militärischer Hinsicht zu sichern, — vorschlagsweise zwischen dem Fluß Vopiza im Norden und im Osten, und der Grenze des Distriktes Chimara im Süden.

Artikel 8. Italien erhält mit vollem Besitzrecht alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.

Artikel 11. Italien erhält den Anteil der Kriegskontribution, der dem Masse seiner Opfer und Anstrengungen entspricht.

Artikel 13. Für den Fall einer Ausdehnung der französischen und englischen Kolonialbesitzungen in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, Kompensationen zu fordern in Form einer Ausdehnung seiner Besitzungen in Erythrea, Somaliland, Libyen und den an Frankreichs und Englands Kolonien grenzenden Gebieten.

Artikel 15. Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den Heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.

Artikel 16. Vorliegender Vertrag soll geheim gehalten werden. Was Italiens Anschluß an die Deklaration vom 5. September 1915 betrifft, so wird diese Deklaration erst veröffentlicht werden, sobald Italien Krieg erklärt oder eine Kriegserklärung erhalten hat. Italien erklärt, so bald wie möglich aktiv aufzutreten, auf jeden Fall nicht später als einen Monat nach der Unterzeichnung des vorliegenden Dokumentes durch alle Parteien, die es angeht.

Reichspost

7./XII. 1917

182

— **Für die Rechte des Papstes.** Die am 5. d. in Wien versammelten Geschäftsführer und Vertrauensmänner des Katholischen Volksbundes haben einhellig folgenden Beschluß gefaßt: Aus den Veröffentlichungen des Petersburger Geheimarchivs hat sich die Gewißheit ergeben, daß die Ententeregierungen, die Souveränitätsrechte des Heiligen Stuhles in gröbster Weise verletzt und das Oberhaupt der Christenheit geradezu der Willkür der italienischen Regierung überantwortet haben. Besonders verabscheuenswürdig und grausam gegen die Völker erscheint in jenem Vertrage die Absicht, alle diplomatischen Schritte des Papstes zur Herbeiführung des Friedens zu verhindern oder zu durchkreuzen. Als Katholiken erheben wir nun feierlich Protest gegen diese Rechtsverletzung. Als Freunde eines gerechten Völkerfriedens weisen wir dieses Attentat auf die sittliche Grundlage des Völkerlebens mit Entrüstung zurück. Wir erwarten, daß unsere Regierung im Verein mit den Verbündeten in altbewährtem Rechtsbewußtsein ihre ganze Kraft einsetzen wird, um derartige Rechtsverletzungen für die Zukunft zu verhindern. Wir appellieren an die Katholiken aller Nationen, besonders in den neutralen Staaten, daß sie jetzt ihre Stimme erheben und von ihren Regierungen verlangen, die unveräußerlichen Rechte des Papstes völkerrechtlich sicherzustellen.

7./XII. 1917

184

# Mitglieder des englischen Oberhauses für einen Verständigungsfrieden.

Bern, 6. Dezember. „Daily News" veröffentlichen einen Aufruf von Mitgliedern des Oberhauses, welcher unter Wahrung der berechtigten nationalen Interessen Englands offizielle Verhandlungen über einen Verständigungsfrieden befürwortet.

Die Zeit

7./XII. 1917

185

# Wilsons Rede.

## Für die Kriegserklärung an Oesterreich.

* Wien, 6. Dezember.

Wir haben bereits im Morgenblatt die Rede wiedergegeben, mit der Präsident Wilson den Kongreß am 4. d. eröffnete. Wir tragen nunmehr aus dem Bericht des k. k. Telegraphenkorrespondenzbureaus den Wortlaut folgender bemerkenswerter Stellen dieser Kriegsrede des Präsidenten nach:

### Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn.

Was wollen wir nun tun, um diesen Krieg für Freiheit und Gerechtigkeit zu einem gerechten Ende zu bringen? Wir müssen alle Hindernisse des Erfolges gründlich beseitigen und unsere Gesetze nach jeder Richtung hin so einzurichten, daß sie den vollen freien Gebrauch unserer Fähigkeiten und Kräfte als kriegführende Macht fördern. Ein sehr störendes Hindernis dafür ist, daß wir zwar mit Deutschland im Kriege sind, aber nicht mit seinen Verbündeten. Daher empfehle ich dem Kongreß dringend, den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn sofort zu erklären.

Befremdet Sie dieses Ergebnis meiner Ihnen eben gegebenen Beweisführung? Nein. Es ist die tatsächlich unvermeidliche Folgerung aus dem, was ich gesagt habe. Oesterreich-Ungarn ist augenblicklich nicht sein eigener Herr, sondern einfach Vasall der deutschen Regierung, und wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind, und ohne Gefühlsschwäche danach handeln. Die österreichisch-ungarische Regierung handelt nicht nach ihrem eigenen Willen oder entsprechend den Wünschen und Gefühlen ihres eigenen Volkes, sondern als Werkzeug einer anderen Nation. Wir müssen Oesterreich-Ungarns Kriegsmacht mit der unsrigen entgegentreten und die Mittelmächte als Einheit ansehen. Anders kann der Krieg nicht erfolgreich durchgeführt werden.

Dieselbe Folgerung müßte auch zur Kriegserklärung gegen die Türkei und Bulgarien führen. Auch sie sind Werkzeuge Deutschlands, aber nur Werkzeuge und stehen unseren sich als notwendig ergebenden Aktionen noch nicht unmittelbar im Wege.

Wohin die Erfordernisse dieses Krieges auch treiben, dahin werden wir gehen. Aber mir scheint, daß wir nur dahin gehen sollten, wohin unmittelbar praktische Erwägungen uns führen, ohne uns auf andere Erwägungen einzulassen.

### Maßnahmen gegen feindliche Untertanen.

Wilson fuhr fort, die notwendigen finanziellen und militärischen Maßnahmen würden sich im Laufe des Krieges von selbst ergeben. Er schlug weitgehende gesetzliche Maßnahmen gegen die feindlichen Untertanen und strenge Beaufsichtigung aller in den Vereinigten Staaten Ankommenden und von dort Abreisenden vor und kündigte eine Gesetzgebung an, durch die alle absichtlichen Verstöße gegen Verordnungen des Präsidenten betreffs feindlicher Untertanen mit Strafen bedroht und auch Frauen den für feindliche Untertanen geltenden Einschränkungen unterworfen würden. Man werde auch Konzentrationslager und die Einschließung derjenigen feindlichen Untertanen, die sich gegen gesetzliche Bestimmungen vergingen, in Gefängnissen und ähnlichen Anstalten vorbereiten müssen, wo sie wie andere Verbrecher arbeiten sollen.

Hierauf fuhr Wilson fort: Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß in der gegenwärtigen Session des Kongresses unsere ganze Aufmerksamkeit und Energie auf eine kraftvolle, schnelle und erfolgreiche Durchführung der großen Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, gerichtet sein sollte. Die Mittelmächte haben es auf das Herz aller Dinge, an die wir glauben, abgesehen. Ihre Methode der Kriegführung ist eine Beschimpfung aller Grundsätze der Menschlichkeit und ritterlichen Ehre. Ihre Intrigen korrumpierten die Denkweise und die Gesinnung vieler unter uns. Ihre unselige geheime Diplomatie versuchte sogar, unser Gebiet wegzunehmen und die Einheit des Staates zu zerreißen. Unsere Sicherheit würde aufhören, unsere Ehre wäre für immer beschmutzt und der Verachtung preisgegeben, wenn wir ihren Triumph zuließen. Sie versuchen selbst die Existenz der Demokratie und der Freiheit zu treffen.

Wilson schloß, er habe offen gesprochen, wie die Zeit es erfordere, damit alle Welt wisse, daß die Vereinigten Staaten selbst in dieser schlimmen Zeit ihre Ideale und ihre Grundsätze, um derentwillen ihr Name unter den Völkern in Ehren stehe, nicht vergessen.

Z./XII. 1917

187

# Die Frage der Kriegserklärung Amerikas an Oesterreich-Ungarn.

**Washington**, 5. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat sich für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn ausgesprochen.

**Washington**, 5. Dezember. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhause Flood hat eine neue Resolution eingebracht, die in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Präsidenten Wilsons und der amerikanischen Regierung steht. In der Resolution heißt es:

„Seit heute mittags 12 Uhr besteht zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn der Kriegszustand. Das macht die Anwendung der gesamten Marine- und Militärstreitkräfte zur Kriegführung notwendig."

Die Zeit

8/XII. 1917



# Die Waffenstillstandsverhandlungen.

## Die Vorarbeiten für die Vollsitzungen abgeschlossen.

KB Berlin, 7. Dezember.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die amtlichen Vertreter der vier verbündeten Mächte und die zurückgebliebenen Mitglieder der russischen Delegationen hielten gestern vormittags und nachmittags Kommissionssitzungen ab, in denen die Redaktion der Sitzungsprotokolle und die Vorarbeiten für die kommenden Vollsitzungen abgeschlossen wurden.

8./XII. 1917

196

## Abschaffung aller Ständeunterschiede und Titel.

### Beschlagnahme des Eigentums des Adels und der Bürgerschaft.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 7. Dezember.

Die „Nationalzeitung" berichtet aus Kopenhagen: „Politiken" meldet aus Paris: Der Präsident des Rates der Volkskommissare, Lenin, hat folgendes Dekret über die Abschaffung der Klassenunterschiede und Titel erlassen: Alle in Rußland bisher geltenden Klassen- und Ständeunterschiede, Organisationen und Institutionen, ferner alle Titel werden abgeschafft und durch die für die gesamte russische Bevölkerung gemeinsame Bezeichnung Bürger der russischen Republik ersetzt. 2. Das gesamte Eigentum des Adels und der Bürgerschaft ist den Semstwos auszuliefern.

8/VII 1917

197

# Die österreichischen Slawen und der Friede.

Von Universitätsprofessor Dr. Heinrich Lammasch.
Mitglied des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag.

Salzburg, 5. Dezember.

Jedem, dem die Beilegung des nationalen Streites in Oesterreich am Herzen liegt, muß die jüngste Enunziation des Czechischen, des Südslawischen und des Ukrainischen Verbandes schwere Sorge bereiten. Mit Rücksicht darauf, daß die im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler im Abgeordnetenhause nur das Prinzip „ohne Annexionen und Entschädigungen", nicht aber auch jenes „des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen" ausdrücklich als die Basis der bevorstehenden Friedensverhandlungen bezeichnet, behaupten die genannten Präsidien einen Gegensatz zwischen dem russischen Friedensanbote und dessen Annahme durch die verbündeten Regierungen „im wichtigsten Punkte" und befürchten (oder hoffen?) sie, daß „die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem Friedensschlusse nicht führen könnten". Wir Oesterreicher haben lange genug unter den Streitigkeiten über die Fragen gelitten, ob in dieser Stadt neben den czechischen Straßentafeln auch deutsche und in jener neben den deutschen auch czechische Straßentafeln angebracht werden dürfen oder ob in diesem Ort ein neues Bezirksgericht und in jenem Städtchen Parallelklassen im Untergymnasium errichtet werden dürfen, um den Bedürfnissen oder Wünschen einer Minorität der Bevölkerung nachzukommen. Wir können uns aber nicht vorstellen und wir befürchten es keineswegs, daß über die Frage, ob so unendlich wichtige Interessen verfassungsmäßig sichergestellt werden, der von der gesamten Menschheit ersehnte Friede scheitern könnte. Die Herren, welche den Präsidien dieser drei Klubs angehören, mögen nur die Stimmung ihrer eigenen Volksgenossen belauschen und sie werden über jeden Zweifel hinaus hören, daß den Millionen, die sie zu vertreten behaupten, die Rückkehr der Ihrigen aus dem Felde und aus der Gefangenschaft, die Wiederaufnahme friedlicher Arbeit, die Herstellung oder doch wenigstens die Anbahnung normaler Verpflegungs- und Verkehrsverhältnisse, die Rettung der Jugend aus der Gefahr völliger Verwahrlosung, die Minderung der sanitären Gefahren, die Eröffnung der Grenzen des Reiches zu Handel und Wandel und die Erfüllung zahlloser ähnlicher Wünsche nach materiellen und idealen Gütern, die man im Frieden für Selbstverständlichkeiten gehalten hatte, deren vollen Wert man erst im Kriege ermessen gelernt hat, unendlich wichtiger ist, als jene Fragen des Sprachenrechtes in Amt und Schule, auf die die nationalen Desiderien der Hauptsache nach hinauslaufen. Jene Abgeordneten, die noch immer glauben, daß dies die wichtigsten Interessen der Nationen seien, gleichen wahrhaftig jener Dynastie, die aus den Europa umwälzenden Ereignissen der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege nichts gelernt und in ihnen auch nichts vergessen hatten. Darum würden sie, wenn in der Friedensfrage an das Volk appelliert würde, deposseded werden wie jene. Den Frieden werden sie nicht aufhalten. Auch bei jenen, die sie zur ihre Freunde und Gönner halten, würden sie nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen, wenn sie ernstlich dem Frieden sich widersetzen und jene Fragen zu solchen von europäischem Interesse aufbauschen wollten.

Durch solch anmaßendes Unterfangen würden sie nur ihren Nationen den schwersten Schaden zufügen. Alle Oesterreicher anderen Stammes würden sich gegen sie wenden und auch dort, wo sie etwa berechtigte Wünsche hätten, sich ablehnend gegen sie verhalten. Alle, die ihnen bisher wohlwollend gegenüberstanden, müssen sich von ihnen völlig trennen, wenn sie ernstlich die Hilfe unserer Kriegsfeinde anrufen, wenn sie das, was eine jahrhundertlange Geschichte und die mannigfachsten kulturellen Beziehungen zusammengefügt haben, auseinanderreißen wollen, einzig, um es dem Fetisch der Sprache zu opfern. Befriedigung ihrer Wünsche können sie, soweit diese berechtigt sind, nur auf dem Wege der Verständigung mit den anderen das Reich bewohnenden Nationen erlangen, niemals durch ein Machtgebot von außen, gegen das sich die anderen mindestens mit derselben Kraft und Ausdauer zur Wehr setzen würden, deren sie selbst sich bedienen. Gerade diejenigen, die der anderen Seite Versöhnlichkeit und möglichstes Entgegenkommen gepredigt haben und die dafür von ihren Stammesgenossen verlästert worden sind, müssen und werden sich solch wahnwitzigem Beginnen entgegenstellen. Noch ist es Zeit zur Umkehr auf dem Wege, der nur ins Verderben führen kann. Nur ihre Feinde können wünschen, daß sie auf ihm verharren.

Neue Freie Presse

8/XII. 1917

198

# Allgemeiner Friede oder Sonderfriede.

## Erklärungen des Grafen Czernin im Ausschusse der ungarischen Delegation.

Wien, 7. Dezember.

Ein wie zufällig in die heutige Rede des Grafen Czernin verstreutes Wort möchten wir herausgreifen. Er sagte, daß er nicht versuchen wolle, Rußland von seinen bisherigen Verbündeten abwendig zu machen Der Reiz solcher Erklärungen ist, daß sie scheinbar nur aus der Debatte herauswachsen, nur die Antwort auf Fragen sind, während sie in Wirklichkeit sich nach außen wenden, ein vom Kriege aufgezwungener Ersatz für Noten, eine Mitteilung an die Feinde. Das russische Ministerium nennt Frankreich und England noch immer Verbündete. Die Botschafter verkehren nicht mit Lenin und Trotzki, aber der Bruch ist nicht vollzogen und trotz der Ungültigkeit aller geheimen Verträge werden die beiden Westmächte auch jetzt Bundesgenossen genannt. Graf Czernin hat zwei Gründe, daran nicht zu rühren. Die Entente muß selbst entscheiden, ob sie die früheren Beziehungen zu Rußland aufrechterhalten will oder nicht; sie ist vor der Kreuzung und muß wählen. Das russische Ministerium will den allgemeinen Frieden und die Entente will ihn nicht. Graf Czernin hat mitgeteilt, daß sie versuchen werde, die Verhandlungen über das Ende des Krieges zu stören und daß diese Umtriebe große Schwierigkeiten hervorrufen könnten. Wenn ihr dieses höllische Werk nicht gelingen und Rußland darauf bestehen sollte, daß über den allgemeinen Frieden verhandelt werden müsse, wäre der Gegensatz so ernst, daß die Trennung unvermeidlich bliebe. Die Entente ist vor der Frage, ob sie dem Friedenswillen des russischen Volkes sich beugen und den östlichen Flügel ihres politischen Machtaufgebots, hundertsiebzig Millionen Menschen, die Naturschätze eines Weltreiches, den Schuldner von Milliarden und ein unermeßliches Verbrauchsgebiet abstoßen solle. Der Friede ist zugleich die Voraussetzung für die Möglichkeit, daß die Entente wenigstens einen Teil des Einflusses rette, den sie unter den früheren Regierungen hatte. Wenn sie den allgemeinen Frieden verwirft, ist auch das Bündnis verworfen; wenn sie Rußland zum Sonderfrieden drängt, muß die Entfremdung sich bis zur Feindschaft verschärfen. Das britische Reich hat den Krieg auch um die Macht auf dem Festlande geführt, und diese Politik käme in eine Krise, wenn sie durch Zurückweisung des allgemeinen Friedens das russische Volk für lange Zeit ausschalten müßte. Die Entente ist bereits in Selbstzerstörung; deshalb ist es klug, daß die Mittelmächte auch den Schein verhüten, Rußland die Bündnisfreiheit genommen und durch Zwang zu einer neuen Gruppe hingedrängt zu haben.

Graf Czernin hat diesen Gedanken in den Worten ausgedrückt, daß der Weg zum allgemeinen Frieden nur über Rußland führe. Aber die Zurückhaltung gegenüber den Bündnisfragen ist noch aus einem andern Grunde notwendig. Rußland ist jetzt ein Staat, zu dessen Verständnis die Erfahrungen der Geschichte kaum zureichen. Eine Partei hat die Macht an sich gerissen, die den Grundbesitz unter den Bauern verteilen will und die in den Schriften das Privateigentum an Kapital verwirft. Was daraus entstehen wird, kann jetzt niemand beurteilen, da die Kräfte des Widerstandes durch die Sehnsucht des ganzen Volkes nach Frieden gebunden sind. Es wäre ein Fehler, diese Stimmung zu verderben und den Frieden, bei dem ohnehin, wie Graf Czernin sagte, ernste Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, an die Frage zu koppeln, welcher Gruppe sich Rußland anschließen wolle. Das russische Bürgertum ist nicht für die Abschaffung des Privateigentums an Kapital und für dessen Gemeinbesitz. Das Volk will den Frieden und dieses Bedürfnis ist so stark, daß es gegen jede Partei duldsam macht, die ihn bieten kann. Die Mittelmächte haben schon gar keine Veranlassung, sich in diese inneren Streitigkeiten einzumischen. Der Staat, den Lenin und Trotzki aufbauen möchten, ist jenseits der bisherigen Vorstellungen. Er könnte nach Büchern geschildert werden, aber die Wirklichkeit hat noch kein menschliches Auge gesehen, auch nicht die Zeugen der Pariser Kommune, die, an den Verhältnissen eines Reiches von hundertsiebzig Millionen gemessen, zum Spielzeug zusammenschrumpft. Lenin und Trotzki werden vielleicht, wenn ihr gesellschaftliches Ideal lebendig werden sollte, gar keine Bündnisse und wenig von dem, was einen Raum in der Diplomatie eingenommen hat, wollen. Wir sehen schon jetzt eine Oeffentlichkeit bei Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden, die ein Polizeistaat nie zugelassen hätte. Die Verknüpfung des Friedens mit der Politik, die schon jetzt die Bündnisgruppen verschieben möchte, wäre ein Irrtum.

Graf Czernin hat in Umrissen den Kampf geschildert, den die Entente gegen den Frieden führt. Die Botschafter sprechen nicht mit Lenin und Trotzki, aber die Umtriebe werden fortgesetzt und die Diplomatie der Mittelmächte ringt mit der Entente um einen Vertrag, der den Kindern die Ernährer, den Müttern die Söhne wiedergeben könnte. Rußland wird vom Frieden nicht mehr lassen. Wenn die Entente an den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden nicht teilnehmen sollte, wird es der Sonderfriede sein, werden Rußland und Rumänien, vielleicht auch Serbien und Montenegro sich von den Greueln abwenden, von denen die Menschheit gemartert wird. Aber schon erheben sich Männer von Bedeutung gegen die Kriegswütigen in England, und Graf Czernin hat eine Mitteilung gemacht, welche die Entente tief herabstimmen muß. Ich kann mich, sagte er, auf sehr maßgebende Militärs bei uns und bei unseren Verbündeten berufen, die eine Hilfeleistung in dem Umfange, wie sie heute von der Entente vorausgesetzt wird, für ausgeschlossen halten. Der Minister des Aeußern spricht dieses Urteil nicht ohne inneren Glauben aus. Die Engländer und die Franzosen wissen, wer die Militärs sind, welche die Verantwortung für diese Ansicht haben. Das sind die Sieger in großen Schlachten, die Feldherren, welche die Reihen der Feinde in Ostgalizien, Siebenbürgen und am Isonzo durchbrochen haben; das sind ernste Männer, die ihren großen Namen nicht hergeben, um eine Meinung zu verbreiten, die nicht aus der gewissenhaftesten Sorgfalt kommt. Wie steht der Präsident Wilson da nach diesen Erklärungen; welche Sünde ladet er auf sich durch Verhetzung des verelendeten Europa, dem er das Blut und das Geld abzapft und das er durch falsche Erwartungen täuscht.

Die englische Politik ist zusammengebrochen und Lloyd-George flüchtet sich in seiner Not zu Wilson, dem er die Führung des einst so stolzen britischen Reiches überläßt. Das Haupt der Entente ist jetzt Wilson, der in Verzückung über die eigene Größe eine seltsame Sprechweise angenommen hat, bald wie in einem von Dämpfen umhüllten Tempel des Apollo, bald wie ein Mann, den der Zorn trivial macht, und immer mit der Anmaßung, der oberste Richter über die Welt zu sein. Die englischen und die französischen Minister strecken die Hände aus und bitten um eine Million Soldaten. Graf Czernin erzählt jedoch, daß sie nach der Meinung maßgebender Militärs in solcher Menge nicht herübergebracht werden können. Auch dieser Hoffnungsanker der Entente bricht und Petersburg will den allgemeinen oder den besonderen Frieden. Was kann die Entente tun? Die Gewalt, von der sie bedroht wird, ist zu stark und Graf Czernin sagt, er wolle einen Frieden ohne Landerwerb und in Deutschland sei das einzige Hindernis der französische Griff nach Straßburg und Metz. Die Völker der Entente werden nicht widerstehen und von Belgien, das ein ungarischer Delegierter in die Debatte hineinverflochten hat, läßt sich eine Geschichte aus den Denkwürdigkeiten des Lord Augustus Loftus erzählen. Der verstorbene Botschafter, an den sich ältere Wiener noch erinnern dürften, spricht in seinem Buche von den Bürgschaften für die belgische Neutralität. Sofort nach Ausbruch des Krieges, sagt er, würden selbstverständlich die Festungen entweder von Frankreich, um Paris zu decken, oder von Deutschland, um den Einfall des Feindes zu verhüten, besetzt werden. Wer könnte solchen Zwangsverhältnissen des Krieges sich entziehen. Da haben wir das vielgeschmähte Wort des früheren Reichskanzlers vom Papierfetzen in englischer Uebersetzung. Belgien ist kein Hindernis des Friedens, aber böser Wille ist es noch immer. Die Ostfront wird frei, die Gefangenen kehren zurück und der Mangel an Betriebsmitteln der Bahnen dürfte milder werden. Der Friede reißt sich durch.

8./XII. 1917

## Die Führer der englischen Liberalen für die Friedenspolitik Lansdownes.

Kopenhagen, 6. Dezember.

Der Londoner Korrespondent der „Aftenposten" meldet: „Daily News" berichten über eine Sitzung der Führer der Liberalen im Unterhause zur Erörterung des Schreibens Lord Lansdownes, dessen Intentionen und Sinn allgemeine Zustimmung gefunden hätten. Man sei einig darüber gewesen, daß die Alliierten eine neue Erklärung über ihr Kriegsziel und über die Friedensbedingungen veröffentlichen müßten. Die liberalen Führer hätten nicht die Absicht, eine sofortige Debatte hierüber im Unterhause hervorzurufen; man werde aber zweifellos bald mehr von dieser Aktion hören. In der konservativen Partei sei beschlossen worden, über die Angelegenheit nicht mehr zu sprechen. Es gebe aber doch einige Konservative, die sich über Lansdownes Artikel freuten. Der protektionistische Flügel der Partei sei dagegen über dessen Aktion sehr aufgebracht.

Die Zeit

8./XII. 1917

201

# Der Weg zum Frieden.

Graf Czernin hat gestern im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation über den Weg zum Frieden gesprochen und gesagt, dieser Weg führe über Rußland. Damit allein ist schon gesagt, daß nicht vom Frieden mit Rußland allein die Rede sei. Das Ziel, das die Politik der Monarchie und ihrer Verbündeten schon jetzt bei Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland im Auge hat, ist: der allgemeine Friede. Graf Czernin sagte gestern ausdrücklich, daß wir gar nicht versuchen wollen, Rußland von seinen bisherigen Verbündeten abwendig zu machen. Aber wir verhandeln deshalb mit Rußland zuerst, weil dieser Staat der einzige wahrhaft friedliebende ist und ein Friedensprogramm verkündet hat, das mit den Kriegszielen und Friedensabsichten unserer Monarchie völlig übereinstimmt. Nicht darum also, weil wir mit Rußland einen Sonderfrieden anstreben wollten, sondern weil die russische Regierung und das russische Volk die ersten sind, mit denen wir über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen verhandeln können, beginnen für uns die allgemeinen Friedensverhandlungen durch Verhandlungen mit Rußland.

So schön und so verheißungsvoll diese Auffassung des Grafen Czernin über das wahre Wesen der Waffenstillstandsverhandlungen mit unserem nördlichen Nachbarn auch ist, so nötigt es ihn, und damit auch uns, doch zur Erkenntnis, daß wir uns erst am allerersten Anfang des Weges zum Frieden befinden. Denn wir dürfen uns darüber keiner Täuschung hingeben, daß die bisherigen Verbündeten Rußlands — Rumänien etwa ausgenommen — den Frieden noch nicht wollen. Die Reden ihrer Staatsmänner, insbesondere die wilden Gebärden des ehemaligen Pazifisten Wilson, der unserer Monarchie den Krieg erklären will, um dem Eindruck des russischen Friedensexempels entgegenzuwirken und vor allem Italien zum äußersten Widerstand aufzupulvern, sprechen in dieser Beziehung sehr deutlich. Einen bereits erzielten Erfolg der Friedensbewegung, dessen Tragweite kaum überschätzt werden kann, vermag uns aber auch der verzweifeltste Widerstand der Westmächte nicht mehr zu rauben. Wir haben auf dem Wege zum Frieden einen Bundesgenossen gefunden, der bisher auf der Seite unserer Feinde stand, und wir sind mit diesem in allen großen Fragen, sowohl der näheren wie der ferneren Kriegsziele vollständig einig. Rußland wünscht, wie wir, einen möglichst raschen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen und verlangt, wie wir, die allgemeine Abrüstung, also die Sicherung dieses Friedens, nicht durch Gewaltvorkehrungen, sondern durch Rechtsvorsorgen. Rußland will diesen Frieden, weil es ihn notwendig braucht und zu seiner inneren Neueinrichtung gar nicht rasch genug erlangen kann, und es hat deshalb ein Lebensinteresse daran, seine bisherigen Verbündeten mit allem Nachdruck zu diesem seinem Programm zu bekehren.

Wir sind selbstverständlich bereit, ihm diese Aufgabe tunlichst zu erleichtern, indem wir die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit ihm nach dem Willen seiner Regierung vollständig rückhaltlos und offen führen. Da unsere Forderungen reine Defensivforderungen sind, und die Sicherungen, die wir für den künftigen Frieden verlangen, ehrlich und aufrichtig dieselben sind, von denen die Westmächte, und ganz insbesondere Amerika, bisher nur deklamiert haben, so fallen in demselben Augenblick, in dem unsere Friedensbedingungen den russischen Unterhändlern bekannt sind und von ihnen den bisherigen Verbündeten Rußlands übermittelt werden können, alle Verdächtigungen, als ob wir es mit dem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen nicht ernst nehmen würden, von selbst in sich zusammen. Auch das Wort des deutschen Staatssekretärs v. Kühlmann, daß es außer der Forderung Frankreichs nach Elsaß-Lothringen kein territoriales Friedenshindernis gebe, wird bei den Verhandlungen mit Rußland leicht die Probe auf seine Wahrhaftigkeit bestehen. Alle Hindernisse, die die Regierungen der Westmächte ihren bisherigen Bundesgenossen und uns bei den Verhandlungen, die nun beginnen, noch bereiten mögen, werden es nicht hindern können, daß auch in Italien, Frankreich, England und Amerika die Völker die Wahrheit über das Friedensprogramm der Mittelmächte erfahren. Das ist die Bedeutung des Weges zum Frieden, den wir über Rußland gefunden haben. Und diesmal wird sich das bekannte Wort umkehren: Weil ein Weg da ist, wird auch der Wille der Westmächte zum endlichen Frieden nachhinken müssen.

8./XII. 1917

# Der Kriegszustand zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn.

**Amsterdam**, 7. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington vom 6. Dezember:

Im Repräsentantenhause legte die Kommission für auswärtige Angelegenheiten eine Resolution vor, in der Oesterreich-Ungarn der Krieg erklärt wird, sowie den formellen Bericht dieser Kommission.

Der Vorsitzende der Kommission Flood erklärte unter begeistertem Beifall, der Präsident werde den Kongreß ersuchen, an die Türkei und Bulgarien später den Krieg zu erklären, falls dies für zweckmäßig erachtet würde, daß Wilson aber eine solche Aktion augenblicklich für unklug halte. Nach der Erklärung Floods beschloß das Haus einstimmig, die Resolution morgen zu verhandeln. Wahrscheinlich wird sie sofort erledigt werden.

Im formellen Bericht der Kommission für auswärtige Angelegenheiten wird an die Menschenverluste und die Rechtsverletzungen durch die österreichisch-ungarischen Seestreitkräfte erinnert, die in Massen vorgekommen seien, und betont, daß dadurch der Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten geschaffen worden sei. In dem Bericht wird ferner die mit Wien während der letzten drei Jahre geführte Korrespondenz zitiert, aus welcher hervorgehe, daß Oesterreich-Ungarn Deutschlands Politik des schrankenlosen U-Boot-Krieges unterstütze. In Italien sei die Sache der Alliierten, die auch jene der Vereinigten Staaten sei, bedroht. Die Alliierten seien nach Italien geeilt und die Vereinigten Staaten hätten Schiffe, Geld und Vorräte geschickt und würden wahrscheinlich auch bald Truppen senden, die den österreichisch-ungarischen Soldaten gegenüberstehen und sie bekämpfen würden. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn werde dem italienischen Volke, das durch die böswillige Propaganda der Deutschen mißleitet worden sei, neuen Mut einflößen, und die ganze Sache der Alliierten in militärischer Hinsicht stärken.

**London**, 7. Dezember. „Central News" meldet aus Washington unter dem 6. d.: Die Resolution der Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Beziehungen lautet folgendermaßen: Da die österreichisch-ungarische Regierung gegenüber der Regierung und dem Volke der Vereinigten Staaten durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Unterstützung der U-Boot-Politik Deutschlands, mit dem Amerika im Kriege ist, feindlich auftrat, und da Oesterreich-Ungarn seinem Verbündeten jede Unterstützung zur Fortsetzung des Krieges zu Wasser und zu Lande gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten gewährte, beschließen der im Kongreß versammelte Senat und das Repräsentantenhaus, daß vom 5. Dezember mittags an der Kriegszustand zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten besteht. Der Präsident wird ermächtigt und aufgefordert, die gesamten militärischen und Seestreitkräfte Amerikas sowie alle Hilfsmittel, die der Regierung zur Verfügung stehen, zum Kriege gegen Oesterreich-Ungarn und um den Kampf einem glücklichen Ausgange zuzuführen, zu benützen.

Reichspost

8./XII. 1917



# Der polnische Staat.

## Eine Rede des Ministerpräsidenten Kucharzewski.

**Warschau**, 7. Dezember.

Ministerpräsident Kucharzewski empfing dieser Tage Vertreter der polnischen Presse. Er hielt hiebei eine Ansprache, in der er nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Auferstehung des polnischen Staates zur Zeit des Herzogtums Warschau und zur Zeit Niekopolskis die Schwierigkeit der Aufgabe der gegenwärtigen Regierung betonte und sodann ausführte: Nicht genug daran, daß wir keinen Kreis von Leuten haben, welche die Traditionen des staatlichen Aufbaues besitzen, ist unsere Lage umso schwieriger, da wir vorläufig keine Regierung im eigentlichen Sinne des Wortes haben werden. Nur eine geringe Zahl von Gebieten wurde uns überwiesen, in anderen wird erst die Uebernahme der Funktionen sowie die vorbereitenden Arbeiten vor sich gehen, wobei eine wirkliche Gewalt fehlen wird.

Der Ministerpräsident betonte, er sei nicht Anhänger einer Kabinettsregierung, wie man ihm nachsage, aber starke Leute seien nötig. Diejenigen, mit denen er gesprochen habe, geben sich Rechenschaft darüber, wie unbeständig das Verhältnis der Volksgemeinschaft zur Regierung sei und daß in manchen Parteien geradezu ein Vorurteil gegenüber der Regierung bestehe. Der Fortschritt dürfe in Polen nicht wie der Sturmwind, ähnlich wie in Rußland hereinbrechen, denn während dieses dank seiner großen natürlichen Kräfte und seiner geographischen Lage die Krise aushalten könne, sei dies bei Polen nicht der Fall. Die Frage der Schaffung eines Nationalheeres sei unter den heutigen Bedingungen von allererster Wichtigkeit. Ich bin überzeugt, daß die Bildung eines nationalen Heeres das ganze Volk wirklich mit dem polnischen Staate verbrüdern würde. Die Volksmassen müssen endlich fühlen, daß in der Wehrkraft der Nation die Macht des Staates am stärksten enthalten ist.

Die weitere Stufe, das Volk in das Staatsleben einzuführen, wird die Einberufung des Landtages sein. Diesem Staatsakt muß jedenfalls die Schaffung des Staatsrates vorangehen, in dem gerade die Einberufung des Landtages festgesetzt werden kann. Erst die Volksvertretung in der eigentlichen Bedeutung wird über die Zukunft unseres Staates endgültig entscheiden können.

Reichspost

8./XII. 1917

205

# Eine Krise in Portugal.

## Steigender Englandhaß. — Zunahme der monarchistischen Bewegung.

Madrid, 4. Dezember.

(Funkspruch d. V. des k. k. Tel.-Korr.-Bur. Verspätet eingetroffen.)

Blättermeldungen zufolge ist der portugiesische Ministerpräsident Alfonso Costa von der Pariser Verbandskonferenz nach Lissabon zurückgekehrt.

Die seit Monaten in Portugal latente Ministerkrise dürfte in den Cortes, die gestern zur neuen Legislaturperiode zusammengetreten sind, ihre Lösung finden. Gelegentlich der letzten Gemeindewahlen hat die Regierung trotz Aufwandes aller zur Verfügung stehenden Mittel eine entscheidende Niederlage erlitten, während die monarchistischen Wahlkandidaten einen glänzenden Wahlsieg errangen. Dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung ist für die Beurteilung der portugiesischen Verhältnisse von höchster Wichtigkeit. Die monarchistische Bewegung ist im Zunehmen begriffen und gewinnt bei einem Teile der Bevölkerung an Sympathien. Der Haß gegen England, das als Mitbegründer und Protektor des republikanischen Regierungssystems angesehen wird und dem man alle Schuld an dem beispiellosen Elend Portugals zuschreibt, kommt immer offenkundiger zum Ausdruck. Erst kürzlich haben in Oporto englandfeindliche Straßenkundgebungen stattgefunden, die durch starkes Polizeiaufgebot unterdrückt wurden.

Die Lage des Landes wird immer verzweifelter. Die Schwierigkeiten des Transportes zur See und zu Lande haben zugenommen, die Zufuhr von Rohstoffen ist ganz ungenügend. Namentlich wegen der unerschwinglichen Höhe der Lebensmittelpreise, die durchwegs eine steigende Tendenz zeigen, ist die Lage der arbeitenden Klassen eine ganz unhaltbare geworden. Alle Bemühungen der Regierung, die Lebensmittelfrage durch entsprechende Maßnahmen zu regeln, schlagen vollständig fehl.

Wegen der im Lande herrschenden Unzufriedenheit und infolge der zunehmenden Propaganda gegen die aktive Beteiligung Portugals am Weltkriege wagt es die Regierung nicht, neue Truppeneinschiffungen vorzunehmen. Schon die nächste Zukunft dürfte den Beweis für die Unhaltbarkeit der inneren Zustände Portugals liefern.

10./XII. 1917

# Kriegserklärung Amerikas an Oesterreich-Ungarn.

## Von beiden Häusern des Kongresses beschlossen, vom Präsidenten Wilson unterzeichnet.

**Washington,** 7. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Abgeordnetenhaus (Repräsentantenhaus) hat mit 363 gegen 1 sozialistische Stimme die Resolution betreffend die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn angenommen.

Der Kriegszustand tritt somit am 7. Dezember abends ein.

Nach kurzer Debatte wurde der gleiche Antrag auch vom Senat einstimmig mit 74 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Präsident Wilson hat die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn unterzeichnet.

### Die Begründung im Repräsentantenhause und im Senat.

**Washington,** 7. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Vorsitzende des Komitees für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses Elood befürwortete die einstimmige Annahme der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn. Oesterreich-Ungarn habe im unbeschränkten, rücksichtslosen U-Boot-Krieg amerikanische Schiffe versenkt und amerikanische Bürger gemordet. Unsere Flagge ist entehrt, unsere territoriale Unversehrtheit ist verletzt, unsere Bürger sind getötet worden. Wir sollten Oesterreich-Ungarns Herausforderung zum Kampfe so gut annehmen wie die Deutschlands.

Im Senat erklärte der Vorsitzende des Komitees für auswärtige Angelegenheiten Stone: Außer der Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn Deutschlands tätiger Verbündeter ist, ist ein fernerer Grund für die Kriegserklärung, daß amerikanische Truppen jederzeit österreichisch-ungarischen Truppen gegenüberstehen können. Jedermann kennt die nahen unlösbaren Beziehungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn fortdauern sollten.

Lodge erklärte sich zugunsten der Kriegserklärung an die Türkei und Bulgarien. Die Türken seien die Geißel Europas und des Christentums, Amerika fühle keine Feindschaft gegen das bulgarische Volk, aber König Ferdinand sei zum Bündnis mit Deutschland verleitet worden.

### Sofortige Mitwirkung Amerikas im Mittelmeer und in Italien.

**Paris,** 8. Dezember. Der „Matin" meldet aus Newyork, auf die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn werde sofort eine Aktion der amerikanischen Marine im Mittelmeer und Mitwirkung der amerikanischen Flieger auf der italienischen Front folgen.

### Verhaftungen und Internierungen.

**Washington,** 8. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn wurden über eine Million Personen der Liste der feindlichen Untertanen hinzugefügt. Viele, die seit langem im Verdacht stehen, die Kriegspläne der Regierung zu schädigen, wurden verhaftet und werden interniert werden, wenn sie den Behörden nicht den Beweis ihrer friedlichen Absichten erbringen. Alle Oesterreicher und Ungarn sind denselben Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen wie die Deutschen.

10./XII. 1917.

# Eine Kriegsrede Carsons.

Amsterdam, 8. Dezember.

Reuter meldet: In seiner Rede, deren erster Teil noch nicht vorliegt, sagte Carson:

Rumänien und Serbien kämpfen, wie Präsident Wilson sagte, für ihre nationale Unversehrtheit und Freiheit. Rumänien ist nicht mit seinem Willen in den Krieg hineingekommen, sondern in ihn hineingetrieben worden. Es mußte um eigentlichen Sinne sein Dasein aufrechterhalten. Der Mord Rumäniens legt uns eine entsprechende Verpflichtung auf, eine Verpflichtung, in der wir, wenn Rumänien bis zu Ende geht, auch bis ans Ende gehen werden, bis Rumänien in seine Rechte wieder eingesetzt ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Frieden reden? Alles, was ich heute sagen kann, ist, daß meiner Meinung nach dieser Friede gerade sowohl verderblich wie irreführend ist. (Beifall.) Denen, die leichthin vom Frieden reden, rufe ich zu: Denkt an Belgien, denkt an Rumänien, denkt an Serbien! Kein Volk kann diesen Krieg dadurch beendigen, daß es nur seine selbstsüchtigen Kriegsziele erreicht (Hört, Hört!). Das ist auch nicht das Ziel, für das wir kämpfen. Wir kämpfen für ein großes Ideal, und zwar das einzige Ideal, das uns in Zukunft sicherstellt und dem Krieg für alle Zeiten ein Ende machen kann. Es ist die Herstellung der Freiheit und unseres Rechtes, ohne die immer drohende Aussicht auf Erneuerung der Feindseligkeiten zu leben, in Frieden zu leben und des Friedens für die Zukunft sicher zu sein.. Nicht für England und das britische Kaiserreich, nicht für die Freiheit Italiens, Rußlands oder Serbiens, sondern für die ganze Welt, so daß wir alle uns ein jeder in seiner eigenen Zivilisation entwickeln können. Deshalb, soweit ich in Betracht komme, kenne ich kein mögliches Ende dieses Krieges ohne Aufrechterhaltung der Rechte der kleinen Nationen, ebensogut wie derjenigen Englands und des britischen Reiches.

Zum rumänischen Gesandten gewendet, sagte Carson weiter: Ich wiederhole den festen Entschluß unserer Regierung, weiterzugehen, bis ein jeder von uns das gemeinsame Ziel, für das wir in diesen Krieg eingetreten sind, erreicht hat. Wenn es ein Kompromiß außerhalb der Bedingungen, die ich dargelegt habe, geben wird, so wird es nicht die gegenwärtige Regierung sein, die einen solchen schandbaren Frieden schließt. Wir werden alles tun, was wir können. Es ist nicht leicht, Rumänien zu helfen, aber das ist das wenigste, was wir tun können, und kaum ein Tag vergeht, ohne daß wir uns überlegen, was wir tun können, um unseren tapferen Verbündeten zu helfen. Mit Amerika hinter sich, mit unserem eigenen Lande hinter sich und mit den anderen Alliierten hinter sich hat Rumänien jede Hoffnung und jede Gewißheit, daß es trotz all seiner Leiden schließlich Freiheit und Frieden errungen haben wird. Serbien, Gott helfe ihm, und Rumänien, Gott helfe ihm, können sich mit Griechenland vereinigen, und die drei natürlichsten Verbündeten der Welt sollten doch imstande sein, einen Zustand herzustellen, um nicht nur die Freiheit ihrer Völker herbeizuführen, sondern uns auch in der Lösung der Fragen, die sich im nahen Osten erheben, zu helfen.

Carson bemerkte zum jüngsten Brief des Präsidenten Wilson an Rumänien: Mag sein, daß Wilson dabei von einer falschen Auffassung ausging, aber er hielt für seinen Teil daran fest, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien, zwei große verwandte Völker, auch allein in der Lage sind, schließlich die vollste Erfüllung der von ihnen eingegangenen Bürgschaften herbeizuführen.

Schließlich sagte Carson: Es ist unsere und Ihre Pflicht, den Leuten nicht zu gestatten, sich mit dem phantastischen Gedanken zu tragen, daß wir irgend etwas in der Richtung des wirklichen Friedens gewinnen könnten, indem wir einen einfachen Vertrag, der uns aus dem Krieg herausbringen würde, mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn unterzeichnen. Ein solcher Vertrag würde ebenso unheilvoll für uns sein wie für diejenigen, die wir verraten haben würden. Und wenn ich nur das geringste von meinen Landsleuten verstehe, so werden sie nicht eher aus dem Kriege gehen, ehe sie mit Hilfe ihrer Verbündeten zu einem befriedigenden Ende gelangt sind.

Die Zeit



10./XII. 1917

# Wiederherstellung des Patriarchats.

## Die Patriarchenwahl in Moskau.

KB Bern, 10. Dezember.

Die Russische Pressekorrespondenz meldet aus Petersburg: Unter dem Einfluß der marimalistischen Revolution hat das Konzil der russisch-orthodoxen Kirche beschlossen, die Lösung der Frage der Wiederherstellung des Patriarchats zu beschleunigen. Fast einstimmig wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Dem periodisch zusammentretenden Kirchenkonzil steht in der russischen Kirche die höchste legislative, jurisdiktionelle und Kontrollgewalt zu. Das Patriarchat wird wiederhergestellt. Der Patriarch ist das Haupt der kirchlichen Angelegenheiten. Unter den Bischöfen ist der Patriarch primus inter pares. Er ist ebenso wie die Organe der kirchlichen Verwaltung dem Konzil Rechenschaft schuldig.

Auf Grund dieser Beschlüsse hat in der Erlöserkirche zu Moskau die Patriarchenwahl stattgefunden. Von drei Kandidaten erhielt der Moskauer Metropolit Tichon die größte Stimmenzahl. Die Wahl ging unter ungeheurer Prachtentfaltung vor sich. Die Inthronisation hat am 21. November stattgefunden. Der Patriarch wird in Moskau residieren.

Die Wiederherstellung des von Peter dem Großen aufgehobenen Patriarchats ist ein Ereignis von unübersehbarer kirchen- und staatspolitischer Tragweite.

Vossische Zeitung

10./XII. 1917.

21240

# Die Reden Czernins.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien, 8. Dezember.**

Die drei Reden, die Graf Czernin in diesen Tagen in der ungarischen Delegation gehalten hat, und die man leider nicht anhören durfte, weil sie im Ausschuß gesprochen wurden, hatten Zweck und Wirkung nach zwei Seiten: Einmal zur Wiederlegung oder doch zur Abschwächung der deutschfeindlichen Aeußerungen des Grafen Karolyi, zweitens zur Beruhigung über die amerikanische Kriegserklärung. Nach beiden Seiten haben sie hier gut gewirkt. Wie groß die Partei derer ist, die in Ungarn mit dem Grafen Kraroly gehen, ist sehr schwer bestimmbar, denn die angeblich glaubwürdigen Politiker schwanken zwischen den Extremen.

In den Delegationen hat Graf Czernin dem Grafen Andrassy und dem Grafen Tisza als zwei mehr oder weniger heimlichen Gegnern gegenübergestanden, die ihn von verschiedenen Seiten leise angebohrt haben. Trotzdem schied er am Schlusse der Tagung mit einem entschiedenen Erfolge, den freilich die Lage für ihn vorbereitet hatte. Denn dieser Minister, der ein Jahr lang auf diese Tagung gewartet hatte, konnte bei seinem ersten Auftreten gleich mit einem Waffenstillstande aufwarten, den ihm die Entwicklung zutrug.

Demgegenüber wird die amerikanische Gefahr hier in den amtlichen und politischen Kreisen nicht schwer genommen, und im Grunde faßt man sie hier als eine letzte Drohung und Lockung Amerikas an Rußland auf. Die Millionen von Auswanderern werden nach der Kriegserklärung nicht schlechter drüben stehen als seit dem Abbruch der Beziehungen, und was an Kapital dort in Schiffen liegt, ist ja längst beschlagnahmt. Zu dem Zweikampf an der Westfront dürften jedenfalls österreichische Kontingente sich schneller stellen als amerikanische.

Im allgemeinen muß man sagen, daß seit den zwei letzten Tagen durch die gemeinsamen Verhandlungen nach dem Osten, den gemeinsamen Krieg über den Ozean und durch die überzeugenden Darlegungen des führenden Ministers das Bündnis an Festigkeit auch nach außen gewonnen hat, und daß die Beziehungen der Monarchie zu Deutschland gegenseitig fester erscheinen als die inneren Beziehungen der beiden Staaten der Monarchie zueinander. Dies hat ein Delegierter deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn er sagte, Oesterreich und Polen können nur dann durch Personalunion verbunden werden, wenn auch Oesterreich und Ungarn nur mehr durch Personalunion zusammengehalten würden.

Emil Ludwig.

* * *

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet den beiden ersten Reden des Grafen Czernin in der ungarischen Delegation einen Leitartikel voll der wärmsten Anerkennung und Zustimmung. Sie betont zunächst, daß durch diese Reden den Intrigen Wilsons für eine Zersplitterung des Vierbundes entgegengetreten wurde, ehe sie überhaupt zur Geltung gekommen sind. Das Blatt findet die hauptsächliche Bedeutung der Rede darin, „daß sie dem Gefühle treuer Zusammengehörigkeit und Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn neue Verankerung gegeben haben. Wie die kämpfenden Söhne des deutschen Volkes mit den österreichischen und ungarischen Kameraden Schulter an Schulter den Besitz und Bestand Oesterreichs und Ungarns geschützt haben, so werden die Soldaten Oesterreich-Ungarns auch die deutsche Front in ihrem Kampfe zur Verteidigung des deutschen Bodens unterstützen."

Weiter schreibt das Blatt zu der Aeußerung Czernins, Oesterreich-Ungarn kämpfe für Elsaß-Lothringen: „Das deutsche Volk dankt ihm dieses Wort aufs wärmste. Nicht nur weil Elsaß-Lothringen uralter deutscher Besitz ist, sondern weil nichts deutlicher den Verteidigungscharakter unseres Kampfes und die Notwendigkeit zum Durchhalten dartut als die Begehrlichkeit Frankreichs und seiner Verbündeten nach diesem Besitze. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen faßte das vor kurzem in die klare Formel, daß es kein Friedenshindernis gebe, als Elsaß-Lothringen. Und die Klarheit dieser Formel ist es wiederum, die den Mächten der Entente die Ausrede nimmt, als können andere Momente noch als ernsthafte Friedenshindernisse in Frage kommen."

Das Blatt sagt schließlich, Graf Czernin führe gegenüber den unaufrichtigen Schlagworten der Entente die harte Sprache der Entschlossenheit. „Sie klingt aber aus in die sicheren Worte der Zuversicht auf den Erfolg, auf den Schutz und die Sicherheit Oesterreich-Ungarns wie der übrigen Mittelmächte. Und es ist ein auf diese Zuversicht aufgebautes Bekenntnis zur Zukunft, das in Deutschland lebhaften und dankbaren Widerhall findet, wenn Graf Czernin die Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verkündet."

Reichspost 11./XII. 1917



## Die Fortführung der Verhandlungen.

Ueber den Fortgang der Verhandlungen mit Rußland erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die am Verhandlungsort eingetroffene Kommission der Mittelmächte zunächst einen Entwurf eines Waffenstillstands fertiggestellt hat. Diesen nahmen die russischen Unterhändler entgegen, erklärten, keine entscheidende Antwort geben zu können und reisten zur Einholung von Instruktionen nach Petersburg. Für die Zwischenzeit wurde die zehntägige Waffenruhe bis zum 17. d. vereinbart.

Am 12. d. treten die beiderseitigen Kommissionen wieder zusammen, nachdem die Russen bereits ihre Instruktionen erhalten haben. Zur Verhandlung des endgültigen Waffenstillstandes bleiben somit fünf Tage, vom 12. bis 17. d.

Reichspost
11./XII. 1917



# Ermöglichte Rücklehr aus Rumänien.

Mit der rumänischen Regierung wurde, wie wir erfahren, ein Uebereinkommen getroffen, demzufolge den nachstehend bezeichneten Kategorien österreichischer und ungarischer, bezw. rumänischer Staatsangehöriger die ungehinderte Rückkehr nach ihrer Heimat zugesichert ist: 1. Weiblichen Personen jedes Alters. 2. Männlichen Personen im Alter von unter 17 und von über 50 Jahren. 3. Männlichen Personen innerhalb der erwähnten Altersgrenzen, wenn sie mit einem Gebrechen behaftet sind, das sie zu jeder Militärdienstleistung unfähig macht. 4. Priestern jeder Konfession und jedes Alters. 5. Zivilärzten und Zivilchirurgen jedes Alters.

Arbeiterzeitung
11./XII. 1917



# Sind die Kriegsschäden eine gemeinsame Angelegenheit?

Die magyarischen Herrschaften planen eine neue und schwere Benachteiligung Oesterreichs. Wie nämlich aus dem Berichte des Ungarischen Büros hervorgeht, verlangte in der ungarischen Quotendeputation der Abgeordnete Teleszky, das ist der frühere ungarische Finanzminister, daß die Kriegsschäden von jedem Lande allein gezahlt werden, und der Herr Wekerle erklärte, diese Anschauung zu teilen. Da sich nun der Krieg zumeist auf österreichischem Boden abgespielt hat und Ungarn weit weniger gelitten hat als Oesterreich, so würde diese Anschauung natürlich für Oesterreich außerordentlich ungünstig sein. Und da der Krieg wirklich eine gemeinsame Angelegenheit ist, so ist sie natürlich auch ganz unberechtigt.

Die Frage kam heute in dem Finanzausschuß der österreichischen Delegation zur Sprache. Die Abgeordneten Weisskirchner, Schöpfer und Ellenbogen wendeten sich sehr energisch gegen die ungarische Auffassung.

Dr. Ellenbogen bemerkte, über diese Frage sei auch in der Quotendeputation gesprochen worden. Trotz sonstiger Differenzen sei die Quotendeputation einstimmig zu der Erklärung gelangt, die auch im Runtium an die ungarische Quotendeputation mitgeteilt werden wird, daß das österreichische Parlament die Frage einer Bezahlung der Kriegsschäden nach der Lokalisation für indiskutabel halte, vielmehr selbstverständlich den Standpunkt einnehme, daß sie als eine gemeinsame Angelegenheit zu behandeln sei. Es ist ganz klar, daß, wenn der Kriegsschauplatz in Galizien war, damit auch die Integrität Ungarns verteidigt worden ist. Es ist unwürdig, daß dies überhaupt eine Frage sein soll. Man könnte dann auch umgekehrt schließen, daß diejenigen, deren Land von den Kriegsschäden beinahe gar nicht getroffen wurde, während die anderen ihr Land hergegeben haben, um jene zu schützen, mehr zu zahlen hätten. Er stehe nicht auf diesem Standpunkt, er sei überhaupt für die Parität der Beitragsleistung, aber von einer Verteilung nach der Lokalisation könne unter keinen Umständen die Rede sein. Es scheine ihm überhaupt unklug, die Zahl der Streitfälle in der gegenwärtigen Zeit noch zu vermehren.

Die gemeinsame Regierung, von der der Finanzminister und der Kriegsminister anwesend waren, enthielt sich natürlich jeder Meinungsäußerung. Nachdem alle Abgeordneten versichert hatten, daß das österreichische Abgeordnetenhaus in der Sache eines Sinnes sei und solidarisch vorgehen werde, stellte Ellenbogen den nachfolgenden Antrag (als Zusatz zu dem Budgetprovisorium):

Zu den als Kriegserfordernisse zu behandelnden Ausgaben sind die Kosten der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu rechnen.

Aber da fiel den mutigen Oesterreichern das Herz in die Hosen. Der Herr v. Grabmayr, dieser bewährte österreichische Patriot, erklärte sofort, daß es sich nicht empfehle, bei diesem Anlaß und in dieser Form die Frage zur Lösung zu bringen. Damit, daß sie in der Delegation in entsprechender Weise zur Sprache gebracht und daß für eine entsprechende Austragung gesorgt werden müsse, sei er vollkommen einverstanden. Nur glaube er, daß der Zweck auf anderem Wege erreicht werden könnte. Er mutete Ellenbogen noch zu, den Antrag zurückzuziehen und sich mit einer Resolution zu begnügen. In Resolutionen sind diese steirischen Oesterreicher immer groß gewesen. Ellenbogen beharrte natürlich auf seinem Antrag; es stehe ja der Mehrheit frei, ihn abzulehnen und dann die Schwindelresolution zu beschließen. Nun waren die Patrioten in der Sackgasse. Aber da trat der Christlichsoziale Herr Schöpfer als Retter auf. „Man möge sich nicht übereilen," weshalb er beantrage, für die Erledigung der Angelegenheit eine neue Sitzung einzuberufen. Der Obmann Langenhan beeilte sich sofort, den Antrag zur Abstimmung zu bringen; die Mehrheit stimmte natürlich für die Vertagung. Es wird also über das Budgetprovisorium in einer neuen Sitzung abgestimmt werden, aber die Herrschaften werden der Abstimmung über den Antrag Ellenbogen nicht entrinnen.

Fremdenblatt Abendl
11./XII. 1917
217 a
11

# Sensationelle Erklärungen des englischen Botschafters in Petersburg.

K. Petersburg, 10. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische Botschafter Buchanan empfing Vertreter der russischen Presse und begrüßte die Gelegenheit, an die russische Demokratie gegenüber denjenigen appellieren zu können, die von der britischen Politik absichtlich eine falsche Darstellung geben. Er versicherte die Pressevertreter der Teilnahme Englands für das russische Volk, das durch die schweren Kriegsopfer und die allgemeine Desorganisation erschöpft sei, die die unvermeidliche Folge der großen Umwälzung der Revolution sei. Der Botschafter führte weiters aus: Wir hegen keinen Groll und es gibt nicht ein Körnchen Wahrheit in den Berichten, **daß wir für den Fall, daß Rußland einen Sonderfrieden schließt, irgendwelche Strafen oder Zwangsmaßnahmen in Erwägung ziehen.** Die Tatsache, daß der Rat der Volkskommissäre Verhandlungen mit dem Feinde ohne vorhergehende Beratungen mit den Verbündeten eröffnet hat, ist ein **Bruch der Vereinbarungen vom September 1914,** über den wir uns mit Recht beklagen. Wir können keinen Augenblick die Giltigkeit der Behauptung anerkennen, daß der mit der autokratischen Regierung geschlossene Vertrag keine bindende Kraft für die Demokratie, durch die jene ersetzt wurde, haben könne, denn ein solcher Grundsatz würde, einmal angenommen, die Stabilität aller internationalen Abmachungen untergraben. Aber wenn wir auch diese neue Lehre zurückweisen, so wünschen wir doch nicht, **einen Verbündeten, der nicht mehr mittun will, zu veranlassen, weiterhin seinen Teil zu den gemeinsamen Anstrengungen beizutragen, indem wir auf Vertragsrechte pochen.**

Die englische Regierung wünscht ebenso wie die russische Demokratie einen demokratischen Frieden. Der Rat der Volkskommissäre irrt aber, wenn er glaubt, diesen Frieden dadurch sichern zu können, daß er einen sofortigen Waffenstillstand fordert, auf den dann die Vereinbarung zu folgen hätte. Im Gegensatz dazu wünschen die Alliierten, zuerst zu einer allgemeinen Vereinbarung in Uebereinstimmung mit ihren erklärten Zielen zu gelangen und dann einen Waffenstillstand anzustreben. Bis jetzt ist noch kein Wort von irgend einem deutschen Staatsmann geäußert worden, aus dem hervorginge, daß die Ideale der russischen Demokratie vom deutschen Kaiser oder von der deutschen Regierung geteilt würden. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand werden mit der deutschen Autokratie und nicht mit dem deutschen Volke geführt. Ist es wahrscheinlich, daß Kaiser Wilhelm, wenn er einmal sicher ist, daß die russische Armee als Kampfeinheit aufgehört hat zu existieren, einen dauerhaften demokratischen Frieden unterzeichnen wird, wie ihn das russische Volk wünscht? Der Friede, den er plant, ist ein deutscher, imperialistischer Friede.

Wenn die Alliierten auch keine Vertreter zu den Waffenstillstandsverhandlungen schicken können, **so sind sie doch bereit, sobald eine dauerhafte, dem Gesamtwillen des russischen Volkes entsprechende Regierung gebildet ist, mit dieser Regierung die Kriegsziele und möglichen Bedingungen eines gerechten, dauerhaften Friedens zu prüfen.** Bis dahin erweisen sie Rußland den wirksamsten Beistand, indem sie die gewaltigen deutschen Armeen an ihren Fronten festhalten.

Der Botschafter erinnerte sodann daran, daß ohne die britische Flotte und die britischen Armeen Rußland heute der Vasall Deutschlands wäre und in Europa die Autokratie herrschen würde. Hätte England abseits gestanden, so hätte es keine Revolution und keine Freiheit für das Volk gegeben. Er wies sodann auf den aufrichtigen Wunsch der Engländer hin, Rußland in der Stunde der Krise beizustehen, und fragte, ob man dasselbe von Rußlands Gefühlen gegen Großbritannien sagen könne. **Es sei eine Tatsache, daß kaum ein einziger Tag ohne erbitterten Angriff der jetzigen Regierungspresse auf Großbritannien vorübergehe. Man könnte glauben, daß Großbritannien und nicht Deutschland Rußlands Feind sei, daß Großbritannien den Krieg für seine eigenen kapitalistischen und imperialistischen Zwecke hervorgerufen habe und daß es für das Blutvergießen verantwortlich sei.**

Botschafter Buchanan fuhr dann fort: Wären wir darum nicht berechtigt, den Anspruch zu erheben, als Freunde behandelt zu werden und nicht pöbelhaften Angriffen ausgesetzt zu sein? **Lenin hat uns auf eine tiefere Stufe gestellt als die Türken,** denen er, ohne an die schweren Massakers zu denken, Armenien ausliefern will. **Die Lage der britischen Untertanen in Rußland ist nicht beneidenswert.** Sie werden augenblicklich zum Gegenstand von Angriffen gemacht oder mit Mißtrauen betrachtet. Es gibt keinen Grund dafür, es sei denn, daß es ein Verbrechen wäre, ein Land gegen Verleumdungen der deutschen Agenten zu verteidigen.

Zum Schlusse warnte der Botschafter die russische Demokratie und sagte: Ich weiß, daß ihre Führer den aufrichtigen Wunsch haben, Brüderlichkeit zu schaffen, **aber die gegen Großbritannien gerichteten Reden und die Versuche, die unternommen wurden, in unserem Lande eine Revolution anzuzetteln,** haben das britische Volk nur in dem Beschlusse, den Krieg bis zu Ende zu kämpfen, bestärkt, und es veranlaßt, sich um seine jetzige Regierung zu scharen.

Ostdeutsche Rundschau 218

11./XII. 1917

# Englands Zusammenbruch und unsere sozialdemokratischen Macher.

Nach der Zeitschrift „Das größere Deutschland" hat das englische Fachblatt „Economist" Mitteilungen gemacht, welche ein ganz besonderes Licht auf die Tätigkeit unserer Friedensapostel werfen (s. Nr. 271 der „Ostdeutschen Rundschau").

Im Wirtschaftsjahre 1916—17 (1. September bis 31. August) standen den Engländern danach rund 80 Millionen Meterzentner Getreide, d. i. um 68 Millionen Meterzentner weniger als im Wirtschaftsjahre 1915—16 zur Verfügung. 42 Millionen davon wurden eingeführt und 38 Millionen selbst erzeugt. Es traf

90 v. H. Ausmahlung angenommen, auf Kopf und Tag 215 Gramm Mehl, aber nur dann, wenn man den höheren Bedarf des Heeres, den Bedarf für Getreideerzeugnisse, für Saat und für die Viehzucht nicht berücksichtigt. Nimmt man auf die angeführten besonderen Bedarfe Rücksicht, so fallen auf den Kopf der Zivilbevölkerung gewiß höchstens 180—190 Gramm Mehl täglich.

Nun besteht aber in England keine Verbrauchsregelung wie bei uns, so daß die besser Bemittelten sich voll versorgen konnten und noch können. Bedenkt man auch dies, dann geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß die armen Bevölkerungsschichten vielleicht nicht einmal 100 Gramm Mehl täglich bekommen konnten, ja, daß sie Wochen hindurch wohl überhaupt weder Brot noch Mehl zu kosten bekamen.

Zufolge des U-Boot-Krieges gehen im neuen Wirtschaftsjahr die Getreideeinfuhren noch viel stärker zurück, als im Jahre 1916—17, und die Versuche, die Eigenerzeugung zu mehren, haben vollkommen fehlgeschlagen. Die Ernte des heurigen Jahres war zudem eine schwere Mißernte. Alles in allem: England steht unmittelbar vor einer Hungersnot und bemüht sich nach Art der Bankerotteure, dies auf jede Art zu verbergen.

Fragen wir uns nur, warum denn eigentlich England, das ja gesagt hat, die Zeit kämpfe für den Vierverband, die selbstmörderischen Kämpfe in Flandern mit solcher Hartnäckigkeit und Wucht immer und immer wieder erneuert und nicht lieber die Hilfe der Zeit und die Amerikaner abwartet.

Kurz, die Sachlage ist so, daß es jeden ehrlich denkenden Deutschen mit wahrer Wut erfüllen muß, wenn er hört und sieht, wie die roten Apostel im Lande herumziehen und den sofortigen Friedensschluß predigen mit dem Verzicht auf alles, was unsere Zukunft und insbesondere das Wohlergehen der breiten Volksmassen sichern soll und sichern würde, wenn man sieht, wie Männlein und Weiblein, alt und jung, gedankenlos diesen gewissenlosen Demagogen nachläuft und nachstennt, anstatt sie fortzuprügeln, sobald sie ihr sauberes Handwerk zu beginnen versuchen. Wahrhaftig, wir sind unserer Soldaten und Heerführer nicht wert und müssen uns gerade vor den Engländern in den Boden hinein schämen.

Der Engländer steht unmittelbar vor einem inneren Zusammenbruch, ist zu Land, zu See und in der Luft verhaut und verprügelt wie nie zuvor in seiner Geschichte und dennoch steht er trotzig und ruhig da und wir hören nichts von diesem jämmerlichen Friedensgeflenne, sehen nur stolzen Siegerwillen bis zum äußersten Augenblicke, bis zur letzten vernichtenden Niederlage, die schon schwarz und dräuend über ihnen hängt.

Den Sozialdemokraten verdanken wir es zum guten Teile, daß die Geschichte einst urteilen wird: „Hinter gewaltigen Feldherren und hinter Heeren, welche die Welt erfüllen mit dem Ruhme ihrer Tapferkeit, ein Hinterland voll jämmerlich betörter Menschen kleinen und kleinlichsten Geistes."

Soll es denn wirklich gar kein Erwachen geben, müssen wir den Verlust des Siegespreises, die Verlängerung des Krieges und dazu noch den Fluch der Lächerlichkeit auf uns laden? Selbst jetzt noch, nach den ungeheuren Erfolgen in Italien und bei der sonst uns so günstigen Weltlage, diese Hetzer und falschen Friedensfreunde weiterhin gewähren lassen, das ist Frevel, den wir alle einst zu verantworten haben und den unsere Kinder und Enkel uns nicht verzeihen werden.

Dr. W.

Die Zeit

11./XII. 1917



**Friedenskundgebungen in der Universität.**

Gestern abends gegen 6 Uhr versammelten sich in der Aula der Universität ungefähr 300 Studenten und Studentinnen, um für den Frieden zu demonstrieren. Es wurden einige Reden gehalten, die in einer Resolution gipfelten, in der das Verlangen nach Beendigung des Krieges gestellt wird. Da die Studenten hierauf auf der Rampe Stellung nahmen und die Kundgebung auszuarten drohte, hielt der Rektor der Universität Prof. Dr. Horst Meyer eine Ansprache, in der er sie aufforderte, in Ruhe abzuziehen, welchem Verlangen die Studenten alsbald nachkamen. Die Menge zerstreute sich hierauf, und die zahlreich erschienene Polizei fand keinen Anlaß, einzuschreiten. — Die am Freitag in der ersten Nachtstunde vor der Universität in Szene gesetzten Demonstrationen haben dem Rektor Veranlassung gegeben, am Schwarzen Brett der Universität folgende Kundmachung anschlagen zu lassen: „An die Studierenden! Am Freitag hat in einem Lokal außerhalb der Universität eine Versammlung mit der Tagesordnung ‚Die akademische Jugend und der Friede' stattgefunden. Nach Schluß der Versammlung, spät abends, haben Teilnehmer sich auf die Ringstraße begeben und vor der Universität eine lärmende Kundgebung veranstaltet, der die Polizei ein Ende machen mußte. Andere Teilnehmer der Versammlung drangen sogar in das Gelände ein und vergriffen sich tätlich an einem der Hausdiener, der sie zur Legitimierung verhalten wollte. Ich weise die grobe Störung der akademischen Ordnung und des akademischen Friedens zurück und spreche den Schuldtragenden wegen ihres disziplinlosen und akademischer Bürger unwürdigen Verhaltens meine Mißbilligung aus. Der Rektor: Dr. H. H. Meyer m. p.

11/XII. 1917

# Erhebung Kaledins.

## Verhängung des Belagerungszustandes über mehrere Provinzen.

**Petersburg, 7. Dezember. (Pet. Tel.-Ag.)**

Da die Volkskommissäre die Sicherheit haben, daß Kaledin in Nowotscherkask sich befindet und die ländlichen Ausschüsse die Arbeiter- und Soldatenräte verhaften und die revolutionären Garnisonen zu entwaffnen suchen, haben sie dort den Kriegszustand verhängt.

Der Rat der Volkskommissäre beschloß, der vom Zentralkomitee der Kadetten gebilligten gegenrevolutionären Bewegung ein Ende zu setzen.

**Paris, 9. Dezember. (Tel. C.)**

Die Agence Havas veröffentlicht folgenden Bericht aus Petersburg: Der Sowjet der Volkskommissäre richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, an die Deputierten und an die Arbeiter- und Bauernsowjet. Man hört aus der Proklamation heraus, daß ein bedeutender Teil der Soldaten und Bauern sowie der bürgerlichen Bevölkerung zu einer Koalition geneigt ist, um der Diktatur der Maximalisten entgegenzuwirken. Es wird ausgeführt, die Revolution erfordere in diesem Augenblicke, daß über mehrere Provinzen der Belagerungszustand verhängt werden müsse. Die Proklamation schließt: „Der Sowjet der Volkskommissäre verfügt: 1. die Verhängung des Belagerungszustandes über die Provinzen Ural und Don, sowie über diejenigen Gegenden, in welchen Revolutionsfeinde am Werke sind; 2. die örtlichen revolutionären Besatzungen sollen mit größter Energie gegen die Volksfeinde vorgehen, ohne auf höheren Befehl zu warten; 3. alle Versuche, mit den Feinden der Revolution zu verhandeln oder sich mit ihnen zu besprechen, sind strengstens untersagt; 4. jede Unterstützung der Revolutionsfeinde durch die Bevölkerung und durch das Eisenbahnpersonal wird nach den Revolutionsgesetzen auf das schärfste bestraft; 5. jede Verschwörung wird nach den Gesetzen bestraft. Alle Arbeiter und Soldaten, die sich vom Joche Kornilows, Kaledins und Dakews befreien wollen, werden als Brüder betrachtet und der nötigen Unterstützung durch den Sowjet teilhaftig werden."

## Kaledin — die Hoffnung der Entente.

**Zürich, 8. Dezember. (Priv.)**

Die Pariser Blätter setzen große Hoffnungen auf Kaledin. Nach einer Meldung der Pariser „Liberté" aus Rom ist man dort auf der russischen Gesandtschaft der Ueberzeugung, daß die russische Revolution beim letzten Akt angelangt und Kaledin der Mann sei, der Rußland retten wird.

„Le Journal" läßt sich aus Petersburg melden, daß die Kosaken Kaledins Rostova, wo sich die maximalistischen Organisationen befinden, eingekreist haben. Kaledin verfüge über 19 Kavallerieregimenter, 10.000 Mann Infanterie, 9 Batterien, 6 Panzerautos und 20 Maschinengewehrabteilungen. Kaledin habe in Südrußland zahlreiche Offiziere, die Anhänger von Lenin waren, verhaften lassen. Rodzjanko befindet sich bei Kaledin in Nowotscherkas.

11./XII. 1917

# Die Verhandlungen über die Waffenruhe.

## Gute Vorzeichen für die Zukunft.

Berlin, 10. Dezember. (Wolff.)

Ueber den Verlauf der Verhandlungen über die Waffenruhe an der Ostfront erfahren wir:

Zu Beginn der Verhandlungen mit der im Standorte des Hauptquartiers des Oberbefehlshabers Ost erschienenen russischen Delegation stellte sich beim Austausch der Vollmachten heraus, daß diese auf beiden Seiten lediglich dazu ermächtigten, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, nicht aber über den Frieden. Die russische Delegation schlug vor, einen allgemeinen Waffenstillstand für alle Heere und auf allen Fronten zu vereinbaren. Hierauf konnte unsererseits nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Rußlands weder vertreten waren noch den russischen Delegierten Vollmachten erteilt hatten, in ihrem Namen zu sprechen. Wir kamen daher überein, die Verhandlungen auf den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Armeen der Verbündeten und dem russischen Heere zu beschränken. Von russischer Seite ist hiebei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß der abzuschließende Waffenstillstand den unmittelbaren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zwecke haben solle, u. zw. über einen allgemeinen Frieden zwischen allen Kriegführenden. Hievon haben die Bevollmächtigten der Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis genommen. Sogleich in die Erörterung von Friedensfragen einzutreten, war schon deswegen nicht möglich, da die beiderseitigen Vollmachten hiezu nicht ausreichten.

Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Delegierten uns ihre Vorschläge für den Waffenstillstand mit. Diese Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangten beispielsweise die Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen, ohne ihrerseits die Zurückziehung ihrer Truppen an irgend einer Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer eines ihrerseits auf 6 Monate vorgesehenen Waffenstillstandes unsere Truppen in den Schützengräben der Ostfront zu belassen. Nicht einmal deren Zurücklegung in Ruhequartiere sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht einlassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, daß in allen außer in einer Frage eine Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt für den wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im Rigaischen Meerbusen, deren Räumung natürlich außerhalb jeder Diskussion steht.

Wie leicht an sich eine Einigung zu erzielen war, zeigte sich in dem Augenblicke, als die russischen Delegierten erklärten, weitere Instruktionen aus Petersburg einholen zu müssen, denn wir haben daraufhin in kürzester Zeit und ohne auf ernstliche Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung über die Bedingungen der jetzt eingetretenen zehntägigen Waffenruhe erzielt. In dieser kurzfristigen Abmachung dürfen wir ein gutes Vorzeichen für die Zukunft erblicken.

Reichspost

11./XII. 1917



## Die Bankerotterklärung dementiert.

Petersburg, 9. Dezember.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Es ist keine Ungültigkeitserklärung der ausländischen Anleihen durch ein Dekret der Regierung erfolgt. Es handelt sich lediglich um einen Artikel des Bolschewikenorgans „Prawda".

Die von dem Bolschewikenblatte als der Inhalt eines Dekretes der Bolschewikenregierung ausgegebene Nachricht von der Ungiltigkeitserklärung der auswärtigen Staatsschuld Rußlands hat sich sonach als unrichtig erwiesen. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß das jetzt Angekündigte nicht vielleicht bald eintreten wird, denn so wie die Dinge jetzt im russischen Reich liegen, ist der Zinsendienst der auswärtigen Schuld viel mehr zu einer Frage des Könnens und nicht so sehr des Wollens geworden. Anm. d. R.

Reichspost

11./XII. 1917



— **Katholisches Kirchentum in der Türkei.** Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Patriarch Camassei von Jerusalem mit seinem Weihbischof in Nazareth interniert worden sei. Die katholische Presse Frankreichs verlangt, daß im Falle der Einnahme Jerusalems eine internationale Regelung betreffend Jerusalems und Palästinas, welche die Richtung aller katholischen Völker in einwandfreier Weise sicherstelle, erfolge und daß das französische Protektorat im vollen Maße wiederauflebe. Dabei werden aber die Zusagen der englischen und französischen Regierung hinsichtlich der Errichtung eines zionistischen Staates übersehen. Unterdessen wird in türkischen Regierungskreisen, welche die ruhige Haltung der Katholiken anerkennen, wiederum der Plan eines unmittelbaren diplomatischen Verkehrs mit Rom durch Errichtung einer Gesandtschaft beim Vatikan erwogen. Bis zum Eintritt der Türkei in den Krieg vollzog sich der diplomatische Verkehr der Hohen Pforte mit dem Apostolischen Stuhl durch den Apostolischen Delegaten in Konstantinopel unter Vermittlung der französischen Botschaft.

Tägliche Rundschau
11./XII. 1917



## Oesterreichische Kundgebungen für einen guten Frieden.

In Wien fand eine große deutschnationale Kundgebung statt für den Treubund und das Durchhalten bis zum guten Frieden. Unter den Erschienenen befanden sich Graf Bothmer (München) und Marinepfarrer Wangemann (Leipzig). Die Versammlung nahm eine Entschließung an, worin es heißt:

Es wäre gröbster Undank gegen unsere Gefallenen und die zahllosen Opfer des im Felde und daheim ausharrenden Volkes, wenn der Friede uns nicht Sicherungen unserer Grenzen gegen künftige Angriffe und wirtschaftliche Vorteile für unsere erwerbenden Stände bringen würde. Wir verlangen, daß nach einer den militärischen und politischen Einfluß der Mittelmächte sichernden Regelung der polnischen und ukrainischen Frage dem Deutschen in Oesterreich endlich die gebührende Stellung eingeräumt wird, Ausbau und Vertiefung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, Stärkung der deutschen Grundlage des österreichischen Staates und Sicherung eines ehrenvollen und für uns günstigen Friedens — das sind die Forderungen, deren Verwirklichung wir auf Grund der militärischen und politischen Lage von unsern Staatslenkern erwarten.

In Linz fand eine Tagung der deutschnationalen Partei statt, die folgende Entschließung annahm:

Zur Sicherung des deutschen Volkes in Oesterreich ist eine möglichst starke einheitliche nationalpolitische Organisation notwendig, welche alle zu umfassen hat, die sich als Deutsche bekennen. Dieses Organ soll grundsätzlich für alle Parteien des deutschen Volkes in Oesterreich Raum geben und die Zusammenfassung des gesamten politischen Gewichtes der Deutschen Oesterreichs zu einer staatsbestimmenden Macht bezwecken und mit dem Zusammenwirken der Abgeordneten und Wählerkreise erreichen. Die deutschnationale Partei der Donau- und Alpenländer begrüßt dankbar alle Bestrebungen, welche auf das Zustandekommen einer solchen Organisation abzielen.

L 70000
5.
1917
13./XI – 11/XII.
Äußere Politik
37



# In Erwartung des russischen Friedensantrages.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In den hiesigen diplomatischen Kreisen waren bis zu den Abendstunden noch keinerlei Meldungen eingelangt, aus denen man ein Bild über die Vorgänge in Petersburg und Rußland, wie sie sich nach dem geglückten Handstreich der Maximalisten gestaltet haben, gewinnen könnte. Die neue Regierung hat offenbar alle Hände voll zu tun, um die rasch errungene Macht militärisch zu befestigen und gegen die Angriffe festzuhalten, die ihr drohen oder die in diesem Augenblick vielleicht schon im Gange sind. In solcher Lage findet es das maximalistische Kabinett vielleicht nicht opportun, die Petersburger Telegraphen-Agentur allzu sehr zu bemühen und über unfertige Dinge Meldungen, die durch die Tatsachen allzu rasch überholt werden könnten, in die Welt senden zu lassen. Auch so können wir uns leicht vorstellen, wie aufs äußerste gespannt die Situation in der russischen Hauptstadt sein muß, die im Laufe der letzten Monate an einen raschen Wechsel ihrer Gebieter sich hat gewöhnen müssen. Die Bolschewiki haben den früheren Kriegsminister Werchowski aus seinem finnischen Exil zurückberufen und sollen gar, was allerdings nicht ganz glaubwürdig klingt, die Absicht haben, ihm die militärische Diktatur zu übertragen. Der erst jüngst gemaßregelte Demokrat im Generalsrock gegen den schon längst als Feldherrn der Reaktionären entlarvten Kornilow: — die russische Geschichte der Gegenwart liebt die dramatischen Auftritte, die sensationellen Antithesen, und sie erleichtert das Verständnis ihres wechselvollen Verlaufes durch die Verkörperung politischer Richtungen in scharf umrissenen Persönlichkeiten. Zwischen den beiden Parteien wird es zum Kampfe kommen oder ist es schon zum Kampfe gekommen, und diesmal bürgt der Charakter eines Lenin dafür, daß es nicht wieder einen komödiantischen Scheinkampf, wie seinerzeit zwischen Kerenski und Kornilow, sondern eine ernstliche und blutige Auseinandersetzung geben wird, die mit ganzen Entscheidungen endigen muß.

Wie dieses Ende ausgehen wird, kann heute niemand voraussehen; die Stärke der Streitkräfte, die hier einander gegenüberstehen, die Verteilung der Sympathien in der Zivilbevölkerung, hundert andere Faktoren, die bei dem Entscheidungskampf um die höchste Macht in Rußland eine Rolle spielen, sind unbekannt und unberechenbar, unbekannt auch den politischen und publizistischen Kreisen der Entente. Diese sind, obwohl durch manche Anzeichen gewarnt, und trotz der, wie man nachträglich erkennt, erstaunlich offenherzigen Ankündigungen der Maximalisten, die ihre Aktion gar nicht wie regelrechte Verschwörer, sondern bei hellem Tageslicht vorbereiteten, von den Petersburger Ereignissen völlig überrascht worden. Geradezu verblüffend wirkt die Lektüre der Pariser Zeitungen aus den Tagen unmittelbar vor Ausbruch der neuen Revolution. Man war in Paris nicht nur ahnungslos, sondern eben damals von einer schönen Zuversicht in die Festigkeit der russischen Dinge und die Unerschütterlichkeit der Bündnistreuen und kriegsentschlossenen Regierung Kerenskis erfüllt. Umso härter traf sie der unerwartete Schlag. Sie quittierten ihn mit Wutgeheul und Drohungen. Die russischen Männer, die sich nicht für ein französisches Elsaß-Lothringen zu begeistern vermögen, sind „wahnwitzige Verbrecher", denen mit großer Bestimmtheit baldigste Zerschmetterung geweissagt wird. Der Botschafter Buchanan, der zuerst Petersburg verlassen wollte, hat sich dann doch entschlossen, zu bleiben, ohne daß man recht erkennt, ob er hofft, bald wieder mit seinem ergebenen Freunde Kerenski das alte Spiel aufnehmen zu können, oder fürchtet, daß sein Land sich über kurz oder lang mit dem verwünschten Lenin wird befreunden müssen. Irgendeine Gewißheit darüber, wer in der nächsten Zukunft der Herr Rußlands sein wird, hat trotz ihres vorbildlichen Spionage- und Nachrichtendienstes auch die Entente nicht, und sie begnügt sich in dieser Lage mit einem frommen Wunsch, der in der merkwürdigen Meldung sich verrät, daß England im Notfall die höchste Macht in Rußland übernehmen würde. Volksabstimmungen über die Regierungsform, die nicht nach dem Wunsche der Entente ausfallen, müssen sich offenbar erst kleine Korrekturen gefallen lassen.

Wenn nun aber die Entente, die immerhin in der Lage sein müßte, sich über die russischen Dinge rasche und zuverlässige Informationen zu beschaffen, über das Kommende so völlig im unklaren ist, so ist es selbstverständlich, daß die Diplomatie der Mittelmächte erst recht darauf angewiesen ist, in kaltblütiger Ruhe abzuwarten, wie sich die Revolution entwickeln und welchen Ausgang sie nehmen wird. Es kann nicht die Rede davon sein, daß sie irgendeinen als wahrscheinlich errechneten oder wünschenswerten Ausgang vorwegnimmt, um danach ihre Haltung zu den russischen Ereignissen zu orientieren. An maßgebender Stelle wurde heute abend insbesondere betont, daß es entgegen den in manchen Kreisen geäußerten Auffassungen als ganz ausgeschlossen erscheinen müsse, daß die Regierungen der Mittelmächte zu dem Friedensbeschluß des Kongresses der Sowjets unverweilt Stellung nehmen. Die Meinung, als ob dies ein gangbarer Weg wäre, um das Friedensproblem rasch in Fluß zu bringen, ist, wie eine einfache Ueberlegung zeigt, völlig irrig. Es steht erstens fest, daß wir es vorläufig nur mit einer vom Sowjetkongreß durch Abstimmung gebilligten Anweisung an die Leninsche Regierung zu tun haben, bei den kriegführenden Regierungen einen annexionslosen Frieden und sofortigen Waffenstillstand zum Zwecke der Einleitung von Verhandlungen zu beantragen. Es ist auch anzunehmen, daß die Regierung sich diesen Beschluß zu eigen machen wird; aber eine Sicherheit darüber besteht in diesem Augenblicke nicht, und selbst wenn man die höchste Wahrscheinlichkeit dafür annimmt, so weiß man doch nicht, in welchem Umfange die Auffassung der Regierung mit dem Beschlußantrag der Sowjets übereinstimmt. Das Wesentlichste aber ist, daß der durch den Kongreß der Regierung empfohlene Friedensantrag von dieser tatsächlich noch nicht gestellt ist. Weder hier noch in Berlin ist, sei es auf direktem, sei es auf indirektem Wege, eine diesbezügliche Mitteilung der russischen Regierung eingetroffen. Auch die Gerüchte von einem bereits vorliegenden Waffenstillstandsantrag können sich, wie mit Bestimmtheit versichert werden darf, auf keinerlei Tatsachen stützen. Es liegt aber auf der Hand, daß die österreichisch-ungarische Regierung, ehe nicht Friedensvorschläge der russischen Regierung ihr die Handhabe bieten, nicht aus eigenem vorgehen kann. Das Kabinett Lenin scheint selbst erst die Entscheidung in dem ausgebrochenen Bürgerkampf abzuwarten, ehe es sich in der Friedensfrage an das Ausland wendet, und jedenfalls wird die österreichisch-ungarische Regierung ihre Schritte gegenüber der neuen Situation nicht früher unternehmen können, als bis die neuen Machthaber in Petersburg selbst ihre Position für gefestigt genug erachten, um den Beschluß der Sowjets zur Ausführung zu bringen.

Wenn diese Voraussetzungen sich verwirklichen und eine aus den gegenwärtigen Kämpfen siegreich hervorgegangene russische Regierungsmacht mit einem Friedensantrag hervortreten sollte, dann kann die Oeffentlichkeit darüber völlig beruhigt sein, daß die Monarchie unverzüglich das Einvernehmen mit ihren Verbündeten pflegen und gemeinsam mit ihnen auf das Angebot so antworten wird, wie es der bisherigen Friedenspolitik des Vierbundes und der bereits hervorgehobenen Tatsache entspricht, daß der Beschlußantrag des Kongresses eine annehmbare Grundlage für ernstliche Friedenserörterungen bietet. Es ist an dieser Stelle schon gesagt worden, was von unserer Seite gegen diesen Beschluß eingewendet werden muß — es ist die von unserem Standpunkt unannehmbare Ausdehnung des Begriffes eines annexionslosen Friedens —, es ist aber, wie ebenfalls schon erwähnt, in dem Beschluß des Kongresses selbst angedeutet, daß die russischen Friedensvorschläge in der Fassung des Kongresses nicht als endgültig zu betrachten sind und daß Gegenvorschläge von unserer Seite geradezu erwartet werden. Es wäre verfrüht, über diesen Punkt jetzt schon eingehender zu sprechen. Man wird nicht über Einzelheiten mit einer Regierung polemisieren, von der man noch nicht weiß und die selbst noch nicht weiß, wann und ob sie überhaupt verhandlungsfähig sein wird.

13./XI. 1917

2

**loren im Kampfe 67 Flugzeuge und 1 Fesselballon.**

**Der Erste Generalquartiermeister:**
**Ludendorff.“**

•

**Berlin, 12. November.**

Das Wolffsche Bureau meldet:

**„12. November 1917. Abends.**

**Im Westen, Osten und Mazedonien keine größeren Kampfhandlungen.**

**Im Cordevoletale westlich von Belluno wurden 4000 Italiener gefangen.**

# Die polnische Frage und die Verfassungsreform.

**Von Austriacus Observator.** *)

Wer die Nachrichten über die betreffs der polnischen Frage schwebenden Verhandlungen schon in dem jetzigen Stadium derselben in die Oeffentlichkeit gebracht hat, wollte kaum Oesterreich damit einen Dienst erweisen, eher wohl das Gegenteil. In Wirklichkeit aber hat er der Sache Oesterreichs einen sehr großen Dienst erwiesen. Diese Nachrichten haben wie der Blitz in ein Halbdunkel hineingeleuchtet, in dem sich manche Parteien und politische Faktoren gern noch länger zurückgehalten hätten, teils aus Ratlosigkeit — und das war bei den meisten der Fall —, teils um geheime Pläne noch eine Zeitlang verhüllen zu können. Aber dieser Blitz hat die Gesamtlage so grell beleuchtet, daß ein Verstecken und Vertuschen nicht mehr möglich ist. Es ist, wie wenn jemand in einen Ameisenhaufen hinein gestoßen hätte; die Flut von Interpellationen, die alsbald sich ergoß, zeigt, was für eine Erregung da hervorgerufen worden ist, und dabei ist noch zu bemerken, daß die Erregung bei Parteien, die keine Interpellation eingebracht haben, wo möglich noch größer ist, da ihre Ratlosigkeit so groß ist, daß sie nicht einmal wissen, was für eine Interpellation sie einbringen sollen.

Die volle Wirklichkeit der Gesamtlage, welche der Blitz in grell leuchtendem Schein in aller Klarheit hat hervortreten lassen, ist die, daß ein neues Europa im ganzen Osten im Werden begriffen ist, indem infolge der Kriegserschütterungen eine ganze Reihe von Völkern so aus ihren bisherigen Verbindungen herausgerissen sind, daß sie auch für die Zukunft nicht mehr darin verbleiben können oder in dieselben zurückkehren wollen. Weil Oesterreich aber zunächst an diesen Osten angrenzt und seine eigene Völkerwelt die engsten Beziehungen dorthin aufweist, so wirken diese Erschütterungen auch nach Oesterreich hinüber, und sie verstärken sich noch bedeutend dadurch, daß sie zusammentreffen mit Bewegungen, die ohnedies in der Völkerwelt Oesterreichs vorhanden waren. Was immer man über die Möglichkeit denken möge, ob diese letzteren für sich allein genommen, niederzuhalten oder mit kleinen Mittelchen wieder zur Ruhe zu bringen wären, die Verbindung mit jenen Erschütterungen des Ostens läßt ein derartiges Beginnen jedenfalls mit voller Sicherheit als aussichtslos erscheinen. Hier erhebt sich die Frage der inneren Neugestaltung Oesterreichs in ihrer vollen drohenden Größe und in dem ganzen unentrinnbar logischen Zusammenhang ihrer Einzelfragen und macht es unmöglich, noch länger nach Vogel-Strauß-Art den Kopf in den Sand zu stecken und mit Ernährungs- und wirtschaftlichen Fragen die Verfassungsreform zuzudecken. Es ist bezeichnend, daß es ein polnischer Politiker, Dr. v. Bilinski, war, der noch vor kurzem Regierung und Parteien warnte, den Drang politischer Notwendigkeiten mit wirtschaftlichen Vorlagen und Plänen befriedigen oder ablenken zu wollen.

Es ist in der Tat insbesondere die polnische Frage, deren Lösung drängt, die aber sofort auch den ganzen Komplex der übrigen Einzelfragen ins Rollen bringt. Das fühlen jetzt alle, das dumpfe Rollen des unaufhaltsamen Zeitenrades erschreckte alle die vielen, die sich nicht vorbereitet wissen.

Eines geht aus den Nachrichten wie aus den Dementis mit genügender Sicherheit hervor; alle Beteiligten sind zu der Einsicht gelangt, daß die bisherige „Lösung“ der polnischen Frage keine Lösung ist, und sie neigen sich dazu, eine Lösung anzunehmen, die das eroberte Russisch-Polen irgendwie in einen Zusammenhang mit der Donaumonarchie bringt. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Frage, welcher Art dieser Zusammenhang sein soll. Man muß es als ausgeschlossen bezeichnen, daß dieser Zusammenhang bloß der einer reinen Personalunion sein könnte. Jedenfalls, einem in bloßer Personalunion vereinten Lande könnte nicht ein Kronland Oesterreichs abgetreten werden; der Lohn eines siegreichen Krieges darf für Oesterreich nicht in der Abtrennung von eigenem Ländergebiet und Hingabe desselben an ein fremdes Land sein, und ein fremdes Land, nicht mehr, wäre für uns ein bloß in Personalunion mit Oesterreich stehendes Polen. Welcher Art im einzelnen die Realunion sein müßte, in die Polen einzutreten hätte, soll hier nicht erörtert werden; wir könnten uns hierin im allgemeinen dem anschließen, was in dem Artikel „Die österreichische Lösung der polnischen Frage“ in der „Neuen Freien Presse“ vom 10. November ausgeführt wird, der in der Forderung gipfelt: „Der pragmatische Verband durch Krone, Armee, Vertretung nach außen und verbürgte wirtschaftliche Einheit mit unbegrenzter Zeitdauer darf nicht gelöst werden.“

Die Tatsache, daß das ehemalige Russisch-Polen nach einer Vereinigung mit Oesterreichisch-Polen, mit Galizien, strebt, Galizien aber ein Kronland des (zisleithanischen) Oesterreichs ist, läßt kaum eine andere Lösung zu, als daß das neue Gesamtpolen in ein näheres staatsrechtliches Verhältnis trete direkt nicht zur Gesamtheit der Donaumonarchie, sondern zunächst nur zu Oesterreich und danach mittelbar erst zur Gesamtmonarchie. Diese Lösung der polnischen Frage drängt mit unentrinnbarer Notwendigkeit dann aber auch zu einer Lösung der slavischen Frage in dem

*) Der Verfasser der nachstehenden Ausführungen ist ein hervorragender Gelehrter, der nicht im aktiven politischen Leben steht, aber durch seine Studien und seine zahlreichen persönlichen Beziehungen mit den aktuellen polnischen Ereignissen eng vertraut ist. Das Urteil des hochgeschätzten Autors wird da und dort Widerspruch erregen, wir geben es aber wieder nicht nur mit Rücksicht auf das Ansehen seiner Herkunft, sondern auch deshalb, weil es die Zusammenhänge der polnischen Frage besonders scharf durchleuchtet und damit der vollen Erfassung des Problems dient. D. R.

Arbeiterzeitung



13./VI 1917

# Zwanzig Jahre.

Um Petersburg tobt der Kampf. Kerenski und die Generale versuchen noch einmal das Glück der Waffen; noch einmal, ob es möglich ist, die Petersburger Arbeiterschaft niederzuwerfen. Und mit atemloser Spannung wartet die ganze Welt auf den Ausgang des großen Ringens, das für Rußland zwischen Militärdiktatur und proletarischer Demokratie, für die ganze Welt über Krieg und Frieden entscheiden wird. Die Zukunft des Erdteils ist heute an das Schicksal der russischen Arbeiterschaft gebunden.

Von Lenin und Trotzky, von Bolschewiki und Menschewiki spricht jetzt alle Welt; von den verschiedenen Richtungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie ist jetzt die Rede, wo immer Menschen über Kriegsdauer und Friedensaussichten sprechen. Und doch ist die Partei, die heute so mächtig in die Weltgeschichte eingreift, die Partei, von deren Kraft Millionen Menschen ihre Befreiung von Kriegsgreueln und Kriegsnot erhoffen, die jüngste unter den sozialdemokratischen Parteien der Erde. Gestern noch ein Häuflein machtloser, verfolgter, geschmähter Männer und Frauen, von den Schergen aller Regierungen von Land zu Land gehetzt; heute eine Weltmacht, vor der die Machthaber in allen Hauptstädten der Erde zittern! Es ist ein Aufstieg, so schnell, so überraschend, wie die Welt kaum noch einen gesehen!

Es ist in dieser Stunde, in der die Augen aller Völker dem Entscheidungskampf der russischen Sozialdemokratie zugewendet sind, sehr lehrreich, sich zu erinnern, was diese Partei vor zwei Jahrzehnten noch gewesen ist. Gewiß, auch um 1897 gab es in Rußland schon Sozialdemokraten. Es gab Intellektuelle, die im Ausland gelebt und die Arbeiterbewegung Deutschlands, Englands und Frankreichs studiert hatten, und Studenten, die ihren Marx gelesen hatten. Sie bildeten auch schon kleine Propagandazirkel, die in geheimen Druckereien Flugblätter herstellten und sie bei günstiger Gelegenheit in Fabriken verteilten. Aber wenn es auch Sozialdemokraten gab, so gab es doch noch keine sozialdemokratische Arbeiterschaft: Studenten und Studierte waren noch die Träger der Bewegung; zu den noch ganz in bäuerlicher Denkweise befangenen, des Lesens und Schreibens zumeist noch unkundigen Arbeitern hatte der Sozialismus den Weg noch nicht gefunden. Der Schnaps herrschte in den Arbeitervierteln und neben der blinden Furcht vor der Polizei und dem blinden Glauben an den Gott und die Heiligen der orthodoxen Kirche fand keine Idee in den Köpfen der Arbeiter Raum. Auch die Sozialdemokraten hielten es vor zwei Jahrzehnten noch für ganz unmöglich, die russischen Arbeiter für politische Fragen zu interessieren und zum politischen Kampfe zu gewinnen. Sie beschränkten ihre Tätigkeit darauf, den Arbeitern bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu helfen und diese wirtschaftlichen Kämpfe zur Aufklärungsarbeit auszunützen. Gewerkschaften gab es damals in Rußland natürlich nicht. Aber von Zeit zu Zeit, wenn Druck und Ausbeutung in einer Fabrik unerträglich geworden waren, gab es wilde Streiks. In solcher Zeit nahten dann die Sozialdemokraten den Arbeitern. Sie organisierten den Ausstand, formulierten die Lohnforderungen, vertraten das Recht der Arbeiter gegen die Polizei; so gewannen sie das Vertrauen der Arbeiter und fanden wohl auch Gelegenheit, den Arbeitern zu erzählen, wie in anderen Ländern die Arbeiter ihre Kämpfe führen. Das war aber alles; die Arbeiter zu organisieren und ihrem Kampf ein politisches Ziel zu setzen war noch vor zwanzig Jahren in Rußland schlechthin unmöglich. Das hinderte nicht nur die Polizei des Zaren, sondern auch die kulturelle Unreife der Arbeiter selbst. So beschränkte sich die Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie ganz auf die Organisierung wirtschaftlicher Kämpfe; man hat später diese Phase ihrer Geschichte die Phase des „Oekonomismus" getauft.

Gerade in den Neunzigerjahren aber begann das märchenhaft schnelle Wachstum der russischen Industrie. Die Zahl der Industriearbeiter wuchs überaus schnell; und ein neues Arbeitergeschlecht wuchs heran, das schon durch die Volksschule gegangen war, lesen und schreiben gelernt hatte. Die wirtschaftlichen Kämpfe waren den Arbeitern eine gute Schule; bei jedem Streik sahen sie die ganze Staatsgewalt auf der Seite des Unternehmers und so begann sie dann zu begreifen, daß der Kampf gegen die Kapitalisten aussichtslos bleibt, solange sich der Staat schützend vor die Kapitalisten stellt. Jetzt erst wagten es kühne Männer, daran zu denken, die russischen Arbeiter zum politischen Kampf zu erziehen; ihnen nicht mehr nur den Kampf um eine Lohnerhöhung, allenfalls noch den Kampf um das Koalitionsrecht oder um ein Arbeiterschutzgesetz, sondern den großen Kampf um die politische Macht als Ziel zu setzen. Den „Oekonomisten", die an den alten Methoden festhielten, traten die „Politiker" gegenüber, die Agitatoren der politischen Revolution gegen den Zarismus. Erst 1901 erschien, von Martow, Lenin und Samowjcz redigiert, die „Iskra", die die russische Sozialdemokratie recht eigentlich erst zu einer politischen, zu einer revolutionären Partei erzog. Aber sie blieb auch noch in den Jahren 1901 bis 1905 eine Partei besonderer Art. Den Kern der Partei bildeten auch damals noch kleine Comités, die zumeist aus Intelligenzlern, nicht aus Arbeitern zusammengesetzt waren, und innerhalb dieser Comités hatten die Führung die „professionellen Revolutionäre", die, von den Schergen des Zaren gehetzt, heute da, morgen dort zu einem Dutzend Arbeiter vom Sozialismus sprachen oder in einer Schnapsschenke ein aus dem Ausland eingeschmuggeltes Flugblatt verbreiteten. Die einzelnen Mitglieder dieser Comités scharten so schon kleine Kreise von Arbeitern um sich. Um den Kern der geheimen Organisation, in der auch damals noch sehr wenige Arbeiter saßen, sammelten sich lose Verbindungen von Proletariern, die mit den Sozialdemokraten schon in geistiger Verbindung standen. Aber eine proletarische Massenpartei ist die russische Sozialdemokratie auch damals noch nicht gewesen.

Dann kam der Russisch-Japanische Krieg und in seinem Gefolge die erste russische Revolution. Auch sie begann keineswegs als sozialdemokratische Bewegung. Die Arbeiter der Putilow-Werke, die im Jänner 1905 in den Ausstand traten, waren keine Sozialdemokraten. Nicht ein Sozialdemokrat, sondern der Pope Gapon führte sie zum Winterpalast des Zaren; nicht um ihr Recht zu fordern, sondern um die Gnade des Herrn zu erbitten, zogen sie mit Zaren- und Heiligenbildern zu dem Sitze des Herrschers. Aber als der Zar die Bittenden mit seinen Maschingewehren empfing, ward der Bittzug zur Revolution. Jetzt begann die große Zeit der russischen Sozialdemokratie! Nun sprach sie nicht zu Dutzenden mehr, sondern zu Zehntausenden. Die kleinen Comités wurden zu riesenhaften Organisationen. Und als im Oktober 1905 der Massenstreik der Arbeiter ganz Rußlands den Zarismus zum erstenmal zur Kapitulation zwang, war die russische Sozialdemokratie eins geworden mit der russischen Arbeiterklasse. Freilich, der Zarismus, im Oktober 1905 besiegt, konnte gar bald wieder triumphieren. Die Revolution wurde niedergeworfen, die sozialdemokratischen Organisationen wurden zersprengt, die sozialdemokratischen Zeitungen unterdrückt, die Führer der Sozialdemokratie gehängt, eingekerkert, nach Sibirien verbannt. Aber in Herzen und Hirnen der russischen Arbeiter lebte die Erinnerung an die großen Tage von 1905, lebte die große Botschaft der Sozialdemokratie fort. Und als wiederum der Schlachtenlärm sie weckte, als sie sich erhoben zu ihrer zweiten, größeren Revolution, da begannen sie diese Revolution als Sozialdemokraten. Rote Fahnen zogen den Massen voraus, die im März den Zarismus gestürzt haben, um vorerst die Bourgeoisie in den Sattel zu setzen; rote Fahnen wehten in den Massen, die im November die Bourgeoisie gestürzt haben, um für das Volk selbst die Macht zu erringen.

Vor zwanzig Jahren noch war die russische Sozialdemokratie ein Häuflein Intelligenzler; heute ist sie die Organisation der Millionen russischen Arbeiter. Vor zwanzig Jahren noch kannte der russische Arbeiter kein höheres Kampfziel als eine Lohnerhöhung von ein paar Kopeken; die Sozialdemokraten selbst hielten es für unmöglich, ihn zum Kampf für ein politisches Ziel zu gewinnen. Heute hat die russische Arbeiterklasse die Staatsgewalt in ihre Hand genommen und ihre Vertrauensmänner, von ihr gewählt und aus ihrer Mitte hervorgegangen, führen die Geschäfte des größten Staates Europas. Vor zwanzig Jahren hetzten die Polizisten aller Länder die russischen „Schmorrer und Verschwörer" von Land zu Land; heute wenden, hoffend und fürchtend, die Herrschenden

13./XI. 1917

5

# Die Stellungnahme Oesterreich-Ungarns zu den Sowjet-Beschlüssen.

Von Wiener unterrichteter Seite teilt man uns mit:

Gewisse Blätter haben den Beschlüssen des Sowjet-Kongresses in der Friedensfrage eine Wertung unterlegt, die weder den vorhergehenden Tatsachen noch der augenblicklichen Lage und am wenigsten dem eigentlichen Sinn und Wesen dieser Beschlüsse entspricht. Durch eine Richtigstellung von unterrichteter Seite soll die wirkliche Lage gekennzeichnet und jener auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Auffassung der Lage vorgebeugt werden, als ob es jetzt bereits Sache der österreich-ungarischen Regierung sei, auf einen gemachten Friedensvorschlag zu antworten. In Wirklichkeit bedeutet der Beschluß des Sowjet-Kongresses nicht schon einen tatsächlichen Friedensvorschlag an die Mittelmächte. Er stellt erst die Aufforderung des Kongresses an die russische Regierung dar, im Sinne dieses Beschlusses Friedensvorschläge auszuarbeiten. Es bleibt gegenwärtig der Kardinalpunkt der ganzen Frage, ob und inwieweit das Petersburger Kabinett dieser Aufforderung nachkommt und sich die Leitgedanken des Beschlusses der Sowjets zu eigen macht. Bis jetzt ist weder in Wien, noch in Berlin, wie wir bestimmtestens mitteilen können, ein derartiger Vorschlag eingelaufen oder das Angebot eines Waffenstillstandes gemacht worden. Vor allem muß mit einer gewissen Geduld abgewartet werden, ob und wann die neuen Machthaber in Rußland mit ihren Friedensvorschlägen an unsere Regierung herantreten. Vorläufig fehlt für unsere Regierung auch die formelle Unterlage, um ihrerseits irgendeinen Schritt zu unternehmen. Es wird zur Erwägung vorzulegen sein, daß augenblicklich überhaupt noch nicht mit voller Sicherheit gesagt werden kann, ob sich die Maximalisten im Besitz der leitenden Gewalt halten und befähigt sein werden, ihre Friedensvorschläge an die Mittelmächte gelangen zu lassen. Noch stehen Lenin und Kerenski im Kampf, der in der kürzesten Zeit zum Ausbruch und zur Entscheidung kommen muß. Die russische Regierung muß vorerst gezeigt haben, daß sie die Macht fest in den Händen zu halten vermag. Dann kann sie ihre Vorschläge machen, und unsere Regierung wird nicht zögern, zu denselben Stellung zu nehmen. Vor Austragung dieses jetzt begonnenen oder beginnenden Kampfes zwischen Lenin und Kerenski kann die Friedensfrage im Sinne der Sowjets nicht zur Fragestellung und zur Formulierung gelangen. Wenn wirklich die Maximalisten die Oberhand behalten und die von ihnen bestellte Regierung mit Friedensvorschlägen hervortritt, dann wird unsere Regierung im Einverständnis mit den Verbündeten sofort zu denselben Stellung nehmen.

Die veröffentlichten Friedensgrundsätze der Sowjets können dahin gekennzeichnet werden, daß sie den Ausgangspunkt für ernste Verhandlungen bilden können. Die Formel „ohne Annexionen und Kontributionen" entspricht dem Friedensziel der österreich-ungarischen Regierung. Jedoch deckt sich das, was wir unter „Annexionen" verstehen, nicht mit dem, was die heutige russische Regierung mit diesem Ausdruck bezeichnen will. Es wird Sache der eventuellen Verhandlungen sein, zu diesem Punkte von unserer Seite Gegenvorschläge zu erstatten. Es scheint, als ob der Beschluß des Sowjet-Kongresses solche Gegenvorschläge erwartet, denn der Kongreß scheint zu erkennen, daß sein Annexionsbegriff zu weit gespannt ist.

**Berlin, 12. November.**

Die hiesigen Blätter verweisen im allgemeinen in ihrer Besprechung der neuen russischen Friedensvorschläge darauf, daß die Friedensbereitschaft der Mittelmächte hinlänglich bekannt sei. Jetzt hätten die Regierungen der Westmächte das Wort. Auch wird die Unklarheit der Vorschläge der Sowjets hervorgehoben und betont, daß die Machtverhältnisse in Rußland derzeit zu schwankend und wechselvoll seien, um nach den Beschlüssen einer Partei, die vielleicht morgen schon wieder von einer andern verdrängt sei, die Friedenspolitik der Mittelmächte einzurichten.

Reichspost
14./XI. 1917



**Oestlicher Kriegsschauplatz:**

**Südlich von der Bahn Riga — Petersburg wiesen unsere Posten den Angriff einer russischen Streifabteilung ab.**

**Südöstlich von Gorodischtsche war ein Unternehmen deutscher und österreich-ungarischer Stoßtrupps erfolgreich.**

**An der**

**mazedonischen Front**

**schwoll der Artilleriekampf auf den Höhen östlich von Paralowo im Cernabogen zu erheblicher Stärke an.**

**Der Erste Generalquartiermeister:**
**Ludendorff.“**

•

Herausgeber: Wien, VIII., Strozzig. 8, Fernsprecher: 18570, 18582, 22641. Wien, I., Schulerstraße 11. Fernsprecher: 3524, 8574, somie bei allen Ein- und Ausfuhrämtern.

Postsparkassenscheckkonto 77.44. — Bankkonten-Creditanstalt 30656, Unionbank 8, Depositenbank 7244. — Redaktion: Wien, VIII., Strozzig. 8, Fernsprecher: 18570, 18582, 22641, 3524.

# Vom andern Ufer.

Wien, am 13. November.

Als Kinder haben wir, noch ohne Erkenntnis des Symbolischen, das Märchen gehört von dem Rattenfänger von Hameln, der durch seiner Pfeife Wunderton die Kinder der Stadt, die ihn gekränkt, ins Verderben führt. Unsere Zeit, die Instinkte ans Licht des Tages ruft, die sich, um Geltung zu behalten, in Modeworte kleiden, hat erlebt, wie dieses Symbolische in die Wirklichkeit trat, und eine alte Sage sich wiederholte, in neuer Zeit. Im großen Neulande des Westens ist die Lockpfeife erklungen, die das Lied singt von der allein seligmachenden Demokratie, vom Kampfe gegen Junker, Militärstaat und für die Rechte der kleinen Nationen und den schweigenden großen Massen, die tun müssen, was ihnen befohlen wird, ohne ein Recht zu fragen: wofür, warum? Wir haben erlebt, wie dieser Ruf eines Herolds modern sittlicher Ideen von aller Welt aufgegriffen wurde, und selbst bei uns viele, denen ehrliche Meinung nicht abzusprechen ist, obzwar ein ganz anderer als Freiheitsinstinkt aus ihnen sprach, das Brausen eines neuen Tages zu hören vermeinten. Der Verfasser dieser Zeilen kam vor wenigen Tagen erst zurück von einer Reise, die ihn ins Demokratenparadies geführt hatte, woselbst er Jahre lang Muße hatte, zu lernen und zu prüfen. Was ist diese neue Demokratie, was will sie und wer repräsentiert sie? Wie ist sie entstanden, die Tochter, die aus dem Blut der Mutter gedeiht?

Ueber allen Völkern hängt, so sagt Nietzsches Zarathustra, die Tafel ihrer Regeln, die zum Erfolge führen, zur Macht. Ueber Amerika hängt die Tafel „Lüge“. Wie das alte Rom, so hat dieses Land sich aus einer Kolonie von Flüchtlingen entwickelt, Leuten, denen, nicht nur ihres bedrängten Glaubens willen, Europas Boden zu heiß wurde. Der Grundton war anglosächsisch, von ihm selber ist fast nichts mehr zu spüren.

Doch blieb die Stellung zur Kultur, wie sie dem Anglosachsen eigen.

In Gesetzen, Technik, bürgerlichem Leben. Kultur, ein falsches Wort, daher der Haß der Amerikaner gegen unsere „Kultur mit K“, wie sie es nennen. Dagegen Zivilisation, das gibt es. Das heißt: Lift, elektrische Schnellbahn, Dampfpflüge, Lichtreklame. Alles, was dem Kommerz dient, der Massenproduktion, ist da — und ist gut. Nicht die Yankees haben es gemacht, die englischen Nachkommen im Nordosten, noch die Konföderierten des Südens, die alten Sklavenbarone und Baumwollpflanzer. Gemacht wurde das Land von den Mittelmäßigen Europas, die in Amerika erstklassig werden konnten, und von den Zuchthäuslern und Militärflüchtlingen. Der Auswurf und die Enterbten des Schicksals aus Deutschland, Oesterreich und die russischen Juden, dann die expatriierten Irländer. Das ist die amerikanische Rasse. Diesen entspricht die amerikanische Ethik und Demokratie. Dieses leidige Wort, wie wenig paßt es in Länder, die als englische Kolonien begonnen haben. Eine ungehobelte, sehr oberflächlich gebildete Masse, das arbeitende Volk, das verdummt gehalten wird durch Wisky oder sein Gegenmittel, die Schwindelreligionsstifter, von denen einer auf tausend Amerikaner kommt. Wie der Fußballspieler Billy Sanday, dem Kirchen errichtet werden und der in gemeinster Blasphemie Christus und die Heiligen mit Sportausdrücken bezeichnet. Und von den Societygirls patronisiert wird. Das ist die andere Kaste, das Mädchen der Gesellschaft. Kokett, dumm, mit hundert lateinischen Worten und ebensoviel Museumskatalogen im Kopf, selbständig bis zum Maschinschreiben, sonst verwöhnt wie eine Puppe, das ist die „Lady of the Nation“. Sie tanzt halb nackt zugunsten armer Botokudenkinder, und ist immer von einem Troß der oben erwähnten neuen Apostel umgeben, die leben von dem, was man in Amerika „Take“ nennt, wir hier fälschlich Humbug nennen.

Die Regierung, wenn man diese sich Stellen zuschachernden Spitzen von Parteien so nennen kann, besteht fast zur Gänze aus Irländern. Sie kommen bettelarm ins Land, werden dann gewöhnlich Wiskystubenbesitzer und beginnen, nachdem sie einen „Gang“, wir nennen das Platte, um sich geschart, ihre politische Laufbahn. Da lernen wir ein neues Wort kennen, den „Graft“.

Das ist die amerikanische Korruption. Sie besteht in Verteilung politischer Stellen, Vergebung öffentlicher Kontrakte, Protektion politischer Helfer und dem „railroaden“, das heißt dem Beiseiteschaffen von Mißliebigen. So hat der Großjude Jakob Schiff seinen Chauffeur wegen eines Familienskandals als angeblichen Einbrecher „eisenbahnern“ lassen. Dazu, zu solcher Witz und Skrupellosigkeit erfordernden Tätigkeit, ist so mancher amerikanische Ire, dem der Weltkrieg eigentlich Hekuba, der richtige Mann. Doch ist er nur die Hand, nicht der Kopf. Dieser ist immer einer von dem Volke der Auserwählten.

Sie kommen nach Amerika, barhäuptig, ohne Schuhe. Zuerst gehen sie als Peddler = Hausierer herum, lernen englisch, und trachten, einen kleinen Laden zu erwerben. Dann kommt die Häutung. Erst lebt man,

15

15./XI. 1917

Zeitungen läßt sich nicht erkennen, wer Sieger in dem Kampf um die Herrschaft blieb. Nach einer Quelle sind die Bolschewiki von Kerenskij geschlagen, dem es gelungen sei, sich mit Kornilow und Kaledin zu vereinigen. Im Widerspruch hiezu erfährt „Stockholms Tidningen", Kerenskij habe endgültig das Spiel verloren, weil er sich bei dem Vormarsch gegen Petersburg auf Verhandlungen eingelassen habe. Er stehe noch in Gatschina, während sich die Bolschewiki zur Verteidigung Petersburgs rüsteten.

## Der Rücktritt des französischen Kabinetts.

### Die Ausführungen Painlevés in der Kammer.

**Paris**, 13. November. (Meldung der Agence Havas.) Ministerpräsident Painlevé verlas in der Kammer eine Erklärung, welche folgendermaßen beginnt: Schwerwiegende Ereignisse der letzten Zeit verpflichten die Regierung, eine Erklärung abzugeben. Einerseits haben sich die Extremisten Petersburgs dieser Stadt vorübergehend bemächtigt. Obgleich die letzten Nachrichten anzunehmen gestatten, daß die einstweilige Regierung die Macht wieder herstellen konnte, werden die Rückwirkungen dieser Erschütterung noch einige Zeit fühlbar sein. Anderseits hat die verhältnismäßige Bewegungsfreiheit an der Ostfront, welche die russischen Heere den deutschen Heeren gelassen haben, letzteren erlaubt, viele Divisionen auf den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Die italienische Nordostfront ist unter noch nicht aufgeklärten Umständen durchbrochen. Die zweite italienische Armee, die einige Wochen zuvor auf der Hochfläche von Bainsizza einen glänzenden Sieg erfochten hatte, hat auf ihrem beklagenswerten Rückzug erhebliche Verluste erlitten. Venetien stand dem feindlichen Einbruch offen. Diese ernste, unerwartete Lage verlangte sofort eilige Maßregeln. Ohne auch nur auf einen Ruf zu warten, sind französische Truppen herbeigeeilt und haben ihren Platz an der italienischen Front mittels einer Bewegung eingenommen, deren schnelle und genaue Ausführung die Bewunderung aller, die davon Kenntnis nehmen konnten, erregt. Heute ergießen sich nun englische Truppenmassen jenseits der Alpen.

**Der gemeinsame Kriegsrat.**

Painlevé stellte fest, daß im Augenblick der größten Schwierigkeiten keine Minute verloren worden sei. Die Nationen, die die Westfront von der Nordsee bis zur Adria hielten, könnten nur auf Grund eines gemeinsamen Planes durch enge Verbindung ihrer Heere und Hilfsquellen ihre Aufgabe durchführen, wie ja auch die Kammer vor zwei Monaten der Absicht der Regierung zugestimmt hätte, aus den Alliierten eine Nation, eine Armee und eine einheitliche Front zu machen.

Dieses Bestreben führte nunmehr zur Vereinheitlichung der kriegerischen Tätigkeit Englands, Frankreichs und Italiens in einem gemeinsamen obersten Kriegsrat, dem sich auch die Vereinigten Staaten zweifellos anschließen würden. Verhandlungen über eine ähnliche Einrichtung würden mit Rußland und Japan geführt. Dieser oberste Kriegsrat, sagte Painlevé, soll nicht die Einzelheiten der Kriegsoperationen vorschreiben, sondern die allgemeine Kriegspolitik leiten, die gemeinsamen Pläne der Alliierten entwerfen und ihren Hilfsquellen und die Mittel dergestalt anpassen, daß sie die größtmöglichste Leistung ergeben. Er besteht aus zwei Vertretern jeder Regierung und tritt gewöhnlich mindestens einmal monatlich in Frankreich zusammen. Er wird von dem ständigen gemeinsamen Generalstab der Alliierten unterstützt, der zugleich die Sammelstelle aller Nachrichten und ein Fachbeirat ist. Die Entscheidungen des Kriegsrates werden nicht durch irgendwelchen Partikularismus beeinflußt werden; sie betreffen das Gesamtbild jeder Schlacht und werden von der betreffenden einzelnen Regierung im einzelnen ausgearbeitet.

Gegenüber dem Einwurfe, daß man nicht eine beratende Körperschaft, sondern ein einheitliches Oberkommando brauche, erklärte Painlevé, bei einem so schwierigen Gegenstande sei es klug, das sofort Mögliche zu bewerkstelligen, anstatt monatelang auf etwas Besseres zu warten. Auch England und Frankreich sehen die Errichtung als einen ungeheuern Fortschritt an, dem andre folgen könnten. Die italienische Presse zeige sich getröstet und begeistert. Die Engländer urteilen mit Lloyd George, Eigenbrötelei verlängere den Krieg, Zusammengehen kürze ihn ab.

halbjährlich . . . . . 28.—

Für Oesterreich-Ungarn:
bei täglich zweimaliger Postversendung
monatlich . . . K 5.20
vierteljährlich . . . „ 15.—
halbjährlich . . . „ 30.—
bei täglich einmaliger Postversendung
monatlich . . . K 4.50
vierteljährlich . . . „ 13.—
halbjährlich . . . „ 26.—

Für Deutschland:
vierteli. Kreuzbandsend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteli. Kreuzbandsend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 16 h
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „
Nachmittagsblatt separat . . 8 „

...ch-Ungarns.

...ost.

17 XXIV. Jahrgang

# ...oberen Brenta.

## ...m Wachsen.

## ...esopotamien.

# Wie es kam.

### Die Szenerie zur Politik Wilsons. *)

Wien, am 15. November.

Also Amerika ist Teilhaber im Weltkrieg. Das heißt, es gibt Kinder, denen die Public-school-Lehrerinnen raten, ein Mittel gegen den U-Boot-Krieg als Weihnachtsaufgabe zu erfinden. Schiffbrücken über den Ozean bauen, schlägt die „World" vor. Edison, der schlaue Ausnützer des Genies, das Morse, Reis, Helmholtz besessen haben, schreibt Artikel. Alles redet, schreibt über den Krieg gegen Mitteleuropa. Was werden sie tun? Nichts, oder wenigstens nicht viel. Englands kleiner Bruder wird kein Rußlandersatz sein. Das kann und will wahrscheinlich der nur auf momentanen Wortrausch und große Geste gegen das sterbende Europa bedachte Bruder Jonathan nicht.

Der brave Jonathan. Den hat es einmal gegeben, und wir alle lasen mit vor Begeisterung glühenden Wangen vom amerikanischen Bürgerkriege und vom Negerbefreier und Märtyrer Abraham Lincoln. Das war einmal; die knöchernen, emsig sparsamen und doch so braven Puritaner des Hinterwalds gibt es heut nur noch im Film oder in den etwas zu sentimentalen Geschichten Bret Hartes, des englisch schreibenden Deutschen. Im Kino konnten wir noch W. S. Hart, den größten Filmschauspieler, als ewig ritterlichen Cowboy bewundern, doch in der Wirklichkeit schreibt Mischa Appelbaum vom „Humanitarian" freche Briefe an Kaiser Wilhelm. Das ist Amerikas richtige Kultur.

Als der Weltkrieg begann, öffneten die Deutschamerikaner ihren Mund, und die deutsche Presse Amerikas, die lediglich Biergesangvereinen und Großbrauern dient, sprach von nichts als von Hindenburg, mit der glühend unechten Begeisterung von Leuten, die anderer Erfolge auf ihr Konto setzen. Der englische Blätterwald blieb kühl, scheinbar nicht unfreundlich, und blieb so bis zum Tage „Belgien". Da begann es. Allen voran das „Evening Telegramm", das Abendblatt des „New York Herald". Dann, feiner im Ton und gemeiner in der Absicht, Lord Northcliffes „New York Times", die „Sun", eine republikanisch-aristokratische Zeitung, und die „World" des seligen Pulitzer aus Ungarn, dessen Sohn Ralph heißt und wie Gordon Bennett, der wegen gewisser Delikte Flüchtige, in Paris lebt. Erst wurden nun die deutschen Erfolge ins Gegenteil umgelogen, dann den Deutschen Greueltaten ohnegleichen in die Schuhe geschoben.

Namens der englischen Propaganda arbeiteten Herr Philipp Oppenheim, der Dichter, und Frau Gertrude Atherthon, die im Verein christlicher junger Männer, der dort große Macht hat und kapitalistischen sowie antikatholischen Tendenzen dient, erzählte, daß deutsche Militärärzte gefangenen Franzosen Syphilis und Tuberkulose einimpften. Damals ging es gegen das deutsche Volk, aber die Phrase von Deutschland, das von seinen Junkern befreien müsse, fiel noch niemand ein. Vorderhand hieß es nur, Westeuropa gegen Osteuropa begünstigen, von Rußland schrieb nur der jüngere Roosevelt in Mr. Strauß Zeitung „Puck", das dessen englische neue Kultur unterschätzt sei und gefördert werden müsse. Die deutsche Sache aber lag in Händen einiger aus England geflohener Universitätsprofessoren, die so doktrinär und ohne Kenntnisse der amerikanischen Psyche als möglich auftraten und einen deutschen Akademikerbund gründeten, indem sie auf kulturelles Dankempfinden rechneten. Da war der alte Professor Münsterberg, mehr Amerikaner wie Deutscher, der uns Deutsche immer als halbe Amerikaner schilderte und als Schüler Columbias. Was leider nicht ganz gegen die Intentionen des Grafen Bernstorff war, der mit einer Amerikanerin verheiratet ist, und um nicht Junker zu scheinen, gerne den Auch-Amerikaner spielte.

Dann kam der Krach, die Versenkung der „Lusitania". Dieselben, die tags zuvor allen Kapitalisten des Landes den Tod gewünscht, riefen nun „der arme Astor!" Das offizielle Amerika aber knirschte mit den Zähnen. Der Präsident Wilson hatte Glück; er war ein begeisterter Anglophile schon als Universitätsprofessor gewesen, wo er streng unhistorische Aufsätze über eine neue Weltordnung schrieb, er, der neue Pfadfinder, dessen zweite Frau von der Pennsylvania-Bahn, die am Kriege nicht schlecht verdient hat, goldene Schlittschuhe und ein großes Stück Landes zum Brautgeschenk erhielt. Vorerst war Wilson noch neutral und warnte Deutschland bloß.

Da gab es ein Attentat auf das Leben Morgans. Eine neue Sensation neben den täglichen Gattenmordprozessen amerikanischer Damen, die dann zur Bühne gehen. Der Mann, der auf Morgan, in dessen Gesellschaft zufällig Sir Spring Rice war, geschossen hatte, wurde verhaftet, nannte deutsche Namen und beging dann im Gefängnis einen jener amerikanischen Gefangenenselbstmorde, die nicht selten selbst aus dem Tode noch ein Geschäft machen. So wurde es gemacht. In allem. Man arbeitete mit Agents provocateurs. Flog irgendwo eine Pulverfabrik in die Luft, hieß es sofort: „Deutsche Agenten!" In diesem Kampfe gegen Deutschland erstand der englischen Propaganda, die mit Milliarden arbeitet und keine Mittel und Wege scheute, ein unerwarteter Freund. Es war dies der berühmte Isidor Witkowsky, genannt Harden, der Mann, dem Deutschland es verdankt, daß es im Auslande so heruntergemacht wurde. Harden schrieb erst brav als der Freund und Gönner Fürst Bismarcks und blies ins patriotische Horn. Kaum schien es nun, nach über zwanzig Kriegsmonaten, daß Deutschland nicht zu biegen und zu brechen sei, während deutsche Kanonen vor Verdun donnerten, da schlug der Wind der „Zukunft" um. Hardens Aufsatz „Wenn ich Wilson wäre", wurde in allen englisch schreibenden Blättern fett abgedruckt. Wilson als der Vorkämpfer eines neuen Idealismus, der „Vereinigten Staaten von Europa", und so weiter .... Es war das die Freimaurerdämmerung, in Italien und im Grunewald. Deutschland darf nicht siegen, man hörte das fortan lauter jeden Tag und Harden half dazu mit. Dann kamen die Wahlen in der Union, nach denen Wilson sein wahres Gesicht zeigte. Der in Chikago tagende Konvent der republikanischen Partei, verstärkt durch Roosevelts Progressive, eine Mischpartei, nominierte den ehemaligen Gouverneur von New-York, Charles Evans Hughes. Dieser rechtliche Mann, der als oberster Richter Proben seltener Reinheit gezeigt hatte, kandidierte wie Wilson auf Grund von „Frieden und Kriegsbereitschaft". Doch während beide Frieden versprachen, war Hughes der ehrliche. Kriegerisch in seinem Programm war bloß der Zolltarif, doch richtete sich dieser ebenso gegen England. Kurz, durch einen taktischen Fehler in Kalifornien und Roosevelts Taktlosigkeiten unterlag er, und Wilson, der gerade in den Städten des arbeitenden Proletariats, Chikago und New-York,

*) Vrgl. „Reichspost" vom 14. d. Nr. 527.

Fremden-Blatt

17./XI. 1917

29

# Der Bürgerkrieg in Rußland.

## Die Friedensvorschläge der Maximalisten.

K. Stockholm, 15. November. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Zentralkomitees der maximalistischen Partei in Rußland hat über die von ihm beabsichtigte Führung der russischen Politik eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er feststellt, daß die genannte Partei den Friedensschluß auf die Tagesordnung stellt, da sie den Krieg keinen Tag länger fortsetzen wolle.

Indem die Erklärung darauf hinweist, daß die Regierungen Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas sich weigern dürften, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, bemerkt sie, die Regierungen der Mittelmächte würden allerdings bereit sein, in Verhandlungen einzutreten. Von der hieraus entspringenden Gefahr, daß die Mittelmächte ihre Divisionen von der Ostfront nach dem Westen werfen, um dort den Widerstand der englischen und französischen Heere zu brechen, vermöge das russische Proletariat das im Kampfe beharrende Frankreich, Italien und England nicht zu schützen.

Dagegen müßte die maximalistische Partei den Krieg fortsetzen, falls die Mittelmächte beabsichtigen sollten, die polnische, kurländische und litauische Frage vor den Friedensverhandlungen einseitig zu regeln. Die Partei gebe übrigens allen Völkern Rußlands vollkommene Freiheit, sich zu entscheiden, ob sie mit dem russischen Volke gemeinsam leben oder sich von diesem trennen wollen.

## Henderson über das Mißtrauen der Russen gegen die Entente.

K. Bern, 15. November. Artur Henderson sagte zu einem Mitarbeiter des „Daily Chronicle" über die Lage in Rußland: Als ich in Rußland weilte, wünschten die arbeitenden Klassen zweifellos den Frieden, aber keinen Sonderfrieden. Anderseits argwöhnten sie stark, daß der Krieg durch die Weigerung der Alliierten, eine offene Erklärung über die Kriegsziele abzugeben, verlängert werde. Sie schlossen, daß diejenigen Regierungen, die der alten russischen Regierung Konstantinopel zuerkannten, Bürgschaften für Annexionen in der Türkei, in Persien und in Südafrika erhalten haben müßten, und betonten, daß ihr Argwohn durch die Abgeneigtheit der Ententeregierungen, eine Kriegszielkonferenz abzuhalten, gerechtfertigt werde. Meines Erachtens hat diese Abgeneigtheit den Einfluß der vorläufigen Regierung geschwächt und die Stellung der Extremisten gestärkt. Es sollte alles getan werden, um Rußland nicht in die Hände Deutschlands fallen zu lassen. Ich kenne keinen besseren Weg als die Klarstellung der Kriegsziele der Alliierten. Ferner sollten die Ententeregierungen die Entsendung einer größeren Abordnung von Arbeitern zur Rücksprache mit den Sowjets über deren fernere Stellung zum Kriege vorschlagen. Die besten Elemente unter ihnen wünschen, wie wir selbst, lediglich eine befriedigende Beendigung des Krieges, aber sie haben keine Erfahrung und bedürfen der Führung und insbesondere der Stärkung des Vertrauens betreffs der Gründe, um derentwillen die Alliierten den Krieg fortsetzen.

## Verhandlungen wegen Bildung eines sozialistischen Kabinetts.

Gr. Berlin, 16. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Rotterdam: Londoner Blätter berichten aus Petersburg, daß die Führer der Sozialisten noch immer mit den Bolschewiki über die Bildung einer sozialistischen Regierung unterhandeln, deren Programm baldiger Friedensschluß, Auslieferung des Landes an die Landeskomitees und Einberufung der Konstituante sein wird. Die Bolschewiki bestehen u. a. auf Vertretung in der neuen Regierung und lehnen den Waffenstillstand ab, falls ihre Bedingungen nicht angenommen würden.

K. Stockholm, 15. November. „Aftonbladet" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß sich die Bolschewiki mit den anderen Sozialistenparteien vereinigt haben, um die Revolution vor Kerenski, Kaledin und Kornilow zu retten.

Die neue Regierung soll demnächst ein neues Programm mit einem ausführlichen Friedensvorschlag vorlegen.

Immer mehr scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß das Unternehmen Kerenskis mißglückt ist.

Neues Wiener Tagblatt



18/XI. 1917

# Italien in seiner politischen Vorbereitung auf den Krieg.

Vom Geh. Rat, bevollmächtigten Botschafter Dr. **Karl Freiherrn v. Macchio.**

Als in den letzten Julitagen 1914 die Ereignisse sich überstürzten, bildete die voraussichtliche Haltung Italiens das ernsteste Fragezeichen. Die Frage war eine doppelte: Würde Italien mitgehen oder würde es neutral bleiben? An die Möglichkeit der Felonie wagte damals kaum noch jemand zu denken. Damals hoffte man, bis die Neutralitätserklärung Italiens rasch und unzweideutig Antwort auf die erste Frage gab. Es entstand damit die neue Frage, wie diese Neutralität aussehen würde. Für mich war es vom Moment der englischen Kriegserklärung klar, daß an eine Erfüllung der Bündnispflichten Italiens nicht mehr zu denken war. Denn in Italien war der Satz von der Weltherrschaft Englands zur See längst ein Dogma geworden. Es hätte nach der dortigen Auffassung geheißen, dem sicheren Untergange entgegengehen, hätte man sich auf die Seite der Feinde Englands gestellt. Daß auch Italien eine bedeutende Flotte besitzt, daß diese mit der österreichisch-ungarischen zusammen einen bedeutenden Faktor im Mittelmeer bilden konnte, wagte man merkwürdigerweise ernstlich gar nicht ins Auge zu fassen. Dieser Umstand, dazu die Sympathien zwischen den beiden Ländern, nicht zuletzt der Einfluß des englischen Touristenschwarmes behielten die Oberhand. Hatten doch selbst bei einem so besonnenen und vornehmen Politiker wie Marchese di San Giuliano die drei Jahre, die er in England als Botschafter zugebracht hatte, genügt, um aus ihm einen begeisterten Bewunderer der englischen Macht und Größe zu machen.

In den Augen der Italiener schien Deutschlands Partie verloren oder wenigstens schwer gefährdet, als England sich auf die andre Seite schlug. Natürlich begann man auch bald zu rüsten, um der italienischen Stellung mehr Nachdruck zu geben und sich für alle Möglichkeiten vorzubereiten. Aber schon damit begann die Verschiebung der Neutralität zu einer für die Mittelmächte wenig wohlwollenden, denn man fand nicht den Mut, auch an der französischen Grenze Truppen anzusammeln. Als dann die Russen in den Karpathen standen und im Spätherbst 1914 uns das Mißgeschick in Serbien ereilte, festigte sich in Italien die Annahme, daß für die bisherigen Verbündeten die letzte Stunde nicht mehr fern sei. Man dachte daran, im richtigen Moment den Schiedsrichter in Europa zu spielen, und hatte nur immer die Sorge, ja nicht zu spät zu kommen.

Dabei waren natürlich auch innerpolitische Gründe maßgebend. Italien durfte nicht ohne Gebietserweiterung aus der allgemeinen Konflagration hervorgehen, wollte es den vielerlei Unzufriedenheiten im Innern die Stirn bieten. Das schien am besten zu Lasten desjenigen Verbündeten durchführbar, den man am Rande des Abgrundes wähnte und mit dem man nur durch eine Vernunftehe verbunden war. Damals formulierte Salandra das dunkle, aber verheißungsvolle Schlagwort vom „Sacro egoismo". Als moralisches Mäntelchen legte man sich die Phrase vom Präventivkrieg zurecht, da doch die Mittelmächte später Italien für seine Neutralität strafen und es angreifen würden und man ihnen daher zuvorkommen müsse. Salandra, ein Geschöpf Giolittis, wollte die Gefahr, dereinst wieder Giolitti weichen zu müssen, dadurch bannen, daß er darauf sann, die Volkstümlichkeit Giolittis durch das Blendende seiner eigenen Politik zu übertrumpfen. Selbst den auswärtigen Fragen fernstehend, geriet er in das Schlepptau Sonninos, des Fanatikers der Tat und daneben eines blinden Theoretikers. Eine stupende Unkenntnis der Monarchie und Verkennung ihrer Widerstandskraft war eben auch in diesem nur aus Büchern schöpfenden, jeder offenen Diskussion abgeneigten, in vorgefaßten Meinungen starr eingesponnenen Kopf das hervorstechendste Moment für seine Entschlüsse. Immerhin dürfte auch Sonninos Ideal im Anfang noch die reichlichste Auspressung einer bewaffneten Neutralität gewesen sein, um mit den kleinsten Opfern die größten Gewinne zu erzielen. Das hätte natürlich auch der Politik Salandras im Sinne seiner Landsleute zu einer offenkundigen Ueberlegenheit gegenüber jener Giolittis verholfen und ihn zum großen Mann Italiens gestempelt.

In England war nicht nur die Hypnose, die es auf die italienische Volksseele ausübte, sondern auch die Macht und der zwingende Druck wohlbekannt, den es gebrauchen konnte, um aller Zweifel und Bedenken Herr zu werden. Am wenigsten Schwierigkeiten scheinen die moralischen Bedenken bereitet zu haben. Die Ententestaaten waren klug genug, sich lange vorher schon in stets steigendem Maße um die Gesinnung der italienischen Intelligenzkreise zu bemühen. Das erste, bereits lange vor dem Kriege einsetzende Aktionsmittel war die Presse. Schon seit Jahren war ein großer Teil der bedeutendsten und der meistgelesenen italienischen Zeitungen in französischen Händen oder wenigstens ganz vom französischen Kapital abhängig, wie „Tribuna", „Corriere della Sera", „Secolo", „Stampa" und manche andre. Die dem französischen Staat aus der Konfiskation der Klöster zufallenden Kapitalien wurden diesen Pressezwecken vorbehalten. Die großen Tagesblätter in Rom boten dem Publikum abends in großen Flammenbuchstaben die neuesten Communiqués von den Kriegsschauplätzen, natürlich nur in der Adjustierung der Entente. Darüber entstanden allabendlich politische Redeschlachten unter den Wortführern der dicht gedrängt die Redaktionslokale umlagernden Leute, welche langsam, aber sicher dazu beitrugen, der Menge das Gift der Ententelügen einzuträufeln. Denn wer alle diese Tatarennachrichten täglich auf sich wirken ließ, der mußte schließlich, wenn ihm keine andern Quellen zugänglich waren, an die turmhohe Ueberlegenheit der Entente glauben und zur Einsicht kommen, daß es wohlgetan war, sich nicht an die verlorne Sache der Mittelmächte zu fesseln.

Es mußte aber noch eine andre öffentliche Darbietung ersonnen werden, um die verschiedenen Schichten gegeneinander zu hetzen, das waren die Demonstrationen. Der französische Botschafter, der damals noch die Führung hatte, bis England die materielle Oberhand gewann, besaß ein eigenes Bureau für derlei Veranstaltungen. Jeder Sonntag, jeder noch so unbedeutende nationale Gedenktag wurde benützt, um einige hundert schreiende, gestikulierende Leute in Bewegung zu setzen, um Volksversammlungen zu veranstalten, um schließlich das Ganze in wüste Szenen auslaufen zu lassen, sei es in feindselige Kundgebungen gegen Oesterreich-Ungarn, sei es in eindrucksvolle Sympathiebezeigungen für die Vertreter Frankreichs und Englands. Die halbe Stadt war auf den Beinen, und doch konnte man bei näherem Zusehen feststellen, daß es sich nur um einige hundert bezahlte Straßenjungen handelte, die den wohlorganisierten Ausgangspunkt der ganzen Inszenierung bildeten. Jeder Zweifel hierüber entfiel, als einmal diese Horde irrtümlich ihren Lohn nicht bei der französischen, sondern bei der — deutschen Botschaft einkassieren kam.

Als übrigens die Septembermanifestationen noch nicht durchschlagenden Eindruck machten, entstand eine längere Pause, während deren hinter den Kulissen die italienischen Behörden mit drastischen Mitteln — zum Beispiel wurde ihnen damals angedroht, Gibraltar für die italienischen Zufuhren zu sperren — zu einer gefügigeren Haltung erzogen werden sollten. Anfang 1915 setzte die Aktion wieder ein, diesmal unter wohlwollender Duldung, ja direkter Mitwirkung der amtlichen Stellen. Das Truppenaufgebot wurde immer größer, um die Mühe zu demonstrieren, die es verursachte, die feindlich erregten Volksmassen niederzuhalten. Ganze Stadtteile waren in ein Heerlager verwandelt, der Straßenverkehr auf die empfindlichste Weise ganze Tage lang beeinträchtigt, gelegentlich wurden sogar Kavallerieattacken mitten in der Stadt ausgeführt. Wie viel Komödienhaftes in diesen Demonstrationen steckte, erhellt schon daraus, daß bei Dutzenden solcher Kundgebungen nicht einmal ein Dutzend Leute verhaftet, daß überhaupt nicht ein Mann auch nur leicht verwundet wurde.

Um das Schwanken des Königs und die Haltung der neutralistischen Mehrheit im Parlament zu überwinden, mußte Ende April, als sich die italienische Regierung endgültig in den Netzen der Entente gefangen hatte, wieder die Straße herhalten. Sie wurde gegen das Parlament losgelassen, die friedensfreundlichen Abgeordneten wurden aufs Korn genommen. Die Galerie am Monte Citorio wurde in Bewegung gesetzt, die einzelnen Deputierten auf der Straße mißhandelt und schließlich mit Zuhilfenahme der öffentlichen Gewalten terrorisiert. Es wurde einfach den Deputierten, deren man nicht sicher war, unmöglich gemacht, ins Parlament zu kommen. Den kriegerischen Regierungserklärungen wurde eine erdrückende Majorität zuteil und damit war auch erreicht, daß die Verantwortung auf die Kammer überwälzt wurde. Als noch in den letzten Tagen nach der Demission des Kabinetts die Gefahr drohte, daß Giolitti gehört werden könnte, wurden die gekauften Pöbelrotten gegen die königliche Villa gelenkt, um dort die überwältigende Kriegsstimmung vorzutäuschen. Man vervielfachte den militärischen Schutz des Königs, ließ selbst Kanonen auffahren; alles nur, um zu beweisen, daß nur die Wahl zwischen Krieg und Revolution übrig bliebe.

Die ganze Kriegstreiberei richtete sich in Anpassung an das italienische Gefühlsleben nur gegen Oesterreich-Ungarn. Es dürfte daher auch gar nicht in den Kram der italienischen Politiker gepaßt haben, als Deutschland nicht zögerte, die italienische Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn sofort mit dem Abbruch der Beziehungen zu beantworten.

Es wurde später die Behauptung verbreitet, Italien habe sich schon vor dem Krieg zu fixen Abmachungen mit den Ententemächten herbeigelassen. Wenn etwas Wahres an der Sache ist, so kann es sich nur um bestimmte verklausulierte Neutralitätsversprechungen gehandelt haben. Denn die militärische Schwäche des Landes vor [illegible] Krieges war zu offenbar, dessen machiavellistische Vorsicht zu bekannt, um glauben zu können, daß es sich vorzeitig gegenüber einer noch gar nicht übersehbaren Entwicklung der Weltlage zu einer aktiven Betätigung an irgendeiner Seite hätte verpflichten lassen. Auch hätte sich dann die Entente kaum die Mühe genommen, die früher beschriebenen systematischen Einfädelungsversuche mit einem so breiten szenischen und finanziellen Apparat bis zum Ende durchzuführen.

Es drängt sich nur noch die Frage auf, ob und welche Gegenmaßregeln seitens der Mittelmächte dem sich entwickelnden Unheil entgegengesetzt werden konnten. Daß eine Gegenwirkung, und zwar bis zum äußersten Maße der Selbstverleugnung, seitens Oesterreich-Ungarns versucht wurde, um sich einen neuen gefährlichen Feind vom Halse zu halten, ist bekannt. Ich glaube, daß diese Versuche geeignet waren, die Zweifel und Zögerungen, die den Entscheidungen vorangingen, zu verstärken, so daß das Spiel der Entente erst zu einem viel späteren Zeitpunkt gelang, als sie es allen Anzeichen nach erhofft hatte. Es mag dahingestellt bleiben, wann ihr dies überhaupt gelungen wäre, wenn die siegreiche Offensive bei Gorlice etwas früher hätte einsetzen können und wenn nicht die Entente mit allen den geschilderten Mitteln vermocht hätte, allerdings nicht ohne Mithilfe des längst von ihr gewonnenen italienischen Generalstabes, über unsre Waffenerfolge einen so dichten Schleier zu breiten, daß man sich in Italien über die dadurch bedingte wesentliche Verstärkung der militärischen Lage der Mittelmächte gar keine richtige Vorstellung machen konnte.

Die Zeit
18./XI. 1917
39

zu dem Staatsstreich nach Petersburger Bolschewikenmuster führte. Aus der Provinz meldeten schon in den letzten Tagen die bürgerlichen finnländischen Zeitungen Greueltaten und arge Ausschreitungen.

## Bürgerkrieg in Finnland.

**Die Streikenden fast überall Machthaber.**

KB Kopenhagen, 16. November.

Nach Meldungen aus Finnland über Haparanda ist der Bürgerkrieg in Finnland in vollem Gange. Die Sozialisten gewannen mit Hilfe russischer Matrosen in Helsingfors die Oberhand; seitdem aber bemächtigten sich mehrere tausend Mann der Bürgerwehr des Polizeiamtes, um einen Pogrom zu verhüten. Sonst scheinen die Streikenden überall in Finnland die Macht an sich gerissen zu haben. Telegramme werden nicht befördert. Es verkehren noch Eisenbahnzüge, die Arbeiter befördern. Reisende, die sich durch Finnland nach Rußland begeben wollten, sind unverrichteter Dinge nach Haparanda zurückgekehrt. Als Vorsteher des Telegraphenamtes in Tornea wurde ein finnischer Soldat angestellt, der nur finnisch spricht. Das ganze Offizierskorps in Tornea wurde abgesetzt. Die Streikenden und die Soldaten beherrschen die Stadt. Die Stimmung im nördlichen Finnland ist ruhig abwartend.

**Verhandlungen zwischen Bürgerlichen und Revolutionären.**

KB Stockholm, 17. November.
(Meldung des Svenska Telegrambyran.)

Finnland ist nunmehr ganz und gar unter der Kontrolle der Sozialisten, deren Bevollmächtigte Hand an alle zentralen und kommunalen Institutionen im ganzen Lande legen. In Tornea zum Beispiel langten vorgestern Vertreter des Sozialistischen Rates an, die den Bauern das Getreide konfiszierten. Es werden jedoch keine Unruhen gemeldet. Die Sozialisten vidieren jeden Paß, der ohne ihre Genehmigung nicht gültig ist. Man spricht schon von einem Kompromiß zwischen den bürgerlichen Parteien und den Revolutionären und vom Ende des Generalstreiks.

## Friedensresolution des finnischen Landtages.

**Revolutionäre Kriegsmarine vor Helsingfors.**

zz Berlin, 17. November. (Priv.-Tel.)

Der Lokalanzeiger meldet aus Basel: Aus Helsingfors wird berichtet: Der wiederzusammengetretene alte finnische Landtag nahm den Vorschlag Trotzkys auf sofortigen Abschluß eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung an.

Auf der Reede von Helsingfors ankern neun russische Kriegsschiffe mit gehißter roter Flagge. Helsingfors wird von den Parteigegnern der Entente verlassen.

**Friedensmanifeste an den russischen Fronten.**

Daily News berichtet, das russische Hauptquartier verbreite an allen Fronten ein Manifest der neuen Regierung über einen annexionslosen Frieden.

## Kündigung des englischen Handelsvertrages.

**Durch Rußland.**

KB London, 17. November.

Die London Gazette gibt bekannt, daß die die die Durchsicht der Handelsverträge notwendig mache.

Die russische Regierung sei jedoch bereit, mit England ein Abkommen zu treffen, um Unbequemlichkeiten während der Uebergangsperiode zu verhüten.

## Die skandinavische Monarchenbegegnung.

**Initiative des Königs von Schweden.**

KB Stockholm, 17. November.

Die Blätter begrüßen äußerst sympathisch die angekündigte Begegnung der nordischen Monarchen in Christiania. Ein intimerer Zusammenschluß des Nordens sei nie so dringend gewesen wie jetzt. Die Initiative ging vom König von Schweden aus. Es werde dies der erste Besuch des Königs von Schweden in Norwegen sein seit dem Bruche der Union im Jahre 1905.

## Die Interpellationen in Ungarn.

**Starkes Interesse.**

Z Budapest, 17. November. (Priv.-Tel.)

Für die am Dienstag stattfindende erste Sitzung des Abgeordnetenhauses macht sich hier außerordentliches Interesse bemerkbar.

Bisher wurden fünf dringende Interpellationen angemeldet, wovon sich vier, und zwar vom Grafen Julius Andrassy, Baron Perenyi, Geza Polonyi und Samuel Bakonyi, auf die im österreichischen Reichsrat gegen Ungarn gerichteten Angriffe beziehen. Die fünfte wurde vom Grafen Stephan Tisza in betreff der polnischen Frage eingebracht, über die er in der abgelaufenen Woche mit dem Grafen Czernin eingehende Besprechungen gepflogen hat.

Es wird angenommen, daß Ministerpräsident Dr. Wekerle auf diese Interpellationen sofort Antwort erteilen wird.

## Ein Ruf an die Karolyi-Partei.

**Stellungnahme zu den Vorgängen in Rußland.**

Z Budapest, 17. November. (Priv.-Tel.)

Großes Aufsehen erregt in allen politischen Kreisen eine Aufforderung des Organs der ungarländischen Sozialdemokratie Nepszava an die Abgeordneten der Karolyi-Partei, angesichts der jüngsten Ereignisse in Rußland im Abgeordnetenhaus das Wort zu ergreifen, damit auch aus dem ungarischen Abgeordnetenhaus auf die pazifistische Bewegung ein Friedensecho schalle.

Es gehe nicht weiter an, daß die Politiker, die ernstlich den Frieden wollen, kein Lebenszeichen von sich geben dürfen.

## Der Verständigungsfriede.

Wer heute für den sogenannten Verständigungsfrieden eintritt, setzt sich der Gefahr aus, heftig angegriffen zu werden: man wirft ihm vor, daß er einen Jammer-, Winsel-, Verzichtfrieden wünscht, einen Frieden, der uns um alle die Früchte bringt, die unsere Tapferkeit, unser langes und siegreiches Kämpfen, unsere Ausdauer verdient. Es ist daher notwendig, einmal genau zu untersuchen: Worin besteht der Verständigungsfriede, wie sich ihn Leute vorstellen, die über das Problem eifrig nachgedacht haben, und was sind eigentlich die Früchte, die wir vernünftigerweise für unser Kämpfen, Leiden und Ausharren beanspruchen können? Wir müssen weiter fragen: Was ist der Sinn dieses Krieges und was soll er nicht nur uns, sondern der ganzen Menschheit bringen?

Verständigungsfriede heißt, im allgemeinen gesprochen, ein Friede, der nicht dadurch zustandekommt, daß eine Partei der anderen ihren Willen aufzwingt, sondern dadurch, daß

20./XI. 1917

53

# Friede und geheime Diplomatie.

Von Max Adler.

In dem geschichtlich denkwürdigen Manifest vom 9. November 1917, mit welchem die russische Revolution unter Einsetzung einer „Regierung der Arbeiter und Bauern" als erste Tat den Vorschlag sofortigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses macht, findet sich auch, noch allzuwenig beachtet, die Erfüllung eines anderen sehnlichen Wunsches der Demokratie, die Abschaffung der geheimen Diplomatie. „Die Regierung," heißt es in diesem Manifest, „schafft ihrerseits die gesamte Geheimdiplomatie ab und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensunterhandlungen offen vor der ganzen Welt zu führen und zur Veröffentlichung aller von der Regierung der Großgrundbesitzer- oder Kapitalistenklasse seit Februar bis zum 7. November 1917 gebilligten oder geschlossenen Geheimverträge zu schreiten. Die Regierung erklärt diese Geheimverträge für null und nichtig."

Mit diesem kühnen Schritt des siegreichen russischen Proletariats ist ein mächtiger Vorstoß gegen jene Gewalten der Vergangenheit gemacht worden, die, so sehr sich auch das innerstaatliche Leben bereits den Fesseln absolutistischer Willkür entrafft hat, im Verkehr der Staaten und Völker untereinander doch noch gänzlich ihre Geltung bewahrt haben. Noch immer war und ist selbst in parlamentarisch regierten Staaten die wirkliche Gestaltung der äußeren Politik dem Einfluß der Volksvertretung fast ganz entzogen und mittelst der geheimen, auch vor den Parlamenten sich in ihr Geheimnis hüllenden Diplomatie direkt als eine Angelegenheit der Herrscher selbst angesehen; als ob nicht gerade die Beziehungen der Staaten zueinander, die Frage der Bündnisse, der Erhaltung des Friedens und der Eröffnung des Krieges Dinge wären, die alle Lebensinteressen der Völker selbst auf das tiefste berühren und nicht etwa bloße Machtinteressen der Herrschenden selbst; oder als ob die Völker nicht selbst bereits genügend reif geworden wären, ihre Interessen selbst wahrzunehmen, und immer noch die Vormünder brauchten wie in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus, da das schönklingende Wort galt: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk."

Was für einen ungeheuren Widerspruch zu unserem ganzen modernen politischen Bewußtsein, das durchaus auf dem Prinzip der Mündigkeit und Selbstbestimmung der Völker aufgebaut ist, die Geheimdiplomatie bedeutet, das ist allen, die es nicht schon früher wußten, nun durch diesen Krieg in schauerlicher Klarheit vor die Seele gebracht worden. Noch haben die Völker das Entsetzen in allen Gliedern, daß sie eines Tages, mitten in sonniger Ferien- und Urlaubszeit, erwachten, um sich aus einem jahrzehntelangen Frieden in einen Krieg hineingerissen zu sehen, an dessen so furchtbare Nähe keines eine Woche zuvor noch gedacht hatte. Und wenn wir nun in den diplomatischen Dokumentensammlungen blättern, welche die Regierungen nachher veröffentlichten, erfaßt einen dann nicht qualvolles Staunen und ohnmächtige Erbitterung, daß einige Tage vor dem Weltbrand Potentaten, Minister und Diplomaten über Entstehung oder Verhütung des Krieges konferierten und telegraphierten, ohne daß die Massen der Völker oder ihre berufenen Vertreter auch nur die leiseste Ahnung davon hatten, was über das Geschick ihrer lebenden Generationen und ihrer Nachkommen in diesen unheilschwangeren Tagen entschieden wurde?! Ein Häuflein, nach der Verfassung mancher Staaten sogar parlamentarisch unverantwortlicher Menschen hatte so die Möglichkeit, über die Zukunft Europas zu entscheiden und die Völker vor Situationen zu stellen, in denen sie selbst mit viel größerer demokratischer Kraft, als sie aufzubieten in der Lage waren, nur noch Gefangene des entfesselten Krieges gewesen wären. Seither rast dieser Krieg schon das vierte Jahr durch die „zivilisierte" Menschheit. Aber im Grunde wiederholt sich an allen entscheidenden Punkten seines Verlaufes die gleiche Machtlosigkeit der Völker gegenüber der Frage der Kriegsfortsetzung oder Kriegsbeendigung wie bei Beginn des Krieges. Ist es nicht eigentlich ein himmelschreiender Widersinn, daß dieselben Völker, die den Krieg durch ihre maßlosen Opfer tragen, durch ihre bewunderungswürdige Ausdauer und Tüchtigkeit im Felde wie im Hinterland alle seine Erfolge überhaupt ermöglichen und deren treue Hingabe an Krieg und Vaterland in offiziellen Kundgebungen immer wieder gerühmt wird, in der wichtigsten Frage nicht etwa keinen ausschlaggebenden, sondern nicht einmal die Möglichkeit eines mitentscheidenden Einflusses haben, in der Frage: wie lange sie alles dies noch aushalten müssen und zu welchem Zwecke? Sicherlich ist es ganz unwürdig, dem heute erreichten Stande staatsbürgerlichen Bewußtseins und Verantwortung, daß, während alle Lande von dem Wunsche nach Frieden erfüllt sind, so daß es keinen Staatsmann, weder hüben noch drüben, geben kann, der es wagen dürfte, sich nicht als Freund baldigsten Friedensschlusses zu erklären, diese ganze fiebernde Völkerwelt gar keine eigenen Organe hat, ihren Willen in zweckdienlicher Weise zum Ausdruck zu bringen, sondern untätig und leidend auf die gute Stunde einer günstigen Aeußerung eines ihrer Minister oder Diplomaten warten muß, und hierauf noch angstvoller auf die Antwort der Gegenseite! Während ringsum der Krieg jeden Tag ungezählte neue Opfer fordert, welche die Vernunft der Völker überall schon längst als überflüssig erkannt hat, müssen sie gleichwohl ihr Geschick an den mehr oder minder glücklichen Ausdruck diplomatischer Noten und Ausdrücke geknüpft sehen und für jedes unüberlegte oder unverantwortliche Wort zittern, statt daß sie selbst die Stimme und den Willen der Volksinteressen laut werden lassen könnten. Wir erkennen gern den ehrlichen Friedenswillen unserer Regierung an, wie ihn Graf Czernin wiederholt zum Ausdruck gebracht hat; aber es ist immer ein mißliches Ding, auf den guten Willen eines anderen angewiesen zu sein, auf den man selbst keinen Einfluß nehmen, dessen Beständigkeit vor allem man in keiner Weise sicherstellen kann, dagegen für seine eigene Sache keinen Finger selber rühren zu dürfen.

Die Forderung, daß über Krieg und Frieden das Volk selbst zu entscheiden habe, ist eine alte und selbstverständliche Forderung, nicht etwa erst der sozialistischen, sondern schon der bürgerlichen Demokratie. Aber was dieser Krieg uns jetzt besonders grauenvoll gezeigt hat: dazu genügt nicht bloß, daß diese Staatsakte der Beschlußfassung der Parlamente zu unterstellen sind, sondern daß die gesamte Führung der äußeren Politik jederzeit und nach allen Richtungen öffentlich und durch Beauftragte der Demokratie selbst erfolge. Allerdings würde schon, wenn auch die Kriegserklärung und die Friedensschließung überall das ausschließliche Recht der Parlamente wären, ein großer Teil der Kriegsgefahr gebannt sein. Denn solange der Krieg nicht ausgebrochen ist und noch nicht die Leidenschaften eines entfesselten Nationalismus einerseits, die durch den Krieg geschaffenen Notwendigkeiten andererseits die Freiheit der Abgeordneten behindern, ja oft geradezu aufheben, ist schwerlich anzunehmen, daß sich irgendwo eine Volksvertretung für die Eröffnung eines Krieges von großen Dimensionen und sicheren Weltkomplikationen entschließen würde. Und wenn man zur Entgegnung auf den amerikanischen Kongreß verweist, der in diesen Krieg durch die Kriegserklärung an Deutschland eingetreten ist, so war es auch hier eine durch den bereits vorhandenen Krieg erzeugte Volksleidenschaft und nicht zuletzt durch die geheime Diplomatie — man denke an den Notenwechsel über die U-Boote — geschaffene Zwangslage, die diesen Beschluß herbeiführte. Noch wissen wir übrigens nichts über die geheimen Verträge zwischen der Entente und den Vereinigten Staaten, welche diese Kriegserklärung vorbereiteten und die Bearbeitung der öffentlichen Meinung bestimmten.

Aber gerade diese erstaunliche Tatsache der Kriegserklärung durch einen der mächtigsten demokratischen Volksvertretungskörper beweist, wie wenig das bloße parlamentarische Recht, über Krieg und Frieden zu beschließen, ausmacht, wenn die Demokratie nicht zugleich die Macht hat, durch die eigene Führung der äußeren Politik zu verhüten, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, die für jedes Parlament eine unerbittliche Zwangslage schaffen. War nicht das mächtige englische Parlament, von dessen Allmacht man schon von alters her rühmte, daß es alles vermöge, sofern es nicht durch die Grenzen der Natur selbst seiner Gewalt entzogen sei, wie etwa aus einem Weibe einen Mann zu machen — war nicht selbst dieses Parlament so widerstandslos, daß es in der berühmten Sitzung vom 3. August 1914 gegen seinen damaligen Willen in den Krieg eintreten mußte, weil Sir Edward Grey ihm darlegte, daß es gar nicht mehr anders könne, daß seine Ehre bereits gebunden sei durch die geheimen Verträge, welche die englische Regierung mit der französischen bezüglich Kriegsunterstützung gegen Deutschland abgeschlossen hatte — Verträge, von denen das englische Unterhaus bei dieser Gelegenheit zum erstenmal Kenntnis erhielt! Und warum bekundet denn die Entente eine so große Angst vor der Veröffentlichung der Geheimverträge durch die revolutionäre Regierung in Rußland? Weil sie mit Recht fürchten muß, das elende diplomatische Ränkespiel aufgedeckt zu sehen, mit welchem man einerseits in den Volksvertretungen von einem Kriege für Freiheit und Selbstbestimmung der Völker redet, während man hinter dem Rücken der Parlamente Abmachungen für gegenseitige Annexionen und Eroberungen getroffen hat, die ein blutiger Hohn auf alles feierliche offizielle Volksgerede sind. Welche Kluft zwischen den Wegen der geheimen Diplomatie und den wirklichen Interessen der Völker möglich ist und wie sehr die ersteren oft direkt sogar entgegengesetzt den bündigsten Erklärungen und Versicherungen der eigenen Regierung gerichtet sein können, hat ja erst neuerdings der durch einen Sturm der öffentlichen Meinung in Oesterreich und in Deutschand weggefegte Plan bezüglich der Personalunion in Polen, Litauen und Kurland erwiesen. Hier sahen sich die Völker abermals inmitten einer der aussichtsvollsten internationalen Friedenssituation plötzlich vor die Gefahr der gänzlichen Verschüttung derselben gestellt.

Aber gerade diese verhängnisvolle Episode hat auch gezeigt, worin sich gegenwärtig, solange eben noch die Demokratie überall die Last und Gefahr der geheimen Diplomatie zu ertragen hat, doch ein hoffnungsvoller Ausweg eröffnet, der nur entschlossen zu betreten ist, um dem ersehnten Ziele, der Selbstbestimmung der Völker, ein großes Stück Weges entgegenzuführen. Es ist dies die Bildung einer kraftvollen öffentlichen Meinung über die Notwendigkeit des Verständigungsfriedens und über seine sofortige Durchführbarkeit. Gleichwie das russische Proletariat hat sich bereits das deutsche Proletariat in Oesterreich kraftvoll in den Dienst dieser dringendsten Aufgabe der Zeit gestellt. Nur von dem kraftvollen Willen, der von nichts anderem mehr hören will als von dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, der durch keine noch so überraschende Umgestaltung der Kriegslandkarte von diesem einzig einen dauernden Frieden sichernden Grundsatz abzubringen ist, kann eine moralische Macht ausgehen, die schließlich gewaltiger werden wird als alle schleichende Kunst der Diplomatie. Denn diese vermag nur die Völker zu trennen und zu verbittern; jene aber muß und kann über alle Grenzen hinweg die Stimme der Vernunft und des Friedenswillens überall aufrufen und ist so imstande, freizumachen, wodurch wir allein zum Ende dieses furchtbaren Krieges gelangen können: die auf jede Demütigung, Vergewaltigung und Preisgebung verzichtende Verständigung der Völker selbst.

Fremdenblatt



21./XI. 1917

# Die Angriffe auf Lloyd George.

## Asquiths Rede.

K. London, 19. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In seiner Rede im Unterhause hob Asquith die vitale Bedeutung häufiger vertraulicher Besprechungen zwischen den Staatsmännern und Heerführern der Alliierten mit den britischen sowie die Wichtigkeit eines möglichst vollständigen Zusammenarbeitens hervor. Asquith behauptete, daß Deutschland eine vollständige Kontrolle über seine Verbündeten in der Politik und der Heerführung ausübe, und lehnte jede Organisation ab, welche der Verantwortlichkeit der Generalstäbe vor ihren Regierungen zuwiderlaufen oder Ansehen und Verantwortlichkeit jeder Regierung der Verbündeten vor ihrem eigenen Volke schmälern würde.

Mit Bezug auf die Rede Lloyd Georges in Paris sprach Asquith Zweifel aus, ob ein Rat in Versailles im vergangenen März die Lage in Rußland beeinflußt haben würde. Er fragte, ob es nicht Tatsache sei, daß bis zum Vorabend des deutschen Angriffes gegen Italien Cadorna darauf vertraut habe, daß er über diesen Angriff den Triumph davontragen werde. Bezüglich anderer Stellen der Rede Lloyd Georges sagte Asquith, Lloyd George habe zu verstehen gegeben, daß britische Tapferkeit und britisches Blut verschwendet worden seien, während sie in strategischer Hinsicht anderswo besser hätten verwendet werden können. Er zweifle, ob irgend ein Rat der Alliierten sich in eine der beiden großen Offensiven im Westen eingemischt haben würde. Zum Schlusse seiner Rede betonte Asquith unter dem Beifall der Hauses die Mitwirkung Großbritanniens am Kriege.

## Die Antwort Lloyd Georges.

In seiner Antwort auf die Rede Asquiths erklärte Ministerpräsident Lloyd George, daß die Sache der Alliierten an dem Mangel an Zusammenwirken leide und daß seine Ausstellungen an dem, was geschehen sei, sich nicht gegen irgend einen Generalstab oder den höchsten Kommandierenden der englischen oder einer anderen Armee gerichtet hätten. Er hätte nur eine gewisse Beleuchtung des Umstandes geben wollen, daß der Mangel an Zusammenarbeit bei den Alliierten ein Unglück zur Folge gehabt hätte. Man habe dies für den Versuch eines Zivilisten erklärt, sich in Angelegenheiten des Militärs zu mischen. Aber das sei schon von Kitchener vorgeschlagen und der Plan betreffend die gemeinsame Leitung sei bei der Tagung der Generalstabschefs, bei welcher England, Frankreich und Italien vertreten gewesen seien, gefaßt worden. Der Ernennung eines Generalissimus habe er sich auf das entschiedenste widersetzt, da sie keinen Nutzen schaffen, vielmehr Reibungen bewirken würde.

### Der italienische Zusammenbruch.

Auf Asquiths Fragen wegen der italienischen Front und wegen desjenigen, was Cadorna gesagt habe, sei schwer zu antworten. Man könnte sehr viel darüber sagen, was Cadorna gesagt habe, und darüber, was man in England denke. England sei für die italienische Front nicht verantwortlich. Die englische Regierung habe mancherlei gewußt, geglaubt oder vermutet. Die italienische Regierung habe einiges davon gewußt, aber Sir William Robertson konnte die Angelegenheiten in Betreff einer anderen Front als der englischen nicht mit Nachdruck betreiben. Hätte es jedoch einen gemeinsamen Rat in Versailles gegeben, so hätte Robertson seine Ansichten mit Hilfe der Vertreter der Regierung nachdrücklich vertreten können. Er würde ihnen so Beach-

Reichspost

75

23./XI. 1917

# ... und Piave erstürmt.

man es in der Verbandspresse zur Beschönigung der italienischen Niederlagen darstellte; namentlich das Artilleriefeuer war an verschiedenen Frontabschnitten noch lebhaft und sicherlich ist die russische Armee an der Front noch bei weitem nicht derart desorganisiert, wie die Etappentruppen und nicht so allgemein in den Revolutionswirbel hineingezogen, daß die Führer nirgends mehr über tüchtige Truppen verfügten. Aber es wird kein russischer Führer wagen, dem Frieden zu widerstreiten, wenn er dazu den Auftrag erhält, denn gewiß gibt es auch unter den zuverlässigsten russischen Truppen keinen Soldaten mehr, der nicht den Frieden will und der nicht revoltieren würde, wenn man ihm den Frieden gegen den Befehl der eigenen Regierung vorenthielte.

Erfolgt die Annäherung an unsere Linien zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes und von Friedensverhandlungen, so besteht selbstverständlich für die Mittelmächte kein Grund, gegenüber Rußland ein Entgegenkommen zu verweigern, das sie allen ihren Gegnern schon wiederholt durch das Anbot ihrer Friedensbereitschaft erwiesen haben. Bei uns will niemand die Demütigung Rußlands; es hat keinen Gegner an unseren Fronten gegeben, gegen den der österreich-ungarische Soldat, gleichgültig welcher Nation er war, so leidenschaftslos zu Felde zog wie der Russe; jeder wußte, daß weniger als in irgend einem anderen Staate in Rußland das Volk an der Kriegsverschwörung seiner Regierung Anteil hatte. Wiederholt haben es hervorragende Heerführer Oesterreich-Ungarns bekundet, daß sich dieses Verhältnis auch während des Krieges nicht verändert hat, da man das reguläre russische Heer für die Schandtaten der Kosaken mit Recht nicht verantwortlich machte. „Der Russe ist der Edelmann unter unseren Gegnern", sagte Erzherzog Josef, der Kommandant der siebenbürgischen Heeresfront. — Diese psychologische Seite unseres Krieges gegen Rußland erhält wichtige politische Bedeutung in dem Augenblicke, als Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Betracht kommen, denn jenseits unserer Schützengräben im Osten kann man daraus die Beruhigung empfangen, daß man in Oesterreich-Ungarn keine gehässigen Pläne gegen Rußland trägt, niemand daran denkt, die inneren Schwierigkeiten des hart heimgesuchten Landes zu vermehren und daß unser Soldat niemandem herzhafter die Hand zum Frieden reichen möchte, als dem russischen Nachbar.

An Oesterreich-Ungarn und seinen Verbündeten wird es nicht fehlen, ihre Friedensbereitschaft zu beweisen, auch wenn nur einer aus der Reihe der Gegner den Säbel in die Scheide stecken will. Aber Rußland hat mehr in der Hand, als nur die Fähigkeit, einen Sonderfrieden zu schließen, und je ernster und entschlossener es auf den Plan tritt, desto mehr wird seine Kraft wachsen, den allgemeinen Frieden vermitteln zu helfen. Solange als Rußland nicht völlig aus der Schar der Kriegführenden auszuscheiden sich bereit zeigt, solange die russische Heeresfront, wenn auch in halber Passivität bestehen bleibt, solange können die bisherigen Verbündeten Rußlands geringschätzig sagen, daß sie bei ihrer Kriegführung längst nicht mehr auf die Hilfe des „verräterischen Rußland" zählen und auch ohne dieses

## Friedensverhandlungen Rußlands?

London, 21. November. (Reuter.)

**Ein russisches drahtloses Telegramm meldet, daß die Bolschewiki-Regierung den Oberbefehlshaber angewiesen habe, sich den feindlichen Befehlshabern mit dem Angebot eines Waffenstillstandes zwecks Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern.**

•

Wien, am 22. November.

Für die von dem Reuter-Bureau verbreitete Meldung, daß die Lenin-Regierung den Oberbefehlshaber der russischen Armee beauftragt habe, unter Anbot eines Waffenstillstandes bei den Befehlshabern der Mittelmächte Friedensverhandlungen anzubahnen, hat man in Wien keine formelle Bestätigung, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Nachricht wahr ist und die jetzige Regierung Rußlands tatsächlich Schritte für Friedensverhandlungen plant. Man kann annehmen, daß eine Aufforderung, sich dem Waffenstillstande und der Eröffnung von Friedensbesprechungen anzuschließen, von der Leninschen Regierung an die Verbündeten Rußlands ergangen ist. Auch wenn die Regierung der Bolschewiki noch nicht gefestigt und allgemein anerkannt ist, ist es wohl sicher, daß sich kein einsichtiger russischer Befehlshaber finden wird, der dem Auftrag, die Waffen für Friedensverhandlungen zu senken, den Gehorsam versagen wird. Die Ruhe an der russischen Front war in den letzten Wochen keine so absolute, wie

Morgenblatt.

# eichspost.

s Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . K 4.50
vierteljährlich . . „ 13.—
halbjährlich . . . „ 26.—

Für Oesterreich-Ungarn bei täglich zweimaliger Postversendung:
monatlich . . . K 5.70
vierteljährlich . . „ 15.—
halbjährlich . . . „ 30.—

Bei täglich einmaliger Postversendung
monatlich . . . K 4.50
vierteljährlich . . „ 12.—
halbjährlich . . . „ 24

Für Deutschland portofrei, Kreuzbandsend. K 12.—, und durch die Postämter laut der aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines portofrei, Kreuzbandsend. K 22.— und durch die Postämter laut der aufliegender Postzeitungsliste

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 10 h
Nachmittagsblatt . . . . 6 „
Nachtausgabblatt (separat) . 6 „

n, Samstag, den 24. November 1917 XXIV. Jahrgang

# es russischen Oberstkomman- en die Bolschewiki-Regierung

## räsidenten Oesterreichs und Ungarns in der Friedensfrage.

Berlin, 23. [illegible]

## Das Waffenstillstandsangebot.

Von besonderer Seite.

Der neueste Schritt der bolschewistischen Regierung in Petersburg stellt sich bei nüchterner Ueberlegung als ein Haschen nach einem dürftigen Augenblickserfolg, als ein Manöver dar, um sich in den breiten Volksmassen, insbesondere aber bei der Armee Sympathien zu erwerben. *)

Der Höchstkommandierende — so lautet der Auftrag des Rates der Volkskommissäre, d. h. der heutigen Petersburger Regierung — soll Waffenstillstandsunterhandlungen mit den feindlichen Befehlshabern anknüpfen. So will es der Kriegsbrauch, denn nur der oberste Heerführer ist befähigt, die Einstellung der Feindseligkeiten anzuordnen und die näheren Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen. Voraussetzung hiefür ist natürlich, daß er sich einerseits den Anordnungen der Regierung fügt und anderseits die Macht besitzt, seinen Anordnungen innerhalb der ihm unterstehenden Armeekörper Geltung zu verschaffen. Daß diese Voraussetzungen aber in Rußland nicht vorhanden sind, steht heute schon außer Zweifel. Der Höchstkommandierende Duchonin hat sich geweigert, dem Befehl des Rates der Volkskommissäre nachzukommen. — Duchonin übernahm Ende September die verwaiste Stelle eines Stabschefs des Höchstkommandierenden, nachdem General Alexejew unter den herrschenden Verhältnissen, d. h. bei der notorischen Abhängigkeit Kerenskis von den Entschlüssen des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten, nach viertägiger Amtsführung sich außer Stand erklärt hatte, die von ihm beabsichtigten Reformen im Geiste Kornilows durchzuführen. Kerenski erwählte sich in General Duchonin, dem früheren Stabschef der Westfront, einen neuen Stellvertreter, wohl in der Erwartung, in ihm ein gefügigeres Instrument zur Durchführung seiner Pläne zu finden. Von dem Vertrauensmann Kerenskis war kaum anzunehmen, daß er sich einer bolschewistischen Regierung fügen werde.

Der Rat der Volkskommissäre zeigte sich aber nicht verlegen, einen Ausweg zu finden. Leutnant Krylenko, der „Volkskommissär für Heeresangelegenheiten", also der neue Kriegsminister, erhielt den Auftrag, sich in das Hauptquartier zu begeben und den Oberbefehl zu übernehmen. Wird ihm dies so leicht gelingen? Krylenko, ein Schüler Lenins, trat schon im Juni noch als Fähnrich auf dem allrussischen Kongreß der Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten gegen Kerenski auf, den er beschuldigte, während seiner Tätigkeit als Kriegsminister nichts für die Demokratisierung der Armee getan und das in ihn gesetzte Vertrauen betrogen zu haben. Auch später erwies er sich öfters als unversöhnlicher Gegner aller jener, die für Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Disziplin in der Armee eintraten.

Umso weniger dürfte es ihm gelingen, sich in dem von gegnerischem Geiste durchdrungenen Hauptquartier und unter den unbotmäßigen Armeekommandanten, wenn sie auch erst kürzlich von Werchowski neuerlich gesiebt wurden, Achtung und Geltung zu verschaffen. Viel wahrscheinlicher ist, daß auf Grund des an alle Soldaten und Soldatenkomitees ergangenen Aufrufes und bei der herrschenden Anarchie, die ja nicht nur im Hinterlande, sondern auch in die Armee Eingang gefunden hat, Erwählte dieser Komitees die Rolle der höheren Kommandanten übernehmen und auf eigene Faust mit dem Gegner Unterhandlungen zu führen versuchen werden.

In Voraussicht dieser unsicheren Lage hat der Rat der Volkskommissäre für sich das Recht in Anspruch genommen, den eigentlichen Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen, und die Forderung gestellt, über den Fortgang der Besprechungen stets am laufenden erhalten zu werden.

Für die feindlichen Heeresleitungen ergibt sich somit die Schwierigkeit, jeweilig festzustellen, inwieferne der oder jener als Bevollmächtigter der Regierung auftretende Unterhändler als solcher ernst zu nehmen ist und Vertrauen verdient.

Eine Regierung, die nicht demagogische Absichten im Auge hat, hätte daher in erster Linie trachten müssen, sich innerhalb der Armee Autorität zu verschaffen und ihr ergebene Führer an die Spitze zu stellen. Nur dann könnte sie mit Aussicht auf Erfolg auf die Waffenstillstandsverhandlungen und die Durchführung der zu vereinbarenden Bedingungen Einfluß nehmen.

Der umgekehrte Weg, den der Rat der Volkskommissäre einschlug, beweist dagegen, daß es ihm vor allem daran gelegen ist, sich durch einen Schritt, dessen Tragweite von der großen Mehrzahl nicht ermessen werden kann, von ihr aber ohne Zweifel als Verheißung des Endes vieler Leiden begrüßt wird, einen Anhang in der Armee zu werben. Diesen Zweck zu erreichen, wird ihr wohl bei der allgemeinen Kriegsmüdigkeit, die noch durch Mangel an Nahrungsmitteln, Beschuhung und warmer Kleidung genährt wird, nicht schwer fallen, doch wird der verzweifelt zu nennende Schritt der Regierung die Disziplinlosigkeit und die Neigung, die Front zu verlassen, noch in bedenklicher Weise steigern und dadurch Verhältnisse schaffen, die die Wiederherstellung der Ordnung an der Front und im Hinterland in absehbarer Zeit ganz ausschließen.

Unter solchen Umständen hängt der Abschluß eines Waffenstillstandes in der Luft, da niemand für die Einhaltung der festgesetzten Bedingungen zu bürgen vermag und die Regierung selbst keinen Augenblick davor sicher ist, bei einem Wechsel der so labilen Volksstimmung hinweggefegt zu werden.

Berücksichtigt man noch, daß Lenin und Genossen der Ueberzeugung sein könnten, daß von feindlicher Seite ohne Herausforderung russischerseits auch nicht der Versuch einer Offensive unternommen werden würde, daß die Wiederherstellung der Disziplin an der Front noch immer leichter zu bewirken ist als unter den Truppen im Hinterlande und daß endlich die Anknüpfung von Waffenstillstandsunterhandlungen mit dem Gegner die Folge haben wird, daß die Ententemächte alles tun werden, um den Druck auf Rußland zu vermehren und

*) Die nachstehenden Ausführungen, die vor Optimismus warnen und vor möglichen Enttäuschungen bewahren sollen, stammen von einem hervorragenden Kenner russischer Verhältnisse. D. R.

Ostdeutsche – Rundschau
24./XI. 1917

87

# Die sozialdemokratische Hetze zum Elendsfrieden.

Am 19. d. M. fand in Karlsbad-Fischern eine sozialdemokratische Versammlung im Interesse eines Blindlings zu schließenden Friedens statt. Die Abgeordneten Glöckl und Hillebrand waren Redner und nahmen sich natürlich den Mund gehörig voll. Ein österreichischer Offizier, der aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrt war, überbrachte Grüße von den russischen Freunden.

Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 20. d. M. eine Entgegnung beschlossen.

Die Sozialdemokraten hatten für die Versammlung umfangreiche Vorbereitungen getroffen und in vielen Tausenden folgende demagogische Flugzettel verteilt:

Friedensversammlung am Montag den 19. November, pünktlich 7 Uhr abends, im Saale des Hotel Weber, Karlsbad-Fischern.

Der Karlsbader Stadtrat hat uns die Benützung des Kurhaussaales „lediglich wegen des Programmpunktes Verständigungsfriede" verweigert.

Der Rat der größten Kurstadt der Monarchie ist ein Gegner des Verständigungsfriedens, trotzdem die Verlängerung des Krieges den Kurort dem sicheren Ruin entgegenführt und die Fortdauer des Völkerhasses nach dem endlichen Frieden das Wiedererstehen des Kurortes unmöglich machen muß. Als ein Gefangener der Deutschradikalen, macht sich der Stadtrat zum Werkzeug dieser ärgsten Volksfeinde, die den deutschen Namen schänden, besorgt er die Geschäfte der Schmarotzer des Krieges, während das Volk seiner Stadt verhungert und erfriert und jeder Tag der Kriegsverlängerung neue Blutopfer fordert. Der Fluch ungezählter Mütter und Kinder wird sein Lohn sein. Das Volk wird trotzdem reden und die Verweigerung des Kurhaussaales wird es nicht mundtot machen. Das Volk ist satt des Krieges. Es fordert eine klare, unzweideutige Antwort auf das Friedensangebot der sozialdemokratischen Regierung Rußlands.

Ende dem sinnlosen Morden! Auf in die Versammlung am Montag den 19. Februar im Hotel Weber in Karlsbad-Fischern!

Karlsbader Frauen und Mütter! Ihr hungert und friert und wißt nicht mehr, wie Ihr Eure Kinder am Leben erhalten sollt. Man gibt Euch jetzt, kurz nach der neuen Ernte, die halbe Mehlration und am Donnerstag das erste Brot der Woche. Um 4 Uhr früh stellt Ihr Euch um ein Stückchen Fleisch an, und die Milch ist für Eure Kinder nicht mehr erreichbar. Eure Männer, Eure Söhne liegen im Felde, jeder Tag Kriegsverlängerung macht viele von ihnen zu Krüppeln, tötet Karlsbader Kindern den Vater. Nur eines kann retten: Der baldige Friede.

Wir wollten, wie unsere Parteigenossen in allen anderen Städten Oesterreichs, auch in Karlsbad eine Friedensversammlung veranstalten, aber der Karlsbader Stadtrat verweigert uns den Saal, weil er es nicht dulden will, daß über den Verständigungsfrieden gesprochen werde. **Karlsbader Frauen und Mütter! Sendet dieses Blatt Euren Männern in das Feld nach. Sie sollen wissen, daß der Karlsbader Stadtrat die Verlängerung ihrer Leiden will.** Sie sollen wissen, daß dem **Karlsbader Stadtrat der Profit der Kriegswucherer höher steht, als das Leben tausender Karlsbader! Merkt Euch die Namen der Männer,** die Euch lieber zugrundegehen sehen, bevor sie den Schmarotzern des Weltkrieges den Wuchergewinn beschneiden lassen, die lieber den Kurort ruinieren, bevor sie für den Verständigungsfrieden entscheiden, den selbst die österreichische Regierung als ihren Standpunkt erklärt. Es sind die Herren Hugo Anger, Hermann Jakob, Leo v. Mattoni, Ernst Reinl, Karl Schöttner, Viktor Tietz, Karl Wacker, an ihrer Spitze der Bürgermeister Dr. Pfeifer. Reden werden Karlsbads Frauen und Mütter trotzdem. Sie werden in Massen teilnehmen an der Versammlung, die am Montag den 19. November, pünktlich 7 Uhr abends, im Saale des Hotel Weber in Karlsbad-Fischern stattfindet. **Karlsbader und Karlsbaderinnen, Euer Stadtrat jagt Euch in die Vorstadt hinaus, weil Ihr den Frieden wollt! Gehet in hellen Scharen hin! Es lebe der Friede!**

Daraufhin hat der Deutsche Volksverein folgendes Flugblatt verbreitet:

An die deutsche Bevölkerung von Karlsbad Stadt und Land! Die sozialdemokratische Parteileitung hat in einem Flugzettel, den sie in bekannt feiger Weise ihre Unterschrift versagt hat, den deutschen Bürgermeister und den deutschen Stadtrat in perfider Weise der Mitschuld an den derzeitigen Ernährungsschwierigkeiten bezichtigt, obwohl sie ganz genau weiß, daß auch ihre sozialdemokratischen Führer, welche sowohl im staatlichen Ernährungsausschusse sind, als auch in den Ernährungsausschüssen der Länder und Städte und speziell im städtischen Wirtschaftsrat in Karlsbad sitzen — es sind dies die Herren De Witte, Hillebrand, Löw und Lorenz — nicht imstande sind, dieser vorübergehenden momentanen Not, die wir ja alle bitter empfinden, und die ihre Ursache in dem Mangel an Transportmitteln hat, abzuhelfen.

**In geradezu lächerlicher und gemeiner Weise wirft die sozialdemokratische Parteileitung in diesem Flugzettel dem Bürgermeister und den Stadträten von Karlsbad vor, daß sie Mitschuld an der Verlängerung des Krieges tragen, den Kurort ruinieren wollen und die Kriegswucherer in ihrem nichtswürdigen Treiben unterstützen.**

**Jeder wird sich noch der letztvergangenen Kurzeit erinnern, in welcher gerade die Sozialdemokraten mit dem Abgeordneten Löw an der Spitze es waren, welche stets gegen die Aufrechterhaltung des Kurbetriebes zu Felde zogen und auf diese Art den Weltkurort Karlsbad und dessen Einwohner sowie die der Umgebung, von denen ein großer Teil von den Kurgästen lebt, schwer schädigen wollten und auch schädigten.**

**Heute klagen dieselben Leute, die keine feste Meinung, kein Ziel und kein Vaterland haben, die Stadtvertretung dieser verwerflichen Absicht an.**

**Die sozialdemokratische Partei erwähnt auch mit Absicht nicht, daß die infamen Kriegswucherer zumeist ihrer Partei angehören und sich zu der Nation bekennen, der ihre derzeitigen Führer in Wien, Adler, Austerlitz usw. angehören.**

Die österreichischen Sozialdemokraten wollen keinen deutschen Frieden, sondern einen sogenannten Verständigungsfrieden, d. h. einen Frieden, den die russischen Sozialdemokraten in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Uebergang der ganzen vollziehenden Gewalt an das Proletariat;
2. Sofortige Beendigung des Krieges;
3. Sofortige Sozialisierung der Fabriken;
4. Sofortige Aufteilung des Grund und Bodens.

In der jüngsten Drahtung der österreichischen Sozialdemokraten an den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat heißt es zum Schluß: **Das österreichische Proletariat fühlt sich Euch untrennbar verknüpft im Kampfe um den baldigen demokratischen Frieden. Hoch die Internationale!**

Die Deutschen nennen diesen Verständigungsfrieden Verzichtfrieden, weil die siegreichen Mittelmächte auf ihre mit schweren blutigen Opfern erkämpften Errungenschaften verzichten und in Zukunft in politischer und wirtschaftlicher Richtung von den Feinden abhängig gemacht werden sollen.

**Deutsche Frauen und Männer! Wir fragen Euch: Wollt Ihr einen solchen Frieden? Werden Eure im Felde stehenden siegreichen Väter und Söhne für einen solchen Verzichtfrieden zu haben sein?**

**Laßt Euch nicht betören, deutsche Volksgenossen! Die Kriegsmucherer und mit ihnen die sozialdemokratische Partei wollen einen faulen Frieden, teils um die einem solchen Frieden unbedingt folgende wirtschaftliche Not noch mehr auszunützen, teils um im Trüben fischen und für ihre Partei Stimmung machen zu können.**

Mit Versammlungen beendet man keinen Krieg und mit Reden schafft man kein Brot!

Geht nicht auf diese aufgestellten Leimspindeln, deutsche Volksgenossen, die zum Einfangen der Dummen und Schwachen bestimmt sind. Wir brauchen einen Frieden, den wir diktieren können, sollen die unendlich schweren Wunden, die uns der Krieg geschlagen, möglichst bald verheilen.

**Gewiß, wir alle sehnen uns nach dem Frieden, aber einem Frieden, der der gebrachten Opfer würdig ist, aber keinem solchen, wie ihn die sozialdemokratische Partei, die mit unserem inneren Feind, den Tschechen, Hand in Hand geht, haben möchte.**

**Wir brauchen einen Hindenburgfrieden, wie ihn die große Mehrzahl des Volkes in Deutschland fordert, das sich losgesagt hat von den sozialdemokratischen Führern und ihren volks- und staatsfeindlichen Ideen.**

**Wir lehnen es ab, unsere Mitmenschen zu verhetzen und mit aufreizenden lügenhaften Flugzetteln zu betören.**

**Verzaget nicht und lasset Euch nicht falsch beeinflussen!**

**Unsere Heere erkämpfen Sieg auf Sieg, die Feinde werden einer nach dem anderen niedergerungen, im Zeichen unseres Sieges muß der für uns günstige dauerhafte Friede geschlossen werden!**

**Haltet aus!**

Die Deutschen Volksvereine für Karlsbad Stadt und Karlsbad Landgemeindebezirk.

Leider konnte dieses Flugblatt erst am 19. d. M. um 4 Uhr nachmittags ausgedruckt werden, somit am 19. d. M. erst gegen Abend und am 20. d. M. früh durch die Post verbreitet werden. Man konnte also nicht verhindern, daß die sozialdemokratische Versammlung besonders von den Dörfern auswärts stark besucht war, und daß die heimat-, volks- und vaterlandslosen Demagogen ihre Giftsaat aussäen konnten, die hoffentlich einen fruchtbaren Boden finden wird.

24./XI. 1917.

24
91

# Die neue polnische Regierung.

Vom

**Prinzen Franz Radziwill.**

Unser Mitarbeiter Professor Dr. Ludwig Stein hatte eine Unterredung mit dem Prinzen Franz Radziwill, der mit den Mitgliedern des polnischen Regentschaftsrats in enger Fühlung steht. Ihr Ergebnis hat der Prinz in der folgenden Darstellung zusammengefaßt.

Im Königreich Polen läßt sich eine neue Gestaltung der Parteiverhältnisse beobachten: der Regentschaftsrat, der unerschütterlich auf der Grundlage des Aktes vom 5. November 1916 und 12. September 1917 steht, zieht ständig größere Kreise der Gesellschaft an sich. Die Persönlichkeit des Erzbischofs im Regentschaftsrate ist maßgebend für die Stellungnahme der Geistlichkeit. In denjenigen Kreisen, die noch vor kurzem sich passivistisch verhielten, kann man jetzt eine weitgehende Krisis beobachten, und zwar in den konservativen Kreisen. Die Schrecknisse und Greueltaten der russischen Revolution, denen auch viele Polen, welche im westlichen Gebiete Rußlands zerstreut sind, zum Opfer fallen, überzeugt bisherige Passivisten, daß nur der schleunige Aufbau einer starken polnischen Armee und Regierung imstande ist, Polen vor der Anarchie von Osten zu bewahren und dadurch eine ersprießliche Entwicklung der Nation zu sichern. Diejenigen Gesellschaftskreise, die an den Neubau des polnischen Staates treten, sind von einem aufrichtig demokratischen Geiste durchdrungen. Die politischen Rechte und die materiellen Güter der breitesten Volksschichten sind der Gegenstand der Fürsorge der polnischen Regierung und Gesetzgebung. Die polnische Nation ist sich dessen bewußt, daß heute nur eine zeitgemäße Einführung von Reformen im demokratischen Sinne solchen Symptomen, wie sie in Rußland auftreten, vorbeugen kann. Angesichts dieses Umstandes erscheint es uns unbegreiflich, daß hier und dort in der deutschen Presse Meinungen zum Ausdruck kommen, als ob Polen, in seiner Lage zwischen Mitteleuropa, das mit großen Schritten den sozialen Staatsformen entgegeneilt, und Rußland, welches seit einigen Monaten den allerradikalsten Tendenzen huldigt, zum Horte der verhaßten Reaktion werden sollte.

Auf Grund naher und enger Beziehungen zu denjenigen Persönlichkeiten, deren Meinung und Wille demnächst bei dem polnischen Staatsbau maßgebend sein werden, trage ich nicht das geringste Bedenken, zu behaupten, daß der neu entstehende Staat der Freiheit, dem Fortschritt und der Demokratie rücksichtslos treu bleiben wird; ganz besonders aber herrscht die allgemeine Meinung, daß allen Bürgern des polnischen Staates ohne Unterschied der Konfession und Nationalität eine absolute Gleichberechtigung zukommt. Leider erschienen in der deutschen Tagespresse falsche Schlußfolgerungen über die Richtung der polnischen Politik, Schlußfolgerungen, die auf Grund einer irrtümlichen Auslegung verschiedener gesetzgeberischer Entwürfe entstanden sind, so z. B. bezüglich des vielbesprochenen Verfassungsprojektes. Zu diesem Punkte kann ich, abgesehen vom Wesen und den Einzelheiten des Verfassungsprojektes, nur sagen, daß überhaupt ein Projekt der polnischen Verfassung erst durch die zu schaffende polnische Regierung dem noch zu wählenden gesetzgebenden Körper vorgelegt werden wird; es ist daher jetzt zumindest voreilig, den Inhalt eines Verfassungsentwurfs ernstlich ins Auge zu fassen. Ganz besonders aber will ich hervorheben, daß die jüdische Frage, welche in Polen während der Russenzeit infolge von russischen Ausnahmegesetzen und angesichts des Unvermögens der Polen, ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen, scharfe Formen anzunehmen drohte, in einem freien Polen nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung gelöst werden kann. Es ist dies gar nicht anders möglich.

In diesem Zusammenhange ist es von Interesse, zu erfahren, daß der bereits bestätigte und in sein Amt eingeführte Premierminister Kucharzewski im Jahre 1912 bei den Dumawahlen als Gegenkandidat der Konzentration der polnischen Parteien gegen den antisemitischen Kandidaten aufgestellt wurde. Wenn auch sein damaliges Programm in bezug auf die Judenfrage nicht ganz vorbehaltlos war, so ist dies auf die damalige Politik Rußlands in betreff der jüdischen Frage zurückzuführen, da, wie bekannt, Rußland böswilligerweise durch seine Ausnahmegesetze eine übergroße Ansiedlung der Juden aus dem Innern des Reiches in Polen herbeiführte und die russischen Juden in Polen zum Teil als Russifikatoren auftraten. Da nun diese Erscheinung selbs-

Morgenblatt.

# eiter-Zeitung

rgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

12 Heller
für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 70 h,
monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—.
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen:
Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn:
Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9131
II. Taborstraße 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83126
XVI. Klausgasse 84, Telephon 34146
XVII. Lackner gasse 22, Telephon 17176
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

Wien, Samstag, 24. November 1917. XXIX. Jahrgang.

## Der Kampf um den Frieden.

Um Krieg und Frieden, um Tod und Leben von Millionen Menschen werden jetzt im russischen Hauptquartier die Lose geworfen. Die russische Revolution nähert sich ihrem Höhepunkt. Denn jetzt wird um die wirkliche Macht gekämpft: um die Verfügung über die Millionen Bajonette an der Front. Mit dem Kampf um die Verfügung über die Petersburger Garnison hat der Aufstand der Bolschewiki begonnen; der Kampf um die Verfügung über das Millionenheer an der Front, an Zahl der Kämpfer sicherlich das größte Heer, das die Menschheit je gesehen, wird über das Schicksal der Arbeiterregierung entscheiden.

Die Petersburger Regierung hat dem Oberkommandierenden der russischen Armee, dem General Duchonin, befohlen, den Oberkommandierenden der deutschen und der österreichisch-ungarischen Armee den Waffenstillstand anzubieten. Der General Duchonin hat sich geweigert, diesen Befehl auszuführen. Duchonin stellt sich durch die Gehorsamsverweigerung an die Spitze der russischen Generalität, der alten Kornilow-Bande, die zumeist aus Kontrerevolutionären besteht, die lieber heute als morgen die Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten auseinanderjagen und eine Militärdiktatur aufrichten möchte. Die russische Generalität steht ganz unter dem Einfluß der russischen Imperialisten vom Schlage Miljukows und ihrer englischen Verbündeten mit dem Herrn Buchanan an der Spitze; sie will den Krieg fortführen, um die Revolution in einem Meer von Blut zu ersäufen. Jetzt muß es sich zeigen, wer über die Millionen Bajonette zwischen Riga und Braila, zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere verfügt. Gebietet Duchonin über sie, dann wird die Petersburger Arbeiterregierung gestürzt und der Friede ist noch weit. Stellt sich die Armee an die Seite der Regierung, dann ist die Herrschaft der Arbeiterklasse in Rußland gesichert und der Waffenstillstand wird in wenigen Tagen eintreten, die Friedensverhandlungen werden sehr bald beginnen können.

Da Duchonin der Regierung den Gehorsam verweigert, hat die Regierung ihn abgesetzt und zu seinem Nachfolger Krylenko ernannt. Krylenko ist einer der wenigen Offiziere, die sich sofort nach der Märzrevolution den Bolschewiki offen angeschlossen haben. Er war damals als Leutnant an der Dünafront. Ein Mann von ungewöhnlichem Mut und ungewöhnlicher Tatkraft, hat er es unternommen, die Armee der Losung der Bolschewiki: „Alle Macht den Sowjets" zu gewinnen. Er stand an der Spitze der Soldatenorganisation der Nordarmee und gab vom Schützengraben aus eine Zeitung heraus, die den Namen „Die Wahrheit für die Schützengräben" trug, die Losungen der Bolschewiki vertrat und in Hunderttausenden Exemplaren an der Front verbreitet wurde. Krylenko gewann auf diese Weise ungeheuren Einfluß auf die Soldaten, besonders auf die sibirischen Divisionen und die lettischen Schützenbataillone, die zwischen Riga und Dünaburg standen. Aber so sehr die Soldaten ihn liebten, so leidenschaftlich haßten ihn die Generale. Als nach dem mißglückten Aufstand der Bolschewiki im Juli die Macht der Arbeiterklasse vorübergehend sank, setzten die Generale durch, daß Kerenski die Verhaftung Krylenkos anordnete und sein Blatt einstellte. In der Tat wurde Krylenko trotz dem erbitterten Widerstand einiger Truppenkörper verhaftet. Er blieb im Gefängnis bis zum September. Als die Regierung im September die Hilfe der Petersburger Arbeiter zum Kampfe gegen die Meuterei Kornilows brauchte, mußte sie die gefangenen Bolschewiki freigeben. So verließ auch Krylenko das Gefängnis, um wieder in den ersten Reihen für die Sache des Proletariats zu kämpfen. Diesen Mann hat die Regierung jetzt zum Nachfolger Duchonins ernannt.

Krylenko kommt in das Hauptquartier als der Mann, den die Generale leidenschaftlicher hassen als jeden anderen. Es ist klar, daß die Generale keine Lust haben werden, sich seinem Kommando zu unterwerfen. In der Tat wird bereits gemeldet, daß Duchonin sich weigert, Krylenko das Oberkommando zu übergeben. Aber Krylenko kommt in das Hauptquartier auch als der Mann, der den Waffenstillstand abschließen, die Friedensverhandlungen ermöglichen soll. Es ist klar, daß er auf die Unterstützung der Soldaten rechnen kann, die nichts wollen als den Frieden. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Demokratie, zwischen Krieg und Frieden spitzt sich zum Zweikampf zwischen Duchonin und Krylenko zu. Das Ergebnis dieses Kampfes wird über das Schicksal der russischen Revolution und damit über den Frieden der Welt entscheiden.

Die Aussichten sind günstig. Zwar steht der Petersburger Arbeiterregierung neben dem Hauptquartier, das ihr den Gehorsam verweigert, noch ein gefährlicher Feind gegenüber. Der Kosakengeneral Kaledin terrorisiert immer noch den Süden. Und dieser Patriot, der im Namen des Vaterlandes die „vaterlandslosen Gesellen", die in Petersburg die Macht an sich gerissen haben, bekämpft, will heute — mitten im Kriege! — das ganze große Rußland aushungern! Er hält die Eisenbahnzüge an, die der Armee an der Front Mehl und Brot zuführen, und sperrt den Eisenbahnen die Kohlenzufuhr aus dem Donezgebiet. Wie schnell doch die Patrioten zu Hochverrätern werden, wenn der Staat einmal nicht von den großen Herren, sondern von der arbeitenden Volksmasse regiert werden soll! Aber gerade heute kommen Nachrichten, die hoffen lassen, daß die russische Demokratie auch diesen gefährlichsten Anschlag abwehren wird. Ein großes ukrainisches Heer soll gegen Kaledin marschieren; der Sieg der Bolschewiki sichert ja der Ukraina das Selbstbestimmungsrecht, während die Kosakendiktatur Kaledins mit der Freiheit Rußlands auch alle Hoffnungen der Ukraina begraben würde. Und daß sich gerade die Ukraina gegen Kaledin erhebt, kann ihm sehr gefährlich werden: unter den Kosaken, auf die sich Kaledin stützt, sind ja Ukrainer!

So nähert sich die Entscheidung: kann Krylenko die Macht im Hauptquartier an sich reißen, so werden die Parlamentäre, die das Angebot des Waffenstillstandes bringen, sehr bald im deutschen und im österreichischen Hauptquartier eintreffen. Und wird Kaledin zur Waffenstreckung gezwungen, so gibt es im ganzen weiten Rußland keine Macht mehr, die sich der Petersburger Arbeiterregierung widersetzen würde.

Die österreichische und die ungarische Regierung haben heute erklärt, daß die Monarchie grundsätzlich bereit ist, einem Waffenstillstand zuzustimmen. Aber diese Erklärungen sind in einer Sprache abgefaßt worden, die beweist, daß unsere Regierung die Psychologie des Augenblicks noch immer nicht versteht. Da glaubt man nach alter Diplomatenmanier noch immer den Spröden spielen zu müssen; glaubt noch immer sich etwas zu vergeben, wenn man das Angebot eines Gegners offen begrüßt. Die Regierungen müssen endlich begreifen, daß sie es in Rußland nicht mit Diplomaten zu tun haben, sondern mit dem Volke selbst, das keine Vorbehalte und keine Verklausulierungen versteht, sondern nur eine offene männliche Sprache. Ein bißchen weniger Diplomatenkunst, ein bißchen weniger gespielte Sprödigkeit tut uns not! Denn darüber ist kein Zweifel erlaubt: wenn die Einladung zu Waffenstillstand und Friedensverhandlungen kommt, dann muß sie und wird sie angenommen werden. Denn das ist der einmütige, feste Wille der Völker.

## Der Waffenstillstand im Recht und in der Praxis.

Zum erstenmal seit vierzig Kriegsmonaten tritt die Möglichkeit eines Waffenstillstandes an uns heran und mit begreiflicher Spannung verfolgt die Welt die Ereignisse. Da dieser Krieg alles verändert hat, tauchen auch hier neue Fragen auf. Ein Waffenstillstand auf einer Front von tausend Kilometer ist so einfach nicht zu bewerkstelligen wie zwischen den Heeren früherer Kriege. Wie soll sich, wenn schon auf der russischen Front in Europa die Waffen stillstehen, das rumänische Heer, wie das russische auf der armenisch-persischen Front verhalten? Dazu kommt, daß der Waffenstillstand in rein militärischer Betrachtung oft auch Gefahren bringt, jedenfalls dann, wenn der eine Kampfteil durch Zeitablauf gewinnt und der andere verliert. Nicht selten sind Waffen-

Ostdeutsche Rundschau
25/IV. 1917

# „Verständigungsfriede."

Die Vorgänge im deutschen Reichstag, mögen sie von uns selbst so wenig tragisch zu nehmen sein als unsere Feinde ihre helle Freude daran haben, zeigen wieder einmal die Mängel unseres politischen Gehwerkes, die Kinderschuhe derer, die sich die Rolle des Welterziehers erlauben könnten, das Knicksen vor den demokratischen Komplimenten unserer Feinde. Ungeschick auch auf Seiten einer Führung, der es anscheinend Mühe macht, die von ihr Geführten in einer Zeit parlamentarischen Lebens innerhalb der Grenzen des Menschenmöglichen von der Richtigkeit der eigenen Ansicht zu überzeugen, im Vertrauen auf die Einsicht des gesunden Menschenverstandes derer, die sich nicht von Haus aus mit einer durch keine Wirklichkeit belehrbaren Justamentspolitik außerhalb der Richtlinien dieses Verstandes stellen, Klarheit über Unklarheiten zu schaffen, so etwa zur Frage: Was heißt uns und kann uns „Verständigungsfrieden" heißen?

Darüber, über diesen Frieden wird fürs erste mehr gesprochen und aneinander vorbeigeredet und weniger gedacht, als es uns unser nun mehr als dreijähriges Kriegserleben füglich erlaubt. Und es liegt das weniger am Aeußerlichen, an den immerhin bestimmten Umrissen, die dieser Friede haben soll, nicht daran, daß das redlich gemeinte Wort von diesem Frieden „an sich" an der Sache vorbeitrifft, es liegt an den irrtümlichen Voraussetzungen, unter welchen dieser Friede zustandekommen, an der von Haus aus schiefen Stellungnahme zu jenen grundlegenden Dingen, auf welchen dieser Friede aufgebaut sein soll.

Es liegt an der Unklarheit darüber, daß es für unsere Feinde, vor allem für die Baralonger auf ihrer Insel, einen solchen Verständigungsfrieden, und bewegte er sich unsererseits auch in den bescheidensten Grenzen, überhaupt nicht gibt und aus dem einfachen Grunde nicht geben kann, weil auch dieser Friede für sie die vernichtende Niederlage bedeutet, ihr eigenes ungewolltes Bekenntnis zu dieser Niederlage, weil auch dieser Friede mit dem Scheitern einer Politik, deren offen einbekannter Sinn und Inhalt es war, die Welt englisch zu machen und die diesmal zum letzten Schlage dazu ausholte, den Verzicht auf alles bedeutet, worauf diese zielsichere Kriegspolitik von Haus aus ausgegangen, und dies Ziel war mit dem englischen Angriff und mußte notgedrungen sein die Vernichtung des anderen, der ihr im Wege stand, Deutschlands Vernichtung war alles, das im politischen und staatlichen Leben Vernichtung eines Volkes heißen kann. Auch der „Verständigungsfriede", das, was wir Deutsche billigerweise darunter verstehen, ist für sie nicht weniger vernichtend, als ein Friede, den wir nach ihrer bedingungslosen Nieder- und Unterwerfung und dem Einzug in London selber vorschreiben würden, ist für sie nach ihrem eigenen Bekenntnis das Schimpfliche schlechtweg. „Wir müssen diesen Krieg ganz gewinnen oder wir haben ihn verloren", so sagen die Baralonger.

Töricht und aus gänzlicher Verkennung der wahren Sachlage kommend ist daher das Wort vom Verständigungsfrieden als jenem Frieden, in dem es nicht Sieger noch Besiegte gibt und daß etwa der Friede „auf dem Standpunkt wie früher" ein solcher Friede wäre. Denn auch dieser Friede, der im Wesentlichen alles beim Alten beließe, ist für die Inselkrämer nach ihren ungezählten offenen und heimlichen Bekenntnissen das Unerträgliche, unerträglich ihrer Geschichte nach, weil er für sie notgedrungen das Aufgeben ihrer selbst bedeutet, dessen, was sie bisnun in dieser Welt als Engländer waren, ihrer britischen Herrenstellung. Sie werden daher alles daransetzen auch nur diesen Frieden zu verhindern und sich damit nicht eher abfinden und nicht eher aufhören, uns ihr „unmöglich" in allen Tonarten entgegenzuhalten, eh' ihnen keine andere Wahl bleibt und sie wirklich unterliegen.

Es ist nach alledem töricht, anzunehmen, wir könnten uns den Frieden mit dem Wort vom Verständigungsfrieden erkaufen, wie es gleich überflüssig ist, zu betonen, daß zu den Mitteln, die uns diesem Frieden wirklich näher bringen, der gute Tauchbootkrieg gehört, nach den gelegentlichen ungeschminkten Bekenntnissen derselben Baralonger, die sonst seit acht Monaten Tag für Tag die „Gefahr" für überwunden erklären, jener „Revolutionär", der unerbittlich seine Arbeit tut und sich dabei wenig an die eigene englische Aufgeblasenheit kehrt". Wenn dieser Revolutionär und unsere Heere auf dem Festland und alles, was sonst noch dazugehört, ihre Arbeit voll und ganz getan, dann, aber auch erst dann ist mit dem Niederbruch des englischen Glaubens an britische Auserwähltheiten, des naiven Glaubens auch, daß gute Faustpfänder ausgerechnet in englische Hand gehören, der Weg zur ehrlichen Verständigung frei, dann ist es Zeit, uns am Friedenstisch im Kampf der Worte das zu erhalten, was wir kraft unserer realen Macht in siegreicher Abwehr des englischen Angriffes in Wirklichkeit errungen, Zeit auch, des Alten vom Sachsenwald nicht zu vergessen und seines Wortes von der mutigen und tapferen Politik, die sich nach allen ihren Erfolgen in vernünftigen Grenzen zu halten weiß.

Nur Wirklichkeitsfremdheit mag glauben, daß irgend ein Mehr an konkreten Forderungen für die Zukunft den Keim inneren und äußeren politischen Zwistes in sich schließen könnte. Denn das, was wir heute beanspruchen und fordern, was wir in Zukunft behaupten können, regelt sich übers Wort hinaus bei einigem Geschick der Führung aus den realen Machtverhältnissen ganz von selbst und einzig aus diesen, aus den Ansprüchen, die diese Verhältnisse in lebendiger Wechselwirkung an uns selber stellen, und braucht es uns für die Zukunft um die nicht bange zu sein, die zurzeit im Kriege als dem schonungslosen Aufdecker und Berichtiger alles Unwahren und Scheindaseins die Feuerprobe bestanden.

Die natürlichen, nüchternen und idealen Dinge des Lebens miteinander in Einklang zu bringen, ist die erste und letzte Aufgabe unseres Lebens selber, mit dem Maße, in dem wir das im Alltag wie in der hohen Politik zuwege bringen, dem Maße unseres eigenen Wirklichkeitssinnes hält das Maß unserer Erfolge gleichen Schritt, besser, um ein bei Denkenden und Gewissenhaften in üblen Ruf geratenes Wort beiseite zu lassen: Das Maß der Ergebnisse unserer ehrlichen Arbeit, unserer Fähigkeit im Erreichen gesteckter Ziele im Sinne solcher Arbeit.

Es liegt in der Natur der Sache, daß dazu im Kleinsten wie im Größten nebst anderen Dingen auch organisatorisches Geschick und die bewußte und willige Ein- und Unterordnung ins Ganze gehört, den lebendigen Gedanken solcher Arbeit, die, soferne es gemeinschaftliche, so auch politische Arbeit ist, noch lange nicht der Mitverantwortlichkeit fürs Gelingen des Ganzen enthebt.

Da aber hapert es gelegentlich bei uns, wir reden wohl viel von Organisation und Disziplin als den Vorbedingungen unseres Sieges, in Wirklichkeit aber ist's damit nicht am besten bestellt. Da, im Rahmen einer Weltpolitik, in die uns vor dem Kriege eine künstlich-konstruierte, die Gemüter entfremdende Stimmungsmache so wenig hätte hineintreiben können wie die Karikatur „Militarismus", da stoßen wir uns zuviel an Aeußerlichkeiten, machen zu Wichtigkeiten, was im Hinblick auf die Erreichung des gemeinsamen Zieles nur zu oft Nichtigkeiten sind, **da fehlt unserer Politik der große Zug,** der mit Blick aufs Ganze allzu individualistische Empfindlichkeit und Gekränktheit zum Vorteil der gemeinsamen Sache, die jedes einzelnen ureigenste Sache ist, hintanzusetzen und damit auch nur den Schein innerer Zersplitterung und Unstimmigkeit zu vermeiden weiß, die den anderen doch immer nur ein neuer Anlaß zum Aufleben alter, im Stillen längst von ihnen begrabener Hoffnungen ist.

Da könnten wir von unseren Feinden und just von den einseitig-praktisch begabten Engländern immer noch lernen, gutes Englisch von jenen lernen, die es bei ihrer besseren Eignung fürs Obenhin freilich leichter haben mögen als wir Deutsche, die im parlamentarisch-politischen Betrieb sehr viel von dem ernst nehmen, was schlechterdings nicht ernst zu nehmen ist und in Wirklichkeit von den Demokraten zur anderen Seite nie ernst genommen wird, denselben Demokraten, die sich — die Kehrseite der Medaille — zudem im Laufe von Geschlechtern angewöhnt das Tun und Lassen ihrer politischen Führer kritiklos hinzunehmen, wie das Geschick und sein Walten selber, aus dem bloßen Grunde, weil bis nun noch immer alles gut abgelaufen. Denselben Führern, die ihr altes politisches Spiel „Nur ja nichts merken lassen" fortsetzen, wenn alle Welt, jedenfalls aber der böse Feind als der an der Sache Mitbeteiligte und Maßgebliche längst merkt, zum wenigsten merken könnte, was längst nicht mehr zu verheimlichen ist.

Jedenfalls richtet sich unser parlamentarischer Unwille auch gegen Männer, die — mögen sie im eigenen Hause auch nicht immer die geschicktesten Anwälte der gemeinsamen deutschen Sache sein — mit der Gesamtsachlage auch die wahren englischen Absichten und Ziele immer noch am richtigsten erkannten, die eigene Sache am entschiedensten vertreten, darum auch von englischer Seite in guter englischer Witterung am grimmigsten befehdet werden.

Die mögliche Folge unserer allzugeräuschvollen häuslichen Unzufriedenheit: Mit der innerparlamentarischen Opferung, die des Beigeschmackes der außerpolitischen Niederlage vor dem hartnäckigsten unserer Widersacher nicht entbehrt, das Kaltstellen von Persönlichkeiten in den politischen Winkel, das **Ausschalten der Mitarbeit vielleicht unserer besten Köpfe.** Das aber ist ein Luxus, den wir uns in diesen Zeiten nicht erlauben dürfen.

**Wir brauchen Bismarckgeist und Siegeswillen in der Politik, wie sie Hindenburg im Heer verkörpert.**

**Dann kommt der rechte, gute, dauernde Siegesfriede mit verdientem Preis und Lohn!**

26./XI. 1917

101

# Der Hunger als Triebfeder.

Die Katastrophe naht und droht die größte Armee, die je auf die Füße gebracht wurde, zu verschlingen. Es war schon lange kein Geheimnis, daß die Verpflegsschwierigkeiten der russischen Armee von Tag zu Tag zunahmen.

Schon vor ungefähr 4 Wochen sprach der Minister für Ernährungswesen in Rußland Prokopowitsch im Rate der Republik, als er eine an ihn gerichtete dringliche Anfrage über die unzulängliche Versorgung der Armee mit Lebensmitteln beantwortete, die denkwürdigen Worte: „Der schrecklichste aller Selbstherrscher — der Zar Hunger — berührt mit seinem eisigen Hauch die Armee."

Nach seinen Ausführungen reichten die Mehlvorräte am 28. September an den einzelnen Fronten durchschnittlich kaum für 10, die Hafervorräte für 2 Tage. Viele Bäckereien im Armeebereiche standen zu diesem Zeitpunkt schon still und so manche Truppe sah sich gezwungen, die Zwiebackvorräte anzugreifen. Der Mangel an Futter verursachte enorme Verluste an Pferden. Am günstigsten standen noch die Verhältnisse bei der rumänischen Armee, wo der Zuschub aus dem getreidereichen Süden Rußlands am besten funktionierte. An der Südwestfront konnte der Zuschub nur mehr die Hälfte des Bedarfes decken. An der West- und insbesondere Nordfront war jedoch infolge der Anarchie im Hinterland, die den regelmäßigen Zuschub unmöglich machte, eine Katastrophe in nächster Zeit vorauszusehen. Die gänzliche Einstellung des Personenverkehres durch mindestens eine Woche und die Inanspruchnahme der Personenzüge zum Nachschub — so riet der Minister — sei das einzige Auskunftsmittel, um der schlimmsten Not Herr zu werden.

Eine Woche später, nachdem diese alarmierenden Worte gefallen waren, wiederholten sich in den Straßen Petersburgs, wie man längst vorausgesehen und befürchtet hatte, die Juliereignisse, diesmal aber mit dem nicht nur für das Ausland, sondern selbst für die Regierungskreise unerwarteten Erfolg, daß die Bolschewiken in der kürzesten Zeit sich zu Herren der Lage machten. Unerwartet aus dem Grunde, weil ihre Einzelerfolge in Kronstadt, in dem Petersburger Rat der A. und SD., den Wahlen in die Moskauer städtischen Rayonsdumen usw. nicht annehmen ließen, daß ihr politisches Bekenntnis die Mehrheit auch nur der Arbeiter- und Soldatenmassen hinter sich hat.

Sowie aber die Märzrevolution ihr Entstehen vorzugsweise den Arbeitermassen verdankte, die sich gegen den Mangel an Brot auflehnten, so war auch diesmal der stärkste Verbündete der Bolschewiken die Not an Brot. Erst kürzlich war die tägliche Ration an solchem in

---

Aus Kapzanda wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß der Oberkommandierende des Petersburger Militärbezirkes Oberst Murawjew zurückgetreten ist. Als oberster Chef der Truppen wurde Antonow eingesetzt, der Mitglied des Revolutionskomitees ist.

## Die russischen Soldaten wollen nach Hause!

Die Novembristen und Dekembristen.

Kopenhagen, 25. November.

Telegramme aus Kapzanda besagen: Ein seltsamer Aufstand hier eingetroffener Transporte teilt mit, daß die Soldaten an der Front in zweihundert Regimenter geteilt seien, in die Novembristen und Dekembristen. Die ersteren hätten beschlossen, noch in die tiefen Minen der Front zurückzukehren, die anderen wollen zu Weibsdsteen in die Heimat durchdringen.

## Sudsonin verhaftet. — Friedensverhandlungen an der Front.

Kopenhagen, 25. November.

Der ausländische Kriegsvertreter der Bolschewiki an der italienischen Grenze erhielt in amtliches Telegramm aus Petersburg, wonach der Oberkommandierende General Sudsonin deshalb verhaftet worden ist, weil er sich geweigert hatte, den Vorschlag eines Waffenstillstandes der ganzen Front zu übermitteln.

Die Regierung hat die verschiedenen Frontheere angewiesen, selbst auf der ganzen Front Friedensverhandlungen einzuleiten.

Redner erläuterte dann den Begriff der Annexion und legte dar, daß die sozialistischen Prinzipien sich im Gegensatze sowohl zur politischen wie zur wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit befinden. Die internationale Rechtsordnung muß wiederhergestellt, die allgemeine Abrüstung, das internationale Schiedsgericht müssen zustande gebracht werden. Nur ein auf Grund klarer Bedingungen geschlossener Friede kann währen. Wir fordern — fährt Redner fort —, daß die holländische und die skandinavische Kommission von neuem einen internationalen Kongreß in Stockholm einberufen und die dort erbrachten Resolutionen durchgeführt werden, ohne Rücksicht auf die Sozialisten der Staaten, aus denen ein Vertreter nicht erschienen ist. Wir wissen ja, daß Stockholm den Friedensgedanken in das Bewußtsein von Millionen verpflanzt hat. Der Sieg entsteht immer im Zeichen des Friedens, dieser aber ist heute nicht mehr bloß der Arbeiter, sondern auch der Bourgeoisie Sache. Die Regierungen halten nicht Schritt mit der Zeit. Europa aber legt sein altes Gewand ab, um es umzutauschen gegen ein neues, das seinen Völkern Freiheit, besseres Dasein, Fortschritt und Entwicklung sichert. In dieser Versammlung hat Ungarns Volk seinen Friedenswillen bekundet und die russische Revolution begrüßt; nun haben sich die Regierungen für den Frieden auszusprechen. Wie bislang, wird die sozialdemokratische Partei ihre Pflicht auch in Hinkunft tun. Der Weltfrieden ist keine ungarische, sondern eine Weltfrage, und für den Frieden werden, wenn die Zeit dafür kommt, die Proletarier der ganzen Welt zugleich, einheitlich ihre Pflicht tun. Für den Frieden muß man nicht schreien, sondern handeln. Redner schloß mit dem Aufruf an die Arbeiterschaft, den Friedensgedanken wachzuhalten und bereit zu sein, im gegebenen Augenblick die erforderliche Pflichterfüllung zu üben.

**Die Resolution.**

Hierauf nahm die Versammlung eine Resolution an, die folgendes besagt:

Die Arbeiterschaft Budapests und seiner Umgebung, und mit ihr das ganze Budapester Volk senden ihren brüderlichen Gruß den russischen Revolutionären, die die Welt aus der Kriegshölle hinausführen, sie sagen ihr Unterstützung zu im Kampfe um den Frieden und gegen die Ausbeutung einer Klasse durch die andere, gegen die Unterdrückung einer Nation durch die andere. Friede und Demokratie, Boden und Brot, Freiheit und Gleichheit sind die Ideale der Arbeiter Ungarns in dem geschichtlichen Augenblick, da sie zusammenkamen, um die Regierung aufzufordern, den von der russischen Revolutionsregierung angebotenen Waffenstillstand anzunehmen und ihre Bereitschaft zu erklären zum Friedensschluß mit allen kriegführenden Staaten auf Grund: des Unterbleibens der gewaltsamen Annexionen, des Aufhörens jeder militärischen, politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit unter den Staaten; des Unterbleibens jeder offenen oder verhüllten Forderung auf Kriegsentschädigung; der Verpflichtung zu gleichmäßiger internationaler Abrüstung; zur Annahme des obligatorischen Schiedsgerichtes, zur Abschaffung der Geheimdiplomatie und zur parlamentarischen und demokratischen Kontrolle der auswärtigen Politik. Die Regierung erkläre, die Annexion der russisch-polnischen Gebiete nicht zu wünschen, sich der alldeutschen Forderung auf Angliederung von Kurland und Livland an das Deutsche Reich, in welcher Form immer sie erfolgen soll, nicht anzuschließen, die durch den russischen Waffenstillstand oder Frieden hervorgerufene Lage nicht zur Erkämpfung von Annexionen im Westen oder im Süden zu benützen, sondern, wenn die Geneigtheit auf der anderen Seite vorliegt, auf Grund der demokratischen Prinzipien mit allen kriegführenden Staaten zu verhandeln und Frieden zu schließen und bei den verbündeten Regierungen die Abgabe einer gleichen Erklärung durchzusetzen, jedes Hindernis aus dem Wege des demokratischen Friedens zu räumen daheim und bei den verbündeten Regierungen. Ferner wird die sozialdemokratische Parteileitung beauftragt, Schritte zur Einberufung eines internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses in Stockholm einzuleiten, der abgehalten werden soll, auch wenn auf ihm nicht alle Parteien der Internationale vertreten sind.

Nach Annahme der Resolution schloß Emanuel Buchinger die Versammlung. In etwa einer halben Stunde war die Menge ohne Störung zerstreut.

## Die Friedenskundgebung der Budapester Arbeiter.

Budapest, 26. November

Mit einer eindrucksvollen Volksversammlung haben gestern vormittag die Budapester Arbeiter ihrer Stellungnahme für den Frieden Ausdruck verliehen. Die Kundgebung fand in der Industriehalle statt.

**Die Versammlung in der Industriehalle.**

Schon in den Morgenstunden begann das Stadtwäldchen sich zu bevölkern. Erst kamen die Arbeiter einzeln, dann in kleineren Gruppen, denn die Polizei hatte ihre Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung an die Bedingung geknüpft, daß Aufzüge in geschlossenen Reihen unterbleiben müssen. Trotzdem schwoll gegen halb 10 Uhr die herankommende Menge zu solcher Zahl an, daß sich notwendigerweise geschlossene Reihen ergaben und sich auf dem József-körut, der Andrássy-ut, Thökölv-ut, Aréna-ut und Stefánia-ut regelrechte Züge dem Stadtwäldchen zuwälzten. Die Ordnung wurde jedoch nirgend gestört.

Vor halb 11 Uhr war die Industriehalle vollständig besetzt, so daß niemand mehr Einlaß finden konnte. Tausende mußten sich vor dem Gebäude aufstellen und dort das Ende der Versammlung abwarten.

Punkt 11 Uhr betrat in der Halle Emanuel Buchinger die über dem großen Springbrunnen errichtete Tribüne und eröffnete die Versammlung. Nun erhob sich Desider Bokányi und hielt folgende Rede:

„Voll Liebe und Verständnis empfangen wir die Friedenshand der Russen und fordern die Regierung auf, den Frieden ohne jede Entschädigung und Annexion unverzüglich abzuschließen. Die Sozialisten fürchten den Kampf nicht, das Proletariatsschicksal ist ja nichts anderes; allein die körperlichen und seelischen Leiden von drei Jahren haben die europäische Menschheit alt gemacht; der Weiße ist nicht mehr das Vorbild, sondern der Schrecken der Menschheit. Die Grenzen sind ja schon geschützt; wozu also noch der Krieg? (Großer Lärm.) Dem Grundsatze, daß eine Nation an das Gut der anderen nicht rühren soll, haben die Sozialisten zur Geltung verholfen. Wir wissen nicht, welche Staatsgestaltung in Rußland entstehen wird, sicher ist bloß, daß der Zarismus endgültig begraben ist. Europa darf Rußland getrost die Hand reichen; die Hand des Verstehens streckt sich ihm entgegen. Nun ist es an der Regierung, den Beweis zu liefern, daß ihr der Friede nicht ein taktisches Mittel war; wir ersuchen sie daher um eine entschiedene Erklärung. Wäre eine wahrhaft demokratische Regierung am Ruder, das Friedensangebot hätte sie sofort zu einer Erklärung veranlaßt.

**Parteikonferenz der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.**

Nachmittags um 3 Uhr fand im alten Abgeordnetenhause eine Parteikonferenz der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unter Vorsitz Julius Peidls und Alexander Garbais statt.

In seiner Eröffnungsrede erklärte Peidl, daß die Arbeiter Ungarns sich der vom russischen Proletariat ins Werk gesetzten Friedensbewegung anschließen. Dann kam er auf die ungarische Wahlrechtsreform zu sprechen. Seit einem halben Jahre habe die demokratische Regierung bei uns bloß die Preistreiberei gefördert, den Zweck ihrer eigentlichen Sendung, die Wahlrechtsreform, habe sie nicht verwirklicht. Die Regierung müsse nunmehr erfahren, daß in Ungarn keine Politik gemacht werden könne, solange das Volk nicht in seine Rechte eingesetzt sei. Sodann bezeichnete Peidl als Beratungsgegenstände der Versammlung die Teuerung und die Freiheit des Versammlungsrechtes.

Zur Teuerungsfrage sprach Franz Miakics. Er führte aus, daß aus dem Krieg nur die Kapitalisten Nutzen zögen, die Regierung habe der Teuerung nicht entgegenzuwirken vermocht, die Produzenten seien alle reich geworden. Die Landwirtschaft und die Fabriksindustrie haben im Kriege Vermögen gewonnen, einzelne Waren seien im Preise um 400 Prozent gestiegen, während die Arbeitslöhne des Proletariats kaum um 100 bis 120 Prozent zugenommen hätten. Schließlich unterbreitet der Redner einen Beschlußantrag, in dem das Recht auf freie Organisation für die Eisenbahner, die Angestellten der elektrischen Bahnen, die Bergleute und die Arbeiter der Tabakfabriken gefordert wird.

Franz Badáß (Diósgyör) schilderte die Lage der Diósgyörer Arbeiterschaft.

Moritz Preuß wünscht eine schärfere Tonart, namentlich sollen unverzügliche Reparationen für alles Unrecht gefordert und die Parteileitung angewiesen werden, nötigenfalls die Regierung mit den schonungslosesten Mitteln anzugreifen. Die Arbeiterschaft erwarte von ihrer Leitung und von der Regierung energische Taten.

Franz Bajáki tritt dafür ein, daß die landwirtschaftlichen Betriebe unter Aufsicht gestellt werden.

Kolonian Gothák erörtert die Unterlassungen und Mißbräuche in der Brot- und Fettversorgung.

Dr. Franz Landler schließt sich dem Antrage Preuß an. Abermals spuke der Geist der Koalition, eine Regierung,

104

27./XI. 1917

# Die Aufgaben der Schweiz.

## Eine Rede des Bundesrates Calonder.

**Bern**, 26. November. (Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur.) Auf dem Parteitage der freisinnig-demokratischen Partei hielt Bundesrat Calonder eine großangelegte Rede, in der er einleitend darauf hinwies, daß politische Parteien für ein gesundes Staatsleben unerläßlich seien. In den gegenwärtigen Zeiten aber müßten Parteigrundsätze naturgemäß in den Hintergrund treten. Wo es sich um Lebensfragen, um Sein oder Nichtsein des Staates handelt, da sei es selbstverständlich Pflicht aller Bürger und aller Parteien, das Trennende und Nebensächliche beiseite zu stellen und sich zur Wahrung der höheren und allgemeinen Interessen zusammenzuschließen. Es gehe in dieser schicksalsgewaltigen Zeit um das Ganze. Die ungeheure Krise drücke auch der Lage der Schweiz den Stempel auf und habe ihre internationalen Beziehungen in den Vordergrund gerückt.

Redner betonte, daß die Schweiz heute mit Genugtuung feststellen könne, daß sämtliche Kriegführenden in loyaler Weise diese Neutralität beobachtet haben, so daß die Integrität des Landes gewahrt blieb. Wir dürfen ohne weiteres hoffen, daß auch in Zukunft keiner der Kriegführenden unsre Neutralität mißachten werde. Wenn wir daher heute die Möglichkeit des Durchmarsches oder einer andern Gebietsverletzung durch irgendeinen Kriegführenden ins Auge fassen, so ist das eine mehr theoretische Erörterung, die nur durch ganz unerwartete, überraschende Kriegsereignisse aktuell werden könnte. Unser Standpunkt gegenüber einer solchen Eventualität ist nach wie vor der gleiche. Jeder Staat, der in Mißachtung unsrer Neutralität die Integrität unsres Gebietes verletzt, ist unser Feind, und wir werden gegen ihn mit unsrer gesamten Militärmacht Krieg führen. Wir würden diesen Kampf wider Rechtsbruch und Gewalttat unter allen Umständen auch gegen eine offenbare Uebermacht aufnehmen und bis zum Aeußersten fortsetzen. Unsre Pflicht, gegen jeden Angriff auf unser Gebiet uns sofort zur Wehr zu setzen, ist vom nationalen und vom internationalen Standpunkt aus so klar und so selbstverständlich, daß darüber ein Zweifel überhaupt nicht aufkommen kann. Redner wandte sich sodann in scharfen Worten gegen die antimilitaristische Propaganda. Glücklicherweise haben alle diese antimilitaristischen Treibereien bisher den guten Geist unsrer Armee nicht beeinträchtigt, so daß wir unbedingt auf sie zählen können.

Bundesrat Calonder betonte weiter, daß es nur durch tiefeingreifende wirtschaftliche Maßnahmen möglich war, das wirtschaftliche Leben der Schweiz aufrechtzuerhalten. Unsre Lage in bezug auf die Versorgung des Landes mit unentbehrlichen ausländischen Erzeugnissen ist nicht nur ernst, sie ist sorgenvoll. Immerhin scheint es nicht denkbar, daß irgendeine der großen Mächte, die die Welt beherrschen, möge sie der einen oder der andern Kriegsgruppe angehören, fähig wäre, durch Abschneidung der Zufuhren unsre industrielle Tätigkeit lahmzulegen und uns so zum wirtschaftlichen Ruin zu verurteilen oder gar uns der Hungersnot preiszugeben. Das wäre nichts andres als eine Verneinung der internationalen Solidarität, durch die unser Staat sich mit den übrigen gesitteten Völkern verbunden fühlt. So dürfen wir auf Grund ruhiger und nüchterner Ueberlegung die Hoffnung aussprechen, daß wir nicht umsonst auf den Gerechtigkeitssinn und auf die Weisheit der ausländischen Staatsmänner bauen, die über unsre Zufuhren zu entscheiden haben.

Redner berührte die mit den Schwierigkeiten der Landesversorgung eng verbundene allgemeine enorme Teuerung, die zu außerordentlichen Mehrauslagen geführt habe. Die finanzielle Belastung des Bundes nehme daher, ganz abgesehen von den gewaltigen Mobilisierungskosten, beständig zu. Jede kleinliche Sparpolitik würde sich aber unter den gegebenen Verhältnissen bitter rächen. In um so größerem Maße bestehe die Notwendigkeit, dem Bunde neue Finanzquellen zu eröffnen.

Die wirtschaftliche Krise, sagte Redner, wird mit dem Ende des Krieges nicht aufhören. Die Uebergangsperiode nach dem Kriege wird neue schwierige Aufgaben bringen, deren Lösung sehr wahrscheinlich von grundlegender Bedeutung sein wird für die spätere Entwicklung unsres Landes. Unsre Pflicht wird es auch sein, nach dem Kriege, sobald es unsre Finanzlage gestattet, die sozialen Reformen in weitherziger Weise auszubauen. Die außerordentliche Probe auf die Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden wir nur dann bestehen können, wenn unser ganzes Volk und vor allem die führenden wohlhabenden Kreise vom Willen durchdrungen sind, alle Opfer zu bringen, die nötig sind, um das Leben des Staates zu erhalten. In Anlehnung an die neuesten Verordnungen des Bundesrates über die Fremdenpolizei im allgemeinen und insbesondere in bezug auf Refraktäre und Deserteure betonte der Referent, daß die Schweiz einig und geschlossen sein müsse, um all dem fremden Gesindel entgegentreten zu können, das das schweizerische Gast- und Asylrecht mißbrauche, um Wucher, Spionage und antimilitaristische Propaganda zu treiben.

Zum Schluß berührte Bundesrat Calonder noch die internationale Mission der Schweiz im heutigen Weltkrieg, indem er darauf hinwies, daß die Vorsehung der Schweiz die besondere internationale Aufgabe zugewiesen habe, Frieden und Freundschaft unter den Völkern zu fördern und der Menschheit zu beweisen, daß verschiedene Sprachstämme und Rassen auf der Grundlage gegenseitigen Wohlwollens und gegenseitigen Vertrauens zu einer glücklichen nationalen Gemeinschaft verbunden werden können. Die Größe der Ideen, in deren Dienst wir uns betrachten, darf uns nicht verführen, unsre bescheidene und delikate nationale Stellung zu verkennen, die uns insbesondere während dieses Weltkrieges zukommt. Wir wollen und können uns niemand als Friedensvermittler aufdrängen, aber vor aller Welt wollen wir aussprechen, daß das Schweizer Volk aus eigener großer Not und aus tiefer Liebe zur Menschheit sich von ganzer Seele nach dem Frieden sehnt, nach einem aufrichtigen und dauernden, auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden Frieden. Der Idee einer neuen großen internationalen Rechtsordnung, durch welche die Beziehungen zwischen den Völkern der Gewalt der Waffen entzogen und der Herrschaft des Rechtes unterstellt werden sollen, bringen wir als kleiner, friedliebender Staat selbstverständlich die wärmste Sympathie entgegen. Alle Bestrebungen für den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte und für eine allgemeine weitgehende militärische Abrüstung werden wir nach besten Kräften unterstützen. Die Abrüstungsfrage ist internationaler Natur und kann nur auf internationaler Grundlage gelöst werden. Was die kleine Schweiz dazu beitragen kann, um den Aufstieg der Menschheit zu glücklicheren, auf internationaler Freundschaft und Gerechtigkeit beruhenden Lebensverhältnissen zu fördern, das betrachtet sie als ihre heilige Pflicht, als ihre höchste Genugtuung. Möge bald der Zeitpunkt kommen, wo die entzweiten Völker zu solchen Werken menschlicher Solidarität sich endlich die Hand reichen. Vorläufig wütet die Kriegsfurie weiter. Weiter fließen Ströme von Blut und Tränen. Angesichts dieses fortgesetzten ungeheuren Elends kann die Schweiz nichts Besseres und nichts Würdigeres tun, um ihre internationale Solidarität zu bekunden, als ihren Samariterdienst und ihre gesamte Tätigkeit zugunsten der vom Krieg so schrecklich heimgesuchten Völker fortzusetzen.

Vossische Zeitung
28./XI. 1917.
111

# Die Entente-Ziele in Europa und Asien.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

**Stockholm, 27. November.**

Von den durch die bolschewistische Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten seien die folgenden ausführlich mitgeteilt:

An erster Stelle wird in der „Prawda" ein Aktenstück mitgeteilt, das im Blatte die Ueberschrift trägt „Uebereinkommen betreffend Konstantinopel und die Meerengen". (Eine Information.) Am 19. Februar (4. März) 1915 übergab der Außenminister den französischen und englischen Botschaften ein Memorandum, in welchem als wünschenswertes Ziel ausgesprochen wurde, daß als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges folgende Territorien Rußland überlassen werden möchten: die Stadt Konstantinopel, die westlichen Küsten des Bosporus bis zum Samraiafluß und einem später näher zu bestimmenden Punkt am Ismidsund, die Inseln im Marmarameer und die Inseln Imbros und Tenedos. Frankreichs und Englands Sonderprivilegien innerhalb der angegebenen Territorien sollen unangetastet bleiben.

Sowohl Frankreichs wie Englands Regierung gaben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele gutzuheißen unter der Voraussetzung, daß der Krieg glücklich endete und andererseits einer ganzen Reihe französischer und englischer Forderungen entgegengekommen werde, die sich teils auf Gebiete des Osmanischen Reiches, teils auf andere Gebiete bezogen.

Diese Forderungen waren, soweit sie der Türkei galten, folgende: Konstantinopel wird als ein Freihafen anerkannt zur Transitierung von Waren, welche weder von Rußland kommen noch nach Rußland gehen, und Handelsschiffe sollten freie Durchfahrt durch die Meerengen haben. England und Frankreich sollten in der asiatischen Türkei Rechte zuerkannt werden, welche durch ein Sonderübereinkommen zwischen Frankreich, England und Rußland genau fixiert werden sollten. Die heiligen Stätten der Mohammedaner und Arabien sollten einem unabhängigen mohammedanischen Reiche unterstellt werden. Die durch das englisch-russische Uebereinkommen vom Jahre 1907 neutralisierte Zone in Persien sollte, als zu Englands Interessensphäre gehörig anerkannt werden.

Die russische Regierung, die im Prinzip anerkannte, daß diesen Forderungen entgegengekommen werden müsse, machte gleichwohl einige Vorbehalte. In der Formulierung unserer Wünsche betreffend die heiligen Stätten der Mohammedaner müßte unmittelbar klargestellt werden, ober diese Stätten unter türkischer Oberhoheit verbleiben und der Sultan weiter das Khalifat behalten sollte, oder ob man einige neue unabhängige Reiche gründen sollte. Nach unserer Meinung wäre es wünschenswert, daß das Khalifat von der Türkei getrennt würde. Auf alle Fälle müßten die Wallfahrten nach den heiligen Stätten frei bleiben.

Rußland geht darauf ein, die neutrale Zone in Persien als unter Englands Interessensphäre gehörend, anzuerkennen, hält gleichwohl den Vorbehalt für angebracht, daß die Gebiete der Städte Ispahan und Jezd Rußland zugesichert werden und daß der Teil der neutralen Zone, der wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eingeschoben ist und sich Rußlands Grenze bei Sulgafar nähert, der russischen Interessensphäre zugewiesen wird. Die russische Regierung hält es für wünschenswert, daß außerdem gleichzeitig Entscheidung getroffen wird, betreffend das an Rußland grenzende nördliche Afghanistan in der Richtung der von der Regierung bei den Verhandlungen des Jahres 1914 ausgesprochenen Wünsche.

Nach Eintritt Italiens in die Reihe der kriegführenden Mächte wurden unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele auch der italienischen Regierung mitgeteilt, welche ihre Einwilligung aussprach unter der Voraussetzung, daß der Krieg mit Sieg endete, daß Italiens Wünsche im allgemeinen und im Osten in besonderem Entgegenkommen finden und daß wir in den uns zufallenden Gebieten Italien dieselben Rechte zuerkennten, wie Frankreich und England.

### Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris vom 9. März 1916:

Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie folgende allgemeine Prinzipien zur Richtschnur nehmen. Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Uebereinkommen müssen unangetastet bleiben und dürfen keiner Revision unterworfen werden. Dies gilt unserm Abkommen mit Frankreich und England betreffend Konstantinopel, die Meerengen, Syrien und Klein-Asien, sowie dem Londoner Vertrag mit Italien. Alle Vorschläge betreffend Festlegung der zukünftigen Grenzen Mitteleuropas sind zurzeit verfrüht, im allgemeinen muß man eingedenk sein, daß wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit zu lassen, Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsere Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen. Notwendig ist es vor allem, zu fordern, daß die polnische Frage von den Gegenständen der internationalen Verhandlungen ausgenommen, und alle Versuche, Polens Zukunft unter die Garantiekontrolle der Mächte zu stellen, verhindert werden.

Was die skandinavischen Reiche angeht, muß man dahin streben, Schweden von einem gegen uns feindlichen Auftreten abzuhalten und ebenso rechtzeitig an Maßnahmen denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einem Krieg mit Schweden vorzubeugen. Rumänien sind bereits alle die politischen Vorteile versprochen worden, welche es vermögen können, zu den Waffen zu greifen, und deshalb ist es vollkommen unnötig, in dieser Richtung neue Lockmittel zu brauchen.

Die Frage betreffend Verdrängung der Deutschen vom chinesischen Markt hat sehr große Bedeutung, aber da die Entscheidung dieser Frage ohne Japans Mitwirkung unmöglich, ist es ratsam, die Erörterung derselben bis zur ökonomischen Konferenz zu verschieben, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorbereitender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist. Sasonow.

### Geheimtelegramm an den russischen Botschafter in Paris:

Petersburg, 30. Januar 1917. 507. (Copée.)

In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich der Rückgabe von Elsaß und Lothringen nach dem Schluß des Krieges zu versichern, sowie einer Sonderstellung im Tale des Saarflusses, und es dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so reguliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge. Doumergue sprach die Hoffnung aus, Seine kaiserliche Majestät möchte nicht ablehnen, jetzt sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen.

Seine kaiserliche Majestät geruhte, im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen, und ich ersuchte infolgedessen, daß Doumergue nach Mitteilung mit seiner Regierung mir einen Vorschlag zu einem Uebereinkommen mitteilen möchte, welches auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden konnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, welcher von der kaiserlichen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916 Nr. 948 dargelegt wurde und nach dem wir, wenn wir Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Feststellung unserer Grenzen mit Deutschland und Oesterreich anbelangt. Der bevorstehende Notenwechsel in der von Doumergue angeregten Frage gibt uns somit Veranlassung, zu ersuchen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu versichert, daß Rußland in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält. Exakte Angaben in dieser Frage werden wir zu seiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Des Ferneren glauben wir uns der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach dem Schluß des Krieges die Servitut über die Aalandsinseln aufgehoben wird. Bitte, legen Sie die oben dargestellten Gesichtspunkte Briand dar und telegraphieren Sie über das Ergebnis. Pokrowski.

In der „Soldatskaja Prawda" werden folgende Telegramme des Außenministers Tereschtschenko veröffentlicht, welche eine Episode in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen betreffen.

### Geheimtelegramm an die Vertreter in Paris, London, Rom vom 9. Oktober 1917:

Der französische, englische und italienische Botschafter hatten den Wunsch ausgedrückt, gleichzeitig vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden, und machten ihm eine Mitteilung, in der hervorgehoben wurde, daß die letzten Ereignisse Befürchtungen eingeben betreffend die Widerstandskraft Rußlands, und dessen Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen; aus diesem Anlaß kann die allgemeine Volksmeinung in den verbündeten Ländern von ihren Regierungen Angaben über die materielle Hilfe fordern, die Rußland gewährt worden ist. Um den alliierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, die allgemeine Stimmung zu beruhigen, und ihr neue Zuversicht einzuflößen, obliegt es der russischen Regierung, durch die Tat ihre Entschlossenheit zu zeigen, alle Mittel anzuwenden, um die Disziplin wiederherzustellen und der Armee einen wirklichen Kriegergeist einzuflößen, sowie das regelrechte Funktionieren des Regierungsapparates vor und hinter der Front zu sichern. Die verbündeten Regierungen drücken endlich die Hoffnung aus, daß die russische Regierung diese Aufgabe erfüllen und sich somit der Unterstützung der Bundesgenossen versichern wird.

Der Minister hob in seiner Antwort an die drei Botschafter hervor, daß die Interimsregierung Maßnahmen in der Richtung ergreift, daß der Schritt der Botschafter bei der Allgemeinheit nicht eine Auslegung erfahre, die geeignet wäre, Unwillen gegen die Bundesgenossen zu erregen. Er wies dabei darauf hin, daß die gegenwärtige schwierige Lage Rußlands in bedeutendem Maße mit der von dem alten Regime übernommenen Erbschaft zusammenhängt, dessen Regierung zurzeit im Auslande eine Unterstützung und ein Vertrauen genossen habe, die vielleicht ihren Verdiensten nicht entsprochen hätte. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Folgen, welche ein Schwanken der Bundesgenossen in der Frage der Versehung der Armee mit ihren Kriegsbedürfnissen zur Folge haben müßte; diese Folgen zeigen sich zwei, drei Monate, nachdem ein derartiges Schwanken verspürt wird.

Was den Krieg anlangt, so hob Kerenski hervor, daß man diesen in Rußland immer noch als eine allgemeine nationale Angelegenheit betrachtet, und daß er es deshalb für unnötig halte, die von dem russischen Volk gebrachten Opfer besonders hervorzuheben. Der Imperialismus der Zentralmächte bildet die größte Gefahr für Rußland, und der Kampf gegen diesen Imperialismus muß im nahen Anschluß an die Bundesgenossen geführt werden. Rußland, das mehr als andere vom Kriege gelitten hatte, kann diesen nicht beendigen, ohne seine territoriale Integrität und Unabhängigkeit gesichert zu haben, und wird den Kampf fortsetzen, wie auch die internationale Spannung werden möge. Was die Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der Kampffähigkeit der Armee anlangt, hob der Ministerpräsident hervor, daß diese Aufgabe Gegenstand der ganzen Aufmerksamkeit der Regierung bilde, und daß die am gleichen Tage vom Kriegsminister und Außenminister an die Front unternommene Reise gerade von der Notwendigkeit, ein entsprechendes Programm auszuarbeiten, hervorgerufen war. Zum Schluß wies Kerenski hinsichtlich der kollektiven Art des Schrittes der Botschafter hin, daß Rußland immer noch eine Großmacht sei. Tereschtschenko.

### Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten Rußlands in Bern vom 4. (17.) September 1917 Nr. 707:

In der Lokalpresse ist ein Fühler erschienen, nach welchem einige Finanzleute aus beiden im Kriege miteinander befindlichen Lagern kürzlich in der Schweiz weitgehende gemeinsame Besprechungen geführt haben. Wer die Konferenzteilnehmer und welches die Ziele der Beratung gewesen, wird streng geheim gehalten. Zweifellos sind jedoch folgende Personen dabei gewesen: Jacques Stern von der Niederländischen Bank in Paris, Tuckmann von der Pariser Abteilung der Lloyd Bank, Fürstenberg, Direktor der Handesgesellschaft. Außerdem ein Vertreter der Deutschen Bank und einer österreichischen („Austrobank"). Die Engländer haben zwar ihre Teilnahme an den Beratungen bestritten, aber am 2. (15.) September traf in Genf aus London der Direktor der Lloydbank Boll unter dem Vorwande der Gründung einer Filiale in der Schweiz ein.

Wie gerüchtweise verlautet, hat man als Basis eines Uebereinkommens folgende Möglichkeiten erörtert: Elsaß-Lothringen sollte Frankreich zurückgegeben und Italiens Forderungen sollte entgegengekommen werden. Nichts Bestimmtes ist betreffend Rußland festgestellt worden; es sind nur Andeutungen ausgesprochen worden, daß die Zentralmächte eine Reihe Kompensationen im Osten erhalten können. Die deutschen Teilnehmer an den Beratungen forderten insbesondere die Belassung der Baltischen Provinzen an Deutschland und Unabhängigkeit für Finnland.

Dazu bemerkt das Wolffsche Telegraphen-Bureau: Die Tatsache dieser Zusammenkunft ist bereits von deutscher Seite dementiert.

In einem weiteren Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur wird nochmals auf die das Saargebiet betreffenden Garantien Bezug genommen. Darin befindet sich folgende bemerkenswerte Mitteilung: „Aus diesen Gebieten soll ein freier, neutraler Staat gebildet werden, der durch russische Truppen besetzt werden soll, bis zu dem Augenblick, in dem die Friedensbedingungen und Bürgschaften verwirklicht sind und der Friede geschlossen ist."

* * *

Wieder ist es eine russische Revolutionsregierung, die durch aktenmäßige Veröffentlichungen die wirklichen Beweggründe, die zum Kriege geführt haben, offenbart. Die Veröffentlichungen der maximalistischen Regierung setzen in gewaltig vergrößertem Maßstabe fort, was die Regierung Kerenskis durch die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses begonnen hat.

Während aber dieser Sensationsprozeß hauptsächlich die gewissermaßen mechanische Schuldfrage klarlegte, zeigen die jetzt veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke nicht nur die tiefsten Zusammenhänge, die zum Kriege selbst geführt haben, sondern auch die wirklichen Zielsetzungen, mit denen bei unseren Gegnern gerechnet werden mußte, und soweit es die Kriegslage zuläßt, teilweise noch gerechnet werden muß. Wir behalten uns vor, diese Enthüllungen noch eingehend zu erörtern. Heute seien nur zwei Gruppen von Tatsachen kurz hervorgehoben. Nicht etwa Frankreich allein, sondern England und Frankreich behalten sich in den Verträgen die freie Hand betreffend die Festlegung der neuen deutschen Westgrenze vor. England ist es, das an der Abtrennung der Industrie- und Rohstoffgebiete in Elsaß-Lothringen und an der Saar das lebhafteste Interesse hatte und demzufolge Frankreich an dieses Kriegsziel band, ebenso wie es andererseits Rußland durch unklare Zusicherungen von Annexionen in Ostdeutschland in Sicherheit zu wiegen suchte. Was solche Versprechungen wert waren, sofern sie über das eigene englische Interesse hinausgehen, zeigt ja die gestern von unserem Stockholmer Berichterstatter veröffentlichte Tatsache, daß England sich auch für die Aufrechterhaltung der russischen Monarchie verbürgte.

Der zweite und wichtigere Tatsachenkomplex, den wir zu erwähnen haben, bezieht sich auf die Beuteverteilung in der Türkei. Rußland erhält Konstantinopel samt Hinterland, aber mit Sicherungen für England, die einer neuen und stärkeren Sperre der Meerenge Rußland gegenüber gleichkommen. Dafür aber sichert sich England alle Gebiete der asiatischen Türkei, die in seine Interessensphäre fallen. Die Form dafür ist die Errichtung sogenannter „selbständiger" Staaten in Arabien und Vorderasien. Man sieht an den russischen Einwänden, wie schwer es Rußland gefallen ist, insbesondere in Persien den letzten Rest seines Einflusses an England abzutreten. Gerade dieser Handel zeigt die ganze brutale Rücksichtslosigkeit gegen Freund und Feind, mit der England den Krieg dazu benutzt hat, um seine weltpolitischen Pläne zur Ausführung zu bringen, und zwar in diesem Fall die Vollendung der Landbrücke von Kairo nach Kalkutta, also die Verbindung zwischen seinem afrikanischen und seinem indischen Kolonialreich.

Diese englischen Pläne und Wünsche, sowohl die europäischen wie die asiatischen, treten aus den Verhandlungen am deutlichsten hervor. Rußland muß in Asien Opfer bringen, und es muß, was seine europäischen Eroberungswünsche betrifft, immer wieder bestimmte Zusicherungen fordern, die man ihm offenbar vorzuenthalten suchte.

Man sieht auch, wie das Verhältnis Englands zu Rußland zum Schaden des letzteren auszuschlagen geneigt war, an den Drohungen, mit denen England die Regierung Kerenskis verfolgt hat. Die beabsichtigte Veröffentlichung über die materiellen Hilfeleistungen der Verbündeten an Rußland sollte natürlich die Einleitung für die Entziehung dieser Subsidien sein. Als solche hat Kerenski diese Maßregel auch erkannt und, wie aus der oben wiedergegebenen Antwort hervorgeht, dementsprechend auch mit einer Gegendrohung geantwortet.

Dieser Meinungsaustausch zwischen Buchanan und Kerenski ist die beste Illustration für die Behauptung mancher Leute, Kerenski wäre ein unbedingter Gefolgsmann Englands gewesen. Auch den Botschaftern der verbündeten Mächte gegenüber hat er ausdrücklich das russische Kriegsziel aufgestellt, das uns längst bekannt ist und dem zu widersprechen wir niemals Veranlassung hatten, nämlich die Unversehrtheit und Unabhängigkeit Rußlands.

A. R.

Vossische Zeitung

28./XI. 1917.

28
112.

# Ein englischer Brief an Kühlmann

Das liberale Oberhausmitglied Lord Courtney of Penwith, bekannt durch seine friedensfreundlichen Parlamentsreden, hat im „Manchester Guardian" vom 1. November einen offenen Brief an den Staatssekretär von Kühlmann veröffentlicht, der im Wortlaut wiedergegeben zu werden verdient.

Wir sind von dem gewohnten Verkehr weit entfernt, und in der Tat ist zwischen uns eine solche Kluft, daß viele meiner Landsleute es vielleicht für verräterisch halten, wenn ich Ihnen ein offenes Wort sende, in einem Brief, den alle Welt lesen kann, aber ich bin kühn genug, das Abenteuer zu wagen, und mein Urteil je nach dem Ergebnis zu empfangen.

Ich fühle mich veranlaßt, zu Ihrem Brief an den Kardinalstaatssekretär in Rom und zu Ihrer Reichstagsrede, die darauf folgte, einige Bemerkungen zu machen. Sie ergänzen einander und schaffen eine Lage, die sehr dazu angetan ist, geprüft zu werden, so daß wir sie verstehen können. Sie sagten nicht alles und konnten nicht alles sagen; aber Sie konstatierten einige wesentliche Dinge, aus denen, wie ich glaube, wohl auch Ihrer Meinung nach andere Dinge gefolgert werden können. Sie begegnen der Frage Mr. Asquiths „What about Belgium?" mit der Erklärung, daß es, abgesehen von Elsaß-Lothringen, nichts gäbe, das nicht in einem Verhandlungsfrieden befriedigend geregelt werden könnte. Sie wissen, daß für uns die vollständige Wiederherstellung Belgiens die erste und unerläßliche Friedensbedingung ist. Ich schließe daraus, daß Sie bereit sind, ohne weiteres dem Prinzip eines wiederhergestellten Belgiens zuzustimmen. Ich begnüge mich damit, dies anzunehmen, ohne auf Einzelheiten über die Art der Wiederherstellung einzugehen, und füge nur hinzu, daß sie hinauslaufen muß auf ein Belgien mit demselben Status wie das benachbarte Holland, ebenso frei und unabhängig und im Genuß desselben vollen, gleichen und unbehinderten Verkehrs mit anderen Staaten zu Wasser und zu Lande. Ich nehme an, daß dies Ihre Meinung ist, und wünschte, Sie hätten das gesagt. Sie werden vielleicht antworten, daß kein Spieler alle seine Karten auf einmal aufdeckt; aber ich darf Sie daran erinnern, daß der Staatsmann Ihres Volkes, den Sie am höchsten schätzen, mit dem größten Erfolg diese Spielregel mißachtete. Die Wiederherstellung Belgiens ist für uns eine conditio sine qua non für jegliche Friedensannäherung, und Sie tragen Bedenken, Sie offen zuzugestehen.

Ich glaube, Sie erwidern zu hören, daß die Aufgabe des Handelskrieges für Sie eine gleich unerläßliche Friedensbedingung ist, und daß auch wir Bedenken tragen, sie zuzugestehen. Ich verstehe die Erwiderung. Zutritt zum Weltmarkt, besonders zum Einkauf von Rohmaterialien für die Industrie ist für Deutschland unentbehrlich. Das Aufgeben einer Einkreisung von Armeen und Flotten ist nutzlos, wenn es durch eine Einkreisung ersetzt wird, welche jeden Weg des Handels blockiert. Und doch sind die Beschlüsse der Pariser Konferenz noch nicht desavouiert, und die kriegführenden Mächte der Entente tun nichts, was darauf hindeutet, daß sie sie fallen lassen werden. Meine Antwort auf all dieses ist, daß eine Reserviertheit die andere nicht entschuldigt, aber bei einer wirklichen Friedensannäherung muß eine solche Zurückhaltung auf beiden Seiten verschwinden, und ich fahre in unserer Unterhaltung fort in der Voraussetzung, daß mit dem Frieden Belgien und die Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden werden, so, wie sie vor dem August 1914 bestanden.

Sie äußern sich sympathisch über Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren und selbst über den Eintritt in einen Völkerbund zur Aufrechterhaltung des Friedens. Ich überschätze den Wert dieser Worte nicht. Abrüstung schien mir immer eine der Sachen zu sein, die am schwierigsten zu erreichen sind, aber ich bin froh, daß der Begriff genannt worden ist, und noch mehr, daß auch die Schiedsgerichtsbarkeit genannt worden ist, in einem Lager, wo sie, wenn ich, ohne Sie zu verletzen, so sagen darf, bisher in einer etwas peremptorischen Weise verworfen worden ist.

Der Brief des Kaiser-Königs an Se. Heiligkeit den Papst, ergänzt durch die Reden des Grafen Czernin, ist sehr sanft gehalten als Antwort auf die Note von Mr. Balfour an Präsident Wilson, die als Androhung einer Zerstücklung der österreichischen Monarchie gedeutet werden konnte. Wenn Oesterreich auch nur annähernd in einen Bundesstaat selbständiger Glieder (Federation of constituent factors) umgeschaffen würde, so würde nicht mehr die Rede sein von einer Zerstückelung von Oesterreich, ebensowenig wie man von einer Zerstücklung des weiten britischen Weltreiches spricht ...

Sie sagen, eine Regelung sei möglich in bezug auf alles außer Elsaß-Lothringen, und da könne Deutschland niemals einen Zoll seines nationalen Erbes aufgeben. Ich möchte dagegen geltend machen, daß die elsaß-lothringische Frage mehr als eine Seite

Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 4.50
viertel jährlich . . . . . „ 13.–
halbjährlich . . . . . „ 26.–

Für Oesterreich-Ungarn:
Bei täglich zweimaliger Postversendung
monatlich . . . . . K 5.20
vierteljährlich . . . . . „ 15.–
halbjährlich . . . . . „ 30.–
Bei täglich einmaliger Postversendung
monatlich . . . . . K 4.50
vierteljährlich . . . . . „ 13.–
halbjährlich . . . . . „ 26.–

Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 18.–
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.–
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 16 h
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „
Nachmittagsblatt separat . . 8 „

oft.

elch-Ungarns.

1917 XXIV. Jahrgang

# reffend Galizien.

## igen Verbündeten Rußlands.

Reichspost

## Kriegsverlängerer.

### Eine Zuschrift.

Es ist nur ein Typus für viele: In einem Wiener Montagsblatt vom 26. November beschäftigt sich ein Aufsatz mit der veränderten Lage in Rußland und den Folgen des voraussichtlichen Ausscheidens dieses Landes aus den Reihen der Kämpfenden, um dann in die Folgerung auszuklingen: Unter solchen Umständen ergeben sich für uns zwei wichtige Aufgaben: Wir müssen uns unbedingt neuerlich und in der feierlichsten Form zum unentwegten Verständigungsfrieden Czerninscher Fraktur bekennen und wir müssen weiters dafür sorgen, daß alle Völker der feindlichen Staaten hören und erfahren, daß sie trotz der wesentlich gebesserten strategischen Position der Mittelmächte sofort und ohne irgend welche Einbuße an Prestige und anderen wirtschaftlichen Gütern den ehrlichen, sicheren Frieden sofort wieder zurückgewinnen können.

Dem, der solches liest, kommen unwillkürlich die Worte auf die Lippen: „Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich!" Seit einem Jahre haben wir durch den Mund unserer leitenden Staatsmänner der Entente immer wieder und wieder zu verstehen gegeben, daß sie jederzeit mit uns einen Frieden abschließen könne, der weder die Erdrückung kleiner Völker, noch die gewaltsame Abtrennung von Gebietsteilen, noch irgend welche andere Bedingungen enthalten würde, die den Lebensinteressen oder der Ehre eines unserer Feinde gefährlich sein könnten. Seit einem Jahre wird diese Friedensbereitschaft in der Oeffentlichkeit mit einem Nachdruck und in so zahllosen Wiederholungen kundgegeben, daß es fast unvermeidlich erscheint, wenn im feindlichen und neutralen Auslande schon das Mißverständnis erwuchs, daß ein Zeichen der Schwäche in diesen Zusicherungen gelegen sei. Seit einem Jahre wird die ausgestreckte Friedenshand des Vierbundes höhnisch zurückgestoßen, und immer wieder von neuem das Festhalten an dem alten Programm der Entente, Niederkämpfung der Mittelmächte bis zur völligen politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht in den verschiedensten Varianten, aber unter steter Beibehaltung des Leitmotivs verkündet. Seit einem Jahre warten wir mit Geduld auf den Augenblick, da es unsern Gegnern klar werden soll, daß dies ihr Programm für sie unerreichbar ist, daß jede weitere Phase des Krieges sie von ihrem Ziele immer weiter entfernt, daß es für alle Teile das Beste ist, im Geiste der Versöhnung sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Vor einigen Monaten hat unser Minister des Aeußern unter neuerlicher Betonung seines Friedenswillens erklärt, daß unsere Langmut Grenzen haben müsse und daß, wenn uns eine weitere Verlängerung des Krieges aufgedrungen würde, nicht wir, sondern unsere Gegner die nachteiligen Folgen der Entwicklung der kriegerischen Ereignisse, die sicher eine solche im Sinne der Mittelmächte sein würden, ertragen müßten. Schlag auf Schlag sind seither Ereignisse gefolgt, die seine Worte, daß wir in einem Jahre weitaus besser stehen würden als damals, bestätigen. Nun erfolgt der erste krachende Einsturz in dem schon lange morschen, bröckelnden Gemäuer der Entente: Rußland scheint dem Kampfe entsagen zu wollen, scheint die Fesseln Englands abgestreift zu haben und die Hand der Mittelmächte ergreifen zu wollen.

Diese Tatsachen sind so gewaltig, so einleuchtend, daß wir uns fragen müssen, ob sich ruhig und logisch denkende Menschen — und solche muß es doch auch bei der Entente geben — den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen auf die Dauer werden entziehen können, die da lauten: Die Ueberlegenheit der Mittelmächte auf militärischem Gebiete wird immer deutlicher, die politische Lage verändert sich zu ihren Gunsten, indem einer der stärksten Feinde ausscheidet und neue Gegner, die herangeführt werden könnten, nicht mehr da sind, die Aushungerung, die drei Jahre vergebens angestrebt wurde, wird auch im vierten Jahre nicht zustande kommen, die Lage kann also für die Entente kritisch werden; es können Situationen eintreten, die den Mittelmächten solchen Vorsprung gewähren, daß sie beim Friedensschluß nur mehr an ihre eigenen Interessen denken und die so oft angebotene Rücksicht auf die Entente nicht mehr üben werden; also: ergreifen wir die Gelegenheit zu einem günstigen Frieden, so lange es noch Zeit ist. — Solche Gedankengänge könnte der Gang der Ereignisse in den letzten Wochen bei der Entente auslösen. Ihnen zu begegnen wird den auf einen Krieg bis aufs äußerste eingeschworenen feindlichen Staatsmännern wohl nicht ganz leicht werden. Angesichts der rapiden Veränderung der Lage zu unseren Gunsten kann die im nebelhaften Hintergrunde aufdämmernde Hilfe Amerikas allein die Furcht vor einem entscheidenden Sieg des Vierbundes nicht bannen.

Da erstehen den Männern, die einen Umschwung der kriegerischen Stimmung in der Entente zu verhindern suchen, ganz unerwartet Bundesgenossen. Aus unseren Reihen ertönt der Ruf: „Beruhigt die erschreckte Entente, versichert sie, daß wir nicht daran denken, uns der Vorteile, die uns die militärischen Erfolge und die Entwicklung der politischen Lage darbieten, zu bedienen! Die Kriegshetzer der Entente sollen wissen, daß sie ihren Völkern mit reinem Gewissen sagen können: Kämpft weiter, euch kann nichts geschehen, denn was immer kommen möge, die Feinde haben uns ihr Wort gegeben, keinen Sieg zu unserem Nachteil zu verwenden, also kämpft weiter, wir riskieren nichts und vielleicht geschieht doch ein Wunder und die Entente siegt noch am Ende!"

Dies und nichts anderes ist die natürliche politische Folgerung aus solchen Auslassungen, wie wir sie jetzt in einer gewissen Wiener Presse täglich zu hören bekommen. Was die Einsicht der Unerschütterlichkeit unserer militärischen Stellung, was unsere aufrichtige Friedensbereitschaft und unsere Ueberredung im Sinne einer ehrlichen Verständigung nicht vermochten, das könnte im jetzigen Augenblick die Furcht vor einem völligen Umschwung der Ereignisse zu unseren Gunsten bewirken; und diese Furcht soll von der Entente genommen werden.

Die Sinnlosigkeit solchen Verlangens scheint klar zutage zu liegen und es würde sich eigentlich kaum verlohnen, diesen Wahnsinn zu bekämpfen, wenn er nicht so verflucht viel Methode hätte, sodaß es bald schwer fällt, an Wahnsinn zu glauben. Täglich hören wir das gleiche Lied aus der gewissen Presse. Volksversammlungen werden einberufen und Resolutionen fabriziert, die im Auslande jederzeit von den Kriegshetzern dazu benützt werden können, um den Beweis zu führen, daß bei den Mittelmächten jeder Sinn für die Sicherheit und Entwicklung des Staates abhanden gekommen ist und daß daher bis zu deren völligen Zusammenbruch nur ein Schritt sein kann. Mit vergifteten Waffen wird von dieser bei uns arbeitenden Stimmungsmache gegen die Wehrmacht des Reiches gewühlt, kleine, unscheinbare Bemerkungen sollen den Eindruck erwecken, als wäre die Schwierigkeit in der Lebensmittelversorgung ausschließ-

Fremdenblatt



28./XI. 1917

## Wien, 28. November.

Nun ist es dokumentarisch und unwiderleglich erwiesen: Die französische Kriegspartei hat tatsächlich die wahnsinnige Idee gehegt, das linke Rheinufer von Deutschland abtrennen zu wollen. Die Veröffentlichung der Geheimdokumente der Entente durch Herrn Trotzky enthüllt uns diesen verbrecherischen Anschlag in seiner ganzen Abscheulichkeit. Während die leitenden Staatsmänner der Entente in Reden voll leidenschaftlichen Pathos beteuerten, die ganze zivilisierte Welt müsse gegen Deutschland für die Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen und die Menschheit müsse vor der Eroberungslust des preußischen Militarismus errettet werden, schlossen sie insgeheim Verträge ab, um das deutsche Volk zu demütigen, zu schwächen und Deutschland seiner reichsten und wichtigsten Gebiete zu berauben. Köln, Mainz, Bonn, Koblenz, diese blühenden Gemeinwesen, diese uralten Stätten deutscher Kultur sollten aufhören dem Deutschen Reiche eigen zu sein. Die reichsten Kohlen- und Eisenlager sollten der deutschen Industrie geraubt werden und das linksseitige Rheinufer keine politische und keine wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland haben. Das deutsche Volk sollte ins Mark getroffen und der Lebensnerv seiner Entwicklung durchschnitten werden. Seit Jahrhunderten schon läßt die Gier Frankreichs nach dem linken Rheinufer die Menschheit nicht zur Ruhe kommen. Es war das Eroberungsziel der Bourbonen, der großen französischen Revolution, Napoleons I. und nun hat sich die dritte Republik als würdige Nachfolgerin jener gewalttätigen Politik erwiesen. Es zeigt sich also, daß auch in diesem Kriege, wie in allen, die Frankreich gegen Deutschland führte, die gewalttätigen Pläne von den französischen Staatsmännern und Feldherren ausgingen, Pläne, die die Losreißung rein deutschen Gebietes von Deutschland bezweckten. Die kleinen „Papiere" der Entente, die Herr Trotzky aus dem Dunkel des Geheimnisses in das Licht der Oeffentlichkeit brachte, enthalten ein neuerliches Dokument der französischen Er-

# Ungarn und Bulgaren.

Von Dr. J. Gheorgov,
Professor an der Universität in Sophia.

Trotz aller gegenwärtig in der Luft herumschwirrenden, der Menschheit alle Ehre machenden Worte über allgemeine Verständigung und Verbrüderung, die nach dem künftigen Friedensschluß eintreten soll, dürfte man wohl kaum auf die Gewißheit schwören, daß in Zukunft die eventuellen Konflikte zwischen den Völkern schiedlich-friedlich geschlichtet werden könnten, daß man sich also gegen Konflikte, die durch die Macht der Waffen zu entscheiden sein werden, nicht mehr vorzusehen habe. Und wenn auch vielleicht alle künftigen Reibungen unter den Nationen wirklich auf friedlichem Wege ausgeglichen werden könnten, so werden auch dabei noch die einzelnen Nationen auf festen Zusammenschluß und Zusammenhalt mit anderen angewiesen sein, um, gestützt auf Freunde, sogar bei friedlichen gegenseitigen Auseinandersetzungen ihr Recht zu wahren oder durchzusetzen.

So ist es wohl ein unmittelbares politisches Gebot für die mitteleuropäischen Nationen, daß sie ebenso wie gegenwärtig im Kriege, auch in den kommenden Friedensjahren fest zusammenhalten, um ihre Stellung gegenüber allfälligen Anfeindungen zu wahren. Darum ist es unnötig, darauf hinzuweisen, daß der Vierbund auch über den Krieg weiter bestehen und noch fester gekittet werden muß.

In diesem Vierbund sind besonders Ungarn und Bulgaren wie kaum zwei andere Nationen aufeinander angewiesen. Glücklicherweise ist es zunächst ganz ausgeschlossen, daß sie in einen ernsten Interessengegensatz geraten könnten. Auch das feinste Instrument könnte auf dem über beiden Nationen ausgebreiteten politischen Zukunftshimmel kaum ein winziges Wölkchen aufweisen, das die Beziehungen zwischen ihnen auch nur für einen Augenblick zu verdunkeln vermöchte. Wohl könnte mancher wirtschaftliche Gegensatz zwischen den beiden Ländern mit der Zeit auftauchen, doch möchte es wohl kaum schwer fallen, ihn bald gütlich zu begleichen und seiner schädlichen Wirkung auf das wechselseitige nationale und politische Verhältnis vorzubeugen.

Dagegen weist alles darauf hin, daß der einigenden Punkte zwischen den beiden Völkern nicht wenige sein werden. Im großen Staatenbund der zentraleuropäischen Vereinigung, worin große und kleine Länder einbegriffen sein werden, werden Ungarn und Bulgarien, als verhältnismäßig der Ausdehnung und der Bevölkerungszahl nach nicht übermäßig voneinander divergierende Länder, leichter in ihrem gegenseitigen Verhältnis auf gleichem Fuße zueinander stehend in Beziehungen treten und sich verständigen können, als jedes derselben mit den anderen Mitgliedern des Vierbundes. Darum wird auch in Fragen, die den Vierbund angehen, leichter und schneller eine Verständigung und Einigung zwischen diesen beiden Völkern zustande kommen, was natürlich ihrer beider Stellung im Vierbunde nur zugute kommen kann. Denn vereinigt können sie sich immer besser im gemeinsamen Bund zur Geltung bringen, als wenn sie allein vorgehen würden. Das kann natürlich für die Zukunft der beiden Länder nur von heilsamen Folgen sein.

Wir brauchen aber nicht erst auf die Zukunft zu warten, die diesen engeren Anschluß der beiden Nationen mit Naturnotwendigkeit herbeiführen wird. Wir müssen ihm schon jetzt vorarbeiten, zumal eine solche gemeinsame Verständigung auch vor dem Friedensschluß die Stellung beider Länder für den Friedensschluß selbst erheblich stärken würde.

Insbesondere ist es im großen Interesse Bulgariens, diese Verständigung schon jetzt anzubahnen. Der kommende Friedensschluß wird das künftige Schicksal wohl keines der Länder des Vierbundes so sehr endgültig bestimmen wie jenes Bulgariens. Erst dieser Friedensschluß soll das zukünftige Bulgarien in seinen nationalen Grenzen schaffen. Und um dabei unsere nationalen Ansprüche vollauf durchzusetzen, können wir nirgend bessere Unterstützung in dieser Hinsicht finden als bei Ungarn. Würden wir uns mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, in der der ungarische Einfluß auf die künftige Gestaltung des Balkans schon aus geographischen Gründen kaum unberücksichtigt bleiben kann, über ein bestimmtes Programm bezüglich der künftigen Ordnung der Balkanangelegenheiten, die uns zunächst am unmittelbarsten berühren, einigen, so könnten wir leicht diesem Programm zuerst bei unseren Verbündeten zur Annahme verhelfen und es dann auch gemeinsam durch den Vierbund bei den Friedensverhandlungen mit aller Macht vertreten lassen. Ich bin überzeugt, daß die beste Vorbedingung für eine kraftvolle Vertretung unserer nationalen Interessen und Ansprüche eine Verständigung mit den Ungarn ist. Und ich hoffe, daß unsere verantwortlichen Staatsmänner diese Auffassung vollauf teilen und ihre besondere Aufmerksamkeit darauf richten werden, sich mit ungarischem Beistand zunächst auf ein festes Programm mit der Monarchie zu einigen und es dann gemeinsam bei den anderen Verbündeten zur Annahme zu bringen.

Ueberzeugt, daß die Lebensinteressen Ungarns es erfordern, daß in seiner nächsten Nähe auf dem Balkan ein starkes, national festgefügtes Bulgarien ersteht, das in Zukunft Hand in Hand mit Ungarn zu gehen angewiesen sein wird, glaube ich, daß man in Ungarn unserem Standpunkt volles Verständnis entgegenbringen wird. So sehr eine solche Verständigung an erster Stelle im Interesse Bulgariens liegt, so denke ich, daß dadurch manches günstige Resultat auch für Ungarn sich ergeben wird.

Ich lasse hier die wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen, die zu gemeinsamem Nutz und Frommen geregelt werden könnten, außer Spiel und will kurz auf die politischen Fragen hinweisen, hinsichtlich deren eine Einigung noch jetzt zu erzielen wäre, damit wir geeint mit größerer Kraft bei den Friedensverhandlungen für deren glückliche Lösung eintreten.

Für Bulgarien handelt es sich hiebei hauptsächlich um die Lösung unserer nationalen Frage, das heißt um die Einbeziehung in unseren Staat aller jener zerstreuten Länder, die von altersher ein Erbteil unserer Nation gewesen und durch historische Ereignisse zu verschiedenen Zeiten von unserem nationalen Körper losgelöst und fremden Staaten ausgeliefert worden sind, die sich dann unseren Volksgenossen gegenüber äußerst feindlich benommen und ihnen nicht bloß jede nationale Betätigung unmöglich gemacht, sondern mit Gewaltmaßregeln in ihnen das Nationalbewußtsein zu ertöten gesucht haben. Da aber unser Volk verhältnismäßig wenig zahlreich und darin ihm alle umgebenden Völker überlegen sind, und da jeder nationale Verlust unsere Macht im Kulturwettstreit der Nationen erheblich vermindert, so ist es ein wichtiges Gebot unserer nationalen Kraft und unserer Kulturbetätigung im Kreise der Völker, mit allen Mitteln dafür einzustehen, daß unsere Volksgenossen unserer Nation nicht verloren gehen. Dies kann aber bei der gegebenen Lage nur erreicht werden, wenn wir die verstreuten Teile unseres Volkes möglichst in unseren Staat einbeziehen und sie so unserem Volkstum erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wir hauptsächlich in den Weltkrieg eingetreten, dafür haben wir unsere ganze Volkskraft eingesetzt. Und das müssen wir bei den künftigen Friedensverhandlungen um jeden Preis durchzusetzen trachten. Dabei hoffen wir auf tatkräftige Unterstützung Ungarns, das auch am besten unsere nationalen Bestrebungen verstehen kann.

Als zweites wichtiges Ziel steht vor uns die Erlangung einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn, wodurch zugleich auch das erste Ziel mitgefördert wird. Dadurch würden uns nämlich auch jene Gegenden angegliedert werden, die von jeher bulgarisches Land gewesen sind und die bei der Gründung des serbischen Staates diesem darum zufielen, weil sie an dem Aufstand der Serben gegen die Türken teilnahmen. Die Länder östlich der Morawa sind immer bulgarische Erbländer und von Bulgaren bewohnt gewesen. Auch die Serben haben die dortige Bevölkerung während ihres Befreiungskampfes als ihnen fremd angesehen und waren sich dabei bewußt, daß eben ein Teil des Bulgarenvolkes ihnen in diesem Befreiungskampf Beistand geliehen hat. Eine gemeinsame Grenze mit Ungarn wird den Kontakt der beiden Länder noch inniger gestalten und zu ihrem festeren Zusammenschluß beitragen. Zugleich wäre damit auch die nicht bloß verkehrspolitisch so wichtige Frage der nur durch Freundesland führenden Verbindung zwischen Budapest, Sophia und Konstantinopel glücklich gelöst. Denn was man auch über die künftigen Beziehungen der Staaten denken mag, so kann man nie darauf rechnen, daß Serbien für lange von der den Mittelmächten feindlichen Gruppe losgetrennt werden und daß es sich dem Vierbunde anschließen könnte. Da aber darauf nicht unbedingt gerechnet werden kann, so würde der Vierbund immer der Gefahr ausgesetzt sein, bei einem neuen europäischen Konflikt in zwei Teile auseinandergerissen zu werden, was durchaus verhütet werden muß.

29./XI. 1917

129.

# Die Veröffentlichung der geheimen Verträge und Noten.

## Die Eroberungspolitik der Entente gegenüber Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Stockholm, 27. November.

Von den von der Bolschewiki-Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten sind noch die folgenden hervorzuheben:

Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris vom . März 1916.

„Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie olgende allgemeine Prinzipien zur Richtschnur nehmen: Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Uebereinkommen müssen unangetastet leiben und dürfen keiner Revision unterworfen werden. Dies gilt für unser Abkommen mit Frankreich und England etreffend Konstantinopel, den Sund, Syrien nd Kleinasien sowie für den Londoner Vertrag mit talien. Alle Vorschläge, betreffend die Festlegung die ukünftigen Grenzen Mitteleuropas, sind zurzeit verfrüht. n allgemeinen muß man eingedenk sein, daß wir bereit d, Frankreich und England volle Freiheit u lassen, Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsere Grenzen egen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen. Notwendig ist vor allem zu fordern, daß die olnische Frage von den Gegenständen der internationalen Verhandlungen ausgenommen wird und alle Versuche, Polens Zukunft unter die Garantie- ontrolle der Mächte zu stellen, verhindert erden. Was die skandinavischen Reiche angeht, muß man streben, Schweden von einem gegen uns feindlichen uftreten abzuhalten, ebenso rechtzeitig an Maßnahmen zu enken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den all, daß es nicht gelingen sollte, einem Kriege mit Schweden orzubeugen. Rumänien sind bereits alle politischen Vorteile versprochen worden, welche es vermögen können, zu en Waffen zu greifen, deshalb ist es vollkommen unnötig, n dieser Richtung Lockmittel zu brauchen. Die Frage der Verdrängung der Deutschen vom chinesischen Markt hat eine sehr große Bedeutung, aber da eine Entscheidung in dieser Frage ohne Japans Mitwirkung unmöglich erscheint, ist es ratsam, die Erörterung derselben bis zu der wirtschaftlichen Konferenz zu verschieben, auf der apanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorbereitender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist. Sasonow."

Geheimtelegramm an den russischen Botschafter in Paris: „Petersburg, 30. Januar 1917. (Kopie.) In Allerhöchster Audienz teilte Herr Doumergue Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mit, sich der Rückgabe Elsaß-Lothringens nach Schluß des Krieges zu versichern sowie einer Sonderstellung im Tale des Saarflusses und es dahin zu bringen daß die Gebiete westlich vom Rhein von Deutschland losgerissen und so reguliert werden daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge Doumergue sprach die Hoffnung aus, Se. Majestät werde es nicht ablehnen, jetzt sofort die Zustimmung zu diesem Vorschlag auszusprechen. Se. Majestät geruhe, im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen. Ich ersuchte infolgedessen daß Doumergue nach Fühlungnahme mit seiner Regierung mir einen Vorschlag zu einem Uebereinkommen mitteilen möge, das auf der Basis eines Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden könnte Indem wir somit wünschen, unseren Bundesgenossen entgegenzukommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, der von der kaiserlichen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916, Nr. 948, dar gelegt ist, wonach „wir, wenn wir Frankreich und England ein uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung

Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuskripte in keinem Falle zurückgesendet.

**Ankündigungs-Bureau:**

Stadt, Wollzeile 20, Insertionspreis nach Tarif. Inserate übernehmen: Wittek, Ann.-Exp. in Prag und Brünn; Jos. A. Kienreich, Inseraten-Exp. in Graz; J. Blockner, Annoncen-Expedition in Budapest und Agram, im Auslande: Société Européenne de Publicité, 10, rue de la Victoire in Paris; Rudolf Mosse in Berlin, München, Leipzig; Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M. u. Basel Heinrich Eisler, Ann.-Exp. in Hamburg; Orell, Füssli & Co. in Zürich u. Basel; Vertreter für Deutschland, Frankreich, England, Italien etc.: Saarbachs Newe Exchange, Mainz und Köln a. Rh.

**Abonnement für Wien:**

Mit tägl. zweimal. Zustell. ins Haus: Monatl. K. 5.80.

Zum Abholen im Hauptverlage Wollzeile 20 oder Fichtegasse 11: Ganz. K. 62.40, monatl. K. 5.20.

Einzeln: Morgenblatt 16 H., Abendblatt 6 H., Nachmittagblatt: am Montag und nach zwei Feiertagen 16 H.

Für Deutschland einzeln: Morgen- u. Abendblatt 40 Pf. Morgen- u. Nachmittagblatt allein je 20 Pf. Abendblatt allein 15 Pf.

Fr

Nr. 19136.

# Die Waffenstillstandsfrage.

## Die Mitteilung an die Neutralen zur Uebermittlung an die Zentralmächte.

Bern, 28. November.

Der Bundesrat teilt mit: Der Kommissär der auswärtigen Angelegenheiten der maximalistischen Regierung in Petersburg hat den Vertretern der sechs neutralen europäischen Staaten in Petersburg eine Note überreicht, wodurch er Kenntnis von den Vorschlägen gibt, die den Botschaftern der Entente bezüglich des Waffenstillstandes und des Friedens gemacht worden sind. In der Note verlangt Trotzki die offizielle Uebermittlung dieser Vorschläge an die Regierungen der Zentralmächte. Der schweizerische Gesandte in Petersburg hat nach Verständigung mit den übrigen dortigen neutralen Gesandten Trotzki den Empfang der Note bestätigt.

Der Bundesrat hat heute von diesen Mitteilungen Kenntnis genommen und beschlossen, bei seiner Gesandtschaft noch genauere Erkundigungen einzuziehen und die Mitteilung der Vorschläge zu verlangen, die den Botschaftern der Alliierten in Petersburg gemacht worden sind. Demgemäß hat der Bundesrat seine Entscheidung über die Folge, die dem Schritt Trotzkis zu geben ist, vorbehalten.

Die Schweiz vertritt keine fremden Interessen in Rußland und ist von diesem nie um Vertretung seiner Interessen in den kriegführenden Ländern angegangen worden.

Petersburg, 27. November.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten hat den Gesandten der neutralen Staaten die Maßnahmen mitgeteilt, die zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes ergriffen worden sind. Die Note besagt, daß die Herbeiführung eines sofortigen Friedens ein Heilmittel für alle kriegführenden und neutralen Länder sei. Die russische Regierung zähle auf die entschlossene Unterstützung der Arbeiter aller Länder in den Kämpfen für den Frieden.

---

# Die Armee für Lenin.

## 31 große Soldatenversammlungen.

### Telegramm unseres Korrespondenten.

Stockholm, 27. November.

Einunddreißig große Soldatenversammlungen in Petersburg sprachen einstimmig Lenin das Vertrauen aus und beschlossen, ihn zu unterstützen.

---

# Auffassung in Deutschland von der Festigung der Herrschaft der Bolschewiki.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

**für Wien.**

**Abonnement für Wien**
zum Abholen in unseren Expeditionslokalen
monatlich K 4.40.

**Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus**
monatlich K 4.90, vierteljährig K 14.—,
halbjährig K 28.—, ganzjährig K 56.—.

**Abonnement für Oesterreich-Ungarn:**
**Mit täglich einmaliger Postversendung**
monatlich K 5.30, vierteljährig K 15.50,
halbjährig K 31.—, ganzjährig K 62.—.

**Mit täglich zweimaliger Postversendung**
monatlich K 6.—, vierteljährig K 18.—
halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—

**Nach allen Weltpostvereinsländern**
monatlich K 6.70, vierteljährig K 20.—.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere Quittung vorlegen.

**16. Jahr.**

# ngenommen.
# skanzlers.

die Frage zu beantworten: Ob sie zusammen mit uns an die Verhandlungen über sofortigen Waffenstillstand und den allgemeinen Frieden heranzutreten einverstanden sind oder nicht.

Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, ob wir dem neuen Winterfeldzug mit allen seinen Schrecken und seinem Elend entgehen werden oder ob Europa auch weiterhin von Blut durchströmt wird. Wir, der Rat der Volkskommissäre, wenden uns mit dieser Frage an die Regierungen unserer Verbündeten: Frankreich, Großbritannien, Italien, Vereinigte Staaten, Brasilien, Serbien, Rumänien, Japan, China. Wir fragen sie vor dem Angesichte ihrer eigenen Völker, vor dem Angesicht der ganzen Welt, ob sie einverstanden sind, an die Friedensverhandlungen heranzutreten. Wir, der Rat der Volkskommissäre, wenden uns an die verbündeten Völker, in erster Reihe an die arbeitenden Massen, ob sie einverstanden sind, diese sinnlose Metzelei fortzusetzen, blind dem Verderben der europäischen Kultur entgegenzugehen. Wir verlangen, daß die Arbeiterparteien der verbündeten Länder unverzüglich die Frage beantworten, ob sie mit der Einleitung der Friedensverhandlungen einverstanden sind. Diese Frage stellen wir an die Spitze.

Der Friede, den wir beantragt haben, soll ein Völkerfriede sein. Er soll ein Ehrenfriede des Einverständnisses sein, der einem jeden Volk die Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung sichert. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat schon ihr Friedensprogramm bekanntgegeben. Wir haben die Geheimverträge des Zaren und der Bourgeoisie mit den Verbündeten veröffentlicht und diese Verträge für unverbindlich für das russische Volk erklärt. Wir beantragen allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag auf Grundlage des Einverständnisses und der Zusammenarbeit zu schließen.

Unseren Antrag haben die offiziellen und offiziösen Vertreter der regierenden Klassen der verbündeten Länder mit der Weigerung beantwortet, die Räte-Regierung anzuerkennen und sich mit ihr ins Einvernehmen über die Friedensverhandlungen zu setzen. Die Regierung der siegreichen Revolution entbehrt der Anerkennung der professionellen Diplomatie. Aber wir fragen die Völker, ob die reaktionäre Diplomatie ihre Gedanken und Bestrebungen zum Ausdruck bringt. Ob die Völker der Diplomatie erlauben, die große Friedensmöglichkeit, die durch die russische Revolution eröffnet wurde,

## Rußlands Friedensangebot.

**Die Kundgebung der russischen Regierung.**

KB Wien, 29. November.

Beim k. u. k. Armee-Oberkommando ist ein teilweise verstümmelter Funkspruch eingelangt, der, soweit dies möglich war, ergänzt wurde und der wie folgt lautet:

„Zarskoje Selo, 28. November.

An die Völker der kriegführenden Länder!

Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland hat die Friedensfrage an die Spitze gestellt. Die Periode der Schwankungen, des Aufschiebens und des Bureaukratismus ist beendet. Jetzt werden alle Regierungen alle Klassen, alle Parteien aller kriegführenden Länder [illegible] kategorisch

Tägliche Rundschau
30./XI. 1917.
137



# Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Grafen Hertling.

## Das Friedensangebot Rußlands. — Erklärungen der Parteiführer.

**127. Sitzung, Donnerstag, den 29. November, nachm. 3 Uhr.**

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Graf v. Hertling, Graf Roedern, v. Kühlmann, v. Breitenbach, Dr. Solf, v. Capelle, v. Waldow, v. Stein, Freiherr v. Stein. Dr. Friedberg, v. Krause, Schiffer, Sydow, Dr. Drews, Hergt und zahlreiche Vertreter aller Bundesstaaten.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten. Der Schriftführer verliest eine große Zahl von Eingängen, u. a. die Ernennung des Reichskanzlers Graf v. Hertling. Heiterkeit erregt es, als er die amtliche Ernennung des Staatssekretärs Dr. Schwander bekannt gibt, der bereits sein Amt wieder aufgegeben hat.

Der Präsident gedenkt dann der in der letzten Zeit verstorbenen Abg. Wellstein (Z.), Graefe-Sachsen (kons.) und Gottschalk (kons.). Der Vizekanzler v. Payer hat mitgeteilt, daß er infolge seiner Ernennung zum Mitglied des Bundesrats sein Mandat als Mitglied des Reichstags für erloschen betrachtet. Für den verstorbenen Abg. Bassermann (nl.) ist der Abg. List (nl.) zum Quästor bestimmt worden.

Nach der Besetzung der Inseln im Rigaischen Meerbusen kamen die großen Erfolge, die wir Schulter an Schulter mit den tapferen Oesterreichern und Ungarn in **Italien** erfochten haben, wo ein großer Teil der italienischen Heeresmacht dem unwiderstehlichen Drucke der verbündeten Truppen zum Opfer gefallen ist. (Beifall.) Mit gleichem Dank, mit gleicher Bewunderung blicken wir auf unsere Brüder, Söhne und Enkel an der Westfront. (Beifall.) Trotz aller Schwierigkeiten wird auch das Volk in der Heimat durchhalten. Der Erfolg der siebenten Kriegsanleihe beweist den Opfersinn des deutschen Volkes, dem wir dafür danken. (Beifall.)

Der bisherige Reichskanzler,

**Dr. Michaelis**

hat das ihm übertragene Amt in kritischer Zeit übernommen, im Bewußtsein der Schwierigkeiten, die mit diesem Amte verknüpft waren. Wenn es ihm nicht vergönnt gewesen ist, aller der Schwierigkeiten Herr zu werden, die mit seinem verantwortungsvollen Amte verknüpft waren, so scheiden wir von ihm mit dem Gefühl und dem Ausdruck des Dankes für die hohen Eigenschaften, die er während seiner ganzen Laufbahn bis zum letzten Augenblicke dem Vaterland dargebracht hat. (Beifall rechts.) Am Platze des Reichskanzlers begrüßen wir in diesem Augenblicke den

**Dr. Grafen v. Hertling,**

der es für seine vaterländische Pflicht gehalten hat, das schwere Amt in diesem Augenblicke zu übernehmen. (Beifall.) Dr. Graf v. Hertling ist diesem Hause nicht unbekannt; er ist dem Reichstag ein alter Bekannter. Ehe er das Präsidium des bayerischen Staatsministeriums übernommen hat, hat er länger als dreißig Jahre dem Reichstag angehört. Zu wiederholten Malen haben wir von der Tribüne des Reichstags aus ihn bei den wichtigsten Angelegenheiten gehört. Jetzt will er zu uns sprechen von der Stelle des obersten Beamten des deutschen Reiches. In einer seiner letzten Reichstagsreden hat er darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk gleichzeitig ein friedliebendes und ein mächtiges Volk sei, und daß diese Stärke auf dem Vertrauen der Reichsleitung zum Reichstag beruht. Wir hoffen, daß dieses Vertrauen auch unter seiner Kanzlerschaft bestehen wird, und daß die Kanzlerschaft des Grafen Hertling eine gesegnete sein wird für unser geliebtes Vaterland. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, auf der der dritte Nachtragsetat steht, der einen

**Kriegskredit von 15 Milliarden**

Mark fordert.

Der Präsident erteilt sofort dem Reichskanzler das Wort.

### Reichskanzler Graf Hertling:

Meine Herren! Durch das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers auf meinen Posten berufen, habe ich die Ehre, den Reichstag zu begrüßen. Ich will nicht unterlassen, zunächst dem Präsidenten meinen Dank für die freundlichen Worte auszusprechen, die er an mich gerichtet hat. Möge die angeschlagene Note gegenseitigen Vertrauens unsere gemeinsamen Arbeiten leiten. (Beifall.) Wie Ihr Präsident schon gesagt hat, bin ich nicht fremd hier im Hause. Während zweier, durch sechs Jahre getrennter Abschnitte bin ich im ganzen 30 Jahre Mitglied dieses Hauses gewesen. Ich habe auf verschiedenen Gebieten mit Angehörigen aller Parteien zusammengearbeitet. Als ich im Februar 1912 an die Spitze des bayerischen Ministeriums berufen wurde und dadurch meiner parlamentarischen Tätigkeit ein Ende gemacht war, schied ich von hier mit dem Bewußtsein, viele Freunde, manchen politischen Gegner, aber, wie ich vertraute, keinen persönlichen Feind hier zurückzulassen. (Zustimmung.) Mit diesem Vertrauen trete ich jetzt vor Sie. Wenn ich mich in sturmbewegter Zeit entschlossen habe, das schwere und verantwortungsvolle Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, wenn ich die Bedenken zurückgedrängt habe, die sich schon allein aus meinem vorgeschrittenen Alter ergeben konnten, so leitete mich dabei die Ueberzeugung, die ungesucht an mich herangetretene Aufgabe nicht abzulehnen, da es Pflicht sei, dem Vaterlande jedes, auch das schwerste Opfer zu bringen. Ich dachte an unsere Brüder und Söhne, die jetzt da draußen im Felde bereit sind, ihr Leben für das Vaterland einzusetzen. Ihrem Beispiele wollte ich folgen. (Beifall.) Aus dieser Gesinnung heraus bin ich dem an mich ergangenen Rufe des Kaisers gefolgt. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Herren, um Ihre vertrauensvolle Mitarbeit.

Wir stehen am Schlusse eines Jahres, das uns auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen weitreichende Entscheidungen gebracht hat. Stolz und dankbar werden wir daran erinnert, daß fast überall unsere Waffen, die eigenen wie die unserer Verbündeten, von Erfolg begleitet waren. Im Westen — der Präsident hat schon darauf hingewiesen — dauert **die Flandernschlacht** fast ohne Unterbrechungen schon seit Juni dieses Jahres an. Nahezu das gesamte englische Heer ist in der flandrischen Ebene in zahlenmäßiger Ueberlegenheit gegen unsere Front eingesetzt worden. Unsere Flandernfront blieb außer dem Verluste einiger Dörfer und Höfe in sich völlig unerschüttert. Der Feind ist seinem Ziele, sich der flandrischen Küste zu bemächtigen und unsern dortigen Stützpunkt für die U-Boote zu unterbrechen, nicht näher gekommen. Nach den verlustreichen Kämpfen in Flandern suchen die Engländer jetzt **bei Cambrai** eine neue Entscheidung. Auf die tagelange Feuervorbereitung haben sie diesmal verzichtet und statt dessen große Geschwader von Tanks angesetzt. Aber ihre Hoffnung hierauf hat sich nicht erfüllt. Infolge unserer Abwehrmaßregln **blieben die Tanks zerstört** vor unsern Linien liegen. (Beifall.)

Die Anfangserfolge, die die Engländer dort erreicht hatten, konnten von ihnen nicht weiter geführt werden und trotz der gewaltigsten Opfer haben sie ihre Ziele nicht erreichen können. Unsere Führer und Truppen sehen dem Ausgang dieses Kampfes mit voller Zuversicht entgegen. (Beifall.) Die Franzosen haben nordöstlich von Soissons und Verdun örtliche Erfolge erreicht, aber es gelang ihnen nicht, sie weiter auszubauen, da sofort von unserer Führung Gegenstöße veranlaßt wurden, die die Feinde an einer vollen strategischen Auswertung ihrer früheren Erfolge hinderten. Die kriegerischen Ereignisse im Osten, die zur Eroberung von Riga und Dünamünde führten, sind in Ihrer aller Gedächtnis. Das ruhmreiche Vordringen der verbündeten Armeen

**in Italien**

hält die Welt heute noch in Staunen. Ueberwältigendes ist von der Kampfkraft unserer und der österreichisch-ungarischen Truppen geleistet worden im schnellen Durchbruchskampf durch unwegsames Gebirgsgelände bis hinein in die Ebene. (Lebhafter Beifall.) Die italienische Armee hat einen erheblichen Teil ihres Mannschaftsbestandes verloren und den größten Teil ihres Kriegsmaterials. An Gelände hat sie die fruchtbarsten Teile Oberitaliens uns überlassen müssen. Wenn man den Gesamtgewinn in Ziffern umrechnen würde, so würde er sich **auf Milliarden** beziffern. Die Beute zu bergen ist bisher noch gar nicht möglich gewesen. Der weitere Erfolg unseres Isonzosieges ist die wirksame **Entlastung unserer Westfront.** In gleicher Weise macht sich dieser Sieg in Mazedonien fühlbar, denn der Feind scheint jetzt die geringen Erfolge, die er westlich des Ochridasees errungen hatte, freiwillig wieder aufgeben zu wollen. Im Süden operiert England gegen die türkische Armee in Palästina und die Engländer haben dort zunächst gewisse Erfolge errungen, die jedoch keinen Einfluß auf die allgemeine Kriegslage ausüben. Die Kriegslage im Irak hat sich nicht geändert.

Die Flotte hat die auf sie gesetzten Hoffnungen durchaus erfüllt. Unsere Hochseeflotte, deren rastlose Tätigkeit den vollen Dank des Vaterlandes verdient (Beifall), hat nach ihrem Ruhmestag vom Skagerrak wieder bei der Wegnahme von Oesel, Moon und Dagoe gezeigt, was sie in wirksamem Zusammenwirken mit dem Landheer vermag. Unsere Hochseeflotte hat aber weiter die wichtige Aufgabe, den Stützpunkt für unsere U-Boote zu bilden. (Sehr richtig!)

**Der Unterseeboots-Handelskrieg**

übt seine gewaltige erfolgreiche Tätigkeit weiter aus. (Beifall.) Er war und ist **das einzig erfolgreiche und durchgreifende Mittel, um unseren gefährlichsten Feind, den Führer eigentlich der ganzen feindlichen Kriegsmacht, an seinem Lebensnerv zu treffen.** (Lebhafter Beifall.) Wir können nur der Zuversicht und Erwartung Ausdruck geben, daß er seine Aufgabe weiter erfüllen und uns dem Ende des Krieges bald entgegenführen wird. (Lebhafter Beifall.)

So bietet der Blick auf die Kriegsjahre unserer Zuversicht und Siegesgewißheit neue Nahrung. Wir können nicht die Kriegslage erwähnen, ohne uns mit dem Gefühl unauslöschlichen Dankes derer zu erinnern, denen wir diese günstige Lage verdanken, der glorreichen Armee und Flotte unter ihren genialen Führern. (Lebhafter Beifall.) Wenn unser Dank sich besonders an die Westfront richtet, so geschieht es selbstverständlich nicht, um die unvergleichlichen Verdienste der Armeen zu schmälern, die einer Lawine gleich durch unwegsames Gelände hindurch in die Gefilde Oberitaliens eingedrungen sind, um das verräterische Italien zu züchtigen (Beifall); aber unsere siegreiche Offensive in Rußland 1915, in Rumänien 1916 und auch der siegreiche Feldzug gegen Italien hätten nicht in gleicher Kraft durchgeführt werden können, wenn nicht

**die eherne Mauer im Westen**

den wütendsten Anstürmen standgehalten hätte. Ihr gilt deshalb unser besonderer Dank. Der gleiche Dank wie unserem Volk in Waffen gebührt dem Volk in der Heimat. Es ist von gleichem Siegeswillen erfüllt. Ruhig und stetig erträgt es die Entbehrungen, die der Krieg mit sich bringt. Zielbewußt und opferbereit drängen sich die Frauen zu den Diensten und Arbeiten, aus denen die Männer abberufen wurden; alle Stände und Kreise der Bevölkerung spannen im eifrigen Wettbewerb ihre Kräfte an, um die nötige Hilfe zu leisten. Unsere bei Beginn des Krieges eingeschlagene Methode, den Krieg zu finanzieren, hat sich erfreulich bewährt. In regelmäßiger Folge hat das Reich bisher siebenmal an das deutsche Volk appelliert, ihm die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bereit zu stellen. Alle Kreise des Volkes haben an ihrem Teile mitgeholfen, die Führung des Krieges zu ermöglichen. Summen, die uns in den hinter uns liegenden Friedensjahren phantastisch vorgekommen wären, nahezu 73 Milliarden, sind durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht worden. (Bravo.) Wenn ich an dieser Stelle allen denen, die zu dieser großartigen Leistung beigetragen haben, den Dank des Vaterlandes ausspreche, so geschieht es nicht, weil ich dächte, daß sie in diesen Leistungen nicht unermüdlich fortfahren würden. Auch ohne daß dieser Dank ausgesprochen würde, wird das jeder im Interesse des Vaterlandes tun.

Der zuletzt von dem Hohen Hause bewilligte Kredit nähert sich der Erschöpfung. Ich habe daher die Ehre, dem Hohen Hause einen

**Nachtragsetat**

zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen. Ich bitte den Reichstag; durch seine Zustimmung zu der neuen Vorlage wiederum zu erkennen zu geben, daß auch er zu jedem Opfer bereit ist, daß auch er bereit ist, alles zu tun, was das Vaterland verlangt an Bereitstellung von Mitteln für die Fortsetzung des Krieges. Die Flüssigmachung der Kredite, zu denen die Vollmacht mich ermächtigt, soll in der bisherigen Weise bestehen. Die Höhe ist dieselbe wie das letzte Mal.

Daß der Krieg, und zumal ein so furchtbarer Krieg, wie die Welt ihn bisher nicht kannte, nicht nur tiefe Spuren im Volksleben zurücklassen, sondern auch neue Aufgaben stellen werde, zu Neugestaltungen hinführen werde, das müßten wir beachten, auch wenn nicht die Geschichte früherer Zeiten darauf vorbereitet hätte. Ein ungeheures Erlebnis hat unser gesames Volk erfaßt. Die Begriffe von Volk und Staat, von Nation und Vaterland sind jetzt von jedem einzelnen in dem gesamten Volke in ihrem ganzen Werte unmittelbar erfaßt. Nicht nur, indem sich das ganze Volk wie ein Mann erhob, indem jeden Tag da draußen im Felde unsere Söhne und Brüder ihr Leben einsetzten, nein, auch der Arbeiter in der Werkstatt, der Landmann hinter dem Pflug weiß heute, daß die Arbeit, die er unter erschwerten Verhältnissen leistet, dem Vaterlande geleistet ist. Er fühlt sich als Glied des einen Ganzen, er weiß, daß der Staat, unter dessen Schutz er bisher seiner Beschäftigung nachging, sein eigenstes Eigentum, seine Sache, sein Besitztum ist. (Bravo!) Daher denn auch das große Interesse, das sich allerorten an den staatlichen Institutionen zeigt. Man geht an sie heran mit der Frage, ob sie die Probe bestanden haben, die der Krieg an sie stellt, oder ob sie anderen Einrichtungen Platz machen sollen. Hier gilt es, das Richtige zu erkennen und das Erkannte mit fester Hand durchzuführen. (Sehr richtig!) Es gilt, sich nicht von Schlagworten blenden zu lassen (Sehr richtig!) und die Einrichtungen fremder Nationen nicht sklavisch nachzuahmen, es gilt, das zu tun, was dem realen Bedürfnis unseres Volkslebens, was dem deutschen Geiste und deutscher Eigenart entspricht. (Bravo!)

**An den Grundlagen unserer Reichsverfassung darf und kann nichts geändert werden.**

Sie ist recht eigentlich aus dem historisch gewordenen Charakter des deutschen Volkes und seinen verschiedenen Stämmen herausgewachsen. (Sehr richtig!) Und die parlamentarische Vertretung, der Reichstag, ruht auf denkbar festester Basis. Wenn das auf dem festen Fundament sich bewegende politische Leben neue Aufgaben erwählt, wenn sich neue Bedürfnisse herausstellen sollten, neue Bedürfnisse im Rahmen unserer Reichsverfassung, so wird die Reichsleitung Wünschen und Anregungen, die ihr aus diesem Hohen Hause zukommen, jederzeit, des bin ich gewiß, geneigtes Ohr leihen und sie einer sachgemäßen Prüfung unterwerfen. Als selbstverständlich betrachte ich, daß die Sozialpolitik, in der Deutschland allen Ländern der Welt vorangegangen ist und bei deren ersten Anfängen ich selbst als Reichstagsabgeordneter mitarbeiten durfte, in der bisherigen Weise fortgeführt und nach Bedarf ausgebaut wird. (Beifall.) Dem Reichstage wird bei seinem nächsten Zusammentritt der Entwurf zu einem Gesetz auf **Errichtung von Arbeitskammern** vorgelegt werden, der an die Arbeiten des Reichstagsausschusses von 1910 anknüpft und diese Arbeiten als eine wertvolle Grundlage in sich aufgenommen hat. (Beifall links und im Zentrum.) Ebenso wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der die **Beschränkungen der Koalitionsfreiheit,** die sich aus dem § 153 der Reichsgewerbeordnung ergaben, beseitigt. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Auch dieser Gesetzentwurf wird dem Reichstage in seiner nächsten Tagung zugehen. Daß auch die Regierungen der Bundesstaaten die gleiche Auffassung teilen, ist sicher. Sie alle wissen, in welch großzügiger Weise in dem mächtigsten deutschen Bundesstaat von der höchsten Stelle die Initiative zu einer weitgehenden Reform ergriffen worden ist. (Beifall links und im Zentrum.) Ich habe jetzt hier über diesen Gegenstand weiter nichts zu sagen.

Was

**die Zensur**

betrifft, so bin ich gern bereit, der freien Meinungsäußerung zu ihrem Rechte zu verhelfen, soweit vaterländische Interessen nicht im Wege stehen. (Beifall.) Gewisse Schranken werden sich ja im Kriege niemals vermeiden lassen. Die Presse ist ihrerseits gar nicht in der Lage, jedesmal zu erkennen, ob Mitteilungen, die sie macht, oder Erörterungen, die sie bringt, dem Vaterlande schädlich oder nützlich sind. Sie bedarf deshalb der Führung und der Kontrolle. Gegenüber den strengen Zensurmaßregeln in den anderen Ländern befinden wir uns heute ja schon in der Lage eines Spielers, der mit offenen Karten zu spielen genötigt ist, während die Gegner die ihrigen verstecken müssen. Sie alle haben gelesen, mit welch kategorischer Bestimmtheit noch jüngst Clemenceau noch jede Milderung der Zensur abgelehnt hat, derselbe Clemenceau, der als Herausgeber des „Homme Enchaîné" mit größter Erbitterung gegen die Zensur angekämpft hatte. (Heitere Zustimmung.) Es ist mein ernstes Bestreben, Mißstände und berechtigte Klagen abzustellen und ihrer Wiederkehr vorzubeugen. In diesem Sinne haben bereits Verhandlungen mit den zuständigen militärischen Stellen stattgefunden, deren Ergebnis ein Erlaß des Kriegsministers vom 18. November ist, der den Wünschen der Presse und des Reichstages Rechnung trägt. (Beifall.) Namentlich im Verbot von Zeitungen soll eine Milderung eintreten, und es soll ein engeres Verhältnis zwischen den Herausgebern und der Zensur stattfinden. Ich bin ernsthaft bestrebt, auf diesem Wege fortzuschreiten und die auch von mir beklagten Mißstände tunlichst aus der Welt zu schaffen, allen Wünschen entgegenzukommen, so daß es hoffentlich bei gutem Willen von allen Seiten mit der Zeit gelingen wird, einen Zustand herbeizuführen, bei dem solche Klagen nicht mehr hörbar sind. Dasselbe gilt bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Nun möchte ich aber auch an Sie eine dringende Bitte richten: lassen Sie

**alle Meinungsverschiedenheiten möglichst zurücktreten.**

Zum Austrag von Parteigegensätzen ist nach dem Kriege Zeit genug. (Heitere Zustimmung.) Jetzt gilt es, zusammenzustehen, bis der Sieg errungen ist. (Beifall.) Daß sie uns diesen Sieg nicht mit den Waffen entreißen können, beginnen unsere Feinde bereits einzusehen. Jetzt hoffen sie auf den vermeintlich bevorstehenden inneren Zusammenbruch Deutschlands. Ohne Kenntnis unserer deutschen Verhältnisse, unseres parlamentarischen Lebens, unserer freiheitlich gerichteten Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung, von einer abhängigen hetzerischen Presse beeinflußt, glauben sie in gewissen vereinzelten Vorkommnissen und vorübergehenden Erscheinungen Symptome eines inneren Zusammenbruches zu erblicken. Helfen Sie diesen Wahn zerstören. (Lebhafte Zustimmung.) Zeigen Sie durch Ihre einheitliche Geschlossenheit, daß es in Deutschland nur einen Gedanken gibt, der alle Herzen erfüllt: Den Gedanken an das Vaterland, daß wir nur von dem einen Willen beseelt sind, durchzuhalten bis zum Ende. (Lebhafter Beifall.)

Nun einige Worte über die allgemeine Lage. Mein verehrter Vorgänger hat mir ein kostbares Erbe hinterlassen: die Pflege der **freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei.** Unsere Bündnisse mit diesen drei

Fremdenblatt
1./XII. 1917
140

## Wien, 1. Dezember.

Graf Hertling ist kein Fremder für den deutschen Reichstag. Oft haben seine formvollendeten, inhaltsreichen und stets sachlichen Reden die Aufmerksamkeit des deutschen Parlaments gefesselt, zu dessen hervorragendsten Mitgliedern er durch eine lange Reihe von Jahren gehört hat. Vorgestern aber hat Graf Hertling zum ersten Male als Reichskanzler in der deutschen Volksvertretung das Wort ergriffen und er tat dies in einem großen, aussichtsreichen Momente. Die Regierung der russischen Republik war an die Zentralmächte mit einem Waffenstillstandsangebote herangetreten, das die Einleitung von Friedensverhandlungen ermöglichen soll. Wäre es auch durchaus nicht angebracht, den Frieden mit Rußland als eine außer jedem Zweifel stehende Tatsache zu betrachten, muß man auch in Erwägung ziehen, daß die Verhältnisse in diesem großen Reiche ei n abermaligen Umsturz als nicht ausgeschlossen erscheinen lassen, so ist doch die Tatsache, daß die jetzigen Petersburger Machthaber den allgemeinen Frieden herbeizuführen suchen, ein Ereignis von weittragender Bedeutung. Graf Hertling erklärte in voller Uebereinstimmung mit den von den Zentralmächten seit Jahresfrist verkündeten Grundsätzen, die Bereitwilligkeit Deutschlands, den Vorschlag der russischen Regierung anzunehmen und in Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit diesem Staate einzutreten. Zu den Prinzipien eines allgemeinen Friedens ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen, die vom russischen Sowjet als Kardinalpunkte des künftigen Friedens aufgestellt wurden, hat sich der neue Reichskanzler bekannt, ebenso wie es Graf Czernin getan hat. Allein Graf Hertling hat sich vorgestern nicht darauf beschränkt, bloß die Stellung der deutschen Reichsregierung zum russischen Friedensangebote festzusetzen, sondern er hat in einer meisterhaften Rede, die von seiner hohen staatsmännischen Begabung ebenso wie von seiner hervorragenden parlamentarischen Schulung glänzendes Zeugnis ablegt, das Bild der augenblicklichen Weltlage entworfen. Die Ausführungen des neuen Reichskanzlers trugen den Stempel der aufrichtigen Wahrheitsliebe, der gediegenen Sachlichkeit und sie atmeten den Geist kräftiger Ueberzeugung. Graf Hertling hielt sich frei von allen Uebertreibungen, er vermied es, sich in heftigen und leidenschaft-

---

lang nicht über sich, den vierten Band zu schreiben, auch

Abschrift
1./XII. 1917
148

# Die Veröffentlichung der Geheimdokumente in Petersburg.

## Rumäniens Eingreifen in den Krieg und Rußlands Stellung zu Rumänien.

Stockholm, 30. November.

Die Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente wird fortgesetzt.

Nr. 240. Bericht, betreffend Rumänien und die Verbündeten, die Umstände des Eingreifens Rumäniens in den Krieg und die letzten Vorgänge an der rumänischen Front.

Seit der Entstehung des europäischen Krieges hatte Rumänien offiziell eine neutrale Haltung angenommen, welche sehr häufig und merklich bald nach der einen, bald nach der anderen Seite schwankte, in Abhängigkeit von dem Stande der militärischen Operationen. Dem lagen zwei Haupterwägungen zugrunde: Der Wunsch, zur Aufteilung Oesterreich-Ungarns nicht zu spät zu kommen, und das Bestreben auf Kosten der Kriegführenden möglichst viel zu verdienen. Unsere Erfolge in Galizien und der Bukowina im Jahre 1914 und Anfang 1915, die Einnahme von Lemberg und Przemysl und das Erscheinen unserer Vortruppen jenseits der Karpathen setzte die Frage des Eingreifens Rumäniens auf die Tagesordnung. Ende Mai desselben Jahres erfolgte unser Rückzug aus Galizien und Polen unter Aufgabe der Bukowina. Dementsprechend änderte sich auch die Stimmung der leitenden rumänischen Kreise und die Unterhandlungen wegen Eingreifens Rumäniens in den Krieg kamen von selbst zum Stillstand.

Ende 1915 und Anfang 1916 neigte sich nach der Zerschmetterung Serbiens und dem Auftreten Bulgariens die Politik Rumäniens sehr merklich auf die Seite unserer Feinde. Die rumänische Regierung schloß in jener Zeit eine ganze Reihe sehr vorteilhafter Handelsabkommen mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland ab. Dieser Umstand zwang unser Militär-, Finanz- und Handelsressort, sich mit großer Vorsicht zur Frage der Ausfuhr von militärischen Ausrüstungsgegenständen wie auch verschiedener Vorräte aus Rußland nach Rumänien zu stellen, die in die Hände unserer Feinde fallen konnten. Infolge der glänzenden Offensive des Generals Brussilow im Frühling und Sommer 1916 neigte die rumänische Neutralität wieder nach der Seite der Ententemächte hin und es ergab sich die Möglichkeit, die unterbrochenen Verhandlungen wegen eines Eingreifens Rumäniens zu erneuern. Es ist zu bemerken, daß von Anfang an der Stabschef des Höchstkommandierenden aus militärischen Erwägungen die Beibehaltung der Neutralität Rumäniens für uns vorteilhafter hielt als seine aktive Einmischung in den Krieg. Später stellte sich General Alexejew auf den Standpunkt der Alliierten, die in dem Auftreten Rumäniens einen entscheidenden Schlag für Oesterreich-Ungarn und das Nahen des Kriegsendes erblickten.

Im August 1916 wurde mit Rumänien ein militärisch-politisches Abkommen unterzeichnet, welches ihm solche Landerwerbungen überließ (Bukowina und ganz Transsylvanien), welche ganz offenbar nicht dem Maße der Beteiligung Rumäniens an den militärischen Operationen entsprachen, weil es sich verpflichtet hatte, nur Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären und sich auch nur auf Operationen in Transsylvanien beschränkt hatte.

Die folgenden Ereignisse haben gezeigt, wie sehr sich unsere Alliierten getäuscht haben, indem sie das Eingreifen Rumäniens überschätzten. Unter dem Eindruck der eingetretenen Katastrophe entstehen in Rumänien selbst Strömungen, die sich der Fortsetzung des Krieges gegenüber ablehnend verhalten und sich den baldigsten Friedensschluß, sei es auch einen Sonderfrieden, zur Aufgabe machten. Das Unglück, das Rumänien betroffen hat, ist die natürliche Folge der völligen militärischen Nichtbereitschaft unter der zweiseitigen Politik Bratianus. Die leichten Siege im Jahre 1913 und der diplomatische Erfolg, den Rumänien nach dem Balkankrieg zu verzeichnen hatte, haben in bedeutendem Maße zur Selbstüberschätzung von Gesellschaft und Regierung beigetragen. In politischer und militärischer Beziehung haben sich die Rumänen sehr überschätzt und erleben jetzt eine bittere Enttäuschung.

Vom Standpunkt der russischen Interessen aus müssen uns bei Beurteilung der augenblicklichen Lage der Dinge in Rumänien folgende Erwägungen leiten: Wenn die Dinge sich so entwickelt hätten, daß die militärisch-politische Abmachung mit Rumänien vom Jahre 1916 ihre völlige Verwirklichung erlangt hätte, so wäre auf dem Balkan ein sehr starker Staat entstanden, bestehend aus der Moldau, der Walachei, der Dobrudscha (dem jetzigen Rumänien), Transsylvanien, dem Banat und der Bukowina (Erwerbungen nach dem Vertrag von 1916), mit einer Bevölkerung von annähernd 13 Millionen. In der Zukunft wäre dieser Staat Rußland gegenüber schwerlich freundschaftlich gesinnt gewesen und hätte das Streben, seine nationalen Träume in Beßarabien und auf dem Balkan zu verwirklichen, schwerlich unterlassen. Infolgedessen steht den politischen Interessen Rußlands der Zusammenbruch der Großmachtspläne Rumäniens in dem erwähnten Maße nichts Besonderes entgegen. Dieser Umstand muß von uns ausgenützt werden, um jene gezwungenen Bande, welche Rußland mit Rumänien verknüpfen, für möglichst lange Zeit zu festigen. Unsere Erfolge an der rumänischen Front haben für uns eine außerordentliche Bedeutung als einzige Möglichkeit, die Frage Konstantinopels und der Meerengen ein für allemal in dem von uns gewünschten Sinne zu entscheiden. Die jetzt in Rumänien eingetretenen Ereignisse haben die Bedingungen des Vertrages vom Jahre 1916 von Grund aus geändert. Statt der verhältnismäßig bescheidenen militärischen Unterstützung, die Rußland in der Dobrudscha zu leisten verpflichtet war, mußte es die Verteidigung rumänischen Territoriums auf allen Seiten fast ausschließlich russischen Truppen übertragen. Diese militärische Hilfe Rußlands hat jetzt einen solchen Umfang angenommen, daß das in dem erwähnten Vertrag vorgesehene Versprechen der Landentschädigungen an Rumänien für seinen Eintritt in den Krieg unzweifelhaft einer Nachprüfung unterzogen werden muß. Poliwanow. 7./20. November 1916."

## Ein Bericht des russischen Geschäftsträgers in Bern.

„Nowaja Schisn" vom 25. November meldet:

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Bern vom 14./27. Oktober 1917, Nr. 315:

„Ein einflußreicher jüdischer englischer Finanzmann, ein Teilnehmer an der erwähnten Konferenz, sprach sich dahin aus das Ziel Deutschlands sei, nach Möglichkeit den Separatismus in Rußland zu fördern, der Rußland in kleine Staaten zerlegt. Für Deutschland werde es leicht sein, Handelsverträge mit schwächeren Staaten zu schließen, wie Litauen, Kurland usw. Die Beibehaltung der Einheit Rußlands sei gleichbedeutend mit seiner Belassung in der wirtschaftlichen Sphäre der Alliierten, was vor allem für Amerika vorteilhaft wäre. Für England sei der russische Markt nicht von besonderem Interesse, weil England mehr mit seinen Kolonien und dem Seehandel in Anspruch genommen sei; deshalb scheine für England die Zerlegung Rußlands in einige kleine Staaten annehmbar, um so mehr, als im Falle der Schwächung Rußlands England in Asien freie Hand erhalten würde. In einem zerstückelten Rußland werden die deutsche Industrie und der deutsche Handel für lange Zeit Arbeit finden. Eine Konkurrenz Amerikas mit Deutschland auf dem russischen Markt werde für England sogar vorteilhafter sein als das Ueberwiegen des Einflusses einer der beiden Mächte.

Aus den Worten der Informationsperson kann man schließen, daß gerade diese Vorschläge die Grundlage bildeten für einen Meinungsaustausch mit den Deutschen auf der Konferenz im August und im September. Man kann immerhin annehmen, daß mit den englisch-französischen und den deutschen Zweigen der internationalen Finanzclique auch ein politisches Abkommen in diesem Sinne geschlossen worden ist. Die Beteiligung der Diplomatie der Alliierten ist in keiner Weise bewiesen. Eine direkte Beteiligung von Frau Andrus ist ganz ausgeschlossen; allein es konnten, um die Aufmerksamkeit abzulenken, verschiedene Kombinationen getroffen worden sein, an denen sie beteiligt sein konnte."

Unterschrift.

## Tereschtschenkos Zustimmung zur Veröffentlichung der Geheimverträge und Ribots falsche Mitteilungen darüber.

Geheimtelegramm an den Geschäftsträger in Paris, ebenso mitgeteilt nach London und Rom, 11./24. September 1917, Nr. 4225, unter Bezugnahme auf Ihre Nr. 947 und Nr. 952:

„Die Ihnen von Ribot anläßlich seiner Erklärung in der Kammer über das Februarabkommen, betreffend die Ostgrenzen Frankreichs gemachten Versicherungen, sündigen leider durch ihre nicht völlige Aufrichtigkeit. Weder in dem Notenaustausch mit Paléologue noch in meiner mündlichen Erklärung gegenüber Noulens ist die Frage einer Verbindung dieses Abkommens mit dem Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen angeregt worden. Noulens hat mir vorgeschlagen, die vor dem Krieg abgeschlossenen Verträge, d. h. eigentlich die russischen Militärkonventionen zu veröffentlichen. Ich habe dazu bemerkt, daß eine derartige Veröffentlichung des allgemein bekannten Vertrags in der öffentlichen Meinung einem völligen Unverständnis begegnen und neue Forderungen auf Veröffentlichung der bereits während des Kriegs geschlossenen Abkommen hervorrufen werde. Indes wird die Veröffentlichung dieser und insbesondere der rumänischen und italienischen Verträge von unseren Verbündeten offenbar für unzulässig gehalten. Jedenfalls beabsichtigen wir in keiner Weise, Frankreich in dieser Sache Schwierigkeiten in den Weg zu legen und Ribot in eine noch peinlichere Lage zu versetzen. Um indessen für die Zukunft Mißverständnisse, wie sie dank seiner Mitteilungen in der Kammer schon zweimal vorgekommen sind, zu vermeiden, ersuche ich Sie, der französischen Regierung offiziell zu erklären, daß seitens Rußlands der Veröffentlichung sämtlicher vor dem Krieg wie während desselben geschlossenen Abkommen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, falls die Einwilligung der übrigen daran interessierten Verbündeten vorliegt. Ueber die Frage, betreffend das kleinasiatische Abkommen, werde ich Ihnen meine Erwägungen ergänzen und in einem besonderen Telegramm mitteilen. Tereschtschenko."

Tägliche Rundschau
7./XII. 1917.

# Kühlmann über die auswärtige Lage.

Die bereits kurz im Abendblatte erwähnte Rede, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses gehalten, lautete nach den amtlichen Mitteilungen wie folgt:

Nach kurzen vertraulichen Mitteilungen besprach er die in den russischen Geheimdokumenten erwähnte angebliche Besprechung von Finanzmännern in der Schweiz. Schon früher sind ähnliche Gerüchte aufgetaucht. Die damals angestellten Nachforschungen haben ergeben, daß deutsche Finanzleute an solchen Konferenzen sich nicht beteiligt haben. Die englische Regierung hat ihrerseits die Beteiligung englischer Finanzleute dementiert. Diesmal werden ausdrücklich Vertreter der Deutschen Bank und Herr Fürstenberg erwähnt. Auf Anfrage des Staatssekretärs hat die Deutsche Bank mitgeteilt, daß überhaupt keiner der ihr nahestehenden Herren damals in der Schweiz gewesen ist. Es hat auch keiner von ihnen einen Paß zur Reise in die Schweiz gehabt. Herr Fürstenberg hat zwar einen Paß gehabt, aber keinen Gebrauch davon gemacht. Weder er noch eine ihm nahestehende Persönlichkeit ist in der fraglichen Zeit in der Schweiz gewesen. Nach gründlicher Untersuchung kann also erklärt werden, daß der Berner Bericht des russischen Diplomaten auf Klatsch und mangelhaften Informationen beruht.

Der Staatssekretär fuhr darauf fort: Meine Herren! Unsere Blicke sind in diesem Zeitpunkte vor allem nach Osten gerichtet. Rußland, das die Kriegsfackel in die Welt geschleudert hat, Rußland, in dem eine bis ins Mark der Knochen faule Rotte von Bürokraten und Schmarotzern unter Beiseiteschiebung eines vielleicht manchmal wohlmeinenden, aber schwachen und mißleiteten Selbstherrschers die Mobilisierung erschlich, welche die eigentliche und unmittelbare Ursache dieser gewaltigen Völkerkatastrophe geworden ist, hat die Schuldigen weggefegt und ringt nun in schweren Wehen danach, durch Waffenstillstand und Frieden Raum für seinen inneren Wiederaufbau zu gewinnen. Den klaren Worten, mit denen der Herr Reichskanzler gestern die Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Streben dargelegt hat, brauche ich meinerseits nichts hinzuzufügen. Wir werden uns auch in dieser Frage von den Grundsätzen einer festen und gemäßigten, auf dem Boden der Tatsachen stehenden Staatskunst nicht entfernen.

Die bisher von den heutigen Machthabern in Petersburg der Welt mitgeteilten Grundsätze erscheinen geeignet als Unterlagen für eine Neugestaltung der Dinge im Osten, die —

**dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung tragend**

— die wesentlichen und dauernden Interessen der beiden großen Nachbarreiche Rußland und Deutschland zu sichern geeignet ist.

Daß wir diese Ziele verfolgen können im engsten Einvernehmen mit unseren Verbündeten und, wie mir scheinen will, auch mit der moralischen Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der hier versammelten Vertreter des deutschen Volkes, gereicht mir zur besonderen Genugtuung und wird unserem Auftreten nach außen auch die nötige Wucht verleihen.

Ueber die militärische Lage haben Sie gestern aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers eingehende Darlegungen empfangen. Ich möchte mich deshalb heute darauf beschränken, wenige Worte über den

**Feldzug in Italien**

zu sagen, der noch in vollem Gange ist, und dessen politische Auswirkungen, obwohl natürlich auch nicht voll zu übersehen, in einigen Punkten schon klar erkennbar hervorgetreten sind.

Es war ein Bild, was selbst in diesem ungeheuren Gigantenkampfe noch nicht gesehen worden war, wie über den grauen Karst durch die herbstroten Schluchten der Alpentäler die grauen Schlangen deutscher und österreichisch-ungarischer Sturmhauben sich hinabwälzten in die beglänzten Ebenen Italiens, die seit den Tagen der Staufer auf deutsche Sehnsucht eine so magische Anziehungskraft ausgeübt haben, und wie unter dem Oberbefehl des jungen Kaisers aus dem Hause Habsburg die ganze Heeresmacht eines großen Volkes unter den wuchtigen Hammerschlägen, die für das Feldherrngenie der verbündeten Mächte so kennzeichnend geworden sind, zusammenbrach und zurückflutete.

Mit keinem Lande Europas hat die geistige Welt Deutschlands so enge Beziehungen vor diesem Kriege unterhalten wie mit Italien. Der neugeeinte Staat war im Schatten des mächtigen Dreibundes zu Ansehen, Macht und Reichtum gediehen, und wenn auch eine unsagbare Bitterkeit bei uns empfunden wurde, als spät im Kriege, da manche Toren glaubten, die Stunde sei gekommen, um dem angeschossenen deutschen Eber den Fang zu geben, Italien unter dem Geschrei einer bestochenen Presse und der Führung gewissenloser und kurzsichtiger Staatsmänner sich aus reiner Ländergier zu der schmählichen Politik entschloß, die es heute so blutig büßt, so wird doch auch mancher dem italienischen Volke in dieser Stunde völligen Zusammenbruchs nicht alle Teilnahme versagen können.

Wenn ich vorhin von Auswirkungen der militärischen Erfolge sprach, so sind diese auch in England und Frankreich zu verspüren, und ein kurzer Blick auf die zeitlich gleichlaufende innere Entwicklung in Deutschland und in diesen Ländern dürfte lehrreich sein.

Während in Deutschland im Laufe des Krieges das große Kaiserwort, das an seinem Eingang gestanden hat, weiter arbeitend furchtbar entwickelt worden ist, und die Beziehungen zwischen Volk und Krone auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens immer freier, lebendiger und deshalb fester werden, während in Deutschland die Regierung nicht unter Druck von außen, sondern in freier Erkenntnis historisch notwendiger Entwicklungsgänge das auswirkt, was Ihnen die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers programmatisch dargelegt hat, ist in den beiden Ländern, die es sieben, sich als Horte und Vorkämpfer volkstümlicher Freiheit in der Welt zu geben, die Entwicklung eine umgekehrte gewesen. Die Freiheit des Denkens, die Freiheit des Wortes wird — zum Teil mit den brutalsten Gewaltmitteln — unterdrückt. Alles strebt in den westlichen Demokratien mehr und mehr auf die absolute Diktatur hin.

In Frankreich hat der verbissene Kriegswille, als dessen Träger vor allem Präsident Poincaré zu gelten hat, als letzte Karte im Spiele des Krieges um jeden Preis, bis zum bitteren Ende Herrn Clemenceau zur Macht berufen, und während in Berlin der Kanzler in eingehender Beratung mit den Parteien die Grundlagen der beabsichtigten Regierungsmaßnahmen erörtert, rühmten die Herrn Clemenceau ergebenen Blätter, daß er sein Kabinett ohne jede Fühlungnahme mit dem Parlamente absolutistisch und diktatorisch zusammengestellt habe, und als eine der ersten Regierungshandlungen ward eine scharfe Verfolgung friedensfreundlicher Bestrebungen angekündigt.

In England hatte die jetzt in Frankreich vollzogene Entwicklung schon früher stattgefunden. Dort hatte die Partei des Krieges um jeden Preis schon vor geraumer Zeit Herrn George auf den Schild erhoben und ihm Vollmachten übertragen, die ihn unter Hintansetzung aller der englischen Verfassung so teuern Kautelen tatsächlich zum Diktator machten. Der „kleine Zauberer aus Wales" hat vielleicht trotz allen guten Willens, den Krieg so rücksichtslos zu führen als möglich, nicht alles gehalten, was seine Freunde von ihm erhofft hatten. Da aber, falls nicht noch zu Lord Northcliffe gegriffen werden sollte, niemand da ist, der Herrn George an Kriegsentschlossenheit überträfe, und auch die Nachfolge kaum jemand zu locken scheint, so dürfen wir wohl für einige Zeit noch damit rechnen, die westlichen Demokraten unter Leitung ihrer beiden Diktatoren sich über Errichtung eines gemeinsamen Oberbefehls für die verbündeten Armeen wie bisher in vollster Eintracht unterhalten zu sehen.

Als ich vor einiger Zeit mich mit einem Neutralen, der über genaueste Sachkenntnis verfügt, über englische Staatsmänner und ihre erstaunliche Unkenntnis des Kontinents und insbesondere Deutschlands unterhielt, meinte dieser kluge Gewährsmann, der für auswärtige Politik befähigste sei zweifellos jetzt Lord Robert Cecil. Der Mann mag recht gehabt haben. Der Sohn Lord Salisburys, der von Kindheit an in der Luft großer internationaler Geschäfte gelebt hat, könnte vielleicht auch von Dingen außerhalb Englands eine Ahnung haben. Nachdem aber der Genannte die englische Regierung auf der lächerlichen und ekelhaften Geschichte von der deutschen Leichenverwertung festgelegt hat und jetzt in einer durch „Reuter" verbreiteten Rede die angeblich geplante Gesetzgebung zur Einführung der Vielweiberei in Deutschland mit vollem Ernste als charakteristisch für deutsche Anschauungen und Zustände hingestellt hat, muß man wirklich sagen: Die Welt ist beklagenswert, die in ihren wichtigsten Belangen, für die Tausende täglich ihr Leben opfern, von Männern geleitet wird, die über Art und Wesen ihrer Gegner in so vollkommener Unwissenheit sind wie der englische Staatsmann.

Ich muß es mir versagen, auf manches näher einzugehen. Nur einen Gedankengang möchte ich noch erwähnen, da er sowohl in der feindlichen Presse häufig aufgetaucht, als von dort auch in die Gedankenwelt gegnerischer Staatsmänner übergegangen ist.

Insofern, meine Herren, ist die Klärung der Lage zu begrüßen, wie sie bei den Westmächten unter dem Drucke unserer neuesten großen Erfolge eingetreten ist. Die Leute des Krieges bis zum Ende verlangen den Sieg und nichts als den Sieg, und wie sie diesen Sieg auszunützen gedenken würden, dafür bieten

**die gehehmen Dokumente,**

deren Veröffentlichung von der neuen russischen Regierung begonnen worden ist, die erbaulichste Beleuchtung.

Es wird behauptet — bona aber male fide, das lasse ich dahingestellt —, Deutschland beobachte über seine Kriegsziele deshalb so große Reserve, weil es sich um ein wohlüberlegtes Betrugsmanöver handele. Sei es der deutschen Verschlagenheit erst einmal gelungen, die Gegner um den Konferenztisch zu versammeln, so würde Deutschland mit unerhörten Forderungen hervortreten, in der Berechnung, daß die kriegsmüden Völker, auch zu weitgehenden politischen Opfern bereit, ihren Staatsmännern nicht die zur Zurückweisung der deutschen Ansprüche nötige politische Unterstützung gewähren würden. Aus diesem Grunde müsse weiter gekämpft werden, bis Deutschland zur öffentlichen Erklärung seiner Bedingungen bis ins einzelne genötigt geworden sei.

Ich würde, wie gesagt, auf diese törichten Ausführungen nicht eingehen, wären sie nicht auch von feindlichen Staatsmännern übernommen worden. Liegt unsern Gegnern daran, zu erfahren, was wir wollen, so ist das für sie außerordentlich einfach. Wege stehen dazu vollkommen genügend zur Verfügung, und daß irgendeine Versammlung größeren Stiles zur Ordnung internationaler Angelegenheiten zusammengetreten wäre, ohne vorher durch vertrauliche Aussprache über die gegenseitigen Absichten sich klar geworden zu sein, ist ein in der Geschichte ohne Beispiel dastehender Vorgang.

Als ich die Ehre hatte, zum letzten Male zu Ihnen in der Vollversammlung des Hohen Hauses zu sprechen, konnte es noch zweifelhaft erscheinen, ob die Papstnote beantwortet werde, ob gewisse auf der Seite unserer westlichen Gegner leise aufgetauchten Bestrebungen nach Verständigung Kraft und Einfluß gewinnen würden. Heute steht es fest, daß die päpstliche Kundgebung

**vom Westen her nicht beantwortet**

werden wird, und daß Frankreich und England entschlossen sind, nur auf die Gewalt zu bauen. So mag denn das deutsche Volk sich auch innerlich wehren und wappnen, Gewalt mit Gewalt zu schlagen und mit der Kraft und Gelassenheit, welche der Majestät des deutschen Namens entspricht, zu kämpfen und zu stehen, bis die Morgenröte einer besseren und menschlichen Erkenntnis, die jetzt im Osten aufzudämmern beginnt, auch in den geld- und machthungrigen Staaten des Westens zum Durchbruche kommt.

Vielleicht darf der in einer englischen Tageszeitung veröffentlichte Brief des einflußreichen und auf reiche diplomatische Erfahrung zurückblickenden Lords Lansdowne, der bisher nur in Telegraphenauszügen vorliegt, als ein hoffnungsvolles Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß auch in England gemäßigte Stimmen Boden gewinnen.

*

Im weiteren Verlaufe der Beratungen des Hauptausschusses betonte ein Zentrumsabgeordneter, nach dem Waffenstillstands- und Friedensangebot Rußlands habe die Reichsleitung die Pflicht, auf die Darreichung der offenen Friedenshand eine offene und klare Antwort zu geben, damit möglichst bald eine restlose Verständigung herbeigeführt werden könne. Eine Untersuchung der Frage, ob Deutschland oder Rußland den Frieden nötiger habe, halte er für müßig.

**ganz Europa habe den Frieden nötig.**

Daß bei den Friedensverhandlungen die deutschen Interessen im Auge behalten und berücksichtigt würden, sei eine Selbstverständlichkeit; die politischen und militärischen Stellen seien sich gewiß darin einig, die in einträchtiger Zusammenarbeit das Wohl Deutschlands pflichtgemäß im Auge behalten müßten. Verhandlungen mit Rußland dürften aus deutscher Schuld nicht scheitern, damit nicht Rußland dauernd der englischen Gewalt anheimfalle. Redner besprach sodann die Verhältnisse in Litauen eingehend und verlangte, alles zu tun, um den Wünschen der dortigen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Wenn nach Ansicht zuständiger deutscher Stellen Jerusalem militärisch ohne Bedeutung sei, sollten zur Schonung der Gefühle aller Christen, Maßnahmen dahin getroffen werden, daß kriegerische Kämpfe und Blutvergießen vermieden würden.

Ein Mitglied der Konservativen forderte, daß im Osten militärische Sicherungen zugunsten Ostpreußens unter allen Umständen geschaffen würden. Gegen die Konstruierung eines Gegensatzes zwischen Zivil- und Militärverwaltung möchte auch er sich wenden. Die Männer, die für den Schutz und die Sicherheit Deutschlands gesorgt hätten, müßten auch bei Lösung der einschlägigen Fragen gehört werden. Gegenüber der Ueberführung neutraler Schiffe in englische Gewalt hätte wohl entschiedener Front gemacht, der U-Boot-Krieg besser unterstützt werden können. Das für die „Freiheit der Völker" kämpfende England habe mehr als zwei Millionen Tonnen Schiffsraum der Neutralen beschlagnahmt und so deren Rechte mit Füßen getreten.

Ein unabhängiger Sozialist verlangte, daß die alten Klagen aus den besetzten Gebieten endlich aus der Welt geschafft würden. Das Waffenstillstandsangebot Rußlands sei eine begrüßenswerte Tat; man müsse im Auge halten, auch mit Rumänien, dessen Truppen mit den russischen vermischt seien, zu einem Waffenstillstand zu kommen.

Ein Redner der Fortschrittspartei wünschte, daß die nationalen Minderheiten, insbesondere die Juden, in ihren Rechten überall sichergestellt würden. Bei Abschluß eines Waffenstillstandes seien die militärischen Instanzen zu befragen, die Entscheidung aber stehe dem Reichskanzler nach Verständigung mit dem Reichstag zu. Die seinerzeit von Verwaltungsbeamten in Ober-Ost gegebenen Versprechungen sollten erfüllt und ihre Durchführung nicht weiter hinausgezögert werden. Die Verwaltung des Fürsten Ysenburg sei nicht glücklich und bedürfe sehr der Besserung.

General v. Wrisberg gab zu, daß in Ober-Ost Mißgriffe vorgekommen seien, bestritt aber, daß zu deren Abstellung nichts geschehen sei. Er verwies auf die Verfügung betr. die Unzweckmäßigkeit von Zivilarbeiterbataillonen u. a. Die Militärverwaltung werde sich auch weiter bemühen, hervortretenden Mängeln entgegenzuwirken und sie zu beseitigen.

Ein konservativer Redner äußerte sich günstig über die Verwaltung in Kurland und ging auf kurländische Verhältnisse näher ein.

Ein Unabhängiger Sozialist äußerte: Deutschland müsse überall das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, dann werde es deren Freundschaft gewinnen.

Ein Pole begrüßte die gestrige Erklärung des Kanzlers über das Selbstbestimmungsrecht der Völker; dieses werde die beste Grundlage für einen dauernden Frieden sein.

Ein Mitglied des Zentrums stellte fest, daß die große Mehrzahl des Ausschusses mit dem für die östlichen Bezirke aufgestellten Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einverstanden sei.

*

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erklärte

**Staatssekretär Dr. v. Kühlmann:**

Mehrfach ist das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung in die Debatte gezogen worden. Im Namen des Reichskanzlers und in meinem eigenen Namen erkläre ich, daß die Auffassung des nationalliberalen Abgeordneten das Richtige trifft. Wir sind mit den großen Feldherren, die an der Spitze unserer Armeen stehen,

**in täglicher und engster Fühlung.**

Ueber alle wichtigen Fragen stehen wir in einem steten Gedankenaustausch. Jeder Versuch, zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung Mißtrauen zu säen oder zwischen ihnen zu differenzieren, ist bei dem gegenseitigen Willen des engsten Zusammenarbeitens zum Scheitern und zur Aussichtslosigkeit verdammt.

Der Staatssekretär ging sodann in zum Teil vertraulichen Ausführungen auf eine Reihe der in der Besprechung aufgeworfenen Fragen ein. Dabei bemerkte er u. a., daß

**der Schutz der Minderheiten**

einen wesentlichen Bestandteil der Politik der Selbstbestimmung der Völker bilden müsse. Auf die Frage, ob bei etwaigen Verhandlungen mit Rußland auch Rumänien einbezogen werden würde, erklärte der Staatssekretär, daß die in den letzten Tagen aufgetretenen Gerüchte von einem rumänischen Verhandlungsangebot sich bisher nicht bestätigt hätten. Ein Teil Rumäniens sei noch in der Hand der rumänischen Truppen. Denkbar wäre es, daß die rumänische Armee auf eigene Rechnung und Gefahr in dem nicht eroberten Gebiete Krieg führe. Sollte sich Rumänien zu einem Verhandlungsangebot entschließen, so würde eine abgesonderte Verhandlung erforderlich sein.

Der Hauptausschuß unterbrach hier die Erörterung der militärpolitischen Fragen. Ein Antrag aller Parteien fordert, zur Prüfung der Fragen 1) der Preise für Kriegslieferungen, 2) der Lieferungen ins Ausland während des Krieges, 3) der Kriegsgesellschaften einen neungliedrigen Unterausschuß einzusetzen, der dem Hauptausschuß beim nächsten Zusammentritt schriftlich Bericht zu erstatten hat. — Ueber den Antrag wurde noch nicht entschieden.

Es folgte die

**Beratung wirtschaftlich-militärischer Fragen.**

Ein Zentrumsredner verlangte dringend Durchführung des Reichstagsbeschlusses betreffend Erhöhung der Mannschaftslöhnung wie Aufbesserung der Invaliden- und Unfallrenten. Weiter äußerte er sich zur Urlaubsfrage.

General v. Oven erklärte zu dem ersten Punkte, alsbald nachdem der Reichstag eine gestaffelte Erhöhung der Soldatenlöhnung beschlossen habe, sei die Möglichkeit ihrer Durchführung geprüft worden; bei der nach Dienstzeit gestaffelten Erhöhung falle vielfach jungen Leuten ein höherer Sold zu, als älteren, später eingezogenen Leuten mit Familie und Kindern. Verwaltung und Reichsleitung hätten sich nun geeinigt, allen Mannschaften eine durchschnittliche Erhöhung der Löhnung von 33⅓ p. H. und den Unteroffizieren eine solche von 20 p. H. zu gewähren; die erste Auszahlung werde sich bis Weihnachten ermöglichen lassen.

Zur Frage der Rentenerhöhung erklärte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Frhr. v. Stein, die Reichsleitung habe schon vor dem Beschlusse des Ausschusses sich hiermit beschäftigt; in der nächsten Zeit werde mit den in Betracht kommenden Versicherungsträgern (Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten) verhandelt werden, um dem in weitem Maße anzuerkennenden Bedürfnis nach Erhöhung der Renten abzuhelfen und festzustellen, in welcher Weise sich das Reich hieran beteiligen könne. Einstweilen müsse in dringenden Fällen im Wege der Kriegswohlfahrtspflege geholfen werden.

General v. Wrisberg gab sodann vertrauliche Auskunft

**über die Urlaubsfrage,**

zu der sich noch Redner verschiedener Fraktionen äußerten, wobei ein sozialdemokratischer Redner rügte, daß manche Kommandeure die Urlaubsverweigerung als Strafe anwendeten. Ferner wurde aus dem Ausschuß die frühere Forderung auf Aenderung des Militärpensions- sowie des Mannschaftsversorgungsgesetzes erneut erhoben und die Vorlage eines dahingehenden Gesetzentwurfs verlangt.

Nachdem General v. Oven über den Haferbedarf des Heeres vertraulich gesprochen hatte, äußerte sich Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt v. Braun zur Haferpreisgestaltung. Die Erhöhung sei auch dem Kriegsamt unerwünscht erschienen, habe aber ihren Zweck erfüllt; denn es sei mehr Hafer abgeliefert worden als im Vorjahre. In keinem Kriegsjahre zuvor sei die Reichsgetreidestelle mit einem so hohen Bestand in den Winter hineingegangen wie in diesem Jahre. Die Kartoffeleindeckung sei ebenso mit gutem Erfolge ermöglicht worden, so daß man hinsichtlich der Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln beruhigt in die Zukunft blicken dürfe. Die von dem sozialdemokratischen Redner bemängelte Ausschaltung des Ernährungsbeirats sei nicht absichtlich erfolgt. Die erwünschte Mitarbeit des Beirats erkenne die Verwaltung dankbar an.

Weiterberatung Sonnabend, außerdem Kohlenversorgung.

Vossische Zeitung
2/XII 1917
150

№ 615 Sonntag (Morgen) **Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1917 2. Dezember

# Deutscher Reichstag.

128. Sitzung, Sonnabend, den 1. Dezember 1917.

Am Tische des Bundesrats: Graf Roedern, von Krause, Schiffer.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Prinz zu Schoenaich-Carolath das Wort zu einer Erklärung, die wir in der gestrigen Abendausgabe bereits mitgeteilt haben.

## Der neue Kriegskredit.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Kriegskreditvorlage, die 15 Milliarden fordert.

Schatzsekretär Graf Roedern empfiehlt nochmals die Vorlage.

Eine vorläufige Schätzung des Gesamtergebnisses der in diesem Jahre veranlagten Kriegssteuer kann vorläufig nur summarisch erfolgen. Wichtige Bezirke, wie Düsseldorf und Wiesbaden stehen noch aus. Rechtsmittelverfahren und Nachveranlagungen können noch leichte Veränderungen bringen. Immerhin glaube ich, sagen zu können, daß die Kriegssteuer mit Zuschlägen dem Reich einen Ertrag von rund 5 Milliarden Mark bringen wird. Der Durchschnitt der schon abgeschlossenen Bezirke stellt sich auf etwas mehr als das Fünffache der Ergebnisse des Wehrbeitrages. Das Resultat ist also erheblich besser, als wir es bei der vorjährigen Gesetzgebung veranschlagt haben. Der Wehrbeitrag, die jetzt auch veranlagte Besitzsteuer und die Kriegssteuer stellen zusammen die vom Reich während des Krieges erhobenen direkten Steuern dar, die zusammen über sechs Milliarden ergeben werden. Auch die Bundesstaaten und die Kommunen haben ihre direkten Steuern erhöhen müssen. Bei Zugrundelegung der preußischen Verhältnisse wird man annehmen können, daß hier ein Mehrbetrag von etwa zwei Milliarden gegenüber der Friedenszeit erhoben worden ist. Ich bin mir bewußt, daß unsere bisherigen Kriegssteuern in erster Linie dazu dienten, das bisherige Zinsensoll, sowie die Ausfälle an anderen Steuern zu decken, und daß nur ein Teil der Kriegssteuern eine tatsächliche Minderung des Anleihesolls herbeiführen wird. Mein englischer Kollege Bonar Law hat sich neulich mit lebhaftem Interesse mit unserer Kriegsfinanzierung beschäftigt. Er wies darauf hin, daß in England der Betrag der bereits jetzt dort geschaffenen Einnahmen genüge, um die späteren Friedensausgaben einschließlich der Verzinsung der Kriegsschuld zu decken. Nach meinen Berechnungen ist da ein Fragezeichen zu machen. Auch die wichtigsten englischen Finanzzeitschriften betonen, daß die immer nur für ein Jahr bewilligte englische Einkommensteuer nicht dieselben Erträge liefern dürfte wie jetzt, wo enorme Kriegsgewinne nicht nur zu Lasten des englischen Fiskus, sondern auch zu Lasten befreundeter und neutraler Staaten von englischen Reedern und Kaufleuten gemacht worden sind. Dann scheint mir auch trotz des Leugnens des englischen Schatzkanzlers die englische Kriegsgewinnsteuer als mehr oder weniger normale Einnahme in das großbritannische Budget eingestellt zu sein. Noch ein anderer Irrtum dürfte bei Bonar Law vorliegen. Er zieht von den englischen Kriegsausgaben die an die Bundesgenossen geleisteten Vorschüsse ab und vergleicht diese Restsumme schlankweg nicht mit unseren tatsächlichen Kriegsausgaben bis zu diesem Zeitpunkt, sondern mit den bewilligten Krediten. Das sind unmeßbare Größen.

Noch bedenklicher ist aber die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, wir rechneten unsere Vorschüsse an die Verbündeten nicht in die bewilligten Kreditsummen ein. Ich will das zarte Verhältnis zwischen dem englischen Gläubiger und seinen Schuldnerstaaten nicht mehr trüben, als dies in[illegible]schen „Statist" und „Economist" getan haben. Beide behaupten unverhohlen, daß England genötigt sein könnte, die Summe, die sich bereits auf 26 Milliarden beläuft, in den Rauchfang zu schreiben. Das, was wir in irgendeiner Form zur Stärkung des Kredits unserer Bundesgenossen getan haben, ist nur ein kleiner Teil der englischen Vorschußsumme, und alles, auch das, was wir in Form von Bürgschaften geleistet haben, wird auf Heller und Pfennig in die von Ihnen bewilligten Kredite eingerechnet.

Zigarettensteuer, Kriegszuschlag werden, wenn das zweite Halbjahr den Erträgnissen des ersten gleichkommt, über 300 Millionen gegenüber 126 Millionen des Anschlags ergeben. Die Kohlensteuer hat im Oktober 78,7 Millionen gebracht. Die Verkehrssteuer kommt nur allmählich in Gang. Die Abgabe von den Gütertarifen ist eingeführt. Die Steuer von den Personentarifen erfordert wegen des Neudrucks aller Fahrkarten noch einige Zeit. Das erfreuliche Ergebnis der siebenten Kriegsanleihe hat bewirkt, daß das Jahr 1917 mit seinen beiden Anleihen uns einen Ertrag von mehr als 25 Milliarden gebracht und damit die Jahre 1915 und 1916 im Gesamtanleiheergebnis überflügelt hat. Von den 12,458 Milliarden sind bis heute 11,706 Milliarden, das heißt 94 v. H., eingezahlt. Die Darlehnskassen waren am 31. Oktober 1917 für die damaligen Einzahlungen in Höhe von 10,360 Milliarden mit 135 Millionen, also rund 1,3 v. H. in Anspruch genommen. Den Dank, den Ihr Herr Präsident dem Reichsbankpräsidenten und der Reichsfinanzverwaltung für dieses Ergebnis aussprach, bitten wir, an die vielen Zehntausende freiwilligen Helfer weitergeben zu dürfen, die wir im ganzen Lande hatten. Allein in Berlin hatten sich mehrere tausend Vertrauensleute freiwillig und unentgeltlich in den Dienst der Sache gestellt. Ich möchte den Dank aber auch weitergeben an die Presse, an die Banken und Sparkassen, und nicht zum wenigsten an das Heer, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis hat fördern helfen. Der große Erfolg der Anleihe und Ihre bisherige Zustimmung zu den Finanzvorlagen beweist, daß unsere Kriegsfinanzierung im Einvernehmen mit dem deutschen Volke und diesem Hohen Hause erfolgte. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auf dem Finanzgebiet die größten Aufgaben noch vor uns liegen. Ich denke aber, daß wir während des Krieges den durch drei Jahre verfolgten Weg weitergehen, das heißt: nach Möglichkeit Konsolidierung der Kriegskosten durch langfristige, regelmäßig wiederkehrende Anleihen, Aufbringung des Zinsendienstes durch neue, gegebenenfalls den besonderen Verhältnissen des Krieges angepaßten Steuern, organische Finanzreform unter Durchführung eines größeren Planes, aber erst dann, wenn wir über wirtschaftliche und sonstige Kriegsfolgen etwas klarer sehen. An einem solchen Plane wird seit über einem Jahre gearbeitet. Es zeigen sich auch schon gewisse Umrißlinien. Es ist aber erst möglich, sie klar herauszuarbeiten, wenn jene Folgen zu übersehen sind. Das hindert nicht, daß die eine oder die andere Steuer, die ein Teil jedes denkbaren Planes ist, vorweggenommen wird, wie wir es bei den Verkehrssteuern getan haben. Die Vorbereitung erfolgt im engen Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen, mit denen ich persönliche Fühlung zu halten bemüht bin, und sie wird erst zu endgültiger Gestaltung führen, nachdem Sachverständige und Beteiligte aus dem Wirtschaftsleben gehört sind, denn die Formen, in denen eine Ausnutzung der verschiedenen noch möglichen Steuerquellen erfolgen wird, sollen in erster Linie von Rücksichten der Volkswirtschaft diktiert werden. Nicht die Steuer soll hier führen, wenn es gälte, auf dem einen oder anderen Gebiete neue Wege einzuschlagen, sondern die Volkswirtschaft selbst. Der Ertrag läßt sich bei der modernen Steuertechnik an die eine oder andere Form anschließen, und deshalb wird gerade für mein Ressort ein enges Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt erforderlich sein. Bei Vorlegung des nächstjährigen Haushaltsplanes werden wir diesen Gegenstand weiter zu erörtern haben. Lassen uns dann die äußeren Verhältnisse an die neue Aufgabe schon herangehen — um so besser. Der gegenseitige feste Wille, durch eine große, die Bedürfnisse unseres reich gegliederten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens voll berücksichtigende Gesamtreform die Finanzen in geordneten Bahnen zu erhalten, wird bei Ihnen und der Finanzverwaltung vorhanden sein. Wo ein solcher Wille vorhanden ist, da wird sich aber auch ein gemeinsamer Weg finden lassen. (Lebhafter Beifall.)

## Das russische Friedensangebot.

Abg. **Ebert** (Soz.): Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedenssehnsüchtigen Welt freudigst begrüßt worden. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis während des Krieges, den ersten Schritt zum Frieden. Ebenso freudig werden die schwerblutenden Völker die klare Antwort des Reichskanzlers und der österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen haben. Die vom Reichskanzler als diskutable Grundlage erklärten Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedenskundgebung des Reichstages vom Juli verlangt einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung, ohne politische, wirtschaftliche oder soziale Vergewaltigung eines Volkes. Auf der gleichen Linie bewegt sich die Antwort der Reichsleitung auf die Papstnote, zu der sich auch die neue Reichsleitung offen bekannt hat. Wir haben es besonders begrüßt, daß der Reichskanzler hervorgehoben hat, die Zukunft von Polen, Kurland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht der Völker überlassen werden. Staatssekretär v. Kühlmann hat das im Hauptausschuß wiederholt. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir auf das Bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen im Sinne und Geiste dieser Erklärungen führt. (Sehr richtig! links.) Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der nicht gerüttelt werden darf. (Erneute Zustimmung links.) Die von Rußland ehrlich gebotene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliches Entgegenkommen finden. (Sehr richtig! links.) Die Reichsleitung darf und wird sich nach ihren Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauerndes freundnachbarliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland verbürgt. (Zustimmung links.) Die russische Regierung wollte mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen, von dem gleichen Willen ist das deutsche Volk beseelt. Das deutsche Volk würde sein Bestes einsetzen, wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnsinnigen Völkermorden völlig Einhalt zu gebieten. Zum Unglück der Völker ist aber bei den Staatsmännern Englands und Frankreichs mit dieser Möglichkeit nicht zu rechnen. Ueber ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch erst kürzlich noch zynisch mit Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft, gedroht. (Sehr wahr!) Dieses Verhalten der Regierungen in England und Frankreich zwingt uns, nach wie vor zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu erhalten. (Sehr richtig!) Deshalb stimmen wir dem geforderten Kriegskredit zu.

Die Reichsleitung muß den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben schnellstens gerecht werden, die menschliche Ernährung weit besser als bisher sichern, gegen Schleichhandel und Preistreiberei noch viel entschiedener vorgehen. Auf einmütiges Verlangen des Reichstages hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, die Löhnung der Mannschaften um ein Drittel, der Offiziere um ein Fünftel zu erhöhen. Wir ersuchen dringendst, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern rückwirkend ab 1. November in Kraft treten zu lassen. (Sehr richtig!) Den über alles Lob erhabenen Leistungen unserer Soldaten wird der beste Dank durch Aufbesserung ihrer kargen Bezüge. Auch dem einstimmigen Reichstagsbeschluß auf Erhöhung der Invaliden- und Hinterbliebenenbezüge muß baldigst Rechnung getragen, den notleidenden Witwen und Waisen schnelle Abhilfe und den Arbeiterinvaliden eine Prämienerhöhung zuteil werden. Bei der Beschaffung des Kriegsmaterials wird nicht nur aus dem Vollen geschöpft, sondern geradezu Verschwendung getrieben. Dafür liefern die Abschlüsse der Aktiengesellschaften usw. himmelschreiende Belege. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Gewinne aufgehäuft. Das Kriegsministerium muß die Reichsmittel gewissenhaft verwenden, es soll sich weniger um Zensur und Versammlungspolizei bekümmern und dafür mehr den Kriegsgewinnern und Schiebern auf die Finger sehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die nächste Steuer muß eine härtere und möglichst

Fremdenblatt



2./XII. 1917.

## Wien, 2. Dezember.

Das Waffenstillstands- und Friedensangebot der russischen Regierung eröffnet die Aussicht auf die teilweise Beendigung des furchtbaren Krieges, den wir seit mehr als drei Jahren zur Verteidigung unserer Existenz zu führen gezwungen waren. Von dem ersten Augenblick an, da die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens mit Rußland auf dem politischen Horizont auftauchte, hat die österreichisch-ungarische Regierung keinen Zweifel über ihre Bereitwilligkeit auf ehrenvolle Weise den blutigen Streit beizulegen, aufkommen lassen. Das Prinzip eines Friedens ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen und mit Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wurde schon im Frühling dieses Jahres von uns als Grundlage eines dauerhaften und keine Stacheln zurücklassenden Friedens angenommen. Die österreichisch-ungarische Politik ist sich, als der Friedensvorschlag der russischen Republik erfolgte, treu geblieben und die Antwort, welche auf den Vorschlag Rußlands gegeben wurde, entspricht vollkommen dem Standpunkte, den die Führung eines Verteidigungskrieges verständlich erscheinen läßt. Wir haben auch nicht einen Augenblick gezögert, die russische Regierung von unserer Bereitwilligkeit in Kenntnis zu setzen, auf der von ihr verlangten Grundlage in Friedensverhandlungen zu treten. Schon der Umstand, daß mit möglichster Beschleunigung diese Nachricht den Petersburger Machthabern übermittelt wurde, ist ein Zeugnis für unsere aufrichtige, jeder Hinterhältigkeit entbehrende Absicht, den Feindseligkeiten mit Rußland ein Ende zu setzen. Unter solchen Umständen muß es überraschen, daß einige Parteien im österreichischen Parlament es für notwendig erachtet haben, den Anschein zu erwecken, als ob unsere Antwort auf das russische Friedensangebot ungeeignet wäre, den Voraussetzungen einer Verständigung mit Rußland zu entsprechen. In einem Communiqué geben die Präsidien des Czechenverbandes, des Südslawischen Klubs und der Ukrainischen parlamentarischen Vereinigung ihrer Ansicht Raum, daß die vorgestrigen Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten geeignet wären, die Verständigung mit Rußland

---

Denn dort draußen war es und um diese Zeit. In [illegible] — es gibt gewisse Grenzen, vor denen parteipolitische Rücksichten Halt machen müssen, wenn es sich um die höchsten Güter des Vaterlandes und der Menschheit handelt.

Fremdenblatt

4./XII. 1917

164

## Wien, 4. Dezember.

Die Verhandlungen über den Waffenstillstand zwischen den Zentralmächten und Rußland haben begonnen. Ein Ereignis von unabmeßbarer Tragweite ist im Begriffe, sich zu vollziehen und die Hoffnung taucht auf, daß es gelingen werde, zu einem Friedensschluß mit unserem großen östlichen Nachbarn zu gelangen. Oesterreich-Ungarn darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß wir sofort, als bei der russischen Regierung sich friedliche Tendenzen zeigten, bemüht waren, diesen Bestrebungen entgegenzukommen. Unsere ganze Politik seit der ersten Erklärung einer russischen Regierung, sie wolle einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, war darauf gerichtet, diesem Grundsatze zum Durchbruche zu verhelfen, um die leidende Menschheit von dem Unglück des entsetzlichen Krieges zu befreien. Dieses Ziel hat die österreichisch-ungarische Regierung, trotz mancher Wechselfälle, immer fest im Auge behalten, und der gestrige Tag scheint die Gewähr zu bieten, daß wenigstens mit Rußland die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens in greifbare Nähe gerückt ist. Sowohl auf seiten der Regierung der russischen Republik, wie auf seiten der Zentralmächte besteht ein aufrichtiger und ehrlicher Friedenswille, und daß, zumindest bei einem großen Teile des russischen Heeres, dieselbe Gesinnung herrscht, beweist die Tatsache, daß mit einer Armee bereits der Waffenstillstand vereinbart wurde und daß in zahlreichen Abschnitten der russischen Front von Division zu Division örtliche Waffenruhe abgeschlossen wurde. Um zu einem allgemeinen Waffenstillstand zu gelangen, ist eine russische Abordnung vorgestern abends, nachdem sie unsere Linien passiert hatte, an den Verhandlungsort weitergereist. Der Friede mit Rußland erscheint daher heute nicht mehr als ein unerreichbares Phantasiegebilde, und nach dreieinvierteljährigem Kriege ist wenigstens die Aussicht vorhanden, daß die Zentralmächte und ihre Verbündeten mit dem mächtigen russischen Reiche zu einer Verständigung gelangen können. Ohne sich einem voreiligen Optimismus hinzugeben, kann man doch diese Tatsache von höchster Bedeutung als einen historischen Wendepunkt bezeichnen. Es ist das erste Mal in diesem Weltkriege, daß Großmächte untereinander zu förmlichen Waffenstillstandskonferenzen gekommen sind, Konferenzen, welche den Zweck haben, Friedensverhandlungen anzubahnen. Es ist der erste greifbare Erfolg des Friedensgedankens, des Friedensgedankens, der nicht bloß den augenblicklichen Streit der Staaten beilegen soll, sondern der Menschheit eine dauernde, ungestörte und ruhige Entwicklung gewährleisten muß. Es ist, wie übrigens aus den Erklärungen des Herrn Dr. v. Seidler klar hervorging, selbstverständlich, daß

Vossische Zeitung

4. VII. 1917

165

# Weltpolitische Zukunft.

Von

**Dr. Alexander Redlich.**

Nach amtlicher Mitteilung haben gestern mittag zwischen den Heerführern Deutschlands und Rußlands die Verhandlungen über einen Waffenstillstand begonnen. Ein Augenblick ist da, der seit mehr als drei Jahren das Ziel der Wünsche vieler Millionen gebildet hat. Der erste sichtbare Schritt zum Frieden ist getan.

Ob das Werk gelingen wird, wissen wir nicht; und wir haben schon zu viele Enttäuschungen erlebt, um diese neue Phase mit dem Jubel überschwänglicher Hoffnungen zu begrüßen. Aber eines müssen wir uns klar machen: wie der Ausgang sein wird, das zu bestimmen, liegt zu einem guten Teil bei uns selbst. Es ziemt uns, mit hohem Ernst und mit einem durch das volle Bewußtsein unserer weltgeschichtlichen Aufgabe geschärften Gewissen ans Werk zu gehen.

Es gilt jetzt, nicht allein das Ende dieses blutigsten und gewaltigsten Krieges nach bestem Können zu beschleunigen, sondern es gilt auch dafür zu sorgen, daß diese unendlichen Opfer nicht umsonst gebracht sein mögen. Nicht ein Friede um jeden Preis soll geschlossen werden, sondern ein Friede, der die Welt und unser eigenes Vaterland einem Dauerzustand künftiger ruhiger und gedeihlicher Entwicklung entgegenführt. Ihn können wir nur erreichen, wenn wir in den kommenden Tagen der Entscheidung auf die großen Gesetze historischer Entwicklung achten, denen wir uns nicht entziehen können.

Eine neue Welt wird aus dem Kriege erstehen. Die Umrisse ihrer Gestaltung waren schon vorher für das nachdenkliche Auge sichtbar. Aber was sich langsam und kaum bemerklich zu vollziehen begonnen hatte, das hat der Krieg mit katastrophaler Schnelligkeit der Reife nahegebracht. Die Welt steht im Zeichen der Zusammenfassung mittlerer und kleinerer Einheiten zu großen wirtschaftlichen Gruppen mit möglichst weitgehender Selbständigkeit. Wir haben schon vor dem Kriege im britischen Reich und in Nordamerika Typen dieser künftigen Gestaltung kennen gelernt. Ihnen schloß sich Rußland an, das zwar noch nicht die entsprechend hohe Entwicklungsstufe, wohl aber durch seinen Reichtum an Bodenschätzen und durch seine zahlreiche und befähigte Bevölkerung alle natürlichen Voraussetzungen zu einem wirtschaftlichen Weltreich aufwies. Und schließlich haben sich in Ostasien deutliche Anzeichen einer gleich gerichteten Bewegung unter japanischer Führung bemerkbar gemacht. Nur die Völker des engeren europäischen Festlandes blieben scheinbar von dieser Entwicklung unberührt.

Nach dem Kriege wird dies nicht mehr möglich sein. Wir haben jetzt gelernt, die Folgerungen zu erkennen, die das historische Gesetz uns nahelegt. Und wir haben auch gleichzeitig gelernt, daß wir sonst Gefahr laufen, von einer Entwicklung, der wir uns entgegenstellen wollen, zerrieben zu werden. Der Krieg hat zwei Methoden einander schroff gegenübergestellt, das Gesetz des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zu erfüllen. Die eine ist die englisch-amerikanische, die andere die europäisch-kontinentale. Die angelsächsische Methode besteht in der wirtschaftlichen Unterjochung des Schwächeren und in seiner Angliederung an das eigene weltumfassende Wirtschaftsreich. Zu dieser Methode gehört es, zunächst zerstörend zu wirken, Reiche, die durch ihre Größe und Kraft geeignet scheinen könnten, den Weg zur Selbständigkeit zu finden, durch Zersplitterung daran zu hindern, bedrohliche Verbindungen auf Grund gleich gerichteter Interessen zu zerstören. Deshalb hat England die Zwistigkeiten unter den Staaten des europäischen Festlandes nach Kräften geschürt. Deshalb hat es im Kriege selbst das System der Pufferstaaten gegen Deutschland ersonnen. Die Mittelmächte sollten mit einem Kranz solcher kleinen, dem englischen Einflusse unterworfenen Gebiete umgeben und durch sie lahmgelegt werden. Dieses System, das in der von England erdachten und gestützten Eroberungspolitik Poincarés mit Bezug auf die linksrheinischen Gebiete Deutschlands gipfelte, hat schon jetzt Schiffbruch gelitten. Es völlig zu beseitigen wird gelingen, wenn nunmehr der angelsächsischen Methode, wie wir sie eben beschrieben haben, die kontinental-europäische Methode der Bildung wirtschaftlicher Großverbände zielbewußt entgegengesetzt wird.

Diese Methode besteht darin, die mittleren und kleinen Einheiten mit im Grunde gleich gerichteten Interessen zur Ver-

Arbeiterzeitung

167

4./XII. 1917

# Vom Waffenstillstand zum Frieden.

Die revolutionäre Arbeiterregierung in Petersburg hat einen großen Sieg errungen. Der General Duchonin, der den Befehlen der Revolutionsregierung den Gehorsam verweigert hat, mußte vor dem Zorn der Soldaten fliehen. Das Hauptquartier ist in den Händen des Fähnrichs Krylenko, des Vertrauensmannes der Arbeiterregierung. An der ganzen Front zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere ruhen die Waffen. Die Unterhändler der russischen Armee sitzen bereits mit deutschen und österreichischen Generalstabsoffizieren an einem Tische, um die Einzelheiten des Waffenstillstandes zu beraten. Der russische Sozialismus hat dem Kriege eine Wunde geschlagen, von der er sich nicht mehr erholen wird. Und mit den russischen Proletariern jubeln heute alle, denen blinder Haß noch nicht menschliches Fühlen zerstört hat, über das Ende der wahnwitzigen Menschenschlächterei. Der Sieg des Sozialismus ist der Sieg der Menschlichkeit.

Wir wollen den Waffenstillstand, aber der Waffenstillstand kann und soll nichts anderes sein als der erste Schritt zum Frieden. Einen Waffenstillstand zu schließen ist nicht schwer. Will man aber Frieden haben, so ist eine völlige Einigung über alle die Streitfragen nötig, die zwischen Rußland und den Mittelmächten stehen. Und schon sehen wir Leute am Werk, deren Treiben eine solche Einigung verzögern, stören, am Ende gar hintertreiben könnte! Man fängt schon wieder an, von den „Sicherungen" für die Macht der Mittelstaaten zu reden, die der Friede bringen solle. Kein Wort hat größeren Schaden angerichtet als gerade dieses. Denn wenn es auch Leute geben mag, die mit den „Sicherungen" und „Garantien" harmlose Dinge meinen, so werden diese Worte doch im Ausland ganz anders gelesen. Man glaubt im Ausland, daß sich hinter diesen zweideutigen Redewendungen Annexionspläne verbergen. So ist das Gerede über die „Sicherungen", mit dem heute wieder die Nationalverbändler in der österreichischen Delegation begonnen haben, geradezu eine Gefährdung der Friedenssache. Wir halten es für eine Pflicht der Regierung, den gefährlichen Gebrauch des zweideutigen Wortes mit der größten Entschiedenheit zurückzuweisen und ihren Willen zu einem Frieden ohne jede Gebietsvergrößerung und ohne jede Einschränkung der politischen und der wirtschaftlichen Selbständigkeit aller unserer Nachbarvölker gegen alle solche Zweideutigkeit zu schützen.

Die Geschichte ist eine gute Lehrmeisterin. Vielleicht ist es nützlich, heute daran zu erinnern, was alles in früheren Kriegen als eine unerläßliche „Sicherung" ausgegeben worden ist. Als Oesterreich im Jahre 1859 im Krieg um die Lombardei stand, haben österreichische Generale in höchst gelehrten Schriften die Lehre begründet, daß uns der Besitz der Lombardei darum notwendig sei, weil nur Oesterreichs Herrschaft in Oberitalien Deutschlands Sicherheit gegen Frankreich verbürge. Herrscht Oesterreich nicht mehr in Mailand, so sei das Rheinland gegen Frankreich nicht zu schützen. Nur am Po könne der Rhein verteidigt werden! Daß die österreichische Herrschaft in Oberitalien eine unerläßliche „Sicherung" für Oesterreich wie für Deutschland sei, war geradezu ein Dogma der österreichischen Militärwissenschaft der Fünfzigerjahre und auch außerhalb Oesterreichs ist dieser Unsinn geglaubt worden! So ein Beispiel für viele. Stets hat man die dreistesten Eroberungspläne als ein Gebot militärischer „Sicherung" ausgegeben. Nach allen diesen Erfahrungen darf man sich nicht wundern, wenn die Völker unruhig werden, so oft sie das zweideutige Wort hören. Nein, von angeblichen „Sicherungen", die den Frieden in die Ferne rücken könnten, darf jetzt keine Rede sein. Die stärkste Sicherung gegen künftige Kriegsgefahr wäre eine ehrliche Freundschaft mit unserem größten Nachbarn, mit d e m Nachbarn, dem seine Volkszahl, seine Bevölkerungsvermehrung und seine unerschöpflichen Bodenschätze die größte Zukunft verbürgen. Darum dürfen wir Rußland keinen Frieden zumuten, der das Bedürfnis nach einem Rachekrieg wecken würde; dürfen wir zwischen Rußland und uns kein zweites Elsaß-Lothringen legen, das uns für ewig verfeinden würde. Ein Friede, der das russische Volk ebenso befriedigt wie uns, ist die einzig mögliche, einzig wirksame Sicherung unserer Zukunft!

Was stellt man sich denn unter den „Sicherungen" sonst vor? Die Personalunion mit Polen? Darüber hat die Mehrheit der Völker Oesterreichs in der Debatte im Parlament ihr Urteil ganz unzweideutig gesagt.

. . . . . Die Freundschaft mit dem großen russischen Volke, das in einem, in zwei Menschenaltern ein sehr gefährlicher, ein schier unbezwingbarer Gegner sein wird — Rußland wächst um zwei Millionen Seelen im Jahre! —, und der friedliche Warenaustausch mit dem großen Wirtschaftsgebiet von Minsk bis Wladiwostok sind uns hundertmal mehr wert als jede denkbare „Sicherung".

Die Völker wollen den Frieden. Und jeder, der jetzt Forderungen stellt, die den Frieden unmöglich machen würden, wird von den Völkern als ihr Todfeind betrachtet und behandelt werden!

Wir wollen den Frieden. Und zwar nicht nur den Frieden mit Rußland, sondern den allgemeinen Frieden. Ein Sonderfriede mit Rußland würde nur das russische Volk vom Kriege befreien; für u n s e r e Soldaten würde er nur bedeuten, daß sie statt an der einen an der anderen Front, statt in Galizien und in der Moldau in Italien oder gar in Frankreich kämpfen müßten. Die Völker wollen, daß die Mittelmächte die Friedensverhandlungen mit Rußland dazu benützen, auch den anderen Völkern zu beweisen, daß sie zu einem billigen Frieden bereit sind. Lehnen die Westmächte und Italien ein solches Angebot ab — nun, dann sind wir eben gezwungen, weiterzukämpfen. Aber nur wenn die Mittelmächte endlich allen Völkern ein Friedensangebot stellen, das für alle Völker gleich annehmbar ist; nur wenn sie in einem solchen Friedensangebot eine offene, klare Sprache sprechen, die nicht mißdeutet werden kann, nur dann werden unsere Völker überzeugt werden können, daß die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich ist, und nur dann wird auch in den feindlichen Völkern der Widerstand gegen die imperialistischen Regierungen erstarken. Die Völker dürfen verlangen, daß die günstige Gelegenheit, die die Verhandlungen mit Rußland bieten, benützt werde zu einem ehrlichen und mutigen Versuch, dem Kriege auf allen Fronten endlich ein Ende zu setzen. Wer jetzt noch zur „Zurückhaltung" in Friedensangeboten rät, wie es heute die Nationalverbändler und Herrenhäusler tun, versündigt sich an dem heiligen Friedenswillen des Volkes!

Die Völker haben Beispielloses gelitten. Jetzt hat ihnen die russische Revolution, haben ihnen die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland endlich die Hoffnung gegeben, von unerträglicher Qual befreit zu werden.

# In der neuen Türkei.

(Nationale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsarbeit.)

Von **Alexander Tietzen** (Frankfurt).

Aus der Erkenntnis einer den gegenwärtigen Krieg überdauernden Gemeinsamkeit der Interessen Deutschlands und der Türkei ist der Wunsch entstanden, durch wechselseitige Besuche einander besser kennen und tiefer verstehen zu lernen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die gegenseitigen Besuche der Pressevertreter beider Länder zustande gekommen. Sie werden ihre Rückwirkung auf die öffentliche Meinung üben und damit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer vielseitiger und enger gestalten. Diese Erwartung kam auch in allen Reden und Gesprächen bei dem deutschen Pressebesuch in Konstantinopel zum Ausdruck.

Als die Ziele des neutürkischen Strebens wurden Nationalisierung und Europäisierung bezeichnet, letzteres im Sinne des zivilisatorischen Fortschritts, ersteres in Erfüllung der nationaltürkischen Bestrebungen, der Zusammenfassung der noch vielfach zerstreuten türkischen Kräfte und ihrer Durchdringung mit dem ihnen erst unter den neuen Verhältnissen bewußt gewordenen Vaterlandsgedanken. Man ist um die Erhaltung und die Vermehrung der türkischen Bevölkerung bemüht, durch hygienische Maßnahmen, die freilich noch in den Anfängen stecken, und durch Heranziehung von Türken aus dem Auslande zur Neuansiedelung in wenig bevölkerten Landstrichen. So sind schon eine Anzahl mazedonischer Flüchtlinge in Thrazien angesiedelt worden.

Man darf bei den Entwicklungen in der Türkei freilich nicht westeuropäische Zeitmaße zu Grunde legen. Aber gerade die Lehren des jetzigen Krieges haben in vieler Hinsicht erzieherische Wirkungen geübt, und sie haben vor allem eins geweckt, was vorher fehlte, den Sinn für Organisation, der in Ueberwindung früherer Passivität vor allem auf militärischem Gebiet erfolgreich geworden ist. Niemals früher wäre es in der Türkei möglich gewesen, so große Heeresmassen aufzubieten, auszubilden und gut auszurüsten, wie es in diesem Kriege geschehen ist; mehr als zwei Millionen. Die Türken wissen allerdings auch, wie viel sie hier dem deutschen Vorbild und deutscher Unterstützung verdanken, die sich nach wie vor rege betätigt. Deutsche helfen auch an der militärischen Ausbildung mit und sie haben es, wie wir an Uebungen von Marineschülern beobachten konnten, mit einem sehr bildungsfähigen Menschenmaterial zu tun. Die guten militärischen Eigenschaften der Türken sind bekannt. Die höchste Probe kriegerischer Tapferkeit und Standhaftigkeit haben sie in den Kämpfen an den Dardanellen, an jenen historischen Stätten altgriechischer Heldenkämpfe bestanden. Die Erläuterungen, welche die Leiter der ruhmreichen Verteidigung den Pressevertretern auf jenen Kampfplätzen selbst gaben, vermittelten erst die richtige Vorstellung von den gewaltigen Leistungen der türkisch-deutschen Zusammenarbeit: in dem Bezirk Tschanak-Kale unweit der trojanischen Gefilde, von wo aus die englischen und französischen Riesenschiffe unter Verlust einer ansehnlichen Anzahl in die Flucht geschlagen wurden in Sedd ul Bahr an der äußersten Spitze von Gallipoli, wo eine kleine türkische Schar der Blüte so vieler französischer und englischer Regimenter das Grab bereitet hat, und in Aibunru und Anaforta, wo wenige türkische Bataillone, mit Munition damals sehr mangelhaft versorgt, mehrere englische Divisionen tagelang aufhielten und sie nach Eintreffen von Verstärkungen in die Flucht schlugen — an 100 000 Feinde sind dort gefallen. Ein ewig leuchtendes Ruhmesblatt für die todesmutigen Verteidiger!

Die gute Regelung der Heeresausrüstung sieht man an den türkischen Soldaten. Sie ist aber auch erst während dieses Krieges richtig in Fluß gekommen. Mehrere große staatliche Militärausrüstungsfabriken, von denen wir zwei besichtigen konnten, vermögen den ganzen Bedarf zu decken. In Beikas, auf der asiatischen Seite des Bosporus, wird die Schuhbekleidung hergestellt, täglich fast 4000 Schuhe. Etwa 5000 Arbeiter sind dort beschäftigt, zumeist Soldaten, aber auch eine Anzahl Frauen. Dort findet die Bearbeitung des Leders von seinem Ursprung bis zur Herstellung des fertigen Schuhwerks statt. Wir konnten uns überzeugen, daß Rohmaterial reichlich vorhanden war; auch an Gerbstoffen fehlt es nicht, da diese in großer Menge aus Eichelkapseln in der Umgebung von Smyrna gewonnen werden. Die Fabrik, die außer Lederwaren auch Pferdedecken und Taschen aus Ziegenhaaren herstellt, die, wie uns gesagt wurde, sich durch besondere Dauerhaftigkeit auszeichnen, ist durchaus modern eingerichtet und arbeitet überall mit deutschen Maschinen; im Hauptgebäude sind sämtliche Anfertigungsmaschinen von einer Frankfurter Maschinenfabrik geliefert. Zur Herstellung der sonstigen Bekleidung der Soldaten dient die kaiserliche Militärfabrik Fezhane in Dsterdar, die 8000 Personen beschäftigt, darunter 5000 Frauen und Kinder. Sie vereinigt in sich Spinnerei, Weberei und Färberei und liefert täglich 3000 fertige Anzüge, daneben Mützen, Strümpfe, und auch noch Stoffe für den Privatbedarf. Also eine sehr ansehnliche Leistungsfähigkeit nicht nur an Menge, sondern, wie wir sehen konnten, auch an Qualität. Eine vollständige Revolutionierung durch die Kriegsnotwendigkeiten bedeutet die Frauenarbeit in den Fabriken. Es ist zum ersten Male, daß hier Männer und Frauen zusammenarbeiten; aber, wie überall, so ist auch hier die Frauenarbeit unentbehrlich geworden. Die Stellung der Frau, die in der Türkei ja noch viel umstritten ist, wird durch diesen Beginn praktischer Emanzipation dauernd im Sinne weiterer Entwicklung ihrer Selbständigkeit beeinflußt werden. Weniger erfreulich vom sozialen Gesichtspunkt aus ist die zahlreiche Beschäftigung von Kindern in den allerdings gut gelüfteten Räumen; man darf sie wohl als eine nur vorübergehende Kriegsnotwendigkeit ansehen. Es wird darauf gesehen, daß die Kinder über der Arbeit nicht ihre Fröhlichkeit zu sehr einbüßen; aus den Arbeitsräumen der jüngeren erschallen häufig gemeinsame Gesänge.

Für die Pflege der Wohltätigkeit bestehen in Konstantinopel ähnliche Einrichtungen wie bei uns. Der Rote Halbmond ist dem Roten Kreuz nachgebildet und schätzt dieses Vorbild außerordentlich. Seine Leiter und Leiterinnen — hier stehen natürlich die Frauen voran — waren ganz besonders dankbar für die reiche, von Deutschland ihrem Liebeswerk geleistete Hilfe. Täglich werden dort mehrere hundert Kinder und sonstige heimatlose Personen, die ohne Ernährer sind, beschäftigt und gut unterstützt. Durch Anfertigung und Verkauf von Stickereiarbeiten — Decken, Kleider, Umhänge — nach alten, geschätzten Mustern wird ein Teil der Aufwendungen wieder eingebracht. Für die ganz arme Bevölkerung Konstantinopels sorgt der Rote Halbmond durch Volksküchen, aus denen täglich 80 000 Personen unentgeltlich gespeist werden. Diese erhalten dort ihre Tagesportionen in Gefäßen, die sie mitzubringen haben — und indem darauf gesehen wird, daß diese Geschirre sich stets in sauberem Zustande befinden (sonst werden die Leute wieder heimgeschickt), ist das auch eine Erziehung zur Reinlichkeit —, sie müssen sich diese Portion auf den Tag verteilen. Das Essen ist, wie wir in der Volksküche zu Skutari erproben konnten, reichlich, nahrhaft und wohlschmeckend. Lernen könnten wir in Deutschland an dem dortigen Beispiel, wie man solche Massenspeisungen schnell und ohne Stockungen bewerkstelligt. Ohne lästigen Andrang und ohne langes Warten wurden die Portionen für 6000 Personen in ganz kurzer Zeit ausgeteilt. Greise, Frauen, große und kleine Kinder kommen mit ihren Gefäßen. Fünf Speisenverteiler mit verschiedenfarbigen Gewandhüllen sind aufgestellt, und die Gewandfarbe bedeutet die Anzahl der Portionen, die jeder dieser Verteiler an den einzelnen abzugeben hat und auf welche die mit der gleichen Farbe versehenen Karten lauten; wer auf Grund seiner weißen Karte nur Anspruch auf eine Portion hat, geht zu dem Mann mit dem weißen Schurz, bei zwei Portionen zum roten Schurz, bei drei zum blauen, bei vier zum rosa und bei fünf Personen, also für eine große Familie, zu dem braungewandeten Verteiler. Und da jeder Verteiler ein den Portionsmengen entsprechendes Gefäß benutzt, geht die Verteilung im Nu vor sich. Zufrieden kommen und geben alle, und die Größeren und Kräftigeren erweisen sich den Schwachen und Kleinen hilfreich. Die schlimmste Not unter den Allerärmsten wird auf diese Weise gelindert. Natürlich bleibt aber der Wohltätigkeit darüber hinaus noch sehr weiter Spielraum. Ein Liebeswerk anderer Art leistet das Komitee für nationale Verteidigung, das Liebesgaben für arme Soldaten beschafft, sich auch ihrer Familien nach Möglichkeit annimmt, außerdem aber eine sehr nützliche und notwendige sanitäre Aufklärungsarbeit leistet, um die Bevölkerung zum Selbstschutz vor Ansteckungsgefahr zu erziehen.

Um dieses Aufklärungswerk, dem mündliche Belehrungen und bildliche Darstellungen von infektiösen Krankheitserscheinungen dienen, mit gutem und dauerndem Erfolge durchzuführen, ist freilich zunächst eine Verbreitung und Hebung der allgemeinen Bildung vonnöten. Und es kann gesagt werden, daß für die Notwendigkeit einer gründlichen Erziehungsarbeit als eine der wichtigsten Zukunftsfragen der Türkei in den dortigen Regierungskreisen weitgehendes Verständnis herrscht. In Beherzigung des Satzes, daß, wer die Jugend hat, auch die Zukunft hat, wird für die Schulen verhältnismäßig viel aufgewandt. Für die allgemeine Leitung des Schulwesens ist ein Deutscher, Geheimrat Schmidt, gewonnen. Das höhere Schulwesen untersteht dem sehr rührigen und sympathischen Herrn Adil, unter dessen Führung wir den Schulbetrieb in mehreren höheren Knaben- und Mädchenschulen und in einem Lehrerinnenseminar besichtigten. Es handelt sich fast überall um Internate, in denen vielfach aus früherer Zeit noch das Französische vorherrscht, aber in zunehmendem Maße jetzt das Deutsche gelehrt wird. Wir konnten sehen, wie erstaunlich die Lernfähigkeit der türkischen Kinder ist. Knaben, die erst seit 9 Monaten deutschen Unterricht hatten, vermochten sich schon ziemlich gewandt deutsch auszudrücken, und zu allgemeiner Belustigung sang einer der Knaben fehlerfrei das Lied: „Als die Römer frech geworden" unter verständnisvoller Unterstützung der ganzen Klasse. Bei allen Unterrichtsproben in den verschiedensten Fächern fiel der gute Vortrag und die Regsamkeit der Schüler angenehm auf. Sie machten durchweg einen sehr geweckten Eindruck, und man spürte förmlich ihre innere Mitarbeit — ein gutes Zeichen für den Zusammenhang zwischen Lehrern und Schülern und für einen anregenden Lehrbetrieb. Diese höheren Schulen gleichen etwa unseren Oberrealschulen, wie es dort überhaupt nur Realanstalten, ohne Latein und Griechisch gibt; statt dieser Sprachen wird in den höheren Stufen Arabisch und Persisch getrieben. Der Hauptwert wird auf die Ausbildung für das Praktische gelegt, das Theoretisch-Wissenschaftliche ist erst dem Oberbau zugewiesen. Die Anstalten sind durchweg gut ausgestattet, namentlich auch mit technischen Apparaten. Viel getan wird auch für die Heranbildung eines größeren Lehrer- und Lehrerinnenpersonals; es bestehen bereits 38 Lehrer- und 12 Lehrerinnenseminare, in denen die Ausbildung und der ganze Unterhalt der künftigen Lehrerpersonen völlig kostenlos ist. Auch das Universitätswesen wird eifrig gefördert. Während des Krieges sind 20 deutsche Professoren die Universität in Konstantinopel berufen und 20 neue Institute dort eingerichtet worden. Also überall tritt ein starkes Streben nach Bildung hervor, in der Erkenntnis, daß hierin das beste Mittel liegt, die Jugend für die künftigen Aufgaben vorzubereiten.

Noch ein Wort über die Frauenfrage. Ich erwähnte schon die für türkische Vorstellungen gewaltige Neuerung, daß Frauen zusammen mit Männern in den Fabriken

171

5./XII. 1917

# Zum allgemeinen Frieden!

Die Bolschewiki gehen von Sieg zu Sieg. Während im Hauptquartier der deutschen Kommandierenden an der Ostfront über den Waffenstillstand verhandelt wird, ist der amerikanische General Johnson bei Trotzki erschienen, um die zerrissene Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und dem revolutionären Rußland wieder anzuknüpfen. Die Ententemächte, die sich mit Kerenski, Kaledin und Kornilow gegen das revolutionäre Proletariat Rußlands verschworen; die Rußland mit der Kriegserklärung drohten, ihm alle Zufuhr sperrten, den General Duchonin zur Gehorsamsverweigerung aufreizten — sie müssen jetzt einsehen, daß mit allen ihren Machtmitteln der Friedenswille des russischen Volkes nicht zu brechen war; müssen sich jetzt bequemen, Verhandlungen mit der Regierung einzuleiten, die das Joch der Entente abgeschüttelt, die Geheimverträge veröffentlicht und für nichtig erklärt, Verhandlungen mit Deutschland und Oesterreich trotz dem Einspruch der „Verbündeten" eröffnet hat! Daß die mächtigen Vereinigten Staaten der Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte heute sagen lassen müssen, die Zeit der Proteste und Drohungen gegen die Macht der Räte sei vorüber, daß sie Rußland heute fragen müssen, ob es die Friedensverhandlungen im Einvernehmen mit ihnen führen will, das zeigt, wie stark und unbestritten die Macht der Bolschewiki in Rußland schon ist. Die Arbeiter- und Soldatenregierung, die Regierung, die der Welt den Frieden geben will, sitzt fest im Sattel — das vor allem bezeugt der Annäherungsversuch der Vereinigten Staaten. Das russische Proletariat hält das große Rußland fest in seinen Händen.

Die Friedenshoffnungen aller Völker werden durch diese Tatsache mächtig gestärkt. Schon zeigt es sich, daß der feste Entschluß der russischen Regierung, dem blutigen Kriege ein Ende zu setzen, auch auf die anderen Länder kräftig einwirkt. Es ist nicht erstaunlich, daß gerade die Vereinigten Staaten zuerst einen Versuch unternahmen, sich Rußland wieder zu nähern. Als sie in den Krieg eintraten, mochten sie glauben, ihre Aufgabe werde sich darauf beschränken, die russischen Soldaten mit allem Notwendigen auszurüsten, damit sie Amerikas Schlachten schlagen können. Eine solche Aufgabe wäre so recht nach dem Geschmack der amerikanischen Hochfinanz, der aus großen Lieferungen an Rußland fette Profite erwachsen sollten; und sie hätte dem amerikanischen Bürgertum nicht übel gefallen, das es ja den russischen Bauern und Arbeitern überlassen hätte, ihr Blut zu vergießen. Jetzt aber sehen die Dinge ganz anders aus. Die russischen Bauern wollen nicht mehr kämpfen. Will Amerika den Krieg fortsetzen, so muß es das Blut seiner eigenen Söhne opfern; und statt der fetten Lieferungsprofite drohen dem Kapital die hohen Steuern, die erforderlich wären, den Riesenaufwand für die Verwendung einer amerikanischen Millionenarmee auf europäischem Boden zu decken. Man begreift, daß die Kriegsbegeisterung auch in Amerika allmählich schwindet; daß man auch dort nicht unzufrieden wäre, sich bei günstiger Gelegenheit aus der Affaire zu ziehen. Und wenn sich die Vereinigten Staaten dazu entschlössen, wäre der Krieg überall zu Ende. Denn ohne Amerika und ohne Rußland könnten England, Frankreich und Italien den Krieg nicht fortsetzen.

Es ist in den letzten Tagen sehr viel geschehen, was das Erstarken der Friedensstimmung in allen Ländern bezeugt. Die Reden Lansdownes und Hendersons in England, Nittis in Italien, die Artikel Renaudels und Sembats in der „Humanité", die Verfolgung der Pazifisten in Frankreich, die doch nur die Kraft des Pazifismus bezeugt — all das sind ermutigende Anzeichen. Der Sieg der Demokratie in Rußland hat in der Demokratie aller Länder Genugtuung hervorgerufen und Hoffnungen geweckt; englische Arbeiter, französische Sozialisten und amerikanische Demokraten sträuben sich gegen den Gedanken, der in blutigen Wirren erstehenden russischen Republik vom Tage ihres Entstehens an feindlich gegenüberzutreten. Die ganze Ideologie des Krieges gerät in den Ententeländern ins Wanken; wenn die radikale russische Demokratie Frieden mit Deutschland und Oesterreich schließt, wird der Krieg des britischen, amerikanischen und französischen Imperialismus nicht mehr als ein Krieg der verbündeten Demokratien der Welt gegen reaktionäre Staaten hingestellt werden können. So wirken viele Umstände zusammen, die Neigung zum Frieden in aller Welt zu stärken. Nach dem Annäherungsversuch Amerikas an Rußland unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß der allgemeine Friede heute leichter erreichbar ist denn je.

Die Mittelmächte hüllen ihre Friedensbedingungen immer noch ins Geheimnis. Auch die heutige Rede des Grafen Czernin hat das Dunkel nicht erhellt. Aber man wird sehr bald erfahren, was die Mittelmächte wollen. Trotzki hat dem amerikanischen General gesagt, daß Rußland auf öffentlichen Friedensverhandlungen besteht. Deutschland und Oesterreich werden also vor aller Welt sagen müssen, unter welchen Bedingungen sie Frieden schließen wollen. Diese Oeffentlichkeit könnte in einem Falle eine große Gefahr sein: Wenn nämlich Deutschland und Oesterreich Forderungen stellten, die für die Mächte der gegnerischen Koalition nicht annehmbar wären, dann würde solches Verlangen den Kriegswillen in allen Ländern von neuem aufpeitschen und dadurch die Beendigung des Krieges unmöglich machen. Wenn dagegen die Mittelmächte in den Verhandlungen mit Rußland einen Frieden vorschlagen, der für alle Völker annehmbar ist, wenn sie durch die Tat beweisen, daß sie nicht in Rußland, nicht auf der Balkanhalbinsel, nicht in Belgien Forderungen stellen, die irgend eines Volkes Selbständigkeit aufheben oder auch nur einschränken, dann wird dies auf alle Völker mächtigen Eindruck machen; dann werden sich alle Völker fragen, wozu der Krieg fortgesetzt werden soll. Die Entscheidung liegt also in der Hand der Regierungen Deutschlands und Oesterreichs: die Verhandlungen mit Rußland können jede Hoffnung auf baldigen Frieden begraben; aber sie können auch zu sehr baldigen Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden führen. Mögen sich die Regierungen der furchtbaren Verantwortung, die auf ihnen lastet, bewußt sein! Sie werden vor der Geschichte, sie werden vor den Völkern ihres eigenen Landes diese Verantwortung zu tragen haben.

Ostdeutsche Rundschau 175

6./XII. 1917

# Czernins „großer" Tag.

Zum ersten Male während des Krieges hat der berufene Minister — der des Auswärtigen — an der berufenen Stelle — vor den Delegationen — Worte über die auswärtige Lage gesprochen, eine Darstellung der Kriegslage gegeben und über die Ziele des Staates sich geäußert. Man mußte von dieser Stunde, in der Graf Czernin vor die Delegationen trat, um sein sogenanntes „Expose" vorzutragen, Außerordentliches erwarten. Fast vier Jahre lang haben die Minister, die den Staat nach außen zu vertreten haben und dessen Außenpolitik leiten, geschwiegen, während des ganzen Krieges sind sie vor den Delegationen nicht erschienen. Der 4. Dezember 1917 war der große Tag in dieser großen Zeit, aber Graf Czernin hat sich der großen Bedeutung des Augenblickes nicht gewachsen erwiesen. Er hat zwar viel gesprochen, aber die Menge macht es in diesem Falle wirklich nicht. Weniger wäre mehr gewesen, wenn der Inhalt der Rede der großen Zeit, in der sie gesprochen wurde, sich angepaßt hätte. So erzählt uns Graf Czernin des langen und des breiten, wie es zu diesem großen Krieg gekommen ist und welchen Verlauf er bis jetzt genommen hat. Vergebens suchen wir dabei nach einem neuen Gedanken. Was er sagt, ist längst bekannt, es hat vielleicht Wert, einmal als geschickt zusammengefaßte kurze politische Geschichte des Krieges und seiner Veranlassung in den Schulbüchern aufgenommen zu werden.

Hervorheben möchten wir und damit festhalten den überaus warmen Ton, mit dem des Eingreifens der Türkei in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte gedacht wird. Er sagte:

> Die Haltung der Türkei im gegenwärtigen Kriege und die Aussichten, welche sich ihr hieraus für ihren künftigen gesicherten und gekräftigten Bestand eröffnen, dürfen geradezu als die Wiedergeburt des türkischen Reiches bezeichnet werden. Die Waffentaten der türkischen Armee, insbesondere die so heldenhafte und erfolgreiche Verteidigung der Dardanellen, Taten, welche sie im engen Zusammenwirken mit den verbündeten Streitkräften vollbrachte, wobei unserer Artillerie eine besonders rühmliche Rolle zufiel, zeigen nicht nur die altbewährten militärischen Tugenden der Ottomanen, sondern auch die hervorragende Entwicklung, welche die türkische Armee unter dem gegenwärtigen Regime genommen hat.

Auch Bulgarien findet Dank für sein Eintreten und Lob seiner Armee. Es wird ihm auch der Siegespreis zugestanden mit den Worten, daß es dank dem Bündnisse mit den Mittelmächten und seinen hervorragenden militärischen Leistungen die historisch und ethnographisch zu ihm gehörigen Gebiete besetzen konnte und daß so die kluge und weitsichtige Politik seines Herrschers dem Lande reiche Früchte getragen hat. Damit ist gesagt, daß Bulgarien mit bedeutend erweiterten Grenzen aus diesem Kriege hervorgehen soll.

Dann kommen die beiden Verräter, die einst Verbündete der Mittelmächte waren, an die Reihe. Auch hier ist nichts Neues gesagt. Auffallend aber ist in gewisser Beziehung die Darstellung der militärischen Ereignisse im Kriege gegen Italien. Italien habe, sagt Czernin, den an Oesterreich-Ungarn verübten Verrat teuer bezahlt. „Statt des erwarteten, spielend leichten Vormarsches auf Wien mußte die italische Armee in vergeblichem Ansturme gegen unsere Landesverteidigung in elf schweren Schlachten Hunderttausende ihrer Soldaten opfern." Und diese elf Schlachten stellt Czernin als „einzig dastehend in der Geschichte aller Kriege" hin. Was unsere Truppen an Tapferkeit und Opfermut geleistet haben, um die vielfache Uebermacht aufzuhalten, findet nach den Worten Czernins kein Beispiel! Das ist mit einer solchen Bestimmtheit gesagt, daß kaum angenommen werden kann, Czernin habe lediglich der Armee, die am Isonzo gekämpft hat, den ihr gebührenden Dank abstatten wollen. Weiter sagt Graf Czernin: „Nach zwei Jahren genialster Leistung und größter Anstrengung war endlich der Moment gekommen, welcher es unserer Armee möglich machte, im Verein mit den deutschen Truppen die Offensive zu ergreifen. Unter Führung unseres geliebten Monarchen durchbrachen die Verbündeten den eisernen Wall der Italiener, eroberten sie Stellung auf Stellung und eilten von Sieg zu Sieg." Diese Darstellung weicht etwas von den Tatsachen ab. Denn der Moment zur Offensive war ja schon vorher im Jahre 1916 nicht bloß gekommen, sondern auch erfaßt worden . . .

Merkwürdig kurz geht Graf Czernin über Serbien und Montenegro hinweg, deren Zusammenbruch doch ein vollständiger ist. Er legt beiden Staaten lediglich die Frage vor, ob ihre Dynastien und Regierungen gut beraten waren, als sie den Kampf mit uns aufnahmen. Eine Reihe bitterer Enttäuschungen sei die Folge dieser Politik gewesen. Das ist ein auffallend sanftes Wort.

Aus den Folgerungen, die Graf Czernin in seiner Rede zieht ist folgendes hervorzuheben: Die von uns und dem Deutschen Reiche in Italien jetzt festgehaltenen Gebiete werden als ein kostbares Faustpfand erklärt. Vom italischen Volke wird gesagt, es stehe heute dem Zusammenbruch des irredentistischen Gedankens und der ihm vorgegaukelten imperialistischen Hoffnungen gegenüber. Von Albanien wird bedeutsam erklärt, es zeuge für den politischen Sinn des albanischen Volkes, daß es immer mehr den Wert der ihm durch die Monarchie zuteil werdenden Förderung anerkennt und daß sich aus seiner Mitte der Wunsch nach einer künftigen Anlehnung an uns erhebt! Die Wiederaufrichtung des Königreiches Polen wird neuerdings verheißen. Ueber die Form wird nichts Bestimmtes gesagt. Es ist nur angedeutet, daß Polen über seine staatliche Zukunft selbst entscheiden wird. „Wohin es nach seinen Neigungen und seinen Interessen gravitieren wird, will uns nicht zweifelhaft erscheinen." Das ist schön gesagt, aber darin, daß es dem Grafen Czernin „nicht zweifelhaft" erscheint, wohin das zukünftige Polen gravitieren wird, zumal wenn es vollständig sich selbst überlassen werden sollte, können wir eine beruhigende Sicherheit weder für uns noch für die Mittelmächte in ihrer Gesamtheit erblicken. Im Verhalten Wilsons gegen Oesterreich-Ungarn will Graf Czernin merkwürdigerweise keine feindselige Absicht erblicken. Er sieht darin lediglich eine „Unvertrautheit". Wie zart doch die über alle Maßen gehässige Politik gerade Wilsons in diesem Kriege von unserem Außenminister beurteilt wird. Gerade darin, daß Wilson mit Oesterreich-Ungarn nicht mittelbar im Kriegszustande sein will, liegt ja die besondere Niederträchtigkeit der Washingtoner Politik, die dahin strebt, einen trennenden Keil zwischen uns und das Deutsche Reich zu treiben. Da hätte etwas schärfere Betonung der Bundestreue dem Deutschen Reiche gegenüber, auf dessen vollständige Niederringung Wilson es ebenso wie Lloyd George abgesehen hat, besser gewirkt, als die Limonadenrede unseres Außenministers.

Die Worte Czernins über die Friedensziele bieten auch nichts Neues. Er umschreibt oder wiederholt das, was er vorher schon gesagt hat. Nur des Augenblickes wegen, in dem er sich über die Friedensziele äußert, wollen wir seine Worte noch einmal festhalten. Er sagte:

> „Es ist unser Ziel, einen Frieden zu schließen, durch den die Freiheit, Selbständigkeit und der territoriale Besitzstand Oesterreich-Ungarns unversehrt erhalten bleiben.
>
> Wir streben keine erzwungenen Gebietserwerbungen und keine wirtschaftlichen Vergewaltigungen an, doch verlangen wir wirksame Sicherheiten für unsere freie und ungehinderte Entwicklung in der Zukunft. Diese Sicherheit könnten uns mit entsprechenden Garantien versehene Abmachungen über die sukzessive, gleichzeitige und wechselseitige Herabsetzung der Rüstungen und über die Freiheit der hohen See bei gleichzeitiger Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtbarkeit bieten. Wir sind also bereit, mit unseren Gegnern einen allgemeinen, gerechten und ehrenvollen Frieden zu schließen, welcher die territoriale Integrität der Monarchie und deren künftige freie Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sichert."

Auch den Schlußsatz seiner Ofen-Pester Rede, in der das Friedensangebot als nur für die Gegenwart Geltung habend hingestellt wird, wiederholt Graf Czernin in seinem „Expose". Das ist insoferne merkwürdig, als seit der Ofen-Pester Rede bis zum 4. Dezember nicht bloß einige Wochen verstrichen sind, sondern auch militärische Kampfhandlungen von außerordentlicher Größe und Bedeutung sich abgespielt haben. Man hätte also erwarten sollen, Graf Czernin werde erklären, daß das was er in Ofen-Pest gesagt hat, jetzt nicht mehr Geltung haben kann, weil die Voraussetzung eben nicht eingetreten ist, daß die Verbandsmächte den in Ofen-Pest neuerdings ausgesprochenen Friedensvorschlag annahmen. Mittlerweile hat — von den gewaltigen Kämpfen im Westen ganz abgesehen — Italien sein Schicksal ereilt und da geht es denn unserer Meinung nach ja doch nicht an, wiederum zu sagen, was damals in Ofen-Pest gesagt wurde, daß es nicht möglich sei, „unsere selbstlosen Kriegsziele für alle Zukunft einseitig festzulegen." Die durch die Niederlage Italiens gründlich geänderte militärische Lage, die Opfer, die diese Bezwingung Italiens uns und dem verbündeten Deutschen Reiche gekostet hat, die überaus schweren und opfervollen Kämpfe der Deutschen in Westen, die seit der Ofen-Pester Rede des Grafen Czernin zu verzeichnen sind, hätten denn doch Grund genug abgegeben, daß Graf Czernin jetzt als Kriegsziel gegen die Verbandsmächte etwas anderes sagte, als er in Ofen-Pest gesagt hat.

—l.

# Kriegsrede Wilsons.

Washington, 4. Dezember. (Meldung der Tele-hen-Kompagnie.) Präsident Wilson hielt bei der e nachmittags stattgefundenen Eröffnung des Kongresses nde Rede:

Acht Monate sind verflossen, seitdem ich das Mal die Ehre hatte, vor Ihnen zu sprechen. waren Monate voll schwerwiegender und wich- Ereignisse. Ich will nicht näher auf diese gnisse eingehen, die Einzelheiten unserer Teil- te daran wird Ihnen in den verschiedenen Departe- sberichten vorgelegt werden. Ich werde mich damit ligen, unsere derzeitigen Aussichten zu den ausgedehnten en, unsere derzeitigen Pflichten und die Mittel zur tigen Verwirklichung der von uns angestrebten Ziele gen. Ich will nicht auf das Exposé über die Kriegs- zurückkommen. Die von den unheilvollen Gebietern tschlands gegen uns geplanten uner- glichen Gewalttaten sind seit langem zu offen- g und hassenswert für jeden wahren Amerikaner, als daß sie wiederholen müßte. Ich ersuche Sie nur noch, in eine ge Prüfung unserer Ziele und jener Maßnahmen, durch wir sie zu erreichen hoffen, einzutreten. Unser Ziel natürlicherweise, den Krieg zu ge- nen, und wir werden weder schwach werden, noch von diesem Ziele abspenstig machen lassen, bis der g gewonnen ist. Es muß jedoch die Frage gestellt und twortet werden: Wann erachten wir den eg als gewonnen? Von mehreren Gesichts- en aus treten wir an diese Grundfrage nicht heran, ich zweifle nicht daran, daß das amerikanische Volk , um was es sich in diesem Krieg handelt und welches bnis es als Verwirklichung der angestrebten Ziele an- wird. Als Nation sind wir einmütig und eines ens. Ich werde mich nicht lange mit jenen befassen, die rer Meinung sind. Ich höre abweichende Meinungen, wer hat sie nicht? Ich sehe auch da und dort Leute, ich in unnötiger Illoyalität gegen die unbesiegbare e der Nation erheben. Ich höre Leute über den eden sprechen, die weder seine Natur begreifen, noch Weg erkennen, auf dem wir zu ihm gelangen können, hlossenen Sinnes und den Blick fest auf das Ziel ge- t. Ich weiß, daß keiner dieser Männer im Namen der on redet. Ihre Stimme dringt niemanden zu Herzen. kann ihnen ruhig die Freude über ihre Taten gönnen sie im übrigen vergessen. Ich halte es aber in rer Hinsicht für geboten, in würdiger Weise auszu- hen, welche Ziele nach unserer Ansicht der Krieg ver- n soll und welche Rolle wir bei der Festsetzung seines es zu spielen gedenken. Wir sind die Wortführer des ikanischen Volkes und dieses hat ein Recht zu wissen, in Ziel auch das unsrige ist.

Das amerikanische Volk wünscht den Frieden durch Bezwingung des Bösen, durch die end- tige Niederlage aller der dunklen chte, die den Frieden stören und ihn un- glich machen. Das amerikanische Volk will wissen, he Aktion wir vorschlagen. Es würde ungeduldig wer- wenn wir ihm nicht deutlich sagen könnten, was unser ist und was wir beabsichtigen, indem wir den Frieden ben Waffen zu erringen trachten. Ich spreche in Ihrem hen, wenn ich zwei Dinge erwähne: Dieses furcht- e Wesen, dessen häßlichen Anblick die herrschen- Kreise Deutschlands unszeigen, die Gefahr während Intrigien und kombinierter Gewalten, als che die deutsche Macht sich uns darstellt, dieses ruch- ehrlose Wesen, das nicht fähig ist, einen ernsten eben zu halen, muß niedergerungen werden und wenn es cht gänzlich vernichtet werden soll, so ß es zumindest ausgeschlossen bleiben von er freundschaftlichen Vereinigung der tionen. Dann aber, wenn diese Macht end- ch niedergekämpft ist, wenn die Zeit kommt, da r vom Frieden sprechen können, wenn das deutsche Volk mal vertrauenswürdige Mittelsper- nen hat und wenn diese Männer sich bereit finden, im men ihres Volkes für die Grundlegung künftiger Ge- ze und Abkommen der menschlichen Gesellschaft sich dem llgemeinen Urteil der Nationen anzu- chließen, dann werden wir gerne und ohne Falschheit en Preis für den Frieden zahlen. Wir kennen iesen Preis: Es ist die vollständige und unpar- eiische Gerechtigkeit für jede Nation, die onden endgiltigen Abmachungen betroffen wird, für unsere Feinde ebenso gut, wie für unsere Freunde.

Sie hören mit mir, die Stimme der Mensch- eit durch die Lüfte tönen. Sie tönen immer nächtiger, immer deutlicher, immer überzeugender, sie ordern, daß der Krieg nicht mit raschem Ge- anken beendigt werde, daß keine Nation und kein Volk benachteiligt oder bestraft werden soll, weil unverant- vortliche Herrscher dieses ruchwürdige Unheil heraufbe- chworen haben. Diesem Gedanken gibt die Formel Aus- ruck: weder Annexionen noch Entschädi- ungen. Gerade weil diese Formel in zusammenfassender Weise die Rechte aller Menschen umschreibt, haben die Deutschen, in der Kriegführung Meister, sie klug benützt, um das russische Volk sowie die Völker anderer Länder, die ihren Agenten zugängig sind, in der Absicht zu ver- wirren, einen vorzeitigen Frieden zustande zu bringen, einen Friedensschluß herbeizuführen, bevor die Autokratie eine ndgiltige Antwort erhalten hat und bevor die Völker ihr Geschick selbst bestimmen können. Solange derartige Mächte, die die leitenden Kreise Deutschlands sie heute darstellen, nicht bezwungen sind, solange kann kein Kodex der Menschenrechte verwirklicht werden, solange kann das Recht noch nicht als Schiedsrichter und Friedensrichter zwischen den Na- tionen aufgestellt werden. Wenn dies einst ge- schehen wird — und mit Gottes Hilfe wird es dazu kommen — dann werden wir endlich imstande sein, etwas Beispiel- loses zu unternehmen, dann wird der Augenblick gekom- men sein, unserer Absicht Ausdruck zu geben. Wir werden dann einen Frieden auf der Großmut und auf der Gerechtigkeit aufbauen können, unter Aus- schluß eigennütziger Ansprüche, die nur dem Sieger zugute kommen würden. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist es, den Krieg zu gewinnen, und nichts wird uns davon abhalten können. Alle unsere Kräfte und Reserven an Leuten, an Geld und Material werden wir diesen Aufgaben widmen, bis sie erfüllt sind. Denen aber, die den Frieden haben möchten, bevor diese Aufgabe vollendet ist, rate ich, ihre Meinung anderswo zur Geltung zu bringen, wir bedürfen ihrer nicht. Wir werden den Krieg erst dann für gewonnen halten, wen das deutsche Volk durch seine beglaubigten Vertreter uns sagen wird, es sei bereit, einen Frieden anzunehmen, der auf Gerechtigkeit und auf der Sühnung des von seinen Herrschern begangenen Un- rechtes und auf der Vergütung des Schadens, der Belgien zugefügt wurde, beruht.

Die Deutschen haben ihre Herrschaft auf andere Länder und andere Völker ausgedehnt; auf die große öster- reichisch-ungarische Monarchie, auf die Bal- kanländer, auf die freie Türkei und auf Asien. Diese Länder müssen hievon wieder frei werden. Die Erfolge jedoch, die Deutschland auf dem Gebiete seiner Industrie, seiner Wissenschaft dank seiner Initiative verzeichnen kann, machen wir ihm nicht streitig, wir bewundern sie vielmehr. Dieses Deutschland hatte sich ein durch den Weltfrieden ge- währleistetes mächtiges Handelsreich geschaffen. In dem Augenblicke aber, da es für sich den Friedenstriumph ge- sichert hatte, da wollte es sich an Stelle eines solchen Erfolges eine militärische und politische Vorherrschaft mit Waffengewalt erobern, um seine gefürchtetsten und ver- haßtesten Gegner vertreiben zu können, wenn es ihm nicht ge- lingen sollte, sie zu vernichten. Der Friede, den wir schließen, muß diese Schäden heilen. Er muß die Völker befreien, die ehemals glücklichen Völkerschaften Belgiens und Nordfrank- reichs von der preußischen Bedrohung freimachen; er muß auch die Völker Oesterreich-Ungarns, die des Balkans, sowie die der europäischen und der asiatischen Türkei von der Herrschaft der preußi- schen Militär- und Handelsautokratie be- freien. Wir müssen indessen hervorheben, daß wir Oester- reich-Ungarn in keiner Weise schädigen wollen und daß es nicht unsere Sache ist, uns mit den Institutionen der Völker zu be- fassen. Wir wollen ihnen in keiner Weise ihr Verhalten vorschreiben, wir wünschen nur, daß sie ihre Ang- legenheiten, sowohl die großen wie die kleinen, selbst regeln. Wir hoffen, den Völkern der Balkanhalbinsel und des türkischen Reiches das Recht und die Gelegenheit sichern zu können, sich gegen jeden fremden Einfluß, gegen die Ungerechtigkeit und den Despotismus zu wahren und zu schützen.

Unsere Haltung und unsere Ziele gegenüber Deutschland selbst sind gleicher Art. Wir sind dem Deutschen Reiche nicht bös gesinnt und wir wollen uns nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischen. Eine solche Politik würde den Grund- sätzen durchaus widersprechen, die wir befolgen und die wir als die geeignetsten für unsere nationale Existenz betrachten. Die Leute, die das deutsche Volk täuschen und es beherrschen, sagen ihm, daß es für die Existenz des Deutschen Reiches kämpft und daß Deutschland einen berechtigten Verteidigungskrieg gegen einen Ueberfall führt. Nichts ist falscher und wir müssen das deutsche Volk mit aller Offenheit und Aufrichtigkeit zu überzeugen versuchen, daß das nicht die wahren Kriegsziele Deutschlands sind. Wir kämpfen in der Tat für die Emanzipation der Deutschen. Niemand bedroht die Existenz, die Unabhängigkeit oder die friedliche Entwicklung des Deutschen Reiches. Das Schlimmste, was dem deutschen Volk passieren könnte, wäre, wenn es nach dem Kriege weiterhin unter seinen ehr- geizigen und ränkesüchtigen Herren leben müßte, die den Frieden der Welt zu stören versuchen. Wenn Deutschland auch fernerhin unter der Herrschaft dieser Klasse stehen würde, könnte man es nicht in den Völkerbund aufnehmen, der künftig den Frieden der Welt garantieren wird. Dieser Bund muß eine Ver- einigung der Völker und nicht ein Bund der Regierungen sein. Es wäre dann eben auch nicht möglich, die freien wirtschaftlichen Bezie- hungen zu Deutschland wieder aufzu- nehmen. Die sehr tiefgehenden Schädigungen, die dieser Krieg mit sich gebracht hat, müssen ausgeglichen werden. Dies wird aber nicht dadurch geschehen, daß man Deutschland und seinen Verbündeten ana- loge Schäden zufügt. Die öffentliche Meinung der Welt würde dies nicht gestatten. Kein Vertreter einer Nation, die das Selbstbestimmungsrecht besitzt, würde wagen, die öffentliche Meinung zu mißachten, indem er versucht, einem Friedensvertrag beizutreten, der auf dem Egoismus und auf dem Kompromiß aufgebaut ist, wie zum Beispiel der Vertrag des Wiener Kon- gresses.

Der Kongreß, der diesen Krieg beendigen wird, wird die Form finden für die Gedanken, welche sich jetzt in den Herzen und Gewissen der freien Menschen allerorten zu- sammendrängen. Seine Schlußfolgerung wird diesen Ge- danken konform sein. Ich kann nicht umhin, auszudrücken, daß, wenn man sich vom Anfang an klar ausgesprochen hätte, die Sympathie und die Begeisterung des russi- schen Volkes ein für allemal für die Sache der Alliier- ten gewonnen gewesen wären, und daß so der Verdacht und das Mißtrauen einer wahrhaften und dauerhaften Solidari- tät der Ziele gewichen wäre. Wenn die Russen diese Dinge im Moment der Revolution selbst geglaubt hätten und wenn sie seitherin diesem Gefühl gestärkt worden wären, so hätten die traurigen Schicksalsschläge, welche in der letzten Zeit den Gang der Angelegenheiten gekennzeichnet haben, vermieden werden können. Das russische Volk ist durch die- selben Lügen vergiftet worden, die das deutsche Volk ver- blendeten, und das Gift ist durch die gleiche Hand gereicht worden. Das einzig wirksame Gegengift ist die Wahr- heit, und man kann diese nicht zu klar und nicht zu oft sagen. Von diesem Gesichtspunkte ist es mir als eine Pflicht erschienen, diese Erklärungen und Ziele zum Aus- druck zu bringen.

Reichspost
7./XII. 1917



# Bündige Erledigungen.

Wien, am 6. Dezember.

Ueber drei Fragen, die in der öffentlichen Erörterung bereits einen breiteren Raum eingenommen haben, als es den Interessen unserer Monarchie dienlich ist, hat heute Graf Czernin in der ungarischen Delegation eine so restlose Aufklärung gegeben, daß damit hinter alle Zweifel, wenn solche überhaupt zulässig waren, der Schlußpunkt gesetzt ist.

Da war zunächst die Frage — nicht ohne ein Gefühl der Beschämung verzeichnet man die Tatsache, daß es Leute und Preßorgane in unserer Monarchie gibt, für welche es eine solche Frage gab —, ob Oesterreich-Ungarn gegebenenfalls dem verbündeten Deutschen Reich in seinem Verteidigungskampf gegen die feindlichen Aspirationen ebenso zur Seite stehen würde, wie die Verbündeten an unsern Fronten Schulter an Schulter gekämpft haben, ob wir insbesondere gewillt seien, die Unantastbarkeit der deutschen Reichslande Elsaß-Lothringen, ohne deren „Desannexion" die französische Republik nichts von Friede und Verständigung hören mag, mit zu schützen, nachdem wir aus berufenstem reichsdeutschen Munde vernommen haben, daß im großen und ganzen Frankreichs Hunger nach dem schönen Lande, das durch den Frankfurter Frieden aus kaum zweihundertjähriger Fremdherrschaft befreit und wahrhaftig „desannektiert" worden ist, die einzige Scheidewand sei, die uns vom Frieden noch trennt. Die Friedenssehnsucht der Bevölkerung in Oesterreich-Ungarn ist groß wie in allen übrigen freundlichen und feindlichen Ländern auch, aber nicht größer und nicht so groß wie unsere Treue, unser Ehrgefühl und unsere Selbstachtung. Kurz und bündig, mit einer jede weitere Erörterung abschneidenden Handbewegung entledigte sich Graf Czernin der Pflicht, auch auf diese Frage, die sich an ihn herangewagt und die aus ihren dunklen Schlupfwinkeln zur Richtstätte geschleppt zu haben das anerkennenswerte Verdienst der Grafen Andrassy und Tisza ist, die selbstverständliche Antwort zu geben und hiedurch einer irrsinnigen Illusion der Verbandsregierungen und ihrer freiwilligen oder besoldeten Wanderprediger den Garaus zu machen. Vom ersten Tage an führen die verbündeten Mittelmächte ihren Verteidigungskrieg gemeinsam, schon im Herbst 1914 barsten die Mauern belgischer und französischer Festungen unter dem zermalmenden Feuer österreich-ungarischer Motorbatterien wie Jerichos Mauern, und da gibt es nach ununterbrochenen vierzigmonatigen herrlichsten Beweisen unzerreißbarer Kameradschaft und Bündnistreue bis in den Tod noch Phantasten, für welche das Durchhalten dieser Treue bis zum guten Ende ein Problem bildet! Wie aus Erz gegossen klirren die wenigen Sätze, die Graf Czernin als ehernen Schild den Giftpfeilen entgegenhält, mit denen feindliche Torheit Oesterreich-Ungarns fleckenlose Ehre umschwirrt. Einig mit dem Deutschen Reiche im Verteidigungskrieg, einig in den Kriegszielen, einig bis zum guten Ende, einerlei, ob das gegen feindliche Anschläge zu beschützende Gebiet Welschtirol oder linkes Rheinufer, Triest oder Straßburg oder wie immer heißt! Wie eine Wiederholung der berühmten Leipziger Schlacht- und Siegesparole des Napoleon-Ueberwinders Schwarzenberg „Einer für alle, alle für einen" klingen die Worte des

Z./XII.1917

186

# Außen und innen.

Die interessante Rede, mit der gestern Graf Czernin in die Debatte des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation eingriff, war zum großen Teil dem vielerörterten Thema des „Selbstbestimmungsrechtes der Nationen" gewidmet. Diese vieldeutige Formel, deren Auslegung im Laufe des Krieges die mannigfachsten Wandlungen erfuhr, wird bekanntlich von unseren Feinden benützt, um aus der bunten Nationalitätenkarte der Monarchie ebenso bunte Zerreißungs- und Teilungspläne abzuleiten. Graf Czernin hat nun neuerlich, wie er es wiederholt getan, jede Hinaustragung innerpolitischer Fragen vor ein auswärtiges Forum und gleicherweise jede Einmischung des Auslandes in unsere inneren Angelegenheiten aufs entschiedenste abgelehnt. Das ist ein Standpunkt, dem jeder politisch gerade denkende Bürger dieses Staates nur beipflichten kann. Alle Bitterkeit der inneren Kämpfe, die wir seit Jahrzehnten durchmachen, hat in uns doch das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht ausgelöscht und uns nicht vergessen lassen, daß es unser gemeinsames Interesse ist, die Unabhängigkeit der staatlichen Gemeinschaft nach außen zu wahren. Die Geschichte lehrt uns seit alter Zeit, von Hellas und Mazedonien bis auf Polen und die Türkei: daß es mit jeder Nation nach abwärts geht, die einmal fremde Hände in ihre innere Staatsangelegenheiten greifen läßt. Auch Deutschland war einmal in so trauriger Lage, aber nicht jede Nation ist so stark und lebenszäh wie die deutsche, sich aus solcher Zerrüttung und Erniedrigung wieder zu neuer Einheit und Größe emporarbeiten zu können. Ein national gemischter Staat wie der unserige muß vollends mit strengster Wachsamkeit äußere Eingriffe fernhalten, weil sein an sich loseres Gefüge, einmal durch solchen Sprengstoff zerrissen, kaum jemals wieder festen Halt und zusammenfassende Kraft finden würde. Graf Czernin hat also recht, wenn er sorgsam das Tor schließt und den Riegel vorschiebt: Außen bleibt Außen und Innen bleibt Innen.

Mehr zu tun und zu sagen, liegt nicht in der Zuständigkeit des Ministers des Aeußern, der sich ja nur mit den gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichshälften und nicht mit ihren innerpolitischen Streitfragen zu befassen hat. Unsere Oeffentlichkeit aber, die an solche Kompetenzschranken nicht gebunden ist, forscht um so eifriger nach dem Zusammenhang äußerer und innerer Politik und muß sich naturgemäß fragen, wie es denn gekommen ist, daß unser Reichskörper der ausländischen Interventionslust oder sagen wir: der ausländischen Beutegier ein so leicht zugängliches Objekt zu bieten schien. Gott sei Dank, die Feinde haben sich geirrt, und manche Hand, die sich zu mühelosem Fang ausstreckte, fuhr blutig geschlagen zurück. Aber woraus entsprang ihr Irrtum? Warum glaubte jeder kleine Nachbar, von unserem reichen Länderbesitz ein tüchtiges Stück losreißen zu können? Es genügt nicht, daß wir stolz darauf sind, uns tapfer gewehrt zu haben, es genügt nicht, daß wir ein selbstbewußtes „Hände weg!" in alle Welt hinausrufen, sondern wir müssen in dieser schweren Zeit uns auch der schweren Unterlassungssünden bewußt werden, die wir begangen haben, und durch die das Ausland zu einer so geringen Einschätzung unseres Zusammenhaltes und unserer Widerstandskraft veranlaßt wurde. Hätten wir beizeiten Ordnung im Innern gemacht, hätten wir als Nationalitätenstaat ein befriedigendes Nationalitätenrecht und eine auf dem festen Grund der Völkerzufriedenheit ruhende Verfassung geschaffen — niemand in der Welt wäre dann auf Interventions- und Aufteilungsgedanken verfallen, und die ganze ungeheure Kraftprobe dieses Krieges wäre uns vielleicht erspart geblieben. Wir müssen heute einen Existenzkampf nach [illegible]n führen, weil wir unsere Existenz nach innen niemals solid unterlegt und ausgebaut haben. Das war unser aller Schuld, die Schuld der österreichischen Nationalitäten und Parteien, vor allem aber — das muß in diesen Tagen des Weltgerichtes festgestellt werden — die Schuld unserer Machthaber. Gleich in den Anfängen unseres konstitutionellen Lebens waren die Nationalitäten Oesterreichs friedens- und ausgleichsbereit. Das fertige Ausgleichswerk von Kremsier wurde von der Reaktion zerrissen, und seither haben die Machthaber im Staate niemals einen ernsten Versuch gemacht, die nationalen Gegensätze zu überbrücken, vielmehr den Nationalitätenhader als bequeme Unterlage feudaler und absolutistischer Herrlichkeit ausgenützt. Das divide et impera wurde so lange fortgetrieben, bis die auswärtigen Dividenten und der auswärtige Imperialismus uns an die Kehle fuhren. Jetzt sagen wir: Hände weg! Gut. Aber mit der Abwehr allein ist's nicht getan, jetzt müssen wir endlich auch an die innere Konsolidierung schreiten. Im Kriege haben wir verhütet, daß uns andere das Haus von außen zerschlagen. Im kommenden Frieden werden wir dafür sorgen müssen, daß uns das Haus nicht von innen zerfalle.

# Die Aussichten für einen allgemeinen Frieden.

Von Hofrat Prof. Dr. Heinrich Lammasch,
Mitglied des Herrenhauses.

Die letzten Tage haben uns erfreulicherweise nicht bloß einem Sonderfrieden mit Rußland, sondern dem allgemeinen Frieden mit allen unseren Gegnern wesentlich näher gebracht. Während allen bisherigen amtlichen Aeußerungen der Zentralmächte von der Gegenseite eine gewisse Unklarheit oder doch wenigstens Unbestimmtheit vorgeworfen werden konnte, da sie die von ihnen geforderten Sicherheiten für die Zukunft nicht näher präzisierten, hat die Erklärung des Grafen Czernin in beiden Delegationen jenen Zweifeln und Vorwürfen, was die österreichisch-ungarische Monarchie betrifft, für die Zukunft hoffentlich ein Ende gemacht. Ausdrücklich spricht er im Anschluß an das Programm Benedikts XV. aus, „diese Sicherheit könnten uns mit entsprechenden Garantien versehene Abmachungen über die sukzessive, gleichzeitige und wechselseitige Herabsetzung der Rüstungen und über die Freiheit der hohen See bei gleichzeitiger Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit bieten". Von anderen Sicherheiten, insbesondere von solchen territorialer Natur, ist nicht die Rede, wie Graf Czernin ja auch schon am 2. Oktober in Budapest ausdrücklich gesagt hatte: „Sind diese Momente klargestellt, dann entfällt auch jeder Grund für territoriale Sicherungen", eine Erklärung, die er für so wichtig hielt, daß er sie in derselben Rede nochmals wiederholte. Feierlicher und förmlicher kann der Verzicht auf Annexionen nicht ausgesprochen werden. Damit ist aber das allergrößte Hindernis, das den Frieden mit uns im Wege stehen könnte, behoben. Denn daß unsere Gegner auch jetzt noch ihrerseits Annexionen zu unserem Nachteil, unter welchem Titel auch immer, beanspruchen könnten, ist nach der Kriegslage, wie sie sich in diesen furchtbaren dreieinhalb Jahren entwickelt hat, völlig ausgeschlossen.

Rüstungseinschränkung und obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit aber stehen schon seit Beginn des Krieges zu oberst auch auf dem Programm der führenden Mächte unter unseren Gegnern. Zur Rüstungseinschränkung werden, ob sie nun wollen oder nicht, alle kriegführenden Regierungen durch die Macht der Tatsachen gedrängt werden. Aber nicht auf dem Wege komplizierter Detailvereinbarungen, den man im Haag 1899 einschlagen wollte, wird sie sich vollziehen, sondern durch Anerkennung von ein paar einfachen Normen, deren Einhaltung leicht überwacht werden kann. Diese wären der Ersatz der stehenden Heere durch das Milizsystem, das Verbot, Handelsschiffe in solcher Art zu konstruieren, daß sie leicht, rasch und unbemerkt zu Kriegszwecken adaptiert werden können, und die vertragsmäßige und verhältnismäßige Beschränkung der Militärbudgets. Der einzige dieser Punkte, in dem die Kontrolle schwer zu sein scheint, wäre der letztere, da es ja möglich ist, militärische Ausgaben als solche der Zivilverwaltung zu maskieren. Eine ernstliche parlamentarische Kontrolle wird aber auch über diese Schwierigkeit hinweghelfen. Im übrigen aber handelt es sich dabei nicht um Ueberschreitungen von Hunderttausenden, selbst nicht von Millionen, sondern nur um solche, die jene riesigen Dimensionen annehmen, an die uns dieser Krieg gewöhnt hat, und diese können nicht verborgen bleiben. Das notwendige Korollar der Rüstungseinschränkungen ist die Organisation eines verläßlichen Verfahrens zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten. Dieses Verfahren wird nicht für alle Fälle gerade ein schiedsgerichtliches sein, sondern in manchen sich eher der Vermittlung annähern. In dieser Richtung liegt eine ganze Reihe von nicht utopischen Vorschlägen vor, unter denen der Friedenskongreß oder die ihm unmittelbar folgende dritte Haager Konferenz zu wählen oder die sie einen durch den anderen zu ergänzen haben wird.

Was die Freiheit der hohen See betrifft, so ist diese die wesentlichste Forderung derjenigen Macht, die immer mehr und mehr den entscheidenden Einfluß auf der Gegenseite erlangt: der Vereinigten Staaten von Amerika. Für die Freiheit der hohen See hat die amerikanische Union den größten ihrer Kriege, den vom Jahre 1812—1814, gegen England geführt. Dieses Prinzip hat Amerika auf den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 und auf der Londoner Seerechtskonferenz von 1908/09 vertreten, nachdem es schon vorher seine Haltung gegenüber der Pariser Deklaration von 1856 danach orientiert hatte. Freiheit der See ist auch das höchste Interesse aller Neutralen, der wenigen Mächte, die es jetzt noch sind, und der vielen, die in Zukunft ihre Neutralität sich werden wahren wollen, darunter auch mancher, die uns heute feindlich gegenüberstehen. Wenn es nicht so verstanden wird, daß es den Verlust einiger seiner wichtigsten europäischen und außereuropäischen Besitzungen bedeutet, wird auch England kaum viel dagegen einzuwenden haben. Denn auch für England ist der Krieg zur See mit den schwersten Opfern und Gefahren verbunden. Im Frieden aber bedeutet das Schlagwort von der Freiheit des Meeres das Recht des freien Zuganges aller europäischen Völker zu den Küsten fremder Kontinente; und gerade England hat, wenigstens bisher, das Prinzip der „offenen Tür" in seinen Kolonien vollständiger gewahrt als manche andere Nationen.

Was sonst noch als grundsätzliches Kriegsziel auf der Gegenseite aufgestellt wird: die Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes der in einem größeren Staatskörper eingefügten Nationalitäten, kann kein Hindernis des Friedens bilden, wenn man dieses Kriegsziel prinzipiell auffaßt und nicht etwa einseitig bloß als Kampfmittel gegen uns aufstellt. Im Interesse aller Nationalitäten, die mit Recht oder mit Unrecht über Bedrückung durch andere klagen oder die der Bedrückung der anderen beschuldigt werden, liegt es, daß die Rechte der Minoritäten durch internationale Vereinbarungen festgelegt werden. Solche allgemein anerkannte Grundsätze würden dazu dienen, berechtigten Beschwerden Abhilfe zu schaffen und unberechtigte Anschuldigungen zurückzuweisen. Beides würde der Erhaltung des Friedens in hohem Maße förderlich sein. Auf die Aufstellung solcher Grundsätze können alle Staaten eingehen. Die Unterwerfung unter Normen, die für die Nationalitäten der österreichisch-ungarischen Monarchie ebenso gelten würden als für die des britischen Weltreiches und die des russischen, wenn dieses erhalten bleibt, für die Serben ebenso wie für die Iren, für die Italiener in Trient sowie für die auf Malta usw., wäre für keinen Staat eine Demütigung; aber für alle Unterdrückten wäre sie eine Befreiung, und für alle mit Unrecht der Unterdrückung Beschuldigten eine Ehrenrettung. In diesem Sinn hat wohl auch Wilson in seiner Friedensrede im Senat die Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen verstanden, nicht in dem der Lossreißung aus ihrem gegenwärtigen Staatsverband, und auch nicht in dem, daß der Friedenskongreß sich zum Richter über die von den einzelnen Nationen erhobenen Beschwerden aufwerfen könnte, so daß er etwa England diktieren dürfte, was es in Irland, und Oesterreich, was es in Böhmen zu tun habe. Jeder Staat soll vielmehr insoweit „Herr im eigenen Hause" bleiben, daß die Ordnung seiner inneren Angelegenheiten, bei Einhaltung der für alle Häuser gleichmäßig geltenden allgemeinen Normen, der Verständigung zwischen den das Haus bewohnenden Parteien vorbehalten bleibt. Bei Vereinbarung jener Normen wird sich vielleicht zeigen, daß die im Hause Oesterreich bisher schon aufgestellten, wenn auch nicht immer und überall ihre praktische Handhabung, anderen Staaten als Muster empfohlen werden können. Das darf uns aber natürlich nicht abhalten, dort, wo diese Normen oder ihre Durchführung noch mangelhaft sind, aus eigener Initiative so rasch als nur möglich ihre Verbesserung ins Werk zu setzen.

# Eucharistie und Friedensgedanke.

## Eine Ansprache des Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Piffl.

Wie berichtet, zeichnete gestern bei dem von der Eucharistischen Männerwacht veranstalteten abendlichen Männergottesdienst für den Frieden Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Piffl in mächtigen Zügen ein katholisches Friedensprogramm von klassischer Schärfe und erhebender Größe. Der Kardinal führte aus:

Seit dem großen Weltfronleichnam, den das katholische Wien 1912 in seinen Straßen dem eucharistischen Heiland bereitete, seid Ihr heute zum sechzigsten Male versammelt, um das Vermächtnis des Eucharistischen Kongresses, soweit es an Euch liegt, auszuführen und zu erfüllen. In heiliger Begeisterung hat die Eucharistische Männerwacht damals die große und dankenswerte Aufgabe übernommen, das Verständnis für die hl. Eucharistie, insbesondere für ihre zentrale Stellung, welche sie im geistigen Leben des Katholiken einnehmen soll, unter den Männern Wiens zu vertiefen, wo es vorhanden war, und zu erwecken, wo es im materialistischen Getriebe der Großstadt erstickt und verloren worden war. Für diese hehre Aufgabe war Euch kein Opfer zu groß, kein Weg zu weit, kein Wetter zu schlecht, keine Stunde zu spät. Die Anbetungsstunde am Abend vor dem Herz-Jesu-Freitag war Euch immer mehr zum erfrischenden und stärkenden Bade für Eure in den täglichen Kämpfen des Lebens ermatteten Seelen geworden. Hier gab Euch das „Mark Gottes", wie die heilige Theresia, die Eucharistin, treffend das bezeichnete, die Kraft, in den schwersten Stunden der Heimsuchungen des Weltkrieges aufrecht zu stehen und mit christlicher Ergebenheit seine Opfer zu tragen. Von hier trugen Tausende den heroischen Opfergeist des eucharistischen Heilands hinaus in die Schützengräben und waren glücklich, wenn sie dort vor blutigem Ringen den Herrn in Brotgestalt empfangen durften, der wie ein seelischer Starkstrom ihren Heldenmut belebte und ihre Ergebenheit in Gottes heiligen Willen vertiefte nach dem Worte des Propheten: „Der Herr gibt dem Müden Kraft und Stärke der Menge." (Jes. 40, 29.)

**Wir feiern die 60. Anbetungsstunde in einem denkwürdigen Abschnitt des Weltkrieges.**

Zum ersten Male erscheint am verdüsterten Kriegshimmel ein verheißender Strahl der lang und heiß ersehnten Friedenssonne. Rußland, dessen Riesenheere vor drei Jahren unser Vaterland zu überfluten drohten, ist am Ende seiner Kräfte und bietet Frieden an. Noch ist es nur zu einem kurzen Stillstand der Waffen gekommen, aber schon geht ein Aufatmen durch alle Gaue unseres Vaterlandes nur angesichts der Möglichkeit, daß die Selbstvernichtung des unglücklichen Europa nun doch ihr Ende haben könnte. Vor Jahresfrist boten die Mittelmächte den Frieden vergebens an. Vor wenigen Monaten wollte Papst Benedikt XV. wie ein zweiter Moses die irrende Menschheit aus der Wüste der Schlachtfelder in das gelobte Land des Friedens führen und mit ganzer Seele stimmte unser hochherziger Kaiser mit allen verbündeten Monarchen dem Vorschlage des Heiligen Vaters zu, der einen dauernden Völkerfrieden auf dem unverrückbaren Fundamente des ewigen Sittengesetzes auszubauen die Völker und Regenten mahnte. Doch unsere Gegner blieben hart und taub. Jetzt tritt Rußland aus ihren Reihen und stempelt seine Verbündeten durch Verlautbarung von Geheimverträgen öffentlich zu Heuchlern und Lügnern. Sie, die nur für die Freiheit der von den Mittelmächten angeblich unterdrückten Völker und Nationen zu kämpfen vorgaben, stehen durch die Enthüllung ihrer brutalen Eroberungs- und Aufteilungspläne, wie sie die Geheimakten deutlich offenbaren, entlarvt und gebrandmarkt am Pranger der Weltgeschichte.

Als Katholiken und Patrioten begrüßen wir mit aufrichtiger Freude jeden Schritt, der uns dem von unserem Heiligen Vater und unserem vielgeliebten Kaiser längst angebotenen Völkerfrieden näherbringt, der dem schrecklichen Morden und dem wahnsinnigen Greuel der Selbstvernichtung Europas Einhalt zu bieten vermag, und gerne sind wir bereit, dem Gegner verzeihend die Hände zur Versöhnung zu reichen. Aber der Friede, den der Heilige Vater in Zukunft von den Völkern verlangt, ist mehr als ein bloßer Waffenstillstand, ist mehr als ein bloßes Ruhen maßlos entfesselter Instinkte, ist mehr als eine bloße Erschöpfung wilder Leidenschaften, ist mehr als der Scheinfriede jener kernfaulen Kultur, welche die Menschheit vor dem Kriege stolz ihr Eigen nannte und die doch in ihren letzten Ursachen selbst den Krieg verschuldet hatte. Schon in dem Rundschreiben, das der Heilige Vater kurz nach seiner Wahl im September 1914 an den katholischen Erdkreis ergehen ließ, deckt er die tiefen Ursachen des Weltkrieges auf, die in der Abkehr der Menschheit von dem ewigen Sittengesetze gelegen sind und der Friedensruf, den er im August dieses Jahres an die Oberhäupter aller kriegführenden Völker richtet, ist eine

**Weltgewissenserforschung.**

Mit erschütternden Worten väterlicher Milde und Strenge zugleich redet der unparteiische Stellvertreter Christi auf Erden den Herrschern und Völkern ins Gewissen und mahnt sie, die materielle Gewalt der Waffen durch die sittliche Kraft des Rechtes zu ersetzen und die Sicherheit der Staaten in Zukunft auf das Fundament der internationalen Gerechtigkeit zu stellen. Ihm schwebt das Wort des Propheten vor Augen: „Der Gerechtigkeit Wirkung ist Friede, der Gerechtigkeit Frucht Ruhe und Sicherheit auf ewig. Dann wohnet mein Volk in der Schönheit des Friedens, im sicheren Heim, im Uebermaß der Ruhe" (Jes. 32, 17 18).

Mit vollem Recht blicken jetzt Eure Augen mich fragend an, als wollten sie sagen: Gab es denn nicht auch vor dem Kriege schon ein internationales Recht, ein Völkerrecht? Wohl gab es ein solches, aber die Völker achteten es nicht mehr, es fehlte das Verantwortungsgefühl hiefür vor Gott und dem ewigen Richter. In frechem Hochmut hatte der übermächtig gewordene Unglaube Gott als ewigen Richter entthront und die Gesetzestafeln vom Berge Sinai in Trümmer geschlagen. Seine Parole war Luzifers Trutzwort: Non serviam. Ich will nicht dienen." Mit dem Glauben an Gott verloren die Völker auch das Verantwortungsgefühl vor einem ewigen, allwissenden und allgerechten Richter. Deshalb ging Gewalt vor Recht, deshalb traten Lüge und Wortbruch an die Stelle der Ehrlichkeit und Treue und krasser Egoismus im Leben des Einzelnen wie in den Beziehungen ganzer Völker ward der Götze der Welt. „Siehe, wer ungläubig ist, dessen Seele hat nicht Gerechtigkeit an sich: Der Gerechte lebet in seinem Glauben" heißt es beim Propheten (Hab., 2. 4.) Katholische Männer! Wenn dieser Tyrann der Menschheit, der Egoismus, nicht in allen seinen Formen gestürzt und die Herrschaft des göttlichen Rechtes und der Nächstenliebe nicht neu errichtet wird, wird der ersehnte Völkerfriede wieder nur ein Scheinfriede auf Kündigung. Deshalb genügt für den künftigen Frieden nicht mehr die oft gehörte Parole: „Die Waffen nieder!", der aufrichtige Friedensfreund muß mehr verlangen und Höheres erstreben. Seine Parole muß heißen: „Zurück zu Gott!" Jedes Friedensprogramm ohne Gott kann der Welt über kurz oder lang nur schwere Täuschung, kann nur neue Kämpfe, nur neuen Zwiespalt bringen, denn „Die Gottlosen haben keinen Frieden, spricht der Herr." (Jes. 48, 22).

„Zurück zu Gott!" muß deshalb auch Eure Parole sein. In den gigantischen Ereignissen des Weltkrieges habt Ihr oft und oft deutlich den Finger Gottes erkannt. In der Feuertaufe schwerer Kriegsnot sind Eure Seelen geprüft und geläutert worden und je deutlicher euch der Krieg die Vergänglichkeit und Erbärmlichkeit aller irdischen Werte täglich, ja stündlich gezeigt hat, um so mehr vertiefte sich Eure Ueberzeugung von den unvergänglichen Werten unserer hl. Religion. In ihren Lehren und Gnadenschätzen fand Eure sorgenvolle Seele in allen Schicksalsstunden immer wieder Ruhe und Frieden, jenen Frieden, den die Welt nicht geben kann.

Haltet darum fest an diesem Frieden und tuet alles, ihn nicht bloß selbst in Euren Herzen zu bewahren und seine Segnungen in Euch zu vermehren, sondern tuet noch ein Uebriges und sorgt auch mit apostolischem Eifer dafür, daß dieser innere Herzensfriede, die kostbarste Frucht unseres heiligen Glaubens, auch in die Herzen anderer einziehe. Werbet als Apostel unablässig für die eucharistische Männerwacht, auf daß ihre Reihen erstarken und die Zahl der Wiener Männer, die treu zu ihrem Heiland stehen, sich stetig mehre.

Ihr kennt ja viele unter euren Bekannten die innerlich für Christus fühlen, denen aber der Mut noch fehlt, Christum auch öffentlich zu bekennen. Die Zahl dieser Nikodemusse ist nicht gering. Sie alle leiden an einer Krankheit, die endemisch unter vielen Katholiken grassiert und die jemand die katholische Krankheit genannt hat, es ist die Angst vor der Macht und Ueberzahl der Gegner. Wir Katholiken halten uns so gerne für die Schwachen. Und dabei liegt ein so großer und so kostbarer Schatz an Wahrheit und Macht in den Tiefen unserer Weltanschauung, daß mit demselben keiner unserer Gegner auf die Dauer mit Aussicht auf Erfolg zu wetteifern vermöchte. Aber wir steigen nicht in die Tiefe, wir heben den Schatz nicht, es ist, als ob wir uns selbst fürchten möchten vor der Größe und Macht dieses ungehobenen Schatzes. Auch die Menge unserer Gegner darf uns keinen Augenblick bange machen; denn Mehrheit ist noch nicht Wahrheit.

Wer den Mut aufbringt, als einzelner für die Wahrheit einzustehen gegen zehn, die für überwiesene Hypothesen oder Freigeisterei kämpfen, ist als einzelner mehr als jene zehn zusammen.

Ihr, Männer, von der eucharistischen Wacht kennt die Quellen unseres Glaubens und die Macht seines Trostes, die er willig jedem bietet, der aufrichtig danach Verlangen trägt. Darum soll es Euch ein Herzensbedürfnis sein, auch andere diesem Glücke zuzuführen. Wenn Ihr so mit apostolischem Eifer für die Verbreitung des Reiches Gottes auf Erden eintretet, tretet Ihr nicht bloß für Eure Kirche ein, sondern auch

**für Euer Vaterland und Euer Volk.**

Denn dem bekenntnisfreudigen Katholiken sind die Pflichten gegen das Vaterland ein Gottesgebot, als Ausfluß des göttlichen Willens erhalten sie für ihn die höchste Weihe und tiefste innere Kraft. Die Pflichten gegen sein Volk erfüllt der Katholik, wenn er für dessen sittliche Kraft und Tüchtigkeit eintritt. Sittlicher Kraft und Tüchtigkeit erfreut sich ein Volk, wenn es von Jugend an zu diesen Tugenden herangezogen wird. Deshalb liegt uns Katholiken eine sorgfältige Kindererziehung vor allem am Herzen. Sittlich kräftig und tüchtig ist ein Volk, dem Ehe und Familie heilige Begriffe und gottgewollte Einrichtungen sind. Deshalb schirmt der Katholik die Heiligkeit und Unauflöslichkeit der katholischen Ehe, dieses großen Sakramentes in Christo und seiner Kirche. Sittlich stark und tüchtig ist ein Volk, das Selbstverleugnung und Opferwillen hat. Deshalb ist dem Katholiken die treue Beobachtung des von Gott in unsere Herzen eingeschriebenen Sittengesetzes eine Herzens-, eine Gewissenssache, auch wenn diese uns noch so schwer fallen mag.

Dies, meine katholischen Männer, ist in großen Zügen die Aufgabe, die Ihr Euch heute bei der 60. Anbetungsstunde angesichts der großen Ereignisse der nahen Zukunft stellen sollet, und wenn ich noch eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Haltet wie bisher auch in Zukunft treu zu Eurem Bischof. Enger scharen sich die Seeleute um den Kapitän, fester und weiter wird ihr Blick und straffer werden ihre Arme, wenn es gilt, auf hoher See der Sturmesnot zu begegnen. So schart Euch auch in der Stunde der Gefahr um Euren Bischof und haltet ihm die Treue. Er gibt sie Euch zurück und wird zu Euch stehen, wo immer es notwendig ist.

In inniger Ergriffenheit nahmen nach diesen erhebenden Worten ihres Oberhirten die Männer an der folgenden Friedensandacht teil.

Vossische Zeitung

8./XII. 1917

1928

Sonnabend, 8. Dezember 1917

# Zeitung

rtes

nd gelehrten Sachen

atlich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich f. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 20 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

2-26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

# Graincourt.

## Serbiens Zukunft.

Von

**Heinrich Friedjung-Wien.**

Im Zusammenhang mit den Darlegungen des Grafen Czernin über die österreichisch-ungarische Politik in der ersten Sitzung der österreichischen Delegation ist die nachfolgende Abhandlung von besonders aktuellem Interesse.

Vermag das forschende Auge auch nicht bis zum Ausgange des Weltkriegs vorzudringen, so steht doch so viel fest, daß die Balkanhalbinsel in enger Verbindung mit den Mittelmächten bleiben wird. Bestand früher noch ein Zweifel, so ist auch dieser Rest durch den Verlauf der russischen Revolution weggespült. Damit ist auch im allgemeinen über Serbiens Zugehörigkeit zum mitteleuropäischen Staatensystem entschieden, gleichviel ob das Land als selbständiger Staat fortdauern wird oder nicht. Dem Sieger obliegt die Pflicht, auch das Wohl des serbischen Volkes in gerechte Erwägung zu ziehen und es nicht für das büßen zu lassen, was der König und seine Ratgeber an Oesterreich-Ungarn gesündigt haben. Durch den Anschluß Serbiens an die Donaumonarchie nähert sich übrigens der Wunsch des serbisch-kroatischen Volkes nach einer nationalen Gemeinsamkeit der Erfüllung. Auch ein selbständig bleibendes Serbien wird in Zukunft durch enge politische und wirtschaftliche Bande mit dem Reich der Habsburger verknüpft sein, so daß nahezu alle Serbokroaten nach außen hin zur Einigung gelangen. In diesem einen Punkte gehört nach all seinen schweren Leiden und blutigen Verlusten das serbische Volk zu den Kriegsgewinnern. Das Haus Habsburg kann ihm ganz andere Bürgschaften für die Entfaltung zu geistiger und wirtschaftlicher Blüte bieten als seine unseligen nationalen Dynastien.

Oesterreich-Ungarn war nach der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina gesättigt, es ist erst durch die großserbischen Phantastereien genötigt worden, sich nochmals an den Tisch zu setzen. Aehrenthal lieferte durch die freiwillige Dahingabe des Sandschak den Beweis, daß das Wiener Kabinett auf die Erweiterung des Reiches „über Mitrowitza hinaus" nach Saloniki verzichten wollte. König Milan besaß die richtige politische Witterung, als er seinem Volke den Anschluß an die Donaumonarchie ans Herz legte, da Serbien sonst zwischen ihr und seinem bulgarischen Nebenbuhler zermalmt werden würde. Im Gegensatz dazu setzte König Peter die Abenteuer seines Emigrantenlebens damit fort, daß er sich in Eroberungskriege nicht bloß gegen die Türkei und Bulgarien, sondern auch gegen Oesterreich-Ungarn verwickeln ließ. Man spricht viel von der geistigen Regsamkeit, der militärischen Tüchtigkeit und von anderen Vorzügen des serbischen Nationalcharakters. Sei's! Man soll den zu Boden geworfenen Feind nicht schmähen und nicht verkleinern. Aber eines fehlte diesem Volke und seinen Führern: das Augenmaß für das geographisch und politisch Mögliche. Nach dem Stil und Muster der serbischen Heldengedichte aus der Türkenzeit kann Politik nicht gemacht werden. Der Poet mag seiner Phantasie die Zügel schießen lassen, der Patriot, der Staatsmann muß sie bezähmen. König Peter und sein Sohn Alexander, Pasitsch und Protitsch waren die Schmiede des Unglücks ihres Landes. Das serbische Volk als solches soll vom Sieger edelmütig behandelt werden; das Haus der Karageorgewitsch aber hat sich sein Grab selbst geschaufelt, und es wäre eine Donquichoterie, würde das Wiener Kabinett das Wort sprechen: Steh auf und werde wieder lebendig!

Denkt man bloß an die militärische Sicherheit des Donaureiches, so ist die völlige Einverleibung Serbiens wünschenswert. Behält es nicht bloß seinen Staat, sondern auch sein Heer, so werden die Fanatiker sich dieses Werkzeugs bedienen wollen und darin mit englischem, russischem, italienischem Gelde unterstützt werden. Wird es dagegen einverleibt, so genügen auf seinem Gebiete Besatzungen von nicht sehr großer Stärke. Politische Räuberbanden lassen sich ausrotten. So wäre es zu halten, wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Frieden diktieren könnten, wie sie wollten. Sie haben jedoch mit dem Willen der anderen Groß-

193

8./XII. 1917

# Der Sinn der Friedensbewegung.

Von Max Adler.

Seit Wochen geht eine mächtige Bewegung durch die Massen. Es vergeht kein Tag in diesem weiten Reiche, an dem sich nicht in zahllosen Versammlungen das Volk zusammendrängte, um seine Stimme zu erheben für den Frieden und gegen die Fortdauer des Krieges leidenschaftliche Einsprache zu erheben. Gleichwohl gibt es gar manche, welche da meinen: Wozu all das Gerede vom Frieden, mit dem doch kein Glied in der drückenden Kette der Kriegsnot gelockert wird? Mögen wir rufen und schreien, wie wir wollen, die Entscheidung steht ja doch nicht bei uns; noch hat das Volk nirgends über Krieg und Frieden zu entschließen.

Aber selbst wenn es so wäre, wie es trotz der verfassungsmäßigen Ohnmacht des Volkes in Sachen des Friedensschlusses glücklicherweise doch nicht ist, selbst wenn es so wäre, so sind diese Versammlungen doch nichts Zweckloses und Ueberflüssiges, sondern moralische Taten bedeutungsvollster Art. Mehr als drei Jahre lang mußten die Völker all die furchtbaren Qualen des Krieges ertragen und durften nicht einmal sagen, was sie leiden; durften nicht einmal andeuten, was sie darüber dachten. Wären diese Versammlungen auch nur dazu da, um bloß die Klagen des tiefgeprüften Volkes laut werden zu lassen, so wäre dies allein schon eine Sache größter, aufklärender und befreiender Wirkung. Denn vor dem ungeheuren Chor dieser Klage verstummt die elende Lüge von der großen Zeit dieses Krieges und von der völkerveredelnden Kraft dieses Erlebnisses.

Aber wir kommen in diese Versammlungen nicht bloß, um zu klagen, sondern, *um anzuklagen*. Wir erheben Anklage gegen das Trugbild eines Parlamentarismus und einer Demokratie, die nirgends noch den wirklichen Willen des Volkes auszudrücken vermögen, da sie überall nicht nur die Hälfte aller Staatsbürger — die Frauen — von der Mitbestimmung im Staate ausschließen, sondern insbesondere das Recht, über Krieg und Frieden zu beschließen, nicht umfassen. Wir erheben Anklage gegen die geheime Diplomatie, die selbst dort, wo sich der Wille der Volksvertretungen bereits äußern könnte, ihn durch Intriguen und Abmachungen in Fesseln schlägt und gerade in diesem Kriege vor vollzogene Tatsachen gestellt hat. Wir erheben endlich Anklage gegen das ganze soziale System selbst, das einen so ungeheuren Zusammenbruch des bürgerlichen Lebens zeitigen mußte.

Denn dieser Krieg, den die arbeitenden Klassen der Völker nirgends wollten, ist aus dem Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen. Was ist der Sinn dieser trockenen wissenschaftlichen Feststellung, die heute wohl zu den sichersten Erkenntnissen gehört, die der Krieg hat reifen lassen? Die furchtbare Zeit, die die Völker jetzt schaudernd durchleben müssen, hat als eine gewaltige und unbarmherzige Lehrmeisterin ihnen diesen Sinn anschaulich genug enthüllt. Sie hat sie die große Wahrheit des Sozialismus an ihrem eigenen Leibe schmerzlich erleben lassen, daß die kapitalistische Gesellschaft mit ihren staatlichen Abgrenzungen bereits zu klein geworden ist für die ökonomischen Kräfte, die sie in ihrem Schoße entwickelt hat. Denn gerade durch die Störungen des Wirtschaftslebens im Kriege ist sonnenklar geworden: die Industrie der großen Industrieländer England, Deutschland, Amerika vermag heute die ganze Welt mit allen Waren zu versorgen, die sie benötigt; der hoch entwickelte Verkehr kann das russische, rumänische, amerikanische Getreide, das schweizerische, serbische, rumänische Vieh, das amerikanische und australische Fleisch überall hinbringen, wo man es braucht. Warum kann die Welt nicht so eingerichtet sein, daß jedes Land vom anderen nimmt, was es nötig hat, und ihm abgibt, was dieses bedarf? Warum können die Völker nicht *eine* Wirtschaftsgemeinde bilden, in der sich alle gegenseitig ergänzen und fördern? Weil heute noch nirgends Güter erzeugt oder Aecker bestellt werden, damit diese Produkte die Menschen befriedigen, *sondern damit die Eigentümer dieser Waren daran verdienen*. Weil heute in erster Linie noch *nicht für den Bedarf der Menschen* produziert wird, sondern für den Markt, für den Profit der Kapitalseigentümer. Und um dieses Profits willen, um ihn zu erhalten und zu steigern, schließen sich die Kapitalisten eines jeden Landes durch Zölle von denen der anderen Länder ab, wird so die natürliche Wirtschaftsgemeinde der zivilisiertesten Erde zerrissen in miteinander konkurrierende feindliche Wirtschaftsgebiete der Staaten, und das Ende ist der Imperialismus und seine unausbleibliche Folge, der Krieg. Statt der gemeinsamen Benützung der Güter der Erde ergibt sich ihre gegenseitige zielbewußte Zerstörung. Und die kapitalistische Ordnung erweist ihre eigentliche Unfähigkeit, noch länger der Gesellschaft dienen zu können, gerade darin, daß ihre eigenen Kräfte sie in einen Krieg treiben, der nicht mehr ein bloßer Kampf der Armeen ist, sondern ein Kampf der Volkswirtschaften, aber nicht etwa ein Wettkampf ihrer größeren Leistungsfähigkeit, sondern ein Wettkampf ihrer stärkeren gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit.

Aus diesem Wesen des Kapitalismus ergibt sich nun erst die Beantwortung der Schicksalsfrage: Wofür wird in diesem Kriege eigentlich gekämpft? Etwa für die Freiheit der Völker oder für ein besseres, schöneres Leben oder für den Sieg von Vernunft und Sittlichkeit? Man braucht diese Fragen nur zu stellen, um sofort die bodenlose Lächerlichkeit solcher Annahmen zu empfinden. Ueberdies sind sie jetzt auch dokumentarisch widerlegt durch die Geheimverträge der *einen* Seite der Kriegführenden. Aber, wird man vielleicht sagen, wir kämpfen jedenfalls, um uns zu verteidigen gegen die gierigen Pläne des feindlichen Imperialismus. Gewiß besteht diese Notwendigkeit; aber was hat die Völker in diese Zwangslage gebracht, sich gegen die räuberischen Begehrlichkeiten des fremden Kapitalismus verteidigen zu müssen? Ist dies nicht eben das System des Kapitalismus selbst, das die eine Staatsgruppe nicht besser macht als die andere, auch wenn sie durch die Gunst der Rollenverteilung im Kriege in die Lage des Verteidigers gekommen ist! Wofür also kämpft man in diesem Kriege, wenn nicht um die Freiheit der Völker? Man kämpft um die Verwertungsfreiheit des Kapitals in der Welt, man kämpft um die Freiheit und Ungestörtheit der Weltprofite, es ist ein Kampf der Kapitalismen um ihre Machtsphäre, ein Kampf der ökonomischen Herrenmächte der Welt untereinander um ihre Geltung.

Und darum führt auch keine der gepriesenen Gewalten der alten kapitalistischen Welt aus dem furchtbaren Kriegsbann heraus, weder die Macht der Regierenden, noch die Mahnungen des Papstes, noch die sogenannten Entscheidungen des Schwertes. In dieser Rat- und Hilflosigkeit der bürgerlichen Welt ist ihr allein Hoffnung von dort gekommen, wo eben die kapitalistische Welt geistig aufhört, vom Proletariat, von der sieghaften Revolution der russischen Arbeiter und Bauern. Das russische Volk hat allen anderen Völkern und vor allem den Mächtigen der Erde ein großes Beispiel gegeben, indem es zeigte, daß man die Macht noch zu etwas anderem gebrauchen kann als zur Unterwerfung und Zerstörung. Unvergänglich wird diese Arbeiterrevolution durch die Geschichte strahlen, die Blut nur vergossen hat, um die Anhänger des Krieges niederzuschlagen, und deren erstes Wort war: Friede den Völkern!

Wir erkennen gern an, daß unsere Regierung rasch und entschlossen den Friedenswillen der russischen Volksregierung erwidert hat. Aber wenn darum jetzt andere Gegner der Friedensversammlungen kommen und meinen, unsere Versammlungen seien überflüssig, sie wendeten sich an eine falsche Adresse, denn *wir* wollen ja den Frieden, aber die anderen, die Entente, wollen ihn nicht, so meinen wir, daß dies eine sehr unüberlegte Rede sei. Denn hinter dem Widerstand der Entente stehen nicht nur die Ententeregierungen, sondern verschanzen sich auch alle jene heimatlichen Elemente, denen der Versöhnungsfriede seit jeher ein Dorn im Auge ist, die ihn als den Verzichtsfrieden, als Hungerfrieden, als Friedensgewinsel schmähen und die bereits am Werke sind, die amerikanische Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn für ihre Zwecke eines Schwert- und Siegesfriedens auszunützen. Wir meinen darum, es genügt nicht, bloß in die ausgestreckte russische Friedenshand einzuschlagen, nach Westen aber die Faust drohend zu erheben. Man muß doch endlich einmal sehen wollen, daß wir es im Westen nicht nur mit den Ententeregierungen zu tun haben, sondern mit den von ihnen unterdrückten Völkern. Warum sollen nicht auch die Regierungen der Mittelmächte das großartige Beispiel der russischen Volksregierung befolgen, die zünftigen Gebräuche einer veralteten Diplomatie beiseite zu setzen, und, über die Köpfe der Lloyd-George, Poincaré, Clemenceau, Sonnino hinweg, die Energien der Völker in England, Frankreich und Italien selbst für den Frieden aufrufen? Und es müßten dort keine warmblütigen Menschen wohnen wie wir, keine Proletarier und Bauern, keine leidenden Volksmassen, wenn sie nicht den Friedensruf tausendfach aufnehmen würden. Oder glaubt man, daß gerade die feindlichen Soldaten so besonders erpicht wären, ihr Leben auf den Schlachtfeldern zu lassen?

Das ist der Sinn des Verständigungsfriedens, den wir vertreten, daß er die Völker überall selbst zum Worte kommen lassen soll. Und deshalb muß alles vermieden worden, was den Ententeregierungen ihr Werk erleichtert, ihre Völker gegen uns ausspielen zu können. Versuche eine kühne Regierung einmal, die Entente dadurch zu bekriegen, daß sie, anstatt die Völker der Entente für die Kriegswut ihrer Regierungen verantwortlich zu machen, sich das Vertrauen dieser Völker selbst zu erwerben trachtet: durch eine Friedenspolitik ohne Befristung und Bedrohung, durch entschlossene Ausschließung jedes Verdachts, es könnte der Waffenstillstand mit Rußland nur dazu gebraucht werden, um den Schwertfrieden nun an die Westgrenze zu verlegen! Die Zeit verlangt große und neue Mittel; die Völker sind bereit, mögen die Regierenden ihre Pflicht erfüllen.

8/III. 1917

194

# Widersprüche und Notwendigkeiten.

Mühselig ist das Friedenswerk. Allzu langsam schreitet es fort und Stunde für Stunde harren die Völker in banger Erwartung, verfolgen den Schneckengang der Verhandlungen, lauschen auf jedes Wort der Staatsmänner, ob es der hereinbrechenden Vernunft des Friedens merklich mehr entgegenkomme, und können es nicht fassen, daß noch so viele Tage der Blutarbeit dienen sollen, die schon der Festesfreude des Friedens gewidmet sein könnten! Denn Feste wird und soll man feiern, wenn dieses schreckensvolle Verhängnis von uns genommen ist.

Feste! Der Friede hat eben die ersten Schritte getan und ein zwiespältiger Lärm erhebt sich: „Die Kurse steigen!" jubelt es da und „Aussetzen!" ruft man dort. In einigen Kriegsindustriebetrieben hat man ausgesetzt! Nur vorübergehend natürlich. Aber dieses Wort „Aussetzen" verbreitet lähmendes Grauen über die Arbeiterquartiere. Wenn die Friedensglocken das schönste Fest der Welt einläuten, kann es sein, daß die proletarischen Massen vor ein gräßliches Schreckris gestellt sind, dessen Anblick der ganzen bürgerlichen Welt erspart ist, dessen Furchtbarkeit sie gar nicht begreift, das sie sogar im gewöhnlichen Leben nicht einmal bemerkt. Wenn Fabriken aussetzen, stört das das Gleichmaß des bürgerlichen Haushalts, Umgangs und Zeitvertreibs nicht. Für die proletarischen Massen ist das Aussetzen immer ein Stück Schicksal.

Es ist jammerschade, daß in den Zeitspannen, wo die Räder stillstehen, nicht zugleich der Magen des Arbeiters, sein Haushalt, der Hunger seiner Kinder aussetzt. Das wäre einfach, ja reizend wie das Märchen von Dornröschens Spinnrad: Alles und jedes, die Tafel und die Küche, Scherz und Leid, hält Pause. So gut fährt das Proletariat nicht, schon im Frieden nicht und noch weniger im Kriege. Das raffinierte Pumpwerk der Preistreiberei holt Woche für Woche den letzten Heller aus der Tischlade und dem Sacke des Arbeiters und wenn Samstag der neue Lohn ausbezahlt wird, fallen die Lohnkronen wie Tropfen auf ein Sieb. Nichts ist erschütternder als der Gedanke, daß die Arbeiter, die durch so viele Kriegsmonate unter mancherlei Entbehrungen bis zur Erschöpfung gearbeitet haben, zu Kriegsende nichts davontragen als auf abgemagertem Leibe verschlissene Kleider mit leeren Taschen, während die Kriegsgewinner Millionen besitzen und daran sind, sie fest anzulegen und Kind und Kindeskindern zu hinterlassen. Beinahe sieht es aus, als ob sich ein neues Feudalgeschlecht bilden wollte. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß viele Geschlechter unseres hohen Adels Kriegsgewinner des Dreißigjährigen Krieges sind, Nachkommen namenloser Abenteurer aus aller Herren Ländern, die als Landsknechtsführer um Fortunas Gunst mit Erfolg gebuhlt haben. Die Truppenführer freilich sind heute im festen Sold, sind bloße Angestellte des Kriegsgottes, aber seine Günstlinge sind des Handels und der Erzeugung beflissene Leute, die fern vom Schuß, fern selbst von den Fabriken, mit zäher Beharrlichkeit Profite einheimsen, während sich bezahlte Direktoren, Techniker und schlechtbezahlte militärische Leiter mit den Widerwärtigkeiten des Produzierens herumschlagen müssen. Ist der Gedanke nicht peinigend, daß sich vom Tage des Kriegsschlusses bis in die spätesten Geschlechter eine schmale Volksschicht im Besitz freut, während die Masse des Industrievolkes an demselben Tage, an dem abgeblasen wird, als Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, aussetzen soll, das heißt dem absoluten Nichts gegenüberstehen soll — nicht der Mann allein, der Mann mit Weib und Kind und Kindeskind?

Die bürgerliche Gesellschaft war schon vor dem Kriege in ihrem innersten Kerne krank, ja der Krieg selbst ist der fiebernde Ausbruch dieser Krankheit. Aber die kapitalistischen Erscheinungen inmitten des Krieges und ihre grelle Aufdringlichkeit bei Kriegsabschluß sind schreiende Ankläger wider eine Ordnung der menschlichen Beziehungen, die jeder Vernunft widerspricht. Mit heroischer Selbstüberwindung haben sich die proletarischen Massen in allen Ländern beinahe ohne Ausnahme zur Landesverteidigung bekannt: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich." Diese Hingabe für sein Volk und für sein Land ist dem Volkskind wie eingewachsen, aber um so leidenschaftlicher erhebt es Widerspruch, wenn an einem bestimmten Punkte diese Begriffe vertauscht zu werden drohen, wenn sich an seines Volkes Stelle eine beutegierige Minderheit von Geschäftemachern, an seines Landes Stelle eine herrschsüchtige Minderheit von Gewalthabern setzen will und nach getanem Heldenwerk den Mann abrüsten, den Arbeiter aussetzen und beide in das Nichts der Besitz- und Arbeitslosigkeit versinken läßt, als wäre nichts geschehen! Mit dem Vermerk „Gesund und lohnbefriedigt entlassen" ist diese größte Verwicklung in der Geschichte der Menschheit nicht abgeschlossen — wirklich und sicherlich nicht!

Noch haben wir den Frieden nicht, und also gilt seiner Erringung unser nächster, unser heißester Kampf! Aber zugleich hat die Arbeiterklasse allen Grund, zum Frieden zu rüsten. Eine beängstigende Ungewißheit liegt über der ganzen menschlichen Gesellschaft. Denn diese lebt durch die Wirtschaft und alle Grundlagen dieser Wirtschaft sind in ihren tiefsten Tiefen geschwächt, gestört und erschüttert. Geschwächt ist die sonst unversiegliche Fruchtbarkeit der Erde und die Ergiebigkeit ihrer Bergwerke, gestört ist der natürliche Kreislauf der Güter — die Straßen sind ausgefahren, die Bahnen verbraucht, die Schiffe zum großen Teil versenkt, das Geld, sonst die bewegende Kraft des Umlaufs, entwertet und der Kredit verschwunden. Erschüttert ist das System des freien Wettbewerbes, die meisten Waren bewegen sich nicht mehr selbst, sie werden durch die Staatsgewalt in Bewegung erhalten. Diese verstimmelte und entkräftete Volkswirtschaft hat zugleich alljährlich eine ganz unerhörte, alles Vorstellbare überschreitende Schuldenlast zu verzinsen und somit vorweg mehr zu leisten als in den Tagen stolzer Kraft und schwerer Fülle. Außer der müßigen Klasse der Grundrentner, der zwar geschäftigen, aber nicht arbeitenden Klasse industrieller und kaufmännischer Unternehmer, außer diesen alten Klassengegnern des Proletariats hat sich nunmehr ein ganzes Heer reiner Papierrentner wie ein drückender Alp über die Wirtschaft gelagert, die Jahressumme der arbeitslosen Einkommen ist ins Riesenhafte gewachsen, während die Arbeitskräfte siech und wund, die Arbeitsmittel beschädigt und verbraucht aus dem Kriege hervorgehen. Diese Umwälzung in der Technik der Wirtschaft wie in der sozialen Schichtung der Gesellschaft rückt die Gefahr nahe, daß der Versuch gemacht wird, den ganzen schweren Druck, den tausendfach erschwerten Druck der Nachkriegszeit auf die unteren Klassen abzuwälzen. Die Arbeiterklasse hat allen Grund, nach dem Rechten zu sehen, wenn sie nicht schweren Schaden nehmen will!

Vorerst muß verhütet werden, daß der Staat, der durch den Mann aus dem Schützengraben vor der feindlichen Ueberflutung gerettet worden ist, nunmehr als ausschließliches Werkzeug der Herrenklasse seine Herrschaftsmittel wider dasselbe Volk kehre. In allen Ländern der Welt hat darum die Arbeiterschaft die endliche volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Gesetzgebung und Verwaltung gefordert — nicht als Lohn für brave Gesinnung, denn das Recht, das uns gebührt, kann an Zahlungsstatt nicht dienen; nicht als Entgelt für Vergangenes, sondern als unerläßliche Sicherung für die Zukunft! Dann aber muß die Wiederherstellung der freien Arbeit verbürgt werden. Unter Freiheit versteht der Arbeiter nicht die Anarchie des individuellen Wettbewerbes wie die Kapitalistenklasse, die sich heute schon nach der Zügellosigkeit der Ausbeutung und Plusmacherei zurücksehnt, sondern die frei geschaffene Ordnung des Arbeitsverhältnisses, wie sie die Organisation der Arbeiterklasse verbürgt. Das Recht der Organisation allem voran, das Recht der öffentlichen Mitverwaltung der gesellschaftlichen Arbeit in Fabriksausschüssen und Arbeiterkammern, die öffentliche Behütung der gesellschaftlichen Arbeitskraft selbst durch Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Jugendpflege und Altersversorgung. Nicht die wirtschaftliche Anarchie des Bourgeois ist des Arbeiters Ideal, sondern eine wahrhaft soziale Ordnung, die, von dem Interesse wie von dem Verständnis aller Mitarbeitenden getragen, der Allgemeinheit, was sie braucht, sicherstellt, ohne den Einzelnen nur scheinbaren Notwendigkeiten zu opfern. Aber es liegt auf der Hand, daß der karge Tisch, den die

Ostdeutsche Rundschau

8/XII. 1917

195

# Czernins zweite Rede.

Dem „großen" Tage des Grafen Czernin, dem Tage, an dem er vor die Delegationen trat, um sein politisches Programm zu entwickeln, folgte ein kleiner Tag, ein Tag, an dem er vor dem Ausschusse der ungarischen Delegation auf bestimmte Fragen Antwort zu geben hatte. Der „große" Tag des Grafen Czernin hat völlig enttäuscht, der kleine Tag hingegen eine prächtige Rede gebracht, die nach verschiedenen Richtungen hin Licht verbreitet, Klarheit bringt. Warum hat Graf Czernin das nicht alles gleich in seiner ersten Rede vorgebracht? Man mußte unseren Außenminister im ungarischen Ausschusse heftig angehen, ziemlich unsanft fassen, wie es der amerikanisch-italisch orientierte Graf Michael Karolyi, dessen ungarisches Nationalgefühl sich so merkwürdig äußert, daß man es alles andere denn ungarisch nennen kann, getan hat, um die erfrischend offenen Worte zu hören. Das Bündnis Oesterreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche haben Politiker und Parteien bei uns und in Ungarn zu stören versucht. Seit Jahren ist man an der Arbeit, Zwietracht zu säen, und in der letzten Zeit geht man — dafür hat man ja in England eine große Summe Geldes bewilligt — bei uns und in Ungarn herum, um die Leute gegen das Deutsche Reich aufzubringen, indem man ihnen vorredet, nur die „Preußen" seien schuld, daß der Krieg noch fortdauere, nur des Deutschen Reiches wegen müßten wir weitere Blut- und Geldopfer bringen, nur weil wir durch das Bündnis an das Deutsche Reich „gekettet" sind, können wir den Frieden nicht haben usw. Und immer haben unsere Regierungskreise dazu geschwiegen und Graf Czernin schwieg mit den österreichischen und mit ungarischen Ministern. Das war der große, vielleicht der größte Fehler und das hat im feindlichen Auslande wie auch bei den Neutralen die Meinung aufgebracht, daß auf diesem Wege dem festen Bündnisse der beiden Mittelmächte und damit deren Widerstandskraft ein Ende bereitet werden könnte. Man hat nicht bloß mit dem Zerfall des österreichischen und ungarischen Staates gerechnet, wie Graf Czernin in seiner zweiten Rede hervorgehoben hat, man hat, als sich diese Rechnung irrig erwies, auf den Zerfall des Bündnisses die Hoffnung gesetzt. Deswegen mußte all diesen Umtrieben, den offenen und den versteckten Angriffen, denen das Bündnis, denen das Deutsche Reich bei uns in verschiedenen Kreisen ausgesetzt war, mit rücksichtsloser Entschlossenheit, wenn es nötig war, mit Derbheit entgegengewirkt werden. Daran hat es gefehlt. Nun hat Graf Czernin endlich das offene Wort gefunden und das soll ihm, wenn es auch spät kommt, herzlich gedankt sein. Auf eine bestimmte Anfrage des Grafen Andrassy hat Czernin folgendes geantwortet:

Seine Exzellenz Graf Andrassy hat mit der von ihm erwarteten Wärme von dem deutschen Bündnisse gesprochen und die Frage an mich gestellt, ob und wieweit wir in den Kriegszielen mit Deutschland einig sind. Ich kann diese Frage in positivem Sinne beantworten. **Wir sind einig mit Deutschland,** und zwar auf der Basis, die für Deutschland und für Oesterreich-Ungarn gilt, **auf der Basis des Verteidigungskrieges,** einer Basis, die hier in dieser hohen Versammlung ungeteilte Zustimmung gefunden hat, welche im deutschen Reichstag als Richtlinie für die Kriegsziele festgelegt wurde und welche Staatssekretär Dr. v. Kühlmann in einer seiner letzten Reden, meiner Ansicht nach, sehr klar und deutlich präzisiert hat, indem er den Satz aussprach: „Es gibt kein Friedenshindernis als Elsaß-Lothringen". Allerdings dürfen wir, wenn wir unsere Situation mit der unseres deutschen Bundesgenossen vergleichen, das eine nicht vergessen, **daß wir uns in gewisser Beziehung in einer besseren Situation befinden als er.** Wir haben so gut wie unser ganzes Territorium in unserem Besitze; Deutschlands Kolonien sind heute in Feindeshand. **Nun ist es selbstverständlich, daß Deutschland den Frieden nicht wird schließen wollen und können, bevor es nicht sicher ist, seine Kolonien zurückzuerhalten.** Wenn mir nun von mancher Seite der Vorwurf gemacht wird, daß die „Schwäche meiner Politik", welche sich im Schlepptau Deutschlands befinde und wie diese Phrasen sonst lauten, daß diese Politik uns zwinge, den Krieg länger fortzusetzen, als es sonst der Fall wäre, ja, daß wir für deutsche Eroberungen kämpfen müßten, so setze ich diesen Argumenten ein kategorisches **„Nein"** entgegen. **Wir kämpfen für die Verteidigung Deutschlands ebensogut, wie Deutschland für die unsere.** In dieser Beziehung kenne ich keine territorialen Grenzen. **Wenn jemand fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich: Jawohl, wir kämpfen für Elsaß-Lothringen genau so, wie Deutschland für uns kämpft und für Lemberg und Triest gekämpft hat. Ich kenne da keinen Unterschied zwischen Straßburg und Triest.** Wenn in dem allgemeinen europäischen Kriegsbilde andere **Konstellationen eintreten sollten,** was nicht ausgeschlossen erscheint, und an anderen Fronten große Ereignisse vorgehen sollten, dann würde ich es, ich sage es offen und fühle mich hierbei eins mit Graf Tisza, lebhaft begrüßen, wenn der Moment käme, in dem wir auch an den anderen Fronten gemeinsam mit unseren Bundesgenossen kämpfen würden. Wenn es also nach dieser Richtung, die wir eingeschlagen haben, seitdem der Krieg begonnen hat, und die wir mit voller Zustimmung der erdrückenden Mehrheit sowohl Oesterreichs wie Ungarns gehen, wenn es nach Klarlegung dieser Richtung drüben bei der Entente immer noch Leute gibt, welche in dem Glauben leben, es könne ihnen gelingen, uns von unserem Bundesgenossen zu trennen, so kann ich nichts sagen als: **Die das glauben, sind schlechte Psychologen und kindische Gemüter.**

Im sogenannten Exposé des Grafen Czernin vermißten wir die Folgerungen aus dem zweiten Absatze seiner Pester Rede. Er hatte damals die Kriegsziele an die Bedingung gebunden, daß die Feinde bereit sind, in die dargebotene Hand einzuschlagen und sich an den Friedenstisch zu setzen. Die Feinde haben das damals nicht getan, es waren weitere und große Waffentaten notwendig geworden, darum mußte man vom Grafen Czernin erwarten, daß er jetzt seine Pester Kriegsziele und Friedensbedingungen entsprechend ändere. Das ist im sogenannten Exposé nicht geschehen. Nun hat Graf Czernin auch diesen Fehler wieder gutgemacht. Graf Karolyi, der sich als ungarischer Parteiführer hervorragend während des ganzen Krieges schon im Interesse aller uns feindlichen Staaten, insbesondere aber Amerikas und Italiens, betätigt, hat sich diesen Fehler Czernins für seine Politik nutzbar gemacht. Schuld, daß er dies tun konnte, war das Fehlen einer klaren Aeußerung des Grafen Czernin im Exposé. Nun hat Graf Czernin auch darauf Antwort gegeben. Er sagte:

„Graf Andrassy hat bezüglich Valonas und Italiens eine Anfrage an mich gerichtet, auf die ich vollständig offen antworten möchte: Die italische Politik seit Beginn des Krieges bewegt sich auf einer schiefen Ebene nach abwärts. Es ist den Herren bekannt, daß Italien vor dem Kriege mit uns hätte sprechen können, weil wir ein lebhaftes Interesse daran hatten, diesen überflüssigen Krieg zu vermeiden. Hierbei hätte Italien zu einem Arrangement gelangen können, daß es heute wohl in seinen kühnsten Träumen nicht mehr hoffen kann zu erreichen. Italien hat seitdem zwölf Schlachten und Hunderttausende an Toten verloren, es hat Milliarden an Werten und **große Teile eigenen Bodens eingebüßt,** die heute in unserer Hand sind. Italien kann heute in bestem Falle hoffen, den Status quo zu erreichen. Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen, wobei ich auf das komme, was Graf Karolyi gesagt hat. Er hat mir, wenn ich recht verstanden habe, am Schlusse seiner Ausführungen zu verstehen gegeben, ich müßte unter allen Bedingungen ein Pazifist a l'outrance sein. Im Zusammenhange hiermit hat er meiner Pester Rede einige wohlwollende Worte gewidmet, zu meinem Erstaunen aber nur deren ersten Teile, während er den zweiten totgeschwiegen hat. Dieser zweite Teil ändert aber das ganze Charakteristikum der Rede. Was Graf Karolyi von mir verlangt, heißt, daß ich mich zu einer Assekuranz für die italischen Abenteuer hergeben möge.

Ich soll nach Ansicht Karolyis heute Italien erklären: **„Setzt den Krieg fort, so lange ihr wollt, greift uns an, so oft ihr wollt, verlängert den Krieg nach Belieben — wir garantieren euch, daß euch nichts geschieht."** Nun, meine Herren, ich bin sehr **weit von diesem Standpunkte entfernt.** Ich sage es ganz offen und damit man es in Rom höre: Wenn **Italien den Krieg mutwillig fortsetzt, so wird es später einen schlechteren Frieden bekommen.** Das sind wir unseren Truppen und unserem Hinterlande schuldig. (Beifall.) Graf Karolyi möge es wissen: Ich habe ein Ziel und das heißt: Die baldigste Erreichung eines ehrenvollen Friedens. Dabei weigere ich mich, unseren Feinden **Prämien auf die Kriegsverlängerung auszusetzen."**

Auch sonst hat Graf Czernin in seiner zweiten Rede Treffliches gesagt und so den bösen Eindruck, den sein Exposé machen mußte, zum guten Teil verwischt. Eingehend besprach er die Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem er treffend das Selbstbestimmungsrecht des Staates entgegensetzte. Er hat auf die verschiedenen Auslegungen, die dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker bei uns und bei den Feinden gefunden hat, verwiesen und diese Verschiedenheit der Auffassung trefflich gegen diese Phrase ausgespielt. Die Phrase hat schon eine ganze Geschichte hinter sich und ein ganzes Buch könnte man darüber schreiben, was man alles unter diesem Selbstbestimmungsrechte der Völker verstehen kann. Graf Czernin hat bei diesem Anlasse auch dem großen Staatsrechtslehrer im Weißen Hause zu Washington, der sich einbildet, die Welt regieren zu können, und in seiner maßlosen Ueberhebung nur mehr pathologisch genommen werden kann, deutlich die Wahrheit gesagt. Die Hoffnung allerdings, daß Herr Wilson sich doch noch eines Besseren besinnen werde, dürfte völlig irrig sein. Der Präsident der nordamerikanischen Union gehört nicht zu jenen Leuten, denen man mit Vernunftsgründen beikommen kann. Er ist selbst jeder vernünftigen Denkweise bar und wird nur durch Tatsachen, an denen er mit seinem großen Mundwerk nichts ändern kann, zu belehren sein.

Wegen ihrer Klarheit und Bestimmtheit begrüßen wir die zweite Rede des Grafen Czernin. —l.

Fremdenblatt
8/XII. 1917
200

Blatt

...e für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; ...h K 27.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Post...g: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

...e für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für ...d K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland ... Mk. 36 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 50 Cent.

...-Nummern: Schriftleitung 369, 6832. Haupt-Verwaltung 3603, Versandstelle 1024. Druckerei 3603.

71. Jahrg.

## Wien, 8. Dezember.

Wenn die Not am höchsten, dann ist Herr Wilson am nächsten. Das ist, wie es scheint, die Rolle, die sich der Präsident der Vereinigten Staaten im Weltkrieg zugeteilt hat. Jedesmal, wenn Amerika die Gefahr drohte, daß die Selbstzerfleischung Europas ein Ende nehmen könnte, haben die Vereinigten Staaten versucht, einer solchen unliebsamen Störung ihrer Geschäfte vorzubeugen. Noch bevor Amerika in den Krieg trat, zur Zeit noch, als Herrn Wilsons Mund von süßlichen Beteuerungen der Neutralität überfloß, hat es Amerika durch die unbeschränkte Lieferung von Munition und anderem Kriegsmaterial unseren Gegnern ermöglicht, den Kampf fortzusetzen. Die ganze Politik der Vereinigten Staaten scheint zielbewußt auf die Verlängerung des Weltkrieges hingearbeitet zu haben. Im Monat Februar griffen die Zentralmächte zur Waffe des unbeschränkten U-Bootkrieges als Vergeltungsmaßregel gegen die jedem Recht und jedem Menschlichkeitsgefühl hohnsprechende Hungerblockade Englands. In diesem Augenblick, da eine Gefahr für Großbritannien auftauchte, wurde der ehemalige Pazifist Wilson zum stürmischen Agitator des Kriegsgedankens. Er sprang der bedrängten Entente bei und die Vereinigten Staaten erklärten Deutschland den Krieg. Herr Wilson begründete diesen entscheidenden Schritt Amerikas, durch welchen sich die Neue Welt zum ersten Male in die Geschicke des alten Europas einmengte, mit einem Wust geschwollener Redensarten und Phrasen, in denen die Worte Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit in der ärgsten Weise mißbraucht wurden. Oesterreich-Ungarn aber hat der Präsident der Vereinigten Staaten damals noch nicht für eine Kriegserklärung als reif erachtet. Plötzlich nach einem halben Jahr hat aber Herr Wilson, offenbar nach einem seinem gelehrten bürgerlichen Beruf entsprechend gründlichen Studium, die Entdeckung gemacht, daß auch die habsburgische Monarchie den unbeschränkten U-Bootkrieg führe und daß sie nichts anderes als der Vasall Deutschlands sei. Da Amerika gegen den Lehensherrn im Kampf steht, so müsse es auch sein Schwert gegen den Vasallen ziehen. Der Herr Professor und Präsident hat sechs Monate gebraucht, um zu dieser Schlußfolgerung zu gelangen. Es ist ein sonderbares Zusammentreffen der Umstände,

Für Oesterreich-Ungarn:
Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K 50 h
Vierteljährig . . . . . 15 K 50 h
Halbjährig . . . . . 31 K — h
Ganzjährig . . . . . 62 K — h
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 6 K 20 h
Vierteljährig . . . . . 18 K — h
Halbjährig . . . . . 36 K — h
Ganzjährig . . . . . 72 K — h
Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig 21 K
Für die anderen Länder des Weltpostvereines 23 K
Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 18.50, Bulgarien Fr. 14.90.
Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbureaux.
51. Jahrgang.

kultureller Wohlfahrt sichert. Mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen ein Volk dieses Ziel erstrebt, ist ausschließlich Sache der inneren Politik, die außerhalb des Rahmens internationaler Erörterungen fällt. Man male sich aus, wohin das schrankenlose Recht der Nationen und Nationchen nach dem Geschmack der Entente führen müßte; Graf Czernin sprach das Wort Anarchie aus, und er hat nicht zu viel damit gesagt. Die Staatsmänner der Entente haben sich niemals ernstlich um die Folgen ihres demagogisch hingeschleuderten Schlagwortes bekümmert. An allen Tatsachen der Geschichte gehen sie blind vorüber. Sie verleugnen mit kühnem Gleichmut alle Erfahrung, die jede Staatsbildung als das Werk besonderer geographischer Voraussetzungen, bestimmter Bedingungen der gemeinsamen Arbeit und oft genug auch als die Arbeit genialer Komposition, als ein staatsmännisches Kunstwerk begreift. Wilsons dilettantische Vorstellung vom Staat entspringt nicht dem festen Boden der Wirklichkeit, sondern dem Wolkenreich demagogischer Leichtfertigkeit.

Auch die Geschichte gibt der Entente unrecht. Als staatenbildendes Element kommt das nationale Prinzip verhältnismäßig spät an die Reihe. Vor ihm war das religiöse Motiv stärker und beherrschte lange geschichtliche Zeitstrecken; vor ihm kommt auch die Macht einzelner Großer, die Staaten bauen, ohne Rücksicht auf das Nationale; vor ihm liegen ferner die Tage, da die Sorgen des täglichen Lebens, Beziehungen handeltreibender Völker, die besondere Art der Sitte stärker waren als die gemeinsame Sprache. Als revoltierendes Schlagwort wurde das Nationalitätenprinzip vom dritten Napoleon in die Welt geschleudert, gerade er aber hat dem um seine Einigung ringenden Italien einen köstlichen Bissen wegzuschnappen gewußt.

Es ist nicht wahr, daß das Nationalgefühl allein staatenbildend sein könne; nicht wahr, daß es genüge, um das Wesen des Staates zu erklären. Gründe von schwerstwiegender Art bezeugen die Notwendigkeit auch national gemischter Staaten. Solche „übernationale" Staatswesen, deren vornehmstes Beispiel unsre Monarchie ist, haben die geschichtliche Sendung, aus den Menschen die höheren und feineren Momente der Gemeinschaft herauszuholen und besonders kleineren Völkerschaften die Möglichkeit internationaler Geltung zu schaffen. Aber Herr Wilson berührt nicht die Frage, ob seinem Worte aufbauende Kraft innewohnt; was ihn reizt, ist nicht das Schöpferische, sondern das Zerstörende. Sein Schlagwort ist vor allem gedacht als eine Petarde gegen Oesterreich-Ungarn. Noch niemals ist es der Entente eingefallen, das Wort vom Selbstbestimmungsrecht auf ihre eigenen Völker anzuwenden; noch nie hat einer ihrer Staatslenker die Frage gestellt, was die unter Englands Faust seufzenden Völkerschaften, was Frankreichs unterworfene fremde Rassen dazu sagen würden; nie hat man sich den Kopf darüber zerbrochen, was unter dieser Losung aus Rußlands vielgestaltiger Karte werden müßte. Und bei der Verteilung der zu erobernden Welt hat man, wie Italiens Raubvertrag mit der Entente bezeugt, Wilsons Devise sachte unter den Tisch fallen lassen; uralt-deutsches Tirol, von Bozen bis zum Brenner, wo schon die Goten einen festen Sitz begründet, sollte ohne Rücksicht auf das angebliche Recht der Völker unterjocht werden.

## „Selbstbestimmungsrecht."

Unter den Schlagworten, mit denen die Entente ihr politisches Kriegsprogramm bestreitet, spielt das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" eine besondere Rolle. Der Erfinder dieses sehr wandlungsfähigen und vieldeutigen Ausdruckes ist Präsident Wilson. Er hat das Wort zu einer Zeit hinausposaunt, da er, noch unter der Maske des Neutralen, schon der Sekundant seiner späteren Waffengefährten war. Graf Czernin hat in seiner letzten Rede die Taschenspielerkünste enthüllt, die die Entente mit diesem Begriff übt. Das Selbstbestimmungsrecht einer Nation im richtigen Sinn ist deren Freiheit, jenes Verhältnis zum eigenen Staat anzustreben, das dem Volk das Höchstmaß politischer Macht und

Pester Lloyd
9./XII. 1917
206 9

# Die Voraussetzung des Verständigungsfriedens.

Von Universitätsprofessor Dr. Bonn,
Direktor der Handelshochschule München.

Die Alliierten werden nicht müde zu behaupten, Deutschlands Annexionsgelüste seien das Haupthindernis für den Frieden. Man braucht nun nicht auf die Wünsche der Franzosen nach Elsaß-Lothringen, der Rumänen nach Siebenbürgen, der Italiener nach Trient einzugehen, um zu sehen, daß die Sache gerade umgekehrt liegt. Völker können nur auf zwei Wegen wachsen und sich entwickeln: durch territoriale Angliederung oder durch wirtschaftliche Entfaltung. Die Entwicklung der Alliierten ist im wesentlichen auf der Basis der territorialen Angliederung entstanden: Frankreich, Rußland, England und die Vereinigten Staaten sind dadurch groß geworden, daß sie immer neue Länderstrecken ihren ursprünglichen Wohnsitzen angegliedert haben; und die kleinen Alliierten, wie Italien, Serbien, Rumänien sind in den Krieg eingetreten, weil sie diese Raumerweiterung noch erhoffen. Der einzige Unterschied bei den Alliierten ist, daß England und Frankreich im wesentlichen Kolonialgebiete annektiert haben, Rußland und Amerika dagegen, dank ihrer geographischen Lage, mehr kontinental sich entwickelt haben.

Ganz anders ist die Entwicklung der Mittelmächte verlaufen. Ihr Umfang ist heute kaum größer als er im Mittelalter war. Ihr Wachstum in den letzten fünfzig Jahren ist vor allem durch wirtschaftliche Entfaltung vor sich gegangen. Beim Deutschen Reich tritt das nicht so klar in Erscheinung, weil es sich ein weites Kolonialgebiet angegliedert hat. Dieses Kolonialgebiet war aber im wesentlichen eine Reserve für die Zukunft; es hatte wenig Teil an der Entwicklung der Gegenwart; der Handel mit den Kolonien betrug nur ein bis zwei Prozent des deutschen Gesamthandels. Bei der österreichisch-ungarischen Monarchie dagegen tritt diese Tatsache klar in Erscheinung. Ihr wirtschaftlicher Aufschwung ist nicht so stark in die Augen gefallen, wie der Deutschlands; er ist trotz aller Hindernisse ein achtunggebietender gewesen. Er ist von Gebietserwerb nicht beeinflußt worden, denn niemand wird behaupten wollen, daß etwa die Angliederung von Bosnien und der Herzegowina entscheidend mitgespielt habe.

Während eines halben Jahrhunderts haben die beiden Mittelmächte eine wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen, deren Grundlage der internationale Handelsverkehr war. Sie bezogen Nahrungsmittel und Rohstoffe in immer steigendem Maße aus fremden, meist Ueberseeländern. Ihre Schiffahrt diente nicht nur den eigenen Bedürfnissen; sie war ein wichtiges Glied des internationalen Verkehrs geworden. Deutsches Kapital und deutsche Intelligenz spielten eine führende Rolle in der Erschließung von Neuländern, wie in der Organisation der alten kapitalistischen Wirtschaftszentren von London, Paris, New York. Wenn Oesterreich-Ungarns Anteilnahme an dieser Richtung geringer war, so wurde der Ausfall wettgemacht durch die emsige Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Auswanderer, deren Fleiß die Prärien Kanadas fruchtbar machte und die Entwicklung amerikanischer Industrien mächtig förderte. (Als ich vor zwei Jahren in dem großen Werk des Stahltrusts in Gary war, fand ich unter den Arbeitern etwa sechzig Prozent Angehöriger der Monarchie.) Und trotz aller Zollschranken und aller Benachteiligungen drangen die deutschen und die österreichisch-ungarischen Industrien in alle Länder vor.

Diese Wirtschaftspolitik war natürlich mit gewissen Gefahren verbunden. Zollerhöhungen und Einwanderungsbeschränkungen verschoben die Märkte. Die Angliederung unabhängiger Reiche an den Kolonialbesitz der Alliierten erschwerte die Versorgungsmöglichkeiten. Trotz dieser Gefahr hat sich das System bewährt. Unter ihm ist das Deutsche Reich aus einem Auswanderungsland zu einem Einwanderungsland geworden. Und wenn der Umschwung in der Monarchie nicht so sichtbar war, so hat doch gerade der Krieg gezeigt, wie gewaltig ihre wirtschaftliche Kraft gewachsen ist. Ohne dieses auf internationalen Handelsbeziehungen beruhende System hätten die Mittelmächte nie die Reichtumsentwicklung erreicht, die ihnen das Durchhalten im Kriege ermöglicht. Mit diesem System war indessen eine Gefahr verbunden. Es war möglich, die überseeische Zufuhr abzuschneiden und eine Hungerblockade zu versuchen. Diese Gefahr ist diesmal überwunden worden. Sie ist untrennbar von überseeischer Entwicklung. Sie muß mit zunehmender Bevölkerung zunehmen. Sie kann nur abgewendet werden dadurch, daß man die überseeische Entwicklung aufgibt — das bedeuet in letzter Linie Annexion — oder durch Anerkennung der freien See ohne alle Einschränkungen.

Große Reiche wie die Mittelmächte haben die Wahl zwischen beiden Entwicklungsmöglichkeiten; sie können zwischen Ueberseepolitik oder kontinentaler Entwicklung wählen. Eine solche kontinentale Entwicklung ist natürlich nicht gleichbedeutend mit völliger Selbstgenügsamkeit. Die Mittelmächte haben dies auch während des Krieges nicht erreicht. Der Beweis dafür sind die Wechselkurse, die eine starke Verschuldung an das neutrale Ausland zeigen. Die kontinentale Entwicklung ist nur denkbar, wenn sie durch freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn gesichert ist. Sie ist aber auch dann mit gewissen Gefahren verbunden. Selbst das freundschaftlichste Verhältnis zu Rußland kann keine Garantien geben, daß Rußland etwa die Rohstoffquellen, die es den Mittelmächten zur Verfügung stellt, unter Hintansetzung seiner eigenen Industrialisierung ihnen dauernd offen lassen würde. Kein Land wird auf seine industrielle Zukunft verzichten wollen, weil das etwa im Interesse des Nachbars liegen könnte. Solche Gefahren lassen sich vermindern, wenn an Stelle des Freundschaftsverhältnisses ein wirtschaftlicher Zusammenschluß tritt, wie er in dem Gedankengang „Mitteleuropa" enthalten ist. Aber auch hier besteht die Möglichkeit einer Verschiebung der Versorgung der auf einander angewiesenen Gebiete, wenn nicht eine einheitliche Wirtschaftspolitik eingreift. Und eine völlig einheitliche Wirtschaftspolitik ist ohne eine Art dauernden Staatenbundes kaum denkbar. Es ist sehr interessant, daß die Alliierten diesen Gedankengang zu Ende gedacht haben. Für sie ist ein Wirtschaftsbündnis der Mittelmächte kein bloßer wirtschaftlicher Block, sondern der Versuch zur Begründung eines militärgewaltigen Bundesstaates, der von „Berlin bis Bagdad" reicht. Das verzerrte Problem dieses Mitteleuropas soll hier nicht erörtert werden. Sollte ein solcher Bund je zustande kommen, so wäre sein Begründer die englische Seesperre.

Wenn die Gefahr der Seesperre durch den Friedensschluß nicht ein für allemal gebannt werden kann, muß neben ein Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte die Annexion treten. Wenn Deutschland nach dem Frieden keine fremden Erze erhalten kann, weil ihre Einfuhr jederzeit verhindert werden kann, so wäre es töricht, Erzgruben, die es einmal besitzt, aufzugeben. Und wenn die Mittelmächte stets in der Befürchtung leben müssen, ihre wachsende Bevölkerung könnte von fremder Zufuhr abgeschnitten werden, so müssen sie neue Siedlungsgebiete erwerben, die die landwirtschaftliche Produktion für längere Zeit ausdehnungsfähig machen. Wenn infolge der Möglichkeit einer Wiederholung der Seesperre die Sicherung von Vorräten das Entscheidende ist, dann kann die Welt nicht mit Rücksicht auf die Selbstbestimmung der Völker eingerichtet werden, sondern mit Rücksicht auf die Sicherung der Versorgung. Die Eignung, die ein Gebiet hat, Bedürfnisse des Nachbarn zu decken, nicht die Eigenart seiner Bewohner wird darüber entscheiden, wem dies Gebiet angehören soll. Der Grenzschutz wird nicht länger nach bloß militärischen Gesichtspunkten eingerichtet werden, er muß nach wirtschaftlichen Produktionssphären geordnet sein.

Wirtschaftsbündnisse und Festhaltung der heute besetzten Gebiete werden die Versorgung der Mittelmächte nicht bei allen Gütern vollkommen decken können; man braucht nur an Baumwolle und Gummi zu denken. Auch diese Ersatzwirtschaft wird nicht alles leisten können. Man wird also einmal eine kostspielige Vorratswirtschaft treiben müssen. Man wird aber ganz naturgemäß eine Politik des weiteren Vorwärtsstrebens über den Kontinent nicht vermeiden können, sei es, daß sie sich in Form weiterer Bündnisse abspielt, sei es, daß man eine östlich gerichtete Annexionspolitik verfolgt. Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Sicherheit wird die europäische Welt dann militärisch organisiert werden, wie das nie vorher der Fall war, bis schließlich vielleicht ein waffenstarrendes Europa, das von der deutschen Westgrenze bis tief nach Asien hineinreicht, den anderen Erdteilen gegenübertritt. Und man wird dabei Gebiete festhalten müssen, die vom Standpunkt der wirtschaftlichen Versorgung aus keine Eigenwerte haben, die aber gegenüber der Rohstoffsperre der Alliierten den Wert der Faustpfänder und der Bedrohungspunkte besitzen. Dieser Militarismus ist nicht das Ziel der Mittelmächte; er wird das Ergebnis der Weltpolitik sein, wenn die Alliierten das Recht der Seesperre aus diesem Kriege retten wollen. Wenn die brutale Gewalt auf dem Meere, dem größten internationalen Gebiete, weiter herrschen soll, dann wird auch zu Lande ein Verzicht auf Gewalt nicht möglich sein.

Zu solchen Befürchtungen ist indessen glücklicherweise kein Grund vorhanden. Englische Staatsmänner allerdings sind noch naiv genug, den Satz auszusprechen, man könne doch von den seebeherrschenden Nationen nicht verlangen, daß sie die Machtmittel, die sie zur Verfügung haben, im Kriegsfalle nicht verwenden. Wenn man auf dem Standpunkt der Machtpolitik steht, haben sie vollkommen recht. Dann kann man aber auch von der anderen Seite eine Aufgabe dieses Standpunktes nicht verlangen. Wenn der Dreadnought die Weltgeschichte entscheiden soll, dann liegt kein Grund vor, auf die Festungsartillerie zu verzichten. England steht indessen hier mit seinen Forderungen ziemlich allein. Nicht nur die Mittelmächte weisen seine Ansprüche zurück. Trotz ihres Bündnisses stehen die Vereinigten Staaten auf dem gleichen Standpunkt, den seit der Friedenskundgebung des Papstes die gesamte katholische Welt zu dem ihren gemacht hat. Und England selbst hat wenig Grund, das Prinzip der freien See zu bekämpfen. Es hat Deutschland gegenüber die Seesperre durchführen können, weil es dank seiner geographischen Lage gewissermaßen die Nordsee verriegelt. Es ist anderen Mächten gegenüber weit weniger günstig gestellt. Es hat die Blockade nur erfolgreich gestalten können, weil Deutschlands große Nachbarn mit im Bunde waren. Ein neutrales Rußland hätte sich sicher als Durchfuhrland nicht rationieren lassen, wie man Holland und Dänemark rationiert hat. Und die Blockade wäre nie durchführbar gewesen, wenn Amerika, der einzige Neutrale, der mächtig genug war, auf dem Rechte der freien Gütersendung nach den Mittelmächten bestanden hätte. Englische Staatsmänner wissen, daß Kombinationen wie die heutigen nicht wiederkehren werden. Sie wissen auch, daß der Unterseebootkrieg heute die Behauptung der Seeherrschaft sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht hat. Und sie wissen vor allem, daß England eine kleine Insel ist, die durch keine, noch so energisch geplanten sozialen Maßregeln je selbstgenügend werden kann. England wird immer auf Zufuhr über See angewiesen sein. Die Zufuhr über See wird nur sicher sein, wenn das Prinzip der freien See anerkennt wird. Ob damit eine Flottenabrüstung verbunden sein muß oder nicht, die Tatsache steht jedenfalls fest, daß das Meer, das außerhalb der Dreimeilenzone das größte internationale Gebiet der Welt ist, leichter neutralisiert werden kann als irgendein kleiner Pufferstaat. Es liegt kein Grund vor, warum innerhalb dieser neutralen Zonen Frachtschiffe und Güter nicht ebenso frei sein sollen, wie sie es auf den anderen neutralen Gebieten sind. Wenn die Alliierten eine Verständigung der Völker durch internationale Abmachungen zu erreichen hoffen, so haben sie hier Gelegenheit, ihren ehrlichen Willen zu zeigen. Sind sie bereit dazu, so wird die Welt von neuem die Entwicklung aufnehmen, die sie vor dem Kriege hatte. An Stelle territorialer Annexionen wird der internationale Handelsverkehr von neuem treten. Tun sie es nicht, so werden sie eben dem Prinzip zum Sieg verhelfen, das sie zu bekämpfen suchen.

Nur in den Kolonien, das heißt in den Gebieten, die dank ihrer zurückgebliebenen Bevölkerung für lange Jahre, vielleicht für Jahrhunderte, nicht imstande sein werden, das Prinzip der Selbstbestimmung zu verwirklichen, wird für territoriale Herrschaftserweiterung Raum sein. Man kann gewiß auch die koloniale Gebietsangliederung als unsittlich verwerfen. Solange aber dieses Prinzip nicht von seiten der Alliierten durchgeführt wird, dürfen die Mittelmächte verlangen, daß auch sie an diesen großen Reserven der Zukunft Anteil nehmen. Es geht nicht an, daß die eine Hälfte der Menschheit jede Gebietserweiterung, auch solche kolonialer Natur als unsittlich verwirft und ihre Gegner von diesem Standpunkt aus von jeder kolonialen Betätigung ausschließt, während sie selbst mächtige, nach außen abgeschlossene Kolonialreiche aufzubauen sucht.

Reichspost



10./XII. 1917

# Ansage des Finanzbankerotts in Rußland.

## Rußland annulliert seine auswärtige Staatsschuld.

Reuter meldet aus Petersburg, die russische Regierung habe sämtliche ausländischen Anleihen für ungültig erklärt und die Einstellung des Zinsendienstes für diese Anleihen verfügt. Damit ist jenes Ereignis geschaffen, das die Finanzwissenschaft als die Ansage des Staatsbankerotts bezeichnet, die schwerste Anklage gegen die Verbündeten, die Rußland in diese Lage gebracht haben, liegt in dieser Ankündigung zugleich aber auch die Ansage strafender Vergeltung, denn niemanden würde die konsequente Durchführung des Staatsbankerottes stärker treffen, als die bisherigen Bundesgenossen.

Rußlands auswärtige Verschuldung war schon vor dem Kriege groß, nicht im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl, wohl aber im Vergleich mit der noch in den Anfängen stehenden Entwicklung seines Wirtschaftslebens. Von 6651·8 Millionen Rubel am 31. Dezember 1903, also unmittelbar vor Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges wuchs die allgemeine Staatsschuld bis Ende 1906 auf 8625 Millionen Rubel an. Bis zum Jahre 1910 ergab sich eine neuerliche Vermehrung auf insgesamt 9030·3 Millionen Rubel. Seit jener Zeit trat eine merkliche Besserung in den russischen Staatsfinanzen ein und der unerwartete, durch einige glänzende Ernten verursachte Aufschwung im russischen Wirtschaftsleben wirkte auch auf die russischen allgemeinen Staatsschulden hienüber, die durch verstärkte Rückzahlungen bis Ende 1913 auf 8828 Millionen herabgedrückt wurden und, wenn man die fast durchgehends in Paris und Amsterdam untergebrachten Eisenbahnobligationen hinzurechnete, insgesamt rund 12·15 Milliarden Rubel betrugen. Davon waren annähernd 50 bis 54% im Ausland untergebracht. Es befanden sich sonach insgesamt an die 17 bis 17½ Milliarden Franken in russischen Staatspapieren und Obligationen an fremdländischen Plätzen. Diese an und für sich schon außerordentlich hohe Summe hat jetzt im Weltkrieg noch eine riesige Steigerung erfahren. Für Ende dieses Jahres rechnete man mit einer russischen Staatsschuld von 55 Milliarden Rubel, d. i. rund 68% des gesamten auf 75 bis 80 Milliarden Rubel bewerteten russischen Nationalvermögens. Parallel mit dieser Zunahme der allgemeinen Staatsschuld ging natürlich auch ein unerhörtes Anschwellen der sogenannten auswärtigen Schuldenlast. Die Westmächte haben dem russischen Bundesgenossen im Verein mit Amerika nicht weniger als 7 Milliarden Rubel, das sind an die 20.000 Millionen Franken vorgeschossen. Hievon entfällt der weitaus größte Prozentsatz auf England und erst in weitem Abstand folgen Frankreich und die Vereinigten Staaten und schließlich auch Japan, das auch mit einigen hundert Millionen Franken beteiligt ist. Diese 20 Milliarden Franken hat Rußland natürlich nicht in bar erhalten; sie stellen vielmehr den Gegenwert dar für die kolossalen Kriegsmateriallieferungen, die von England, Amerika und Japan ihren Weg nach Rußland gingen. Frankreich war dagegen an diesen Lieferungen so gut wie gar nicht beteiligt. Dafür verpflichtete sich aber die französische Regierung, die in Frankreich fälligen Zinsscheine der russischen Staatspapiere aus eigenen Mitteln einzulösen, um so einer Katastrophe am Pariser Russenmarkt vorzubeugen. Damit war jedoch nur ein Palliativmittel gefunden worden, das in dem Augenblick versagen mußte, wo der russische Schuldner zahlungsunfähig wurde. Dieser Augenblick ist jetzt da und zu gleicher Zeit sind Hunderttausende von kleinen französischen Rentnern um Einkommen und Vermögen gebracht. Das französische Nationalvermögen ist jetzt mit einem Schlage um rund 20 Milliarden Franken kleiner, jetzt im Kriege, der ohnehin die Finanzen Frankreichs vollständig in Verwirrung gebracht hat, ein starker Aderlaß.

Zu gleicher Zeit ist diese Einstellung der russischen Staatszahlungen an das Ausland auch der buchstäbliche Bankerott der auf der Revancheidee aufgebauten russisch-französischen Anleihepolitik. Etwas besser wie Frankreich schneidet wohl England ab, das einen Teil des russischen Goldschatzes — rund 1 Milliarde Rubel — an sich gezogen und sich außerdem in wertvollen Land- und Bergwerkskonzessionen ein Pfand gesichert hat oder besser gesagt sichern wollte, denn jetzt ist es sehr wahrscheinlich, daß die russischen Machthaber die vielen an Engländer und auch an Amerikaner erteilten Konzessionen einer Revision unterziehen werden. Damit ist auch das Fiasko des großen Raubzuges gegeben, den der englisch-amerikanische Kapitalismus auf russischem Boden in den letzten zwei Jahren organisiert hatte. Die goldenen Fesseln, die man dem russischen Riesen angelegt hatte, zerreißen, damit aber die stärkste Gemeinschaft mit den bisherigen Verbündeten. Ein tieferes Grab gibt es nicht für ein politi-

Ostdeutsche - Rundschau 213
11. IX. 1917

# Für Treubund und deutschen Frieden.

Was in Wien wirklich deutschen Gemütes und Geblütes ist, das war am Sonntag abends im Großen Musikvereinssaal erschienen, um die Redner zu hören, die für den Treubund und den deutschen Frieden sprachen. Tausende füllten den gewaltigen Saal, Kopf an Kopf gedrängt, standen die Hörer auf der Galerie, es war vom ersten bis zum letzten Wort eine wirklich deutsche Stimmung.

Der Deutsche Volksrat hat sich ein Verdienst mit der Veranstaltung dieses Abends erworben. Der Vorsitzende Dr. Kleiter konnte mit Recht betonen, wie diese Tausende Zeugnis ablegen wollen von dem Willen zum Siege, der auch die wahrhaft Deutschbewußten in Wien beseelt, wenn auch eine volksfremde Presse die öffentliche Meinung täglich zu fälschen sucht. Der Schubertbund hatte sich wieder einmal in uneigennützigster Weise in den Dienst der völkischen Sache gestellt — der jubelnde Beifall nach den Gesangsvorträgen „Sankt Michael", „Meine Muttersprache", „Straßburg nimmermehr", mit der Zugabe „Reicht die Hände euch, Germanen" — bewies den prächtigen Männern des Schubertbundes, wie sehr sie mit ihrem seelenvollen Gesang der Weihe des Tages Ausdruck gegeben haben.

Als erster Redner des Abends sprach der Reichsratsabgeordnete Josef Mayer aus dem Egerlande. Stürmisch begrüßt, wußte der markige Redner in kurzen knappen Strichen ein treffendes Bild der Stimmung im kerndeutschen Egerlande zu geben. Gewaltig sind die Opfer, die gerade das Egerland in diesem Weltenringen an Gut und Blut dem Vaterlande gebracht hat. Wie wenige „Enthobene" zählt das Egerland, wie viele dagegen das tschechische Czaslau — dafür aber hat das Egerland zehnmal mehr zur Kriegsanleihe beigetragen, als mancher größere und reichere tschechische Bezirk. Wie die Egerländer im Kampfe ihren Mann stellen, das haben wir erst jetzt wieder aus dem Heeresbericht vom Feldmarschall Conrad von Hötzendorf gehört. Ueberall, wo es gilt, das Vaterland zu schirmen und für das Deutschtum einzutreten, **stehen die wackeren Egerländer in erster Reihe.** Da ist keine Familie, die nicht einen Sohn, Bruder oder Gatten auf dem Felde der Ehre gelassen hat, auch Reichsratsabgeordneter Josef Mayer hat einen hochbegabten Bruder zu beklagen. Er selbst steht seit Beginn des Feldzuges draußen vor dem Feind, da werden ja wohl die Vertreter der roten Internationale nicht behaupten können, daß er wie „ein Blinder von der Farbe rede". Darum wirkten auch seine mannhaften Worte doppelt auf die Zuhörer, als er ausrief: **Wir wollen keinen faulen Verzichtsfrieden, wir wollen den vollen Siegespreis, den wir durch unsere gewaltigen Blutopfer um das Vaterland verdient haben!** Mancher Städter, der durch unsere Händlerpresse beeinflußt, ein ganz falsches Bild von dem „Gewinn" der Bauern in diesem Kriege sich gebildet hatte, wird nach den warmherzigen Worten des Redners ganz anderen Sinnes geworden sein. Hätte Oesterreich mehr Egerländer und weniger Tschechen, es stünde wahrlich besser um die heilige Sache des Vaterlandes! **Hoffen wir, daß dies maßgebenden Ortes endlich einmal anerkannt wird ...**

Als sich der stürmische Jubel gelegt hatte, der den Worten des Redners folgte, sprach Dr. Walter Riehl für die Deutsche Arbeiterpartei. Es ist ein wohltuender Gedanke, daß der vierte Stand in Oesterreich, so weit er deutschen Blutes ist, sich endlich aus den Fängen der roten Internationale befreien will. Die von unseren Preßhebräern verführten deutschen Arbeiter können aus dem Weckruf eines Dr. Walter Riehl vernehmen, **wer wahrhaft für die Anliegen der deutschen Arbeiterschaft eintritt.** Mit scharfen Worten geißelte dieser Redner die Händlerpresse und die Kriegsgewinner, unter dem tosenden Beifall der Hörer regnet es Hiebe auf die Kriegshyänen im Hinterlande. Desto wärmere Töne fand Dr. Riehl für das arbeitende deutsche Volk. Kein Mensch kann das Blut in seinen Adern willkürlich verändern. Volk ist die grundlegende umfassende Gemeinschaft; wer wahrhaft zum deutschen Volke gehört, der wird nach diesem Kriege dem Wahngebilde der Internationale **nicht mehr nachlaufen. Wir wünschen der deutschen Arbeiterpartei** kräftigen **Aufstieg und volles Gedeihen!**

Als dritter Redner sprach wirkungsvoll und markig **der** deutschradikale Reichsratsabgeordnete Baurat Rudolf Heine im Namen seiner Partei. Meisterhaft verstand er es, den Gegensatz zwischen tschechischer und deutscher Staatsauffassung herauszuarbeiten. Der Redner erwähnte eine Aeußerung des ungekrönten Königs von Böhmen, des Hochverräters Kramarsch, der sich zu der Drohung verstiegen hat, er müsse, wenn auf einer Friedenskonferenz der tschecho-slovakische Staat nicht ganz nach seinem Wunsche entstünde, auswandern. Heller Jubel füllte den Saal und hunderte von Stimmen riefen: **Auswandern und alle Tschechen mitnehmen!**

Den Inhalt der trefflichen Rede können wir aus Raummangel leider heute nicht bringen. Mit den Worten Kaiser Wilhelms „durch Not und Tod zum Sieg" schloß Baurat Heine, der auch die Haltung der deutschen Abgeordneten im Parlament wirkungsvoll verteidigte, mit gewichtigen Gründen.

Nach einer kurzen Pause betrat ein Gast aus dem Deutschen Reiche, der bekannte Schriftsteller Graf Bothmer aus München, das Podium. Geistvoll und eigenartig ist die Vortragskunst dieses fesselnden Redners. Namentlich seine Worte über Wilsons Taktik gaben ein ganz neues Bild dieses transatlantischen Geschäftspolitikers. Graf Bothmer bewies uns, wie Dollarika nur in diesen Krieg gegangen ist, um Geld zu machen. Vor allen Dingen aber will der Rattenfänger im Weißen Hause zu Washington durch eine Verelendung der europäischen Länder die arbeitenden Klassen zur Auswanderung nach dem gelobten Lande des Dollars ermuntern. Dann haben, die Mammonskönige drüben alles, was ihr Herz begehrt: Rohstoffe, Gold, Industrie, Ackerbau und Ueberfluß an billigen Arbeitskräften. Das verelendete, von Staatsschulden erdrückte Europa aber wäre gerade noch gut genug als Ausbeutungsobjekt des Landes der Sterne und Streifen. Wer die überzeugenden Worte des Grafen Bothmer gehört hat, der wird zugeben, daß dies von ihm gezeichnete Bild durchaus der Wahrheit entspricht! Nur ein siegreicher Frieden kann uns aus den Fangarmen des angelsächsischen Großkapitals befreien. Was dann Graf Bothmer noch über unsere internationale Presse sagte, war gleichfalls herzerquickend. Ebenso saßen die Hiebe auf jene Leisetretereien in den Regierungen, die immer noch nicht erkennen wollen, um was es sich eigentlich in diesem Weltenringen handelt, die immer noch den Pazifisten nachgeben, die immer noch in unseliger Bethmännerei befangen sind. Graf Bothmer bewies, wie unvorbereitet wir wirtschaftlich in diesen Krieg gegangen sind, wie die Mobilmachung um dreimal 24 Stunden durch Schwäche verzögert wurde, wie aber das Schwert unseres Vaters Hindenburg den gordischen Knoten durchschneiden wird! Mit Beifall wurde auch dieser liebe Gast aus dem Deutschen Reich überschüttet.

Zum Schluß sprach der Marinepfarrer Wangemann herzerfrischend, warmblütig und begeisternd. Die Worte kamen vom Herzen und gingen zu Herzen. Namentlich gedachte er der Helden in Ostafrika. Die wackeren Blaujacken draußen auf dem Großkampfschiff und im U-Boot, **sie werden die Baralonger niederzwingen,** diese Gewißheit nahm jeder Hörer mit nach Hause! Alles in allem ein herzerhebender, ein echt deutscher Abend, wie ihn Wien gerade in dieser schweren Zeit weit häufiger erleben sollte. Schillers Mahnruf klang aus den Worten aller Redner heraus: An's Vaterland, an's teure schließ' dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen, hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft — aber ebenso die völkische Lehre: **Was auch draus werde, steh' zu deinem Volke, hier ist dein angeborner Platz!**

Der Siegesfrieden ist auf dem Marsche, weder die goldene noch die rote Internationale werden ihn aufhalten. Mögen sie in ihren Blättern diese Versammlung totschweigen, von Mund zu Mund wird die Kunde weitergehen: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!

Zum Schlusse beantragte Reichsratsabgeordneter Dr. Waber eine Entschließung für den Siegesfrieden, die einstimmig unter brausendem Jubel angenommen wurde.

Aus den Reden der beiden reichsdeutschen Gäste tragen wir in Kürze folgendes nach:

Marinepfarrer **Wangemann** schildert die Erfolge deutscher Arbeit und Tüchtigkeit im Auslande und das Heldentum der wackeren Schutztruppe in Deutschostafrika, die gegen fünfzehnfache Uebermacht seit Jahren den härtesten Kampf kämpft. Man hat uns Barbaren gescholten, aber der Umstand, daß die Schwarzen in Deutschostafrika sich den Deutschen angeschlossen haben, diesem kleinen Häuflein, sei der beste Beweis dafür, daß sie die Segnungen einer deutschen Verwaltung zu schätzen wissen. Die Deutschen seien noch immer das alte Volk der Kolonisatoren und sie seien in Wahrheit das einzige. Die anderen aber, die ihre Leistungen nicht genug rühmen können, haben es in diesem Kriege gerade in den Kolonien ärger getrieben als die Wilden. Die deutschen Kämpfer im fernen Afrika halte der Glaube aufrecht, daß man sie im Heimatlande nicht vergessen werde und dieser Glaube dürfe nicht getäuscht werden. Darum müsse der Friede ein solcher sein, welcher die Weltgeltung des Deutschtums wieder herstellt. Dafür aber, daß dieses Ziel erreicht werden könne, sei Hindenburg Bürge und die deutschen U-Boote, deren Heldentum nicht genug gerühmt werden könne.

Graf **Bothmer** führte aus, es handle sich in diesem Kriege nicht nur um einen Gewinn oder Verlust in materieller Richtung, sondern vor allem um die Wahrung und Durchsetzung unserer besonderen Auffassung von den höchsten geistigen und sittlichen Ideen. Darin liege nationale Freiheit und die sittliche Größe eines weltbedeutenden Ideals, daß sie von einer Geschlossenheit von Menschen getragen werde, die dieses Ideal als ihr Heiligstes, Innerstes betrachten. Darum müssen wir den Krieg zu einem guten Ende bringen und deshalb dürfe uns der Friede nicht unvorbereitet treffen, wie uns der Krieg unvorbereitet überrascht habe. Und zu diesem Zwecke seien in Deutschland bereits die Kadres der Volksmobilisierung gebildet worden, nämlich **die deutsche Vaterlandspartei. Diese zähle heute nahezu drei Millionen Wähler zu ihren Mitgliedern. Die Sozialdemokratie aber habe in Deutschland in derselben Zeit Hunderttausende von Mitgliedern verloren.** Und jene Mitglieder der Vaterlandspartei werden nicht dulden, daß das deutsche Volk um die Früchte des Sieges betrogen werde. Wenn man aber dieses Ziel erreichen wolle, dann müsse man den Krieg begreifen als das, was er ist. Er ist gekommen, weil sich verbündeten imperialistischer Drang im Osten mit kapitalistischer Ausdehnungspolitik im Westen. Redner legt nun ausführlich die wirtschaftlichen Folgen des Krieges dar und schildert die schlaue Politik Amerikas, welches durch finanzielle Weltbeherrschung Alleinherrschaft auf dem Rohstoffmarkt und Lahmlegung der deutschen Industrie sich letzten Endes den Menschennachschub aus den übervölkerten Zentralstaaten Europas sichern wolle, den es unbedingt braucht, wenn seine Industrie bestehen soll. Das aber wäre gleichbedeutend mit der Verelendung des deutschen Volkes, vor allem der breiten Massen. Diese zu verhindern, aber müsse unser Friedensziel sein. **Heute fühle sich jeder mit seinem Sein und Haben als Teil des großen Ganzen und in diesem Aufgehen in der Gesamtheit der Volksmasse liege die Lösung des wahren Sozialismus. Das sei die große Idee, die wir der Welt zu geben haben und sie werde wohl berufen sein, auch dem Osten die Erlösung zu bringen. Das sei auch das Programm der Deutschen Vaterlandspartei, die die Errichtung eines Blocks der Kontinentalmächte anstrebe. Und deshalb sei es ein Glück, daß der Friede, der jetzt kommt, kein allgemeiner sein wird. Im Westen werden die Mittelmächte siegen, wie sie im Osten und Süden gesiegt haben, und dann gilt es die freie Handelsstraße von Antwerpen bis Bagdad zu sichern. Eine elsaß-lothringische Frage besteht für das deutsche Volk nicht.** Es handelt sich jetzt nur darum, **durchzuhalten bis zum guten Ende.** Dazu aber gehört Glaube, Wille und Tat, **der Glaube an unsere Kraft und sittliche Ueberlegenheit, der Wille, diese Kraft zu führen und die Tat, die nicht zurückschreckt, auch wenn Welten dar[illegible]sinken.**

Fremdenblatt 220

11./XII. 1917.

kritiker, unter anderem mit Feldmarschall French, der wichtige Beweggründe der Veröffentlichung des Briefes lieferte: daß durch die Verlängerung des U-Boot-Krieges die britische Handelsflotte schließlich in einer sehr bedenklichen Inferiorität gegen die amerikanische und japanische stehen werde; besonders das gewaltige


# nden-Blatt

mit militärischer Beilage

## Die Vedette.

Verwaltung: 1. Schuler-

Bezugspreis für Oesterreich-Ungarn: Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 54.—; halbjährlich K 27.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

Bezugspreis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland 12 Mk. 35 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 80 Cent.

Fernsprech-Nummern: Schriftleitung 389, 6332, Haupt-Verwaltung 3665, Versandstelle 1924, Druckerei 3668.

Wien, Dienstag den 11. Dezember 1917 — 71. Jahrg.


## Piave-Brückenkopfes.

## der rumänischen Front.

einer Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer eines ihrerseits auf sechs Monate vorgesehenen Waffenstillstandes unsere Truppen in den Schützengräben der Ostfront zu belassen. Nicht einmal deren Zurücklegung in Ruhequartiere sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht einlassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, daß in allen außer in einer Frage eine Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt, für den wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im Rigaischen Meerbusen, deren Räumung natürlich außerhalb jeder Diskussion.

Wie leicht an sich eine Einigung zu erzielen war, zeigte sich in dem Augenblicke, als die russischen Delegierten erklärten, weitere Instruktionen aus Petersburg einholen zu müssen, denn wir haben daraufhin in kürzester Zeit, ohne auf ernste Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung über die Bedingungen der jetzt eingetretenen zehntägigen Waffenruhe erzielt. In dieser kurzfristigen Abmachung dürfen wir ein gutes Vorzeichen für die Zukunft erblicken.

## Bericht unseres Generalstabes.

Wien, 10. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

„10. Dezember 1917.

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Verbündeten haben mit den zwischen Dnjestr und Donau-Mündung stehenden russischen und rumänischen Armeen der rumänischen Front Waffenstillstand geschlossen.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Piave-Mündung entrissen Sturmtruppen des Deeser Honvedinfanterie-Regiments Nr. 32 dem Feinde den Brückenkopf von Bressanin; es wurden 6 italienische

## Ueber die polnische Frage.

Von Graf Julius Andrassy.

Nach unseren ersten militärischen Erfolgen, die es ermöglicht haben, daß die polnische Frage aufgeworfen werde, habe ich vor der Oeffentlichkeit meine Ansicht ausgeführt, daß das Königreich Polen wieder errichtet werden muß. Ich führte aus, daß den Interessen Polens und Europas diejenige Lösung am besten entspricht, welche keinen vollkommen unabhängigen Staat errichtet, sondern das neue Königreich mit seinen westlichen Nachbarn, beziehungsweise mit Oesterreich-Ungarn in Verbindung bringt.

Diese meine Ueberzeugung änderte sich auch heute nicht. Es spielten sich seither zwei große welthistorische Ereignisse ab, welche geeignet sind, auf die Stellung des polnischen Problems einen entscheidenden Einfluß auszuüben.

Das eine ist, daß der Zarismus mit seiner polenfeindlichen Tendenz stürzte und an Stelle desselben die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündende, mithin auch das Selbstbestimmungsrecht der polnischen Nation anerkennende revolutionäre Republik trat.

Das zweite große Ereignis aber ist, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland das selbständige Polen proklamierten und an die Organisierung desselben schritten.

Diese beiden großen Ereignisse mögen vielleicht die Durchführung der durch mich geplanten Lösung wohl erschweren, änderten jedoch — zumindest meiner unmaßgeblichen Ansicht nach — an der Tatsache nichts, daß für alle interessierten Faktoren auch heute noch das vom russischen Einfluß befreite und sich auf uns stützende polnische Reich am besten wäre.

Der in den breiten Schichten der polnischen Nation herrschende Haß gegen den Zarismus und die Befürchtung, daß der neue Staat, wenn er an einer Großmacht keine Stütze findet, sehr leicht unter das alte Joch geraten kann, war das wirksamste Argument dafür, daß der Pole nicht nach vollkommener Unabhängigkeit zu streben, sondern bei einem seiner westlichen Nachbarn eine beständige Stütze zu suchen hat. Heute ist das Gespenst des Zarismus zerflossen, mithin wurde auch die Beweiskraft dieses Argumentes geschwächt, doch besteht auch heute noch die Notwendigkeit, daß sich die polnische Nation vom Schicksale der Rußland bildenden Völker unabhängig mache, und dies ist auch heute nicht anders zu sichern, als durch einen steten Anschluß an den Westen.

Die Richtung und die Zukunft der russischen Revolution ist ganz unabsehbar. Heute scheint Lenin mit seinem vollständigen, in großen Zügen noch niemals erprobten Kommunismus, der ebenfalls noch nirgends verwirklichten

Arbeiterzeitung
11./XII. 1917


# Soziale Revolution in Rußland.

**Grund und Boden gehört fortan dem Volke.**

Alle Völker stehen ganz im Banne der Frage ob der Sieg des russischen Proletariats der Welt den ersehnten Frieden wiederzugeben vermag. Darum entgehen ihrer Aufmerksamkeit die gewaltigen gesellschaftlichen Wirkungen, die der Sieg der Arbeiterklasse in Rußland selbst hervorgerufen hat. Und doch vollzieht sich heute in Rußland eine soziale Revolution von beispielloser Größe — eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, aus der ein ganz neues Rußland hervorgehen und die die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aller Länder mächtig beeinflussen wird.

Der Sieg der Bolschewiki war der Sieg des industriellen Proletariats. Aber Rußland ist noch ein agrarisches Land, in dem nicht die Industriearbeiter, sondern die Bauern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden. Wollte sich die Arbeiterregierung im Besitz der Macht behaupten, so mußte sie die Unterstützung der breiten ländlichen Volksmassen genießen. Zu diesem Zwecke hat das Proletariat, sobald es die Macht erobert hatte, die Frage des Grundeigentums auf die Tagesordnung gestellt und beantwortet. Am 23. November hat der „Rat der Volkskommissäre" ein Dekret erlassen, das nicht weniger verfügt als die Enteignung der Grundherren in dem ganzen großen Rußland, die Ueberführung von Grund und Boden in das Eigentum des ganzen Volkes.

Das Dekret hat folgenden Inhalt: Das Privateigentum an Grund und Boden wird aufgehoben. Alle Ländereien, die bisher dem Adel, der Kirche, den Klöstern und den Kapitalisten gehört hatten, samt den Wirtschaftsgebäuden und dem Zugehör, dem toten und dem lebenden Inventar werden Eigentum des Volkes. Die Enteignung erfolgt ohne Entschädigung der bisherigen Eigentümer; doch erhalten sie einige Jahre lang einen Unterstützungsbeitrag aus der Staatskasse, damit sie sich ihren neuen Lebensbedingungen anpassen können. Ausgenommen von der Enteignung ist der Boden, der den Bauern und den Kosaken gehört; das Eigentum an diesem Boden bleibt unangetastet.

Das Volk wählt in jedem Bezirk ein Bezirkscomité, in jeder Gemeinde ein Gemeindecomité. Das Bezirkscomité bestimmt, welcher Boden enteignet wird, es führt die Enteignung durch und übergibt den enteigneten Boden den einzelnen Gemeindecomités. Diese regeln die Bewirtschaftung des Bodens. Sie können den Boden in Parzellen teilen und ihn den einzelnen Bauern- und Arbeiterfamilien zur Bewirtschaftung und Nutznießung zuweisen; doch darf keine Familie mehr Boden erhalten,